



ÖVP

31. Bundesparteitag

**Tätigkeitsbericht
1995 - 1999**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Bundesparteiobmannes	3
Politischer Bericht des Generalsekretariats	5
Bericht des Parlamentsklubs der ÖVP	23
Die ÖVP im Nationalrat	25
Die ÖVP im Bundesrat	70
Bericht der ÖVP-Abgeordneten im Europäischen Parlament	77
Berichte der Teilorganisationen	89
Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund	91
Österreichischer Bauernbund	95
Österreichischer Wirtschaftsbund	100
Österreichische Frauenbewegung	106
Junge ÖVP	119
Österreichischer Seniorenbund	124
Berichte der Landesorganisationen	129
Burgenland	131
Kärnten	134
Niederösterreich	136
Oberösterreich	141
Salzburg	150
Steiermark	154
Tirol	158
Vorarlberg	160
Wien	165
Zweckorganisationen der ÖVP	173
Politische Akademie	175
Friedrich-Funder-Institut	188
Karl von Vogelsang-Institut	191
Kommunalpolitische Vereinigung	193
Chronik der politischen Arbeit der ÖVP 1995-1999	201

Vorwort des Bundesparteibmanns

zum Bericht an den 31. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei

Wir haben, und die Zeit ist seit dem wirklich sehr schnell verfliegen, unsere Volkspartei beim letzten Bundesparteitag am 22. April 1995 gerade rechtzeitig zu ihrem 50. Geburtstag mit neuem Leben erfüllt: Die Delegierten, die Tausenden Bürgermeister und Bezirksfunktionäre, die Abgeordneten in den Landtagen sowie im National- und Bundesrat, wir im Bundesparteivorstand mit den Landeshauptleuten und Bundesministern, haben alle hart gearbeitet, um diese vier Jahre zu einer Erfolgsstory werden zu lassen. Unser zentrales Motto dabei war die Überzeugung, daß wir, die Gutes bewahren wollen, manches verändern müssen.

Ich habe damals beim Bundesparteitag gesagt, daß alle, die bei uns sind, nur ein einziges Interesse haben dürfen: Etwas gestalten und verändern zu wollen, einen Dienst an diesem Land und an unserer Volkspartei zu leisten.

Österreich ist in diesen vier Jahren durch unsere Arbeit anders geworden: Wir haben - was am wichtigsten ist - rechtzeitig gehandelt und 1995 den wirtschafts- und sozialpolitischen Neubeginn in Österreich vollzogen. Österreich ist heute wieder unzweifelhaft eines der erfolgreichsten und wohlhabendsten Länder der westlichen Welt, modern, offen, fest eingegliedert in die Gemeinschaft der Europäischen Union mit seiner neuen gemeinsamen Währung, dem Euro. Und wir haben im zweiten Halbjahr 1998 in der ersten österreichischen Präsidentschaft der EU sehr erfolgreich unsere Akzente setzen können.

Diese letzten vier Jahre sind nicht allein wirtschafts- und europapolitisch erfolgreich gewesen: Wir sind unserem Ziel, Österreich zum familienfreundlichsten Land in Europa zu machen, einen großen Schritt näher gekommen. Wir haben die materiellen Familienleistungen durch die große Familiensteuerreform (12 Mrd. Schilling!) gestärkt. Wir haben aber vor allem auch den gesellschaftspolitischen Stellenwert der Familien im Bewußtsein der Menschen wieder stär-



Bundesparteibmann Vizekanzler Dr. Wolfgang Schüssel

ker verankert. Familien sind uns nicht allein nur finanziell etwas wert, sondern sie sind für uns ein unverzichtbarer Wert an sich.

Nächstes Jahr - also in wenigen Monaten - beginnt ein neues Millennium: Es war daher folgerichtig, daß wir uns beim letzten Parteitag als Volkspartei vorgenommen haben, uns das 21. Jahrhundert zum Freund zu machen. Aus dieser Idee ist eine eindrucksvolle Denkwerkstatt geworden, die Österreich ein großes Stück mehr „zukunftsreich“ gemacht hat. Die Österreichische Volkspartei kann daher sehr gut vorbereitet in dieses neue Jahrhundert aufbrechen.

Ich danke an dieser Stelle den Generalsekretären, meinen Freunden im Parteipräsidium und im Parteivorstand, meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den verschiedenen Büros, den vielen tausend ehren- und hauptamtlichen Funktionären in allen Landes- und Teilorganisationen. Sie alle tragen den wesentlichen Teil der Arbeit unserer Volkspartei, ihnen gilt daher mein besonderer Dank.

Politischer Bericht des Generalsekretariats

Wer Gutes bewahren will, muß manches verändern

Österreich hat sich in den letzten zwölf Jahren seit der neuerlichen Beteiligung der ÖVP an der Bundesregierung grundlegend verändert. Wir sind sowohl moderner und mit dem Beitritt zur Europäischen Union auch internationaler geworden, gleichzeitig ist Österreich heute eines der wohlhabendsten Länder der Welt. Unser Lebensstandard, die wirtschaftlichen Eckdaten und die Vielfalt an Sozialleistungen sichern uns einen Platz unter den führenden Wirtschaftsnationen.

Die politische Arbeit der ÖVP hat einen wesentlichen Anteil an dieser Erfolgsgeschichte. Die ÖVP ist die treibende Kraft und Ideenwerkstatt in der Bundesregierung. Egal ob der rasche und zügige Beitritt zur Europäischen Union, der Rückzug des Staates aus der Industrie und den Banken oder die großen Steuerreformen - die damit verbundenen Veränderungen mußten dem immer wieder zögernden und zaudernden Regierungspartner in mühsamen Verhandlungen abgerungen werden. Die ÖVP bestimmt Tempo und Richtung der Veränderungen in Österreich.

Nach zwölf harten Arbeitsjahren in der Bundesregierung kann die ÖVP heute mit großem Selbstbewußtsein auf ihre Erfolge hinweisen. Was die ÖVP gefordert hat, wurde in weiten Bereichen Wirklichkeit.

- ❑ Österreich ist heute Vollmitglied der Europäischen Union und nimmt an der Wirtschafts- und Währungsunion teil. Österreich hat daher - eingebettet in der EU - einen sicheren Platz im weltweiten Wettbewerb.
- ❑ In der Wirtschaft gilt heute: „Mehr privat, weniger Staat“. Es gibt praktisch keine Verstaatlichte Industrie mehr.
- ❑ Es gibt heute mehr Hilfe für Familien - zuletzt durch das große Familiensteuerpaket-, für Pensionisten und für Frauen.
- ❑ Der hohe Standard an sozialer Sicherheit ist durch zukunftssichernde Vorkehrungen ausgebaut und gefestigt worden.



Das Führungs-Trio der Österreichischen Volkspartei:
Generalsekretärin Abg. z. NR Maria Rauch-Kallat,
Bundesparteibobmann Dr. Wolfgang Schüssel,
Generalsekretär Mag. Othmar Karas (v.l.n.r.)

- ❑ Österreich ist dank der Politik der ÖVP-Umweltminister europäisches Umweltmusterland.
- ❑ Neue Wege in der Bildung (Schulautonomie, Universitätsreform und die Einführung der Fachhochschulen) und Forschung sichern heute Österreichs Wettbewerbskraft.
- ❑ Österreich ist für die Menschen ein sicheres Land geblieben.
- ❑ Die Landwirtschaft geht mit einer ökosozialen Agrarpolitik zwar einen schwierigen aber trotzdem gesicherten Weg in die Zukunft.
- ❑ Und Österreich ist heute merklich demokratischer als vor zehn Jahren.

Um die vielfältigen Aktivitäten der Österreichischen Volkspartei nur annähernd darzustellen, verweisen wir auf die hier vorliegenden Berichte der Landes- und Teilorganisation, des ÖVP-Klubs und der Einrichtungen der ÖVP, wie der Politischen Akademie und der anderen Institute und Einrichtungen sowie auf die angeschlossene Chronik. Einige zentrale Aspekte der politischen Arbeit der Österreichischen Volkspartei unter Bundesparteibobmann Wolfgang Schüssel sollen hier aber besonders betont werden.

1995 - 1999: Wolfgang Schüssels konsequente Arbeit am Erfolg der ÖVP

Wolfgang Schüssel hat am 30. Bundesparteitag der ÖVP am 22. April 1995 seine Obmannschaft unter den schwierigsten Voraussetzungen angetreten. Nach dem unbefriedigenden Abschneiden bei der Nationalratswahl im Oktober 1994 hat sich die Partei in eine quälende Personal- und Obmanndebatte gestürzt. In einigen Meinungsumfragen hielt die Partei Anfang April 1995 nur noch einen Stimmenanteil von unter zwanzig Prozent.



Bundesparteiobmann
Dr. Wolfgang Schüssel
am Bundesparteitag 1995

Wolfgang Schüssel hat an den Beginn seiner Obmannschaft daher einen Aufruf zur Versöhnung an die Partei gerichtet. In Anspielung auf das Buch Kohelet des Alten Testaments hielt er fest: *„Es gibt eine Zeit, Kriege zu führen, eine Zeit, Frieden zu schließen, es gibt eine Zeit, Gräben zu bauen, es gibt eine Zeit, Brücken zu bauen.“* Schüssel meinte, es sei jetzt in der Partei eine Zeit des Brückenbauens notwendig.

Einer der zentralen Erfolge Wolfgang Schüssels nach dem Bundesparteitag 1995 ist daher: Die Partei ist geschlossen, die überbordende Selbstkritik hat aufgehört. Der mit dem Parteitag wieder einsetzende Aufschwung der ÖVP hat zu einer Serie von Wahlerfolgen geführt. Die Nationalratswahl am 17. Dezember 1995 hat zwar nicht die erhoffte Mehrheit für die ÖVP erbracht, aber erstmals wieder zu einem Stimmengewinn bei Nationalratswahlen geführt.

Bei der Europaparlamentswahl mit Ursula Stenzel an der Spitze ist die ÖVP im Oktober 1996 erstmals seit 1966 bei einer bundesweiten Wahl wieder die Nummer eins geworden.

Die Landtagswahlen 1997 in Oberösterreich (trotz neu kandidierender Parteien eindrucksvolles Halten der Stimmenstärke) und 1998 in Niederösterreich (Zu-

gewinne an Stimmen und Mandaten), sowie 1999 in Salzburg und Tirol, waren alle zusammen Erfolgswahlen für die ÖVP (vgl. auch die Berichte der Landesparteien). Die Landtagswahl in Kärnten 1999 war zuletzt einer der wenigen Mißerfolge bei Wahlen.

Wolfgang Schüssel hat der Partei am Bundesparteitag 1995 eine klare Richtung als *„Die neue ÖVP“* vorgegeben. Schüssel versteht die ÖVP

- als Stimme für Österreich, die Heimat und Europa
- als Stimme für Leistung, Wirtschaftskompetenz, den Mittelstand und die Steuerzahler
- als Stimme für die Kinder und Familien
- als Stimme gegen Gewalt und Radikalität
- als Stimme für einen starken aber schlanken Staat
- und als Stimme für die Zukunft.

In diesem Sinn lassen sich die wichtigsten Erfolge von Wolfgang Schüssel und der Volkspartei zusammenfassen:

Die große Familiensteuerreform.

Gegen den anfänglichen Widerstand der SPÖ bekommt jedes Kind S 6.000.- mehr im Jahr. Und weil die ÖVP Österreich zum familienfreundlichsten Land der Welt machen will, hat bereits der Bundesparteitag 1995 den Anstoß zur einer großen Familiensteuerreform gegeben. Im Jänner 1997 hat Familienminister Bartenstein das ÖVP-Familiensteuermodell vorgestellt. Im Oktober 1997 wurde die ÖVP durch ein entsprechendes Urteil des Verfassungsgerichtshofs bestätigt (das von den SPÖ-Frauen als „Klassenkampf der Richter“ bezeichnet wurde). Ab 1. Jänner 1999 bekommen die Familien nunmehr für jedes Kind in zwei Schritten monatlich um S 500.- mehr. Das sind im Jahr S 6.000.-.

Familienpolitik wurde seit dem Parteitag 1995 auf allen politischen Ebenen zu einem zentralen politischen Schwerpunktthema der Volkspartei. Der ÖVP-Familienminister bemüht sich gemeinsam mit der Wirtschaft zu einer besseren Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben zu kommen. Das Familiengütesiegel „Familie und Beruf“ soll Firmen auszeichnen, denen dieses Anliegen besonders wichtig ist. In der Sektenaufklärung ist es zu einem qualitativen Fortschritt gekom-

men. Es wurde ein Aktionsprogramm gegen Kindesmißbrauch und Kinderpornographie - insbesondere im Internet - vorgelegt. In der Jugendwohlfahrt und in der Opferbetreuung wurden neue Wege eingeschlagen. Im Ausbau der Kinderbetreuungsplätze liegen große Fortschritte vor.

Wolfgang Schüssel hat 1995 den wirtschaftspolitischen Neubeginn in Österreich durchgesetzt.

Ohne Schüssel-Kurs gäbe es für Österreich keinen Euro, kein saniertes Budget, keine soziale Stabilität. Die Nationalratswahl im Dezember 1995 war daher für die österreichische Sozial- und Wirtschaftspolitik eine historische Richtungsentscheidung. Das war eine Wahl zwischen neuem und altem wirtschaftspolitischen Denken. Eine Wahl zwischen der sozialistischen Verschwendungspolitik, der sozialistischen Realitätsverweigerung und den notwendigen Entscheidungen, zum richtigen Zeitpunkt das Richtige für eine gesicherte Zukunft zu tun. Die Wahl 1995 war entscheidend für die positive Entwicklung der letzten Jahre. Heute ist Österreich Euro-Land. Und Österreich ist wieder einer der erfolgreichsten Wirtschaftsstandorte der Welt - mit einem neuen Beschäftigungsrekord, weil noch nie so viele Menschen in Erwerbsarbeit standen, bei einer freilich gleichzeitig bedauerlich hohen Arbeitslosigkeit, weil Arbeitssuchende noch immer unzureichend vermittelt und eher verwaltet werden.

Die Weigerung des sozialdemokratischen Regierungspartners im Herbst 1995, eine strukturelle Budgetsanierung in Angriff zu nehmen, hätte Österreichs sozio-ökonomische Rahmenbedingungen auf lange Zeit hinaus schwer belastet, unserer Wettbewerbssituation und damit dem Arbeitsmarkt einen nachhaltigen Schaden zugefügt, und das Budgetdefizit wäre auf über 7% des BIP geschwellt. Wir haben dann nach der Wahl innerhalb von 18 Monaten vier Budgets (für die Jahre 1996, 1997 sowie für 1998 und 1999) verhandelt. Das Ergebnis: Die Neuverschuldung sank 1998 auf 2,5 % des BIP, ohne dabei die Konjunktur abzuwürgen. Im Gegenteil, die Exporte stiegen 1997 um +11 %, die Inflation ist mit unter 1 % praktisch zum Stillstand gekommen. Die Konjunktur springt wieder an und die Wachstums-Prognosen werden nach oben korrigiert. Wir konnten ohne die Einführung neuer Steuern das Budget nachhaltig konsolidieren.



Das neue Führungsteam nach dem Bundesparteitag 1995

- Die wirtschaftspolitischen Eckdaten Österreichs sprechen für unseren Erfolg. Wirtschaftswachstum für 1999 ist mit 2,4% BIP prognostiziert.
- Im Jänner und Februar 1999 präsentiert sich die Inflationsrate auf einem neuerlichen Rekordtief von 0,5%. Dies sind die niedrigsten Jahresveränderungen seit 33 Jahren.
- Und Österreich hat das dritthöchste Einkommensniveau in der EU.

Die ÖVP hat in den Jahren seit 1995 aber auch wesentliche wirtschaftspolitische Akzente der Flexibilisierung, Modernisierung und Erneuerung gesetzt. Einige wenige exemplarische Beispiele:

- Mit der einer neuen liberalisierten Gewerbeordnung wurde sowohl die Qualität als auch der Zugang zum Gewerbe erleichtert.
- Die Nahversorgung wurde mit einer Einkaufszentrenverordnung nachhaltig gesichert.
- Die behördlichen Anlageverfahren wurde deutlich verkürzt.
- Die Ladenöffnungszeiten wurden liberalisiert und endlich auf einen konsumentenfreundlichen Standard gebracht.
- Die Arbeitszeiten wurden in einem sozial verträglichen und sinnvollen Ausmaß liberalisiert.
- Die Reorganisation der österreichischen Energiewirtschaft wurde begonnen.
- Der öffentliche Dienst wurde modernisiert und hat mit enormer Opferbereitschaft und mit 16 Mrd. Schilling durch Null-Lohnrunden, Änderungen im Pensionsrecht etc. zur Sanierung des Staatshaushalts beigetragen.
- Trotz verzögerungsbedingter Verspätung hat im Telekombereich für Österreich geradezu eine Revolution stattgefunden. Der freie Wettbewerb unter den drei Mobiltelefon-Anbietern und im Festnetz führt zu spürbaren Kostensenkungen für Wirtschaft, Verwaltung und Konsumenten.

- Die ÖVP hat sich durchgesetzt, indem sich die TelecomAG einen starken strategischen Partner suchen konnte.
- Die Einführung einer Krankenscheingebühr von S 50.- hat zu einem Kostenbewußtsein geführt, wodurch die Krankenstandstage und damit die Kosten unseres Gesundheitssystems nachhaltig verringert wurden.
- Der gemeinsame „Nationale Beschäftigungsplan“ der Bundesregierung soll in den nächsten Jahren zusätzlich 100.000 Arbeitsplätze schaffen.
- Es wurden neue Lehrberufe geschaffen, alte Berufsbilder modernisiert, was zu einer echten Erleichterung und Entspannung in der Lehrlingsausbildung geführt hat.
- Die moderne Cluster-Politik hat im Bereich Technologie, Automobilbau, Holz und Energiegewinnung zu einem echten Gründungsboom geführt, und einige dieser neuen österreichischen Firmen sind in ihren Nischenbereichen zu echten Weltmarktführern geworden. Etc. etc.



ÖVP-Erfolgskurs: Ein wirtschaftspolitischer Neubeginn

Qualität und Leistung an Schulen zählen wieder.

Die ÖVP hat neue Lehrpläne, moderne Unterrichtsmittel und zum Beispiel Englisch ab der 1. Klasse Volksschule durchgesetzt, was unsere Schüler wesentlich besser aufs Berufsleben vorbereitet.

Unsere Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrler hat die Trendwende an den Schulen herbeigeführt. Unsere Schüler und

Lehrlinge sind regelmäßig bei internationalen Vergleichen und Wettbewerben an der Spitze. Bei uns lernt man sogar schon in den Volksschulen eine Fremdsprache. Das ist wichtig, weil es um die Qualifikation der Kinder für ihre Zukunft geht. Und mit dem weiteren Ausbau der Fachhochschulen leisten wir einen Beitrag zu einer hochwertigen Berufsausbildung.

Der Erfolg gibt uns Recht. Alle Absolventen der Fachhochschulen bekommen sofort einen Job.

Es ist uns eine Stärkung des differenzierten Schulwesens und die Vervollständigung der Durchlässigkeit durch die Schaffung der Berufsreifeprüfung gelungen. Die Stärkung der Schulautonomie bringt den Schulen mehr Eigenverantwortung und Selbständigkeit. Durch mehr Freiraum für pädagogische Schwerpunktsetzungen, schulinterne Organisationsentwicklung und Ressourcenmanagement wird ein eigenständiges Schulprofil und der Prozeß der Qualitätsentwicklung überhaupt erst möglich.

Durch die offensive Ausweitung der europäischen Bildungsprogramme, den Einsatz moderner Technologien, der Fremdsprachen sind unsere Schulen in Österreich insgesamt ein großes Stück moderner, internationaler und in Summe besser geworden.

Kriminelle haben es jetzt schwerer.

Mit Lausch- und Rasterfahndung hat die Polizei geeignete Instrumente im Kampf gegen Kriminelle bekommen; das Schengen-Abkommen und der Einsatz des Bundesheeres hat zu besseren Grenzkontrollen geführt, international gesuchte Verbrecher gehen schneller ins Netz, und endlich gibt es ein härteres Strafrecht gegen sexuellen Kindesmißbrauch und Organisierte Kriminalität.

Wir geben den Sicherheitseinrichtungen Schritt für Schritt die Instrumente in die Hand, die sie brauchen, um im Kampf gegen Verbrecher und Banden bestehen zu können.

(Vergleiche zu diesen Fragen insbesondere auch den Bericht des ÖVP-Klubs.)

Pensionsreform 1997: Wir haben den fairen Generationenvertrag gesichert

Einer der zentralen politischen Erfolge der Arbeit der ÖVP im Berichtszeitraum ist die große Pensionsreform im Jahr 1997. Dabei lag unser erklärtes gesellschaftspolitisches Ziel bei der Pensionsreform darin, einen für alle Generationen fairen „Generationenvertrag“ zu erhalten. Das heißt, die Generation, die jetzt aktiv im Berufsleben steht, soll sowohl die Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder als auch die Pensionen der älteren Generationen bezahlen können, und zwar so, daß ihr genug für die eigenen wirtschaftlichen Bedürfnisse bleibt.

Die ÖVP wollte immer, daß die zukünftigen Pensionen nicht nur ein Existenzminimum abdecken, sondern dem über die Jahre erarbeiteten Lebensstandard entsprechen. Die von der Bundesregierung vorgelegte Pensionsreform hat daher auch niemanden etwas weggenommen. Sie war vielmehr notwendig, weil sonst die Pensionen in bereits absehbarer Zeit nur sehr schwer zu finanzieren gewesen wären und für die kommenden Generationen die Altersversorgung nicht mehr gesichert gewesen wäre.

Die Beitragszahlungen in die Pensionsversicherung wurden nicht erhöht. Hingegen soll mit klugen und sozial ausgewogenen Maßnahmen das durchschnittliche Pensionsantrittsalter von 57,4 Jahren wieder an das gesetzliche von 60 für Frauen und 65 für Männer angenähert werden. Der Anreiz dafür besteht darin, daß Frühpensionisten eine geringere Pension in Kauf nehmen müssen. Wer vor 60 bzw. 65 Jahren in „Frühpension“ geht, bekommt für jedes Jahr einen Abschlag von 2 Prozent von der Pension. Diejenigen, die mit dem gesetzlichen Pensionsalter in den Ruhestand treten, bekommen durch die geänderte Berechnungsformel sogar mehr an Pension.

Zusätzlich wird für Frühpensionisten ab dem Jahr 2000 jedes Jahr bis 2012 der Durchrechnungszeitraum, also jene Meßgröße, nach der sich die Höhe der Pension bestimmt, um einige Monate verlängert. Gleichzeitig werden die Voraussetzungen für einen Anspruch auf vorzeitige Pensionierung wegen geminderter Arbeitsfähigkeit oder völliger Erwerbsunfähigkeit verschärft bzw. die Ruhensbestimmungen in der Frühpension angepaßt.

Die Pensionsreform hat einige wichtige Erleichterungen gebracht.

Auf Drängen der ÖVP bekommen Frauen endlich für ihre Pensionen eine bessere Anrechnung der Zeit für die Kindererziehung. Die Bemessungsgrundlage für die Kindererziehungszeit wird um 35 Prozent angehoben. Und Familienmitgliedern, die ab der „Pflegestufe 5“ ihre Angehörigen pflegen, wird aus den Mitteln des Pflegegelds der Arbeitgeberanteil an der Pensionsversicherung bezahlt, was praktisch eine Halbierung der Pensionsbeiträge bedeutet.

Wir halten es daher für einen wichtigen politischen Erfolg, daß wir - gegen den Widerstand und gegen tatsächenswidrige Wahlversprechungen des Koalitionspartners - eine nachhaltige Pensionsreform durchsetzen konnten, weil wir seit langem einen enormen Handlungsbedarf bei der Pensionsversicherung sehen.

Die Europapolitik der ÖVP: Wohlstandsgewinn in Österreich

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß Österreich dank einer von der ÖVP konsequent verfolgten Europapolitik bis jetzt der relativ größte Gewinner des EU-Beitritts aber auch der Ostöffnung war. Seit 1989 stieg das BIP in Österreich allein durch zunehmende Präsenz auf den neuen Märkten insgesamt real um 3,3% (d.h. pro Jahr +0,3 Prozentpunkt). Zahlreiche wissenschaftliche Studien weisen nach, daß durch eine Erweiterung der EU der Wohlstand und das Wirtschaftswachstum insgesamt in Österreich weiter spürbar steigen wird. Das zusätzliche Wirtschaftswachstum wird bis 2004 auf ca.3,9% geschätzt.

Die österreichische Handelsbilanz mit Mittel- und Osteuropa erreichte 1998 ein Positivum von insgesamt 30 Mrd. Schilling. 1989 war die Handelsbilanz dagegen noch ausgeglichen. Die Exporte in die 10 MOEL stiegen zwischen 1989 und 1998 von 18,9 auf 129 Mrd. Schilling, also auf das Sechsfache. Dagegen nahm der österreichische Gesamtexport in dieser Zeit nur um 65% zu. Ohne den Warenaustausch mit den fünf Beitrittsländern wäre das heimische Außenhandelsdefizit, laut Österreichischer

schem Statistischem Zentralamt, schon 1996 mehr als doppelt so kräftig angestiegen.

Der Anteil Mittel- und Osteuropas an den österreichischen Gesamtexporten stieg dementsprechend von 4,4 auf 13,55%. Damit ist aber das Exportpotential noch lange nicht erschöpft und das Argument unzutreffend, daß eine EU-Erweiterung im Vergleich zur bisherigen Ostöffnung keine zusätzlichen Vorteile bringt. 1937 betrug der Anteil Mittel- und Osteuropas an den österreichischen Gesamtexporten 20,7%. Wissenschaftliche Studien belegen, daß durch die Osterweiterung der EU die Exporte, je nach Branche, um bis zu weitere 68% steigen können. Der Handelsbilanzüberschuß Österreichs gegenüber den 5 MOEL nimmt nach Berechnungen des WIFO bis 2004 von etwa 24 Mrd.S auf 36 Mrd.S zu.



Wandernder Parteivorstand (August 1997/Windischgarsten)

Eine Analyse der Handelsstruktur zeigt, daß Österreich überwiegend höherwertige Produkte nach Mittel- und Osteuropa exportiert und überwiegend einfache Güter importiert. Auch im Agrarhandel ist die Entwicklung bemerkenswert. Die österreichischen Exporte haben sich seit 1989 verdoppelt, die Importe sind hingegen wertmäßig gleich geblieben, was real einem Rückgang entspricht. 1989 war der Agrarhandel mit Mittel- und Osteuropa noch defizitär, 1997 wurde ein Überschuß von 0,3 Mrd. Schilling erreicht. Somit ist auch die Furcht vor einer Überschwemmung mit landwirtschaftlichen Produkten unbegründet, was nicht zuletzt mit der geringen Produktivität und Qualität wie auch mit dem noch nicht abgeschlossenen Strukturwandel der mittel- und osteuropäischen Landwirtschaften zusammenhängt.

Da die mittel- und osteuropäischen Wirtschaften hohe Wachstumspotentiale aufweisen, war es konsequent und richtig, daß die ÖVP sich immer für eine Erweiterung der EU ausgesprochen hat. Durch einen EU-Beitritt wird der Wohlstand in den neuen Mitgliedstaaten weiter gehoben und damit auch die Nachfrage nach Importgütern, insbesondere nach österreichischen Produkten ansteigen. Für die nächsten Jahre wird ein durchschnittliches Wachstum von 4,5 - 6,5% jährlich prognostiziert. Darüber hinaus löst die Vorbereitung auf einen EU-Beitritt einen bedeutenden Investitionsbedarf, insbesondere in der Umwelt-, Energie- und Verkehrsinfrastruktur aus, also in Bereichen, in denen österreichische Unternehmen führend sind.

Die von der ÖVP immer aufgezeigte Perspektive der EU-Mitgliedschaft der mittel- und osteuropäischen Staaten hat zu einem Boom der österreichischen Auslandsinvestitionen geführt. Bis dato wurden rund 16.000 Direktinvestitionen im Wert von 41,6 Mrd. Schilling getätigt. Österreich ist dabei Spitzenreiter. Diese österreichischen Direktinvestitionen schaffen nicht nur Arbeitsplätze in den mittel- und osteuropäischen Staaten, was zu einer Verringerung der potentiellen Migration führt, sondern sichern und schaffen auch Arbeitsplätze in den Mutterunternehmen bzw. Osteuropazentralen in Österreich.

Die neuen politischen Ideen kommen von der ÖVP

Die ÖVP ist nicht nur die treibende Kraft in der Bundesregierung, sondern sie entwickelt auch alle innovativen politischen Ideen für die Sicherung der Zukunft Österreichs. Drei exemplarische Beispiele sollen zeigen, daß die Kraft der Erneuerung bei der ÖVP liegt. Die volle Teilnahme Österreichs an der Integration Europas war immer das politische Ziel der Volkspartei. Dem Ausbau der Altersvorsorge hat die ÖVP mit der zukunftsweisenden Idee von der „Abfertigung neu - dem ÖVP-Pensionskassenmodell“ wesentliche Impulse gegeben. Ebenso wurde die Forderung nach einem „Karenzgeld für alle“ - eine gerechte und faire familienpolitische Maßnahme -

von der ÖVP in die politische Debatte in Österreich eingebracht. Bezeichnend an diesen Beispielen ist der Umstand, daß die ÖVP diese Ideen gegen anhaltenden Widerstand beharrlich durchsetzen mußte, aber schließlich ein Einschwenken auf ihren Kurs erreichen konnte. Uns kommt es darauf an, Erfolge für unser Österreich und unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger zu erreichen.

Die ÖVP hat Österreich immer im integrierten Europa gesehen.

Daß Österreich seit 1. Jänner 1995 Mitglied der Europäischen Union ist, ist sicherlich historisch gesehen der größte Erfolg der ÖVP. Erst mit dem ÖVP-Regierungseintritt kam 1987 wieder Bewegung in die Europa-Politik Österreichs. Im Jänner 1988 beschloß die ÖVP, die volle Mitgliedschaft Österreichs in der EG so rasch als möglich zu verwirklichen. Am 17. Juli 1989 wurde von Außenminister und ÖVP-Bundesparteiobermann Alois Mock gegen den anfänglichen Widerstand des SPÖ-Vorsitzenden Franz Vranitzky in Brüssel der Antrag auf die EG-Mitgliedschaft Österreichs gestellt.

Für die ÖVP war bereits Ende der fünfziger Jahre klar, daß die EFTA-Mitgliedschaft nur eine Übergangslösung auf dem Weg in die Europäische Gemeinschaft sein konnte, die aber von den damaligen SPÖ-Vorsitzenden Bruno Pittermann und Bruno Kreisky als „Bürgerblock“ verteufelt wurde. Erst nach langem Widerstand schwenkte die SPÖ unter Franz Vranitzky auf den Kurs der ÖVP ein, und die Sozialdemokraten entwickelten sich langsam zu Befürwortern des EU-Beitritts Österreichs.

Österreich stellt heute mit dem ehemaligen ÖVP-Landwirtschaftsminister Franz Fischler nicht nur den europaweit anerkanntesten EU-Kommissar, sondern treibt mit ÖVP-Außenminister Wolfgang Schüssel aktiv die weitere Entwicklung und Vertiefung des Friedenswerkes der Europäischen Integration voran.

Mit dem EU-Beitritt hat sich auch die sicherheitspolitische Einbettung Österreichs in Europa nachhaltig verändert.



The Winning Team 1996: Europawahl

- Wir sind Beobachter bei der WEU - dem verteidigungspolitischen Arm der EU, und haben 1996 ein Sicherheitsabkommen mit der WEU unterzeichnet.
- Und wir nehmen seit 1995 aktiv an der NATO-Partnerschaft für den Frieden teil. 1997 wurde eine diplomatische Vertretung Österreichs bei der NATO eingerichtet.
- Durch die erste österreichische EU-Präsidentschaft hat die EU-Sicherheitspolitik eine neue Qualität erfahren. Es gibt erstmals eine gemeinsame Strategie der EU in der Rußlandpolitik als Beitrag zur Lösung der politischen und wirtschaftlichen Dauerkrise. Die EU spielt eine wesentliche Rolle in der Friedenspolitik im Nahen Osten. Dies zeigt der Besuch von Arafat nach den Wye-River-Verhandlungen im Herbst 1998 in Pörtschach und die Nahostreise des Ratsvorsitzenden Schüssel sowie seine Erfolge bei der „Geberkonferenz“ für die Palästinenser in Washington. Der österreichische Botschafter in Belgrad hat als EU-Beauftragter im Kosovo eine gleichwertige Rolle wie der US-Beauftragte.

Bei den Gipfeltreffen der Europäischen Union und der NATO in Amsterdam (1997) und Madrid (1997) hat sich gezeigt, daß die europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität vor allem in der neuen NATO entwickelt wird. Am NATO-Gipfel in Madrid wurden darüber hinaus die Tschechische Republik, Ungarn und Polen eingeladen, Vollmitglieder der neuen NATO zu werden, und haben den Beitritt im März

1999 vollzogen. Die neue NATO wird damit zum Instrument zur Gewährleistung gesamteuropäischer Stabilität sowie des Krisenmanagements, der Konfliktverhütung und Friedensstiftung für ganz Europa.

Österreich ist von diesen neuen Entwicklungen direkt und indirekt betroffen. Auch für uns ist es Zeit, die Denkmuster des Kalten Krieges abzulegen und uns vor allem im eigenen Interesse vollberechtigt an der neuen europäischen Friedensordnung zu beteiligen. Zweifelsohne hat die Neutralität Österreich in den Jahren des Kalten Krieges gute Dienste erwiesen. Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation hat sie jedoch ihre militärische und politische Bedeutung verloren. An ihre Stelle tritt innerhalb Europas mehr und mehr die gemeinsame Ordnung der Solidarität in der europäischen Sicherheitspolitik.

Es ist Tatsache, daß es heute nur mehr zwei Optionen für die künftige österreichische Sicherheitspolitik gibt: Gemeinsam mit unseren Partnern im Rahmen der neuen NATO an der Zukunft eines friedlichen und stabilen Europas mitzuwirken, oder alleine zu bleiben, ohne Mitgestaltungsmöglichkeiten, unsolidarisch und mit der teuren Aufgabe konfrontiert, alle Sicherheitsaufgaben alleine wahrnehmen zu müssen.

Der Bundesparteivorstand der ÖVP hat daher am 14. Juli 1997 beschlossen, daß Österreich der neuen NATO, der politischen Friedens- und Stabilitätsgemeinschaft unserer Partner, beitreten soll. Österreich soll auch, heißt es in diesem wichtigen Beschluß weiters, der WEU, der Verteidigungskomponente der Europäischen Union, als vollberechtigtes Mitglied beitreten. Ursprünglich wollte der Parteivorstand sogar, daß die österreichischen Entscheidungen so getroffen werden sollten, daß das Ziel einer Mitgliedschaft in der neuen NATO noch im Rahmen des laufenden Erweiterungsprozesses, also im Jahr 1999, verwirklicht werden kann.

Die SPÖ hat in der Bundesregierung eine solche Entscheidung aber blockiert und abgelehnt. Der Anti-Nato- und insgeheim anti-US-amerikanische Reflex des linken Flügels in der SPÖ hat sogar verhindert, daß die Bundesregierung einen sogenannten „Optionenbericht“ über mögliche für Österreich günstige sicherheitspolitische Konstellationen beschließen konnte.

Auch bei einem künftigen NATO-Beitritt ist aus der Sicht der ÖVP klarzustellen, daß eine Stationierung von Atomwaffen und fremden Truppen auf österreichischem Territorium ausgeschlossen wird. Zu internationalen Friedenseinsätzen sollen auch weiterhin nur Freiwillige herangezogen werden.

Es ist offensichtlich, daß Streitkräfte im Verbund mit anderen Staaten anders zu organisieren sind, als im Alleingang. Deshalb hat der Bundesparteivorstand eine Arbeitsgruppe mit der Prüfung der Frage des künftigen österreichischen Wehrsystems beauftragt. Dabei wurde Art und Umfang eines Freiwilligen-Heeres, bestehend aus einem Berufsheer und einer Freiwilligen-Miliz, sowie eine allgemeine Dienstpflicht für junge Männer und die diesbezüglichen Kosten der verschiedenen Optionen näher analysiert.

Die Arbeitsgruppe kam zum Schluß, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Beibehaltung des jetzigen Wehrsystems für Österreich aber am günstigsten ist.

Abfertigung neu.

Das ÖVP-Pensionskassenmodell

Die ÖVP hat seit 1995 mehrere inhaltliche Lösungen für wichtige Zukunftsfragen, wie zum Beispiel die Altersvorsorge, vorgelegt. Das entspricht unserem Verständnis von politischer Verantwortung und einer funktionierenden Arbeitswelt. Wolfgang Schüssel hat - erstens - im Koalitionsabkommen 1996 durchgesetzt, daß es zu einer nachhaltigen Absicherung des staatlichen Pensionssystems gekommen ist. Das allein ist der ÖVP aber zu wenig.

Wir haben daher - zweitens - in unserem ÖVP-Steuerreformkonzept 2000plus vorgesehen, daß finanzielle Aufwendungen für die private Altersvorsorge von der Lohn- und Einkommensteuer abgeschrieben werden können. Und - drittens - wurde auf Betreiben von Wolfgang Schüssel in einem von ÖAAB und Wirtschaftsbund für die ÖVP ausgearbeiteten Modell „Abfertigung neu“ die Idee von der dritten Säule der betrieblichen Altersvorsorge im Sinne einer sicheren Altersvorsorge abgerundet.

Die ÖVP will, daß Arbeitgeber für alle Mitarbeiter 25 Jahre lang die Aufwendungen für Abfertigungen in überbetriebliche Pensionskassen einzahlen. Durch Zins und

Zinseszinsen bekommt dabei jeder mehr als bisher heraus. Die Arbeitnehmer/innen haben die Wahlfreiheit, über das Geld in Form einer „Abfertigung neu“ oder einer Zusatzpension verfügen zu können. Für die meisten Arbeitgeber bringt das niedrigere Lohnnebenkosten. Gleichzeitig lösen wir die zentrale Frage der Altersvorsorge im 21. Jahrhundert. Wir müssen jetzt die richtigen Schritte setzen, damit wir im Alter genug Geld haben, unseren Lebensstandard zu sichern.

So funktioniert das neue Abfertigungsmodell der ÖVP:

Das „Abfertigung neu - ÖVP-Pensionskassenmodell“ gilt für alle zukünftigen Dienstverhältnisse. Bestehende Ansprüche auf Abfertigung bleiben davon unberührt. Nur wenn sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer einvernehmlich einigen, können angesammelte Ansprüche in eine Pensionskasse übertragen werden.

Bei Beendigung eines Dienstverhältnisses gibt es drei Möglichkeiten. Bei Kündigung durch den Arbeitgeber oder bei einvernehmlicher Auflösung des Dienstverhältnisses hat der/die Arbeitnehmer/in die Wahl, sich die eingezahlten Beiträge entweder auszahlen zu lassen oder diese in der Pensionskasse zu belassen.

Bei Pensionierung kann sich der/die Arbeitnehmer/in entweder für Barauszahlung oder für Zusatzpension entscheiden. Bei Selbstkündigung bleibt das Geld in der Pensionskasse. Die nächsten Arbeitgeber zahlen weiter in die Pensionskasse ein. Bei Erreichen des Pensionsalters gibt es dann Barauszahlung oder Zusatzpension.

Die „Abfertigung neu“ auf einen Blick: Das Modell ist einfach. Bisher bekommt ein Mitarbeiter bei Kündigung oder Pensionierung eine Abfertigung. In Zukunft werden diese Abfertigungsansprüche in Leistungen einer Pensionskasse umgewandelt. Jeder Arbeitgeber zahlt 25 Jahre lang monatlich einen (versicherungsmathematisch festgelegten) Prozentsatz von der Lohnsumme - ca. 2,5% - in eine überbetriebliche Pensionskasse ein. Durch die professionelle Veranlagung der Pensionskasse steigt der Wert des eingezahlten Kapitals ständig. Am Ende des Berufslebens ist das wesentlich mehr als die übliche Abfertigung. Genug für eine Zusatzpension von durchschnittlich 5.000.- bis 9.000.- Schilling.

Für Betriebe fallen die auf einmal auszufahrenden Summen für Abfertigungen weg. Das kommt den kleinen Betrieben sehr entgegen und bringt unter dem Strich eine Entlastung von Lohnnebenkosten. Weil die Beiträge in die Pensionskassen ab Eintritt ins Berufsleben nur 25 Jahre lang bezahlt werden, ist dieses Modell auch ein Anreiz, ältere Arbeitnehmer anzustellen.

Wann entstehen Ansprüche und wie werden sie besteuert? Nach dem ersten Dienstjahr beginnt der Arbeitgeber mit Einzahlungen in die Pensionskasse. Das kommt einerseits den Saisonbetrieben z.B. im Tourismus entgegen, andererseits besteht bisher erst ab dem dritten Dienstjahr ein Abfertigungsanspruch. Leistungen aus der Pensionskasse sollen - wie bisher die Abfertigungen - nur mit 6 Prozent besteuert werden.

Neue Berechnung des Jahresurlaubs: In Zukunft soll sich der Urlaubsanspruch an der im betreffenden Jahr tatsächlich geleisteten Arbeit orientieren. Das heißt, hat jemand z.B. 6 Monate gearbeitet, gibt es den halben Jahresurlaub. Das ändert bei einem vollen Arbeitsjahr nichts an der Länge des ganzen Jahresurlaubs.

Karenzgeld für alle!

ÖVP-Familienminister Martin Bartenstein hat im Sommer 1998 vorgeschlagen, daß in Zukunft jede Mutter (bzw. jeder Vater) das Karenzgeld als echte Familienleistung ausgezahlt bekommt - unabhängig davon, ob die Mutter oder der Vater einen Beruf ausübt oder nicht. Derzeit erhalten Karenzgeld nur Mütter oder Väter, die vor der Geburt des Kindes berufstätig waren.



Familienminister Dr. Martin Bartenstein: Ein Herz für Kinder!

Das heißt, die ÖVP will Karenzgeld für alle Eltern Österreichs. Durch diese Erweiterung des Anspruchs auf Karenzgeld soll in erster Linie jenen 7% Prozent der Mütter - Studentinnen, Hausfrauen, geringfügige Beschäftigte - geholfen werden, die derzeit bei der Geburt eines Kindes überhaupt keine Unterstützung bekommen.



BM Elisabeth Gehrer beim Bildungskongreß der ÖVP (Oktober 1998)

Für Bäuerinnen, Jungunternehmerinnen und freie Dienstnehmerinnen bringt der Vorschlag eine Verdoppelung des bisherigen Anspruchs.

Der größte Vorteil der neuen Regelung besteht darin, daß das derzeit praktisch bestehende Erwerbsverbot wegfallen soll. Urlaubsvertretung oder Teilzeitbeschäftigung sollen ohne Kürzung bzw. Wegfall des Karenzgelds möglich sein.

Uns ist jede Mutter gleich viel wert. Dieser ÖVP-Vorschlag ist daher ein Beitrag zu mehr Familienfreundlichkeit, denn uns ist jede Mutter (bzw. jeder Vater) - egal ob berufstätig oder nicht - gleich viel wert.

Das Karenzgeld wird heute zu 70 % (rund öS 7,8 Mrd.) aus dem Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), also durch Arbeitgeberbeiträge (4,5% der Lohnsumme), und zu 30% aus der Arbeitslosenversicherung (rund öS 2,3 Mrd.) bezahlt.

Von der Bedeckung her hat sich das Karenzgeld von einer Versicherungsleistung längst zu einer Familienleistung gewandelt. Lediglich bei den Anspruchsberechtigten wird ein Unterschied gemacht. Der Vorschlag „Karenzgeld für alle“ ist ein logischer Schritt in die Richtung, daß materielle Gründe kein Hindernis sein dürfen, Kinder zu bekommen.

Wir sind damit auf dem Weg zum familienfreundlichsten Land Europas. Mit der Abkehr vom Versicherungsprinzip würden bis zu einer bestimmten Obergrenzen die bisherigen bestehenden Zuverdienstgrenzen wegfallen. Berufstätigkeit neben der Karenz wäre also möglich. Die Wahlfreiheit in der Lebensgestaltung für Mütter steigt. Und vielen Vätern könnte die Karenzzeit schmackhaft gemacht werden, da sie ihren Kontakt zum Arbeitgeber behalten könnten. Für Frauen wird der Wiedereinstieg ins Berufsleben leichter.

Das „Karenzgeld für alle“ soll als reine Familienleistung zur Gänze aus den Mitteln des FLAF finanziert werden. Der Anteil aus der Arbeitslosenversicherung könnte ab dem Jahr 2000 entfallen. Die zusätzlichen Kosten betragen insgesamt rund 800 Millionen Schilling.

Die Arbeitslosenversicherung erspart sich ca. öS 2,3 Mrd. Damit entsteht für die Steuerreform ein Spielraum, die Lohnnebenkosten um ca. 0,3 Prozent zu senken. Das wäre wichtiger Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen und der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Initiativen von Wolfgang Schüssel

Wolfgang Schüssel hat am Bundesparteitag 1995 angekündigt, daß er in und mit der ÖVP „Freunde des 21. Jahrhunderts“, „Freunde der Sicherheit“ und Freunde für eine „Lobby für Kinder“ gewinnen will. Alle drei Ideen wurden in der Arbeit der ÖVP aufgegriffen:

Die Freunde des 21. Jahrhunderts

Diese Initiative von Wolfgang Schüssel soll die Modernität, Dynamik und Zukunftskompetenz der ÖVP stärken. In neuen Veranstaltungsplattformen werden Freunde, Sympathisanten und Mitarbeiter für die ÖVP gewonnen.

Kompetente Vortragende und sorgfältig zusammengesetzte Diskussionsrunden diagnostizieren neue gesellschaftspolitische Themen und bereiten sie damit für den politischen Diskurs auf. Seit 1995 sind in zahlreichen Events rund um Wolfgang Schüssel insgesamt mehrere Tausend Besucher zusammengekommen.

Die Freunde der Sicherheit

Wolfgang Schüssel hat diese Initiative ins Leben gerufen, weil er davon überzeugt ist, daß der Staat die Aufgabe hat, seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen und ihnen das Gefühl zu geben, in einer sicheren und ruhigen Heimat leben zu können. Politik muß daher Angst nehmen und Vertrauen geben.

Dieses Gefühl von Sicherheit schafft der Staat, indem er die Institutionen und Personen nach bestem Wissen und Gewissen unterstützt, die zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger ihren Dienst versehen. Jeder in Österreich muß das Gefühl haben, daß er sich jederzeit an die Sicherheitseinrichtungen wenden kann, wenn er Schutz vor Verbrechen oder Hilfe in Augenblicken der Gefahr sucht.

Der Polizist auf der Straße, der Zöllner im Zollamt, der Soldat in der Kaserne, der Feuerwehrmann im Einsatz, der Rettungsfahrer an der Unfallstelle und der Sozialhelfer verdienen als Mitbürger unseres Landes Solidarität und Unterstützung bei ihrer verantwortungsvollen Arbeit. Die Sorgen und Anliegen derjenigen, in deren Händen unsere Sicherheit liegt, müssen von der Politik und allen Österreichern sehr ernst genommen werden.

Sie können ihren Dienst zur Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger nur versehen, wenn ihre Arbeit von allen Österreichern geschätzt und geachtet wird. Daher ist es unsere Verantwortung, den Sicherheitsorganen den Rücken zu stärken und ihnen wieder das Gefühl zu geben, daß ihre wichtigen Aufgaben einen hohen Stellenwert für unseren Staat haben. Nur motivierte Sicherheitsleute sind gute Sicherheitsleute.

Deshalb hat die ÖVP diese Plattform „Freunde der Sicherheit“ gegründet. Die Mitglieder dieser Plattform (die Sicherheitssprecher der ÖVP und viele unserer Mandatäre) haben versucht, diese notwendige Rückenstärkung zu vermitteln.

Sie sind in die Wachzimmer und Kasernen gegangen und haben den Polizisten, Gendarmen, Feuerwehrleuten, Rettungsfahrern, Sozialhelfern und allen anderen, die für die Sicherheit unseres Österreichs da sind, gezeigt, daß wir ihre Arbeit schätzen, ihre Sorgen ernst nehmen und ihre Anliegen unterstützen.

Es ist der ÖVP ein Anliegen, das Image der Exekutive wieder anzuheben. Wir brauchen eine Sicherheitsstruktur, in der Spezialisten arbeiten, die wegen ihrer Fähigkeiten und Erfolge geschätzt werden.

Nicht nur bei großen Unglücksfällen, sondern tagtäglich.

Dazu bedarf es jedoch einer fundierten Reform und Reorganisation des Sicherheitsapparates, der heute noch größtenteils so strukturiert ist wie zur Gründung unserer Republik. Ein Schwerpunkt muß dabei in der Verbesserung der Ausbildung und der Ausrüstung liegen.

Ein wichtiger Bereich der Sicherheit ist die europäische Zusammenarbeit. Es war und ist das Ziel der „Freunde der Sicherheit“, die internationalen Übereinkünfte (wie die GASP, das Schengener Abkommen und Europol) in den Köpfen der Österreicherinnen und Österreicher zu verankern. Die gesamteuropäische Sicherheit ist für unsere Sicherheit fundamental. Es war unser Anliegen, jede Bürgerin und jeden Bürger über unsere Ziele zu informieren, damit diese sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Menschen engagieren können, die für ihre Sicherheit tätig sind.

Lobby für Kinder

Wolfgang Schüssel hat bereits am Bundesparteitag 1995 der ÖVP aufgetragen: Wer sich für unsere Kinder einsetzt, der setzt sich für die Zukunft ein. Er hat daher im Rahmen der Initiative der „Freunde des 21. Jahrhunderts“ eine Lobby für Kinder ins Leben gerufen. Die Lobby für Kinder ist eine überparteiliche Plattform für zielführende Ideen, um den Anliegen der Kinder in der Politik Gehör zu verschaffen.



„Österreich Zukunftsreich“
Dr. Wolfgang Schüssel bei einer
Veranstaltung am 15. Mai 1997

Unser Ziel als Lobby ist es, ein kindgemäßes Leben für unsere Kinder in der Gesellschaft zu ermöglichen. Wir wollen den Erwachsenen nahebringen, wie wichtig es ist, daß unsere Kinder einfach „Kind-Sein“ können. Den politischen Gestaltungsrahmen wollen wir mit den Augen der Kinder sehen. Die Welt der Kinder soll daher zum wichtigen Thema werden.

Die Lobby für Kinder will daher die Welt der Kinder zum Thema machen und arbeitet am Bewußtsein für eine kindgemäße Umwelt, der Förderung von Elternbildung, dem Schutz vor Kindesmißbrauch und Gewalt gegen Kinder, dem Schutz vor Gewalt in den Medien - auf der ÖVP-Homepage wurde ein eigener Link in das Innenministerium gelegt, damit z.B. Kinderpornographie im Internet sofort weitergemeldet werden kann -, die Förderung von familiärer und institutioneller Kinderbetreuung, die Förderung von demokratischer Kindermitbestimmung.

Ein zentraler Erfolg der Lobby für Kinder liegt im „Schutz vor Gewalt in den Medien“. Eine Arbeitsgruppe hat sich mit diesem Thema intensiv befaßt und forderte unter anderem eine bessere Kennzeichnung von Sendungen in TV-Programmzeitschriften. Einige Fernsehzeitschriften haben die Forderung der Lobby für Kinder bereits aufgegriffen und kennzeichnen nun für Kinder geeignete bzw. ungeeignete Sendungen mit blauen bzw. roten Hinweisschildern. Besonders erfreulich ist, daß der ORF als öffentlich-rechtliche Fernseh- und Rundfunkanstalt erste Schritte gesetzt hat, die jeweiligen Fernsehsendungen zumindest am späten Abend so zu kennzeichnen, daß Eltern wissen, ob sie kindgerecht sind.

Die Ideen und Forderungen der Lobby für Kinder werden auch auf lokaler und regionaler Ebene umgesetzt. In jedem Bundesland gibt es Ansprechpartner/innen, die vor Ort „Stützpunkt“ der Lobby für Kinder sind. Über die Lobby für Kinder haben angesehene Persönlichkeiten aus Gesellschaft, Kultur, Wissenschaft und Politik die Schirmherrschaft übernommen, wie zum Bei-



BM Hannes Farnleitner beim Wirtschaftskongreß (März 1999)

spiel der bekannte Kinderbuchautor und UNESCO-Sonderbotschafter Thomas Brezina, Univ.-Professor Dr. Max Friedrich, Vorstand der Universitätsklinik für Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters, Dr. Susanne Rödler von den CliniClowns.

Österreich Zukunftsreich

Wolfgang Schüssel hat im Mai 1997 den Grazer Universitätsprofessor Stefan Karner gebeten, gemeinsam mit 450 Experten aus Wissenschaft, Verwaltung, Politik, Kunst, Kultur und Lebenspraxis „Denkpfiler in das 21. Jahrhundert“ zu erarbeiten. Nach dem Motto: Die Volkspartei macht sich die Zukunft zum Freund. Und „Österreich ist zukunftsreich“.

Diese vielen hundert Mitarbeiter, die im 10. Februar 1999 ihren Abschlußbericht vorgelegt haben, haben durch ihre intensive Arbeit geholfen, Österreich tatsächlich zukunftsreich zu machen.

Die Bürgerinnen und Bürger spüren, daß die Art, wie wir Leben, wie wir Produkte herstellen, konsumieren oder international Politik machen, nicht mehr in dieser Form fortgeschrieben werden kann. Man verlangt von der Politik, eine ehrliche Debatte über die Erwartungen der Zukunft zu führen.

Der Wert der Arbeit der Denkwerkstatt „Österreich Zukunftsreich“ liegt darin, daß durch diese bewußte Horizonterweiterung der Handlungsspielraum für die Politik wieder größer wird.

Wir müssen wissen, wohin die Reise im 21. Jahrhundert geht. Die Politik braucht die Instrumente und Materialien, damit das Beurteilungsvermögen für die Probleme unserer Zeit und zukünftiger Entwicklungen geschärft wird.

Diese Denkpfiler ins 21. Jahrhundert für ein „Österreich Zukunftsreich“ sind der nächsten Generation gewidmet und anvertraut.

Die Volkspartei macht heute Politik, doch stets unter dem Blickwinkel der Zukunft, und in der Absicht, der nächsten Generation ein Fülle von Lebenschancen, Wahlmöglichkeiten und Gestaltungsmöglichkeiten anzuvertrauen.

Internationale Arbeit der ÖVP

Mit der fortschreitenden europäischen Integration werden immer mehr politische Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen. Dem muß auch die Parteienzusammenarbeit Rechnung tragen, denn gerade zur Festlegung der langfristigen Strategien und Programme bedarf es einer engen Abstimmung mit den gleichgesinnten Kräften in Europa. Aber auch auf weltweiter Ebene müssen die christdemokratischen und konservativen Parteien in zunehmendem Ausmaß ihre Positionen koordinieren, um zur wirtschaftlichen Globalisierung ein politisches Äquivalent zu schaffen. Seit Jahrzehnten spielt die Volkspartei eine zentrale Rolle im Aufbau dieser europäischen und internationalen Parteiorganisationen. Dieses besondere Engagement wurde nun auch in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre fortgesetzt.

Unmittelbar nach dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union wurde die ÖVP Mitglied der Europäischen Volkspartei. Den Kern der EVP bildet ihre Fraktion im Europäischen Parlament, der nunmehr 202 Abgeordnete angehören. Der steirische Europaabgeordnete Dr. Reinhard Rack ist Vizepräsident der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. Auch in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates haben sich die christdemokratischen und konservativen Parteien zu einer EVP-Fraktion zusammengeschlossen. Der Nationalratsabgeordnete Dr. Walter Schwimmer ist Präsident dieser EVP-Fraktion in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Ein weiteres Kernelement der Kooperation im Rahmen der Europäischen Volkspartei ist der „EVP-Gipfel“ der Staats- und Regierungschefs der EVP-Parteien. Bundesparteiobmann Dr. Wolfgang Schüssel gehört als Vizekanzler und Parteivorsitzender diesem Spitzengremium der christdemokratischen und konservativen Parteien an. Im Dezember 1998 wurde dieser EVP-Gipfel auf Einladung der ÖVP in Wien ausgetragen.

Ein besonderes Naheverhältnis besteht zwischen der ÖVP und der Europäischen Demokratischen Union. Die EDU wurde am 24. April 1978 unter dem Vorsitz von Dr. Josef Taus in Klesheim gegründet. Ihm folgte im Jahre 1979 Dr. Alois Mock als Vorsitzender der EDU nach. Zum 20. Jahrestag der Gründung der Europäischen Demokratischen Union fand auf Einladung von Dr. Wolfgang



VK Schüssel mit dem türkischen Premierminister Yilmaz und dem neuen EDU-Vorsitzenden Niinistö bei der 18. EDU-Parteiführerkonferenz in Salzburg (April 1998)

Schüssel und Dr. Alois Mock die 18. Parteiführerkonferenz am 24. und 25. April 1998 in Salzburg statt. Bei dieser Konferenz übergab der Ehrenobmann der ÖVP Dr. Alois Mock den EDU-Vorsitz an den finnischen Vizepremierminister und Vorsitzenden der konservativen Kansallinen Kokoomus Sauli Niinistö.

Seit der Gründung der EDU befindet sich das EDU-Exekutivsekretariat in Wien. Bei der 17. Parteiführerkonferenz im März 1996 in Paris folgte der Internationale Sekretär der ÖVP Mag. Alexis Wintoniak dem ÖVP-Klubobmann Dr. Andreas Khol als EDU-Exekutivsekretär nach.

Mittlerweile zählt die Europäische Demokratische Union 43 Mitglieder in 30 Ländern, die über 90 Millionen Wähler vertreten. Im Mittelpunkt der EDU steht die Zusammenarbeit der nationalen Parteiorganisationen der christdemokratischen und konservativen Kräfte in ganz Europa. Dementsprechend waren die inhaltlichen Schwerpunkte der EDU Arbeit die europäische Integration und die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in Europa sowie der Demokratisierungsprozeß am westlichen Balkan. Die ÖVP war in den verschiedenen Arbeitskomitees durch die jeweiligen Bereichssprecher und in den Leitungsgremien von EVP und EDU durch Generalsekretär Mag. Othmar Karas und den Internationalen Sekretär Mag. Alexis Wintoniak vertreten.

Über diese Kontakte in der Europäischen Volkspartei und der EDU hält die Volkspartei auch ein dichtes Netz an bilateraler Parteilzusammenarbeit aufrecht. So kam es zu regelmäßigen Treffen der ÖVP-Parteispitze mit den Parteiführungen der Schwesterparteien in den Nachbarstaaten, und auch auf regionaler Ebene wurde diese grenzüberschreitende Kooperation ausgebaut.

Bundesparteitag

Der letzte ordentliche Bundesparteitag fand am 22. April 1995 statt.

Bundesparteipräsidium

Das Bundesparteipräsidium trat durchschnittlich ca. alle sechs Wochen zusammen. Derzeit gehören dem Bundesparteipräsidium an:

GS Mag. Othmar Karas
KO Dr. Andreas Khol
LH Waltraud Klasnic
BM a.D. Dr. Alois Mock
2.Präs.d.NR Dr. Heinrich Neisser
GS NR Maria Rauch-Kallat
VK Dr. Wolfgang Schüssel
Präs. Rudolf Schwarzböck
LR Dr. Elisabeth Zanon

Bundesparteivorstand

Der Bundesparteivorstand tagte durchschnittlich ca. alle sechs Wochen. Seine Mitglieder sind derzeit:

Abg.z.NR Werner Amon
BM Dr. Martin Bartenstein
BR Bgm. Ludwig Bieringer
BM Dr. Johannes Farnleitner
BM Dr. Werner Fasslabend
StS. Dr. Benita-Maria Ferrero-Waldner
EU-Kom. Dr. Franz Fischler (kooptiert)
LR Mag. Edmund Freibauer (kooptiert)
BM Elisabeth Gehr
VBgm. DDr. Bernhard Görg
LHStv. Ing. Gerhard Jellasitz
GS Mag. Othmar Karas
KO Dr. Andreas Khol
LH Waltraud Klasnic
BO Stefan Knafl
VA Ingrid Korosec (kooptiert)
Abg.z.NR Ing. Leopold Maderthaner
BM d.D., Abg.z.NR Dr. Alois Mock
BM Mag. Wilhelm Molterer
Präs.d.NR Dr. Heinrich Neisser
LH Dr. Erwin Pröll
LH Dr. Josef Pühringer
GS Abg.z.NR Maria Rauch-Kallat
LPräs.a.D. Mag. Franz Romeder

LH Dr. Herbert Sausgruber
LH Dr. Franz Schausberger
VK Dr. Wolfgang Schüssel
Bgm. Ing. Alois Schwarz
Präs. Rudolf Schwarzböck
Abg.z.NR Präs. Georg Schwarzenberger
VDir. Dr. Wilfried Stadler (kooptiert nach dem Ausscheiden von Dr. Andreas Treichl)
MEP Ursula Stenzel (kooptiert)
LH Dr. Wendelin Weingartner
Vizepräs. Jürgen Weiss (kooptiert)
LR Dr. Elisabeth Zanon
LH Dr. Christof Zernatto

Parlamentarische Referenten

siehe Bericht des Parlamentsklubs

Fachausschüsse

Die Vorsitzenden der Fachausschüsse sind:

StS Dr. Benita Maria Ferrero-Waldner
(*Europa und Außenpolitik*)
Abg. z. NR Dr. Gottfried Feurstein
(*Arbeit und Soziales*)
Abg. z. NR Dr. Erwin Rasinger
(*Gesundheit*)
Abg. z. NR Dr. Maria Theresia Fekter
(*Justiz*)
Abg. z. NR Paul Kiss
(*Inneres/Sicherheit*)
Abg. z. NR Mag. Helmut Kukacka
(*Verkehr*)
Abg. z. NR Dr. Dieter Lukesch
(*Wissenschaft*)
Abg. z. NR Dr. Sonja Moser
(*Familie*)
Abg. z. NR Rosemarie Bauer
(*Frauenpolitik*)
Abg. z. NR Dr. Walter Schwimmer
(*Wohnen*)

Konferenz der Landesgeschäftsführer

Unter dem Vorsitz der Generalsekretäre tagten regelmäßig die Konferenz der Landesgeschäftsführer, an der auch die Generalsekretäre der Teilorganisationen sowie je ein Vertreter des Parlamentsklubs und der Politischen Akademie teilnahmen.

Beschlüsse

des 30. Bundesparteitages der ÖVP in Wien, 22. April 1995, und ihr Durchführung.

Antrag 1: Bundesparteivorstand
**Leitantrag zur Politischen Schwerpunktsetzung
der ÖVP**
Angenommen

Die ÖVP hat alle im Antrag genannten Schwerpunktthemen in den letzten 4 Jahr in ihre politische Arbeit integriert: insbesondere die Konsolidierung des Staatshaushaltes, die Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion und das große Familiensteuerepaket.

Antrag 2: Antrag von 50 Delegierten
Diverse Aspekte der Familienpolitik
Angenommen und dem BPV zugewiesen

Die im Antrag genannte Anliegen sind alle umgesetzt.

Antrag 3: Österreichischer Seniorenbund
Briefwahlrecht
Angenommen

Im NR wurde durch den Klub der ÖVP ein entsprechender Entschließungsantrag eingebracht, der jedoch keine Mehrheit gefunden hat.

Antrag 4: ÖVP NÖ
Förderung der Regionalpolitik
Angenommen und zugewiesen an den BPV

Das Wirtschaftsministerium hat einen umfassenden Bericht zur regionalen Infrastrukturentwicklung vorgelegt.

Antrag 5: ÖVP Wien
Stadtregion/Regionalpolitik
Angenommen und zugewiesen an den BPV
Entsprechende Maßnahmen wurden gesetzt.

Antrag 6: Österreichischer Wirtschaftsbund
Leitantrag zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich
Zugewiesen an den BPV

Die Flexibilisierung der Arbeitszeit, eine Steuerreform, EU-Förderprogramme und die Senkung der Lohnnebenkosten wurden in der politischen Arbeit der Bundesregierung berücksichtigt.

Antrag 7: Österreichischer Wirtschaftsbund
Flexibilisierung der Arbeitszeit
Zugewiesen an den BPV

Eine umfassende Flexibilisierung der Arbeitszeit wurde gesetzlich umgesetzt.

Antrag 8: ÖVP OÖ
Flexible Arbeitszeit für Jugendliche
Zugewiesen an BPV

Umsetzung vergleiche Antrag 7.

Antrag 9: ÖVP JVP
Flexible Arbeitszeit für Jugendliche
Zugewiesen an BPV

Umsetzung vergleiche Antrag 7.

Antrag 10: Österreichischer Wirtschaftsbund
3. Etappe der Steuerreform
Zugewiesen an BPV

Der BPV hat am 4. Juni 1998 ein umfassendes Steuerreformkonzept beschlossen.

Antrag 11: ÖVP Stmk
Ökologisierung des Steuersystems
Zugewiesen an BPV

Umsetzung vergleiche Antrag 10.

Antrag 12: Österreichischer Wirtschaftsbund
Innovation- und Technologieförderung
Zugewiesen an BPV

Der BPV hat im Jänner 1997 ein entsprechendes Konzept in die Arbeit der Bundesregierung eingebracht, was dort an Widerstand der SPÖ gescheitert ist.

Antrag 13: Österreichischer Wirtschaftsbund
EU-Förderung / KMU
Zugewiesen an BPV

Inhalt des Antrags war Gegenstand der Verhandlungen zur Agenda 2000.

Antrag 14: Österreichischer Wirtschaftsbund
Lohnnebenkosten / Insolvents fonds
Zugewiesen an BPV

Die Lohnnebenkosten wurden im Zuge der verschiedenen Budgeterstellungen nicht erhöht.

Antrag 15 und Antrag 16: ÖVP OÖ und JVP
Big Cash statt Butterbrot; Junge Leute verdienen sich mehr.
Zugewiesen an BPV

Erstmals hat sich die Einkommenskurve für junge Menschen tatsächlich in den letzten Jahren deutlich verbessert.

Antrag 17 und Antrag 18: ÖVP OÖ und ÖVP Wien
Atomkraft freies Mitteleuropa
Angenommen

Die ÖVP und ihre Regierungsmitglieder haben
wiederholt entsprechende Initiativen gesetzt.

Antrag 19: ÖVP Wien
**Privatisierung der Bundesanteile an der Bank
Austria**
Angenommen

Entsprechende Maßnahmen wurden gesetzt.

Antrag 20: Österreichischer Bauernbund
Ökosoziale Agrarpolitik ist unser Zukunftskonzept

Angenommen und zugewiesen an den BPV
Die meisten Aspekte des Antrags sind und waren
Gegenstand der ÖVP Agrarpolitik.

Antrag 21: JVP
Energieresolution
Angenommen

Diverse Aspekte des Antrages wurden umgesetzt.

Antrag 22: JVP
Von Drogen betrogen
Angenommen

Unterrichtsministerin Gehrler hat zum Beispiel
eine Aktion „Drogenfreie Schulen“ gestartet.

Antrag 23: JVP
Die Lehre bringt's.
Angenommen

Alle Aspekte des Antrags wurden umgesetzt.

Antrag 24: JVP
Reform des Geschichtsunterrichts bzw. der politischen Bildung
Angenommen

In der Lehrplanreform umgesetzt.

Antrag 25: Antrag von 50 Delegierten
Herranbildung von entfaltungsfähigen Fachkräften
Angenommen

Die Lehrlingsausbildung- und Begabtenförderung
wurden laufend optimiert.

Antrag 26: Antrag von 50 Delegierten
Konfessionelle Privatschulen
Angenommen

Das Unterrichtsministerium ist in laufenden Verhandlungen mit den Privatschulträgern.

Antrag 27: JVP
Verkleinerung der Bundesregierung
Angenommen

Bereits bei der Regierungsumbildung im Mai
1995 erfolgt.

Antrag 28: JVP
Antrag zum Status der Politiker
Zugewiesen an BPV

Der NR hat ein entsprechendes Gesetz beschlossen.

Antrag 29: Antrag von 50 Delegierten
Die ÖVP - Wofür wir stehen - was wir wollen
Angenommen

Der Bundesparteitag hat gleichzeitig ein neues
Grundsatzprogramm beschlossen.

Antrag 30: Antrag von 50 Delegierten
Landarbeiterkammertag
Angenommen

In allen Kammern haben in der Zwischenzeit Urabstimmungen zur Beibehaltung der Pflichtmitgliedschaft stattgefunden.

Antrag 31: ÖAAB
Statutenänderung: Zusammensetzung des Bundesparteipräsidiums
Zugewiesen an BPV

Der BPV ist übereingekommen, daß die wöchentliche Vorbesprechung zum Ministerrat und der Teilnahme aller Obleute der Teilorganisationen das operative Entscheidungsgremium der ÖVP darstellt.

Antrag 32: Österreichischer Seniorenbund
Reihung der angeführten Teilorganisation in alphabetischer Form
Vom Antragsteller zurückgezogen.

Antrag I: BPV
Neues Grundsatzprogramm der ÖVP
Angenommen

Bericht des Parlamentsklubs der ÖVP

Der Parlamentsklub der ÖVP: Die treibende Kraft

Die Österreichische Volkspartei hat mit den Wahlen 1995 einen Kurswechsel erzwungen, mit dem in Österreich die Wende zu den Ideen und Grundsätzen der ÖVP erfolgreich durchgeführt wurde.

Dazu hat der Parlamentsklub der ÖVP, haben die Abgeordneten zum Nationalrat, die Bundesrätinnen und Bundesräte entscheidend beigetragen. Zahlreiche Gesetze wurden im Parlamentsklub erarbeitet, Gesetzesentwürfe eingebracht, Bereichssprecher der ÖVP haben in Verhandlungen mit den SPÖ-Ministern die ÖVP-Standpunkte durchgesetzt und damit die Regierungsvorlagen und die Gesetze geprägt. Die Vertretung des Klubs in der Bundesregierung durch den Klubobmann (die Klubobleute der beiden Regierungsparteien sind kooptierte Mitglieder der Bundesregierung mit vollem Rede-Recht) stellte auch sicher, daß die Grundsatzpositionen des Klubs in der Regierungsarbeit zum Tragen kommen. Damit profiliert der Klub, zusammen mit den ÖVP-Ministern, geführt durch den Vizkanzler und Parteiboss, die Arbeit der Bundesregierung im Sinne unserer Zielsetzungen:

- ❑ Gerechte Familienpolitik
⇒ *Familien-Steuerreform*
- ❑ Weniger Budgetdefizite und mehr Wirtschaftswachstum
⇒ *Neue Stabilität*
- ❑ Exportoffensive und Gründerwelle
⇒ *Mehr Arbeit*
- ❑ Mehr Privat und weniger Staat
⇒ *Neue steuerzahlende Betriebe mit hohen Gewinnen*
- ❑ Mehr Sicherheit und weniger Kriminalität
⇒ *Neues Fremdenrecht und neues Staatsbürgerschaftsrecht*

Der vorliegende Bericht an den Bundesparteitag will nachweisen, daß dies alles keine Schlagworte und frommen Wünsche geblieben sind, sondern Wirklichkeit wurde. Als gut koordinierte Formation in den wöchentlichen Ministerratsvorbesprechungen vom Bundesparteiboss „auf die Schienen gestellt“, hat der Klub in seinen vielen Ar-



Bundesparteiboss VK Dr. Wolfgang Schüssel
gemeinsam mit Klubobmann Abg. z. NR Dr. Andreas Kohl

beitssitzungen, Studientagen und Klausuren, in zahlreichen demokratischen klub-internen Abstimmungen die Zielsetzungen in Gesetzesinitiativen und Abänderungsanträgen umgegossen! Dabei ist der Klub nach dem Grundsatz vorgegangen, maximale Offenheit in der Diskussion nach innen, aber ebenso maximale Geschlossenheit im Auftreten nach außen. In diesem Geist konnte der Klub erfolgreich sein! Als klar profilierende, geschlossen auftretende Kraft mit Prägewirkung. Wir waren und sind uns der Hoffnungen, Erwartungen und Ansprüche unserer Funktionäre in Gemeinden, Betrieben, Dienststellen und in den Ländern bewußt: Es geht in der Arbeit des Klubs um die Umsetzung der Ziele unserer Volkspartei!

Aufräumarbeiten nach sozialistischer Verschwendung

Die wichtigste Zielsetzung nach der letzten Nationalratswahl war es für die ÖVP, die Staatsfinanzen zu sanieren, die Stabilität rückzugewinnen, die Maastricht-Kriterien zu erfüllen und Maßnahmen für die Sicherung der Zukunft unserer Kinder zu setzen.

Das jährliche Budgetdefizit war unter drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu senken, die Neuverschuldung zu beenden und mit dem Rückzahlen der Staatsschulden zu beginnen, die vor allem in der Ära Kreisky angehäuft worden waren.

Die Mittel zur Erreichung des Ziels der Stabilitätspolitik waren für uns klar:

Nicht leistungsfeindliche Steuererhöhungen und andere Maßnahmen, die den Wirtschaftsstandort Österreich beeinträchtigen, sondern Einsparungen, Beendigung des Mißbrauchs unserer Sozialleistungen, Privatisierung und Ausgliederung, schlanker, aber leistungsfähiger Staat.

Die getroffenen Maßnahmen dazu:

Vier Budgets in 18 Monaten

Wir haben die Ursache der Schuldenwirtschaft beseitigt!

Die ÖBB: sie wurden ausgegliedert und der Staatszuschuß stabilisiert, wirtschaftliche Kriterien fanden Eingang, Privilegien wurden beendet, der Staatszuschuß nach unten begrenzt.

Die Gesundheitsvorsorge, vor allem das Krankenhauswesen: der KRAZAF wurde beendet, das leistungsbezogene Abrechnungssystem eingeführt, Strukturbereinigungen durchgeführt, ein Großgeräteplan auf den Weg gebracht, zaghaft Selbstbehalte eingeführt, die Krankenkassen erwirtschaften wieder Überschüsse.

Der Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung: aus ihr wurden auch der Sondernotstand und das Karenzgeld bezahlt. Durch eine Reihe von Maßnahmen wurde auch hier der weitverbreitete Mißbrauch gestoppt. Die Arbeitslosenversicherung erwirtschaftet wieder Überschüsse.

Die verstaatlichte Industrie: sie hat uns über Jahre dreistellige Milliardenbeträge gekostet. Wir zahlen an Kreisky-Schulden noch bis ins dritte Jahrtausend zurück. Hundert Milliarden. Wir haben die Betriebe privatisiert; heute machen die Nachfolgeindustrien jährlich durchschnittlich 6 Milliarden Gewinn und können alle Steuern zahlen!

Die aufgeblähte Verwaltung: in der Zeit der Regierung Klaus 1966 - 1970 wurden das letzte Mal Beamte eingespart: damals in vier Jahren 3.500 Dienstposten. Wir werden im Zeitraum von 1995 - 2000 33.000 Dienstposten nachhaltig eingespart haben:

wir wollen einen schlanken leistungsfähigen Staat mit leistungsgerecht entlohnenden öffentlich Bediensteten!

Der Staatsschuldendienst: auch hier eröffnet sich durch die Stabilitätspolitik und durch Österreichs Mitgliedschaft in der Europäischen Union sowie durch die Niedrigzinspolitik im Gefolge des Euro eine bessere Perspektive: durch gezielte Umschuldungen können wir von den weltweit gesunkenen Schuldzinsen profitieren (so wie uns dies Oberösterreichs Landesrat Leitl gezeigt hat) und substantiell durch die Stabilitätsgemeinschaft der Europäischen Union und die Einführung der Europäischen Währung gewinnen.

Wir haben nunmehr in 18 Monaten vier Budgets zustande gebracht, nach unserem Modell - ohne Steuer- und Abgabenerhöhungen. Wir haben privatisiert und ausgegliedert, erstmals dauerhaft den aufgeblähten Apparat verringert, den Mißbrauch des Arbeitslosenversicherungs-, des Karenzgeldes, der Sondernotstandshilfe bekämpft, ebenso wie die Schwarzarbeit.

Mit den Budgets 1998 und 1999 wurde der von der ÖVP innerhalb der Koalition eingeleitete Konsolidierungskurs der österreichischen Staatsfinanzen eindrucksvoll fortgesetzt.

Die Budgetpolitik dieser Legislaturperiode ist wesentlich darauf ausgerichtet, das in den Jahren 1993 bis 1995 auf 5,1% des Bruttoinlandsprodukts gestiegene Defizit wieder zurückzuführen und die Verschuldungsquote abzusenken.

Der von der Bundesregierung vorgelegte Bundesvoranschlag 1999 sieht im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 767,7 Mrd. S, Einnahmen von 697,5 Mrd. S und ein Netto-defizit von 70,1 Mrd. S oder 2,6% des Bruttoinlandsproduktes vor. Die Gesamtverschuldung des Staates soll auf unter 65% des BIP sinken.

Österreich geht damit den Weg der Budgetkonsolidierung konsequent weiter und befindet sich zusätzlich in der Phase der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung. Das Budget 1999 kann als Österreichs Beitrag zu einem stabilen EURO angesehen werden, wobei der Sparkurs nun konsequent fortgeführt werden muß, auch um einen Entlastungsspielraum für die geplante Steuerreform zu schaffen.

Die Abgänge in den öffentlichen Haushalten nahmen in den Jahren 1992 bis 1995 spürbar zu. Das Defizit des Bundes stieg von 66,5 Mrd. S im Jahre 1992 auf 117,9 Mrd. S im Jahre 1995. Das gesamtstaatliche Defizit nach „Maastricht“ stieg von 2,0% des BIP (1992) auf 5,2% (1995) und die Verschuldungsquote erhöhte sich von 58,3% (1992) auf 69,5% (1996).

Es ist auf den Druck der ÖVP zurückzuführen, daß 1996 ein Strukturanpassungsgesetz beschlossen wurde, das ein umfangreiches Konsolidierungsprogramm darstellt, dessen Maßnahmen Änderungen von 98 Gesetzen betrafen. In den Konsolidierungsprozeß wurden auch die Länder und Gemeinden einbezogen. Ziel war, das gesamtstaatliche Defizit im Jahre 1997 auf unter 3 % des BIP zu begrenzen und die Staatsverschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu senken.

Mit dem Konsolidierungsprogramm für die Jahre 1996/97 wurde die notwendige Trendumkehr in der budgetären Entwicklung bewerkstelligt. Das Budgetdefizit des Bundes wurde von 117,9 Mrd. S im Jahre 1995 auf 67,2 Mrd. S oder 2,7 % des BIP im Jahre 1997 reduziert. Das gesamtstaatliche Defizit nach Maastricht-Definition für 1997 liegt mit 2,5 % des BIP deutlich unter dem Konvergenzwert und auch wesentlich unter dem vorgegebenen Ziel der Bundesregierung von ebenfalls 3 % des BIP. Die Schuldenquote konnte um fast 3 Prozentpunkte des BIP, von 69,5 % (1996) auf 66,5 % (1997) zurückgeführt werden.

Durch die Konsolidierungsmaßnahmen wurde die Teilnahme Österreichs an der 3. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion eindrucksvoll abgesichert.

Die vorrangigen Ziele des von uns vertretenen Konsolidierungsprogrammes, nämlich die Erhaltung der guten Beschäftigungssituation und der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Österreich sowie die Wiedergewinnung der notwendigen fiskalpolitischen Handlungsspielräume konnten erreicht werden. Es ist der ÖVP zu danken, daß unter die Ära der Kreisky'schen Schuldenpolitik ein Schlußpunkt gesetzt werden konnte.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Günter Stummvoll,
Mag. Günther Thonabauer

Familiensteuerreform

Als sozial- und gesellschaftspolitisch wichtigste Maßnahme dieser Legislaturperiode kann sicherlich die Beschlußfassung der Familiensteuerreform bezeichnet werden. Hierbei ist es der ÖVP trotz anfänglichem starken Widerstand der SPÖ gelungen, das größte Familienpaket der letzten Jahrzehnte zu verwirklichen. Österreichs Familien erhalten mit dieser gerechteren Familienbesteuerung 12 Mrd. öS mehr.

Jede Familie bekommt pro Kind und Monat zusätzlich mindestens 500 Schilling, im Jahr somit um 6.000 Schilling mehr pro Kind. Die Erhaltung der Mehrkindstaffel war für die ÖVP ein besonders wichtiges Anliegen, denn gerade Familien mit drei und mehr Kindern sind erwiesenermaßen verstärkt von Armut bedroht. Ab dem dritten Kind bekommen alle Familien, deren Familieneinkommen unter

42.000,- Schilling im Monat liegt, zusätzlich 400 Schilling für das dritte und jedes weitere Kind (Mehrkindzuschlag). Weiters erhalten Alleinverdiener/innen und Alleinerzieher/innen in Zukunft den Absetzbetrag von 5.000,- Schilling in voller Höhe (bisher 2.000,- öS) als Negativsteuer ausbezahlt.

Das Familienpaket wird in 2 Etappen - jeweils am 1.1.1999 und 2000 - wirksam. Bereits 1999 werden sowohl der Kinderabsetzbetrag als auch die Familienbeihilfe um 125,- Schilling angehoben. Der Mehrkindzuschlag für das dritte und jedes weitere Kind wird im Jahr 1999 200,- Schilling betragen. Ab dem Jahr 2000 erhält jede Familie insgesamt um 500,- öS mehr pro Kind, das sind 6.000,- öS mehr pro Jahr; der Mehrkindzuschlag ab dem dritten Kind für Familien mit einem Einkommen unter 42.000,- öS wird um weitere 200,- öS auf insgesamt 400,- öS angehoben.

Die Ausbezahlung des Alleinverdiener/innen- und Alleinerzieher/innen-Absetzbetrages in voller Höhe von 5.000,- öS erfolgt bereits 1999.



Abg. Dr. Günter Stummvoll

In einer zweiten Tranche werden weitere 600 Mio öS für Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung gestellt.

Verhandlungsteam:

Abg. Maria Rauch-Kallat,
Dr. Harald Wögerbauer



Abg. Maria Rauch-Kallat

2000 Schilling Mutter-Kind-Paß-Bonus

Durch eine Novellierung des Familienlastenausgleichsgesetzes wird seit dem 1.1.1997 ein Mutter-Kind-Paß-Bonus in Höhe von 2000 öS gewährt, um zusätzlich zum Angebot der kostenlosen Vorsorgeuntersuchungen für Schwangere und Kleinkinder einen finanziellen Anreiz für die Mutter-

Kind-Paß-Untersuchungen zu schaffen. Ziel dieses Gesetzesvorhaben war, die hohe Untersuchungsdisziplin auch nach dem Wegfall der Geburtenbeihilfe aufrechtzuerhalten.

Dieser Mutter-Kind-Paß-Bonus steht jedoch nur dann zu, wenn das Familieneinkommen unter der Höchstbemessungsgrundlage (41.000,- Schilling) liegt. Die Auszahlung der 2000 öS erfolgt nach dem ersten Lebensjahr des Kindes, wenn alle Untersuchungen nach dem Mutter-Kind-Paß während der Schwangerschaft und im ersten Lebensjahr des Kindes durchgeführt wurden.

Novelle zum Familienberatungsförderungsgesetz

Im Rahmen des 3. Budgetbegleitgesetzes wurde eine Novelle zum Familienberatungsförderungsgesetz beschlossen, mit der auf Veränderungen in der Beratungswirklichkeit reagiert und eine bedarfsgerechtere Förderung der Beratungseinrichtungen ermöglicht werden soll. Folgende Änderungen wurden beschlossen:

- Entfall des Förderungshöchstbetrages d. h. daß zukünftig eine Finanzierung von Beratungsschwerpunkten (ins. Sektenberatung, Beratung bei Gericht im Fall einer Scheidung, Beratung für die pränatale Diagnose) möglich wird.

- Die Beratung ist kostenlos - freiwillige Kostenbeiträge sind aber in Hinkunft möglich und können von den Beratern und Beraterinnen auch angenommen werden.
- Die Verschwiegenheitspflicht der Berater wird verbessert und richtet sich nunmehr nach den Bestimmungen des Psychotherapiegesetzes.
- Der Arzt wird in Hinkunft bei Bedarf zur Beratung herangezogen (vielfache ungenützte Anwesenheitszeiten des Arztes entfallen dadurch).

Novelle zum Familienlastenausgleichsgesetz

Mit der Novelle zum Familienlastenausgleichsgesetz wird die Altersgrenze bei Gewährung der Familienbeihilfe für Schwangere bzw. Mütter, die sich in Berufsausbildung (insbes. Studium) befinden, vom 26. auf das 27. Lebensjahr angehoben, was rückwirkend mit 1. Oktober 1996 in Kraft tritt. Ebenso soll der Aufwand (3 Mio öS) für Informationsmaßnahmen (Etablierung eines Recall-Systems, Werbeplakate im Warteraum der Ordinationen) zur Verbesserung der Untersuchungsfrequenz bei den Mutter-Kind-Paß-Untersuchungen aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen getragen werden. Das Kernstück der Novelle bildet die Möglichkeit der Wiederverwendung von Schulbüchern auf freiwilliger Basis. Grundsätzlich bleibt es bei der Regelung, daß die im Rahmen der Schulbuchaktion den Schülern zur Verfügung gestellten Unterrichtsmittel in deren Eigentum übergehen. Die Schüler können jedoch Schulbücher der Schule zur Wiederverwendung zur Verfügung stellen. Dabei bleibt es der individuellen Disposition der Schüler vorbehalten, welche Schulbücher weitergegeben und welche behalten werden.

Durch diese Wiederverwendung soll der Versorgungsgrad mit Schulbüchern, der ohne Wiederverwendung abzusinken drohte, bei einer Deckelung des Budgets in Höhe von 1,2 Mrd. öS wieder angehoben werden.

Bundesstelle für Sektenfragen

Hauptaufgabe dieser neuen Einrichtung, die selbständig und weisungsfrei agieren soll, ist die Dokumentation von Gefährdungen, die von sogenannten Sekten und pseudoreligiösen Gruppen ausgehen und

die Information über diese. Hervorzuheben sind auch die Funktion der Bundesstelle als Vernetzungsknoten zwischen schon bestehenden Informationsstellen der Länder oder anerkannter Kirchen sowie die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch mit ausländischen Stellen.

Die ÖVP als führende Kraft im Bereich der Sicherheitspolitik

Bekämpfung der Organisierten Kriminalität

Gegen starken Widerstand, insbesondere der SPÖ, konnten im Jahr 1997 die modernen Entwicklungsmethoden zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität beschlossen werden.

Bereits früher war bekannt, daß - nach Schätzungen - ein Drittel aller Verbrechen auf den Bereich der Organisierten Kriminalität entfallen. Die typisch dem Bereich der Russenmafia zuzurechnenden Morde der letzten Zeit waren nur ein Beweis mehr, daß der Exekutive die entsprechenden Mittel an die Hand gegeben werden müssen.

Durch die modernen Ermittlungsmethoden ist sichergestellt, daß die Sicherheitsbehörden auch Hinkunft dem Organisierten Verbrechen gewachsen sind. Die Lösung stellt aber eine Lösung mit Augenmaß dar, weil durch eine Reihe von Maßnahmen sichergestellt ist, daß es nicht zu ungerechtfertigten Eingriffen in die Persönlichkeitsphäre kommt. In diesem Zusammenhang wäre, abgesehen von der Zulässigkeit des Einsatzes nur im Bereich der Schwerekriminalität, insbesondere die Schaffung eines Rechtsschutzbeauftragten, die Einführung einer Berichtspflicht, die befristete Beschlußfassung des Gesetzes und der „progress report“ zu erwähnen.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Maria Fekter,
Dr. Helmut Epp

Das Waffengesetz

Auch beim Waffengesetz war es der ÖVP zu verdanken, daß bei Einhaltung der Verpflichtung, EU-Recht umzusetzen, eine Lösung mit Augenmaß gefunden werden konnte.

Das Waffengesetz geht zwar in einem Punkt über die EU-rechtlich übernommen Verpflichtungen hinaus, nämlich bei der Einführung der besonderen Verlässlichkeitsprüfung, auf der anderen Seite wurde aber durchgesetzt, daß für Personen, die ständig mit Waffen umgehen und Kenntnisse über den Umgang mit Waffen nachgewiesen haben, so insbesondere die Jäger, Ausnahmebestimmungen geschaffen wurden.

Auch dem Vorstoß der SPÖ, aus Anlässen, die sich noch vor Inkrafttreten des Gesetzes ereigneten, sofort wieder eine anlaßbezogene Verschärfung des Waffengesetzes zu verlangen, konnte die ÖVP Paroli bieten.

Auf Grund von ÖVP-Vorschlägen hat der Innenminister eine Durchführungsverordnung erlassen, in der Regelungen über die sichere Verwahrung von Waffen, über den Waffenführerschein, über die anlaßbezogene Überprüfung der Verwahrung und Verständigungspflichten enthalten sind.

Nur durch die ÖVP konnte eine Verunsicherung der rechtstreuen Waffenbesitzer verhindert werden. Die ÖVP garantiert auch weiterhin, daß es zu keiner Verschärfung des Waffengesetzes, zu keiner Waffensteuer und zu keiner zahlenmäßigen Beschränkung von Langwaffen kommen wird.

Verhandlungsteam:

Abg. Paul Kiss,
Abg. Günther Platter,
Dr. Helmut Epp



Abg. Paul Kiss

Schutz unserer Kinder

Die ÖVP hat auf Grund der Erkenntnisse des Falles Dutroux in Belgien aber auch des österreichischen Falles Jiri K. mit einem Dringlichen Antrag die Initiative zum Schutz unserer Kinder ergriffen.

Auf Grund dieser ÖVP-Initiative konnten eine Reihe von Maßnahmen gesetzt werden:

- Die österreichische Gerichtsbarkeit bei Sexualdelikten im Ausland (Sex-Tourismus) wurde eingeführt.

- Die Strafbarkeit des Besitzes von Kinderpornographie wurde wesentlich verschärft (bei gewerbsmäßigem Handel wurden die Strafen verdreifacht!).
- Es wurde ein immaterielles Schadenersatzrecht für Opfer sexueller Handlungen geschaffen (§ 1328 ABGB)
- Durch das Bundesgesetz gegen Gewalt in der Familie wurde ein Wegweiserecht für gewalttätige Familienmitglieder geschaffen bzw. verbessert
- Die zentrale Meldestelle zur Bekämpfung kinderpornographischer Inhalte im Internet wurde beim BMI eingerichtet
- Die EU hat die Arbeiten zur weltweiten Bekämpfung von Kinderpornographie und Extremismus im Internet aufgenommen (Rat der Justiz- und Innenminister)
- Die Möglichkeiten der schonenden Vernehmung von Opfern sexueller Gewalt im gerichtlichen Strafverfahren wurden verbessert
- Die Verjährungsfrist bei Sexualdelikten an Minderjährigen wurde über die Erreichung des Volljährigkeitsalters hinaus verlängert
- Die Unzuchs- und beischlafsähnlichen Delikte wurden angeglichen. Dies bedeutet, daß der Strafrahmen im Schnitt um fünf Jahr erhöht wird.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Maria Fekter,
Dr. Helmut Epp

Das neue Staatsbürgerschaftsrecht



Klubobmann Abg. Dr. Andreas Khol

Bei diesen Verhandlungen zum neuen Staatsbürgerschaftsrecht ging die ÖVP davon aus, daß die österreichische Staatsbürgerschaft ein hohes Gut darstellt, weshalb es zu klaren und strengen Voraussetzungen für die Verleihung kommen sollte.

Die ÖVP hat in diesem Bereich insbesondere Folgendes erreicht:

- Die zeitliche Voraussetzung für einen Rechtsanspruch auf die Verleihung der Staatsbürgerschaft bleibt mit 30 Jahren gleich;
- Die Regelwartezeit beträgt auch weiterhin 10 Jahre;

- Im Falle besonders berücksichtigungswürdiger Gründe kann von diesen Fristen abgegangen werden; hierfür wurde jedoch ein klarer Katalog festgeschrieben, um unterschiedliche Verleihungspraktiken der Länder nach Möglichkeit anzugleichen;
- angemessene Kenntnisse der deutschen Sprache sind Voraussetzung für die Verleihung der Staatsbürgerschaft.

Verhandlungsteam:

KO Dr. Andreas Khol,
Abg. Paul Kiss,
Dr. Helmut Epp

Das neue Fremdenrecht

Nach den Erfahrungen mit dem Aufenthalts- und Fremdengesetz des Jahres 1992 wurde der gesamte Komplex neu überarbeitet. Dabei wurde das Aufenthaltsgesetz im Interesse einer leichteren Lesbarkeit in das Fremdengesetz integriert und ein neues Fremdengesetz 1997 geschaffen.

Die Forderungen der ÖVP wurden in wesentlichen Punkten durchgesetzt:

Unter Berücksichtigung der Anliegen der Wirtschaft konnte dennoch eine Reduktion der Neuzuwanderung erreicht werden, indem auf dem österreichischen Arbeitsmarkt verfügbaren Arbeitskräften der (beschränkte) Zugang zu einer Berufstätigkeit - etwa als Saisonarbeiter für den kurzfristigen Bedarf - ermöglicht wurde.

Unter Bedachtnahme auf die Arbeitsmarktsituation in Österreich wurde der Neuzuzug im wesentlichen auf Schlüsselkräfte und ihre Familien beschränkt. Für den Familiennachzug (neu) wurden Regelungen ausgearbeitet, die einen Rückstau, wie er durch das alte Aufenthaltsgesetz entstanden war, verhindern soll.

Verhandlungsteam:

KO Dr. Andreas Khol,
Abg. Paul Kiss,
Abg. Günther Platter,
Dr. Helmut Epp

Sicherheit und Europa

Durch den Beitritt Österreichs zu Schengen und die unter Beteiligung des österreichischen Bundesheeres gesicherte Kontrolle der EU-Außengrenzen konnten

trotz schwieriger Verhältnisse im Hinblick auf die massiven Wanderungsströme der letzten Zeit die Vorteile der Reisefreiheit im Binnenmarkt verwirklicht werden.

EUROPOL ist unter österreichische Präsidentschaft operativ geworden.

Der Vertrag von Amsterdam wird durch die teilweise Vergemeinschaftung von Aufgaben weitere Verbesserungen der Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit bringen.

Aber auch im strafrechtlichen Bereich wurden Maßnahmen gesetzt. So wurden die Abkommen zur Bekämpfung der Korruption in Europa, insbesondere das EU- Finanzschutzübereinkommen, das EU- Bestechungsübereinkommen und das OECD- Bestechungsübereinkommen umgesetzt.

Verbesserung des strafrechtlichen Sanktionensystems unter gleichzeitiger Verbesserung des Opferschutzes

Mit den im sog. „Diversionsgesetz“ vorgesehenen, in der Regel vom Staatsanwalt anzuordnenden Maßnahmen, nämlich

- Zahlung eines Geldbetrages,
- gemeinnützige Leistungen,
- Probezeit und
- außergerichtlicher Tatausgleich

werden die staatlichen Sanktionen als Reaktion auf ein Fehlverhalten modern weiterentwickelt. Die Diversion ist jedoch nur für die Kleinkriminalität anwendbar und führt nicht zu einer Bagatellisierung der Kriminalität.

Durch das neue Gesetz wird mehr für das Opfer getan, ohne daß es zu einer Kapitulation vor Massendelikten kommt. Durch die neuen Maßnahmen wird der Täter tatsächlich verpflichtet, etwas zu tun, insbesondere den Schaden zu ersetzen, wodurch ihm das Unrecht seiner Tat direkt bewußt gemacht wird, was bei einer bedingten Geldstrafe, die bisher häufig verwendet wurde, nicht der Fall war. Der Vorteil für den Verletzten besteht darin, daß er den Schaden ersetzt bekommt und durch den Täter-Opferausgleich Genugtuung erfährt. Der Täter hat sofort Leistungen zu erbringen, entgeht aber damit einer Verurteilung durch das Gericht.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Maria Fekter,
Dr. Helmut Epp

Ständiger Unterausschuß des Innenausschusses zur Kontrolle der staatspolizeilichen Einrichtungen

Der Ständige Unterausschuß hat im Rahmen seiner Tätigkeit insbesondere Bedrohungsbilder in Österreich und die Maßnahmen der Exekutive zur Vorbeugung von Gefahren erörtert.

Die ÖVP für eine optimalen Rechtsordnung des Wirtschaftsstandorts

Euro-Justiz-Begleitgesetz

Mit diesem Gesetz wurden für den Bereich des Zivilrechts bereits jetzt die notwendigen Übergangsregelungen geschaffen, um im Interesse des Konsumenten die Transparenz sicherzustellen.

Bei Langzeitverträgen, etwa Telefon, Strom, Miete etc., muß der anbietende Unternehmer in der Übergangsphase einmalig den Konsumenten dahingehend informieren, daß er ihm das allfällige Grundentgelt und das Entgelt der einzelnen Leistungseinheiten sowohl in Schilling als auch in Euro bekannt gibt. Bei folgenden Rechnungen hat er dann nur mehr den Endbetrag in beiden Währungen anzugeben. Damit wurde eine Regelung gefunden, die sowohl den Ansprüchen des Konsumentenschutzes als auch den Anforderungen nach sparsamem Wirtschaften Rechnung trägt.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Maria Fekter,
Dr. Helmut Epp

Standortsicherheit und Transparenz im Wirtschaftsrecht

Durch eine Reihe von Maßnahmen wurden die Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Österreich und gleichzeitig der Schutz von Anlegern verbessert. Zu erwähnen sind insbesondere



Abg. Dr. Maria Fekter

Übernahmegesetz

Mit der gesetzlichen Regelung zum Schutz der Kleinanleger bei Firmenübernahme oder Mehrheitsbeteiligungen hat Österreich einen international anerkannten Schritt zum Schutz der Minderheitsaktionäre getan. Diese vorbildliche Regelung wird während unserer EU-Präsidentschaft auch auf europäischer Ebene als Richtlinienvorschlag verhandelt, damit die Börsen Europas einheitliche Standards erhalten.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Maria Fekter,
Dr. Helmut Epp

Gesellschaftsrechtsänderungsgesetz

Es geht dabei um die Prinzipien Gläubigerschutz, Anlegerschutz insbesondere für Kleinanleger und Fairneß bei ungleichen Machtverhältnissen. EU-konforme Bilanzierungsregeln wurden eingeführt, die die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse der Unternehmen besser darstellen. Die neuen Offenlegungspflichten erlauben es erstmals, daß sich Geschäftspartner einen Einblick in die Wirtschaftsdaten ihrer Kontrahenten verschaffen können. Dies dient dem Gläubigerschutz und soll Insolvenzen vorbeugen.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Maria Fekter,
Dr. Helmut Epp

Bauträger-Vertragsgesetz

Der Erwerber von Wohnungseigentum oder Nutzungsrechten hat insbesondere im Konkursfall des Bauträgers die Sicherheit, daß seine Vorleistungen nicht verloren gehen, auch lange vor der Fertigstellung des Bauwerkes durch schuldrechtliche Sicherstellung, grundbücherliche Sicherstellung in Verbindung mit der Zahlung nach Ratenplan oder durch das Pfandrecht. Verletzt ein Bauträger diese schriftlich festzulegenden Sicherungspflichten, treffen ihn Strafbestimmungen.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Maria Fekter,
Mag. Isolde Thornton

Genossenschaftsrevisionsgesetz

Dieses Gesetz zielt auf die Stärkung der Unabhängigkeit der Revision, die Steigerung der Effizienz der Revision und die Verstär-

kung der Information der Genossenschaftsmitglieder und der Gläubiger ab. Der Zugang zur Rechtsform „Genossenschaft“ wurde durch eine klare und verständliche Regelung der Pflichtmitgliedschaft der Genossenschaft zu einem Revisionsverband erleichtert.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Maria Fekter,
Dr. Helmut Epp

Das Insolvenzrechtsänderungsgesetz und das Unternehmensreorganisationsgesetz

Durch dieses Gesetz können bereits bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten eines Unternehmens Maßnahmen eingeleitet werden, die eine Insolvenz nach Möglichkeit verhindern sollen. Daraus ergibt sich, daß ein Reorganisationsverfahren nur dann zulässig ist, wenn das Unternehmen nicht insolvent ist.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Maria Fekter,
Dr. Helmut Epp

Maklergesetz

Das Maklerrecht kodifiziert eine Vielzahl wichtiger wirtschaftlicher Tätigkeiten im Vermittlungsbereich. Mit diesem Gesetz wurden einheitliche und klare Regelungen für Immobilienmakler, Handelsmakler, Versicherungsmakler und Personalkreditvermittler normiert.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Maria Fekter,
Dr. Helmut Epp

Landesverteidigung

Gesetz über die Ausbildung von Frauen beim Bundesheer

Mit diesem Gesetz wird die von der ÖVP längst geforderte und im Koalitionsübereinkommen 1996 enthaltene Möglichkeit für Frauen geschaffen, auf freiwilliger Basis den Dienst beim Bundesheer zu leisten. Dabei werden Frauen hinsichtlich ihrer Möglichkeiten und Berufschancen mit den Männern gänzlich gleichgestellt. So stehen den Frauen alle Ränge einer militärischen Laufbahn auf Basis der Freiwilligkeit offen.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Karl Maitz,
Mag. Bernhard Peer

Bericht über den Zustand des Bundesheeres

Mit dem Bericht über den Zustand des Bundesheeres hat der Bundesminister für Landesverteidigung nicht nur das geänderte sicherheitspolitische Umfeld dargelegt, sondern auch die sich aus der Heeresgliederung 1992 ergebende Einsatzkraft des Bundesheeres einer kritischen Beurteilung beziehungsweise auf die geänderten zukünftigen Aufgaben der militärischen Landesverteidigung unterzogen. Dieser Bericht, der vom Nationalrat Anfang des Jahres 1998 genehmigt wurde, stellte somit die Grundlage für die im März 1998 vom Ministerrat beschlossene Strukturanpassung der Heeresgliederung dar. Damit wird auf Basis des geänderten sicherheitspolitischen Umfelds dem Erfordernis einer möglichst effizienten Ressourcennutzung und Straffung des Bundesheeres Rechnung getragen.

Heeresdisziplinargesetz

Diese vom Nationalrat im Juni 1998 beschlossene Vorlage enthält wesentliche Verfahrensbeschleunigungen und -verbesserungen sowie verwaltungsreformatische Ansätze durch die Reduktion der Disziplinarcommissionen und strafferen Verfahrensbestimmungen. Ferner sind verschiedenste Maßnahmen zur Verbesserung der rechtlichen Stellung der Beschuldigten vorgesehen.

Wehrgesetz

Mit der im Juli 1998 beschlossenen Novelle zum Wehrgesetz sowie zum Heeresgebührengesetz wird die Höchstverpflichtungsdauer für Zeitsoldaten auf 10 Monate erhöht und somit dem Bedürfnis für längere Dienstzeiten Rechnung getragen. Damit verbunden sind diverse besoldungsmäßige Verbesserungen für Zeitsoldaten. Darüber hinaus wird mit der Novelle eine Milizprämie zur speziellen Förderung der Leistung freiwilliger Waffenübungen und von Funktionsdiensten eingeführt.

Militärbefugnisgesetz

Das Bundesministerium für Landesverteidigung hat im Jahre 1997 einen ersten Entwurf zur gesetzlichen Umschreibung der

vielfach unmittelbar aus der Bundesverfassung ableitbaren Befugnisse militärischer Organe im Rahmen der militärischen Landesverteidigung vorgelegt. Dieser Entwurf wurde in einer interministeriellen Arbeitsgruppe unter Einbeziehung von Vertretern der Wissenschaft nochmals ausgiebig beraten und sodann einem Begutachtungsverfahren unterzogen. Ein wesentliches Anliegen ist, die Befugnisse analog zu dem Sicherheitspolizeigesetz zu regeln und somit auch für die Befugnisse militärischer Organe eine umfassende einfachgesetzliche Rechtsgrundlage zu schaffen. Derzeit laufen im Anschluß an das Begutachtungsverfahren die politischen Verhandlungen mit dem Koalitionspartner, der einmal mehr heftigen Widerstand gegen das Bundesheer leistet; aber wir werden uns auch hier durchsetzen.



Abg. Dr. Karl Maitz

Verhandlungsteam:

KO Abg. Dr. Andreas Khol,
Abg. Dr. Karl Maitz,
Mag. Bernhard Peer

Ständiger Unterausschuß des Landesverteidigungsausschusses zur Kontrolle der Nachrichtendienste

Der Ständige Unterausschuß des Landesverteidigungsausschusses zur Kontrolle der Nachrichtendienste hat im Rahmen seiner Tätigkeit nicht nur die Arbeitsweise der Nachrichtendienste beleuchtet, sondern sich auch mit verschiedenen Beobachtungsergebnissen über militärische und extremistische Bestrebungen im Ausland beschäftigt.

Weiterentwicklung der sozialen Standards in Österreich

Die Pensionsreform 2000

Einer der wichtigsten offenen Punkte für die langfristige Sicherstellung unserer Staatsfinanzen, aber auch für die Sicherung der Pensionen war die Pensionsreform. Die Pensionsreform im Bereich der gesetzlichen Sozialversicherung, der Beamten und der

ÖBB stellen diese Zielsetzungen sicher und haben erstmals eine Harmonisierung aller wichtigen Pensionssysteme gebracht.

Gesetzliche Pensionsversicherung:

1. In bestehende Pensionen wird nicht eingegriffen. Damit wird das Versprechen der Regierung eingehalten, nur langfristig Maßnahmen zu setzen, um den Vertrauensschutz zu beachten.
2. Der Steigerungsbetrag wird auf zwei Prozent pro Jahr linear angehoben (bisher 1,675 bzw. 1,83 Prozent pro Jahr, je nach Anzahl der Versicherungszeiten). Abschlag für vorzeitige Pensionierung von zwei Prozentpunkten pro Jahr, maximal jedoch in der Höhe von 15 Prozent
3. Ausdehnung des Bemessungszeitraumes von 15 auf 18 Jahre mit Übergangsfristen bis 2020. Für Versicherte, die zum Regelpensionsalter von 60 Jahren für Frauen bzw. von 65 Jahren für Männer in Pension gehen, ändert sich nichts; es bleibt bei 15 Jahren Bemessungszeitraum.
Bei einem Pensionsantritt zum Regelpensionsalter (Frauen 60, Männer 65 Jahre) bleibt die derzeitige Regelung der Bemessungsgrundlagenbildung auf Basis der besten 180 Beitragsmonate aufrecht. Für jeden Monat eines früheren Pensionsantrittes erhöht sich aber in Hinkunft die Zahl der zur Berechnung heranzuziehenden Beitragsgrundlagen um ebenfalls eine Beitragsgrundlage, maximal aber auf 218.
Der maximale Wert von 218 heranzuziehenden Beitragsgrundlagen gilt allerdings erst ab dem Jahr 2020, im Zeitraum 2003 bis 2020 gelten entsprechende Übergangsbestimmungen, die ein sanftes Hineingleiten in diese Regelung bewirken.
4. Doppelte Härteklausele in den Sozialversicherungsgesetzen:
 - a) Der Steigerungsbetrag nach der Pensionsreform 2000 darf höchstens 15 Prozent, aber auf keinen Fall 10 Prozentpunkte niedriger sein, als nach dem bisherigen Recht.
 - b) Die Bemessungsgrundlage nach der Pensionsreform 2000 darf bei einer Bemessungsgrundlage von 10.000,- nicht geringer sein, als heute; bei einer Bemessungsgrundlage von 40.000,- darf die neu zu errechnende Bemessungsgrundlage, die nach den bisherigen Vorschriften ermittelte Bemessungsgrundlage um nicht mehr als 7 Prozent unterschreiten. Diese Beträge werden ab 2003 mit der Nettoanpassung valorisiert.
5. Die Inanspruchnahme der Gleitpension wird erleichtert und flexibilisiert. Als eine der Maßnahmen zur Anhebung des faktischen Pensionsalters soll der Zugang zur Gleitpension erleichtert werden. Die Möglichkeit des Bezuges einer „verringerten Alterspension“ bei gleichzeitiger Ausübung einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit in reduziertem Ausmaß sollen damit erweitert werden.
6. Die Inanspruchnahme der vorzeitigen Alterspension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit wird erschwert.
Es werden zwei zusätzliche Anspruchsvoraussetzungen eingeführt:
 - Innerhalb der letzten 180 Kalendermonate vor dem Stichtag müssen 72 Beitragsmonate der Pflichtversicherung liegen.
 - Die geminderte Arbeitsfähigkeit muß bereits 20 Wochen bestanden haben.
7. Die Kindererziehungszeiten werden durch Bindung der Bemessungsgrundlage an den Ausgleichszulagenrichtsatz für Alleinstehende höher bewertet.
Die Bemessungsgrundlage für Zeiten der Kindererziehung soll ab dem Jahr 2000 von derzeit 6.500,- S auf die Höhe des Einzelrichtsatzes (derzeit 7.887,- S) angehoben werden.
8. Es werden Anrechnungsbestimmungen bei Invaliditäts-, Berufsunfähigkeits- und Erwerbsunfähigkeitspensionen im Gleichklang mit den Regelungen für öffentlich-rechtlich Bedienstete geschaffen.
In Übereinstimmung mit dem Teilpensionsmodell für den öffentlichen Dienst sollen Anrechnungsbestimmungen bei Zusammentreffen von Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspensionen mit Erwerbseinkommen mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 2000 geschaffen werden.

In Hinkunft soll bei gleichzeitigem Bezug einer Pension aus dem Versicherungsfall der geminderten Arbeitsfähigkeit und Erwerbseinkommen eine Teilpension gebühren.

9. Geringfügig beschäftigte Personen werden in die Sozialversicherung einbezogen

10. Eine begünstigte Weiterversicherung in der Pensionsversicherung wird für Pflegepersonen geschaffen.

Pflegepersonen, die sich gemäß § 17 ASVG in der Pensionsversicherung - im Anschluß an eine Pflichtversicherung oder eine Selbstversicherung für Zeiten der Pflege eines behinderten Kindes weiterversichern, sollen insofern begünstigt werden, als in Hinkunft der Bund den „fiktiven Dienstgeberbeitrag“ trägt.

11. Der Eigenfinanzierungsgrad der Selbstständigen wird erhöht.

Anhebung des Beitragssatzes von 13,5 auf 14,0 Prozent und der Mindestbeitragsgrundlage von 5.169,- auf 6.400,- in der PV der Bauern.

Änderung der Beitragsbemessung von drittvorangegangenen Jahr auf das zweitvorangegangene Jahr bei den Selbstständigen.

Im Gegenzug wird der Krankenversicherungsbeitrag im GSVG um 0,2 Prozentpunkte gesenkt.

12. Die Angehörigen-Subsidiarität im bäuerlichen Bereich wird aufgehoben.

Die Ausnahme von der Pflichtversicherung in der Krankenversicherung für Personen, deren Ehegatte in einem anderen Zweig der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert ist, wird gestrichen.

13. Maßnahmen zur Anhebung des faktischen Pensionsalters.

- Beschäftigungspolitik für ältere Arbeitnehmer.
- Bildungskarenz: Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Dauer von 6 Monaten bis zu einem Jahr. In dieser Zeit gebührt Karenzgeld aus der Arbeitslosenversicherung.
- Freistellung gegen Entfall des Arbeitsentgeltes auf Vereinbarung Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

- Solidaritätsprämien-Modell auf KV- bzw. der BV-Ebene. Solidaritätsprämie wird für zwei Jahre finanziert, kann jedoch auf drei Jahre verlängert werden.
- Rechtsanspruch auf Arbeitszeitverkürzung bei Gleitpension in Betrieben mit mehr als 10 Beschäftigten; Arbeitnehmer muß einklagen, Motivkündigung. Teilzeit für Arbeitnehmer über 50 bzw. bei Betreuungspflichten auf Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.
- Rechtsanspruch auf einen Arbeitsplatz durch das AMS, wenn man den Anspruch auf vorzeitige Alterspension wegen Arbeitslosigkeit hätte.

14. Sonstige Änderungen:

- Änderung bei den Anrechnungsbestimmungen des bäuerlichen Ausgedinges von 35 auf 30 % des jeweiligen Richtsatzes.
- Anhebung des Wochengeldes im BSVG und GSVG von 250,- auf 300,-
- Neues System der Ärzterechnungen im BSVG auf Grund der Aufhebung der Angehörigen-Subsidiarität: Die vertragsärztliche Versorgung soll auf der Grundlage der Verrechnung durch die Gebietskrankenkasse zu den Tarifen der jeweiligen Gebietskrankenkasse erfolgen; Wegfall des Selbstbehaltes.
- Umschichtung von Mitteln der Arbeitslosenversicherung als Abgeltung für die arbeitsmarktbedingten Mehraufwendungen der PV.
- Vorziehung der jährlichen Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage: die Höchstbeitragsgrundlage wird von 41.400,- um 600,- auf 42.000,- ab 1.1.1998 angehoben.



Abg. Dr. Gottfried Feurstein

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Gottfried Feurstein,
Dr. Harald Wögerbauer

Pensionsreform - Öffentlicher Dienst

Überblick

- a) Einführung eines Durchrechnungszeitraumes beginnend ab dem Jahr 2003 im Ausmaß von einem Jahr, schrittweise bis zum Jahr 2020. Dann beträgt der Durchrechnungszeitraum 18 Jahre bei einem Pensionseintrittsalter mit dem 60. Lebensjahr. Der Durchrechnungszeitraum reduziert sich auf bis zu 15 Jahre, wenn die Pension erst mit dem 65. Lebensjahr angetreten wird.

Für Pensionen, die während der Dauer der Einführung des Durchrechnungszeitraumes - somit vom Jahr 2003 bis 2019 - angetreten werden, wird eine Deckelung des Durchrechnungsverlustes eingezogen. Konkret darf während dieser Zeit der Durchrechnungsverlust bei einer Pension von S 10.000,- 1 % dieser Pension nicht übersteigen.

Bis zu einer Pensionshöhe von S 28.000,- wird die Obergrenze des Durchrechnungsverlustes bis 7% angehoben. Übersteigt die Pension S 28.000,- so gilt der Satz von 7% für die ersten S 28.000,- der darüber liegende Durchrechnungsverlust der Pensionen wird allerdings nicht gedeckelt. Diese Beträge werden jährlich durch eine Verordnung der Bundesregierung valorisiert.

Für die Beamten, die nach dem 30. 11. 1997 das 38. Lebensjahr vollenden und somit nicht mehr unter die Deckelung des Durchrechnungsverlustes fallen bzw. die erst nach dem 30.4.1995 in den Bundesdienst eingetreten sind, wird der Pensionsbeitrag von 11,75% auf das ASVG-Niveau von 10,25% heruntergesetzt.

- b) Der Anpassungsfaktor aus der gesetzlichen Sozialversicherung wird in die Beamtenpension übernommen.
- c) Umstellung der Berechnung der Nebengebührentulage von einem fiktiven 25jährigen Bezugszeitraum auf einen fiktiven 40jährigen Bezugszeitraum der Nebengebühren.
- d) Ruhensbestimmungen sollen bei Zusammentreffen von Pension und Erwerbseinkommen - gestaffelt nach dem Pensionseintrittsalter - bis zu einer Alters-

grenze von 65 Lebensjahren eingeführt werden. Dabei sollen aber nie mehr als 50 % der Vollpension ruhen.

- e) Einführung eines Kinderzurechnungsbetrages beim Ruhegenuß für Zeiten der Kindererziehung, die vor der Aufnahme in ein Dienstverhältnis zu einer inländischen Gebietskörperschaft liegen - ab 1.1.2000.
- f) In Fällen vorzeitiger Ruhestandsversetzung bei dauernder Erwerbsunfähigkeit kommt es zu keiner Reduktion der Pension.

Ausgegliederte Unternehmen:

- a) Die Karenzierung von Beamten in derartigen Unternehmen soll ab dem 55. Lebensjahr möglich sein, wenn sich der Betreffende verpflichtet, mit dem 60. Lebensjahr in Pension zu gehen und der Beitrag zum Pensionsaufwand dem Bund durch das ausgegliederte Unternehmen ersetzt wird.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit der Zahlung von Geldleistungen durch das ausgegliederte Unternehmen an diese karenzierten Beamten sowie des teilweisen Verzichtes auf Pensionsbeiträge.

Für derartige Beamte besteht ein Nebenbeschäftigungsverbot (bis zur Geringfügigkeitsgrenze). Das Gesetz wird bis Ende 2002 befristet.

- b) Für die PTA besteht die Sonderregelung, daß den karenzierten Beamten 80% des Monatsbezuges zu zahlen und dem Bund S 130.000,- pro karenzierten Beamten zu ersetzen sind.
- c) Das Beschäftigungsausmaß für Beamte kann auch auf bis zu 25 % der Vollbeschäftigung herabgesetzt werden.
- d) Geht der Beamte ein privatrechtliches Dienstverhältnis zum ausgegliederten Unternehmen ein, so kann er unbefristet karenziert werden.

Maßnahmen im Exekutivbereich:

- a) Bei Pensionierungen nach dem 57. Lebensjahr sollen je nach Dauer des Exekutivdienstes die Abschläge vermindert werden. Tritt ein Exekutivbeamter früher in Pension, so gilt die-

se begünstigte Abschlagsregelung jedenfalls für die Zeit zwischen seinem 57. und 60. Lebensjahr.

- b) Ebenso soll bei einer Ruhestandsversetzung wegen Dienstunfähigkeit nach mindestens 35 Dienstjahren die Jubiläumszuwendung neu gestaltet werden.

Maßnahmen im Lehrerbereich:

- a) Zur Verbesserung der Altersstruktur bei den Lehrern werden 2 neue Formen der Teilbeschäftigung mit geblockter Dienstleistung geschaffen, nämlich das Vorruhestandsfreijahr und das Zwischendurch-Freijahr. Hat der Lehrer bereits 10 Jahre ununterbrochen Dienst geleistet, kann auf seinen Antrag die Freistellung für höchstens 1 Jahr innerhalb von einer Rahmenzeit von 3 bis 5 Jahren gewährt werden.

Dem Lehrer, der bereits das 50. Lebensjahr vollendet hat, kann innerhalb einer Rahmenzeit von höchstens 10 Jahren eine Freistellung von höchstens 5 Jahren gewährt werden, wobei diese mit dem vollendeten 60. Lebensjahr zu enden hat.

Vorruhestandskarenz: Darüber hinaus kann ein Lehrer auf seinen Antrag mit dem 55. Lebensjahr in den Ruhestand versetzt werden, wenn ein öffentliches Interesse an der Anstellung von Junglehrern besteht und kein wichtiger dienstlicher Grund entgegensteht.

Die Ruhegenußbemessungsgrundlage wird in diesem Fall um 0,3333 %-Punkte für jeden Monat zwischen der Ruhestandsversetzung und dem 60. Lebensjahr des Betroffenen gekürzt.

- b) Die Abgeltung der Mehrdienstleistungen der Lehrer soll verstärkt auf die tatsächliche unterrichtliche Inanspruchnahme abgestellt werden: Keine Abgeltung bei Entfall des Unterrichts an einem Tag pro Woche.

Darüber hinaus Einführung einer wöchentlichen Durchrechnung, so daß nur tatsächlich geleistete Mehrdienstleistungen abgegolten werden. Damit verbunden ist die Neuregelung der Lehrverpflichtung in Maturaklassen. Vorbereitung, Aufsichtsführung und Prüfung sind wie normale Unterrichtsstunden zu behandeln.

Diese Regelungen entsprechen Anregungen des Rechnungshofes und erbringen Einsparungen, mit denen die unten angeführten Maßnahmen finanziert werden können.

- Zusätzliche Abgeltung für mehrtägige Schulveranstaltungen,
- Flexibilisierung der Abgeltungen für Nebenleistungen, insbesondere für Kustodiate,
- Anhebung der Leiterzulagen im allgemein bildenden Pflichtschulbereich

Verhandlungsteam:

KO Abg. Dr. Andreas Khol,
Mag. Bernhard Peer

ÖBB-Pensionsreform

Neueintretende Eisenbahner laufen bereits nach dem ASVG-Schema und haben daher auch keine Pensionssonderregelungen mehr.

Vereinheitlichung der Durchrechnungszeiträume

Die Durchrechnungsregelungen werden bei der ÖBB-Pensionsberechnung wie bei den Beamten eingeführt. Das heißt, daß die derzeit praktizierte Pensionsbemessung vom letzten Gehalt beginnend mit dem Jahr 2003 stufenweise auf eine Durchrechnung der besten 18 Jahre umgestellt wird. Dieses Ziel wird in Etappen bis 2020 erreicht. Eine Reduzierung der Durchrechnung auf bis zu 15 Jahre erfolgt auch für ÖBB-Beamte, wenn sie bis zum 65. Lebensjahr arbeiten.

Zur Abfederung von Härten in der Übergangsperiode Deckel

Zur Abfederung von Härten in der Übergangsperiode wird auch für die ÖBB ein Deckel eingeführt. Dieser begrenzt die Durchrechnungsverluste auf ein Prozent (bei 10.000,-ÖS) und steigert sich linear auf höchstens sieben Prozent (bei 28.000,-ÖS). Pensionsbeträge darüber hinaus unterliegen der vollen Durchrechnung.

Pensionssicherungsbeitrag wird schrittweise angehoben

Der besondere Pensionssicherungsbeitrag der ÖBB-Pensionisten wird schrittweise bis zum Jahr 2003 auf 4 Prozent angehoben, dann wird er als Ausgleich für die

steigende Durchrechnung um 1,5 Prozentpunkte (jährlich um 0,1 Prozentpunkte) gesenkt, sodaß er im Jahr 2017 statt 4% nur mehr 2,5% beträgt.

Bei den übrigen Beamten wird der bestehende 1,5prozentige Pensionsbeitrag auf null gestellt und damit an die ASVG-Regelung angepaßt. Der auch in Zukunft bestehende Pensionssicherungsbeitrag ist Teil des zu leistenden Ausgleichs für die Möglichkeit, nach 35 Dienstjahren in Pension zu gehen.

Um einen Anreiz für längeres Arbeiten zu geben und das durchschnittliche Pensionsantrittsalter von 53 Jahren zu heben, wird für ÖBB-Beamte, die zwischen 53 und 60 Jahren in Pension gehen, für jedes Jahr späteren Pensionsantritts der Pensionsversicherungsbeitrag, den aktive Bedienstete zu leisten haben, um 0,2 Prozentpunkte gesenkt, in der Pension der dann zu leistende Pensionssicherungsbeitrag ebenfalls um 0,2 Prozentpunkte (maximal 1,4 %).

Für aktive ÖBB-Beamte wird der Pensionsversicherungsbeitrag ab 1999 um einen Prozentpunkt auf 4 Prozent angehoben, sodaß er gemeinsam mit dem Pensionsbeitrag von 10,25 % (ASVG-Niveau) mindestens 14,25 Prozent beträgt. In dieser Höhe bleibt er auch nach 2003 bestehen. Damit soll die Möglichkeit, nach 35 Dienstjahren und im Durchschnitt mit 53 Jahren in Pension zu gehen, finanziert werden.

Für ÖBB-Beamte, die nach 2019 in Pension gehen und daher nicht mehr vom Dekkel des Übergangszeitraumes profitieren, wird eine Absenkung des Pensionsbeitrages um 1,5 Prozentpunkte auf das ASVG-Niveau ab 2000 vorgenommen. Diese Regelung wurde auch für Beamte getroffen, um den Mitarbeitern die Möglichkeit zu geben, diese Gelder für private Pensionsvorsorge einzusetzen.

Nebengebühren werden schrittweise angehoben

Eine Schritt in Richtung Harmonisierung zu den übrigen Beamten wird im Bereich der Nebengebühren gesetzt. Diese werden vom derzeit pauschalierten Wert von 10 Prozent des Gehalts schrittweise vom Jahr 2003 bis 2020 auf 15 Prozent angehoben (jährlich 0,27%). Von den erhöhten Nebengebühren sind Pensionsbeiträge zu entrichten.

Der derzeit bestehende Deckel von 2.663,- ÖS, der die Zahlungen begrenzt, wird beginnend mit 2012 bis 2020 schrittweise um insgesamt 25 Prozent angehoben. Damit soll für die Periode nach Ende der Übergangszeit ein teilweiser Ausgleich der höheren Durchrechnungsverluste erreicht werden.

Strengere Ruhensbestimmungen als für Beamte

Für ÖBB-Beamte werden strengere Ruhensbestimmungen als für Beamte gelten. Es sind keine unterschiedlichen Ruhensbeträge vor dem 60. Lebensjahr und zwischen 60. und 65. Lebensjahr vorgesehen. Jeder ÖBB-Beamte, der vor dem 65. Lebensjahr in Pension geht, erhält die strengen Regelungen, die für die übrigen Beamten nur vor dem 60. Lebensjahr gelten.

Die Pensionsanpassung erfolgt ab dem Jahr 2000 für ÖBB-Beamte nach denselben Bestimmungen wie für ASVG-Pensionisten. Diese Regelung entspricht der Neuordnung bei den Beamten.

Die Pensionssicherungsbeiträge werden zur Gänze an den Bund abgeführt. Durch diese Regelung wird die bestehende gesetzliche Regelung (§ 21 Abs. 3 BBG 1992) abgelöst, daß von den ÖBB vier Prozent der Aktivbezüge und der Ruhebezüge als weiterer Pensionsbeitrag bzw. Pensionssicherungsbeitrag durch Beiträge der aktiven Bediensteten und Ruhegenußempfänger zu leisten ist.

Diese Regelung ist durch präzisere Bestimmungen ersetzt. Die Höhe der Pensionsversicherungsbeiträge für Aktive und Pensionisten, die über das Niveau der ASVG-Zahlungen hinaus als Ausgleich für den früheren Pensionsantritt zu leisten sind, wird im Gesetz direkt geregelt.

Die ÖBB hat in Zukunft statt 26 Prozent des Aufwandes an Aktivbezügen der Bundesbahnbeamten 30 Prozent an den Bund abzuliefern. Die Erhöhung erfolgt ebenfalls schrittweise. Auch dadurch wird das Budget langfristig entlastet.

ÖBB-Beamte werden in Zukunft Arbeitslosenversicherung zahlen

Auch ÖBB-Beamte werden in Zukunft Arbeitslosenversicherung zu zahlen haben. In drei Etappen ab 1.1.2000 wird am 1.1.2002 der voller Betrag von derzeit drei

Prozent erreicht werden, den auch alle anderen Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft zu zahlen haben.

Verhandlungsteam:

Abg. Mag. Helmut Kukacka,
Dr. Harald Wögerbauer,
Mag. Barbara Schmidt

Arbeitszeitflexibilisierung

Mit einer Novelle des Arbeitszeitgesetzes wird es den Sozialpartnern ermöglicht, die Flexibilisierung von Arbeitszeiten zu vereinbaren, die auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmer und der Wirtschaft Rücksicht nehmen.

Sicherung und Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich

Gewerbeordnungsnovelle

Die Novellierung der Gewerbeordnung war ein großer Schritt vorwärts in Richtung der von der ÖVP angestrebten Liberalisierung der Wirtschaftsordnung. Mit der zum 1. Juli 1997 in Kraft getretenen Anpassung der Gewerbeordnung bewegen wir uns weiter in Richtung Deregulierung bei jenen Voraussetzungen, die notwendig sind, um ein Unternehmen zu gründen oder eine Betriebsanlage genehmigen zu lassen.

In Zukunft ist es einfacher und schneller möglich, einen Betrieb zu eröffnen und ein Gewerbe auszuüben. Mit den neuen Bestimmungen ist aber auch gesichert, daß die hohe Qualität der Produktion und der Ausbildung im gewerblichen Bereich erhalten bleibt, daß die legitimen Anliegen des Umweltschutzes und des Nachbarrechts gewahrt werden, und vor allem, daß die österreichische gewerbliche Wirtschaft konkurrenzfähig bleibt und damit neue Arbeitsplätze schaffen und erhalten kann.

Neben der Reform des Betriebsanlagenrechts wurde auch die Zahl der in der Gewerbeordnung geregelten Gewerbe von bisher 155 auf 84 und damit fast auf die Hälfte verringert. Die von der ÖVP initiierte Offensive zur Unternehmensgründung erhält mit der neugeregelten Gewerbeordnung einen wesentlichen Impuls.

Verhandlungsteam:

Abg. Ingrid Tichy-Schreder,
Mag. Günther Thonabauer

Abschaffung des Nachtarbeitsverbotes für Frauen

Ab 1.1.1998 können die Kollektivvertragspartner Ausnahmen vom Nachtarbeitsverbot für Frauen beschließen. Damit gibt es sowohl mehr Chancen für die Beschäftigung von Frauen, als auch eine Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft.

Verhandlungsteam

Abg. Dr. Gottfried Feurstein,
Dr. Harald Wögerbauer

Berufsausbildungsgesetz - Novelle 1997

Die von der ÖVP verfolgte Linie der Stärkung des dualen Berufsausbildungssystems fand auch ihren Niederschlag bei der Berufsausbildungsgesetznovelle.

Diese Novelle wurde als ein Teilbereich des sogenannten Lehrlingspakets beschlossen, um neue Anreize für Betriebe zur Ausbildung von Lehrlingen zu schaffen.

Es enthält insbesondere bürokratische Erleichterungen bei der Ausbilderprüfung und für die Genehmigung von Lehrbetrieben. Die enthaltenen generellen Verwaltungsvereinfachungen für Betriebe und Lehrlinge wurden dabei mit den Regelungen der Gewerbeordnungsnovelle abgestimmt.

Die ÖVP hat mit der Novellierung des Berufsausbildungsgesetzes auf jene Kritikpunkte reagiert, die häufig von den Unternehmen als Grund für die Probleme bei der Schaffung neuer Lehrstellen angegeben wurden.

Verhandlungsteam:

Abg. Ingrid Tichy-Schreder,
Mag. Günther Thonabauer



Abg. Ingrid Tichy-Schreder

Entlastung von Lehrbetrieben

Zur Attraktivierung der Ausbildung von Lehrlingen setzte die ÖVP folgende Punkte durch:

Entlastung von Ausbildungsbetrieben im Bereich der Sozialversicherung:

- Entlastung der Ausbildungsbetriebe von Krankenversicherungsbeiträgen für Lehrlinge.
- Lehrlinge können auch am Wochenende beschäftigt werden, wenn ein entsprechender Freizeitausgleich gewährt wird.
- Sonderbestimmungen machen die Beschäftigung von Lehrlingen in den Bereichen Bäcker, Konditoren und Fleischer möglich.

Mit einer Novelle zum Bundesvergabegesetz wurde auch im Rahmen von Vergabeverfahren die im Herbst 1997 gestartete Initiative der Bundesregierung unterstützt, Firmen dazu zu bewegen, vermehrt Lehrlinge zu beschäftigen.

Weiters wurde im Nationalen Aktionsplan für Beschäftigung (NAP) festgelegt, daß als Anreiz für verstärkte Lehrlingsausbildung im Wege einer Kostenentlastung für ausbildende Betriebe für Lehrlinge im 1. Lehrjahr die Schaffung eines Freibetrages von ÖS 20.000,- sowie die Sistierung der Arbeitgeberbeiträge zur Unfallversicherung vorgesehen wird.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Gottfried Feurstein,
Dr. Harald Wögerbauer

Novelle zum Bundesstraßengesetz

Mit einer Novelle zum Bundesstraßengesetz wurde ein wichtiger Schritt in Richtung Verwaltungsvereinfachung und Regulierung gesetzt. Die wesentlichen Bestimmungen betrafen Verwaltungsvereinfachung und -beschleunigung bei geringfügigen Aus- und Umbaumaßnahmen (z. B. Kreuzungsumbauten). Zusätzlich wurden auch Erleichterungen für die Herstellung von Anschlüssen des untergeordneten Straßennetzes an Zubringerstraßen geschaffen.

Die Novelle zum Bundesstraßengesetz wurde notwendig, da sich der Verwaltungs- und Zeitaufwand beim Bundesstraßenbau vor allem durch die Bestim-

mungen des UVP-Gesetzes drastisch erhöht haben. Die neuen Regelungen ermöglichen eine Verkürzung der Verwaltungsabläufe, ohne daß berechnete Belange des Umweltschutzes beeinträchtigt werden.

Bauproduktengesetz

Die Beschlußfassung des Bauproduktengesetzes diente der Umsetzung einer EU-Richtlinie (Bauproduktenrichtlinie). Die Bauproduktenrichtlinie bezweckt die Beseitigung technischer Hemmnisse beim Warenverkehr mit Bauprodukten innerhalb der EU-Mitgliedstaaten sowie der sonstigen Vertragsparteien des EWR-Abkommens. Im Bundesbereich erfolgen keine selbständige „europäische technischen Zulassungen“, sondern es werden die auf landesgesetzlicher Grundlage erstellten Konformitätsnachweise anerkannt. Die von der gemeinsamen Zulassungsstelle der Länder, dem Österreichischen Institut für Bautechnik, erteilten europäischen technischen Zulassungen und die von den Zertifizierungsstellen der Länder vorgenommenen Zertifizierungen gelten auch in den Bundes-Baubereichen wie Bundesstraßen, Wasserstraßen, anderen Verkehrsbauten und Wildbach- und Lawinenverbauung.

Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997

Durch die Beschlußfassung des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997 wurde unter Beachtung der nach den Maastricht-Verträgen bestehenden Konvergenzkriterien der Europäischen Union eine Auslagerung der ASFINAG-Schulden (ca. 80 Mrd. öS) in einen nicht dem öffentlichen Bereich zuzuordnenden Gesellschaftsverbund vorgenommen, wobei dies unter Beibehaltung der bestehenden Bundesstraßengesellschaften und der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft erreicht wurde. Dadurch wurde die Umwandlung der ASFINAG in eine bundeseigene Holding und eine verursachergerechte Aufteilung der ASFINAG-Schulden auf SCHIG, BIG und ASFINAG vollzogen.

Die ASFINAG muß, um die EU-Bestimmungen zu erfüllen, eine geschlossene Verkehrsleistung - also Planung, Bau, Erhaltung und Finanzierung - anbieten. So erhält die ASFINAG z. B. die Mautein-

nahmen am übertragenen Straßennetz für die Dauer von mindesten 50 Jahren und wird als Entgelt hierfür die aus dem Titel des Straßenbaues aushaftenden Verbindlichkeiten des Bundes übernehmen.

Die ASFINAG-Holding kann und wird sich in Form von privatrechtlichen Verträgen der bestehenden Infrastruktur bei den Ländern und den Straßengesellschaften bedienen. Auf diese Weise können die Straßenverwaltungen, was ein großes Anliegen der Länder war, langfristig abgesichert werden.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Günter Stummvoll,
Mag. Günther Thonabauer

Insolvenzrecht

Durch das Insolvenzrechtsänderungsgesetz wurde neben Verbesserungen im Bereich des Ausgleichs- und Konkursverfahrens das Unternehmensreorganisationsgesetz geschaffen, um durch rechtzeitige Sanierung von Unternehmen die Gefahr des Verlustes von Arbeitsplätzen durch Insolvenzen solcher Unternehmen zu verringern.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Maria Fekter,
Dr. Helmut Epp

Novelle zum Wertpapieraufsichtsgesetz

Im Rahmen der Verhandlungen über eine Novelle des Wertpapieraufsichtsgesetzes konnte die ÖVP große Erleichterungen für die Vermögensberater durchsetzen. Die bis zu diesem Zeitpunkt äußerst restriktiven Berufszugangsvorschriften für Vermögensberater wurden deutlich liberalisiert.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Günter Stummvoll,
Mag. Günther Thonabauer

Bundesgesetz über die Veräußerung von Aktien der Bank Austria Aktiengesellschaft

Die von der ÖVP zielstrebig verfolgte Privatisierungspolitik konnte mit diesem Gesetz einen weiteren Erfolg verzeichnen. Es ist gelungen, durchzusetzen, daß die bundeseigenen Anteile an der Bank Austria bis Ende 1997 veräußert werden müssen,

wobei diese Frist mit Zustimmung der Bundesregierung um maximal drei Monate verlängert werden konnte.

Auf Grund dieses Gesetzes konnte die von der Republik Österreich mit der Privatisierung des Bundesanteils an der Bank Austria beauftragte Postholding (PTBG) aus dem Verkauf von insgesamt 10.883.050 Stück BA-Stammaktien einen Veräußerungserlös von 7,8 Mrd. Schilling erzielen.

Ende 1996 wurden 18,9 % der stimmberechtigten Stammaktien des damaligen gesamten BA-Grundkapitals um 4,4 Mrd. Schilling an die PTBG übertragen. In der Folge wurden zwischen Juni 1997 und Jänner 1998 4.254.000 Stück kleinweise über die Wiener Börse abgegeben.

Im Februar 1998 wurde der Rest von 6,6 Mio. Stammaktien an die Dresdner Bank bzw. deren Tochter Kleinwort-Benson mit der Verpflichtung zur Weiterveräußerung verkauft. In nur wenigen Stunden wurden durch Dresdner Kleinwort-Benson 4,6 Millionen Aktien bei fast 50 Investoren in zwölf Ländern plziert.

Es ist somit der konsequenten Privatisierungspolitik der ÖVP zu danken, daß einerseits beträchtliche Erlöse für den österreichischen Bundeshaushalt lukriert werden konnten und andererseits der Streubesitz an BA-Aktien wesentlich gesteigert werden konnte, was ebenfalls dem ÖVP-Ziel einer Förderung der Börse und des Privateigentums entspricht."

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Günter Stummvoll,
Mag. Günther Thonabauer

Neuregelung der Mindest-KÖST

Da der Verfassungsgerichtshof die im Rahmen des Strukturanpassungsgesetzes beschlossenen Bestimmungen für die Mindest-KÖST aufgehoben hatte, mußte im Finanzausschuß eine Neuregelung gefunden werden. Dabei konnte die ÖVP für die Wirtschaft und insbesondere für die Jungunternehmer einen großen Erfolg erzielen.

Auf Drängen der ÖVP wurde erreicht, daß Jungunternehmer im ersten Betriebsjahr von einer Erhöhung der Mindest-KÖST nicht betroffen sind. In ihrem Fall beträgt die Steuervorauszahlung wie bisher 15.000,- S.

Damit wurde all jenen, die sich selbständig machen wollen, eine wesentliche Hilfestellung gegeben, denn erfahrungsgemäß fallen im ersten Betriebsjahr eher selten Gewinne an. Damit wurde ein weiterer Impuls für die von der ÖVP initiierte Gründungsoffensive gegeben.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Günter Stummvoll,
Mag. Günther Thonabauer

ELWOG

Mit dem Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz wurde eine äußerst komplizierte und komplexe Materie erfolgreich abgeschlossen. Bei den Verhandlungen kam den zuständigen Ausschußmitgliedern des Parlaments eine wichtige Rolle zu, wobei insbesondere der ÖVP-Energiesprecher Karlheinz Kopf großen Anteil am erfolgreichen Abschluß dieser Gesetzesnovelle hatte.

Das im EU-Vertrag vorgezeichnete Konzept eines Europäischen Binnenmarktes sowie die in Durchführung dieser Konzeption ergangenen Rechtsakte der Europäischen Union machten es erforderlich, neue rechtliche Instrumentarien und Aufsichtsmechanismen zu entwickeln, die es Österreich ermöglichen, die Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen der Europäischen Union sicherzustellen.

Vermehrte marktwirtschaftliche Elemente im Elektrizitätsbereich sollen nicht nur zu einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der in globaler Konkurrenz stehenden, produzierenden Wirtschaft durch Preisverbesserungen, sondern auch zu international wettbewerbsfähigen Strukturen der österreichischen Elektrizitätswirtschaft führen.

Die wesentlichen Regelungsschwerpunkte sind:

- Organisation des Netzzuganges für zugelassene Kunden;
- Versorgung von eigenen Betriebsstätten und Konzernunternehmen von unabhängigen Erzeugern, Eigenerzeugern und Elektrizitätsunternehmen;
- Entflechtung und Transparenz der Buchführung (funktionelles Unbundling);

- Grundsätze der Elektrizitätsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Stromerzeugungsanlagen;
- Sicherung des Einsatzes heimischer erneuerbarer Energie.

Daneben sieht die Novelle auch eine Integration der bisher im Preisrecht enthaltenen Regelung für Stormpreise und die Ausdehnung des sachlichen Geltungsbereiches des Kartellgesetzes auf den Elektrizitätssektor vor. Regelungen über die Eigentumsverhältnisse an der Verbundgesellschaft, den Sondergesellschaften und den Landesgesellschaften wurden in einem eigenen Artikel als Verfassungsbestimmung verankert.

Verhandlungsteam:

Abg. Karlheinz Kopf,
Mag. Günther Thonabauer,
Mag. Barbara Schmidt

Zeltfeste

Die Debatte um die Zeltfeste wurde durch ein VwGH-Erkenntnis ausgelöst, welches klarlegte, daß sowohl ein Gastwirt tatsächlich tätig werden als auch die Abrechnung der Zeltfestumsätze über die Buchhaltung des Gastwirtes erfolgen muß.

Damit wurde ausdrücklich festgestellt, daß für die Veranstaltung eines Zeltfestes die Zusammenarbeit mit einem Gastwirt notwendig ist.

Im § 2 der Gewerbeordnung werden nunmehr Feste von Körperschaften öffentlichen Rechts und gemeinnützigen juristischen Personen, worunter auch die Vereine zu subsumieren sind, im Ausmaß von drei Tagen pro Jahr völlig freigestellt.

Es können somit sowohl die Freiwilligen Feuerwehren als auch gemeinnützige Vereine ohne Mitwirkung eines Gastgewerbetreibenden Feste veranstalten.

Es ist letztlich den zähen Verhandlungen der ÖVP zu verdanken, daß im Gegenzug zur Freigabe der Zeltfeste Erleichterungen für die Gastwirte erreicht werden konnten. So wird es den Gastwirten (gemäß § 124 Z 8 GewO) nunmehr ermöglicht, Gäste von Aufnahmestellen des öffentlichen Verkehrs oder ihrer Unterkunft zum Gastgewerbebetrieb sowie zurück - im Rahmen des Gelegenheitsverkehrs-Gesetzes - zu befördern.

Diese Regelung sollte die mit der 0,5 Promille-Regelung entstandenen Umsatzeinbußen auszugleichen, helfen.

Weiters wurde den Gastwirten im § 50 Gewerbeordnung die Möglichkeit eröffnet, ihre gewerbliche Tätigkeit vorübergehend bei Volksfesten, Wohltätigkeitsveranstaltungen, Ausstellungen, Märkte, Sportveranstaltungen, größeren Baustellen u.dgl. ohne jede Formerfordernisse auszuüben.

Es können somit nunmehr die Gastwirte ohne Bewilligung oder Anzeige bei diversen Veranstaltungen tätig werden. Damit wurde von der ÖVP ein großer Liberalisierungsschritt innerhalb der Gewerbeordnung erreicht.

Gleichzeitig wurde geregelt, daß die Veranstalter von Zeltfesten sämtliche Bestimmungen gegen den Alkoholmißbrauch und die Jugendschutzbestimmungen sowie die einschlägigen gesundheits-, lebensmittel-, wasser- und abfallrechtlichen Vorschriften einzuhalten haben, womit die Wettbewerbsgleichheit gegenüber den Gastgewerbetreibenden gesichert wird.

Damit konnte von der ÖVP ein Verhandlungspaket verwirklicht werden, das einerseits zu einer Bereinigung der politisch äußerst bedeutenden Zeltfestfrage führt und andererseits dem Bereich der für ein Fremdenverkehrsland äußerst wichtigen Gastronomie neue Chancen einräumt.

Verhandlungsteam:

Abg. Jakob Auer
Abg. Maria Rauch-Kallat
Abg. Dr. Günter Stummvoll
Abg. Ingrid Tichy-Schreder
Mag. Günther THONABAUER

Mietrechtsreform

Die Mietrechtsreform, die mit 1.3.1997 in Kraft getreten ist, bringt die von der ÖVP schon lange geforderte Flexibilisierung bei den Befristungen von Mietwohnungen, eine Liberalisierung bei der Vermietung von Eigentumswohnungen sowie eine stärkere Anpassung an die Bedürfnisse von Mietern und Vermietern, wodurch eine positive Auswirkung auf den Wohnungsmarkt zu erwarten ist.

Durch diese Reform konnten jene Mieter, deren 3-Jahres-Verträge Ende Februar 1997 ausgelaufen wären, diese um bis zu 7 Jahre auf eine Gesamtlauzeit von 10 Jahren verlängern.

Die Novelle sieht grundsätzlich für Hauptmietwohnungen Befristungsmöglichkeiten von mindestens drei Jahren bis zu höchstens zehn Jahren vor, wobei die Höchstgesamtdauer von zehn Jahren auch nicht im Wege von Verlängerungsverträgen überschritten werden darf. Auch die Verlängerung der ursprünglichen Vertragsdauer muß mindestens drei Jahre betragen.

Als Anreiz für den Vermieter, auch längere Fristverträge einzugehen, sind die Befristungsabschläge gedacht d. h. daß bei Befristungen von weniger als 4 Jahren ein Abschlag von der Richtwertmiete im Ausmaß von 30% gewährt wird, bei Befristungen unter 7 Jahren ein 20%iger Abschlag und bei einer Vertragsdauer von 7 bis 10 Jahren ein 10%iger Abschlag.



Abg. Dr. Walter Schwimmer

Bei der Vermietung von Eigentumswohnungen („Neubau“, nach dem 8. Mai 1945 errichtet) wurde insofern eine Liberalisierung vorgenommen als bei der Befristung keine Obergrenze mehr eingezogen wurde (bisher: 10 Jahre).

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Walter Schwimmer,
Mag. Isolde Thornton

Mineralrohstoffgesetz (MinroG)

Das nunmehr nach langen und schwierigen Verhandlungen beschlossene Mineralrohstoffgesetz ersetzte das Berggesetz 1975. Mit diesem neuen Gesetz wurde eine moderne Regelung des österreichischen Bergbaus getroffen, die den Ländern, Gemeinden und Anrainern umfassende Parteilstellung einräumt und den Bedürfnissen sowohl der Wirtschaft als auch des Umweltschutzes entspricht. Die Schwerpunkte dieses Gesetzes werden im folgenden kurz dargestellt:

1. Das MinroG enthält zwei Regelungsbereiche:
 - a) Grundeigene Rohstoffe (obertägig) (z.B. Sand, Schotter und Kies).
 - b) Bergfreie und bundeseigene Rohstoffe und alle untertägigen Bergbaue (auch bei grundeigenen Rohstoffen)

2. Für Verfahren in beiden Bereichen erhalten Anrainer, Gemeinden und Land eine umfassende Parteienstellung.

3. Für die unter 1a) genannten Rohstoffe wird folgende Zuständigkeitsregelung getroffen:
 1. Instanz: Bezirkshauptmannschaft,
 2. Instanz: Landeshauptmann.

4. Für die unter 1b) genannten Rohstoffe ist der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten zuständig. Die traditionelle Struktur der bisherigen Bergbehörden wird nach zwei Jahren aufgelöst.

5. In beiden Fällen steht der Weg zu den Höchstgerichten offen.

6. Das neue Gesetz enthält auch Vorschriften über verbindliche, mit der Gemeinde abgestimmte Verkehrskonzepte, die beim obertägigen Abbau grundeigener Mineralstoffe (z.B. Sand, Schotter und Kies) festzulegen sind.

7. Beim obertägigen Abbau grundeigener Rohstoffe (z.B. Sand, Schotter und Kies) gibt es Abbauverbotsgebiete, wie z.B. Bauland, in dem Wohnbauten errichtet werden dürfen, Kinderspielplätze, Schulen, Krankenhäuser, Kirchen und Naturparks und an diese Abbauverbotsgebiete angrenzend eine Schutzzone von grundsätzlich 300 Meter. Diese Grenze ist nur unterschreitbar, wenn die örtliche Raumwidmung, Einverständniserklärungen oder besondere örtliche Gegebenheiten (Autobahnen, Schnellstraßen und Bahnrassen) dies zulassen.

Für bestehende Betriebe wurden eigene Ausnahmeregelungen geschaffen. In einem Abstand von unter 100 Meter zu den Abbauverbotsgebieten ist grundsätzlich keine Neubewilligung eines Abbaus und keine Erweiterung eines bestehenden Betriebes möglich.

8. Die im geltenden Recht bestehenden beiden Verfahren - Gewinnungsbewilligungsverfahren und Verfahren für Auf-

schluß- und Abbaupläne - werden zusammengelegt. Die Genehmigung eines Abbaues erfolgt nur, wenn die öffentlichen Interessen am Abbau entgegenstehenden öffentlichen Interessen überwiegen.

9. Der Arbeitnehmerschutz im Bergbau wird dem Bundesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales unterstellt.

10. Die derzeit nicht rechtskräftig abgeschlossenen Verfahren nach dem Berggesetz oder der Gewerbeordnung werden nach der neuen Regelung von den bisher zuständigen Behörden abzuwickeln sein.

11. Der Strafraum wird im neuen Gesetz von bisher maximal 50 000 S auf maximal 1 Million Schilling angehoben.

12. Das neue Gesetz soll beginnend mit 1. Jänner 1999 in Kraft treten.

Von der ÖVP erreichte Verhandlungsergebnisse:

Im Zuge der schwierigen parlamentarischen Verhandlungen ist es den ÖVP-Verhandlern gelungen, zahlreiche überzogene, von der SPÖ geforderte Regelungen zu entschärfen und damit die Existenz der österreichischen Bergbaubetriebe und der damit verbundenen Arbeitsplätze zu sichern. Zu diesen Bereichen gehören die Bedarfsprüfung, die Berücksichtigung von Grundstücksteilen, die Berücksichtigung der Topografie (in eingeschränktem Umfang), die Regelungen für Unfälle und gefährliche Ereignisse, die Weitergeltung von Gewinnungsbetriebsplänen, die Regelungen für anhängige Verfahren, neue Ausnahmeregelungen für seltene volkswirtschaftliche wertvolle Mineralien, die Schaffung von vernünftigen Übergangsvorschriften im Bereich der Behörden und Ausnahmeregelungen für bestehende Betriebe hinsichtlich der Schutzzonenregelung.

Insgesamt konnte ein tragfähiger Kompromiß erreicht werden, der einerseits die Parteienrechte im notwendigen Umfang ausweitet und andererseits die Existenz des größten Teils der österreichischen Bergbaubetriebe und der damit verbundenen Arbeitsplätze sichert.

Verhandlungsteam:

Abg. Ingrid Tichy-Schreder,
Mag. Günther Thonabauer

Industrieausschuß

Der Industrieausschuß befaßte sich im Rahmen eines Unterausschusses in den vergangenen 3 1/2 Jahren vor allem mit der österreichischen Technologiepolitik. Als Abschluß seiner Beratungen wurde ein umfassender Antrag erarbeitet, der Leitlinien für die österreichische Forschungspolitik in der Zukunft festlegte.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Maria Fekter,
Dr. Harald Wögerbauer

Kultur: ÖVP-Anliegen Ausgliederung erfüllt

Bundestheatergesetz mit Bürgerbeteiligung

Mit dem neuen Bundestheatergesetz wird einer langjährigen Forderung der ÖVP, die Bundestheater auszugliedern und auf eine privatwirtschaftliche Basis zu stellen, endlich Rechnung getragen.

Seitens der ÖVP wurde bei den Verhandlungen dafür Sorge getragen, daß die Neustrukturierung der organisatorischen und wirtschaftlichen Verantwortungsbereiche nicht nur zu einer besseren Transparenz der Kostenstrukturen, sondern vor allem zu einer Sicherstellung des künstlerischen Angebots und der kreativen Entwicklung der Bühnen beiträgt.

Mit dem neugeschaffenen Publikumsforum, (durch das den Besuchern der Theater in einer gesetzlich geregelten Form Stimme und Mitsprache in den Angelegenheiten der Bühnen eingeräumt wird), entsteht ein neue Partnerschaft zwischen Künstlern und Publikum. Es ist ein konkreter Schritt weg von einer anonymen Kulturbürokratie hin zu einer echten Bürgergesellschaft.

Verhandlungsteam:

KO Abg. Dr. Andreas Khol,
Abg. Franz Morak,
Dr. Harald Wögerbauer,
Dr. Helmut Wohnout

Bundesmuseengesetz

Dank der ÖVP sind die Bundesmuseen in den letzten Jahren durch die in zwei Schritten eingeführte Teilrechtsfähigkeit von ka-

meralistischen Institutionen zu attraktiven und besucherorientierten Aushängeschildern der Kulturnation Österreich geworden.

Deshalb wird in einem nächsten Schritt den Bundesmuseen die volle Rechtsfähigkeit übertragen, um eine Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Betriebsführung sowie eine Steigerung der Effizienz zu ermöglichen.

Damit kommt es nicht nur zu einer weitgehenden Deregulierung, sondern es werden den heimischen Bundesmuseen auch bei ihren Aktivitäten im Forschungs- und Aufstellungsbereich neue Möglichkeiten eröffnet.



Abg. Franz Morak

Landwirtschaft: ÖVP, der Anwalt der Bauern

Der Europavertrag für die Bauern hält

Trotz der gewaltigen Einsparungsmaßnahmen die das Sparpaket im Jahr 1995 mit sich gebracht hat, konnten die im Europavertrag ausverhandelten Beträge und Maßnahmen für die Bauern eingehalten werden. Doch waren die Bauern auch, so wie andere Gruppen, von einzelnen Sparmaßnahmen betroffen: etwa der Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge oder Veränderungen im Familienleistungsbereich.

Verhandlungsteam:

Abg. Georg Schwarzenberger,
Abg. Rudolf Schwarzböck,
DI Mag. Johann Költringer

Agrarbudget 1998/99

Basis für nachhaltige Agrarpolitik ist die Sicherung der finanziellen Basis. In diesem Sinne ist die Verlängerung des 40 Milliarden Pakets für die Abdeckung der dauerhaften Agrarförderungen auf weitere vier Jahre zwischen Bund und Ländern von enormer Bedeutung. Neue Akzente hierbei konnten in der Infrastrukturförderung, bei der Tierkennzeichnung, in der AMA-Budgetierung sowie in der Förderung der Frostversicherung für den Weinbau gesetzt werden.

Österreichische Ratspräsidentschaft

Die Bilanz der Präsidentschaft hat als Schwerpunkte die Verankerung des europäischen Modells der Landwirtschaft mit den Zielpunkten nachhaltig, flächendeckend, multifunktional und wettbewerbsfähig. Weiters die Verankerung der ländlichen Entwicklung als zweite Säule der Agrarpolitik und neue Impulse für die nachwachsenden Rohstoffe. Die Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Saatgut, die Ausdehnung der Biorichtlinie auf die Tierproduktion sowie der Beschluß der europäischen Forststrategie sind ebenfalls Erfolge im Interesse Österreichs.

EU-Beitritt gut bewältigt

Das Landwirtschaftsjahr 1995 brachte für die österreichischen Bauern erfreulicherweise ein Einkommensplus, obwohl in diesem Jahr bereits die Auswirkungen der BSE Krise spürbar waren. Im zweiten und dritten Jahr des Beitrittes kam es zu einer



Abg. Georg Schwarzenberger

leichten Absenkung der bäuerlichen Einkommen aufgrund des Rückgangs der degressiven Ausgleichszahlungen, größere Einbrüche konnten erfolgreich verhindert werden. Die parlamentarische Arbeit war dominiert von der Anpassung des österreichischen Rechts an das geltende EU-Recht. Dieses ambitionierte Vorhaben konnte 1997 erfolgreich abgeschlossen werden.

Verhandlungsteam:

Abg. Georg Schwarzenberger,
DI Mag. Johann Költringer

Das Umweltprogramm wird abgesichert

Das Umweltprogramm ÖPUL war mit einer Gesamtdotierung von 7,5 Milliarden bereits 1995 enorm, 1996 wurde es zusätzlich um eine Milliarde aufgestockt. Von der EU konnte außerplanmäßig eine höhere Mitfinanzierung erreicht werden. ÖPUL 1998 brachte vor allem Verbesserungen für den Grünlandbereich. Derzeitig laufen Verhandlungen für das neue

ÖPUL 2000, welches noch im heurigen Jahr 1999 abgeschlossen werden soll. 70% der Landwirte und 90 % aller Flächen in Österreich nehmen am ÖPUL-Programm teil.

Entwicklung des ländlichen Raums

Die ÖVP hat 1996 ein Bundesverfassungsgesetz über die Entwicklung des ländlichen Raums eingebracht, das ein Bekenntnis der Republik Österreich zur nachhaltigen flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft, zur nachhaltigen Forstwirtschaft und zur gewerblichen Nahversorgung zum Inhalt hat.

Verhandlungsteam:

Abg. Georg Schwarzenberger,
DI Mag. Johann Költringer

Gewerbeordnung

Die Novelle zur Gewerbeordnung 1997 unterstützte den Trend zur Direktvermarktung. Nunmehr können auch Produktinnovationen vermarktet werden, solange der Charakter eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes gewahrt bleibt, wobei der Zukauf von inländischen Produkten bis zu 25% des Wertes des Betriebszweiges, bei Ernteausfällen bis zu 100% möglich ist.

Verhandlungsteam:

Abg. Rudolf Schwarzböck,
DI Mag. Johann Költringer

Tierschutz

Nach der Artikel 15a B-VG Vereinbarung im Bereich der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung aus dem Jahr 1995 haben sich im November 1998 die Bundesländer in einer weiteren 15a B-VG Vereinbarung zum außerlandwirtschaftlichen und allgemeinen Tierschutz dazu verpflichtet, europaweit vorbildliche Standards im Tierschutz, vor allem im Heim- und Wildtierbereich sowie im Zoo- und Zirkusbereich umzusetzen.

Verhandlungsteam:

Abg. Maria Rauch-Kallat,
Dipl.Ing. Matthias Thaler

Wasserrechtsgesetznovelle

Die Novellierung des Wasserrechtsgesetzes brachte wesentliche Entbürokratisierungsschritte sowie Verwaltungseinsparungen für die einzelnen Bürger, für die Wirtschaft und Behörden, ohne die hohen Schutzziele des

Wasserrechtsgesetzes zu relativieren. Allein auf Landes- und Bezirksebene konnten dadurch pro Jahr Kosteneinsparungen in der Höhe von 150 Millionen Schilling realisiert werden.

Verhandlungsteam:

Abg. Jakob Auer,
DI Mag. Johann Költringer

Pflanzenschutzmittelgesetz

1997 erfolgte die Umsetzung der diesbezüglichen EU-Richtlinie. Das vorliegende Gesetz berücksichtigt insbesondere den Schutz der Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt, wobei vor allem auf die Kompatibilität mit dem Trinkwasserschutz hinzuweisen ist.

Verhandlungsteam:

Abg. Georg Schwarzenberger,
DI Mag. Johann Költringer

Saatgutgesetz

Ziel des novellierten Saatgutgesetzes ist es, der Landwirtschaft bestes Saat- und Pflanzgut zur Verfügung zu stellen. Die bäuerliche Nachbarschaftshilfe sowie der Austausch von Saatgut zur Erhaltung alter Landessorten zur Förderung der alten Artenvielfalt wird weiterhin ermöglicht, wodurch Genmaterial auch wirksam gesichert werden kann.

Verhandlungsteam:

Abg. Rudolf Schwarzböck,
DI Mag. Johann Költringer

Neuregelung der Unfallversicherung im bäuerlichen Sozialversicherungsgesetz

Durch die 55. ASVG-Novelle konnten die Invaliditätsrenten für Erwerbstätige in der Landwirtschaft deutlich erhöht werden. Ein Bezug zum Zeitpunkt der Pensionierung ist in Zukunft nicht mehr möglich.

Verhandlungsteam:

Abg. Karl Donabauer,
Dr. Harald Wögerbauer

Krankenschein auch für Bauern

1998 konnte der Bezug von ärztlichen Leistungen im bäuerlichen Bereich an die Standards der Gebietskrankenkassen angepaßt werden, d.h. die Vorfinanzierung und der

20%ige Selbstbehalt fallen weg. Bauern können in Zukunft mit einem Krankenschein alle ärztlichen Leistungen in Anspruch nehmen.

Verhandlungsteam:

Abg. Karl Donabauer,
Dr. Harald Wögerbauer

Agenda 2000

Im März 1998 hat die EU-Kommission mit der Agenda 2000 ihre Vorstellungen zur künftigen Gestaltung der Fragen Finanzierung, Osterweiterung, Struktur- und Agrarpolitik präsentiert. Voraussetzung für einen raschen Abschluß sind vertragliche Regelungen bei den Marktordnungen, die Fixierung der ländlichen Entwicklung und die Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung.



Abg. Rudolf Schwarzböck

Ausgliederung der Bundesforste und der Versuchswirtschaft

Die Österreichischen Bundesforste wurden mit 1. 1. 1997 in der Form einer Aktiengesellschaft ausgegliedert. Die ÖBf AG wird damit treuhänderisch mit der Bewirtschaftung und Verwaltung von ca. 10 % der Staatsfläche oder 848.000 ha betraut. Neben der Ausgliederung der Bundesforste wurde auch die Ausgliederung der Bundesversuchsanstalten als landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften GmbH festgelegt, um auch hier eine optimalere Unternehmensführung und eine verbesserte Forschungsarbeit zu gewährleisten.

Verhandlungsteam:

Abg. Georg Schwarzenberger,
Abg. Josef Schrefel,
DI Mag. Johann Költringer

Mehr Sicherheit auf der Straße

Führerscheingesetz

Im Juli 1997 wurde das Führerscheingesetz beschlossen, das eine längst fällige EU-Anpassung darstellt und eine Zusammenfassung des Führerscheinrechts bedeutet. Weiters normiert das Führerscheingesetz die Vereinheitlichung der Fahrzeugklassen, die Voraussetzungen zur Erteilung einer Lenkberechtigung, die gegenseitige Anerkennung von Führerscheinen, die Anwendung innerstaatlichen Rechts auf alle Ausländer, die in Österreich ihren Hauptwohnsitz haben und die Schaffung eines Zentralen Führerscheinregisters.

Mopedausweis ab 15 Jahren

Die ÖVP konnte eine langjährige Forderung durchsetzen: Im neuen Führerscheingesetz wurde der Mopedausweis ab 15 Jahren normiert. Jugendlichen, die in vom öffentlichen Verkehr benachteiligten Regionen leben, wird durch diese Regelung die Möglichkeit gegeben, bereits mit 15 Jahren den Mopedausweis zu erwerben. Voraussetzung dafür ist die Erlaubnis der Eltern, der Nachweis der geistigen Reife und die Bestätigung des Lehrherren oder der Schule, daß der Weg mit öffentlichen Verkehrsmitteln unzumutbar ist.

Gestaffelte Führerscheinentzugszeiten

Auf Initiative der ÖVP wurden im Führerscheingesetz gestaffelte Führerscheinentzugszeiten für höher alkoholisierte Autolenker eingeführt:

Zwischen 1,2 Promille und 1,6 Promille wird seit 1. November der Führerschein für mindestens 3 Monate entzogen, weiters hat der alkoholisierte Lenker eine Nachschulung zu absolvieren.

Ab 1,6 Promille wird der Führerschein für mindestens 4 Monate entzogen. Der Alkolenker hat zusätzlich eine Nachschulung zu absolvieren und ein amtsärztliches Gutachten vorzulegen.

Internationale Studien zeigen, daß die meisten Alkoholunfälle in einem Promillebereich weit über 1 Promille verursacht werden. Dieser Tatsache wollte die ÖVP Rechnung tragen, indem sie längere Führerscheinentzugs-

zeiten (statt mindestens 4 Wochen für alle Promillebereiche) für höher alkoholisierte durchgesetzt hat.

0,5 Promille

Am 12. Dezember 1997 wurde mit einem Abänderungsantrag zum Führerscheingesetz die 0,5 Promillegrenze beschlossen. Nach langen Verhandlungen mit der SPÖ, dem LIF und den Grünen kam es zu einem vier-Parteien-Antrag, der folgende Strafen für den Alkoholbereich zwischen 0,5 und 0,8 Promille vorsieht:

- 1. *Übertretung:*
Strafe: 3.000,- öS bis 50.000,- öS, kein Führerscheinentzug
- 2. *Übertretung innerhalb eines Jahres:*
Strafe: 3.000,- öS bis 50.000,- öS, Führerscheinentzug von 3 Wochen
- 3. *Übertretung innerhalb eines Jahres:*
Strafe: 3.000,- öS bis 50.000,- öS, Führerscheinentzug von 4 Wochen.

Es ist der ÖVP zu verdanken, daß der Regreßanspruch von Versicherungen im Bereich zwischen 0,5 und 0,8 Promille erst ab der 3. Übertretung innerhalb eines Jahres im Falle eines Unfalles gilt.

Novelle zum Führerscheingesetz

Nach Inkrafttreten des Führerscheingesetzes zeigte sich bald, daß in manchen Bereichen Probleme in der Vollziehung aufgetreten sind. Die notwendige EU-Anpassung im Bereich der Lenkberechtigungen der Klasse C (z.B. Befristung, Pflicht zur Beibringung ärztlicher Gutachten, Neuausstellung des Führerscheins verbunden mit hohen Kosten) haben zu unverhältnismäßigen Härten der Betroffenen geführt. Auf Initiative der ÖVP wurde vor dem Sommer 1998 eine Novelle des Führerscheingesetzes verabschiedet, die die größten Mängel beseitigt. So wird die Frist zum ärztlichen Gutachten für Besitzer einer Lenkberechtigung der Klasse C, die das 45. Lebensjahr überschritten haben, auf zwei weitere Jahre bis zum 31. 10. 2000 verlängert. Die Neuausstellung eines Führerscheines im Zuge der Verlängerung der Lenkberechtigung ist in Zukunft befreit von Stempelgebühren und Verwaltungsabgaben.

Freiwillige Feuerwehren

Um die Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren durch die Einführung der 0,1 Promillegrenze und die Verpflichtung zu regel-

mäßigen ärztlichen Gutachten für Lenker von Kraftfahrzeugen der Klasse C nicht zu gefährden, hat die ÖVP mit einem Gesetzesantrag die Lösung dieses Problems initiiert. Das BMWV hat nach Gesprächen mit allen Landesfeuerwehrkommandanten das Konzept eines Feuerwehrausweises vorgelegt. Feuerwehren sollen die Möglichkeit bekommen die Lenker ihrer Kraftfahrzeuge in Zusammenarbeit mit den Fahrschulen selbst auszubilden. Die Gesundenuntersuchungen sollen im Rahmen der Untersuchungen der FFW durchgeführt werden. Bezüglich Alkoholgrenze gilt die allgemeine 0,5 Promilleregelung.

20. StVO-Novelle

Im Juni 1998 wurde die 20. StVO-Novelle verabschiedet, die u.a. Bestimmungen für Inlineskater und Radfahrer enthält. Auf Initiative der ÖVP wurden die Radwege und mittels Verordnungsermächtigung der Länder die Güterwege im Interesse des Fremdenverkehrs für Inlineskater geöffnet.

Weiters wurde die Forderung der ÖVP nach gestaffelten Strafen für höher alkoholisierte Lenker umgesetzt. Wer ein Fahrzeug lenkt oder in Betrieb nimmt und sein Alkoholgehalt des Blutes 1,2 Promille oder mehr beträgt, hat nun mit einer Strafe von S 12.000,- bis S 60.000,- zu rechnen. Ab einem Alkoholgehalt des Blutes von 1,6 Promille oder mehr ist mit Strafen von S 16.000,- bis S 80.000,- zu rechnen. Diese Forderung trägt der Tatsache Rechnung, daß die 0,5 Promillegrenze bei den stark alkoholisierten Lenkern nicht zu den erhofften Erfolgen geführt hat.

Handy-Verbot

Im Plenum im Juli 1998 wurde das Gebot zur Benützung einer Freisprecheinrichtung verabschiedet, das vorsieht, daß dem Fahrer ab Juli 1999 während des Fahrens das Telefonieren ohne Benützung einer Freisprecheinrichtung verboten ist.

Auf Initiative der ÖVP wurde der Verkehrsminister durch eine Verordnungsermächtigung aufgefordert, mittels Verordnung die technischen Mindeststandards der Freisprecheinrichtungen festzulegen. Durch diese Regelung soll klargestellt werden, daß die Einführung des Handy-Verbots zu einer Erhöhung der Verkehrssicherheit führt.

Verkehr und Telekom

Telekommunikationsgesetz

Das Telekommunikationsgesetz bildet die rechtliche Grundlage für die Liberalisierung des Telekommunikationssektors in Europa. Weiters werden die Rahmenbedingungen für den Marktzugang von neuen Telekommunikationsanbietern festgelegt.

Die ÖVP konnte verhindern, daß das Telekommunikationsgesetz nur zu einem PTA-Schutzgesetz wurde. Es ist vorwiegend der ÖVP zu verdanken, daß das Telekommunikationsgesetz allen möglichen Bewerber die Chance bietet, unter fairen Bedingungen am Telekommunikationsmarkt teilzunehmen.

Verhandlungsteam:

Abg. Mag. Helmut Kukacka,
Mag. Barbara Schmidt

Postgesetz

Mit dem Poststrukturgesetz wurde die vorher als Teil der Bundesverwaltung organisierte und in zahlreichen Bereichen des Post- und Fernmeldewesens mit Hoheitsbefugnissen ausgestattete Post- und Telegraphenverwaltung ausgegliedert und in die Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft umgewandelt.



Abg. Mag. Helmut Kukacka

Das Postgesetz trägt der Ausgliederung Rechnung und stellt die Rechtsbeziehungen der PTA zu ihren Kunden im Bereich der „Gelben Post“ auf privatrechtliche Ebene.

Verhandlungsteam:

Abg. Mag. Helmut Kukacka,
Mag. Barbara Schmidt

Eisenbahnrechtsanpassungsgesetz (EIRAG)

Das Eisenbahnrechtsanpassungsgesetz stellt eine notwendige EU-Anpassung dar und normiert hauptsächlich die Voraussetzungen für die Zulassung und Anerkennung von Eisenbahnunternehmen im grenzüberschreitenden Verkehr. Zum EIRAG wurde ein Abänderungsantrag ein-

gebracht, der die Eckpunkte des neuen Pensionssystem der ÖBB-Beamten normiert. (siehe Pensionen)

Tiertransportgesetz-Eisenbahn

Das Tiertransportgesetz-Eisenbahn, das im Jänner 1998 im Plenum verabschiedet wurde, enthält Bestimmungen über die Zulässigkeit und die Modalitäten von Tiertransporten. Weiters wird die Dauer von Schlachtiertransporten mit 6 Stunden begrenzt.

Gefahrgutbeförderungsgesetz

Das Gefahrgutbeförderungsgesetz setzt zahlreiche EU-Richtlinien um, faßt mehrere in Österreich geltende Bestimmungen zusammen und beschreibt die Gefahrgutbeförderung auf Straßen mit öffentlichem Verkehr, auf der Eisenbahn, auf Wasserstraßen, im Seeverkehr und im Rahmen der Zivilluftfahrt.

Im Bereich der Gefahrgutkontrolle konnte die ÖVP in langen Verhandlungen mit der Zollwache und dem Innenministerium eine Lösung herbeiführen, die sowohl der Zollwache neue Aufgabenbereiche im Bereich der Gefahrgutüberwachung zukommen läßt als auch die bestehenden Aufgaben der Gendarmerie bewahrt.

Amateurfunkgesetz 1998 und Funkerzeugnisgesetz 1998

Diese Gesetze ersetzen als Bundesgesetz geltende Verordnungen des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe aus dem Jahr 1953 und 1967 über Amateurfunk bzw. Funkerzeugnisse. Das Amateurfunkwesen und das Funkerzeugniswesen werden unter Berücksichtigung der modernen Technologien und der Neuordnung des Fernmelderechtes neu geregelt.

Verhandlungsteam:

Abg. Mag. Helmut Kukacka,
Mag. Barbara Schmidt

ÖVP: Initiativ für Frauen

Gleichbehandlung

Der Schwerpunkt des Gleichbehandlungsausschusses lag 1997/98 auf der Behandlung des Frauenvolksbegehrens. Zu diesem Zwecke wurde eigens ein Unterausschuß

des Gleichbehandlungsausschusses eingerichtet, der sich ausschließlich mit den Forderungen des Frauenvolksbegehrens und Anträgen beschäftigt.

Die ÖVP hat in diesem Zusammenhang die folgenden fünf Anträge eingebracht:

1. „Unternehmen Haushalt - neue Arbeitsplätze schaffen“. In diesem Antrag fordern die ÖVP-Frauen die Schaffung von Homeservice-Projekten zur Unterstützung von privaten Haushalten bei der Bewältigung von Kinderbetreuung und Hausarbeit und die steuerliche Absetzbarkeit der Kosten für bezahlte Kinderbetreuungs- und Familienarbeit unter bestimmten Voraussetzungen.
2. Verbesserung der Anrechnung der Kindererziehungszeiten.
Diese Forderung wurde im Rahmen der Pensionsreform bereits teilweise umgesetzt.
3. Neubewertung der Arbeit.
In diesem Antrag wird die Sozialministerin aufgefordert, gemeinsam mit den Sozialpartnern geschlechtsunabhängige Kriterien zum Abbau der Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen auszuarbeiten. Typische Frauenberufe dürfen nicht schlechter bezahlt sein, als vergleichbare typische Männerberufe.
4. Flexiblere Gestaltung der Karenzzeit.
Um den Wiedereinstieg in den Betrieb nach der Karenzzeit leichter zu machen, fordert die ÖVP die Möglichkeit für Personen in Karenz gewissen Beschäftigungen gegen Bezahlung nachgehen zu können. Auch diese Forderung konnte bereits durchgesetzt werden.
5. Neuregelung der Pensionsauszahlung bei aufrechter Ehe und anteiliger Pensionsanspruch im Scheidungsfall.
Dieser Antrag hat den selbständigen Pensionsanspruch jedes Ehepartners zum Ziel. Die pensionsrechtlichen Bestimmungen sollen dahingehend geändert werden, daß einerseits bei aufrechter Ehe die Pensionsansprüche geteilt ausbezahlt werden können und andererseits im Scheidungsfall die während der Ehe erworbenen Pensionsleistungen

gen fiktiv berechnet und zu gleichen Teilen unter besonderer Berücksichtigung der Anzahl der betreuten Kinder unabhängig vom Verschulden aufgeteilt werden.

Verhandlungsteam:

Abg. Rosemarie Bauer,
Mag. Barbara Schmidt

Verfassungsmaterien

Regionalradiogesetz

Aufgrund eines Verfassungsgerichtshof-erkenntnisses wurde es notwendig, das Regionalradiogesetz in wesentlichen Teilen zu ändern und insgesamt weit liberaler als ursprünglich zu fassen. Die ÖVP konnte maßgeblich ihre Vorstellungen von einer raschen Lizenzvergabe der momentan verfügbaren Frequenzen und einer darauf aufbauenden laufenden Überprüfung der allen Hörfunkanbietern sowie dem ORF zugeteilten Frequenzen durchsetzen. Damit ist gewährleistet, daß nunmehr auch in Österreich privater Hörfunk ermöglicht wird und der ORF nur jene Frequenzen behalten soll, die er für seinen Versorgungsauftrag unbedingt benötigt. Mit dieser Vorgangsweise hat die ÖVP durchgesetzt, daß im November 1997 in einem ersten Schritt mehr als 50 Radio-lizenzen durch die Behörde vergeben wurden. Mit einer im Dezember 1998 beschlossenen Novelle konnten die Werbezeitenverbesserungen, die zeitgleich für den ORF vorgesehen wurden, auch für alle Privatradios durchgeführt werden.

Verhandlungsteam:

Abg. Mag. Helmut Kukacka,
Dr. Harald Wögerbauer,
Mag. Bernhard Peer

Kabel- und Satelliten-Rundfunkgesetz

Ebenfalls entspricht das Kabel- und Satelliten-Rundfunkgesetz weitgehend den Vorstellungen der ÖVP von einer umfangreichen Liberalisierung zum Betrieb von derartigen Programmen. Kabelrundfunkveranstaltungen bedürfen seither keiner behördlichen Zulassung mehr, sondern unterliegen lediglich einer Anzeigenpflicht. Nur für Satellitenprogramme ist ein Zulassungsverfahren vorgesehen.

Mit einer neuerlichen Novelle soll dieses Gesetz zum Gesetz über terrestrisches Privatfernsehen ausgebaut werden. Darüber sind aber die Verhandlungen mit dem Koalitionspartner noch voll im Gang.

Verhandlungsteam:

Abg. Mag. Helmut Kukacka,
Dr. Harald Wögerbauer,
Mag. Bernhard Peer

Solidaritäts- und Entsende-BVG

Mit dem im April 1997 beschlossenen Bundesverfassungsgesetz über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland wurde eine zeitgemäße und moderne gesetzliche Grundlage für Auslandseinsätze geschaffen, um die Teilnahme an Maßnahmen der Friedenssicherung der OSZE sowie für die Durchführung von Beschlüssen der EU im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und zur Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden sicherzustellen.



Abg. Rosemarie Bauer

Verhandlungsteam:

KO Abg. Dr. Andreas Khol,
Abg. Dr. Karl Maitz,
Mag. Bernhard Peer

Neuregelung der Politikerbezüge

Mit einem umfangreichen Diskussionsprozeß wurden von einer vom Nationalrat eingesetzten Kommission unter Leitung von RH-Präsident Dr. Fiedler die Eckpfeiler der künftighin für alle Politiker geltenden Bezügepyramide festgelegt. Mittels einer verfassungsgesetzlichen Regelung wurde sichergestellt, daß alle Politiker auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene miteinbezogen werden. Als Ausgangsbetrag wurde der Bezug eines Nationalratsabgeordneten gewählt. Alle anderen Politiker werden je nach ihrem Aufgaben- und Verantwortungsbereich ober- bzw. unterhalb mit einem gewissen Prozentsatz des Ausgangsbetrages eingestuft. Die Politikerpensionen und -abfertigungen wurden

abgeschafft. Eine klare Spesenregelung sorgt dafür, daß alle Aufgaben nachgewiesen werden müssen.

Verhandlungsteam:

Abg. KO Dr. Andreas Khol,
Dr. Harald Wögerbauer

B-VG-Novelle

Mit einstimmigem Beschluß des Nationalrates vom Juli 1997 wurde die österreichische Verfassungsurkunde dahingehend weitergestaltet, daß ein von der ÖVP vorgelegtes Diskriminierungsverbot von behinderten Menschen in die Verfassung aufgenommen wurde. Weiters wurde zur Sicherung rechtsstaatlicher und unabhängiger Verfahren in Asylangelegenheiten ein weisungsfreier Bundesasylsenat eingerichtet. Desgleichen hat der Nationalrat die Vertretungsregelungen für die Mitglieder der Bundesregierung zeitgemäßer gestaltet und insofern auch den Bedürfnissen zur Teilnahme an EU-Gremien angepaßt.

Verhandlungsteam:

KO Abg. Dr. Andreas Khol,
Mag. Bernhard Peer

Ermächtigungs-BVG

Mit diesem Beschluß des Nationalrates wurde im Dezember 1997 die verfassungsrechtliche Grundlage für den Konsultationsmechanismus geschaffen. Dieser sieht eine rechtzeitige Information aller Gebietskörperschaften über rechtsetzende Maßnahmen und deren Kosten vor und regelt die Kostentragung derartiger Vorhaben, sobald eine andere Gebietskörperschaft finanziell davon betroffen ist.

Konsultationsmechanismus und Stabilitätspakt

Diese zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ausverhandelte und vom Nationalrat zwischenzeitlich genehmigte Vereinbarung stellt sicher, daß einer Gebietskörperschaft nicht durch Beschluß einer anderen Gebietskörperschaft finanzielle Lasten auferlegt werden. Dadurch wird das für einen modernen Bundesstaat wichtige Prinzip „Wer anschafft, zahlt!“ verwirklicht. Im Zusammenhang damit steht der Stabilitätspakt, der die Einhaltung der Konvergenzkriterien durch alle Gebietskörperschaften überprüft und allfällige Sanktionskosten auf diese verteilt.

Verhandlungsteam:

KO Abg. Dr. Andreas Khol,
Mag. Bernhard Peer

Bundesvergabe-gesetz

Mit einer Novelle zum Bundesvergabe-gesetz wurde auch im Rahmen von Ver-gabeverfahren die im Herbst 1997 gestar-tete Initiative der Bundesregierung unter-stützt, Firmen dazu zu bewegen, vermehrt Lehrlinge zu beschäftigen.

Stellenbesetzungsgesetz

Analog der für Politiker beschlossenen Bezügepyramide wurde vom Nationalrat eine ähnliche Regelung für Führungskräfte von Unternehmen, die der Rechnungs-hofkontrolle unterliegen, beschlossen. Dies soll gewährleisten, daß auch in staatsnahen Betrieben Manager entspre-chend ihrem Aufgaben- und Verantwort-bereich entlohnt werden.

Verhandlungsteam:

Abg. KO Dr. Andreas Khol,
Mag. Bernhard Peer

Novellierung der Publizistikförderung

Mit einer Novellierung des Bundesgesetzes über die Förderung politischer Bildung und Publizistik wurde ein langjähriges ÖVP-Anliegen verwirklicht. Es konnte mit dem Ge-setz sichergestellt werden, daß zukünftig rechts- und linksradikale periodische Druck-schriften mit verfassungs- oder demokratie-feindlichem Inhalt - wie z.B. das Tatblatt - von einer Förderung ausgeschlossen wer-den.

Verhandlungsteam:

Abg. KO Dr. Andreas Khol,
Roman Kunyik

Novelle zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen

Auf Initiative der ÖVP wurde in der ersten Jahreshälfte 1998 eine umfassende Ver-fahrensreform beschlossen, die speziell in Großverfahren Vereinfachungen und Erleich-terungen und dadurch mehr Übersichtlich-keit mit sich bringt. Bei derartigen Groß-verfahren soll der Behörde die Möglichkeit gegeben werden, Einwendungen gegen das Vorhaben bereits im Vorfeld der mündlichen Verhandlung zu sammeln. Der Antrag soll

mittels Edikt kundgemacht werden, Parteien sollen bei sonstigem Verlust ihrer Parteistellung Einwendungen innerhalb einer bestimmten 6 Wochen nicht unterschreitenden Frist geltend machen. Damit die im Antrag enthaltenen Verfahrensvereinfachungen tatsächlich für alle Verwaltungsverfahren Anwendung finden, werden anders lautende in den Materiengesetzen enthaltene Verfahrensbestimmungen aufgehoben. Jedermann kann künftig seine Anbringen, Anträge, etc. der Behörde nicht nur mittels Fax, sondern auch mittels e-mail vorbringen. Darüber hinaus wird die Möglichkeit geschaffen, Strafverfügungen und Anonymverfügungen nicht nur mit dem Originalbeleg einzuzahlen, sondern diese Beträge auch zu überweisen (z.B. mit Tele-Banking).

Verhandlungsteam:

Abg. Karlheinz Kopf,
Mag. Bernhard Peer

Vertrag von Amsterdam

Mit diesem Vertrag werden die Grundlagen der Europäischen Union ergänzt bzw. abgeändert. Im wesentlichen beruht der Inhalt dieser Vertragsänderungen auf den Regierungskonferenzen vom März 1996 und Juni 1997 und beinhaltet insbesondere die weitgehend neugestalteten Vertragsgrundlagen auf den Gebieten der Freizügigkeit, der inneren Sicherheit und der justitiellen Zusammenarbeit und die neuen bzw. weiterentwickelnden Regelungen über Beschäftigung, Sozialpolitik, Umwelt und Menschenrechte, die Reformen in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie verschiedene Reformen im institutionellen Bereich.

Das innerstaatliche Ratifikationsverfahren wurde im wesentlichen genauso gestaltet wie beim österreichischen EU-Beitritt. Das Parlament beschloß daher im Frühling 1998 ein eigenes Bundesverfassungsgesetz über die Ratifizierung des Vertrages von Amsterdam. Zur innerstaatlichen Umsetzung der Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik war es notwendig, die im Art. 23f der Verfassung enthaltenen Verweise auf den Vertrag von Maastricht nunmehr auf den Vertrag von Amsterdam zu beziehen. Die durch diesen Vertrag herbeigeführte Stärkung der sicherheitspolitischen Dimension der EU versetzt diese auch in die Lage, die Westeuropäische Union für die Durchführung von sogenannten Petersberg Aufgaben in Anspruch zu nehmen.

Verhandlungsteam:

KO Abg. Dr. Andreas Khol,
Mag. Alexis Wintoniak

Vertragsbedienstetenreformgesetz

Mit dieser Reform wird nach der bereits im Jahre 1994 beschlossenen Besoldungsreform für Beamte ein modernes und leistungsorientiertes Besoldungssystem für die Vertragsbediensteten der allgemeinen Verwaltung geschaffen. Das neue Gehaltschema bietet höhere Einstiegsgehälter, aber auch eine wesentlich bessere Lebensverdienstsumme. Zugleich soll für die Vertragsbediensteten eine eigene Pensionskasse eingerichtet werden. Der ursprüngliche Plan der SPÖ, mit dieser Reform das Berufsbeamtentum abzuschaffen, konnte von der ÖVP vereitelt werden: Auch zukünftig haben öffentlich Bedienstete, die mit gewissen Leitungsfunktionen betraut werden, Anspruch auf Pragmatisierung. Damit ist sichergestellt, daß es keine politisch willfährigen und jederzeit kündbaren Spitzen in der Allgemeinen Verwaltung geben soll.

Verhandlungsteam:

KO Abg. Dr. Andreas Khol,
Dr. Harald Wögerbauer,
Mag. Bernhard Peer

Abschaffung des Homogenitätsgebotes

Das bisher in der Bundesverfassung verankerte Gebot an die anderen Gebietskörperschaften, ihre Dienstrechte dem Dienstrecht des Bundes anzupassen, wurde abgeschafft. Dies entspricht dem Wunsch einiger Bundesländer, ihre eigenen dienstrechtlichen Bestimmungen treffen zu können. Gleichzeitig wurde auch die Möglichkeit wesentlich ausgeweitet, Gemeindevsicherheitswachen zur Handhabung des Verwaltungsstrafgesetzes zu beauftragen.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Gottfried Feurstein,
Mag. Bernhard Peer

Rundfunkgesetz

Ende des Jahres 1998 wurde mit der Novelle des Rundfunkgesetzes die notwendige Anpassung an die Bestimmungen der Fernsehrichtlinie der EU vorgenommen. Insbesondere sind darin Bestimmungen über die Fernsehwerbung, wie Kennzeichnungs-

pflichten und Regelungen zum Schutz Minderjähriger enthalten. Weiters enthält dieses Gesetz nunmehr explizit das Verbot der Vergabe von Sendezeiten für Teleshopping für den ORF.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Andreas Khol,
Mag. Helmut Kukacka,
Dr. Harald Wögerbauer,
Mag. Bernhard Peer

Einführung von Gebärdensprachdolmetschern an Gerichten

Um die prozessualen Möglichkeiten für Gehörlose bzw. schwerhörende Menschen zu verbessern, hat der Nationalrat im Dezember beschlossen, Gehörlosen bzw. schwerhörenden Menschen in Zivilprozessen aber auch in Strafverfahren auf deren Verlangen Gebärdensprachdolmetscher zur Verfügung zu stellen. Die Kosten dafür werden vom Staat übernommen.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Gottfried Feurstein

Enquete über ein Minderheitsvotum am Verfassungsgerichtshof

Der Verfassungsausschuß hat im Herbst 1998 eine parlamentarische Enquete zu der Frage abgehalten, ob am Verfassungsgerichtshof ein Minderheitsvotum eingeführt werden soll. Damit könnte den Richtern, die bei der Abstimmung über die Verfassungsmäßigkeit rechtliche Bestimmungen in der Minderheit geblieben sind, die Möglichkeit gegeben werden, ihre abweichende Meinung zu veröffentlichen.

Aufgrund des politischen Drucks der auf die Verfassungsrichter bei bestimmten Entscheidungen, wie z.B. im Zusammenhang mit der Familiensteuerreform, ausgeübt wurde, hat sich die ÖVP kritisch zu diesem Instrument geäußert. Darüber hinaus wurde ein derartiges Minderheitsvotum nicht nur von der Mehrheit der Verfassungsrichter selbst, sondern auch von einigen Verfassungsrechtlern vehement abgelehnt.

Verhandlungsteam:

KO Abg. Dr. Andreas Khol,
Mag. Bernhard Peer

Demokratiepaket

Wesentliche Verbesserungen im Bereich der Bundespräsidentenwahl, im Zusammenhang mit Volksbegehren aber auch mit der Ausübung des Stimmrechtes im Ausland bei Nationalratswahlen und Europawahlen wurden mit dem sogenannten Demokratiepaket im Herbst 1998 beschlossen. So können zukünftig Wahlvorschläge für die Bundespräsidentenwahl nur mehr von 6.000 Wahlberechtigten eingebracht werden, die Möglichkeit der exklusiven Unterstützung durch fünf Abgeordnete entfällt. Weiters kann der Zustellungsbevollmächtigte den Kandidaten zwischen erstem und zweitem Wahlgang nicht mehr austauschen und Auslandsösterreicher bekommen erstmalig die Möglichkeit, Kandidaten zu unterstützen.

Im Bereich der Volksbegehren wurde ebenfalls die Möglichkeit abgeschaffen, das Einleitungsverfahren durch die Unterstützung von mindestens acht Nationalratsabgeordneten in Gang zu setzen. Zukünftig können Volksbegehren nur mehr aufgrund von Unterstützungserklärungen von mehr als 1 Promille der Wohnbevölkerung, das sind derzeit ca. 8.100 Personen, eingeleitet werden. Bei Volksbegehren, die 100.000 Eintragungen überschreiten, soll auf das angegebene Konto ein Betrag von S 150.000,- als Kostenersatz überwiesen werden. Die Eintragungsfristen werden im Interesse einer flexibleren Handhabung mit den Gemeinden geändert. So kann in kleinen Gemeinden bis 2.500 Einwohner das Offenhalten am Wochenende auf jeweils 2 Stunden beschränkt werden. Dafür wurden in der Geschäftsordnung eine Reihe von Verbesserungen für die Behandlung von Volksbegehren beschlossen. Diese müssen künftig innerhalb von 5 Monaten abgeschlossen werden. Eine Generaldebatte bzw. ein Hearing soll künftig öffentlich abgehalten werden, zukünftig können drei Volksbegehrenvertreter an den Ausschüßberatungen teilnehmen. Der Ausschüßbericht über Volksbegehren wird im Amtsblatt zur Wiener Zeitung verlautbart.

Bei Wahlen ist für die Stimmabgabe im Ausland zukünftig nur mehr ein Zeuge zur Bestätigung der persönlichen Stimmabgabe notwendig.

Verhandlungsteam:

KO Abg. Dr. Andreas Khol,
Mag. Bernhard Peer

Rückgabe von Kunstgegenständen

Auf Anregung der Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten wurde im Herbst 1998 eine gesetzliche Regelung beschlossen, wonach Kunstgüter aus den österreichischen Bundesmuseen und Sammlungen, welche im Zuge oder als Folge der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in das Eigentum des Bundes gelangt sind, an die ursprünglichen Eigentümer oder deren Rechtsnachfolger herausgegeben werden müssen. Diese Regelung soll endgültig die vor der nationalsozialistischen Arierisierungspolitik bestehenden Eigentumsverhältnisse an Kunstgegenständen wieder herstellen. Zugleich wurde beschlossen, den Betrag von S 102 Mio., welcher Österreich als Anteil an dem ehemals der Nationalbank von den Nationalsozialisten geraubten Gold zusteht, dem Internationalen Fonds für Opfer des Nationalsozialismus zu übertragen. Die Aufgabe, diese Mittel zu verteilen, wurde dem Nationalfonds der Republik Österreich übertragen.

Verhandlungsteam:

KO Abg. Dr. Andreas Khol,
Mag. Bernhard Peer

Neuorganisation der Bundessport-einrichtungen - BSEOG

Durch die Restriktionen in der Bundesverwaltung konnten die in den Bundessport-einrichtungen vorhandenen wirtschaftlichen Potentiale nicht voll ausgeschöpft werden. Dieses Gesetz hat das Ziel, die Effizienz und die Transparenz des Betriebes der Bundessport-einrichtungen zu steigern, eine Entflechtung der erwerbswirtschaftlichen Aufgaben der Bundessport-einrichtungen von der gemeinwirtschaftlichen Sportförderung vorzunehmen und den Bundeshaushalt zu entlasten.

Verhandlungsteam:

Abg. Karlheinz Kopf,
Roman Kunyik

ÖVP federführend in der Bildungspolitik

Das Schulreformpaket 1996

Noch im Jahre 1996 wurde ein Schulreformpaket beschlossen, das im wesentlichen folgenden Zielsetzungen entsprach:

- Fortführung der Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Sekundarstufe I (Hauptschule (HS) und AHS-Unterstufe)
- Reform der Polytechnischen Schule
- Neue Aufnahme- und Zulassungsregelung an Berufsbildenden höheren und mittleren Schulen
- Schaffung eines Frühwarnsystems zur weitgehenden Vermeidung von Schulversagen
- Ausbau der Schuldemokratie
- Erleichterte Anrechnung von Auslandsschulbesuchen
- Dezentralisierung und Deregulierung
- Lockerung des Werbeverbotes

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Josef Höchtel,
Roman Kunyik

Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, SchUG-B

Mit dem Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige (SchUG-B) wurde die innere Ordnung der Schulen für Berufstätige erstmals gesetzlich normiert. Wesentliche Inhalte dieses „Erstgesetzes“ sind:

- Ermöglichung der Ablegung von vorgezogenen Teilprüfungen
- Aufbau und Systematik des SchUG-B ist am SchUG angelehnt; es soll aber auf erwachsenengerechte Regelungen Rücksicht genommen werden.
- Der Gesetzesentwurf ist von den Grundsätzen der Deregulierung, der Dezentralisierung und der Autonomie (sowie Schulpartnerschaft) geprägt.



Abg. Dr. Josef Höchtel

Berufsreifeprüfung

Bereits seit September 1997 haben Lehrabsolventen die Chance, eine Berufsreifeprüfung abzulegen und damit später auch eine Hochschule zu besuchen. Damit wurde das Bildungssystem durchlässiger, junge Menschen bekommen dadurch neue Chancen und Perspektiven, das Image der Lehre wurde verbessert.

Schulorganisationsgesetz - Berufsorientierung und Teilrechtsfähigkeit

Für Bundesschulen wurde nach den positiven Erfahrungen etwa im Universitätsbereich die Teilrechtsfähigkeit eingeführt, die es den Schulen ermöglichen wird, im eigenen Namen und auf eigene Rechnung bestimmte Tätigkeiten durchzuführen. In den 3. und 4. Klassen der Hauptschule und der allgemein bildenden höheren Schule sowie den entsprechenden Stufen der Sonderschule wurde der Unterrichtsgegenstand „Berufsorientierung“ als verbindliche Übung verankert.

Schulunterrichtsgesetz

Den Schülern der neuen Polytechnischen Schule (SchOG-Novelle 1996) wurde ein verbesserter Einstieg in die Leistungsgruppen der Berufsschule ermöglicht, sodaß verstärkt auf den bisher erlernten Lehrstoff aufgebaut werden kann.

Schulzeitgesetz

Nach der Diskussion um die Semesterferienwoche in Vorarlberg wurde der Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten ermächtigt, auf einvernehmlichen Antrag des Landesschulrates und des Landes (aus fremdenverkehrspolitischen Gründen) den Beginn der Semesterferien für einzelne Bundesländer um eine Woche zu verlegen.

Das Schulpaket 1998

Mit dieser Reform wurde der Schuleingangsbereich mit den Zielen Steigerung der positiven Motivation beim Schuleinstieg, bessere Zusammenarbeit zwischen Vorschulklasse und 1./2. Schulstufe und Freiraum zu einer integrativen Gestaltung der Eingangsphase (umfassende Grundstufe I aus Vorschulstufe und 1. u. 2. Klasse) neu gestaltet. Die sehr erfolgreichen Schulver-

suche zur lebenden Fremdsprache in der 1. und 2. Klasse Volksschule wurden in das Regelschulwesen übernommen. Damit wird ab dem kommenden Schuljahr das Angebotsnetz zügig erweitert und soll im Jahr 2003 jede Schule umfassen. Im Zusammenhang mit der Schuleingangsphase wird die Möglichkeit bestehen, die Ziffernnote durch eine verbale Leistungsbeurteilung zu ergänzen. Jugendliche, die zu Beginn des Schuljahres das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen in einem freiwilligen 10. bzw. 11. Schuljahr den Hauptschulabschluß nachholen. Das Überspringen in der Volksschule wird stark erleichtert, es muß aber mindestens drei Jahre Grundschulbesuch erfolgen. Außerdem besteht nun das Recht, insgesamt 3x eine Klasse zu überspringen: 1x in der Volksschule, 1x in der Sekundarstufe I und 1x in der Sekundarstufe II.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Josef Höchtl,
Roman Kunyik

Rechtspersönlichkeit von religiösen Bekenntnisgemeinschaften

Dieses neue Bundesgesetz hat eine Rechtsgrundlage zum Erwerb der speziellen Rechtspersönlichkeit für religiöse Bekenntnisgemeinschaften geschaffen, ohne daß gleichzeitig die Stellung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erworben wird. Zur Erlangung der Rechtspersönlichkeit sind 300 Mitglieder erforderlich. Darüber hinaus wurden nähere Voraussetzungen für die Anerkennung nach dem Anerkennungsgesetz 1874 verlangt. So müssen in Zukunft Bekenntnisgemeinschaften, die eine staatliche Unterstützung (bezahlter Religionsunterricht, ORF-Sendezeiten, etc.) anstreben, mindestens 2 Promille der Bevölkerung (ca. 16.000) Mitglieder haben und 20 Jahre bestehen, davon 10 Jahre als Religiöse Bekenntnisgemeinschaft.

Verhandlungsteam:

KO Abg. Dr. Andreas Khol,
Abg. Werner Amon,
Abg. Dr. Josef Höchtl,
Roman Kunyik

Schülerbeihilfengesetz

Durch das neue Schülerbeihilfengesetz wurde das Budget für die Schülerbeihilfen von derzeit 445 Mio.öS auf 559 Mio.öS ange-

hoben. Im Schuljahr 1997/98 haben rund 30.000 der insgesamt 300.000 Schüler in weiterführenden Schulen eine Beihilfe erhalten, künftig sollen es um 4000 mehr sein. Hauptkriterien für den Beihilfenanspruch sind das Einkommen der Eltern und der Notendurchschnitt des Schülers.

Wissenschaft und Zukunftspolitik

Ausgliederung des Bundesforschungs- und Prüfzentrums Arsenal

Das Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal wurde durch Errichtung einer Gesellschaft m.b.H. aus der Bundesverwaltung (bisher betriebsähnliche Einrichtung) ausgegliedert und in „Österreichisches Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ umbenannt.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Dieter Lukesch

Das Universitäts-Studiengesetz (UniStG)

Das UniStG (Universitäts-Studiengesetz) wurde nach fünfjähriger Diskussion über die Neugestaltung des unübersichtlichen und überregulierten Studienrechts beschlossen und trat am 1. August 1997 in Kraft.

Grundsätzliche Ziele des UniStG sind die Vereinfachung und Deregulierung des unübersichtlichen Studienrechts und des aufwendigen Rechtssetzungssystems (12 Gesetze, 118 Studienordnungen, 349 Studienpläne), die Vereinfachung der Administration und eine Neuordnung der Entscheidungs- und Verantwortungskompetenz im Sinne einer echten Deregulierung.

Die wichtigsten Ziele:

- Verbesserung der Zielorientiertheit der Studien
- Steigerung der Innovationsfähigkeit im Bereich der universitären Lehre
- adäquate Zuordnung von Entscheidungs- und Verantwortungskompetenz
- Erhöhung der Effizienz des Studiensystems
- Verkürzung der Studienzeit
- Senkung der Drop-out-Raten
- Verbesserung der Information für Studienanfänger

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Dieter
Lukesch,
Roman Kunyik

Dienstrecht

Mit dem neuen Hochschullehrer-Dienstrecht wurde ein neuer Ansatz für mehr Flexibilität gefunden und eine Regelung gestaltet, die der Autonomie der Universitäten auch gerecht wird.

In diesem Zusammenhang ist besonders hervorzuheben:

- Erstmals wird geregelt, daß die Lehrtätigkeit zu den Aufgaben der Assistenten gehört, allerdings muß dazu die entsprechende Kenntnis und auch der Bedarf vorhanden sein.
- Neue Anreize für die Habilitation etwa durch die Einführung des neuen Titels „ao. Prof.“
- Mehr Flexibilität beim Professorenstatus: So hat sich die Möglichkeit der Installation von Vertrags- und Stiftungsprofessoren durchgesetzt.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Dieter Lukesch

Studienförderungsgesetz

Im Bereich des Studienförderungsgesetzes wurden etwa Regelungen über die Rechtsfolgen nach einem Studienwechsel, das Ruhen der Studienbeihilfe bei mehr als geringfügiger Beschäftigung oder die Begünstigung der Ferialtätigkeit beschlossen. Mit einem auf ÖVP-Wunsch erstellten Abänderungsantrag wurde das Studienförderungsgesetz verstärkt an die „Studienrealität“ angepaßt, da Studierende nicht nur in den Sommerferien, sondern auch in Semester-, Weihnachts- und Osterferien arbeiten, und deshalb der Zeitraum, in dem „begünstigte“ Ferialtätigkeiten durchgeführt werden können, erweitert werden sollte.

Ein gemeinsamer Antrag von ÖVP und SPÖ diente dazu, einen fließenden Übergang zu schaffen, der Kindererziehungszeiten (nach Anzahl der Kinder) und die Jahre der Selbsterhaltung berücksichtigt. Die Altersgrenze von 30 Jahren für Studienbeihilfe bleibt prinzipiell aufrecht, sie kann aber demnach von



Abg. Dr. Dieter Lukesch

30 auf 35 Jahre erhöht werden, wenn Berufstätigkeit oder die Erziehung von Kleinkindern vorliegt.

Eine weitere Novellierung 1998 beinhaltet eine Systemumstellung bei der Berechnung der Studienbeihilfen durch Einbeziehung von Familienbeihilfe und Absetzbetrag unter Ausweitung des Bezieherkreises. Ab dem Jahr 2000 stehen den Studierenden 200 Mio. öS mehr an Studienförderungsmitteln zur Verfügung, die Stipendien werden durchschnittlich um 5 Prozent erhöht. Es wurde ein Studienabschlußstipendium eingeführt, das zur Förderung der Studienabschlußphase Studenten 15.000,- öS monatlich zuspricht, wenn sie 4 Jahre erwerbstätig waren. Weitere Inhalte sind die Orientierung der Förderung von Behinderten an spezifischen Bedürfnissen und verstärkte Berücksichtigung von Behinderungen bei der Anspruchsdauer, die Verlängerung der Anspruchsdauer wegen Absolvierung des Präsenz- oder Zivildienstes oder die umfassende Förderung von Auslandsstudien im Bereich der postsekundären Ausbildungseinrichtungen.

Das für den Stipendienbezug unschädliche Hinzuverdienen lag bisher bei 3850,- öS pro Monat während des Semesters und 50.000,- öS in den Sommerferien, insgesamt ca. 98.000,- öS. Nun wurde ein Jahrespauschalbetrag in der Höhe von 80.000,- öS festgeschrieben - alles, was darüberhinaus verdient wird, führt zu einer Kürzung (Rückzahlung) des Stipendiums. Die Höchststudienbeihilfe wurde von 88.000,- öS auf 99.960,- öS jährlich angehoben. Jedenfalls soll der Bezieherkreis um rund 10 % erhöht werden. Die Auslandsstipendien wurden nach der neuen Regelung von zwei auf vier Semester ausgedehnt.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Dieter Lukesch,
Roman Kunyik

Fachhochschul-Studiengänge (FHStG)

Durch einen ÖVP-SPÖ-Antrag wurde im April 1998 die Einrichtung eines Fachhochschul-Studienlehrganges zur Höherqualifizierung von HTL-Ingenieuren zur Gleichstellung im Raum der Europäischen Union ermöglicht. Denn bisher war es durch die geltende Gesetzeslage nicht möglich, zielgruppenspezifische Zugangsbeschränkungen für Fachhochschulstudierende vorzusehen.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Dieter Lukesch,
Roman Kunyik

Hochschulen künstlerischer Richtung werden zu Universitäten

Sowohl eine Novellierung des UniStG als auch das neue KUOG (Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten der Künste) führen zur Reform der Hochschulen künstlerischer Richtung. Mit den beiden Gesetzen wurde erreicht:

- Die bisherigen Hochschulen für Kunst werden Kunst- und Musikuniversitäten und damit den wissenschaftlichen Universitäten gleichgestellt.
- Eine effiziente Organisationsstruktur wie auf den Universitäten mit hoher Autonomie und personaler Verantwortung (Autonomie bei Berufungen, Studienplänen, der Qualitätssicherung der österreichischen Lehre).
- Unsere international hoch anerkannte Ausbildung in Instrumental- und Gesangspädagogik wird als eigenständige Studienrichtung weitergeführt, die künstlerische und pädagogische Ausbildung angenähert.
- Die Autonomie der Studienkommissionen wird gestärkt, Studienrichtungen zum Teil zusammengefaßt.
- Per Gesetz wird in Tirol eine Universität der Künste als weiterer Standort vorgesehen, die in 5 Jahren errichtet sein soll.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Dieter Lukesch,
Roman Kunyik

Studentenheimgesetz

Dieses soll unter Beibehaltung möglichst niedriger Heimpreise den höheren Mobilitätsbedürfnissen der Studierenden und der geänderten Nachfrage nach Heimplätzen Rechnung tragen. Neben einer transparenteren Investitionsplanung bei der Förderung von Studentenheimen sind mehr Mitsprache für die Studierendenvertreter und Konsumenten bzw. kundenfreundlichere Bestimmungen bei der Vertragsgestaltung vorgesehen.

Hochschülerschaftsgesetz 1998

Das neue Hochschülerschaftsgesetz verankert verstärkt direktdemokratische Elemente und die Einbindung der Studierenden-

den durch Urabstimmungen und Direktantragsrecht von Studierenden. Darüberhinaus konnte eine stärkere finanzielle und inhaltliche Autonomie für die unteren Ebenen der Selbstverwaltung, damit verbunden eine verbesserte direkte Betreuung der Studierenden erreicht werden.

Weitere Pluspunkte:

- Stärkung der Minderheitenrechte und Aufsichtsrechte der Opposition
- Stabilisierung der ÖH durch Reform der Vorsitzwahl
- Öffnung der ÖH für Studierende aus EWR-Staaten durch passives Wahlrecht
- Stärkere Einbindung der Hauptausschüsse in bundesweite Anliegen durch Vorsitzendenkonferenz als beratendes und koordinierendes Gremium
- Umbenennung des Zentralausschusses in Bundesvertretung und des Hauptausschusses in Universitätsvertretung, womit eine bessere Verständlichkeit für die Studierenden erreicht werden soll
- Größere Effizienz durch Verkleinerung der Universitätsvertretung.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Dieter Lukesch,
Roman Kunyik

Bei der Rufbereitschaft muß grundsätzlich der ärztliche Dienst so eingerichtet sein, daß „ärztliche Hilfe in der Anstalt jederzeit sofort erreichbar“ ist.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Erwin
Rasinger,
Roman Kunyik



Abg. Dr. Erwin Rasinger

Krankenanstalten- Arbeitszeitgesetz

Der Bund einigte sich mit den Ländern im Rahmen des erstmals eingesetzten Konsultationsmechanismus über die Schaffung eines Arbeitszeitgesetzes für die Beschäftigten in den Krankenanstalten, das sicherstellt, daß die Beschäftigten in den Krankenanstalten nicht mehr unzumutbar lange arbeiten müssen und die Krankenanstaltenträger trotzdem die Bestimmungen dieses Gesetzes vollziehen können, ohne in Finanzprobleme zu kommen.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Gottfried Feurstein,
Dr. Harald Wögerbauer

Gesundheit

Spitalsreform

Die Spitalsreform brachte nicht nur eine Regelung der viel diskutierten „Rufbereitschaft“, die besonders für die kleinen Spitäler eine Verbesserung der Versorgungssituation erreicht und für alle anderen de facto den Status quo festgeschrieben hat, sondern im wesentlichen eine Neuordnung der Spitalsfinanzierung auf Basis der langjährigen ÖVP-Forderung nach Einführung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung, kurz LKF genannt.

Weiters wurde ein Gesundheitsplan entwickelt, der aus mehreren Teilplänen (Österreichischer Krankenanstaltenplan (ÖKAP), Großgeräteplan, Spitalsambulanzplan, Niederlassungsplan für Kassenvertragsärzte, einen Pflegebereichsplan und Rehabilitationsplan) besteht. Die neue Abrechnung erfolgt über Landesfonds, die Unfallspitäler der AUVA werden gesondert behandelt.

Das neue Suchtmittelrecht

Durch das neue Suchtmittelrecht wurde eine wesentliche Voraussetzung für eine verbesserte Bekämpfung der Suchtgiftkriminalität - national und international - geschaffen und auch eine internationale Verpflichtung, die durch die Unterzeichnung mehrerer Übereinkommen übernommen wurde, erfüllt. So wichtig Entziehungs- und Substitutionsbehandlungen sind, so soll für Österreich der Weg einer Liberalisierung der Suchtgiftabgabe an Suchtgiftabhängige von vornherein ausgeschlossen werden.

Das neue Suchtmittelgesetz trägt dem in der österreichischen Rechtsordnung verankerten Gedanken „Therapie vor Strafe“ Rechnung, ohne daß die präventive Wirkung des Strafrechts beeinträchtigt wird. Dieser Grundgedanke findet sich insbesondere in zwei strafrechtlichen Bestimmungen, nämlich über die vorläufige Zurücklegung einer Anzeige und über den Aufschub des Strafvollzugs.



Abg. Dr. Günther Leiner

Das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz

Ziel dieses Gesetzes war die Schaffung eines modernen, umfassenden und eigenständigen Gesetzes über Ausbildung und Berufsausübung der Gesundheits- und Krankenpflegeberufe. Es wurden im Bereich der Pflege die Berufsrechte- und -pflichten festgelegt, die Berufsbilder neu formuliert, die Berufsbezeichnungen zum

Teil geändert und die Tätigkeitsbereiche detailliert beschrieben.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Günther Leiner,
Roman Kunyik

Gesundheitsförderungsgesetz

Am 9. September 1997 konnte Vizekanzler Dr. Wolfgang Schüssel im Ministerrat erreichen, daß anlässlich der Verabschiedung des Umsatzsteuergesetzes 1994 100 Mio. öS für Gesundheitsprävention zur Verfügung gestellt werden. Diese 100 Mio. öS kommen aus der Einfuhrumsatzsteuer für Importzigaretten.

Mit dem Gesundheitsförderungsgesetz wurden im Februar 1998 die Ziele und Strategien der Präventionsarbeit im Gesundheitsbereich definiert und zu diesem Zweck dem Fonds Gesundes Österreich diese 100 Mio. öS übertragen. Parallel zu diesem Gesetz wurde auch die Reorganisation des Fonds Gesundes Österreich erreicht.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Erwin Rasinger,
Roman Kunyik

Bundesinstitut für Arzneimittel

Die Bundesanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen, die Bundesstaatliche Anstalt für experimentell-pharmakologische und balneologische Untersuchungen sowie das Bundesstaatliche Serumprüfungsinstitut/Bundesstaatliche Impfstoffgewinnungsanstalt wurden zu einer Bundesdienststelle, dem Bundesinstitut für Arzneimittel, zusammengefaßt.

Gentechnik-Volksbegehren

Der Nationalrat hat zur Vorberatung des Gentechnik-Volksbegehrens einen „Besonderen Ausschuß“ eingesetzt, der unter dem Vorsitz von ÖVP-Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat in siebenmonatigen Verhandlungen unter der Einbindung von über 60 anerkannten Experten aus dem In- und Ausland intensiv beraten und sodann einen selbstständigen Antrag zum Gentechnikgesetz entwickelt hat, der sich sowohl mit der Frage der Freisetzen als auch mit jener der Haftungen auseinandersetzt. Das neue Gentechnikgesetz enthält eine der strengsten Haftungen weltweit, die sicherstellt, daß alle Ansprüche, die aufgrund möglicher Schäden entstehen könnten, und zwar sowohl an Sachen, an der Umwelt und an der Gesundheit, umfassend abgedeckt werden. Gleichzeitig wurde einer Forderung des Gentechnik-Volksbegehrens nach einer umfassenden Parteienstellung Rechnung getragen. Weiters wurden die Strafen für illegale Freisetzen von 50 000 S auf 300 000 S drastisch erhöht.

In den Beratungen hat die ÖVP auch die EU-Biopatentrichtlinie unterstützt, mit der aber nicht „Leben“ patentiert werden kann. Die Richtlinie regelt lediglich die Patentierung von Erfindungen unter Verwendung biotechnologischer Verfahren einschließlich ihrer Ausgangsstoffe (z.B. Gensequenzen) sowie ihrer Endprodukte (z.B. Impfstoffe). Die Richtlinie ist somit ein wichtiges Instrument, um Investitionen in die kostenintensive Erforschung neuer Impfstoffe (z.B. gegen Aids) sicherzustellen. Ohne Patentschutz gibt es keinen Investitionsschutz, ohne Investitionsschutz keine Forschung.

Verhandlungsteam:

Abg. Maria Rauch-Kallat,
Roman Kunyik

Ärztegesetz 1998

Die Schwerpunkte dieses Entwurfes zur Reform des Ärztegesetzes waren drei Kurien für die Ärztekammer, rechtliche Grundlagen für die Berufsausübung von Zahnärzten auf Basis von EU-Vorgaben und ein wirkungsvolleres Vorgehen gegen Gewalt in der Familie durch die Neuregelung der ärztlichen Anzeigepflicht.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Erwin Rasinger

Blutsicherheitsgesetz 1999

Durch das Blutsicherheitsgesetz werden die Anfangsglieder der Transfusionskette einer näheren Regelung zugeführt und das gesamte Blutspendewesen einer umfassenden gesetzlichen Regelung unterzogen.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Günther Leiner,
Roman Kunyik

Dentistengesetz

Aufgrund des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum bzw. des Beitritts Österreichs zur EU ist die Verpflichtung zur Schaffung eines eigenen Berufes des Zahnarztes gegeben, der innerstaatlich durch das neue Ärztegesetz 1998 nachgekommen wurde. Um auch den Dentisten eine Berufsausübung im EWR zu ermöglichen, war eine rechtliche Gleichstellung mit den Zahnärzten erforderlich.

ÖVP sichert Erhalt der ärztlichen Hausapotheken

Ärztliche Hausapotheken, die gerade im ländlichen Raum eine bedeutende Rolle für die medikamentöse Versorgung der Bevölkerung haben und nach dem VfGH-Entscheid über das Apothekengesetz gefährdet waren, können auf ÖVP-Initiative durch eine verfassungskonforme Übergangsbestimmung auch nach Errichtung einer öffentlichen Apotheke im Umkreis von 4 km bis zum 31.5.2008 weiterbestehen, sofern die Hausapotheke vor dem 1. 6. 1998 in Betrieb genommen wurde.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Erwin Rasinger,
Abg. Dr. Günther Leiner,
Roman Kunyik

Frühdefibrillation

Mit einem Initiativantrag auf Drängen der ÖVP wurde Sanitätsgehilfen oder ehrenamtlichen Helfern mit einer gleichwertigen Ausbildung die Berechtigung erteilt, Frühdefibrillation mit halbautomatischem Gerät vorzunehmen, wenn kein Notarzt zur Verfügung steht, sofern diese eine Zusatzausbildung im Umfang von 15 Stunden mit einer jährlichen Rezertifizierung erfolgreich absolviert haben.

Verhandlungsteam:

Abg. Maria Rauch-Kallat,
Abg. Dr. Günther Leiner,
Abg. Dr. Erwin Rasinger,
Roman Kunyik

ÖVP für eine gesündere Umwelt

Nationaler Umweltplan (NUP)

Der Nationale Umweltplan wurde in dreijähriger Arbeit von Experten konzipiert und dem Nationalrat von BM Dr. Bartenstein zur Diskussion und Beschlußfassung vorgelegt. Von der Intention her ist er auf eine langfristige Orientierung abgestellt, um eine umweltgerechte Entwicklung zu ermöglichen und gleichermaßen die langfristige Sicherung der Umwelt- und Lebensqualität zu gewährleisten. Somit bildet der NUP die Grundlage für die strategisch umweltpolitische Gestaltung auf allen relevanten, gesellschaftlichen, politischen wie ökonomischen Ebenen und soll daher nicht nur von allen Gebietskörperschaften angewandt, sondern auch weiterentwickelt und an die jeweiligen ökonomischen und ökologischen Erfordernisse angepaßt werden.

Nationalparks

Im Jahre 1997 konnte mit der Beschlußfassung über die Errichtung des Nationalparks Kalkalpen in wenigen Jahren nach den Nationalparks Neusiedlersee, Hohe Tauern und Donauauen der vierte in Österreich liegende Nationalpark eröffnet werden. Am 26.10.1997 wurde von BM Dr. Bartenstein und LH Dr. Pröll die Vereinbarung über den jüngsten österreichischen Nationalpark, nämlich den Nationalpark Thayatal, unterzeichnet. Die parlamentarische Beschlußfassung über die Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich sowie über die Errichtung einer Nationalparkgesellschaft ist im ersten Quartal 1998 erfolgt. Der Eröffnung dieses fünften Nationalparks steht somit nichts mehr im Wege.

Immissionsschutzgesetz-Luft

In Umsetzung der Luftreinhalterichtlinien der Europäischen Union wurde vom Nationalrat im Mai 1997 das Immissionsschutzgesetz-Luft beschlossen, welches wirkungsbezogene Emissionsgrenzwerte zum Schutz

der Gesundheit des Menschen festlegt. Sollte ein Grenzwert überschritten werden, sieht der Entwurf die Festlegung eines Sanierungsgebietes vor. Ein auf alle Emittenten abgestellter Maßnahmenkatalog soll danach zu einer Verringerung der Umweltbelastung führen.

Verhandlungsteam:

Abg. Karlheinz Kopf,
Mag. Bernhard Peer

Altlastensanierungsgesetz



Abg. Karlheinz Kopf

Durch die Novellierung des Altlastensanierungsgesetzes wurde das ursprüngliche System der Abgabepflicht für Abfallarten auf ein System der Abgabepflicht für Deponietypen umgestellt. Dies entspricht durchaus den unterschiedlichsten Deponieausstattungskriterien und verhindert somit Wettbewerbsverzerrungen und Rechtsunsicherheit, da die Ablagerung von Abfällen auf einen bestimmten Deponietyp nur mehr mit einem einheitlichen Betrag belastet ist. Zusätzlich wurde im Sinne einer ökologischen Optimierung der Beitragssatz für Neuanlagen und für an den Stand der Technik gemäß der Deponieverordnung angepaßten Anlagen geringer ausgestaltet als für Altanlagen, die diesen Kriterien nicht entsprechen. Derartige Anlagen müssen allerdings gemäß der Deponieverordnung ohnedies bis zum Jahr 2004 adaptiert bzw. eingestellt werden.

Verhandlungsteam:

Abg. Karlheinz Kopf,
Mag. Bernhard Peer

Anti-Atom-Programm

Im Juli 1997 hat der Nationalrat in konsequenter Fortführung der österreichischen Anti-Atom-Politik einstimmig eine umfangreiche EntschlieÙung an die Bundesregierung gebilligt, in der diese aufgefordert wird, ihre Bemühungen zur Schaffung eines atomkraftwerkfreien Mitteleuropas - insbesondere auf internationaler Ebene und im Rahmen der Europäischen Union - fortzusetzen.

Diese österreichische Haltung wurde in einer im Herbst 1998 beschlossenen EntschlieÙung neuerlich bekräftigt. Insbesondere werden Aktionen der Bundesregierung zur Verhinderung von grenznahen Kernkraftwerken bzw. -lagern vehement unterstützt.

AWG-Novelle

Mit dieser Novelle zum Abfallwirtschaftsgesetz, die mit den betroffenen Wirtschaftskreisen lange vorbereitet wurde, erfolgt nicht nur eine Anpassung an neue EU-Regelungen, sondern bringt auch zukünftig mehr Rechtssicherheit bei der Frage nach der Abfalleigenschaft bzw. bei der Abgrenzung von Abfällen zu weiterverwendbaren Produkten.

Es wird nunmehr für gefährliche Abfälle im Rahmen eines Verfahrens beim Umweltminister die Möglichkeit geschaffen, die Nichtgefährlichkeit dieses Abfalls nachzuweisen. In derartigen Fällen ist daher mit wesentlichen Erleichterungen für die betroffenen Unternehmen zu rechnen. Die Novelle des AWG bringt weiters einen vereinfachten Vollzug bei gleichzeitiger Sicherstellung des Schutzes öffentlicher Interessen sowie verbesserte Kontrollmöglichkeiten mit sich.

Verhandlungsteam:

Abg. Karlheinz Kopf,
Mag. Bernhard Peer

Umweltkontrollgesetz

Im Rahmen des Ausgliederungsprogramms der Bundesregierung und in Übereinstimmung mit dem Budgetprogramm des Bundes wird das Umweltbundesamt als Umweltschutzfachstelle des Bundes in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung ausgegliedert und ex lege mit bestimmten Umweltschutzaufgaben, insbesondere mit der Durchführung der Umweltkontrolle, für den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie betraut.

Verhandlungsteam:

Abg. Karlheinz Kopf,
Mag. Bernhard Peer

Außen- und Europapolitik

Am 1. Jänner 1995 begann ein neues Kapitel in Österreichs Außenpolitik. Mit der Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat Österreich weitreichende Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft unseres Landes und unseres Kontinents gewonnen.

Die Österreichische Volkspartei unter Alois Mock und Wolfgang Schüssel hat Österreich in die Europäische Union gebracht. So war sich die Volkspartei immer ihrer besonderen Verantwortung bewußt, diese Mitbestimmungsmöglichkeiten in Europa auch im Sinne unseres Landes zu realisieren. Denn diese Mitbestimmungsmöglichkeit war einer der wesentlichen Beweggründe, warum zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher für den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union gestimmt hatten.

Viele die Bürgerinnen und Bürger direkt betreffende Rechtsakte werden von den 15 Partnern der Europäischen Union gemeinsam entschieden. Um die Mitwirkung des Parlaments in der politischen Entscheidungsfindung sicherzustellen, wurde mit dem österreichischen EU-Beitritt auch eine Verfassungsänderung beschlossen, die den Nationalrat und dem Bundesrat weitreichende Mitwirkungsrechte in der österreichischen Europapolitik gewährt. Damit prägt die EU-Politik heute nicht nur den Alltag der Bundesregierung sondern auch die parlamentarische Arbeit. Insbesondere sind der Hauptausschuß des Nationalrates und der Europa-Ausschuß des Bundesrates mit den Agenden der Europäischen Union betraut, doch auch alle anderen Ausschüsse sind direkt oder indirekt von den Entwicklungen im Rahmen der Europäischen Union betroffen.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Michael Spindelegger,
Mag. Alexis Wintoniak

EU-Hauptausschuß

Bei dem im Durchschnitt einmal im Monat stattfindenden Sitzungen des Hauptausschusses zu EU-Agenden wurde naturgemäß ein weiter Themenbereich der Europapolitik behandelt. Insbesondere Vorhaben der Europäischen Union zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, zur

inneren Sicherheit und zur Landwirtschaft standen auf der Tagesordnung dieser Hauptausschußsitzungen. Die Sitzungen dienten in erster Linie der Erörterung der von den Bundesministern dargestellten Regierungspolitik zu den EU-Vorhaben, zu einzelnen Themen wurden von ÖVP und SPÖ und gelegentlich mit Unterstützung der Oppositionsparteien Stellungnahmen verabschiedet. Diese Stellungnahmen betrafen so unterschiedliche Themen wie die Grundrechte und Bürgerrechte in der Europäischen Union, die biotechnologischen Erfindungen, die europäische Verkehrspolitik, die Einführung der 3. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, die Entwicklung von EUROPOL, die Wirtschafts- Beschäftigungspolitik, die gemeinsame Agrarpolitik, Fragen des Tier-schutzes, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, etc.

Dementsprechend beteiligten sich an der Arbeit des Hauptausschusses nicht nur dessen Mitglieder sondern auch die jeweiligen Bereichssprecher der ÖVP.

Die Fraktionsführung der ÖVP im Hauptausschuß hat der II. Präsident des Nationalrates, Dr. Heinrich Neisser, inne, in EU-Angelegenheiten koordiniert die ÖVP-Generalsekretärin Abg. z. NR Maria Rauch-Kallat die ÖVP-Positionen.

Dem Hauptausschuß gehören weiters die Klubobmann-Stellvertreter Dr. Gottfried Feurstein, Georg Schwarzenberger und Ingrid Tichy-Schreder sowie die Abgeordneten Karl Donabauer, Dr. Josef Höchtl, Dipl.-Kfm. DDr. Friedrich König an. Die Abgeordneten wurden von den jeweils zuständigen Klubsekretären in der inhaltlichen Vorbereitung unterstützt, die Koordination der EU-Themen obliegt Mag. Alexis Wintoniak und Mag. Barbara Schmidt, die Gesamtkoordination des Hauptausschusses obliegt dem Klubdirektor Dr. Werner Zögernitz.

Verhandlungsteam:

Univ.-Prof. Dr. Heinrich Neisser,
Abg. Maria Rauch-Kallat,
Abg. Dr. Gottfried Feurstein,
Abg. Georg Schwarzenberger,
Abg. Ingrid Tichy-Schreder;
Mag. Alexis Wintoniak,
Mag. Barbara Schmidt



Präs.d.NR Dr. Heinrich Neisser

Schon bald nach dem Beitritt Österreichs, Schwedens und Finnlands zur Europäischen Union setzte die EU zum nächsten Reformschritt an. Im März 1996 wurde die Regierungskonferenz zur Reform der Europäischen Union eröffnet. Bei der Klausur des ÖVP-Klubs in Telfs im Oktober 1995 wurden die Weichen für ein ÖVP-Grundsatzpapier zu den wesentlichen Themen der Regierungskonferenz gestellt. Unsere Nationalräte, Bundesräte und Europaparlamentarier entwickelten diese Position im ÖVP-Fachausschuß Außenpolitik / Europapolitik und das ÖVP-Positionspapier wurde schließlich vom ÖVP-Bundesparteivorstand am 8. März 1996 - rechtzeitig zu Beginn der Regierungskonferenz - beschlossen. Viele Punkte dieses ÖVP-Positionspapiers wurden dann auch als Regierungsposition verabschiedet und finden sich zum Teil heute im Vertrag von Amsterdam, der am 18. Juni 1997 beim EU-Gipfel beschlossen



Abg. Dr. Michael Spindelegger

und am 2. Oktober 1997 endgültig unterzeichnet wurde. Der Vertrag von Amsterdam stellt eine wesentliche Weiterentwicklung der Union dar und beinhaltet insbesondere neue Regelungen zum Aufbau eines gemeinsamen Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, der Wirtschaftspolitik und Beschäftigung sowie der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Auf massives Betreiben des ÖVP-Klubs wurde dieser Amsterdamer Vertrag dann noch im Juni 1998, also noch vor Übernahme der EU-Präsidentschaft, vom österreichischen Parlament ratifiziert.

Unmittelbar nach Beschlußfassung über den Vertrag von Amsterdam legte die Europäische Kommission im Juli 1997 die „Agenda 2000“ vor. Dieses umfassende Dokument beinhaltet die Vorschläge der Europäischen Kommission, um die Politikbereiche der EU zu reformieren und damit die Union für die bevorstehende Erweiterung fit zu machen. Außerdem wurden mit der „Agenda 2000“ auch die Stellungnahmen der Kommission zu Beitrittsanträgen der mittel- und osteuropäischen Länder vorgelegt. In einer Arbeitsgruppe des ÖVP-Klubs und der ÖVP-Bundespartei wurde ein Positionspapier der

ÖVP zur „Agenda 2000“ und zur Erweiterung der Union erarbeitet, das vom ÖVP-Bundesparteivorstand am 4. Juni 1998 beschlossen wurde. Kernstück dieses Beschlusses ist das eindeutige Bekenntnis der ÖVP zur Erweiterung der Union unter Erfüllung der für die Erweiterung notwendigen Kriterien und er legt die ÖVP-Positionen zur europäischen Landwirtschaftspolitik, zur Regionalpolitik und zur Finanzierung der EU dar.

ÖVP-Sicherheitspolitik

Die Sicherheitspolitik bildete den zweiten wesentlichen außenpolitischen Schwerpunkt für die ÖVP im Parlament. Während die Volkspartei ihre Position mit einem Beschluß des Bundesparteivorstandes vom 14. Juli 1997 für den NATO-Beitritt Österreichs klargestellt hat, blieb die Haltung des Koalitionspartners weiterhin verschwommen.

Dementsprechend konnte auch keine Einigung über den Bericht der Bundesregierung über alle weiterführenden Optionen Österreichs im Bereich der Sicherheitspolitik (Optionenbericht), der nach dem Koalitionsabkommen bis Ende März 1998 zu erstellen gewesen wäre, erzielt werden. Die Verhandlungen war letztendlich an der Weigerung der SPÖ gescheitert, die NATO-Mitgliedschaft in die Zukunftsperspektiven der österreichischen Sicherheitspolitik aufzunehmen. Der ÖVP-Klub hat in der Folge einen Entschließungsantrag zur Sicherheitspolitik und einen Initiativantrag, der auf dem Optionenbericht basiert, eingebracht. Damit wird die weitere sicherheitspolitische Debatte auf der Basis von zwei Anträgen des ÖVP-Parlamentsklubs geführt. In dieser politischen Auseinandersetzung konnte die ÖVP jedenfalls ihre eindeutige Position zur österreichischen Sicherheit darlegen und die Notwendigkeit des Aufbaues einer neuen europäischen Friedensordnung, die vor allem auf den Pfeilern NATO, WEU und Europäische Union basiert, darlegen. Damit hat die sicherheitspolitische Diskussion in Österreich eine neue Dynamik gewonnen und die Aufgeschlossenheit gegenüber einem NATO-Beitritt konnte wesentlich weiterentwickelt werden. Diese sicherheitspolitische Debatte wird weiterhin ein wesentliches Thema für die parlamentarische Arbeit bleiben und der ÖVP-Klub wird auch künftig die Akzente in dieser für Österreichs Zukunft entscheidenden Diskussion setzen.

Verhandlungsteam:

KO Univ.Prof. Dr. Andreas Khol,
Abg. Dr. Michael Spindelegger,
Mag. Alexis Wintoniak

Weitere ÖVP-Schwerpunkte in der Außenpolitik

Wichtige Themen der Außenpolitik waren die Menschenrechte, das Verbot von Antipersonenminen und die Entwicklungspolitik. Anlässlich des 50. Jahres der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (10. Dezember 1948) initiierte die ÖVP einen Entschließungsantrag über die universelle Sicherung und Weiterentwicklung der Menschenrechte, der von allen 5 Parlamentsfraktionen getragen wurde. Besondere Priorität räumte der ÖVP-Parlamentsklub der Ratifikation des Internationalen Übereinkommens über das Verbot von Antipersonenminen und deren Vernichtungen, an dessen Erstellung das österreichische Außenministerium unter Vizekanzler Dr. Wolfgang Schüssel und Staatssekretärin Dr. Benita Ferrero-Waldner maßgeblich mitgewirkt hatte. Der ÖVP-Fraktionsführer und stellvertretende Obmann des Außenpolitischen Ausschusses des Nationalrates ist Abg. Dr. Michael Spindelegger, der zuständige Klubsekretär für Außen- und Europapolitik ist Mag. Alexis Wintoniak.

Zum gesamten Themenbereich Entwicklungspolitik wurde traditionellerweise ein eigener Unterausschuß des Außenpolitischen Ausschusses eingesetzt. Dieser Ausschuß arbeitet eng mit der für Entwicklungspolitik zuständigen ÖVP-Staatssekretärin im Außenministerium Dr. Benita Maria Ferrero-Waldner zusammen und bindet darüber hinaus auch die Vertreter der führenden Entwicklungshilfeorganisationen Österreichs ein. Die ÖVP-Fraktion wurde vom Entwicklungspolitischen Sprecher Abg. z. NR Werner Amon geführt, der auch Obmann-Stellvertreter des Entwicklungspolitischen Unterausschusses ist.

Verhandlungsteam:

Abg. Dr. Michael Spindelegger,
Abg. Werner Amon;
Mag. Alexis Wintoniak

Ausschuß für Petitionen und Bürgerinitiativen

In der XX. GP des Nationalrates konnten im Rahmen der Ausschubarbeit des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen insgesamt 55 Petitionen und 19 Bürgerinitiativen in 9 Sitzungen behandelt werden. Der Ausschuß, welcher im Jahre 1989 mit der Zielsetzung, ein Instrument der Bürgernähe zu institutionalisieren, gegründet wurde, beweist damit seine hohe Akzeptanz und seine intensive Einbindung in die parlamentarische Arbeit.

Teil der Ausschubarbeit war neben der parlamentarischen Beratung auch die Sensibilisierung der Parlamentarier in bestimmten gesellschaftspolitischen Fragen, welche im Rahmen von insgesamt 3 Hearings ange-regt wurde. Themen dieser Hearings waren:

- „Bus und Bahn für alle- eine Resolution für ein Gleichstellungsgesetz“ am 17. 10. 1996,
- „Stopp der Gesetzesflut“ am 04.12.1996 und
- „Österreichische Note - Präzisierung des Rundfunkgesetzes“ am 26.11.1997.

Zur anschaulichen Aufbereitung des Themas wurde im Rahmen der Bürgerinitiative Nr. 8 „Blindenführhund als Hilfsmittel und Diensthund in Österreich“ ein Lokalausweis vor dem Parlamentsgebäude organisiert.

Die Erfolge des Ausschusses waren neben der Aufbereitung für die weitere parlamentarische Behandlung auch die Umsetzung einzelner Themen, wobei die Entschlüsse im Rahmen der Bürgerinitiative Nr. 8 betreffend „Blindenführhund als Hilfsmittel und Diensthund in Österreich“ und die Petition Nr. 23 betreffend die „Anerkennung der Gebärdensprache“ als Eckpunkte zu werten sind.

Der sicherlich größte Erfolg war der Petition Nr. 3 „Bus und Bahn für alle - eine Resolution für ein Gleichstellungsgesetz“ beschieden, auf deren Anstoß hin die Behinderten in der Verfassung verankert werden konnten.



Abg. Edeltraud Gatterer

Verhandlungsteam:

Abg. Edeltraud Gatterer,
DI Mag. Johann Költringer

Immunitätsausschuß



Abg. Mag. Franz Steindl

Der Immunitätsausschuß hat versucht, durch seine Praxisänderung, wegen Privatanklagedelikten auch bei Bejahung eines Zusammenhangs mit der politischen Tätigkeit des Abgeordneten auszuliefern, einer Radikalisierung der Sprache in der politischen Auseinandersetzung zu begegnen. Dies ist, wie die Zahlen der Fälle, mit denen der Immunitätsausschuß befaßt wurde, durchaus gelungen.

Verhandlungsteam:

Abg. Mag. Franz Steindl,
Dr. Helmut Epp

Unvereinbarkeitsausschuß

Abgesehen von der Überprüfung der Unvereinbarkeit von Tätigkeiten mit einem politischen Mandat, bei der der Unvereinbarkeitsausschuß die in den letzten Gesetzgebungsperioden geübte Praxis fortsetzte, wurde die Handhabung der durch das Bezügebegrenzungsgesetz neu geschaffenen Regelungen beraten, um den Aufgaben am Beginn der kommenden Gesetzgebungsperiode gewachsen zu sein.



Abg. Dkfm. Dr. Günter Puttinger

Darüber hinaus wurde auch die Diskussion über eine mögliche Novellierung des Unvereinbarkeitsgesetzes mit dem Ziel begonnen, allenfalls im Rahmen einer Novelle des Unvereinbarkeitsgesetzes offene Rechtsfragen einer eindeutigen Regelung zuzuführen.

Verhandlungsteam:

Abg. Dkfm. Dr. Günter Puttinger,
Dr. Helmut Epp

Geschäftsordnungsausschuß

Die Geschäftsordnung des Nationalrates wurde seit 1995 dreimal novelliert und zwar in Juli 1996, im November 1997 und im Oktober 1998.

Die Novelle vom Juli 1996, die mit 15.9.1996 in Kraft trat, stellt einen Reformschritt größeren Umfanges dar. Sie behandelt schwerpunktmäßig die Themenkreise Verhandlungsoökonomie, EU-Mitwirkungsrechte und Ausschlußöffentlichkeit, ohne die Weiterentwicklung der parlamentarischen Kontroll- und Minderheitsrechte zu vernachlässigen.

Mit der Novelle vom November 1997, die am 1.1.1998 in Kraft trat, wurde eine neue Verfahrensordnung für Untersuchungsausschüsse geschaffen. Diese Verfahrensordnung sieht eine Dreiteilung des Verfahrens in

- Beweisbeschluß und Vorbereitung der Sitzungen,
 - Sitzungen und Beweisaufnahmen sowie
 - Berichterstattung
- vor.

Die Novelle vom Oktober 1998, die mit 23.10.1998 in Kraft trat, ist schließlich der Ausfluß eines sogenannten „Demokratiepaketes“. Sie enthält vor allem Änderungen bei der parlamentarischen Behandlung von Volksbegehren (kürzere Fristen für die Berichterstattung, Öffentlichkeit von Hearings in Ausschüssen sowie Verbesserungen für die Bevollmächtigten und die Bürger) vor.

Verhandlungsteam:

KO Dr. Andreas Khol,
Dr. Werner Zögernitz

Rechnungshofausschuß

Im Rechnungshofausschuß wurden die Tätigkeitsberichte des Rechnungshofes über die Verwaltungsjahre 1994 bis 1997 samt Nachträge behandelt und zur Kenntnis genommen. Weiters beschäftigte sich der Rechnungshofausschuß mit folgenden Sonder- bzw. Wahrnehmungsberichten des Rechnungshofes: über das Beschaffungswesen des Bundesheeres (vier Teilberichte); Wahrnehmungsbericht betreffend Bank für Tirol und Vorarlberg AG, Bank für Kärnten und Steiermark AG, Post- und Telegraphendirektion für Oberösterreich und

Salzburg in Linz, Fernmeldebüro für Oberösterreich und Salzburg in Linz, Museumsquartier-Errichtungs- und BetriebsgesmbH, Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds und Allgemeines Krankenhaus Wien; Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis seiner Erhebungen betreffend die durchschnittlichen Einkommen sowie die zusätzlichen Leistungen für Pensionen bei Unternehmungen und Einrichtungen im Bereich der öffentlichen Wirtschaft des Bundes in den Jahren 1993 und 1994; über die Verbundgesellschaft; über den Österreichischen Rundfunk - ORF; über die Erste Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft; über die Altlastensanierung; über die Bank Austria AG; über die Mautvignette; über Heilmittel und Heilbehelfe; über das Eisenbahnprojekt Semmering-Basistunnel.

Ebenfalls im Rechnungshofausschuß beschlossen wurde ein Vier-Parteien-Antrag, womit der Rechnungshof beauftragt wurde, die Gebarung der im Nationalrat vertretenen parlamentarischen Klubs hinsichtlich der widmungsgemäßen Verwendung der öffentlichen Mittel gemäß dem Klubfinanzierungsgesetz sowie die Gebarung der politischen Parteien hinsichtlich der widmungsgemäßen Verwendung der öffentlichen Mittel gemäß Parteiengesetz zu überprüfen.

Verhandlungsteam:

Abg. Georg Wurmitzer,
Mag. Isolde Thornton

Ständiger Unterausschuß des Rechnungshofausschusses

Der erste Prüfauftrag, mit dem sich der Ständige Unterausschuß des Rechnungshofausschusses auf Verlangen der Opposition zu beschäftigen hatte, umfaßte die Prüfung aller Kompensationsgeschäfte im Zuge von Beschaffungen des Bundesheeres ab dem Zeitpunkt 1. Jänner 1983. Der Unterausschuß kam nach sieben Sitzungen zu dem Ergebnis, daß der Abschluß von Beschaffungsvorgängen unter der Bedingung von Gegengeschäften wichtige wirtschaftliche Auswirkungen hat. Durch die Anbahnung von Geschäftskontakten im Rahmen der Abwicklung von Gegengeschäften, die auch „Türöffner-Funktion“ haben, kommt es oft zum Aufbau konstanter Geschäftsverbindungen mit den entsprechenden Langzeitwirkungen. Im Zuge der Bewertung und

Abwicklung der Gegengeschäfte konnten keine Vorgänge festgestellt werden, durch die die Grundsätze der Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verletzt worden wären.

Im Rahmen eines zweiten Prüfauftrages hatte sich der Ständige Unterausschuß auf Grund eines Verlangens von Abgeordneten der FPÖ und der Grünen mit den „Rechtswidrigen Vorgängen im Zusammenhang mit Genehmigung und teilweisen Bau (Wanne Stainach, Sallaberger Brücke) der Ennsnahen Trasse und daraus resultierenden finanziellen Belastungen des Bundes; aussichtslosen Klagsführungen des Bundes gegen Bürger/innen, die gegen diese Vorgänge Widerstand geleistet haben“, zu befassen. Die von der Opposition erhobenen pauschalen Vorwürfe der Rechtswidrigkeit konnten nicht bestätigt werden, auch sind dem Bund keine finanziellen Belastungen erwachsen. Der Ständige Unterausschuß unterstützte das Vorhaben der Steiermärkischen Landesregierung, die Landesstraßenumfahrung Stainach zu realisieren und begrüßte weiters das Festhalten am Neubau der verordneten Trasse der B 146 im Abschnitt Stainach - Liezen.

Das dritte von den Oppositionsparteien gestellte Prüfverlangen seit Konstituierung dieses Ständigen Unterausschusses zielt auf die Prüfung der „Förderungen der Organisation „World Vision“ durch den Bund; insbesondere Klärung der Frage, wie es zu diesen Förderungen gekommen ist (Interventionen, persönliche Verflechtungen, Parteien- bzw. Wahlkampffinanzierung), wie die Förderungen abgewickelt, evaluiert und abgerechnet wurden“ ab.



Abg. Georg Wurmitzer

Verhandlungsteam:

Abg. Georg Wurmitzer,
Mag. Isolde Thornton

Die Nationalratsabgeordneten der ÖVP in der XX. GP

(1996 - 1999)

Name	Geb.	Beruf	Wahlkreis	Abgeordneter
Werner Amon	1969	Kommunikationstrainer	Bundeswahlvorschlag	seit 1994
Jakob Auer	1948	Landwirt	4 C-Hausruckviertel	seit 1983
Rosemarie Bauer	1944	Fachschuldirektorin	3 A-Weinviertel	seit 1985
Dr. Alfred Brader	1956	Lehrer	Bundeswahlvorschlag	1994-1996
Dr. Gertrude Brinek	1952	Universitätsassistentin	Bundeswahlvorschlag	88-90, seit 1994
Karl Donabauer	1945	Landwirt	3 C-Mostviertel	seit 1994
Matthias Elmmauer	1946	Bankdirektor	4-Oberösterreich	seit 1995
Dr. Maria Fekter	1956	Unternehmerin	4-Oberösterreich	seit 1994
Dr. Gottfried Feuerstein	1939	Landesbeamter	8 A-Vorarlberg Nord	seit 1975
Ernst Fink	1942	Bundesbeamter	6 D-Steiermark Süd-Ost	seit 1986
Karl Freund	1947	Landwirt	4 B-Innviertel	seit 1988
Mag. Cordula Frieser	1950	Wirtschaftstreuhänderin	6-Steiermark	86-94, seit 1995
Edeltraud Gatterer	1954	Hausfrau	2-Kärnten	seit 1990
Wolfgang Grossruck	1947	Versicherungsangestellter	4 C-Hausruckviertel	seit 1995
Dr. Josef Höchtl	1947	Sozial/Wirtschaftswissen.	3 F-Wien Umgebung	seit 1975
Katharina Horngacher	1941	Bäuerin	7 C-Unterland	seit 1996
Ing. Richard Kaiser	1935	Landwirt	3-Niederösterreich	86-94, 1995-1996
Franz Kampichler	1947	Kfm.Angestellter	3 E-Niederösterreich Süd	seit 1993
Dr.Andreas Khol	1941	Klubobmann	7-Tirol	seit 1983
Paul Kiss	1947	Hauptschullehrer	1 B-Burgenland Süd	seit 1989
DDr. Fritz König	1933	Wirtschaftsjurist	9-Wien	seit 1970
Karlheinz Kopf	1957	Unternehmer	8 B-Vorarlberg Süd	seit 1994
Hermann Kröll	1939	Versicherungsangestellter	6-Steiermark	seit 1996
Mag. Helmut Kukacka	1946	Verlagsleiter	4 A-Linz und Umgebung	seit 1990
Johann Kurzbauer	1943	Geschäftsleiter	3 D-Niederösterreich Mitte	seit 1994
Dr. Günther Leiner	1939	Primararzt	5-Salzburg	seit 1990
Peter Leitner	1944	Landwirt	6-Steiermark	1994-1996
(gestorben 7. Februar 1996)				
Dr. Dieter Lukesch	1943	ao.Universitätsprofessor	7 B-Innsbruck-Land	seit 1990
Ing. Leopold Maderthaner	1935	Lichtreklameerzeuger	3-Niederösterreich	89-95, seit 1996
Dr. Karl Maitz	1939	Privatangestellter	6 A-Graz	seit 1994
Dr. Alois Mock	1934	Bundesbeamter	3-Niederösterreich	70-87, seit 1995
Franz Morak	1946	Künstler	Bundeswahlvorschlag	seit 1994
Dr. Sonja Moser-Starrach	1946	Lehrerin	Bundeswahlvorschlag	seit 1996
Mag. Josef Mühlbachler	1945	Lehrer	4 E-Mühlviertel	85-86, seit 1987
Walter Murauer	1948	Versicherungsangestellter	4 D-Traunviertel	seit 1991
Dr. Heinrich Neisser	1936	Zweiter Präsident des NR	9 F-Wien Nord-West	75-87, seit 1989
Fritz Neugebauer	1944	Hauptschullehrer	9-Wien	1996-
Günther Platter	1954	Gendarmeriebeamter	7 D-Oberland	seit 1994
Dkfm.Dr.Günther Puttinger	1942	Gastwirt	5 B-Flachgau/Tennengau	seit 1993

Dr. Erwin Rasinger	1952	Prakt.Arzt	9-Wien	seit 1994
Maria Rauch-Kallat	1949	Generalsekretärin d. ÖVP	9-Wien	seit 1995
Willi Sauer	1938	Bauer	3 B-Waldviertel	seit 1994
Josef Schrefel	1945	Landwirt	3 C-Mostviertel	seit 1994
Johann Schuster	1942	Bauer	4 E-Mühlviertel	seit 1983
Rudolf Schwarzböck	1947	Landwirt	3 A-Weinviertel	seit 1986
Georg Schwarzenberger	1942	Landwirt	5 C-Lungau/Pinzgau/Pongau	seit 1982
Dr. Walter Schwimmer	1942	Sozialversicherungsang.	9-Wien	seit 1971
Dr. Michael Spindelegger	1959	Landesbeamter	3-Niederösterreich	93-95, seit 1996
Franz Stampfer	1953	Volksschuldirektor	6 B-Steiermark Mitte	seit 1996
Ridi Steibl	1951	Referatsleiterin LR Stmk.	6-Steiermark	seit 1994
Mag. Franz Steindl	1960	Bürgermeister	1 A-Burgenland Nord	seit 1994
Dkfm.Dr.Günter Stummvoll	1943	Generalsekretär	3 B-Waldviertel	83-90, seit 1991
Ingrid Tichy-Schreder	1941	Kauffrau	9 E-Wien Süd-West	seit 1979
Dr. Josef Trinkl	1951	Angestellter	6 E-Steiermark Ost	seit 1996
Georg Wurmitzer	1943	Hauptschullehrer	2-Kärnten	seit 1994
Johannes Zweytick	1961	Weinbauer	6 C-Steiermark Süd	seit 1994

Das Team im Parlamentsklub der ÖVP



Die ÖVP im Bundesrat

Landtagswahlen seit 1995 Mandatsveränderungen im Bundesrat

	V	S	F
1995 - 12.1.1996:	27	25	12
12.1.1996 - 29.11.1996:	26	25	13
29.11.1996 - 31.10.1997:	26	24	14
31.10.1997 - 16.4.1998:	27	23	14
16.4.1998 -	27	22	15
12. 1.1996:			
Konstituierung Stmk. Landtag			
29.11.1996:			
Konstituierung Wiener Landtag			
31.10.1997:			
Konstituierung OÖ Landtag			
16. 4.1998:			
Konstituierung NÖ Landtag			

Mandatsverteilung (Stand per April 1998)

	Anzahl	ÖVP	SPÖ	FPÖ
Burgenland	3 hievon	1	2	-
Kärnten	5 "	1	2	2
Niederöster.	12 "	6	4	2
Oberöster.	11 "	6	3	2
Salzburg	4 "	2	1	1
Steiermark	10 "	4	4	2
Tirol	5 "	3	1	1
Vorarlberg	3 "	2	-	1
Wien	11 "	2	5	4
Zusammen:	64 "	27	22	15

Die ÖVP stellte 1995, 1997, 1998, 1999 folgende Präsidenten des Bundesrates:

Weiss Jürgen	Vbg.	1. Halbjahr 1995
Schambeck Dr. Herbert	NÖ	1. HJ 1997
Hummer Dr. Günther	OÖ	2. HJ 1997
Bieringer Ludwig	Sbg.	1. HJ 1998
Gerstl Alfred	Stmk.	2. HJ 1998
Jaud Gottfried	Tir.	1. HJ 1999

Mitwirkung des Bundesrats bei der EU-Willensbildung

Gemäß Artikel 24 des B-VG 1920 in der Fassung von 1929 üben der Nationalrat und der Bundesrat die Gesetzgebung des Bundes gemeinsam aus. Neben dieser Gesetzgebungsfunktion haben sowohl Na-

tionalrat als auch Bundesrat zwei weitere Hauptaufgaben, nämlich die der parlamentarischen Kontrolle der Bundesregierung (Verwaltung) und die der Mitwirkung an der Vollziehung des Bundes.

Zu diesen drei klassischen Aufgaben des Parlaments ist seit dem Beitritt Österreichs zur EU die Mitwirkung beider Kammern an der EU-Rechtsetzung bzw. EU-Willensbildung dazugekommen, womit der Parlamentarismus eine neue zusätzliche Dimension erhalten hat. Dem Bundesrat sind neben verschiedenen Informationsrechten eine Reihe von Möglichkeiten bei der EU-Willensbildung eingeräumt. Mit der GO-Novelle vom 17. Juli 1997 wurde die Geschäftsordnung des Bundesrates an die Verfassungsbestimmungen insbesondere im Zusammenhang mit der Mitwirkung des Bundesrates bei der EU-Willensbildung angepaßt.

Zur Beratung von Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union gemäß Artikel 23 e und 23 f B-VG wurde im Bundesrat ein Ausschuß für Angelegenheiten der Europäischen Union (EU-Ausschuß) gewählt. Dieser EU-Ausschuß kann zu den Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union Stellungnahmen abgeben oder dem Bundesrat die Abgabe einer bestimmten Stellungnahme empfehlen.

Damit wurde die durch die Bundesverfassung geschaffene Mitwirkungskompetenz des Bundesrates in EU-Angelegenheiten weitgehend einem Ausschuß übertragen, der anstelle des BR-Plenums tätig wird. Die Mitwirkung an der EU-Willensbildung ist somit zunehmend Aufgabe dieses EU-Ausschusses geworden und bleibt nicht mehr dem Bundesrat als Ganzes vorbehalten.

Die Konstituierung des EU-Ausschusses erfolgte am 8. Februar 1995. Die Vorsitzenden wurden mit Ing. Johann Penz, Dr. Kurt Kaufmann und Dr. Milan Linzer von der ÖVP gestellt.

In bisher 13 Ausschußsitzungen ließen sich die Bundesräte von Mitgliedern der Bundesregierung informieren über Themen wie die Agenda 2000, die Ergebnisse des EU-

Gipfels in Pörschach, über die Beschäftigungspolitik der EU und diskutierten die EU-Politik Österreichs.

Verhandlungsteam:

Univ.-Prof. Dr. Herbert Schambeck,
BR Jürgen Weiss,
Dr. Werner Zögernitz

Stärkung der Mitwirkungsrechte des Bundesrates bei der innerstaatlichen Gesetzgebung

Nach Art. 41 Abs. 1 B-VG gelangen Gesetzesvorschläge an den Nationalrat auch als Anträge des Bundesrates. Demgemäß wurde von den Spitzenrepräsentanten der ÖVP-Fraktion Dr. Hummer Jürgen Weiss und Ludwig Bieringer gemeinsam mit der SPÖ am 18. November 1997 ein Antrag eingebracht, der eine Novelle zum Bundes-Verfassungsgesetz zum Inhalt hatte. Mit dieser Novellierung des B-VG soll durch die Einfügung eines neuen Art. 41a eine verfassungsrechtliche Grundlage für das Stimmverfahren des Bundesrates zu Gesetzesvorschlägen und Volksbegehren geschaffen werden. Die detaillierte Ausformulierung hat dann durch einen neuen § 23a in der Geschäftsordnung des Bundesrates zu erfolgen. Den Mitgliedern des Bundesrates wurde dadurch das Recht eingeräumt, Stellungnahmen zu Gesetzesvorschlägen während der Dauer der Beratungen in den jeweiligen Nationalratsausschüssen abzugeben. Auf diese Weise könnte sich der Bundesrat schon viel früher und zwar in gestaltender Form in den Gesetzgebungsprozeß einschalten und als Vertreter der Länderinteressen auf die inhaltliche Gestaltung von Bundesgesetzen Einfluß nehmen. Dieser Antrag wurde am 18. November 1997 im Ausschuß für Verfassung und Föderalismus mit den Stimmen aller drei im Bundesrat vertretenen Fraktionen beschlossen. Im Bundesratsplenum am 20. November 1997 kam man ebenfalls mit Stimmeneinhelligkeit zu dem Ergebnis, daß der Bundesrat gemäß Art. 41 Abs. 1 B-VG dem Nationalrat diesen Gesetzesvorschlag zur geschäftsmäßigen Behandlung unterbreiten möge. Dieser Gesetzesantrag des Bundesrates wurde dem Verfassungsausschuß des Nationalrates bereits zugewiesen, der zur Behandlung einen Unterausschuß eingerichtet hat. Nun liegt es am Nationalrat, diese Initiative des Bundesrates aufzugreifen und so rasch wie möglich umzusetzen, um dem

Bundesrat die Möglichkeit einzuräumen, als Länderkammer einen konstruktiven Beitrag zur Bundesgesetzgebung zu leisten.

Verhandlungsteam:

BR Dr. Günther Hummer,
BR Jürgen Weiss,
BR Ludwig Bieringer

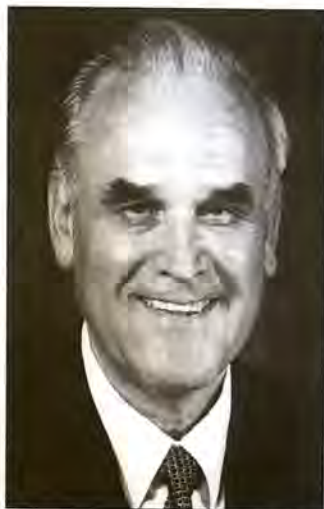
Dem engagierten Einsatz einiger ÖVP-Bundesräte ist es zu verdanken, daß Mängel und Fehler, die beim Führerscheingesetz vorhanden waren bzw. sind, aufgezeigt und teilweise ausgebessert wurden. Ein Gesetzesantrag (Antrag eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates gemäß Art. 41 Abs. 1 B-VG) der Bundesräte Peter Rieser und Kollegen vom 3. Juli 1998 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Führerscheingesetz geändert wird, wurde bereits dem Verkehrsausschuß des Nationalrates zugewiesen.

Verhandlungsteam:

BR Peter Rieser,
BR Engelbert Schaufler,
BR Franz Richau,
Mag. Barbara Schmidt

Präsident Univ. Prof. Dr. Herbert Schambeck nimmt Abschied vom Bundesrat

Ein großer Wissenschaftler, profilierter Politiker und anerkannter Europäer hat im Juni 1997 unter zahlreichen Würdigungen Abschied vom Bundesrat genommen: Univ. Prof. Dr. Herbert Schambeck war 28 Jahre lang Mitglied des Bundesrates, 22 Jahre davon im Präsidium der Länderkammer tätig. In seiner Abschiedsrede vor dem Bundesrat erinnerte Präsident Dr. Schambeck daran, daß er seit 1969 sechs Mal vom Niederösterreichischen Landtag in die Länderkammer entsandt worden sei. Als langjähriger Vizepräsident und dreimaliger Präsident des Bundesrates habe er versucht, einerseits für alle Mitglieder des Bundesrates da zu sein und andererseits als Fraktionsobmann seiner politischen Gesinnungsgemeinschaft, der ÖVP, zur Verfügung zu stehen. Als seine Wünsche



Präs. Univ. Prof. Herbert Schambeck

für die Zukunft des Bundesrates nannte Schambeck vor allem die Erweiterung des Zustimmungsrechts auf alle Gesetze, die mit finanziellen Belastungen für die Länder verbunden sind, sowie auf den Finanzausgleich. Außerdem sprach er sich für ein Stellungnahmerecht der Länderkammer zu allen Gesetzesentwürfen, die dem Nationalrat vorliegen, und für die Einsetzung eines Vermittlungsausschusses von Nationalrat und Bundesrat im Falle eines Beharrungsbeschlusses aus.

Der scheidende Bundesratspräsident verwies aber auch auf Erreichtes. Besonders positiv wertete er die Einführung der neuen Geschäftsordnung des Bundesrates



Präs. BM a.D. Jürgen Weiss

1984 und die begleitende Verfassungsnovelle, die dem Bundesrat das absolute Vetorecht bei Gesetzen, die zu Lasten der Kompetenz der Länder gehen, gebracht haben. Erst dadurch hätten die Länder eine starke Stellung anlässlich der Verhandlungen mit dem Bund über die Teilnahme Österreichs an der europäischen Integration erreicht. Als weitere Errungenschaften führte er den Ausbau der Fragestunde,

das Recht, Enqueten abzuhalten, das Rederecht der Landeshauptleute vor dem Bundesrat und die Verankerung des Gesetzesanfechtungsrechtes beim Verfassungsgerichtshof durch ein Drittel der Bundesräte an. Als erfreulich qualifizierte Schambeck weiters die Mitwirkung des Bundesrates in EU-Angelegenheiten.

Im Anschluß an die Abschiedsrede von Univ. Prof. Dr. Herbert Schambeck sprach der niederösterreichische Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll seinen Dank an ihn aus - an einen großen Wissenschaftler, profilierten Politiker, anerkannten Europäer und einen ganz großen Niederösterreicher, der sein Leben in den Dienst der Republik, in den Dienst der Bundesländer und des Landes Niederösterreich gestellt habe.

LH Dr. Pröll bezeichnete den scheidenden Bundesratspräsidenten als einen " ganz, ganz großen Föderalisten der Zweiten Republik in unserer Heimat", der seine zahlreichen Erfahrungen stets weitergegeben

habe. Schambeck sei sowohl ein international anerkannter Wissenschaftler als auch ein Mann der Praxis, offenherzig, bürgerlich und äußerst fleißig. Gerade in einer Zeit, da der Politik Distanz zum Bürger vorgeworfen werde, müsse dies in den Vordergrund gestellt werden.

Der niederösterreichische LH dankte Schambeck aber vor allem auch für seinen Einsatz für mehr Föderalismus und die Aufwertung der Bundesländer. Er habe den Ländern in seiner jahrzehntelangen Tätigkeit jenes Selbstbewußtsein mitgegeben, das notwendig sei, damit diese auch in das nächste Jahrtausend hinein feste, tragende Säulen der Republik bleiben könnten.

Nach dem Ausscheiden des langjährigen Fraktionsobmannes Dr. Herbert Schambeck führt nunmehr seit Sommer 1997 der Salzburger, Bürgermeister der Gemeinde Wals-Siezenheim, Ludwig Bieringer die Fraktion der ÖVP-Bundesräte an. Mitglied des Bundesrates ist Bieringer seit Mai 1984. Diese Funktionsperiode wurde in den Jahren 1989 bis 1991 unterbrochen: in dieser Zeit war der ÖVP-Politiker Abgeordneter zum Salzburger Landtag. Am 20.3.1991 wurde er neuerlich als Mitglied des Bundesrates angelobt.

Langjähriger Vizepräsident des Bundesrates ist der ehemalige Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform Jürgen Weiss, der von Mai 1983 bis Oktober 1991 auch stellvertretender Vorsitzender der ÖVP-Fraktion war.

Landeshauptleute im Bundesrat

Mehrere ÖVP-Landeshauptleute gaben sich im Bundesrat ein Stelldichein. So bekannte sich der neu gewählte Salzburger Landeshauptmann Dr. Franz Schausberger in seiner Rede vor dem Bundesrat am 25.4.1996 zur Kooperation der Länder untereinander und zur Zusammenarbeit mit dem Bund im Geiste einer gesamtösterreichischen und gesamteuropäischen Partnerschaft.

Auch der im zweiten Halbjahr 1997 amtierende Vorsitzende der Landeshauptleutekonferenz Dr. Josef Pühringer gab im Zuge des Wechsels der Bundesratspräsidentschaft von Niederösterreich auf Oberösterreich am 24.7.1997 eine Erklärung vor dem Bundesrat ab.

Entschließungsanträge des Bundesrates

Antrag E-144, 20. Oktober 1995

der Bundesräte Penz, Pramendorfer und Kollegen

angenommen anlässlich der Beratungen über den Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1994

Der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, den noch nicht verlaublichen Fördersektorenrichtlinien des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft in der jeweils von der EU-Kommission genehmigten Fassung ehestmöglichst zuzustimmen, wobei alle im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten vorgesehenen Mittel einschließlich der im Bundesfinanzgesetz vorgesehenen Ermächtigungen zur Finanzierung im Bereich des ÖPUL-Umweltprogramms auszuschöpfen sind, sodaß die geplanten Auszahlungstermine eingehalten werden können und eine ordnungsgemäße Förderungsabwicklung im beantragten Ausmaß für die umfassende Leistungsabgeltung für unsere Bauern erfolgt.

Antrag E-149, 19. Dezember 1996

der Bundesräte Dr.h.c.Mautner Markhof und Kollegen

angenommen anlässlich der Beratungen über den Beschluß des Nationalrates vom 13.12.1996 betreffend vollständige Privatisierung aller im öffentlichen Eigentum stehenden österreichischen Banken zur Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit in Europa

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in Verfolgung der Zielsetzungen des CA-Privatisierungsgesetzes aus dem Jahre 1991 sowie der Koalitionsübereinkommen zwischen ÖVP und SPÖ umgehend Maßnahmen zu setzen, um eine rasche und vollständige Privatisierung der Creditanstalt und der Bank Austria umzusetzen.

In diesem Zusammenhang wird die Bundesregierung des weiteren ersucht, bei all diesen Privatisierungsschritten auf die Wahrung österreichischer Interessen Bedacht zu nehmen und damit Verbesserungen der Struktur des österreichischen Bankenwesens zu bewirken.

Sinnvolle Privatisierung kann in diesem Zusammenhang nur bedeuten, die Bundesanteile an CA und Bank Austria echt (vollständig) zu privatisieren und nicht diese Anteile bloß an unmittelbar oder mittelbar im Einflußbereich von Gebietskörperschaften be-

findlichen Unternehmungen abzugeben. Ebenso ist darauf zu achten, daß im Zusammenhang mit der Abgabe von im Bundesbesitz befindlichen Anteilen es nicht zur Vernichtung von tausenden -erste Schätzungen sprechen von 4000 bis 5000- Arbeitsplätzen kommt. Darüber hinaus wird die Bundesregierung ersucht, raschest mit der Gemeinde Wien in Verhandlungen zu treten, die sicherstellen, daß die Anteilsverwaltung-Zentralsparkasse ihre Anteile an der Bank Austria gleichfalls an private Interessenten veräußert.

Antrag E-150, 17. Dezember 1997

der Bundesräte Rieser, J.Schicker und Kollegen

angenommen anlässlich der Beratungen über den Beschluß des Nationalrates vom 12. 12. 1997 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den Führerschein (Führerscheingesetz-FSG) geändert wird
Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht,

1. dafür zu sorgen, daß alle geeigneten Schritte gesetzt werden, daß die Änderung des Wiener Übereinkommens, wonach auch die EU-Führerscheine in den Staaten des Wiener Übereinkommens anerkannt werden, umgesetzt wird;
2. die nötigen Maßnahmen zu veranlassen, daß bis zur Umsetzung der Änderung des Wiener Übereinkommens keine nachteiligen Folgen für die Besitzer neuer EU-Führerscheine aufgrund der Bestimmungen des Wiener Übereinkommens eintreten.

Antrag E-152, 18. Dezember 1997

der Bundesräte Bieringer, Konecny, S. Riess-Passer und Kollegen

angenommen anlässlich der Beratungen über den Beschluß des Nationalrates vom 11. 12. 1997 betreffend ein Bundesgesetz über das Verbot von blindmachenden Laserwaffen

Die Bundesregierung wird ersucht,

1. mit den anderen Staaten der Kerngruppe eng zusammenzuarbeiten, um gemeinsam eine effiziente Strategie zur weltweiten Minenräumung und zur Milderung des durch APM hervorgerufenen Leidens zu entwickeln und umzusetzen;



Präs. Ludwig Bieringer

2. hiebei sich für eine Koordinierung der Geberaktivitäten, unter Berücksichtigung der Möglichkeiten im System der Vereinten Nationen, und die Ausrichtung auf Hilfe zur Selbsthilfe einzusetzen;
3. nach der erfolgreichen führenden Rolle Österreichs beim Zustandekommen der APM-Verbotskonvention sich nun auch bei deren Implementierung beispielhaft zu engagieren;
4. die von der Bundesregierung erbrachte Hilfe zur Minenräumung sowie an die Minenopfer wesentlich zu steigern;
5. ehe baldigst einen Betrag von jeweils bis zu öS 25 Millionen in den kommenden Jahren für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen;
6. durch einen Appell an die Öffentlichkeit auch die österreichische Bevölkerung zu finanziellen Beiträgen für diese Zielsetzung zu gewinnen suchen.

Antrag E-155, 12. März 1998

angenommen anlässlich der Beratungen über den Entschließungsantrag der Bundesräte Leopold Steinbichler, Hedda Kainz und Kollegen betreffend Fortführung der österreichischen Atomenergiepolitik

1. Zur Reduktion bestehender und Vermeidung zusätzlicher grenz-naher kern-technischer Anlagen wird die Bundesregierung ersucht, im Rahmen der bevorstehenden EU-Beitrittsverhandlungen mit Mittel- und Osteuropastaaten verbindlich für die Erstellung von Atomausstiegskonzepten einzutreten. Zur Unterstützung dieses Konzeptes soll eine gemeinsame Position aller kernenergiefreien oder zum schrittweisen Ausstieg bereiten Länder in der EU angestrebt werden.
2. Obwohl im Prinzip dem Ansatz der Europäischen Kommission beige pflichtet werden kann, die einzelnen Kernkraftwerke differenziert nach ihrem Konstruktionsprinzip, dem gegenwärtigen Sicherheitsstandard und ihrer Nachrüstbarkeit zu beurteilen, sollte für Kernkraftwerke sowjetischer Bauart, auch wenn sie als nachrüst-bar eingestuft werden, grundsätzlich die Stilllegungsoption verfolgt werden. Dies betrifft insbesondere die AKW Dukovany, Temelin, Paks, Bohunice, Mochovce und Kozloduy. Beim AKW Krsko sollte ebenfalls langfristig die Stilllegungsoption verfolgt werden.
3. Zusätzlich soll in den zuständigen EU-Organen die Schaffung von Finanzierungsinstrumenten zur Umsetzung dieser

- Konzepte angestrebt werden. Die Bundesregierung wird weiters ersucht, nach Möglichkeit auf die Finanzierungsinstitutionen der EU einzuwirken, damit sie nach dem Vorbild und entsprechend den Analysen der Weltbank aus prinzipiellen Erwägungen in Zukunft keine Kredite für den Ausbau der Kernenergie in Mittel- und Osteuropa gewähren möge.
4. Die Bundesregierung wird ersucht, sich für die Schaffung einer globalen Organisation für erneuerbare Energieträger im Rahmen der Vereinten Nationen einzusetzen und die Schaffung europäischer Organisationsstrukturen zur Förderung erneuerbarer und nachhaltiger Energieträger anzustreben.
5. Die Bundesregierung wird schließlich ersucht, unabhängig von den Beitrittsverhandlungen der EU mit den Mittel- und Osteuropastaaten in Fortführung ihrer bisherigen Anti-Atompolitik alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Realisierung aller ausländischen Projekte zur Errichtung neuer Atomkraftwerke in grenznahen Bereichen zu verhindern, und sich weiterhin für eine europäische Koalition atomfreier Staaten und Regionen einzusetzen.
6. Weiters wird die Bundesregierung ersucht, dem Bundesrat im zweiten Halbjahr 1999 über den Stand der Umsetzung bzw. die Fortschritte, die in der österreichischen Atomenergiepolitik erzielt werden konnten, zu berichten.

Antrag E-156, 12. März 1998

angenommen anlässlich der Beratungen über den Entschließungsantrag der Bundesräte Ing. Penz, Platzer und Kollegen betreffend Sicherung der Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehren

Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht,

1. die angekündigten Lösungsansätze im Interesse der Freiwilligen Feuerwehren und somit im Interesse der Allgemeinheit sobald wie möglich umzusetzen;
2. alle nötigen Maßnahmen zu veranlassen, damit der Brand- und Katastrophenschutz in Österreich nicht gefährdet und die verdienstvolle Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren nicht behindert werden.

Antrag E-158, 4. Juni 1998

der Bundesräte I. Giesinger, Konecny, S. Riess-Passer, Ing. Grasberger, Farthofer und Kollegen

angenommen anlässlich der Beratungen über den Beschluß des Nationalrates vom 13. 5. 1998 betreffend ein Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Ukraine über Informationsaustausch und Zusammenarbeit auf dem Gebiete der nuklearen Sicherheit und des Strahlenschutzes samt Anlagen.

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundeskanzler werden ersucht, sich für eine rasche Aufnahme der Expertengespräche unter Mitwirkung der IAEO einzusetzen und der slowakischen Regierung folgende EntschlieÙung des österreichischen Bundesrates zu überbringen:

Der Bundesrat als Vertreter der Länder in der Bundesgesetzgebung richtet in der Angelegenheit des Atomkraftwerks Mochovce und im Hinblick auf die von namhaften Experten dargestellte Gefahr gesundheitlicher, ökologischer und ökonomischer Folgen des Betriebs und potentieller Schadensfälle die dringende Bitte an die slowakische Regierung und die gewählten VertreterInnen des slowakischen Volkes, weder durch die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Mochovce noch durch die diese Inbetriebnahme vorbereitenden Maßnahmen vollendete Tatsachen zu schaffen, eine offene und prompte Informationspolitik zu gewährleisten und alle schriftlichen Unterlagen zur Klärung der noch

bestehenden und zwischenzeitlich neu aufgetretenen Mängel im Rahmen einer aus slowakischen und internationalen ExpertInnen bestehenden Kommission prüfen und in der Folge beheben zu lassen.

Antrag E-16o, 23. Juli 1998

der Bundesräte Konecny, I.Giesinger und Kollegen

angenommen anlässlich der Beratungen über den Beschluß des Nationalrates vom 17. 7. 1998 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch, die Strafprozeßordnung, das Bankwesengesetz und das Versicherungsaufsichtsgesetz geändert werden.

- Die Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht, ihre Bemühungen im Kampf gegen Kinderpornographie im Internet mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln fortzusetzen.
- Die Bundesregierung wird ersucht, die dafür notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen zu schaffen.
- Die Bundesregierung wird ersucht, da nur auf europa- und weltweiter Ebene solche Initiativen erfolgreich sein können, sowohl auf der Ebene der Europäischen Union wie auch in anderen internationalen Organisationen, dieses Thema zu forcieren, damit ein akkordiertes Vorgehen gegen diese Gewaltverbrecher möglich wird.

Bundesräte der ÖVP 1995-1999

Name	Beruf	Bundesland	
Ing. August Eberhard	Fachschullehrer	Kärnten	4/89-11/95
Matthias Ellamuer	Bankgeschäftsleiter	Oberösterreich	seit 1/87
Aloisia Fischer	Bäuerin	Salzburg	seit 4/96
Alfred Gerstl	Trafikant	Steiermark	seit 11/87
Ilse Giesinger	Gf.Gesellschafterin	Vorarlberg	seit 1o/89
Ing. Walter Grasberger	Bez.Bauernkammersekr.	Niederösterreich	seit 12/93
Friedrich Hensler	Landwirt	Niederösterreich	seit 4/98
Mag.Harald Himmer	Angestellter	Wien	seit 7/95
Dr. Günther Hummer	Landesbeamter	Oberösterreich	seit 1o/89
Anton Hüttmayr	Kaufmann	Oberösterreich	7/93-11/97
Gottfried Jaud	Tischlermeister	Tirol	seit 4/89
Dipl. Ing. Richard Kaiser	Landwirtschaftskammer	Niederösterreich	1/96-3/96
Dr. Kurt Kaufmann	Dir. NÖ Wirtschaftsbund	Niederösterreich	11/88-12/98
Dr. Ernst Reinhold Lasnik	Historiker u.Volkskundler	Steiermark	1o/91-2/96
Ing. Georg Leberbauer	Landesbeamter i.R.	Salzburg	5/94-4/96
Johann Ledolter	Hotelier	Niederösterreich	seit 1/99
Dr. Vincenz Liechtenstein	Geschäftsführer	Steiermark	seit 6/88

Dr. Milan Linzer	Notar	Burgenland	seit 3/87
Therese Lukasser	Hauptschullehrerin	Tirol	seit 4/89
Dr.h.c.Manfred Mautner-Markhof	Industrieller	Wien	seit 5/83
Dipl.Ing. Hannes Missethon	Unternehmensberater	Steiermark	seit 10/98
Ing. Johann Penz	Dir. NÖ Bauernbund	Niederösterreich	12/87-4/98
Grete Pirchegger	Bäuerin	Steiermark	12/86 - 4/97
Karl Pischl	Landesbeamter	Tirol	4/94 - 11/97
Ing. Peter Pollerhus	Techniker	Steiermark	seit 5/93
Hermann Pramendorfer	Landwirt	Oberösterreich	12/86-12/96
Uta Pühringer	Lehrerin	Oberösterreich	seit 11/97
Erich Putz	Lehrer	Wien	11/88 - 6/95
Franz Richau	Gendarmeriebeamter	Kärnten	seit 11/95
Peter Rieser	Bauer	Steiermark	2/96 - 9/98
Peter Rodek	Bez.Sekr.OÖ Bauernbd.	Oberösterreich	seit 4/95
Dr.Herbert Schambeck	o.Univ.Prof.	Niederösterreich	11/69 - 6/97
Engelbert Schaufler	Gewerkschaftssekretär	Niederösterreich	seit 7/93
Agnes Schierhuber	Bäuerin	Niederösterreich	12/86 - 1/96
Alfred Schöls	Landesbeamter	Niederösterreich	seit 7/97
Leopold Steinbichler	Landwirt	Oberösterreich	seit 1/97
Mag.Michael Strugl	stv. LGF d. ÖVP-OÖ	Oberösterreich	seit 11/97
Mag.Gerhard Tusek	AHS-Lehrer	Oberösterreich	4/91-11/97
Wolfram Vindl	Landesbeamter	Tirol	seit 12/97
Jürgen Weiss	Landesbeamter	Vorarlberg	wieder seit 11/94
Mag.Karl Wilfing	Bundesbeamter	Niederösterreich	seit 4/96
Franz Wolfinger	LGF OÖ Pensionistenbd.	Oberösterreich	seit 11/97

Die Klubsekretäre im Parlamentsklub der ÖVP:



1. Reihe v.l.n.r.: Roman Kunyik, Dr. Helmut Epp, Klubdirektor Dr. Werner Zögernitz, Dr. Harald Wögerbauer
 2. Reihe v.l.n.r.: Mag. Günther Thonabauer, Mag. Bernhard Peer, Gudmund Tributsch, DI Matthias Thaler, Irene Peer-Polzer, CR Karl Brinek, Mag. Isolde Thornton, Mag. Barbara Schmidt

**Bericht der
ÖVP-Abgeordneten im
Europäischen Parlament**

Wir vertreten Österreichs Interessen in Europa

Aufgrund des hervorragenden Wahlergebnisses vom Oktober 1996 vor drei Jahren ist die ÖVP als stärkste österreichische Delegation in das Europäische Parlament eingezogen. Es war ein Vertrauensbeweis nicht nur für mich, als Spitzenkandidatin und Delegationsleiterin, es war auch ein Vertrauensbeweis für die ÖVP, die den Weg Österreichs in die Europäische Union konsequent seit Jahren beschritten hat, weil sie sich immer bewußt war, daß Österreichs Zukunft innerhalb der Union und nicht außerhalb liegt. Meine Aufgabe als Delegationsleiterin war es, Schwerpunkte im Grundsatz und für unsere tägliche Arbeit zu setzen. Drei Leitgedanken bestimmten meine Tätigkeit: Wirtschaft und Arbeit, Jugend und Bildung, Sicherheit im Inneren sowie im Äußeren.

Wir waren gefordert, im Europäischen Parlament die Grundlagen für einen stabilen Euro zu legen, unserer Wirtschaft bestmögliche Rahmenbedingungen zu schaffen und damit einen konkreten Beitrag zur Bewältigung der größten Herausforderung der Europäischen Union, der Arbeitslosigkeit, zu leisten. Es ist uns gelungen, daß die Reform der Europäischen Regionalpolitik nicht zu Lasten Österreichs ausgeht, sondern ganz im Gegenteil mehr Geld für unsere Grenzregionen und strukturschwachen Gebiete zur Verfügung steht. Es ist uns gelungen, Bürokratie abzubauen und damit vor allem unsere mittelständische Wirtschaft zu entlasten. Es ist uns auch gelungen, eine Verringerung unserer Nettobeiträge zu erzielen. Ohne unsere Arbeit im Europäischen Parlament wären die Ergebnisse beim Gipfel in Berlin über die Agenda 2000 nicht möglich gewesen. Dies gilt auch für unsere Landwirtschaft, deren Interessen die Österreichische Volkspartei gemeinsam mit ihren Schwesterparteien in der Europäischen Volkspartei als einzige konsequent und wirksam wahrgenommen hat. Die Aufstockung der finanziellen Mittel für die Bildungs- und Austauschprogramme der Union sowie die Förderung der Mobilität der Jugend waren zwei meiner Hauptanliegen im bildungspolitischen Ausschuß des Europäischen Parlaments. Ein Anliegen, das wir ebenso im Wirtschaftsausschuß durchsetzen konnten. Schließlich haben wir auch einen wesentli-

chen Beitrag im Interesse der Sicherheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger geleistet. Wirksame Maßnahmen gegen das organisierte Verbrechen, gegen Drogen- und Menschen-smuggel, gegen eine unkontrollierte Einwanderung sind ohne unsere Arbeit im Europäischen Parlament undenkbar. Wir haben uns auch immer für eine Reform der Kommission und für eine wirksame Bekämpfung des Be-

trugs in der Europäischen Union eingesetzt.

Die zukünftige europäische Kommission wird Reformen durchsetzen müssen, die die Handschrift der ÖVP-Delegation und der Europäischen Volkspartei tragen. Unsere Arbeit hat dabei das Ziel, das Vertrauen unserer Landsleute in die Europäischen Union wiederherzustellen.

Bei aller Kritik, die wir an manchen Institutionen der Europäischen Union äußern, dürfen wir aber nicht vergessen, daß es dabei um mehr geht, als um Beitragszahlungen und Betrugsbekämpfung. Die Europäische Union muß funktionieren. Sie muß handlungsfähig sein und glaubwürdig, um ihrem eigentlichen Ziel der Wohlstands- und Friedenssicherung in Europa effektiv dienen zu können.

Die Österreichische Volkspartei war sich immer bewußt, daß Österreichs Zukunft in der Europäischen Union liegt. Die konsequente Politik des damaligen Außenministers, unseres Ehrenvorsitzenden Dr. Alois Mock, hat den richtigen Weg gewiesen, der auch unter dem jetzigen Parteichef und Außenminister Wolfgang Schüssel fortgesetzt wurde. Seine Arbeit während der Österreichischen Präsidentschaft der Europäischen Union, im zweiten Halbjahr 1998, hat Österreichs Position in der Europäischen Union gefestigt. Es war unsere wichtigste Aufgabe, als Abgeordnete des Europäischen Parlaments diese Präsidentschaft zu unterstützen und zum Erfolg werden zu lassen.



MdEP Ursula Stenzel
Delegationsleiterin der ÖVP im
Europäischen Parlament

Damit können wir auch mit Selbstbewußtsein an das nächste große Entwicklungsprojekt der Europäischen Union herangehen, die Erweiterung. Wir verschließen hier nicht die Augen vor den Problemen und wir reden unseren Landsleuten nicht ein, daß dieses Projekt zu verhindern ist. Im Gegenteil: wir wollen den Erweiterungsprozeß mitgestalten und uns nicht aus der Zukunft Europas ausgrenzen. Dies wäre für unser Land, das im Herzen Europas liegt und die längsten Grenzen mit den Beitrittskandidaten hat, von Nachteil. Nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen. Der Friede in Europa ist auch nach dem Ende des Kalten Krieges keine Selbstverständlichkeit. Die Krise auf dem Balkan und der Krieg im Kosovo führen uns allen vor Augen, daß Völkermord und Gewalt auch im heutigen Europa an der Schwelle zum 21sten Jahrhundert noch möglich sind. Sie sind dort möglich, wo fanatischer und blinder Nationalismus das Handeln bestimmen und das europäische Bewußtsein unterentwickelt ist. Dort, wo es keine Integration gibt, kommt es zu Zerfallsprozessen, die beschleunigt durch wirtschaftliches und soziales Elend, blutig ausgetragen werden.

Die Europäische Union ist aus den Trümmern zweier Weltkriege hervorgegangen; die Versöhnung der europäischen Erbfeinde Frankreich und Deutschland stand am Beginn des von Christdemokraten initiierten europäischen Einigungsprozesses. Die Europäische Union war daher immer mehr als eine reine Wirtschaftsgemeinschaft. Dieses Erbe gilt es zu wahren und in den Dienst der Zukunft zu stellen.

Agenda 2000 – Erfolgsstory für ein starkes Europa

Die Agenda 2000 ist von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung der Europäischen Union. Sie umfaßt wichtige Reformen im Agrarbereich und in der Strukturpolitik und steckt darüber hinaus den Finanzrahmen der Europäischen Union für die Jahre 2000 bis 2006 ab. Ziel aller Verhandlungen war es, ein faires Gesamtpaket zu schnüren, damit die Lasten der Reform nicht einseitig von einzelnen Mitgliedsstaaten getragen werden. In diesem Sinne waren die Senkung unserer Beiträge, eine Förderung unserer Grenzregionen, die Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen

unserer Bauern sowie der Fortbestand der agrarischen Direktförderungen wesentliche Hauptziele unserer Arbeit für die Agenda 2000. Ende März dieses Jahres wurde in Berlin die Agenda 2000 - nicht zuletzt dank unserer Arbeit im Europaparlament - erfolgreich abgeschlossen: Unsere Nettobeiträge verringern sich um ein Viertel, die Förderung unserer Grenzregionen wurde mit 5 Mrd. Schilling gesichert, und es wird kein Auslaufen der Direktförderungen geben.

Die Reform der Regionalpolitik

Die Reform der EU-Regionalförderung wurde von der ÖVP-Delegation aktiv mitgestaltet. Maßgeblich waren hier die Delegationsmitglieder Ursula Stenzel, Reinhard Rack und Hubert Pirker beteiligt. Univ. Prof. Reinhard Rack legte 1997 als Berichterstatter des regionalpolitischen Ausschusses eine Bilanz über das Anlaufen der EU-Regionalpolitik in den neuen Mitgliedsländern Österreich, Finnland und Schweden vor. Dieser Bericht war eine Grundlage für die Neuplanung der Regionalförderung durch die Europäische Union. Einer Konzentration der Mittel auf städtische Ballungszentren allein - wie von Teilen der Sozialisten gefordert - erteilte die ÖVP eine klare Absage, denn eine sinnvolle Regionalförderung muß nach wie vor auch und vor allem den ländlichen Raum umfassen. In dem Bericht wird klar hervorgestrichen, daß auch EU-Nettozahler und gerade Österreich aus der EU-Regionalpolitik Gewinn ziehen. Reichere Länder dürfen nicht um einen der greifbarsten und sichtbarsten Vorteile der Mitgliedschaft gebracht werden. Verbesserungen forderte die ÖVP, was die Information der Bürger über den EU-Geldfluß sowie die Verwaltung der Mittel sowohl auf EU-Ebene als auch in den Mitgliedsstaaten angeht.

Im Arbeitsjahr 1998 stand im Regionalaus-schuß die Strukturreform im Rahmen der Agenda 2000 im Mittelpunkt der Arbeiten. In den Ausschlußberichten zur Strukturreform wurden wichtige österreichische Anliegen vom Europäischen Parlament übernommen. So konnte die Delegationsleiterin Ursula Stenzel gemeinsam mit Prof. Rack im Interesse Österreichs die spezielle Förderung für unserer Grenzregionen verankern. Ein wichtiges österreichisches Anliegen wurde somit erfolgreich abgeschlossen. Einen weiteren Erfolg konnte Prof. Rack mit der Festlegung der „Phasing-Out-Regeln“ erzielen.

Der ÖVP-Europaparlamentarier Dr. Hubert Pirker setzte sich im Rahmen des Beschäftigungsausschusses ebenfalls für die österreichischen Grenzregionen ein. Als Berichterstatter des Ausschusses für die Neustrukturierung des Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) setzte Pirker unter anderem beschäftigungswirksame Maßnahmen wie die Förderung des Technologietransfers für Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) in den Grenzregionen durch. Seine Vorschläge wurden in das Programm aufgenommen.

Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Die ÖVP-Europaabgeordnete Agnes Schierhuber hat sich als einzige österreichische Bauernvertreterin im Europaparlament erfolgreich dafür eingesetzt, daß die Stützungspreise nicht so stark abgesenkt werden, wie dies die Kommission ursprünglich geplant hatte. Agnes Schierhuber war es auch, die immer wieder für einen vollständigen Ausgleich bei einer Absenkung der Interventionspreise eingetreten ist.

Obwohl das Europäische Parlament in den Fragen der GAP nur beratende Funktion hat, konnte Agnes Schierhuber, unterstützt von der gesamten ÖVP-Delegation, ihren Einfluß auf die Gestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik maximieren. Im Agrarpolitischen Ausschuß übte sie erfolgreich Druck auf Kommission und Rat aus, zu einer für die Bauern tragbaren Lösung zu gelangen.

Arbeit steht im Mittelpunkt

Die Sorge um Arbeitsplätze ist kein Monopol der Sozialdemokraten in Europa, die sich regelmäßig in eine reine Beschäftigungsrhetorik flüchten. Arbeitsplätze können nicht herbeigeredet werden. Weder Staat noch EU können Arbeitsplätze schaffen. Für Ursula Stenzel und ihre Delegation ist klar, daß nur Wirtschaft Arbeit schaffen kann. Ihr muß der dazu nötige Freiraum in allen Bereichen gewährt werden. Daher muß eine erfolgreiche Politik für Arbeit einen umfassenden Ansatz haben, d.h. konkret, in allen damit befaßten Ausschüssen Vorrang genießen. So richtete der Haushaltsausschuß des EU-Parlaments auf Initiative der EVP/ÖVP eine eigene Haushaltlinie für Beschäftigung ein. Diese wurde 1998 mit 150 Millionen Euro, also rund 2 Milliarden Schilling, dotiert.

Die ÖVP startete auch eine Initiative zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die beim EVP-Kongreß 1998 in Toulouse eingebracht wurde. Dieses Maßnahmenbündel wurde ein wesentlicher Bestandteil der Beschäftigungspolitik der Europäischen Volkspartei. So verlangt die ÖVP, daß die Maßnahmen über eine effizient gestaltete Strukturpolitik und über den Ausbau der Bildungs- und Mobilitätsprogramme erfolgen. Über diesen Weg würden einerseits beschäftigungspolitische Maßnahmen koordiniert und andererseits die Regionen im Bemühen um konkrete Maßnahmen vor Ort gestärkt. Darüber hinaus sollten neue strukturpolitische Maßnahmen verstärkt Anreize für Investitionen schaffen, die beschäftigungsintensives Wachstum und nachhaltige Entwicklung fördern.

Im Hinblick auf wirksame Maßnahmen zur Jugendbeschäftigung setzte sich der Kärntner Europaparlamentarier Dr. Hubert Pirker für eine Ausweitung der Qualifizierungsprogramme ein. Die Durchsetzung der Anerkennung von Ausbildung über nationale Grenzen hinweg und deren Dokumentation im Europaß-Berufsbildung ist dabei sein Verdienst. Die „Karriere mit EU-Lehre“ soll auch den Lehrlingen die Möglichkeit geben, an europäischen Austauschprogrammen teilzunehmen. Diese europaweiten Ausbildungsmöglichkeiten, wie sie durch die Programme SOKRATES und LEONARDO angeboten werden, konnte Pirker durch entsprechende Änderungsanträge im Sinne des Abbaus von Diskriminierungen auch endlich für behinderte Menschen öffnen.

Pirker forderte auch eine europaweite qualitative Berufsbedarfsanalyse, nachdem die Praxis beweist, daß in der beruflichen Ausbildung immer häufiger an den tatsächlichen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes vorbeiproduziert wird.

Pirker setzte sich auch im Zuge des Erweiterungsprozesses für lange Übergangsfristen beim freien Personenverkehr ein. Er forderte mehrfach eine Verbesserung der Freizügigkeit von Arbeitnehmern, lehnte aber jede Gleichstellung mit Nicht-EU-Bürgern vehement ab. Arbeitnehmern aus Drittstaaten steht nicht die volle Freizügigkeit wie Unionsbürgern zu. Pirker forderte auch die Einführung einer europäischen Sozialversicherungskarte als Möglichkeit zur Lösung des Problems der Arbeitsmigration.

Wirtschaft schafft Arbeit

Als Wirtschaftssprecher der ÖVP-Delegation im Europaparlament befaßte Dr. Paul Rübzig sich vor allem mit der Unterstützung der kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) auf europäischer Ebene. KMU sind das Rückgrat der europäischen Wirtschaft, sie schaffen die meisten Arbeitsplätze. Rübzig setzt sich daher für eine verstärkte Förderung von KMU in allen Bereichen ein. Der ÖVP-Parlamentarier ist als Co-Präsident der Europäischen Mittelstandsvereinigung auch in einer Schlüsselfunktion in diesem Bereich tätig.

Als erster Österreicher im EP war Dr. Paul Rübzig als Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses für die entsprechenden Haushaltszeilen des EU-Budget 1999 zuständig. Rübzig konzentrierte sich in seiner Arbeit auf die wichtigen Bereiche Forschung, Bildung (-sprogramme), Standardisierung, Telekommunikationsnetze, sowie die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und die KMU-Programme der EU. In dieser Funktion trat er für eine Aufstockung der Mittel für die KMU-Förderung und den Abbau von Verwaltungshürden für den europäischen Mittelstand ein.

Auf seine Initiative hin wurde die Intrastat-Statistik kräftig entschlackt und für KMU leichter handhabbar gemacht. Die europäische Konjunkturstatistik wurde als Teil des EU-Pilotprojektes SLIM (Simpler Legislation for the Internal Market) einer "Schlankheitskur" unterzogen. Ab 1.1.1998 werden weniger Unternehmer einbezogen und die Datenmenge beschränkt. Derzeit ist die Datenerfassung für Österreichs Unternehmen mit hohen Kosten und Arbeitsaufwand verbunden. Ebenso setzt sich Rübzig für eine ausgeweitete Folgekostenabschätzung von EU-Richtlinien und Verordnungen ein.

Eine besonderen Erfolg konnte Rübzig dabei bei der Richtlinie zur Festlegung des europäischen Einheitsbusses verbuchen. Die Kommission hatte mit einer äußerst detaillierten und technisch bis ins letzte Detail gehenden Regelung versucht, einen europaweit einheitlichen Bus zu konstruieren. Rübzig hingegen gelang es, im Europaparlament diesen Bericht völlig umzuschreiben und eine schlanke und effiziente Regelung zu erstellen. Mit diesem Erfolg leitete Rübzig eine Trendwende im Europaparlament ein. Hinkünftig wollen die Parlamentarier verstärkt

darauf achten, keine ausufernden und in ihrer Regelungswut über das Ziel schießenden Kommissionsvorschläge mehr zu verabschieden. Die von Rübzig unterstützte SLIM-Initiative hat schon jetzt deutliche positive Auswirkungen.

Rübzig war auch Verfasser eines Berichts über die Teilnahme mittel- und osteuropäischer Staaten am 3. KMU-Rahmenprogramm.

Bildung als Fundament

Aus- und Weiterbildung sind wesentliche Elemente einer erfolgreichen Arbeitspolitik. Gleichzeitig stellt die Bildungspolitik der EU aber auch ein hervorragendes Instrument dar, unsere Jugend an die EU heranzuführen und ihr die Vielfalt Europas zu vermitteln. Für die ÖVP-Delegationsleiterin Ursula Stenzel sind diese Bildungsprogramme der Schlüssel zu einer chancenreichen Zukunft der Jugend.

Die EU bietet verschiedene Bildungs- und Austauschprogramme für unterschiedliche Zielgruppen an: SOKRATES wendet sich an Studenten, LEONARDO bietet berufliche Aus- und Weiterbildung für Lehrlinge, „Jugend für Europa“ fördert den Jugendaustausch in der EU und TEMPUS unterstützt die Reform der Hochschulen in den Mittel- und Osteuropäischen Staaten.

Im Bereich SOKRATES waren es vor allem die Delegationsleiterin Ursula Stenzel und Univ. Prof. Dr. Reinhard Rack, die sich massiv für eine finanzielle Aufstockung dieses Programms einsetzten. Stenzel erreichte gemeinsam mit der EVP-Fraktion, daß die Mittel für SOKRATES in der nächsten Laufzeit voraussichtlich von bisher 920 Millionen auf 2,5 Milliarden Euro aufgestockt werden. Bereits in der aktuellen Phase erreichte Dr. Paul Rübzig eine Aufstockung der entsprechenden Haushaltsansätze um 136 Millionen EURO.

Auch für das LEONARDO-Programm hat sich die ÖVP stark gemacht. Im Ausschuß für Beschäftigungspolitik forderte Dr. Hubert Pirker eine europaweite Angleichung der Rechtsvorschriften vorzunehmen und die auf nationaler Ebene bestehenden Barrieren abzubauen. Vor allem Lehrlingen und Auszubildnern soll der EU-Austausch erleichtert werden. LEONARDO soll in der nächsten Phase ebenfalls mehr Geld erhalten, 1,15

Milliarden Euro sind für den Lehrlingsaustausch und die berufliche Weiterbildung vorgesehen.

Für das Programm „Jugend für Europa“ fordert die EVP-Fraktion 800 Mio. Euro für die nächsten fünf Jahre ein und konnte auch die Verlängerung des Programms TEMPUS III durchsetzen. Hier geht es um die Hochschulkoooperation mit den mitteleuropäischen Ländern. Schwerpunkt dabei ist die Reform der Universitäten. Finanziert wird dieses Programm aus den allgemeinen Programmen PHARE und TACIS und wendet sich vor allem an diejenigen Länder, die noch nicht an SOKRATES und LEONARDO teilnehmen.

Eine Politik für Frauen

Ursula Stenzel steht mit ihrer Delegation an vorderster Front, wenn es darum geht Fraueninteressen zu verteidigen. Dies zeigt sich bereits an der Zusammensetzung der Delegation: mit Ursula Stenzel, Marilies Flemming und Agnes Schierhuber bestimmen drei starke Frauen die Linie der Delegation in allen Fragen auch frauenpolitisch mit. Frauenpolitik im Europäischen Parlament wird vom Frauenausschuß wahrgenommen, dem alle drei ÖVP-Madatarinnen angehören und für dessen Beibehaltung die ÖVP-Delegation eingetreten ist. Allerdings darf sich Frauenpolitik nicht ideologisch isoliert auf einen bestimmten Ausschuß reduzieren. Die Frage der Gleichstellung muß in allen Politikbereichen berücksichtigt werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, bessere Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf waren wichtige Gesichtspunkte, nach denen die ÖVP-Delegation vor allem im Beschäftigungs- und Sozialausschuß sowie im Ausschuß für Bildung und Jugend Frauenpolitik umgesetzt hat.

Wesentlich ist, daß in der praktischen Politik das Prinzip der Chancengleichheit für Frauen nicht geschwächt wird. Frauen sind heute gebildeter und mobiler denn je, die Zahl der berufstätigen Frauen steigt, aber was führende Positionen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft betrifft, gibt es aber ein klares feminines Defizit. Nicht weil Frauen minder qualifiziert sind, sondern weil sie an die „gläserne Decke“ stoßen, die von einer traditionell männlich geprägten Führungsschicht, bewußt oder unbewußt, errichtet wird. Stenzel forderte anläßlich des Tages der Frau, daß keine Richtlinie verabschie-

det wird, die hinter den Amsterdamer Vertrag zurückfällt, und damit die Chancen der Frauen vermindert, einen ihrer Qualifikation entsprechenden Platz in der Gesellschaft einzunehmen. Ihre Forderung fand Gehör. Die Kommission sagte zu, einen für die Frauen negativen Richtlinienentwurf zurückzuziehen und im Interesse der Frauen zu korrigieren.

Für einen stabilen Euro

Für Ursula Stenzel und die ÖVP-Delegation war die pünktliche Einführung des Euro am 1. Jänner 1999 eine der Grundlagen für eine Stärkung der österreichischen Wirtschaft und damit eine der wesentlichen Voraussetzungen für Beschäftigungsimpulse sowie für die Sicherung der Kaufkraft. Das Rekordtief der Inflationsrate sowie die niedrigen Zinsen beweisen, daß sich der Einsatz für einen stabilen Euro gelohnt hat.

Dr. Paul Rübiger, der Wirtschaftssprecher der ÖVP-Delegation, war als Mitglied im Wirtschafts- und Währungsausschuß intensiv mit allen Aspekten der Euro-Einführung befaßt. Sowohl bei der Festlegung des Teilnehmerkreises als auch bei der Festlegung der bilateralen Wechselkurse in einem Sonderplenum im Mai 1998 war Rübiger intensiv in die Entscheidungsfindung der EVP-Fraktion eingebunden. Bei der Diskussion über die Konvergenzberichte von Kommission und Europäischem Währungsinstitut konnte eine kurzsichtige Blockadestrategie der Sozialisten im Wirtschaftsausschuß verhindert werden.

Im Mai 1998 erfolgte ein Hearing zur Bestellung des Direktoriums der Europäischen Zentralbank. Rübiger befragte vor allem den Präsidenten der EZB, Duisenberg, über seine künftige Geldpolitik. Rübiger ging es dabei vor allem um die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank sowie die Stabilität des Euro.

Agnes Schierhuber verfaßte einen einstimmig angenommenen Bericht über die Auswirkungen der Einführung des Euro auf die Landwirtschaft. Die gemeinsame Währung wird den Landwirten nur Vorteile bringen, da sie in Zukunft nicht mehr den Währungsschwankungen und den damit verbundenen drohenden Einkommenseinbußen ausgesetzt sind. Auch der Wegfall der speziellen „Agrarwährung“, des „Grünen Kurses“, bedeutet für die österreichische Landwirtschaft eine Erleichterung, vor allem in administrativer Hinsicht.

Mehr Sicherheit in Europa

Die Frage einer europäischen Sicherheitspolitik ist für das Europäische Parlament mit der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrags von großer Bedeutung. Hubert Pirker ist als Mitglied im Ausschuß für Grundfreiheiten und Innere Angelegenheiten intensiv mit allen diesbezüglichen Fragen befaßt. Als stellvertretender Leiter des EVP-Sicherheitsarbeitskreises nimmt er großen Einfluß auf die politische Haltung der Fraktion der Europäischen Volkspartei. Der Kampf gegen Drogenmißbrauch und Kriminalität sowie der Asyl- und Migrationspolitik sind die Hauptaufgaben Pirkers im Europäischen Parlament.

Pirker verfolgte mit Nachdruck das Ziel, die offenen Grenzen Europas für eine intensive Zusammenarbeit von Polizei und Justiz zur Verbrechensbekämpfung im Interesse der Bürger Europas und der Realisierung der Freizügigkeit zu nutzen. Durch das geschlossene Auftreten der Europäischen Volkspartei ist es ihm gelungen, eine Anti-Drogenpolitik zu realisieren, die keine Liberalisierung zuläßt und die Europol-Drogenbekämpfungseinheit als wirksames Instrument gegen den internationalen Drogenhandel optimal nutzt. Pirker trat auch erfolgreich dafür ein, die Bekämpfung von Kindesmißbrauch (auch im Internet) sowie Frauenhandel zu Kernaufgaben von Europol zu machen. Eine effiziente Bekämpfung der international organisierten Kriminalität setzt aber auch eine Kooperation mit den zentraleuropäischen Ländern voraus. In diesem Sinne setzte Pirker die Öffnung des FALCONE-Programms für Austausch und Weiterbildung zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität durch. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit war die Beschleunigung der Justizkooperation in Europa: Pirker forderte eine Verbesserung der Handhabung von Auslieferungsübereinkommen, mehr Ressourcen für die Betrugsbekämpfungseinheit UCLAF und die beschleunigte Umsetzung der Programme GROTIUS und OISIN. Allgemein müßten die Kandidatenländer vor einem Beitritt zur EU ihr Rechts- und Polizeisystem dem europäischen Niveau anpassen. „Sicherheitsexport statt Risikoimport“ lautet Pirkers Devise.

Die Trendwende in der Drogenpolitik des Europäischen Parlaments ist dem harten und unnachgiebigen Einsatz Dr. Hubert Pirkers zu verdanken. Die vor allem von Linken und Alternativen im Europaparlament

getragene Linie der Drogenliberalisierung konnte gestoppt werden. Mit mehreren Beschlüssen zu synthetischen Drogen und zur Kontrolle der Ausgangsstoffe konnte Pirker jedesmal eine Mehrheit im EP erreichen und damit die Linie der Linken brechen.

Eine verantwortungsvolle Migrations- und Asylpolitik war und ist ein zentrales Ziel der Delegationsleiterin Ursula Stenzel, das sie gemeinsam mit Dr. Hubert Pirker konsequent verfolgt. Ihre Forderung bei der Umsetzung des Migrations- und Asylpakets ist, die Zuwanderung verantwortlich zu steuern und eine personelle Lastenteilung bei der Aufnahme von Flüchtlingen erreichen. Die von den Linken im EP immer wieder geforderte völlige Liberalisierung des Ausländerzuzugs in die EU unter Mitnahme sämtlicher Familienangehöriger konnte Pirker gemeinsam mit der EVP-Fraktion verhindern.

In der Sektenpolitik gelang es dem ÖVP-Abgeordneten, einen verharmlosenden Bericht über die Sektengefahr in Europa der österreichischen Sozialistin Maria Berger zu Fall zu bringen.

EU-Erweiterung – Chance und Herausforderung

Im März 1998 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union bei ihrem Gipfel in Cardiff den Erweiterungsprozeß der Europäischen Union zu eröffnen. Ursula Stenzel ist als Mitglied im außenpolitischen Ausschuß sowie als Vorsitzende des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses mit Polen aktiv in diesen Prozeß eingeschaltet. Die Erweiterung der Europäischen Union muß für Österreich ein Mehr an Sicherheit bringen und als Chance für unsere Wirtschaft genützt werden. In diesem Sinne bedeutet die Integration unserer Nachbarn eine Erweiterung Europas als Raum des Wohlstands, der Sicherheit und des Rechts sowie die endgültige Überwindung der in ihren Folgen mitunter gefährlichen Spaltung Europas.

Das Europaparlament ist in den Erweiterungsprozeß eingebunden. Es hat bei der Aufnahme der Kandidaten das letzte und entscheidende Wort. Die Erweiterung der Europäischen Union ist eine politische Notwendigkeit und sie ist die richtige Antwort der Europäischen Union auf das Ende des

Kalten Krieges. Sie wird letztlich dazu führen, die Teilung Europas zu überwinden und die Demokratien in Mittel- und Osteuropa zu festigen. Sie kann aber nur erfolgreich sein, wenn diese Länder über eine funktionierende soziale Marktwirtschaft verfügen und sich unseren rechtlichen, sozialen aber auch umweltpolitischen Standards anpassen. Für Ursula Stenzel gilt daher die Devise, daß die Erweiterung nicht so schnell wie möglich, sondern so gut vorbereitet wie möglich erfolgt. Die Ostöffnung hat bereits jetzt zu einer Verdreifachung der österreichischen Exporte geführt, selbst die österreichischen Bauern konnten ihre Exporte nur dank der Ostöffnung steigern. Wettbewerbsverzerrungen, die sich vor allem in unseren Grenzregionen negativ auswirken können, müssen verhindert werden. Daher Stenzels Einsatz für eine Förderung der Grenzregionen und für Übergangsfristen bei der Niederlassungsfreiheit. Solange das Lohnniveau bei den Beitrittskandidaten wesentlich niedriger ist als in Österreich, darf es nicht durch eine Zunahme an Pendlerbewegungen zu einem Verdrängungswettbewerb auf dem österreichischen Arbeitsmarkt kommen. Übergangsfristen sind auch im Landwirtschaftsbereich notwendig.

Die Sicherheit vor internationaler Kriminalität, Drogen und Menschenschmuggel, hatte für Ursula Stenzel auch im Erweiterungsprozeß einen hohen Stellenwert. Sie trat daher dafür ein, daß die Beitrittskandidaten schon jetzt an Austausch- und Weiterbildungsprogrammen zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität teilnehmen. Der Erweiterungsprozeß muß auch zu einem Mehr an Sicherheit im Bereich der Atomkraftwerke führen.

Wenn es schon nicht immer gelingt, Atomkraftwerke im Osten abzuschalten, so müssen diese zumindest den westlichen Sicherheitsstands entsprechen. Diese Politik verfolgte Ursula Stenzel gemeinsam mit der Europaabgeordneten Dr. Marilies Flemming insbesondere gegenüber der Slowakei. Auf Initiative der beiden Abgeordneten fand ein Hearing über das Atomkraftwerk Mochovce im Europaparlament statt. In einem gesonderten Antrag machte Stenzel das Europaparlament auch auf das Problem Temelin aufmerksam und warnte vor dessen Fertigstellung.

Für Ursula Stenzel war es aber nicht nur wichtig, österreichische Interessen im Erweiterungsprozeß zu vertreten, es war ihr

auch ein Anliegen, die Beitrittskandidaten zu ermutigen, sich so gut wie möglich auf den Beitritt zur Europäischen Union vorzubereiten. Da Österreich im Herzen Europas liegt, trat Ursula Stenzel auch dafür ein, den Beitrittsprozeß offen zu halten. Daher befürwortete sie auch eine Aufnahme der Slowakei in die erste Gruppe der Kandidatenländer, dies vor allem nach dem erfolgreichen politischen Wechsel nach den letzten Wahlen in der Slowakei im Herbst 1998 und verlieh dieser Forderung in einer Reihe von Resolutionen und parlamentarischen Anfragen auch entsprechenden Nachdruck. Hier war vor allem die Zusammenarbeit mit dem Vizepräsidenten des EU-Slowakei-Ausschusses Dr. Paul Rübig wichtig, der gemeinsam mit Stenzel für eine Vorziehung der Slowakei eintrat.

Für Ursula Stenzel geht es darum, den Erweiterungsprozeß mitzugestalten und sich nicht durch eine Ablehnungspolitik, wie sie von den Freiheitlichen betrieben wird, jeder Einflußmöglichkeit zu berauben.

Einsatz für Menschenrechte

Die ÖVP arbeitete auch aktiv an der Entwicklung eines neuen europäischen Menschenrechtskataloges mit. Univ. Prof. Reinhard Rack wurde vom Präsidenten des Europäischen Parlaments zum offiziellen Vertreter eines internationalen Menschenrechtsprojektes bestellt. Das Europäische Hochschulinstitut in Florenz definierte 1998 anlässlich des 50. Jahrestages der Annahme der UN-Menschenrechtskonvention einen "EU-Menschenrechtskatalog für das neue Jahrtausend". Rack, Universitätsprofessor für Verfassungs- und Europarecht in Graz, verfaßte für dieses Projekt den offiziellen Beitrag des Europäischen Parlaments.

Betrugsbekämpfung in der EU

Die nachhaltige Bekämpfung von Korruption, Mißmanagement, Betrug und Vetternwirtschaft ist eines der wichtigsten Anliegen Ursula Stenzels und ihrer Delegation im Europaparlament. Als Mitglied des Haushaltskontrollausschusses hat sich Univ. Prof. Dr. Reinhard Rack aktiv an der Aufklärung von Mißständen beteiligt, Mißstände, die ausschließlich im Bereich sozialistischer Kommissare auftraten. In diesem Sinne ergriff Ursula Stenzel die Initiative dafür, daß so

schnell wie möglich ein Verfahren geschaffen wird, einzelne Kommissare zur Verantwortung zu ziehen. Ihr Antrag fand breite Unterstützung im Europäischen Parlament und wurde am 22. März 1999 in die Resolution des EP zum Rücktritt der Kommission aufgenommen. Die Schaffung einer von der Kommission unabhängigen Betrugsbekämpfungsbehörde ist eine wirkungsvolle Maßnahme, die nur mit Unterstützung der ÖVP und der Europäischen Volkspartei zustande gekommen ist. Der Bericht des Europaparlaments über die neue Betrugsbekämpfungsbehörde "OLAF" trägt zwar den Namen des sozialdemokratischen Abgeordneten Herbert Bösch, wurde aber von seinen sozialdemokratischen Parteigenossen im Europaparlament auf breiter Front abgelehnt.

Die ÖVP-Delegation forderte darüber hinaus eine Fristsetzung zur Behebung der Mißstände in der Kommission, verlangte die Einführung genauer Verhaltensrichtlinien zur Bestellung hoher Beamter sowie die überfällige Neuregelung des Disziplinarrechts für EU-Beamte.

In der BSE-Krise spielte der ÖVP-Europaparlamentarier Rack eine wesentliche Rolle. Das Europaparlament hatte nach Ausbruch der großen Krise im Zusammenhang mit BSE-verseuchtem Rindfleisch aus Großbritannien einen BSE-Kontrollausschuß eingesetzt, dem der EVP-Vizepräsident Rack angehörte. Dieser Ausschuß prüfte die Umsetzung der eingeleiteten Reformen. Die EVP/ÖVP setzte sich dabei erfolgreich für eine unabhängige wissenschaftliche Beratung, für die Trennung von Gesetzgebung und Kontrolle sowie die Einrichtung einer EU-Dienststelle zum Schutze der Volksgesundheit ein.

Durchsetzen konnte sich das EU-Parlament auch mit seiner - von der ÖVP massiv vorangetriebenen - Forderung nach einer umfassenden Kennzeichnung von Rindern und Rindfleisch. In der EU soll es in absehbarer Zeit kein Schnitzel mehr geben, dessen Herkunft für die Konsumenten nicht nachvollziehbar ist.

Der ÖVP-Europaabgeordnete Dr. Paul Rübiger deckte als Mitglied des Untersuchungsausschusses für den Zollbetrug Mängel im EU-Versandverfahren auf und legte konkrete Verbesserungsvorschläge auf den Tisch. Um den professionellen Zollbetrügern das Hand-

werk zu legen, braucht Europa eine Zollbehörden, so eine seiner Forderungen. Neben der Umstellung von Papierdokumenten auf Computertechnologie sollten aber auch fälschungssichere Stempel und Formulare zum Einsatz kommen.

Gesundheit, Umwelt- und Konsumentenschutz

Mit Dr. Marilies Flemming verfügt die ÖVP-Delegation über eine ausgezeichnete Umweltexpertin, die einerseits auf Grund ihres hohen Fachwissens und andererseits wegen ihres Engagements immer wieder große politische Erfolge für Österreich und Europa erzielen kann.

So setzte sie sich innerhalb der EVP erfolgreich für strengere Abgasnormen ein. Schon in der ersten Lesung des Auto-Öl-Programmes der EU konnten so die Grenzwerte für Kraftstoffemissionen verschärft werden. Das Europäische Parlament verfügt in dieser Frage über ein Mitentscheidungsrecht; ohne seine Zustimmung kommt die entsprechende Richtlinie nicht zustande. Nach der zweiten Lesung kam die Richtlinie in den Vermittlungsausschuß, dem Flemming ebenfalls angehörte. In diesem Ausschuß konnte sich das EP gegenüber dem Rat durchsetzen. Der Rat akzeptierte obligatorische Grenzwerte für Kfz-Emissionen für das Jahr 2005, für den Schwefelgehalt im Benzin bereits für 2000. Die österreichischen Werte sind im Vergleich zu dieser Neuregelung viel weniger streng, Kfz werden damit auch in Österreich in Zukunft viel umweltfreundlicher.

Ein Dauerbrenner der letzten Legislaturperiode war der Kampf um unser österreichisches Wasser. Flemming kämpfte gegen den Wunsch einiger Mitgliedstaaten, Wasser quer durch Europa ableiten zu können. Im entsprechenden Bericht wurde ein Änderungsantrag Flemmings (Zugriff auf Wasser aus einem Mitgliedstaat nicht ohne dessen ausdrückliche Zustimmung) mit großer Mehrheit angenommen.

Zum Thema der Integration der Gesundheitsschutzanforderungen in die EU-Politiken wurde Flemming vom EP zur Berichterstatlerin benannt. In ihrem Bericht setzte sie sich für eine umfassende Integration der Gesundheitsschutzanforderungen in alle Bereiche der EU ein. Sie forderte erfolgreich eine Erhöhung des Gesundheitsschutzes, eine Auf-

rechterhaltung des Hormonverbots in der Tiermast, die Verbesserung der Freizügigkeit der Ärzte sowie ein einheitliches, strenges Atomhaftpflichtgesetz.

Flemming setzte sich auch für die Sicherheit von Blutspenden ein. Eine zukunftsorientierte Politik betreffend die Sicherheit von Blut- und Plasmaspenden kann nur durch die Verbesserung der Selbstversorgung der EU mit Blut sowie die Feststellung der Spendereignung auf hohem Niveau durch Screening von Blutspenden gewährleistet werden. Dies würde in Zukunft einen Verzicht auf Blutimporte aus dem Ausland ermöglichen.

Die ÖVP-Delegation konnte in dieser Legislaturperiode auch höhere finanzielle Unterstützungen für Umweltorganisationen durchsetzen: Das Parlament und die Kommission nahmen entsprechende Anträge der parlamentarischen Berichterstatterin Flemming an. Die Förderquote wird von 50 auf 60 Prozent des im Haushalt der Organisationen vorgesehen Betrages erhöht. Weiters wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie die Umwelterziehung unterstützt. Damit ist es gelungen, wesentliche Verbesserungen zu erreichen, die der wachsenden Bedeutung der Umweltorganisationen entsprechen.

Die Anti-Atompolitik der ÖVP-Delegation

Die ÖVP-Delegation vertritt im Europäischen Parlament einen klaren Anti-Atom-Kurs. Nicht zuletzt dadurch wurde es möglich, daß ein Bericht über den Ausbau der Kernenergie in Europa zu Fall gebracht wurde. Damit konnte ein positives Signal für den Ausstieg aus der Nuklearenergie gesetzt werden. Mit den Stimmen der ÖVP wurde ein Antrag abgelehnt, der gewährleisten sollte, daß jedes aus Altersgründen geschlossene Kernkraftwerk durch ein neues ersetzt werden kann. Die Sicherheitsaspekte des Euratom-Vertrages müßten bei einem Ausstieg aus diesem in den EU-Vertrag übernommen werden, so die ÖVP-Forderung. Dr. Marilies Flemming setzte diese klare Linie mit einer Reihe von Anträgen im Energieausschuß und in der Fraktion durch. Im Plenum warnte die ÖVP mehrfach vor der Atomgefahr, die von einem Fertigbau der beiden ukrainischen Kraftwerke Rovno 4 und Khmelnytzky 2 ausgeht.

Einen besonderen Schwerpunkt der parlamentarischen Tätigkeit der Umweltexpertin Flemming im Arbeitsjahr 1998 war der Einsatz gegen eine übereilte Fertigstellung des slowakischen Atomkraftwerkes Mochovce. Auf Grund der problematischen Sicherheitsbedingungen im AKW Mochovce brachte Flemming nach einem offenen Brief an den damaligen Premierminister Meciar eine Resolution gegen Mochovce im EP ein, die von einer großen Mehrheit des Plenums angenommen wurde. Zusammen mit der ÖVP-Delegationsleiterin Stenzel veranstaltete Flemming ein öffentliches Hearing in Brüssel mit einer hochkarätigen Expertenrunde. Als Ergebnis dieses Hearings kann eine objektive Erörterung drängender Fragen zur nuklearen Sicherheit festgehalten werden. Außerdem gelang es der ÖVP-Delegation durch den massiven Einsatz von Frau Dr. Flemming, im Europäischen Parlament meinungsbildend und aufklärend tätig zu sein. Der ÖVP-Abgeordnete Rübig forderte als Vizepräsident des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses des EU-Parlaments mit der Slowakei vor dem slowakischen Parlament die zugesagte Abschaltung des Kernkraftwerkes Bohonice ein.

Initiativen für Erneuerbare Energien

Im Gegenzug setzt Agnes Schierhuber erfolgreiche Initiativen für einen Ausbau erneuerbarer Energieträger in Europa. Seit 1995 setzt sich die österreichische Bauernvertreterin im EP für eine stärkere Förderung der Biomasse und der erneuerbaren Energien ein und ist in diesen Jahren zu einer anerkannten Expertin für diese Bereiche geworden. Ihr Einsatz bewirkte, daß die Frage der erneuerbaren Energien zu einem Dauerthema des EP wurden und hat somit zu einer tiefgreifenden Bewußtseinsbildung beigetragen. Schierhuber vertritt die Ansicht, daß eine verstärkte Förderung von Biomasse neben den begrüßenswerten umwelt- und energiepolitischen Aspekten auch eine zusätzliche Einkommenschance für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum darstellt. Bereits im Jahr 1996 organisierte Schierhuber im EP ein öffentliches Hearing zu Biomasse und erneuerbaren Energien. In Folge wurde sie zur Berichterstatterin des Parlaments für das Weißbuch der Kommission zur Energiepolitik der EU und zum Grünbuch (in Folge auch Weißbuch) der Kommission zu erneuerbaren Energiequellen ernannt. Auch im Rahmen der Verhandlungen über das fünfte Forschungsrahmenprogramm

der EU setzte sich Schierhuber engagiert und erfolgreich für eine höhere Dotierung der Forschungsförderungen für erneuerbare Energien ein. Schierhuber forderte eine Verdoppelung des Anteils der Biomasse an der Energiebilanz der EU bis zum Jahr 2010. Die ÖVP gestaltet somit die Neustrukturierung der Energiepolitik der Europäischen Union für die nächsten Jahrzehnte entscheidend mit. Schierhuber ist es gelungen, nicht nur das EP von ihren Vorstellungen zu überzeugen. Auch die Kommission hat ihre Vorstellungen und Forderungen in die neuen Texte eingearbeitet.

Biotechnologie: Hoffnung auf Heilung

1997 beschäftigte sich das Europaparlament intensiv mit einer Richtlinie zur Patentierung biotechnologischer Entwicklungen. Dieses Thema ist nicht nur für die wirtschaftlichen Chancen Europas auf diesem Sektor extrem wichtig, sondern warf auch eine Reihe wesentlicher moralischer und ethischer Fragen auf, die in den Ausschüssen und Fraktionen intensiv diskutiert wurden. Mit der Annahme der Patentrichtlinie für biotechnologische Erfindungen hat die ÖVP „Ja zur Forschung“ in Europa gesagt und gleichzeitig strenge ethische Grenzen gezogen. Der Mensch und seine Körperteile sind nicht patentierbar, ebenso sind Pflanzensorten und Tierrassen nicht patentierbar. Die ÖVP hat sich auch klar gegen die Patentierbarkeit von Embryonen und Keimzellen ausgesprochen. Auch die Entdeckung einzelner Gene unterliegt nicht dem Patentschutz, da nur Erfindungen patentierbar sind. Es geht um eine Nutzbarmachung von genetischer Information. Biotechnologisch hergestellte Medikamente werden schon heute im Kampf gegen Krebs, Diabetes, Virusinfektionen, Multiple Sklerose und Anämie eingesetzt. Patentschutz stellt eine wesentliche Grundlage für eine sehr finanzintensive Forschung dar. Federführend in der Beschäftigung mit diesem Thema waren die ÖVP-Abgeordneten Rübig und Habsburg, der sich für ein an ethischen und moralischen Gesichtspunkten orientiertes Patentrecht einsetzte.

Nein zum Gen-Mais

Auf Initiative der ÖVP-Delegation verlangte das Europäische Parlament von der EU-Kommission, die Zulassung des antibiotikaresistenten Gen-Maises auszusetzen und die Importerlaubnis neu zu überprüfen. Das Europäische Parlament unterstützte damit

mit großer Mehrheit den österreichischen Standpunkt bezüglich des Importverbotes. Marlies Flemming hatte eine entsprechende Resolution eingebracht. Österreich ist es damit gelungen, auf Europaebene zu sensibilisieren und klarzumachen, wie mangelhaft die Regelungen für Rohstoffe derzeit noch sind. Die ÖVP machte sich deshalb im Europaparlament für einen Ausbau der lückenlosen Kennzeichnungspflicht für Saatgut stark. Auch die im November 1996 beschlossene umfassende Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel (Novel-Food-Verordnung) hat die ÖVP wesentlich mitgestaltet.

Europasache Tierschutz

Tierschutz ist für die ÖVP auch im Europaparlament kein Schlagwort. So wie auf nationaler Ebene setzen sich auch im EP ÖVP-Abgeordnete engagiert für die Belange des europäischen Tierschutzes ein. Dr. Marlies Flemming steht hierbei als Vizepräsidentin der Intergroup for Animal Welfare an vorderster Front. Sie setzt sich für hohe europäische Tierschutzstandards und eine Vereinheitlichung der Strafen bei Verstößen ein. Denn nur wenn Tierschutz Europasache wird, kann umfassender Tierschutz garantiert werden. Kritik übte die ÖVP daran, daß die Kommission das endgültige Aus für Tierversuche in der Kosmetikindustrie um zwei Jahre auf 2000 verschoben hat. Mit scharfen Protest reagierte Flemming auch auf die Einordnung von tierquälerischen Tellereisen als „humane Fallen“. In ihrem Bericht zur Integration der Gesundheitsschutzanforderungen in die EU-Politiken forderte Flemming eine Aufrechterhaltung des Hormonverbots in der Tiernast. Einen großen Erfolg konnte Flemming in diesem Jahr bei der Abstimmung über die Haltung von Hühnern in Legebatterien verbuchen. Auf Grund ihres massiven monatelangen Lobbyings beschloßen die Europaparlamentarier mehrheitlich einen definitiven Ausstieg aus der Batteriehaltung ab dem Jahr 2009.

Maßgeblichen Einfluß nahm Flemming auch auf die Beschlußfassung über die Zoo-Richtlinie und sprach sich dabei für die Erhaltung gefährdeter Arten, die Forschung, die Freizeitgestaltung für die Familie und den Tierschutz als Ziele und Aufgabengebiete eines Zoos aus. Aber auch in Fragen des Tiertransports sieht Flemming Verbesserungen als dringend notwendig. So sind vor allem die Transportbestimmungen für Zuchtschweine zu ändern, um diesen Tieren den Streß des Transports zu erleichtern.

Berichte der Teilorganisationen

Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund (ÖAAB)

Ob Jugendbeschäftigung, Abfertigung, Steuerreform oder die Entlastung der Familien, der ÖAAB hat zuletzt maßgeblich Themen und Lösungen bestimmt.

Die vergangenen Jahre waren eine Zeit massiver Herausforderungen. Auf der einen Seite standen alarmierende Arbeitslosenzahlen, insbesondere bei der Jugend, bei Älteren und bei Frauen, Ungerechtigkeiten gegenüber den Familien, ein Geburtenrückgang, der unser gesamtes Sozialsystem ins Wanken bringen kann und real sinkende Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf der anderen Seite stand eine SPÖ, die zum sozialpolitischen Spätzünder geworden ist, Probleme leugnet und wegschiebt und - wenn das nicht mehr funktioniert - zu Ankündigungen und Aktionismus greift. In dieser Situation hat der ÖAAB mit seiner sachlichen und problemorientierten Arbeit nicht nur Erfolge verzeichnen, sondern auch Weichen in das 21. Jahrhundert stellen können.

Vorrang für Beschäftigung

An erster Stelle sind für eine Organisation wie den ÖAAB selbstverständlich die Initiativen zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation zu nennen. Als der ÖAAB als erste Organisation auf das Problem der Jugendbeschäftigung aufmerksam gemacht und dazu sein Maßnahmenpaket „JAPI“ präsentiert hat, wurde er seitens der SPÖ belächelt - das sei doch überhaupt kein Problem. Mittlerweile laufen die vom ÖAAB entwickelten „Startjobs“ in einigen Bundesländern mit großem Erfolg. Die Vorlehre wurde durchgesetzt, der Anschlag auf die duale Ausbildung, durch den junge Menschen, die einen Beruf erlernen wollen, einfach in Schulen verräumt werden sollten, wurde verhindert. Ganz zentral ist aber sicherlich die Durchsetzung des Lehrlingsfreibetrags. Erstmals wird damit menschliche Arbeit steuerlich direkt berücksichtigt. Aus Sicht unseres christlich-sozialen Weltbilds bedeutet das einen Meilenstein, schließlich steht für uns der Mensch im Mittelpunkt der Wirtschaft. Auf

der letzten Regierungsklausur in Bad Aussee wurde eine weitere Forderung des ÖAAB zum Regierungsprogramm erhoben: Die Geltung dieses Lehrlingsfreibetrags auch für das zweite, dritte und vierte Lehrjahr und seine Erweiterung zu einem Qualifikationsfreibetrag.



ÖAAB-Obmann Verteidigungsminister Dr. Werner Fasslabend

Noch nicht befriedigend gelöst sind die spezifischen Probleme, mit denen Frauen auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert sind. Die neuen Möglichkeiten, die Starrheit der Arbeitszeitregelungen zu durchbrechen und damit die besonderen Belastungen, mit denen in der Regel noch immer vor allem Frauen konfrontiert sind, zu mindern, werden zu wenig offeriert und genutzt. Zentrale Punkte sind für den ÖAAB hier verbesserte Zuverdienstmöglichkeiten und Weiterbildungsangebote während der Karenz und ein vielfältiges Angebot an individuellen und qualifizierten Kinderbetreuungseinrichtungen. Auch das Karenzgeld für alle stellt, insbesondere im ländlichen Raum, nicht nur eine familien-, sondern auch eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme dar.

Im Bereich der Arbeitslosigkeit älterer Menschen hat der ÖAAB ein 6 Punkte-Programm entwickelt. Es beinhaltet unter anderem die „Altersteilzeit“, den „Job 50 plus“, bei dem Unternehmen, die ältere Arbeitslose einstellen, zeitlich befristet die diesem Arbeitnehmer zustehende Notstandshilfe beziehungsweise das Arbeitslosengeld bekommen, eine Verbesserung

des bestehenden Bonus-Malus-Systems, das Verbot von Altersbegrenzungen bei Stellenausschreibungen und eine Neugestaltung des geltenden Abfertigungssystems.

Abfertigung PLUS

Nach der hervorragenden Initiative des Vorarlberger AK-Präsidenten Josef Fink ist es gelungen, dieses zukunftsweisende Modell innerhalb der ÖVP durchzusetzen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben damit die Wahl zwischen einer Abfertigung herkömmlicher Art oder einer attraktiven Zusatzpension, die bei Durch-



ÖAAB-Generalsekretär
Mag. Walter Tancsits

schnittsverdienern durchaus auch 10.000,- monatlich betragen kann. Das Kündigungsmotiv Abfertigung entfällt, durch die Begrenzung der Einzahlungen auf 25 Jahre werden ältere Beschäftigte für die Betriebe günstiger. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit älterer Menschen geleistet. Diesen Vorteilen werden sich, wenn ihnen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

am Herz liegen, weder FSG noch SPÖ dauerhaft verschließen können.

Entlastung für Familien

Die Beseitigung der steuerlichen Ungerechtigkeiten gegenüber den Familien, die der ÖAAB schon längst ins Zentrum seiner politischen Arbeit gestellt hatte, konnte ebenfalls mit Erfolg absolviert werden. Es ist ein Erfolg, der sich für Österreichs Familien in barem Geld messen läßt: 6.000,- mehr pro Jahr und Kind. Und es ist ein Erfolg, der gegen heftigsten Widerstand der SPÖ errungen wurde, die bekanntlich die Ungerechtigkeiten des früheren Systems sogar durch ein Verfassungsgesetz einzementieren wollte. Die Mehrkinderstaffel wurde verteidigt, zum großen Bedauern insbesondere von Frauenministerin Barbara Prammer. Untrennbar mit der Familie verbunden ist auch der Einsatz des ÖAAB für den arbeitsfreien Sonntag, der

schließlich in einer Entschliebung des Nationalrats gipfelte, daß der Sonntag prinzipiell arbeitsfrei zu sein hat, Sonntagsarbeit nur die gut zu begründende Ausnahme sein kann. Gewinnmaximierung ist dafür kein ausreichendes Argument. Der Sonntag ist der Tag der Familie, nicht der des Kapitals.

Öffentlicher Dienst ist Standortvorteil

Als einzige politische Organisation ist der ÖAAB stets der so modern gewordenen Hetze gegen die Menschen im Öffentlichen Dienst entgegengetreten. Wer arbeitende Menschen gegeneinander auszuspielen versucht, handelt unsozial und unverantwortlich. In enger Zusammenarbeit mit der GÖD wurden die Attacken auf das gegen politische Willkür geschützte Berufsbeamtentum zurückgewiesen, ein ordentlicher Gehaltsabschluß und notwendige Verbesserungen bei der Exekutive und die überfällige Aufwertung der Vertragsbediensteten erreicht. Es kann nicht oft genug betont werden: Der Einsatz der öffentlich Bediensteten garantiert die Stabilität unseres Landes und leistet damit einen unschätzbaren Beitrag für den Arbeitsplatz- und Wirtschaftsstandort Österreich.

ÖVP übernimmt ÖAAB-Steuermodell

Offiziell zur Parteilinie der gesamten ÖVP wurde das im ÖAAB entwickelte Konzept zur Steuerreform mit seiner Senkung der Steuersätze von 22, 32 und 42% um jeweils 2 Prozentpunkte. Diese Entlastung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muß einen gerechten Ausgleich zu den realen Einkommensverlusten der letzten Jahre bringen. Damit wird in der Folge auch die Kaufkraft gestärkt, die heimische Konjunktur und Arbeitsplätze werden gestützt. Diese Argumentation teilen auch führende Wirtschaftsforscher unseres Landes. Das ÖAAB-ÖVP-Modell stellt sicher, daß der leistungsstarke breite Mittelstand, der den Großteil der österreichischen Volkswirtschaft trägt, seinen gerechten Anteil an der Steuerentlastung erhält.

Zur Umsetzung der politischen Ideen bedarf es einer guten Organisation

Der ÖAAB hat derzeit rund 190.000 Mitglieder, die von den neun Landesorganisationen verwaltet und betreut werden. Aus seinen Mitgliedern stellt der ÖAAB bundesweit einen Großteil der erfolgreichen Funktionärinnen und Funktionäre auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Neben dieser wichtigen Tätigkeit für unsere Volkspartei ist eine Hauptaufgabe des ÖAAB nach wie vor die politische Arbeit in den Betrieben und Dienststellengruppen, die wir gemeinsam mit unseren Freunden von der Fraktion Christlicher Gewerkschafter organisieren.

Als besonders erfreulich war daher das Ergebnis der letzten Bundespersonalvertretungswahl im November 1995 anzusehen, bei dem unsere Freunde vom Öffentlichen Dienst ihren Stimmenanteil noch um 0,2 % auf insgesamt 53,2 % ausbauen konnten.

Einen wesentlichen Schwerpunkt bildet die Arbeit unserer Präsidenten, Vizepräsidenten und Kammerräte in den neun Länder-Arbeiterkammern und in der Bundesarbeitskammer. Durch eine sehr engagierte und moderne Kammerpolitik gelingt es unseren Vertretern immer mehr, klar aufzuzeigen, daß der ÖAAB die verlässliche Lobby für alle österreichischen Arbeitnehmer ist.

Für die Kolleginnen und Kollegen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben arbeitet der ÖAAB in den Landarbeiterkammern in Niederösterreich, Steiermark, Kärnten, Oberösterreich und Salzburg und im österreichischen Landarbeiterkammertag.

Veranstaltungen

Zur öffentlichen Unterstützung unserer Arbeit organisiert der ÖAAB auch laufend Symposien, Enqueten, Konferenzen und Kongresse zu interessanten und zukunftsweisenden Themen. Z.B.:

- „Ideen für ein ökologisches Steuersystem“ (Nov.95)
- „Sozialpolitik an der Wende - Wird es kälter in unserem Land?“ (März 96)

- „Effektive Arbeit in der Sozialversicherung“ (April 96)
- „Europäische Beschäftigungspolitik“ (Mai 96)
- „Die Zukunft der Energiewirtschaft in Österreich“ (Juni 96)
- „Christliche Publizistik in der Krise?“ (Juni 96)
- „Steuerentlastung für Familien“ (September 96)
- „Strategien in der Sicherheitspolitik“ (Okt. 96)
- „Neue Strategien der Mitarbeiterbeteiligung“ (Okt. 96)
- „Globalisierung: Folgen, Ängste, Chancen“ (Juni 97)
- „Arbeitnehmerpolitik in Zeiten des Strukturwandels“ (Dez. 97)
- „Technologie schafft Arbeit“ (Jänner 98)
- „Öffentlicher Dienst der Zukunft“ (Mai 98)
- „Arbeit an der Jahrtausendwende“ (November 98)
- „Wie geht es mit der Arbeit weiter? - Perspektiven zur Zukunft der Arbeit in einer sozialen Marktwirtschaft“ (Feb.99)

Diese Veranstaltungen wurden zum Teil von der ÖAAB-Bundesorganisation allein, oder in Zusammenarbeit mit der Politischen Akademie, dem Club LA (Klub der leitenden Angestellten und Führungskräfte), dem Dr. Karl Kummer-Institut, der Bundesparteileitung und der CSU-Bayern veranstaltet.

Öffentlichkeitsarbeit:

Ergänzend zu den diversen Veranstaltungen, Pressekonferenzen und Presseaussendungen bringt die ÖAAB-Bundesorganisation auch noch folgende Publikationen heraus:

- ☐ Das Monatsmagazin für den österreichischen Arbeitnehmer „Freiheit“
- ☐ Die „Gesellschaftspolitischen Informationen“
- ☐ Das „Top-Info“ für alle Funktionäre des ÖAAB.

Der Bundesvorstand des ÖAAB wird sich nach dem ordentlichen Bundestag des ÖAAB am 27. Februar neu zusammensetzen. (Die Mitglieder des derzeitigen Bundesvorstandes ersehen sie in alphabetischer Reihenfolge beiliegender Aufstellung auf der nächsten Seite).



ÖAAB-Obmann BM Dr. Werner Fasslabend mit dem Vorsitzenden der GÖD, Fritz Neugebauer

Mitglieder:

Burgenland:	7.227
Kärnten:	6.329
Niederösterreich:	58.612
Oberösterreich:	35.500
Salzburg:	8.890
Steiermark:	31.720
Tirol:	13.393
Vorarlberg:	4.267
Wien:	18.719
gesamt:	184.657

ÖAAB-Bundesvorstand

Präs. d. BR Bgm. Ludwig Bieringer
 Abg.z.Nr Dr. Gertrude Brinek
 CR Christian Buchar
 Dr. Wilfried de Waal
 Präs. Fritz Dinkhauser
 KO LABg. Manfred Dörfer
 Univ.Prof. Dr. Irene Dyk
 BO BM Dr. Werner Fasslabend
 Abg.z.NR Dr. Gottfried Feuerstein
 BM Elisabeth Gehrer
 Dr. Norbert Griesmayr
 BOR Rudolf Habeler
 Dr. Norbert Hartl
 LR Franz Hiesl
 Abg.z.NR Dr. Josef Höchtl
 GS Mag. Othmar Karas
 Klubobmann Dr. Andreas Khol
 Abg.z.NR Paul Kiss
 VPräs. Eduard Köck
 Abg.z.NR DDr. Fritz König
 Volksanwältin Ingrid Korosec
 LPräs. Ing. Helmut Mader
 VKanzl. a.D. Abg.z.NR Dr. Alois Mock
 Präs. d. NR Dr. Heinrich Neisser
 VPräs. Fritz Neugebauer
 MdEP Dr. Hubert Pirker
 BR Engelbert Schaufler
 KO LABg. Hermann Schützenhöfer
 VPräs. Anna Sivetz
 NR Dr. Michael Spindelegger
 GS Mag. Walter Tancsits
 LABg. Dr. Matthias Tschirf

Postfach 200
 Hafnergasse 3/11
 Laudongasse 16
 Gerasdorferstr. 61/12/6
 Maximilianstr. 7
 Erikastr. 4
 Dr. Karl Rennerstr.4
 Laudongasse 16
 Hof 137
 Minoritenplatz 5
 Hietzinger Hauptstr. 41
 Laudongasse 16
 Laudongasse 16
 Landhaus-Klosterstr. 7
 Hafnergraben 21
 Lichtenfelsgasse 7
 Parlament
 Julius Raab Str.7
 Höhenstr. 28
 Jörgerstr. 21/2/13
 Singerstr. 17
 Maria Theresien Str. 43
 Lichtenfelsg. 7
 Parlament
 Hohenstaufeng. 10-12
 Bahnhofstr. 20
 Römerstr. 104
 Landhaus
 Haller Innbrücke14A
 Laudong. 16
 Laudong. 16
 Laudong. 16

5071 Wels
 1020 Wien
 1080 Wien
 1210 Wien
 6020 Innsbruck
 6971 Hard
 4020 Linz
 1080 Wien
 6866 Andelsbuch
 1014 Wien
 1130 Wien
 1080 Wien
 1080 Wien
 4010 Linz
 3400 Klosterneuburg
 1010 Wien
 1017 Wien-Parlament
 7000 Eisenstadt
 8940 Liezen
 1170 Wien
 1015 Wien
 6010 Innsbruck
 1010 Wien
 1017 Wien-Parlament
 1010 Wien
 9020 Klagenfurt
 2323 Mannswörth
 8011 Graz
 6060 Ampass
 1080 Wien
 1080 Wien
 1080 Wien

Österreichischer Bauernbund (ÖBB)

Mitglieder und Wahlen

Der Bauernbund ist die mitgliederstärkste Teilorganisation der ÖVP.

Bauernbundmitglieder (1998):

Burgenland	6.039
Kärnten	7.090
Niederösterreich	140.754
Oberösterreich	79.785
Salzburg	11.258
Steiermark	53.337
Tirol	19.664
Vorarlberg	3.406
Wien	1.203
gesamt	322.536

Der Bauernbund erreicht bei den Landwirtschaftskammerwahlen österreichweit im Durchschnitt 77% aller Stimmen. Bei den Urabstimmungen über die gesetzlichen Interessenvertretungen wurden Zustimmungen von über 80% bzw. zuletzt in Tirol von 97% erreicht.

Nationalrats-, Europa- und Bundespräsidentenwahlen:

Die Bauern sind nach wie vor die treueste Wählergruppe der ÖVP. Laut Untersuchungen von Plasser/Ullrich haben bei den letzten Nationalratswahlen (1994/1995) zwischen 72 und 73 % der Landwirte ÖVP gewählt.

Bei der Europawahl, den Wahlen zu den Landtagen bzw. bei den Bundespräsidentenwahlen konnte die ÖVP bzw. der ÖVP-Kandidat ähnliche Ergebnisse unter den Bauern erzielen. Damit sind die Landwirte signifikant die Berufsgruppe, die überdurchschnittlich ÖVP wählt.

Die ökosoziale Agrarpolitik

Die Erhaltung der flächendeckenden Land- und Forstwirtschaft in Österreich und die Sicherung der bäuerlichen Betriebe ist das politische Leitbild des Bauernbundes und der Agrarpolitik der ÖVP. Zur Verwirklichung dieser Ziele wurde das Konzept der ökosozialen Agrarpolitik entwickelt, das inzwischen weit über Österreichs Grenzen hinaus Anerkennung gefunden hat. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Produktion, Verarbeitung und Vermarktung, Nachhaltigkeit, d. h. Rücksichtnahme auf die ökologischen Erfordernisse und sozial gerechte Rahmenbedingungen sind die Leitgedanken der ökosozialen Agrarpolitik.

Der Bauernbund bemüht sich in enger Zusammenarbeit mit Landwirtschaftsminister Mag. Wilhelm Molterer und den Verantwortlichen der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs aber auch unter Mithilfe der Europaabgeordneten Agens Schierhuber, die Interessen der österreichischen Landwirtschaft in Europa zu vertreten und durchzusetzen und darüber hinaus politische Grundvor-

Kammerwahlergebnisse und Urabstimmung:

Bundesland	Wahljahr	Wahlberechtigte	Anteil des ÖBB in % der gültigen Stimmen	Zustimmung zur Pflichtmitglied- schaft in %
Burgenland	1998	64.092	67,6 %	94,6 %
Kärnten	1996	47.384	46,7 %	88,5 %
Niederösterreich	1995	174.034	86,0 %	91,7 %
Oberösterreich	1997	142.563	73,7 %	89,9 %
Salzburg	1995	33.916	66,7 %	
Steiermark	1996	132.757	83,2 %	82,9 %
Tirol	1997	43.910	87,8 %	97,9 %
Vorarlberg	1996	15.379	80,2 %	85,9 %
Wien	1998	920	70,7 %	93,1 %
Österreich		654.955	73,6 %	90,6 %

stellungen des Bauernbundes (ökosoziale Agrarpolitik) als Modellvariante für die gemeinsame Agrarpolitik umzusetzen. Das vom Agrarministerrat diskutierte europäische Agrarmodell beruht in Grundsätzen auf dieser Positionen.

Die österreichische Land- und Forstwirtschaft ist - obwohl der Anteil der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft nur 4,5 % der Gesamtbeschäftigten ist und der Beitrag zum BIP nur noch 1,4 % beträgt - noch immer ein Wirtschaftsmotor. Im ländlichen Raum sind bis zu 20 % der tatsächlich in der Region berufstätigen Personen in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. Die Land- und Forstwirtschaft ist in den ländlichen Gemeinden für einen Großteil der Wertschöpfung verantwortlich. Darüber hinaus sichert der Agrar-komplex in Österreich ca. 20 % aller Arbeitsplätze und ist für 15 % des BIPs mitverantwortlich. Die Bedeutung des Agrar-komplexes ergibt sich nicht nur aus den gewerblichen und industriellen Bereichen, die Vorleistungen und Investitionsgüter (Betriebsmittel, Dienstleistungen) für die Landwirtschaft produzieren, sondern auch in den Wirtschaftsbereichen, die sich mit dem Verarbeiten, dem Transport, dem Handel und der Vermarktung land- und forstwirtschaftlicher Roh- und Verarbeitungsprodukte ergeben. Agrarpolitik und Regionalpolitik sind untrennbar miteinander verbunden. Wirtschaftliche Impulse für die Landwirtschaft sind damit auch wirtschaftliche Impulse für Beschäftigung und Wertschöpfung in vielen Regionen Österreichs.

Bilanz der ÖVP-Regierungsarbeit für die Bauern

Agrarpolitik

Seit 1.1.1955 ist die österreichische Landwirtschaft voll in die gemeinsame Agrarpolitik eingebunden. Kein Politikbereich ist auf europäischer Ebene so umfassend geregelt wie die Agrarpolitik. Aus diesem Grund wird ein beachtlicher Teil des EU-Budgets für die gemeinsame Agrarpolitik ausgegeben. Insgesamt wird in Europa weit weniger für die Landwirtschaft ausgegeben, als es die Zahlen des EU-Budgetes vermuten lassen würden. In Europa werden ca. 2 % der Mittel, die in öffentlichen

Haushalten budgetiert sind, für die Landwirtschaft ausgegeben (ca. 1,6 % der öffentlichen Mittel kommen dabei direkt den Landwirten zugute). Am BIP gemessen gibt die EU 0,6 % für die Landwirtschaft aus und liegt damit hinter den USA (0,65 % des BIPs).

Die agrarpolitischen Maßnahmen, die von Österreich rein national oder gemeinsam mit der EU finanziert werden sind aufgrund einer Vereinbarung zwischen Bund und Ländern mit 40 Mrd. Schilling zwischen 1995 und 1999 fixiert. Für die Periode 1999 bis 2002 wurde eine Verlängerung dieses 40-Mrd.-Paketes vereinbart. Durch die Kofinanzierung können so wichtige Maßnahmen wie das österreichische Programm für eine umweltgerechte Landwirtschaft (ÖPUL) und die Förderung der Landwirtschaft in den benachteiligten Gebieten gesichert werden. Zusätzlich stehen Mittel für Investitionen in tier- und umweltfreundliche Produktionsverfahren, neue Technologien und für Maßnahmen, die die körperliche Belastung der Bauern verringern, zur Verfügung.

Die Übernahme der gemeinsamen Agrarpolitik brachte es mit sich, daß die landwirtschaftlichen Preise für manche Produkte bis zu 50 % gefallen sind. Die Vorschläge der Agenda 2000 könnten weitere Preissenkungen bei Milch, Rindfleisch und Getreide bringen. Das derzeitige Ziel der gemeinsamen Agrarpolitik ist es, die europäischen Agrarprodukte auf den Weltmärkten wettbewerbsfähiger zu machen. Dieses Ziel soll durch eine Preissenkungs-politik erreicht werden. Da zu Weltmarktpreisen jedoch in Europa nicht produziert werden kann, sind direkte Ausgleichszahlungen vorgesehen, die sowohl die strukturellen Nachteile der EU-Landwirtschaft als auch die politisch verursachten Wettbewerbsverzerrungen ausgleichen sollen. Darüber hinaus sind die Mitgliedstaaten gefordert, Programme zu entwickeln, nach denen Umweltleistungen der Landwirtschaft, die zu den derzeitigen Marktpreisen nicht zu erbringen sind, gesondert abgegolten werden bzw. Programme für benachteiligte Gebiete zu gestalten. Österreich hat hierbei mit dem ÖPUL und der Förderung der Bergbauern und der Bauern in den benachteiligten Gebieten europaweit vorbildliche Maßnahmen gesetzt.

Um diese Preissenkungen und den sich daraus ergebenden betriebswirtschaftlichen Konsequenzen für die landwirtschaftlichen Betriebe etwas entgegen zu wirken, wurde Erzeugern landwirtschaftlicher Grunderzeugnisse von 1995 bis 1999 zusätzlich eine degressiv gestaltete Übergangsbeihilfe gewährt. Beihilfen wurden für alle Produkte bezahlt, die der gemeinsamen Agrarpolitik unterliegen und bei denen die Preisdifferenz zum Zeitpunkt des EU-Beitrittes mehr als 10 % betrug.

Seit dem EU-Beitritt wurden einige Gesetze, die Betriebsmittel und Produktionsbedingungen für die Landwirtschaft betreffen, dem EU-Recht angepaßt. Damit wurde in den Bereichen Saat- und Pflanzgut, Düngemittel, Pflanzenschutzmittel der freie Warenverkehr unter Beibehaltung der österreichischen Sicherheits- und Umweltschutzstandards erleichtert, und damit auch die Wettbewerbsposition der österreichischen Landwirtschaft verbessert.

Die 1995 beschlossene Weingesetznovelle brachte eine Anpassung an das EU-Recht und wesentliche Entbürokratisierungen. Anstatt der generellen Banderolenverpflichtung für die gesamte Weinmenge gibt es nur mehr dreimal jährlich Bestandsmeldungen an die zuständige Gemeinde. Die verpflichtende Verwendung der Banderole in allen ihren bisherigen Formen besteht nur mehr für in Österreich abgefüllten inländischen Qualitätswein.

Die Landwirtschaft wurde seit dem EU-Beitritt durch schwere wirtschaftliche Krisen erschüttert. Die BSE-Krise führte 1996/97 zu einem Vertrauensverlust der Verbraucher in Rindfleisch und damit zu einem Absatz- und Preisrückgang, der für die Rinderhalter Umsatz- und Einkommensverluste brachte. In einer Phase in der sich der Rindermarkt zu erholen begann, führte die „Prammer-Krise“ wieder zu Problemen am Markt.

Das zweite Halbjahr 1998 brachte einen Preiseinbruch bei Schweinen, der für viele Schweinezüchter und Mäster ruinös zu werden droht. Der Bauernbund konnte in diesen Fällen zusätzliche, nationale Mittel für die Betroffenen als Krisenhilfe sowie Kostenübernahmen im Tiergesundheitsbereich ausverhandeln.

Sozial- und Familienpolitik

Der Bauernbund hat in den vergangenen Jahren konsequent für die soziale Besserstellung bäuerlicher Familien gekämpft und vieles erreicht. Die Arbeit des Bauernbundes hat, obwohl sich die Landwirtschaft von den Einsparungen im Sozialbereich im Rahmen des von der Bundesregierung geschnürten Sparpaketes nicht ausklinken konnte, zu einer kontinuierlichen Ausweitung des Leistungsvolumens im Sozialbereich für die Bauern geführt. Beim Sparpaket war von allem Anfang klar, daß große Einsparungen nur in den großen Ausgabenblöcken (öffentlicher Dienst und Soziales) bewegt werden können. Die Landwirtschaft trägt ihren Teil dazu bei. Für die Bauern wurde, gleich wie in anderen Bereichen, der Beitragssatz in der Pensionsversicherung sowie das Anfallsalter für die vorzeitige Alterspension wegen Erwerbsunfähigkeit angehoben. Der Wegfall der beitragslosen Mitversicherung der in der Landwirtschaft tätigen Ehegatten von ASVG- oder GSVG-Versicherern forderte eine Gesamtreform der bäuerlichen Krankenversicherung. Die Reform der Krankenversicherung bringt damit auch die Einführung einer eigenen Bäuerinnen-Krankenversicherung analog der Bauernpensionsversicherung.

Krankenversicherung:

Im Rahmen dieser Reform wurde eine Vereinheitlichung des österreichischen Krankenversicherungswesens durchgesetzt. Leistungen aus der Krankenversicherung können von den österreichischen Bauern ab 1. Juli 1998 per Krankenschein in Anspruch genommen werden. Mit dem Krankenschein entfällt auch der 20-%ige Selbstbehalt für die Bauern. Die Abrechnung der in der bäuerlichen Krankenversicherung bezogenen Leistungen erfolgt in Zukunft über die Gebietskrankenkassen zu den für ASVG-Versicherten geltenden Tarifen. Damit konnte auch für die Bauern der Grundsatz „gleicher Preis für gleiche Leistung“ umgesetzt werden.

Diese Reform führt zu massiven Einsparungen bei den Verwaltungskosten in der bäuerlichen Sozialversicherung und bringt den Bauern eine Ersparnis von ca. 150 Mio. Schilling pro Jahr durch den Entfall des Selbstbehaltes. Im Bereich der bäuerlichen Sozialversicherung konnten auch andere wichtige Anliegen, wie eine verbes-

serte Anrechnung der Kindererziehungszeiten, die Erhöhung des Wochengeldes für Mütter aus dem bäuerlichen Bereich, die Absenkung des fiktiven Ausgedinges bei Ausgleichszulagenbeziehern durchgesetzt werden.

Unfallversicherung:

Ab 1. Jänner 1999 gilt eine neue Form der bäuerlichen Unfallversicherung. Diese Regelung bringt den aktiven Landwirten, die von einem Schicksalsschlag oder einem Unfall betroffen sind, hinsichtlich Leistungsinhalt und Leistungsvorfall wesentliche Verbesserungen.

Familiensteuerreform:

Die Familiensteuerreform wird in Etappen am 1. Jänner 1999 und am 1. Jänner 2000 in Kraft treten. Diese Steuerreform wird für Österreichs Familien schlußendlich 12,6 Mrd. Schilling zusätzlich bringen. Damit ist auch für die - oft kinderreichen - bäuerlichen Familien ein großer gesellschaftspolitischer Erfolg gelungen.

Steuerpolitik

Für kleinere und mittlere landwirtschaftliche Betriebe gibt es vereinfachte Verfahren zur Einkommenssteuerbemessung im Rahmen einer Vollpauschalierung bzw. in Form einer Einnahmen-Ausgaben-Rechnung mit pauschalierten Ausgabensätzen. Diese Verfahren sind unbürokratisch und sowohl für die Verwaltung als auch für den Landwirt einfach zu handhaben. Im Rahmen der Steuerreform 1999 fordert der Bauernbund eine Änderung der steuerlichen Rahmenbedingungen bei der Mineralölsteuer für in der Landwirtschaft genutzten Diesel sowie beim Berechnungssatz der Mehrwertsteuerpauschale (vereinfachte Methode der Umsatzsteuerermittlung), um für die österreichische Landwirtschaft hier Wettbewerbsgleichheit gegenüber Mitbewerbern in Europa zu erreichen.

Sonstige landwirtschaftsrelevante Politikbereiche

Tierschutz:

Tierschutz ist in Österreich grundsätzlich Landessache. Die Bundesländer haben sich zwecks Vereinheitlichung der Tierschutzstandards per Artikel 15a BVG-

Staatsvertrag zu EU-weit vorbildlichen und strengen Tierschutzstandards in der Landwirtschaft verpflichtet und dies durch Gesetze bzw. Verordnungen in ganz Österreich umgesetzt. Damit ist gewährleistet, daß in Österreich flächendeckend die EU-weit strengsten Tierschutzbestimmungen gelten. Gleichfalls ist eine Vereinheitlichung der Bestimmungen für Heim- und Haustiere für alle Bundesländer in der Umsetzung.

Unpraktikable, politisch motivierte und für die heimische Landwirtschaft ruinöse Lösungen, wie sie etwa die SPÖ und die Grünen in Vorschlägen für ein Bundes-tierschutzgesetz nach wie vor fordern, konnten bisher vom Bauernbund abgewehrt werden. Seit dem EU-Beitritt mußte auch der Tiertransport (Bundeskompetenz) EU-konform umgesetzt werden. Die Umsetzung eines Tiertransportgesetzes im Sinne des höchstmöglichen Tierschutzes scheiterte bisher am Verkehrsminister.

Wasserrecht:

Die Wasserrechtsnovelle 1997 brachte eine Entbürokratisierung ohne die hohen Schutzziele des Wasserrechtsgesetzes in Frage zu stellen oder zu relativieren. In Zusammenhang mit dem ÖPUL-Programm entstand damit eine Konstruktion, die die Wasserressourcen dauerhaft schützt. Mit der Novellierung des Wasserrechtes können nun Verfahren insbesondere hinsichtlich Kleinkläranlagen, Deponien, Hoftankstellen, rascher und unbürokratischer ablaufen.

Gewerbeordnung:

Die Novelle der Gewerbeordnung 1997 brachte auch für den bäuerlichen Bereich viele Neuerungen. Dafür ist bei der Direktvermarktung von weiterverarbeitenden landwirtschaftlichen Produkten von Beginn an eine Einnahmen/Ausgabenrechnung zu führen. Damit können vor allem kleine landwirtschaftliche Betriebe ein zweites Standbein aufbauen. Im Bereich der Direktvermarktung wurde der Zukauf von Produkten für die Herstellung von Direktvermarktungserzeugnissen erleichtert, sowie die Möglichkeiten zur Weiterverarbeitung verbessert. Die Be- und Verarbeitung kann jetzt auch im Wege der Lohnverarbeitung erfolgen (zB. Brotbacken beim Bäcker, Getreidemahlen in der Mühle). Im Gegenzug wird die Direkt-

vermarktung steuerlich strenger umfaßt. Insgesamt bringt die Novelle Vorteile für alle Beteiligten.

ELWOG:

Im 1998 beschlossenen Elektrizitäts- und Organisationsgesetz (ELWOG) ist nunmehr verankert, daß die Betreiber von Verteilernetzen mindestens 3 % des Stromes aus erneuerbaren Energiequellen einspeisen müssen. Für den ländlichen Raum und für die österreichischen Bauern eröffnen sich damit neue einkommenspolitische Zukunftschancen.

Aktivitäten des Bauernbundes

Bäuerinnenarbeit:

Bäuerinnen prägen die Gesellschaft im ländlichen Raum durch ihr Engagement und Verantwortungsbewußtsein. Eine Aufwertung des Berufes der Bäuerin und die Anerkennung ihrer Leistungen im gesellschaftlichen und sozialen Bereich ist daher mehr als gerechtfertigt. Der Österreichische Bauernbund hat daher die politische Arbeit mit den Bäuerinnen intensiviert. Die österreichischen Bäuerinnen beschäftigen sich - begleitet durch intensive Öffentlichkeitsarbeit - unter anderem mit der Kennzeichnung österreichischer Lebensmittel. Eine Flugzettel-Aktion in Verbindung mit Postern unter dem Motto „Wir Bäuerinnen danken diesem Einkaufsmarkt“ bildete im Herbst 1995 den Auftakt für österreichweite Aktionen in Zusammenarbeit mit den Handelsketten. Ziel dieser Initiative war die Aufklärung der Konsumenten im Hinblick auf das AMA-Gütesiegel. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Funktionärinnen-Ausbildung.

Jungbauern:

Die Jungbauernvertretung ist in Form eines eigenen Vereines, der Österreichischen Jungbauernschaft, aus dem Bauernbund ausgegliedert, um den Jungbauernvertretern im Bauernbund eine eigenständige und unabhängige Basis für Aktivitäten zu geben.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten der Österreichischen Jungbauernschaft liegt in der Organisation von Informationsseminaren und Tagungen zu aktuellen und agrarpolitischen Themen sowie in der Erarbeitung langfristiger agrarpolitischer Konzepte. Die

Österreichische Jungbauernschaft arbeitet auch gemeinsam mit der Österreichischen Landjugend im Rat der europäischen Junglandwirte (CEJA) mit und versucht so, das Leitbild der österreichischen Agrarpolitik, den bäuerlichen Betrieb, sowie den Gedanken der ökosozialen Agrarpolitik europaweit zu transportieren.

Publikationen:

Die agrarpolitische Monatszeitschrift „idk“ bietet den Mandataren, Funktionären und Mitarbeitern laufend aktuelle Informationen. Weiters publiziert der Bauernbund Broschüren zu aktuellen Themen. Durch die Wochen- und Monatszeitungen der Landesorganisationen werden regelmäßig alle Haushalte, in denen Bauernbundmitglieder wohnen, zu aktuellen Themen der Agrarpolitik und Themen, die den ländlichen Raum betreffen, informiert. Die Bauernbundzeitungen haben gemeinsam österreichweit eine Reichweite von rund 650.000 Personen.

Öffentlichkeitsarbeit:

Der Bauernbund nützt massiv Pressekonferenzen, um der Bevölkerung bäuerliche Anliegen näherzubringen. Darüber hinaus ist der Bauernbund bemüht, in regelmäßigen Abständen Arbeitskonferenzen der Chefredakteure der Landwirtschaftszeitungen abzuhalten, um eine bessere Koordinierung der Zusammenarbeit in der bäuerlichen Öffentlichkeit zu erreichen. Besonders wirksam waren bisher auch aktionistische Maßnahmen und Imagekampagnen.

Aktionen:

Zur Verdeutlichung der Anliegen des Bauernbundes wurden in den letzten Jahren eine Reihe von Aktionen durchgeführt. In einem Mix aus Protestmaßnahmen, Sympathiewerbung und Informations-tätigkeit sollen damit die Anliegen und Probleme der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes, insbesondere hinsichtlich der Reformen der gemeinsamen Agrarpolitik verdeutlicht werden. Derartige Maßnahmen waren unter anderem in Wien eine Demonstration mit 15.000 Bauern im November 1995, die „ArtAgraria“ unter dem Motto „Landwirtschaft ist ländliche Kultur“ zu Beginn der EU-Präsidentschaft Österreichs am 30. Juni / 1. Juli 1998 und eine Demonstration beim informellen Agrarministerrat in St. Wolfgang.

Politisches Umfeld

Der Zeitraum der vergangenen vier Jahre - seit dem letzten Bundesparteitag am 22. April 1995 - war geprägt durch gravierenden Veränderungen der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen:

- Die Vorbereitungen auf die *Europäische Währungsunion* erforderte einen Kraftakt in der Budgetpolitik. Dank ÖVP konnte seit 1996 eine Trendwende in Richtung Budgetkonsolidierung eingeleitet werden. Wenn auch vom Wähler nicht in erhofftem Ausmaß honoriert, war der „Schüssel-Ditz-Kurs“ ein entscheidender Beitrag zu dieser Entwicklung.
- Sozialpartnerinstitutionen und Interessenvertretungen gerieten zunehmend in *Legitimationskrisen*. Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammern stellten sich Mitgliederbefragungen, in denen letztlich eine überwältigende Zustimmung zu den gesetzlichen Vertretungen erzielt wurde.
- Eine intensive Auseinandersetzung um die künftige *Finanzierbarkeit des Sozialstaates* führte - auch im Rahmen der Budgetsanierung - zur Einleitung von Reformmaßnahmen. Die bedeutenste war sicher die Pensionsreform.
- Eine Reihe von *Wahlentscheidungen*, die von zahlreichen kommunalen und Landtagswahlen, der Nationalratswahl 1995 bis hin zur ersten Wahl zum Europaparlament reichten. Bei dieser Europawahl ging die ÖVP erstmals wieder als bundesweite stärkste Kraft hervor.
- Die heimischen Unternehmen hatten sich auf ein *geändertes Umfeld* einzustellen. Das Spannungsfeld reichte von Deregulierung und Liberalisierung bis zu Konzentrationstendenzen etwa im Handel.

Diese Faktoren stellen nicht nur Regierung und politische Parteien, sondern insbesondere auch eine Interessenvertretung wie den Wirtschaftsbund vor neue Herausforderungen.

Themen, Aktivitäten & Kampagnen

„Gegen-Steuern“ (1995): Sparen statt Verschwenden

Im Herbst 1995 startete der ÖWB im Vorfeld der Nationalratswahlen seine Kampagne „Gegen-Steuern“. Grundgedanke war ein Kurswechsel in der Steuer- und Budgetpolitik. Die Unterschiede zum Koalitionspartner sollten deutlich gemacht werden. Etwa sparen statt verschwenden, Reformen im Sozialbereich statt unfinanzierbarem Gließkannenprinzip und die Darstellung, daß Sozialdemokraten und erfolgreiches Wirtschaften Gegensätze sind („Damit Österreich nicht wie der Konsum geführt wird“).

„Stop der Gesetzesflut“ (1996): Mehr Rechte, weniger Gesetze

Entbürokratisierung ist seit jeher eines der Hauptthemen des Wirtschaftsbundes. Im Frühjahr 1996 führte der ÖWB die österreichweite Bürgerinitiative „Stop der Gesetzesflut“ durch. Mit Unterstützung der Landesorganisationen konnten 120.000 Unterschriften gesammelt werden, die von WB-Präsident Leopold Maderthaler am 23. Mai 1996 an Nationalratspräsident Heinz Fischer übergeben wurden.

Hauptforderungen der Initiative waren die Folgekostenberechnung von neuen Gesetzen für die Wirtschaft, eine bessere Verständlichkeit von Gesetzestexten und eine Rechtsbereinigung (Außerkräftsetzen von nicht mehr erforderlichen oder unzeitgemäßen Regelungen). Erste Erfolge im Bereich Entbürokratisierung wurden im neuen Anlagenrecht erzielt. Die Trendwende in der Gesetzesflut ist aber noch nicht eingetreten.

Erleichterungen für Kleinbetriebe bis zu 10 Mitarbeitern konnten auch beim umstrittenen Arbeitnehmerschutzgesetz erreicht werden.

Im Rahmen der Initiative „Stop der Gesetzesflut“ thematisierte der ÖWB 1998 auch die Problematik aushangpflichtiger Gesetze. „2000 Seiten sind genug“, forderte der Wirtschaftsbund eine Abschaffung der Aushangpflicht in allen Betriebsstätten.

New Public Management: Durch Verwaltungsreform den Standort sichern

Die Fortführung von "Stop der Gesetzesflut" war das im Oktober 1996 gestartete Projekt "New Public Management". Ziel war es dabei, den international bewährtesten Ansatz einer umfassenden Verwaltungsreform (Kundenorientierung, Leistungsorientierung, Kostenstellenrechnung, Controllingeinsatz) auch in Österreich umzusetzen und den überdimensionierten öffentlichen Sektor effizienter zu machen.

Bei diversen Veranstaltungen wurden in einer ersten Phase erfolgreiche Konzepte vorgestellt um Denkansätze für Österreich zu finden. So präsentierte beispielsweise die neuseeländische Finanzministerin Ruth Richardson die erfolgreichen Maßnahmen Neuseelands. Weiters konnten wichtige praktische Erkenntnisse von Schweizer Kantonspolitikern und Wissenschaftlern – die schon erste Erfahrungen sammelten – gewonnen werden.

Dem ÖWB ist es gelungen, New Public Management in der Öffentlichkeit und in der Politik zu thematisieren. Aus dem modischen Schlagwort entstanden durch die Initiativen des Wirtschaftsbundes auch erste Schritte in der Umsetzung. Selbst der sozialdemokratische Staatssekretär Wolfgang Ruttenstorfer hat Ansätze des New Public Management aufgegriffen und teilweise bereits verwirklicht bzw. zumindest geplant (etwa Globalbudgetierung).

„Aktion plus“ (1997): Unternehmen schaffen Lehrstellen, nicht die Politik

Im Herbst des Jahres erklärte die Regierung angesichts alarmierender Lehrlingszahlen die Jugendbeschäftigung zum „nationalen Anliegen“. Vor allem die SPÖ nahm sich medial des Themas an. Mit diversen „Hotlines“ und falschen Forderungen (etwa Verschulung der Ausbildung, Lehrlingsfonds) wollte die SPÖ neue Lehrstellen gewissermaßen veordnen. Der ÖWB startete daher die Lehrlings-„Aktion plus“. Damit sollte einerseits die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen gefördert werden (rund 3.500 neue Lehrstellen in 1.700 Ausbildungsbetrieben wurden im Rahmen der Initiative lukriert), andererseits ging es darum, jene Maßnahmen zu thematisieren, die Betriebe zur Ausbildung ermutigen, vor allem Entbü-

rokratisierung und gesetzliche Vereinfachungen (Liste verbotener Tätigkeiten, Schutzalter etc.)

„Wirtschaft(en) in der Gemeinde“ Neue Trends in der Kommunalpolitik

Wegen des Kurswechsels in der Budgetpolitik und als Folge der Finanzausgleichsgesetze sowie der Getränkesteuerdiskussion nahm sich der ÖWB des Themas Kommunalpolitik/ Gemeindefinanzierung an. Anstoß war vor allem die rasche Zunahme der Verschuldung der Gemeinden (1996: 77,5 Mrd., 1997: 84 Mrd. Schilling).

Um dieser dramatischen Entwicklung gegenzusteuern, zeigte der Wirtschaftsbund Alternativen zu herkömmlichen Finanzierungsmethoden auf. Viele Ideen dazu kamen von der *„Kommunalpolitischen Enquete“* in Schladming. Die zahlreichen anwesenden Bürgermeister und Unternehmer brachten dabei ihre Anliegen, Probleme und Lösungsvorschläge ein.

Hauptbeweggrund dabei war die Tatsache, daß wenn die Gemeinden kein Geld haben, sie auch keine vorteilhafte Standortinfrastruktur für Unternehmen zur Verfügung stellen können. Umgekehrt werden sich auch in solchen Regionen aufgrund der Standortnachteile keine Betriebe ansiedeln und so haben die Gemeinden keine Steuereinnahmen. Clusterbildung, neue Verwaltungsstrukturen und Betreibermodelle können dabei Abhilfe schaffen.

„Mensch und Wirtschaft – die Arbeit sichern“ (1998): Soziale Marktwirtschaft

Unter dem Motto "Mensch und Wirtschaft - die Arbeit sichern" und "Marktwirtschaft 2000" thematisierte der Wirtschaftsbund die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft in Österreich. Im europaweiten Richtungsstreit zwischen Rückkehr zu Interventionismus, staatlicher Steuerung und Beschäftigungsprogrammen auf der einen und Markt und Wettbewerb auf der anderen Seite sollte dargestellt werden, welche Reformen das Ordnungsmodell Marktwirt-



ÖWB-Präsident Abg. z. NR
Ing. Leopold Maderthaner

schaft braucht, um Arbeitsplätze zu schaffen. Neben einer PR-Kampagne „Mensch und Wirtschaft“ wurde anlässlich 50 Jahre Sozialer Marktwirtschaft in Österreich in der Wiener Hofburg der Kongreß „Marktwirtschaft 2000“ abgehalten. Unter den Referenten fanden sich Bundespräsident Thomas Klestil, Vizekanzler Wolfgang Schüssel und der ehemalige deutsche Forschungsminister Heinz Riesenhuber.

„Mehr netto - weniger brutto“ (1998): Lohnnebenkosten senken

In diesem Jahr thematisierte der ÖWB eines der Hauptanliegen der Unternehmer: die Senkung der Lohnnebenkosten. Diese Maßnahme wurde zwar bereits mehrfach von Regierungsvertretern versprochen, bislang aber nicht umgesetzt. Im Gegenteil: Nicht nur die Steuer- und Ab-



ÖWB-Generalsekretär
Dr. Reinhold Mitterlehner

gabenquote von 45 Prozent, sondern auch die durchschnittliche Belastung mit Lohnnebenkosten von fast 100 Prozent haben einen Höchstwert erreicht. Der ÖWB stellte unter dem Motto „Mehr netto, weniger brutto“ ein konkretes Maßnahmenpaket zur Senkung der Lohnnebenkosten vor. Schwerpunkte waren die Reform der Wohnbau-

förderung, die Aliquotierung des Urlaubsanspruches, eine private Versicherungspflicht für Freizeitunfälle und die Anrechnung einer Urlaubswoche auf Kuraufenthalte.

Nicht nur in den Medien, sondern auch in der politischen Diskussion hat der ÖWB dieses Thema „durchbringen“ können. In der Umsetzung aber scheitern viele der Maßnahmen bislang aber am Widerstand der SPÖ, des Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterkammer. Überwältigende Unterstützung erhielt die WB-Aktion von den Betroffenen: Von rund 65.000 im Rahmen der Initiative „Sag's per Fax“ angeschriebenen Unternehmerinnen und Unternehmern unterstützten etwa 15.000 die WB-Forderungen mittels Retourfax an die Bundesleitung. Dieses Echo ist nicht nur Auftrag an die Regierung, endlich konkrete Maßnahmen umzusetzen, sondern auch Bestätigung für den ÖWB, dieses Anliegen weiterhin zu thematisieren und auf Entlastungen zu drängen.

Der Wirtschaftsbund als gestaltende Kraft in den Wirtschaftskammern

WK-Wahlen: Zweidrittelmehrheit für ÖWB

Der Österreichische Wirtschaftsbund konnte als wahlwerbende Gruppe bei der *Wirtschaftskammerwahl* 1995 66,8 Prozent der abgegebenen Stimmen erreichen. Der Freie Wirtschaftsverband erzielte 9,9 Prozent und der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender erzielte 21,3 Prozent der Stimmen. Der ÖWB blieb demnach die mit Abstand stärkste Fraktion und damit auch die treibende Kraft bei der Kammerreform. Die *Mitgliederbefragung* zur gesetzlichen Interessenvertretung Ende 1996 brachte eine deutliche Zustimmung zur Pflichtmitgliedschaft in der WKÖ. Dies war eine Anerkennung des Reformprozesses in der WK und eine klare Niederlage für all jene, die die Unternehmervertretung schwächen oder abschaffen wollten.

Vorfeldorganisationen und Fonds des Wirtschaftsbundes

Management Club:

Bundesobmann:

Gen.Dir. Dr. Christian Sedlitzky

Stellvertreter:

Vizekanzler a. D. Dr. Erhard Busek,
NR-Präsident Dr. Heinrich Neisser

Generalsekretär: Mag. Martin Schwarz

Mitgliederzahl: ca. 5.000

Der Management Club des Österreichischen Wirtschaftsbundes ist die politische Vertretung für Führungskräfte und eine Kommunikations- und Informationsplattform für Manager.

Der Management Club hält österreichweit ca. 200 Veranstaltungen pro Jahr zu den verschiedensten Themen ab. Dazu gehören Podiumsdiskussionen, Betriebsbesichtigungen, Vorträge und Kurzpräsentationen, Clubabende und Vernissagen.

Frau in der Wirtschaft:

Bei der Bundestagung der "Frau in der Wirtschaft" am 21. Juni 1997 in Graz wurde Abg.z.NR Dr. Maria Fekter mit 96 % der abgegebenen Stimmen abermals zur Bundesvorsitzenden gewählt. Als Stellvertreterinnen wurden gewählt: BR Ilse Giesinger, Vizepräs. KommR Sonja Zwatzl und Erni Reinprecht.

Rudolf Sallinger-Fonds:

Der 1979 gegründete Fonds hat zum Ziel, Akademiker - die in ihren Arbeiten auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften überdurchschnittliche Leistungen erbringen und sich dabei mit mittelstandsrelevanten Themen befassen - zu unterstützen. Führende Wissenschaftler waren Preisträger (Univ.-Prof. Dr. Seicht, Univ.-Prof. Dr. Aiginger, Univ.-Prof. Tichy und Univ.-Prof. Mugler) und sind heute Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats dieses Fonds, der unter der Vorsitz von Univ. Prof. Dr. Streissler die Bewertung der eingereichten Arbeiten vornimmt. 1999 findet die 20. Preisverleihung statt. Etwa 320 Preisträger erhielten bisher rund 3,5 Millionen Schilling an Preisgeldern oder Ehrendiplome. Seit der Gründung unterstützen die großen österreichischen Geldinstitute "Österreichische Volksbanken AG" und "Raiffeisen Zentralbank" sowie der "Fachverband der Banken und Bankiers" diesen Fonds.



ÖWB-Vizepräsident
Patrizia Zoller-Frischauf



ÖWB-Vizepräsident
KommR Kurt Kaun



ÖWB-Vizepräsident
KommR Peter Mühlbacher



ÖWB-Vizepräsident
KommR Walter Nettig

Namen, Daten & Fakten

ÖWB-Präsidium

Der Österreichische Wirtschaftsbund hat bei seiner 15. ordentlichen Generalversammlung am 11. Oktober 1997 für die Periode bis 2001 sein neues Präsidium gewählt:

Präsident:

Abg. z. NR Ing. Leopold Maderthaner Wiedner Hauptstraße 63 1045 Wien

Vizepräsidenten:

Präs. KommR Kurt Kaun	Hessenplatz 3	4010 Linz
Präs. KommR Peter Mühlbacher	Körblergasse 111 - 113	8020 Graz
Präs. KommR Walter Nettig	Stubenring 8 - 10	1010 Wien
Patrizia Zoller-Frischauf	Schmelzergasse 14	6020 Innsbruck

Generalsekretär:

Dr. Reinhold Mitterlehner Mozartgasse 4 1041 Wien

Der ÖWB 1995 - 1999:

Übersicht über die Themen, Aktivitäten & Kampagnen

Jahr	Art	Slogan	Inhalt
1995	Kampagne	"Zeit für die Wende"	Nationalratswahl 1995
	Kampagne	"Gegen-Steuern"	Bürokratie, soziale Gerechtigkeit, Pensionen
1996	Kampagne	"Stop der Gesetzesflut"	Entbürokratisierung
	Kampagne	"Lehrlingsaktion Plus"	Lehrlingsausbildung
	Kampagne, Veranstaltung	"Dr. Paul Rübig: Ein Unternehmer für das Unternehmen Europa"	EU-Wahl
	Kampagne	"New Public Management"	Verwaltungsreform
1997	Veranstaltung	"New Public Management - Projekt Zukunft"	Verwaltungsreform
	Veranstaltung	"Wirtschaften in der Gemeinde"	Kommunalpolitik
	Kampagne, Veranstaltung	"Mensch und Wirtschaft - die Arbeit sichern"	Generalversammlung
	Veranstaltung	"Eine EU-Richtlinie die elektrisiert"	Strommarktliberalisierung
1998	Veranstaltung	"NPM - Vom Reden zum Handeln"	Verwaltungsreform
	Kamp., Kong., Buchpräs.	"Marktwirtschaft 2000 - Wirtschaft schafft Arbeit"	Nationaler Aktionsplan für Beschäftigung
	Veranstaltung	"NPM - Vom Reden zum Handeln II: Globalbudgets"	Verwaltungsreform
	Kampagne, Umfrage	"Lehrlingsaktion Plus II"	Lehrlingsausbildung
	Kampagne	"Wirtschaft für Thomas Klestil"	Bundespräsidentenwahl
	Fachtagung	Gemeinden im Wettbewerb	Verwaltungsreform
	Veranstaltung	"Alles neu macht das MAI"	Investitionsabkommen
	3 Veranstaltungen	"EU-Erweiterung - Chancen und Risiken"	EU-Erweiterung
	Veranstaltung	"Stiefkind Betriebsübernahme: Probleme und Lösungsansätze"	Betriebsübernahme
	Aktion	Aushangpflichtige Gesetze	Bürokratieabbau
	Workshop	"Benchmarking Unternehmensgründung"	Unternehmensgründung
	Veranstaltung	"Vorrang für Klein- und Mittelbetriebe"	Mittelstandspolitik
	Veranstaltung	"Neue Formen der Eigenkapitalfinanzierung"	Eigenkapitalfinanzierung
	Veranstaltung	"NPM - Vom Reden zum Handeln III: Best Practice für den Staat"	Verwaltungsreform
	Kamp., Umfrage, Enquete	"Mehr netto - weniger brutto"	Lohnnebenkosten
1999	Kampagne	Imagekampagne für Unternehmer	

Medien des ÖWB

□ "WB-Journal":

Dieses Hauptinformationsmedium der ÖWB-Bundesleitung stellt die aktuelle politische Arbeit des ÖWB und die Position zu aktuellen Themen ebenso dar wie erfolgreiche Unternehmer, neue Lösungsansätze und Meinungen von außen.

Seit Mitte 1995 sind 16 WB-Journale mit Themenschwerpunkten wie Steuerreform, Europa, Maut, Ladenöffnung, Chipkarte, Gewerbeordnung, New Public Management oder Marktwirtschaft 2000 erschienen.

□ "Topinformation":

Damit werden Funktionären rasch aktuelle Informationen zu aktuellen Themen angeboten. Unterstützt wird diese Schiene durch das "Wirtschaftstelegramm", das in Form von elektronischem Fax direkt an Funktionäre und Mitglieder versendet wird.

Seit dem letzten Bundesparteitag sind zu Themen wie WK-Wahl, Kammertag, Sozialpartnerschaft, Sparpakete, Maut, Betriebsanlagenrecht, Lehrlingsausbildung, Gewerbeordnung, Strommarkliberalisierung, New Public Management, MAI-Investitionsabkommen, Lohnnebenkosten etc. 19 Topinformationen erschienen.

□ "WB in Aktion":

In der Berichtsperiode sind 34 Publikationen unter dem Titel "WB in Aktion" erschienen. Neben dem jährlich regelmäßig erscheinenden "Steuer-service" wurden damit Themen wie WK-Wahl, Nationalratswahl, "Stop der Gesetzesflut", Management Club, Europawahl etc. angesprochen. Darüber hinaus wurden unter diesem Publikationstitel alle Veranstaltungseinladungen verschickt.

□ Publikationen:

Seit April 1995 erschienen 2 Bücher zu New Public Management, 1 Buch zur EU-Praxis für Klein- und Mittelbetriebe und 1 Buch zum Thema Marktwirtschaft 2000.

□ Presseaussendungen:

1997 wurden 74 Presseaussendungen, im Jahr 1998 89 Aussendungen versandt. Dies führte 1997 zu ca. 400 und 1998 zu ca. 500 Nennungen des ÖWB in den Medien.

ÖWB-Mitgliederstatistik

Landesgruppe	Ordentliche Mitglieder	A.o. Mitglieder	Familienmitglieder	Sonstige Mitglieder	Gesamt
Burgenland	4.669	82	390	-	5.141
Kärnten	3.586	492	285	-	4.363
Niederösterreich	18.996	33	9.654	-	28.683
Oberösterreich	8.086	947	1.780	2.741	13.554
Salzburg	5.404	1.339	-	-	6.747
Steiermark	8.064	917	1.200	2.894	13.075
Tirol	7.577	1.546	1.583	13	10.719
Vorarlberg	1.929	1.061	-	-	2.990
Wien	9.019	3.161	751	-	12.931
Gesamt	67.330	9.578	15.643	5.652	98.203

Österreichische Frauenbewegung (ÖFB)

Die vergangenen vier Jahre waren für die Frauenpolitik in Österreich eine große Herausforderung. Die Österreichische Frauenbewegung hat für die Frauen in Österreich viel erreicht und ist stolz darauf. Das Bewußtsein zur Gleichbehandlung der Frau ist wesentlich gestiegen und dadurch wurde manches erreicht, es ist aber noch unendlich viel zu tun.

Der Tätigkeitsbericht gliedert sich in drei Schwerpunkte:

- Gesetzliche Maßnahmen
- Politische Programme
- Politische Veranstaltungen

Gesetzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der österreichischen Frauen

Familiensteuerreform

Als sozial- und gesellschaftspolitisch wichtigste Maßnahme kann die Beschlußfassung der Familiensteuerreform bezeichnet werden. Ab dem Jahr 2000 erhält jede Familie insgesamt um 500.- öS mehr pro Kind, das sind 6.000.- öS mehr pro Jahr; der Mehrkindzuschlag ab dem dritten Kind für Familien mit einem Einkommen unter 42.000.- öS wird um weitere 200.- öS auf insgesamt 400.- öS angehoben. Die Ausbezahlung des Alleinverdiener/innen- und Alleinerzieher/innen-Absetzbetrages in voller Höhe von 5.000.- öS erfolgt bereits 1999.

Neben der steuerlichen Entlastung für Familien wurde ein „Familienpaket 2000“ vereinbart, das unter anderem eine Erhöhung des Karenzgeldes und die Ausdehnung der Schüler- und Lehrlingsfreifahrten auf die Strecke zwischen Internat und Wohnort enthält.

Durch eine Novellierung des Familienlastenausgleichsgesetzes wird seit dem 1.1.1997 ein Mutter-Kind-Paß-Bonus in Höhe von 2000 öS gewährt, um zusätzlich zum Angebot der kostenlosen Vorsorgeuntersuchungen für Schwangere und Kleinkinder einen finanziellen Anreiz für die Mutter-Kind-Paß-Untersuchungen zu schaffen.

Pensionsreform 2000

Ein wichtiger offener Punkt für die langfristige Sicherungstellung der Staatsfinanzen, aber auch für die Sicherung der Pensionen war die Pensionsreform. Die Pensionsreform im Bereich der gesetzlichen Sozialversicherung, der Beamten und der ÖBB stellen diese Zielsetzungen sicher und haben erstmals eine Harmonisierung aller wichtigen Pensionssysteme gebracht.

Die Kindererziehungszeiten werden durch Bindung der Bemessungsgrundlage an den Ausgleichszulagenrichtsatz für Alleinstehende höher bewertet.

Frauen bekommen ab dem Jahr 2000 für ihre Pensionen eine bessere Anrechnung der Zeit für die Kindererziehung: Die Bemessungsgrundlage für die Kindererziehungszeit wird um 35 Prozent von 6.500,- öS auf 8.100,- öS angehoben.

Schutz der Kinder vor sexueller Gewalt (Kinderpornographie)

Mit einem Dringlichen Antrag haben wir die Initiative zum Schutz unserer Kinder ergriffen. Unter anderem wurde die Strafbarkeit des Besitzes von Kinderpornographie wesentlich verschärft (bei gewerbsmäßigem Handel wurden die Strafen verdreifacht!).

Es wurde ein immaterielles Schadenersatzrecht für Opfer sexueller Handlungen geschaffen. Die zentrale Meldestelle zur Bekämpfung kinderpornographischer Inhalte im Internet wurde im BMI eingerichtet.

Wegweiserecht

Durch das Bundesgesetz gegen Gewalt in der Familie wurde ein Wegweiserecht für gewalttätige Familienmitglieder geschaffen bzw. verbessert.

Gleichstellung von Männern und Frauen im Bundesverfassungsgesetz

Durch eine Änderung im Bundesverfassungsgesetz bekennen sich Bund, Länder und Gemeinden zur tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau.

Novellierung des Gleichbehandlungsgesetzes

Regionalisierung der Gleichbehandlungs-anwaltschaft; Installierung von Gleich-behandlungsanwältinnen in den einzelnen Bundesländern.

Abschaffung des Nachtarbeitsverbotes für Frauen

Ab 1.1.1998 können die Kollektivvertrags-partner Ausnahmen vom Nachtarbeits-verbot für Frauen beschließen. Damit gibt es sowohl mehr Chancen für die Beschäf-tigung von Frauen, als auch eine Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der österreichi-schen Wirtschaft.

Freiwilliger Einsatz von Frauen beim Bundesheer

In einem Gesetz über die Ausbildung von Frauen beim Bundesheer wurde die Mög-lichkeit für Frauen geschaffen, auf freiwil-liger Basis den Dienst beim Bundesheer zu leisten. Dabei werden Frauen hinsicht-lich ihrer Möglichkeiten und Berufschan-zen mit den Männern gänzlich gleichge-stellt.

Zusätzliche politische Schwerpunk-te der ÖFB u.a.:

- *Tierschutz*: Bundeseinheitlicher Tier-schutz durch 15a Verträge Franz v. As-sisi Initiative für einen europaweiten Tier-schutz
- *Frauen gegen Atomkraft*: Aktivitäten gegen Mochovce, Bohunice und Temelin, sowie gegen Tschernobyl und K2 + R4.

Politische Programme

Frauenoffensive

Um Benachteiligungen von Frauen abzu-bauen und weitere konkrete Maßnahmen in die Wege zu leiten, sind Frauen auf dem Weg zur Selbständigkeit und Unabhängi-keit zu unterstützen. Die ÖVP strebt in ih-rer Frauenpolitik die wirtschaftliche und soziale Unabhängigkeit der Frauen an. Dieses bezieht sich sowohl auf den zwi-schenmenschlichen Bereich in der Ehe oder Partnerschaft als auch auf Berufs- und Arbeitsleben, Politik und Staat.

Frauenbildungsoffensive

Die Frauenbildungsoffensive 2000 soll Hilfe bei ersten Schritten in die Politik und beim Engagement in der Öffentlichkeit geben. Darüber hinaus sollen sich Frauen noch mehr als bisher gegenseitig vernetzen ler-nen und unterstützen, Berührungspunkte ab- und Selbstbewußtsein aufbauen.

Vorsorge statt Fürsorge (ÖVP-Forde-rungen zum Frauenvolksbegehren)

- Flexible Lebens-Arbeitszeiten
- Eliminierung der Einkommensunter-schiede Mann - Frau
- Bessere pensionsrechtliche Absicherung der Frauen
- Steuerliche Absetzbarkeit der Kinderbe-treuung

Frauenmanifest (Leitantrag der ÖFB am 17.o.Bundestag)

Wer an der Wende zum 21.Jahrhundert in Gesellschaft und Staat, in Politik und Wirt-schaft erfolgreich sein will, kann auf eine starke Repräsentanz von Frauen nicht ver-zichten.

Frauen mit politischer Verantwortung ste-hen längst mitten im Prozeß der gesell-schaftlichen, wirtschaftlichen und sozia-len Entwicklungen und verändern Stil und Inhalt der Politik.

Frauen verändern die Qualität der Politik:

Wir Frauen legen Wert auf Ergebnisse, auf flexible und innovative Problemlösungen, auf sachbezogenes und ganzheitliches Denken, eigenverantwortliches und selb-ständiges Engagement und eine auf Part-nerschaft und Gleichberechtigung orien-tierte Politik.

Frauen wollen ein partnerschaftliches Lebensmodell auf allen Ebenen. Frauen wollen nicht nur Familie der oder nur Kar-riere, sie wollen beides miteinander ver-einbaren können.

Langfassungen dieser Papiere sind anzu-fordern unter der e-mail-Adresse:
pai@oevp.or.at oder bei der Bundesleitung der Österreichischen Frauenbewegung,
1010 Wien, Lichtenfelsgasse 7.

- Enquete „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“
- Frauenbildungsinitiative (österreichweit 209 Veranstaltungen)
- EURO-Informationsveranstaltungen (bundesweit 60 Veranstaltungen)
- Frauenkongreß in Salzburg
- Seminarreihe Gläserne Decke (gemeinsam mit der Schumacher Stiftung)
 - Klinikchefinnen
 - Journalistinnen
 - Vorstandsdirektorinnen von Banken und Versicherungen
 - Hohe Beamtinnen
 - Journalistinnen
 - Schulaufsicht
 - Univ.Professorinnen
 - Juristinnen
 - Bürgermeisterinnen
- Europa-Parlamentswahlen „Frauen für Europa“ (Veranstaltungen in jedem Bundesland)
- Wir Frauen im ländlichen Raum
- Wir Unternehmerinnen
- Mitveranstalterinnen beim Journalistinnenkongreß

Weiters setzte sich die Frauenbewegung für eine stärkere Vertretung der Frauen in allen politischen und gesellschaftlich relevanten Gremien ein.

Die vorangeführten Aktionen wurden durch zahlreiche Presseaussendungen, Pressekonferenzen und andere Medienkontakte ergänzt und begleitet. Darüber hinaus wurden alle unsere Aktivitäten selbstverständlich auch in unserer Zeitschrift „Die Österreichische Frau“ (erscheint viermal jährlich) dokumentiert.

Zu guter Letzt noch eine kurze Auflistung unserer statutengemäßen organisatorischen Versammlungen:

13 Vorstandssitzungen

4 Landesgeschäftsführerinnenkonferenzen

Seminare - Schulungen - Tagungen

- Selbstbewusstsein - ein Schlüssel, der alle Türen öffnet
- Personal Design - Es gibt keine 2. Chance für den 1. Eindruck
- Rhetorik I - Ein Grundseminar speziell für „Sie“
- Rhetorik II - Führen durch das Gespräch
- Diskutieren - Argumentieren
- Umgang mit Konflikten
- Das Werkzeug einer Politikerin - praxisnah
- Das Programm der ÖVP - überzeugend und kompetent präsentieren
- Persönliches Werbematerial entwickeln
- Besprechungen und Sitzungen effizient leiten
- Rhetorik III - Powertalking - die Sprache zum Erfolg

Insgesamt 29 Seminare im Rahmen der Frauenbildungsinitiative

Politische Veranstaltungen

- 20 Jahre Frauenbewegung Wimpasing
- Besuch der OG Leithaprodersdorf im Parlament
- Planquadrat Mattersburg
- Besuch Andau
- BM Dr.Fasslabend im Bezirk Eisenstadt
- BM Mag.Molterer im Bezirk Neusiedl am See
- BM a.D. Dr. Ditz im Bezirk Eisenstadt
- Frauenkonferenz im Bezirk Neusiedl am See
- Veranstaltung mit Dr.Klaus Liebscher, Gouverneur der Österr.Nationalbank, zum Thema „Stabiler Schilling - stabiler EURO“
- Diskussionsveranstaltung mit EU-Abg. Ursula Stenzel „EU-Erweiterung“ (historischer Auftrag und Chance für Österreich)
- Dorfkongress mit Gemeinderätinnen anlässlich der Gemeinderatswahlen
- Veranstaltung in Oberwart zum Thema „Die soziale Stellung der Frau im Südburgenland“
 - Frauenbildung im Umbruch
 - Muttersein - ein Lebensprogramm ?
 - Frauen als sozialer Klebstoff des ländlichen Raumes
 - Perspektiven

- EURO-Veranstaltungen des Frauen- und Familienforums in allen Bezirken
- Veranstaltungen mit BM Dr. Martin Bartenstein zum Thema „Familienreform 1998 - eine Sternstunde für die Familie“
- Frauenstammtische
- Landesleitungssitzungen
- Vorstandssitzungen
- Diverse o. Bezirksstage mit Neuwahlen
- Bezirksleitungssitzungen
- Jahreshauptversammlungen
- Versammlungen auf Orts- und Bezirksebene
- Gründung von drei neuen Ortsgruppen
- Bildung von Partnergemeinden in den Bezirken

Aktionen

- Benefizkonzert für ein Schulprojekt in Nigeria
- Landesvolkstanzfest in Müllendorf
- Kathreinkränzchen in Purbach
- Ganslessen in Lockenhaus
- Besuch des Casino Baden
- Tamburizza-Ball in Osip
- Jährliche Erholungswochen im Kurhotel Dr. Stühlinger
- Erstellung einer landesweiten Prozentaktion für Mitglieder der Frauenbewegung
- Modeschauen
- Aufkauf einer Vorstellung der Komödie am Kai
- Besuch der Ausstellung von William Turner im Kunstforum der Länderbank
- Besuch der Bruegel-Ausstellung im Kunsthistorischen Museum
- Frühlingsfest der ÖFB
- Besuch aller Krankenhäuser des Burgenlandes anlässlich des Muttertages und zu Weihnachten
- Muttertagsausflüge in allen Bezirken
- Besuch von Muttertagsfeiern der Landesleiterin
- Jährliches Preisschnapsen für die KÖF

Pressekonferenzen und Presseaus-sendungen zu aktuellen Themen

Kärnten

Schwerpunkthemen

- 1995 Frau und Recht
- 1996 Jahr der Sicherheit
- 1997 Jahr der Bildung
- 1998 Jahr des Kindes
- 1999 Leben in Kärnten

Seminare - Schulungen - Tagungen

1995

- Arbeitskreis Frauenbewegung NEU: Erarbeitung eines neuen Status und Präsentation des neuen Logos.

1996

- Referentenmappe „Sicher ist sicher“-Vorträge und Veranstaltungen zum Thema Sicherheit
- Arbeitskreis „Kunde-Produkt-Organisationsleitung“ mit Dr. Beatrice Pacher-Beck, Suchard Bludenz
- Arbeitskreis „Die Frauenbewegung als Unternehmen“
- Landesvorstandsklausur

1997

- Arbeitskreis „Gemeinderatswerbemittel für unsere Kandidatinnen“
- Vortrag und Diskussion mit Primarius Dr. Scholz zum Thema Drogenmissbrauch

1998

- Vortrag zum Thema „Familiensteuer“
- Vortrag und Diskussion zum Thema Ehe- und Familienrecht
- Seminar „Führungsverhalten für die Frau in der Politik“
- Ausbildungsseminar zum Thema „Familienpolitik“ in Wien

Politische Veranstaltungen

1995

- EU-Gespräch mit BM a.D. Dr. Alois Mock
- 50-Jahr-Feier Österr. Frauenbewegung Kärnten mit BM a.D. Dr. Marilies Flemming, Präsidentin Tichy-Schreder, LH Dr. Christof Zernatto und Generalsekretärin Gertraud Pörtl

1996

- Landesvorstandssitzung mit CO Ferdinand Sablatnik und LGF Robert Mack sowie als Fachreferenten Dr. Prescharn und Dr. Brandesky von der Kinderchirurgischen Abteilung des LH Klagenfurt
- Landesvorstandssitzung mit GS Abg.z.NR Maria Rauch-Kallat und EU-Abg. Agnes Schierhuber als Referenten zu aktuellen politischen Themen
- Landesvorstandssitzung mit Dr. Hubert Pirker „Bericht über die EU-Wahl“
- Kindergartenenquête in Wolfsberg: „Kinderbetreuungseinrichtungen im ländlichen Raum“

- Pörtlachacher Frauengespräche „Warum wir Frauen für Europa sind“ - Auftaktveranstaltung zur EU-Wahl

1997

- Gemeinderatswahlkampf 1997 mit eigenen Werbemitteln der Kärntner Frauenbewegung für die Kandidatinnen
- 12. Ordentlicher Landesfrauentag mit LH Dr. Christof Zernatto, BM Dr. Martin Bartenstein und Abg. z. NR Dr. Gertrude Brinek
- Abg. z. NR Edeltraud Gatterer wird als Landesleiterin wiedergewählt

1998

- Teilnahme am familienpolitischen Kongress „Wert(e)volle Familie“
- Bezirksfrauentag Spittal/Drau: Christine Moser wird zur neuen Bezirksobfrau gewählt
- Bezirksfrauentag St. Veit a. d. Glan: GR Erna Printscher wird zur neuen Bezirksobfrau gewählt

1999

- Neujahrsempfang der Landesleitung mit LH Dr. Christof Zernatto und den Kandidatinnen für die Landtagswahl
- Besuch der Bundesleiterin GS NR Maria Rauch-Kallat - gemeinsame Pressekonferenz mit LL NR Edeltraud Gatterer, Landesvorstandssitzung und 5 Uhr-Tee der Frauenbewegung St. Veit mit den Bezirkskandidaten zur Landtagswahl

Aktionen

1995

- Nationalratswahl 1995: Gewinnspiel der FB Kärnten „Wer wird der nächste Bundeskanzler?“

1996

- Fraueninformationsbus der ÖVP in Kärntens Bezirksstädten
- Kultursommer der Frauenbewegung Kärnten
- Unterschriftenaktion „Verpflichtende Kennzeichnung genmanipulierter Lebensmittel“

1997

- Romreise der Kärntner Frauenbewegung
- Besuch der Landesausstellung „Alles Jagd“ in Ferlach
- Stift Eberndorf „Lysistrate“ - Komödie des Aristophanes
- Veronafahrt mit Rahmenprogramm

1998

- Besuch des SOS Kinderdorfes in Moosburg
- Start der Bürgerinitiative „Schaut nicht weg“ zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor sexuellem Missbrauch
- Unterschriftenaktion in allen Bezirksstädten
- Verteilaktion am Landesparteitag
- Großer Aktionstag in allen Bezirksstädten zum Internationalen Tag der Familie, Unterschriftenaktion und Verteilung von Informationsbroschüren
- 77.000 Unterschriften der Aktion „Schaut nicht weg“ konnten dem Präsidenten des Nationalrates übergeben werden, 12.00 allein aus Kärnten
- Kultursommer 98:
 - Komödienfestspiele auf Schloss Porcia
 - Stift Eberndorf - Südkärntner Sommerspiele
 - Veronareise „Tosca“
- Teilnahme an der Podiumsdiskussion „Gewalt in den Medien“ - im Rahmen der Europäischen Frauen-Union in Velden
- Gemeinsame Fahrt zum Frauenkongress nach Salzburg
- Kindersicherheitswoche - „Sicher groß werden“ Verteil- und Informationsaktion in allen Bezirksstädten
- Mitgliederbesuchsaktion „Danke“ in Vorbereitung auf die Landtagswahl
- Teilnahme am 17. o. Bundesfrauentag in Bad Waltersdorf
- Wienfahrt der Frauenbewegung mit Besuch des Parlaments und kulturellem Rahmenprogramm

Veranstaltungen auf Bezirksebene

- Gemeinsamer jährlicher Bezirkswandertag der FB Völkermarkt, Wolfsberg und St. Veit
- Jährliche mehrtägige Kinderakademie der FB Feldkirchen
- Familiensonntag der FB St. Veit mit Grillfest und Vatertagsüberraschung
- Großer Umweltflohmarkt der FB Feldkirchen
- Finkensteiner Jugendparade '98 von Kindern - für Kinder - mit Kindern
- Neujahrstreffen
- Maskenbälle und Kinderfasching
- Osterbasare
- Muttertagsbasteln und Muttertagsfeiern
- Badefahrten, Familienwandertage, Radausflüge

- Vorträge Seminare z.B.
 - Alternative Heilmethoden, Mondphasen
 - „Ihr Auftritt Frau Gemeinderätin“
 - Rhetorik und Präsentation
 - AGO Seminar für den Familienausschuss
- Advent- und Weihnachtsbasare für karitative Zwecke
- Diverse Bestandsjubiläen, Jahreshauptversammlungen und Podiumsdiskussionen
- Kulturveranstaltungen wie Theater-, Museums- und Ausstellungsbesuche

Pressekonferenzen und Presseaus-sendungen zu aktuellen Themen

Niederösterreich

Seminare - Schulungen - Tagungen

- Seminarreihe „Frauen - Power“ in allen Bezirken
- Rhetorik- und Motivations - Seminare
- Schulung der Junggemeinderätinnen
- Medienseminare für alle Landtags-kandidatinnen
- Landesleitungskonferenzen
- Bezirksleiterinnen - Konferenzen
- Klausurtagungen des Landesvorstandes

Politische Veranstaltungen - Aktionen - Enqueten

- Landesveranstaltung „Leben mit Politik - Leben für Politik“
- Landesveranstaltung „aufmüpfig & angepasst“
- Viertelskonferenzen zur LTW „Ein Land geht seinen Weg“
- Viertelskonferenzen zum Thema „Frau und Recht“
- Viertelskonferenzen:
 - „Gentechnik“
 - „Gesundheitsvorsorge“
 - „Drogen - Gefahr für unsere Kinder“
 - „Tagesmütteraktion“
- EURO-Veranstaltungen und Infos in allen Bezirken
- EUROBUS
- Europakonferenzen:
 - Wirtschaftliche Sicherheit in Europa
 - Soziale Sicherheit in Europa
 - Mitwirkungsmöglichkeiten eines Abgeordneten im Parlament
- Informationsabende zum NÖ - Kindergarten-gesetz
- Aktionstage in allen Bezirken „Schaut nicht weg“

- Kaminesgespräche zum Frauenvolksbegehren in allen Gemeinden
- Unterschriftenaktion „Gegen sexuelle Gewalt an Kindern“
- Informationsabende zum LT-Wahlrecht
- diverse Veranstaltungen und Aktionen zur NR-Wahl, EU-Wahl und LT-Wahl
- Aktion „Sicherer Schulweg“
- Diverse Informationsabende der Landesleiterin und Landesgeschäftsführerin in Bezirks- und Ortsgruppen zu aktuellen politischen Themen
- wöchentliche Sprechstunden der Landesleiterin
- kostenlose Rechtsberatung
- Mitgliederwerbeaktion

Kultur- und Sozialprojekte

- sechs Vorstellungen in der Wiener Volksoper mit je 1.400 Besuchern
 - 1996 „Der Zigeunerbaron“
 - „Land des Lächelns“
 - 1997 „Eine Nacht in Venedig“
 - „Der fidele Bauer“
 - 1998 „Kiss me Kate“
 - „Ein Walzertraum“
- Kabarettabende mit FILIUS & WLACH in allen Bezirken
- Aktion „Punschstände“ in allen Ortsgruppen
- Haussammlung für die Soforthilfe niederösterreichischer Frauen - finanzielle Unterstützung für in Not geratene niederösterreichische Familien

Publikationen und Aussendungen

- Vierteljährliche Ausgabe unserer Informationszeitung „Blickpunkt“
- Rundschreiben an alle Funktionärinnen der NÖ-Frauenbewegung
- Frauenfolder für LT-Wahl
- Informationsheft „Frauenvolksbegehren“

Oberösterreich

Konferenzen - Arbeits- und Klausur-tagungen

- Landesweites Gemeinderätinnentreffen zum Thema Dorfentwicklung - Ortsentwicklung aus weiblicher Sicht
- Landestag der Frauenbewegung
- Zweitägige Klausurtagung zur Erstellung eines Zukunftsprogrammes
- Gemeinderätinnentreffen zum Thema „Aktive Familienpolitik“

Veranstaltungen - Aktionen - Arbeitskreise

- Aktion „Der sichere Schulweg“
- Familienausschüsse in den Gemeinden
- Mehrfachnutzung der Mutterberatungsstellen
- Gesprächsrunden „Politik bei uns daheim“
- „Frauen setzen Taten“
- sieben zweitägige Großveranstaltungen unter dem Titel „Frauentage“
- Service für Haushalt und Familie
Einrichtung von Dienstleistungszentren
- Einkaufen mit dem EURO - 17 Bezirksveranstaltungen
- Unterschriftenaktion „Schaut nicht weg“
- sammeln von 40.000 Unterschriften zum Schutz der Kindern und Jugendlichen vor sexuellem Mißbrauch

Landesweite Ausstellungen

- Wanderausstellung „Wir stehen zur Sicherheit“
- Wanderausstellung „Sicherheit durch Impfen“

Oö. Frauentag - „FESTival der Frauen“

- Unter dem Titel „FESTival der Frauen“ wurden an einem Tag landesweit 150 Veranstaltungen von und mit Frauen durchgeführt

Wahlwerbungen

Nationalratswahl 1995

- Gesprächsrunden „Politik bei uns daheim“: Verteilaktion und Canvassingsstände, Informationsveranstaltungen

Landtags- und Gemeinderatswahl 1997

- Durchführung von 400 Kleingruppengesprächen in den Gemeinden Organisation und Durchführung von 15 Musical-Shows mit insgesamt 10.000 Besucherinnen

Arbeitsschwerpunkte

Arbeit, Europa, Familie und Soziales

Seminare und Schulungen

- „Frau Gemeinderätin - Ihr Auftritt bitte“ Teil 1, Teil 2
- Erfolgreiche Sitzungen durch richtige Präsentation
- Erfolgreiche Organisation
- Die Grundsätze der ÖVP

- Finanzierungsmöglichkeiten für Frauenprojekte in der EU
- Installierung der Reformgruppe „ÖFB neu“
- Wochenendseminar „Politische Strategien für Frauen“
- Veränderungsmanagement I
- 3-Tagessseminar „Mit neuen Perspektiven in die Zukunft“
- Beginn einer landesweiten Bildungsoffensive - 12 Bezirksseminare

EU-Projekt

„Chancen heute“ - Ein Projekt für Frauen und Unternehmen

Sozialprojekte

- Hilfsprojekt für Frauen im ehemaligen Jugoslawien
- Unterstützung eines Frauenprojektes in Brasilien

Medienkampagne

OÖ. Trendfrau 1997 - Wahl von 17 Bezirks-siegerinnen

Zeitungen und Broschüren

- „Die Linie“ - vierteljährlich erscheinende Zeitung der OÖ.Frauenbewegung
- Mittwoch-Info - wöchentliche Aussen-dungen an die Landesleitungsmitglieder
- Broschüre „Wir stehen zur Sicherheit“
- Broschüre „Sicherheit durch Impfen“
- Projektmappe „Chancen heute“
- „Frauen setzen Taten“ - Rezeptesam-lung
- Kleinbroschüre „Wir Frauen bewegen das Land“
Klare Worte zu unseren Werten
- Das Frauenprogramm der OÖ Volkspartei

Pressekonzferenzen und Presseaus-sendungen zu aktuellen Themen

Salzburg

Seminare - Schulungen - Tagungen

- Selbstvertrauen in allen Lebenslagen
- Grundbegriffe der Kommunikation
- Rhetorik- und Argumentationstraining
- Sicheres Argumentieren - Männer-, Frau-ensprache
- Diskutieren und Argumentieren

- Führen durch das Gespräch
- Führung von Gruppen und politische Motivation
- Sitzungen effizient leiten
- Umgang mit Konflikten
- Sicherheit durch fachliche Qualifikation (die neue Gemeindeordnung)
- Presseseminar für die Bezirkspressereferentinnen von Landespressereferent Raphael Draschta
- Spezialseminar für die Pressereferentinnen aus allen Bezirken mit Mag. Heide Schausberger zur Gestaltung der SVZ-Beilage „Die Salzburger Frau“
- Verantwortung in Staat und Gesellschaft. Das Programm der ÖVP
- Erste Schritte im Internet

Seminarreihe Erfolg '99 in Zusammenarbeit mit der Polak

- Selbstbewusstsein
- Personal Design „Es gibt keine zweite Chance für den ersten Eindruck“
- Grundlagen der Gemeindeführung
- Grundzüge der Öffentlichkeits- und Pressearbeit mit Mag. Ulrike Julinek
- Rhetorik

Politische Veranstaltungen - Aktionen - Enqueten

- „Die Auswirkungen des EU-Beitritts auf unser Konsumverhalten“
- Gleichbehandlungsgesetz - Vergleich Österreich und EU
- „Mit Sicherheit für Europa“ mit Stenzel, Habsburg, Schierhuber, Dr. Flemming
- „Der Euro - die neue Währung Europas“ mit Nationalbankpräsidentin a.D. Dkfm. Dr. Maria Schaumayer und Staatssekretärin Dr. Benita-Maria Ferrero-Waldner
- „Europaparlament - wozu?“
- „Mit Sicherheit für Europa“
- Brüsselreise 17. Bis 20. April 1997 (Parlamentsführung, Vorträge und Diskussionen zu den Themen Unternehmens- und Beschäftigungspolitik der EU, Landwirtschafts- und Regionalpolitik, Besichtigung von Brügge und Gent)
- VIP-Treffen im Österreichischen Hof mit Ursula Stenzel
- Familienenquete „Neue Wege in die Familienpolitik“ (steuerfreies Existenzminimum, Versorgungsausgleich und Betreuungsscheck) Referenten: BM Dr. Martin Bartenstein, LH-Stv. Dr. Arno Gasteiger, Mag. Roswitha Pettliczek-

Koller (Sozialversicherung), Dr. Andreas Kresbach, Dr. Ewald Filler, Dr. Romana Widhalm

- „Fiskus & Familie“ mit BM Dr. Bartenstein
- „Wir Unternehmerinnen“ mit GS Abg. z. NR Maria Rauch-Kallat, Abg. z. NR Ingrid Tichy-Schreder und MdEP Ursula Stenzel
- Kontakte und Treffen mit CSU-Frauen aus München und Traunstein
- Infostände auf der Salzburger Schranne und am Alten Markt zur Unterschriftenaktion „Schaut nicht weg - sagt ja“
- diverse Verteilaktionen zur Proporzabstimmung
- Frauengespräche: Tagesgebetungsgesetz, Kinderbetreuungsscheck, Salzburger Familienförderung, Wiedereinstieg, Pensionsrecht, Frauenvolksbegehren, Frauenpolitik in der EU, Gedankenaustausch der Gemeindevertreterinnen, Frau und Gesundheit, Risikofaktor Hausfrau (wie komme ich zu meiner eigenen Pension), Änderungen im Salzburger Sozialhilfegesetz, Salzburg Raumordnungsgesetz, Europaparlamentswahl
- Ortsleiterinnentagungen u.a. mit LH Dr. Franz Schausberger, mit Generalvikar Univ. Prof. Dr. Hans Paarhammer, mit Europaparlamentsabgeordneter Agnes Schierhuber, mit Dr. Helmuth Schattovits
- Bundesfrauenkongress „Handeln statt Jammern“
- Landesvorstandssitzungen zu den Themen Sekten, „Die neuesten Trends und Werteveränderung in unserer Gesellschaft in Zusammenhang mit Fraueninteressen“ mit Dr. Werner Beutelmeyer vom Market-Institut Linz, Frauenvolksbegehren, Arbeitsplatz Bauernhof, die Arbeit des Familienreferats des Landes Salzburg, gesunde Gemeinden, Salzburger Jugendförderungsgesetz, Zukunftsforum Salzburg, Pensionsversicherung für Frauen, Landtagswahlkampf 99, Proporzabstimmung 98
- Landesvorstandsklausuren mit Doris Kruschitz

Kultur- und Sozialprojekte

- Kulturveranstaltungen mit Theaterbesuch (Landtagsbesichtigung, spezielle Stadtführung)
- Initiativen des Freundeskreises für Behinderte der Salzburger Frauenbewegung (Flohmärkte, Behindertenausflüge, Ausstellungen..)

- Gesundheitsvorträge (Brustkrebsvorsorge, Venenvorsorge, Gesunde Gemeinde)
- Schülerlotsenfeiern in Zusammenarbeit mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit
- Einrichtung einer Babysitterbörse (bereits 150 Babysitter im ganzen Land Salzburg), Babysitter-Ausbildungen in Zusammenarbeit mit dem Salzburger Hilfswerk
- Vernissagen im ÖVP-Haus mit jungen Salzburger Künstlerinnen
- Empfang bei LH Dr. Franz Schausberger anlässlich der Mitgliederwerbeaktion für die drei Gewinnerortsgruppen
- Neujahrsempfang der Ortsleiterinnen

Bezirksveranstaltungen

- „Grundlagen der Anlagepolitik“
- „Mehr Handlungskompetenz für Frauen im Finanzbereich“
- „Der neue Weg der Salzburger Festspiele“ mit Präs. Dr. Helga Rabl-Stadler
- „Kinderbetreuungsscheck“
- „Das neue Baurecht“ mit KO Ing. Georg Griessner
- „Frauenvolksbegehren“ mit Landesgeschäftsführerin Mag. Gerlinde Rogatsch
- „Wiedereinstieg in den Beruf“
- „Arbeitsmarktsituation für Frauen im Lammertal“
- Trachtenschauen: „Unser Gwand, unser Musi, unser Sprach“, „Made in da Hoamat“
- „Was ins g'freit ... Pongauerisch Singa, Tanzn und Essn wia's da Brauch is“ mit Philipp Meikl
- „Tagesbetreuung/Tagesmütter im Tennengau“ mit dem Salzburger Hilfswerk
- „EU-Frauenprojekte“
- „Neues aus Brüssel“ mit MdEP Ursula Stenzel
- Euro-Veranstaltungen in der Stadt Salzburg (Aigen, Leopoldskron, Liefering), im Pongau und im Flachgau
- „Wirtschaft und Schule - Berufschancen im Pongau“
- 50 Jahre ÖVP-Frauen
- Frauenförderungsprogramm
- Lungauer Frühlingsmusizieren
- „Heilkräuter für die Gesundheit“ mit Kräuterpfarrer Weidinger
- „Wie sehen Ihre Beine aus?“ mit Dr. Andreas Gericke
- „Gesundheitsvorsorge für die Frau“ mit Prim. Dr. Christian Menzel

- „Möglichkeiten und Grenzen der modernen, sanften, ästhetischen Chirurgie“
- „Satanismus, Okkultismus - Gefahren nicht nur für Jugendliche“
- „Keine Macht den Drogen“
- „Die Frau - Hoffnung für die Kirche?“ mit Pater Hager und Pater Laireiter
- Ökumenischer Dankgottesdienst anlässlich des Kriegsendes vor 50 Jahren
- „Kinder- und Familienolympiade“ in Maishofen
- „Mehr Steuergerechtigkeit für Familien“ mit BM Dr. Martin Bartenstein
- Altstadtarbeitskreis „18 Ideen für eine lebendige Altstadt“ geleitet von GR Dr. Linde Vegh
- „Mehr Frauen in die Politik“ mit Landesgeschäftsführerin Mag. Gerlinde Rogatsch
- Ausflug zum Stoffbauern - Besuch bei Landesrat Sepp Eisl
- Ausflüge zur Ausstellung „Frauen in den Hohen Tauern“
- Adventbesuche in den Salzburger Altsiedlungsheimen
- Bezirkstage im Pongau, Stadt Salzburg, Tennengau, Flachgau
- Familienwandertage
- Bezirksklausuren
- Einkehrtage
- Blumentauschmärkte
- „Festival der Frauen“ - Trachtenschauen in den Bezirken

Pressekonferenzen und Presseaus-sendungen zu aktuellen Themen

Publikationen

- „Salzburger Frau“ an alle Mitglieder (vier-mal jährlich)
- PID (Presseinformationsdienst) zu aktu-ellen Themen
- Briefe an Ortsleiterinnen zu aktuellen Themen

Unterschriftenaktionen

- Nein zum grenznahen Euro-Reaktor
- Schutz der Kinder und Jugendlichen vor sexuellem Missbrauch
- Betreuungsscheck, Versorgungsaus-gleich, steuerfreies Existenzminimum
- Rettet das Ehrenamt

Steiermark

Tagungen

- Regionalkonferenzen
- Landfrauentagungen
- Ortsleiterinnentagung

Klausuren

- Standortbestimmung: Wofür wollen wir in Zukunft stehen? Strateg., Maßnahmen

Bildungsreisen

- Brüssel
- Straßburg

Enqueten

- Sicherheit
- Ja zum Kind - schwer gemacht
- Neue Arbeitsplätze-Arbeitsplatz Haushalt
- Familie
- Gewalt
- Arbeit schaffen
- Die gläserne Decke als Karrierehindernis

Veranstaltungen - Aktionen

- EU-Veranstaltungen, Infos
- EURO-Veranstaltungen
- Div. Veranstaltungen und Aktionen zur Gemeinderatswahl, LTW, NRW, z.B. Gemeinderätinnen-Stammtischer
- Sicherheitsaktionen
- Familiensprechtage
- Frauenmesse
- Unterschriftenaktion „Schaut nicht weg“, Initiative zum Schutz der Kinder vor sexuellem Mißbrauch
- Familien-Informationsmesse in Gleisdorf
- Steirischer Familienkongreß mit BM Dr. Bartenstein und Prof. DDr. Zulehner
- Jour fixe (monatlich)

Publikationen und Aussendungen

- „Frau aktiv“ (vierteljährlich)
- Presseaussendungen zu diversen aktuellen Themen
- Rundbriefe an die Mitarbeiterinnen

Tirol

Juni 95 - Landestag mit Neuwahlen
Neue Landesleiterin - Dr. Elisabeth Zanon

Bildungsveranstaltungen - Seminare - Schulungen

- „Besser reden - speziell für Ortsleiterinnen“ in Kufstein und Telfs
- „Speziell für SIE - Kommunikationstraining in Innsbruck, Telfs, Wörgl und Lienz
- „Selbstbewusstseinstaining - ein Schlüssel der Türen öffnet“ in Innsbruck, Telfs, Lienz
- „Gesprächsführung - Aktiv trainiert“ in Innsbruck, Telfs, Wörgl
- „Besser reden- speziell für Sie“ in Innsbruck, Telfs und Wörgl
- „Zielbewusstes Diskutieren und Argumentieren“ in Innsbruck, Lienz und Wörgl
- „Herbstseminar - mit Schwung in den Gemeinderatswahlkampf“
- „Powertalking - die Sprache zum Erfolg“ in Lienz, Innsbruck und Wörgl
- „Gemeindewahlordnung“ in Zusammenarbeit mit der Landespartei in allen Bez.
- „Einführung in das Gemeinderecht“ in Zusammenarbeit mit der Landespartei in allen Bezirken
- „Einführung ins Internet“ in Zusammenarbeit mit der Landespartei
- regelmäßige Tagungen:
 - Bezirkstage mit Neuwahlen
 - Jahreshauptversammlungen
 - Ortstage mit Neuwahlen
 - Landesleitungssitzungen
 - Vorstandssitzungen
 - „Wir Tirolerinnen im Team“ Sitzungen
 - Ortsleiterinnen- und Bezirksleiterinnensitzungen
 - zweitägige Klausurtagung der Landesleitung

Landesweite politische Veranstaltungen - Aktionen

- Büro-Eröffnung der „Wir Tiroler Frauen“ mit einer Vernissage „Netzwerke der Jung-Künstlerin Katja Duftner
- Empfang mit LH Dr. Wendelin Weingartner in den Kristallwelten, Wattens
- „Sport- und Erholungswoche“ (jährlich)
- „Plus 10 %“ (jährlich)
- Ortsleiterinnen-Treffen (jährlich)
- Mitarbeit beim „Gemeindekongress“

Veranstaltungsreihe „Frauen(vor)bilder

mit Landeshauptfrau Waltraud Klasnic in Wattens, Bundesministerin Elisabeth Gehrer in Hall und Staatssekretärin Dr. Benita Ferrero-Waldner in Innsbruck

Aktionen

- Standl-Aktionen zum Thema „Nein zur Gewalt“
- Unterschriftenaktion „Zur Besserstellung der Familien“
- Unterschriftenaktion „Schaut nicht weg, sagt JA“
- Unterschriftenaktion der Landespartei „Finger weg von der Grundsteuer“
- Standl-Aktion mit BM Dr. Martin Bartenstein zur Unterschriftenaktion „Schaut nicht weg, sagt JA“
- Wir Tiroler Frauen - Informationsstand beim Landesparteitag
- Wir Tiroler Frauen - Informationsstand beim Familienkongress der Tiroler ÖVP
- Aktionskomitees zur Bundespräsidentenwahl
- Aktionsveranstaltungen „Gegen Drogen“ in den verschiedensten Bezirken

Diskussionsveranstaltungen

- Warum wir Frauen für Europa sind
- Diskussionsveranstaltung „Frauenvolksbegehren -(k)eine Chance?“
- Podiumsdiskussion zum Thema „Gentechnik“
- Österreichs Chancen in Europa mit Staatssekretärin Dr. Benita Ferrero-Waldner
- „Der Euro“ mit Nationalbankpräsidentin a. D. Dkfm. Dr. Maria Schaumayer in Innsbruck
- Ist uns die Umwelt nicht mehr wichtig?
- Wohnen in Tirol - Lebens(t)räume - Frauenwelten
- VIP-Treffen mit Bundesministerin Elisabeth Gehrler, Innsbruck
- „Wir Unternehmerinnen“

„Wir Tiroler Frauen-Treffpunkte“

(einmal pro Monat) zu den Themen:

- Vorstellung des Frauenreferates der Landesregierung
- Vorstellung der Initiative „Frauen helfen Frauen“
- Information über die Südtiroler Frauenpolitik
- Familie und Recht
- Verein selbstorganisierter Kindergruppen
- Aromatherapie - naturreine, ätherische Öle
- Was tun gegen Osteoporose?
- Essen im Schlaraffenland-ein (Alp-)Traum?
- Chancen und Gefahren der Gentechnik
- Mammographie
- Rund um die Haut - Dermatologie und Venerologie

- Ästhetische Chirurgie
- KÖF-Familien- und Lebenskatastrophen - Was tun?
- Familien- und Erbrecht
- Aktion Nein zur Gewalt (Handeln wir gemeinsam gegen Gewalt an Frauen und Kindern)
- Patientenrecht - Patientenvertretung

Netzwerkveranstaltungen

- Mentoring-Plattform: Karrierefrühstück jeweils am ersten Mittwoch im Monat; Gründerinnen-Kongress, Innsbruck
- Tiroler Frauenrat
- Tiroler Frauenplattform (Gründung der „Firma Fairneß“- ein Homeservice-Projekt)
- Wir Tirolerinnen im Team

Veranstaltungen zur Gemeindewahl März 1998

- Motivations- und Informationsbrief an alle Mitglieder
- Veranstaltungen, die jeweils in allen 8 Bezirken durchgeführt wurden:
 - 1 Jahr vor der Wahl Motivationsveranstaltungen „Wer sich nicht einsetzt, setzt sich aus! Gemeindepolitik (all-) tägliches (Er)Leben. Weil uns die Zukunft ein Anliegen ist, setzen wir uns ein!“
 - 1/2 Jahr vor der Wahl: Aktion „Mitten im Leben - Gemeinderätinnen zeigen ihre Gemeinde“ mit Pressebeteiligung.
- Nach den Gemeinderatswahlen: Begrüßungscocktail für die neuen Gemeinderätinnen
- Aufruf an alle Mitglieder mit Vorzugsstimmen die Frauen zu unterstützen
- Persönlichkeits- und Informationsschulungen

Veranstaltungen zu Landtagswahl 1999

- „Wir Tirolerinnen tragen Verantwortung, darum die 2 Vorzugsstimmen den Frauen“
- Cocktail-Empfang für die Landtagswahlkandidatinnen
- Schi-Happening mit Pressebeteiligung in Zams mit allen Landesleitungsmitgliedern und allen Landtagskandidatinnen
- In jedem Bezirk eine Veranstaltung zum Thema „Familienpaket“ mit Landesleiterin Dr. Elisabeth Zanon und allen Landtagskandidatinnen (im Bezirk) mit Pressegespräch
- Wahlwerbe-Aussendungen mit Erklärung des Vorzugsstimmen-Systems

- Große Frauenveranstaltung - Frauen-(vor)bilder mit Staatsministerin Monika Hohlmeier mit Kandidatinnen-Präsentation
- „Standl-Aktionen“, Hausbesuche, Ortsgruppenveranstaltungen
- Pressemeldungen zur Landtagswahl:
 - VP Landesliste für Wahl '99 steht: Fixes Mandat für „Newcomerin“
 - Fixplätze für eine Frau und drei Chefs
 - ÖVP-Landesliste: Für beinahe alle Eventualitäten gewappnet

Kultur- und Sozialprojekte

- Kulturreise der „Wir Tiroler Frauen“
- Zweimal pro Jahr „Willkommenstreff für neue Mitglieder“
- „Gala Essen mit LH Dr. Wendelin Weingartner“ mit den Gewinnerinnen der Mitgliederwerbeaktion
- Mitarbeit bei Bezirksveranstaltungen unter dem Motto: „Wir Tiroler Festen“
- Go-Kart Rennen zugunsten bedürftiger Tiroler Familien

Veranstaltungen mit den Bezirken und Ortsgruppen

- Regelmäßige Teilnahme an Bezirks- und Ortsgruppenveranstaltungen
- Neugründung der Ortsgruppe Söll
- Neugründung der Ortsgruppe Jungholz
- Neugründung der Ortsgruppe Oberperfuß
- Revitalisierung des Bezirkes Landeck mit Neuwahlen
- Ortsgruppengründung in Reutte
- Ortsgruppengründung in der Stadt Landeck
- Ortsgruppengründung in Ehrwald
- 50 Jahr-Jubiläum ÖVP-Frauen Hall/ Absam
- 25 Jahr-Jubiläum Ortsgruppe Mayrhofen/Brandberg
- 25 Jahr-Jubiläum Ortsgruppe Kössen
- 20 Jahr-Jubiläum Rinn
- Dialog im Dekeln in Hall
- Theater- und Museumsbesuche
- Kultur- und Muttertagsausflüge
- Politische Diskussionsveranstaltungen mit den Abgeordneten des Bezirkes
- Veranstaltungen zur Nationalratswahl und Europawahl in den Bezirken
- „Frauengespräche“ mit den Nationalratskandidatinnen in den Bezirken
- Telefonsprechstunden mit Landesrätin Dr. Elisabeth Zanon
- EURO-Diskussionsveranstaltung in allen Bezirken und einigen Ortsgruppen

- Wir Frauen in Tirol und Europa mit Mag. Renate Fischler
- Veranstaltungen zum Familienpaket der Tiroler Volkspartei
- Veranstaltungen zum Thema „Wohnbauförderung“
- Veranstaltungen zum Thema „Frau in der Lebensmitte“
- Kostenlose Rechtsberatung alle 14 Tage im Büro der „Wir Tiroler Frauen“
- Monatlicher Mitgliederbrief „Informationen aus erster Hand“

Pressekonferenzen und Presseaus-sendungen zu aktuellen Themen

Vorarlberg

Seminare - Veranstaltungen

- Seminarreihe „Starke Frauen“
 - a) Rhetoriktraining
 - b) Effiziente Gespräche führen
 - c) Erfolg ist kein Zufall
 - d) Erfolgreich mit Konflikten umgehen
 - e) Personal Design
 - f) Grundsätze und Stärken der ÖVP
- Umsetzung des Netzwerkes für Gemein-devertreterinnen
- Ratifizierung eines Generationenver-trages mit der JVP und SB
- Seminar für Funktionärinnen zum The-ma Öffentlichkeitsarbeit
- Informations- und Diskussionsveran-staltungen zum Thema „Frauenpoliti-sche Offensive der Landesregierung“
- Weihnachtskonferenz
- Obfrauenausflug
- Veranstaltung mit GS Maria Rauch-Kallat
- Veranstaltung mit LH Waltraud Klasnic
- Landesleitungssitzungen
- Landesvorstandssitzungen
- Bezirksleitungssitzungen

Aktionen

- Zum Internationalen Frauentag wurde in fast allen Gemeinden Vorarlbergs mit den Gemeindevertreterinnen ein Infor-mationsnachmittag abgehalten
- Informationsschreiben an unsere Funk-tionärinnen zum Frauenvolksbegehren
- Informationssitzungen zum Frauenvolks-begehren (FVB)
- Diskussionsveranstaltung zum (FVB)
- Landesfrauentag
- Stammtische für Gemeindevertreterin-nen in allen Bezirken

- Obfrauentreffen in allen Bezirken
- Frauenkongress
- Präsentation der Frauenbildungs-offensive Vorarlberg
- Informationsveranstaltung zum Thema Euro mit Nationalbankpräsidentin a.D. Dkfm. Dr. Maria Schaumayer
- Europakongress
- Unterschriftenaktion zur Vereinsinitiative
- Frauentag zum Thema „Mut zum Ich“
- Start der Mitgliederwerbeaktion
- Unterschriftenaktion „Jugendvolksbegehren“
- Unterschriftenaktion „Schutz der Kinder und Jugendlichen vor sex. Missbrauch“
- Gemeindevertreterinnen Stammtisch
- 8 Euro Veranstaltungen mit anschließender Brüsselreiseverlosung
- Motivationsveranstaltung für Obfrauentreffen
- Diskussionsveranstaltung mit Lienzer Bgm. Helga Machne
- Workshop zum neuen Jugendgesetz, mit anschließender Stellungnahme
- Diskussionsveranstaltung mit Dr. Gisela Meister-Scheufelen (Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg)
- Diskussionsveranstaltung mit MdEP Ursula Stenzel
- Diskussionsveranstaltung mit Bundestagspräsidentin Dr. Rita Süßmuth

Pressekonferenzen und Presseaus-sendungen zu aktuellen Themen

Wien

Politische Aktionen - Veranstaltungen - Diskussionen

- Landestag
- Seminare in der Reihe Frauenbildungs-offensive:
 - Selbstbewußtsein - Ein Schlüssel der Türen öffnet
 - Personal-Design - Es gibt keine zweite Chance für den ersten Eindruck
 - Rhetorik I - Ein Grundseminar speziell für „Sie“
 - Rhetorik II - Führen durch das Gespräch
 - Rhetorik III - Diskutieren und Argumentieren
 - Persönliches Werbematerial entwickeln
 - Besprechungen und Sitzungen effizient leiten
 - Rhetorik IV - Konflikte vermeiden
 - Rhetorik V - Powertalking - Die Sprache zum Erfolg

- Internet & e-mail: Der Einstieg in die Welt der Telekommunikation
- Schwerpunkt Stadtpolitik
- Macht & Persönlichkeit & Konflikt
- Kenntnis und Handhabung von Statuten und Geschäftsordnungen
- Aktionstag Familie
- Produktionsfaktor Familie
- Was ist Frauenarbeit wert
- Familie und Familienförderung
- Gewalt in der Familie
- Verteilaktionen im Rahmen der Lobby für Kinder
- Unterschriftenaktion zum Thema Kindesmißbrauch
- Gleichbehandlungspaket
- Bildung des Frauenforums für Gemeinderats-, Bezirksvertretungs- und Landtagswahlen
- Teilnahme an Stadtfesten und Lichterfesten mit Themenrelevanten Infoständen, Frauenbus und „Speakers Corner“
- Politik hautnah - Rechnungshof, Parlament, Rathaus, Nationalbank
- Europakongreß
- Informationsabende in den Bezirken - Vom Schilling zum Euro
- Sicherheit in Europa
- Parkraumbewirtschaftung
- Tagung - Neue Ideen für Wien
- Fachtagung „Für Frauen“
- Fachtagung „Frauenlohn unter der Lupe“
- Kostenlose Rechtsberatung (einmal monatlich, nach Anmeldung)
- Frauentelefon
- Beratung in Steuersachen

Kultur- und Sozialprojekte

- diverse kulturelle und karitative Veranstaltungen
- Patenschaft für das Kinderheim St. Benedikt; es werden regelmäßig Sachspenden aus den Erlösen unserer Veranstaltungen übergeben

Publikationen

- Frau aktuell (vier bis achtmal im Jahr)
- Zeitschriften in den Bezirken: Familienexpress, Die Wiednerin, Frau aktiv in Favoriten, Die Hernalserin, Die Währingerin
- Kindergartenfolder „Gut betreut in den Ferien“
- Kalender „Vertrauen in Frauen“

Pressekonferenzen und Presseaus-sendungen zu aktuellen Themen

Junge ÖVP (JVP)

Choose your Future - Deine Zukunft kannst Du wählen!

In den vergangenen vier Jahren ist in der Jungen ÖVP viel passiert: Auf zwei Bundestagen wurde ein neuer Bundesvorstand der Jungen ÖVP gewählt. Werner Amon zweimal als Bundesobmann bestätigt. Zuletzt am 19. Ordentlichen Bundestag am 30. Jänner 1999 in Linz mit 94,5 Prozent. Mofa fahren mit 15 durchgesetzt, die Berufsreifeprüfung eingeführt und das Jugendvolksbegehren zum Generationenvertrag gestartet, beendet und im Petitionsausschuß des Nationalrates eingebracht.

Doch der Reihe nach.



JVP-Bundesobmann Abg. z. NR Werner Amon
und JVP-Bundessekretär Gerald Grünberger

Die Lehre bringt's:

Die steigende Jugendarbeitslosigkeit steht seit einigen Jahren im Mittelpunkt der Politik und führte zu zahlreichen Gegenstrategien. Die Junge ÖVP beteiligte sich intensiv an dieser Diskussion und konnte erreichen, daß viele ihrer Ideen zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit umgesetzt wurden:

- ❑ **Einführung der Berufsreifeprüfung:**
Das Schlagwort „Sackgasse Lehre“ führte in der Vergangenheit oftmals dazu, daß Eltern ihre Kinder in die AHS oder BHS schickten, obwohl eine Lehre ihren Fähigkeiten und Neigungen besser entsprochen hätte. Es gab zwar die Studienberechtigungsprüfung, doch diese erlaubte nur das Studium eines Faches und nicht den unbeschränkten Hochschulzugang, wie er durch die Absolvierung der Berufsreifeprüfung nunmehr ermöglicht wird.
- ❑ **Neue Berufsbilder:**
Die Wirtschaft schafft Arbeitsplätze. Die Wirtschaft schafft neue Berufe. - Die Geschwindigkeit des technischen Fortschrittes, die Zunahme des Dienstleistungssektors und die teilweise geänderten Bedürfnisse der Konsumenten verlangen nach neuen Berufsbildern. Softwareentwickler basteln an firmenspezifischen Programmen, die System-

gastronomen der Fast Food Restaurants kümmern sich um ihren Hunger und die Fitneßtrainer helfen ihnen überflüssige Kilos wegzuschwitzen. Die Junge ÖVP forderte schon jahrelang die Schaffung neuer Berufsbilder - eine Forderung, die der Berufsausbildungsbeirat endlich nachkam. Folge: 5.000 neue Lehrplätze wurden geschaffen.

- ❑ **Entlastung der Lehrlingskosten:**
Während der Staat die Matura oder einen Studienabschluß finanziert, sogar mit Stipendien unterstützt, müssen Unternehmer die Ausbildung von Lehrlingen teilweise finanzieren. Gesellen müssen ihre Meisterprüfung selbst zahlen.
Um dieser Ungerechtigkeit entgegenzuwirken, fordert die Junge ÖVP mittel- bis langfristig das Bildungskonto, kurzfristig die Entlastung der Lehrlingsentschädigung. Die Einführung eines Lehrlingsfreibetrages, der Entfall der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung entsprechen daher den Forderungen der JVP.
- ❑ **Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetz:**
Die Junge ÖVP drängt seit Jahren auf eine Überprüfung der Schutzbestimmungen im Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetzes, um die Produktivität der Lehrlinge zu heben. Als er-

ster Erfolg ist die Herabsetzung des Geltungsbereiches zu werten, eine gesonderte Reform der Schutzbestimmungen steht leider noch aus.

❑ **Mofa fahren mit 15:**

Ländliche Regionen sind meist schlecht durch den öffentlichen Verkehr erschlossen. Daher ist es für Schüler wie Lehrlinge oftmals schwierig die Schule oder den Arbeitsplatz zu erreichen. Mit der Verwirklichung des JVP-Forderung „Mofa fahren mit 15“ konnte dieses Problem gelöst werden.

Jugendvolksbegehren - Generationenvertrag

Unzählige Studien belegen schon seit Jahren: Österreichs Pensionssystem droht aufgrund der fast auf dem Kopf gestellten Alterspyramide unfinanzierbar zu werden. Durch das Pensionsrechtsänderungsgesetz demonstrierte die Bundesregierung zwar, daß sie sich des Problems bewußt ist, entschloß sich aber aufgrund des sozialpartnerschaftlichen Widerstands nur geringfügige Reformen dem Parlament vorzulegen. Daher startete die Junge ÖVP im Februar 1998 ihr „Jugendvolksbegehren“ und überreichte im Mai 50.000 Unterschriften dem Petitionsausschuß des Nationalrates. Folgende vier Forderungen legte die Junge ÖVP zur Unterschrift vor:

❑ **Big Cash statt Butterbrot:**

Das in Österreich stark ausgeprägte Senioritätsprinzip soll zugunsten einer flacheren Einkommensverteilung zurückgenommen werden. - Im neuen Vertragsbedienstetenrecht wurde dieser Forderung bereits entsprochen.

❑ **Steuerliche Begünstigung der privaten Pensionsvorsorge:**

Die Junge ÖVP forderte, daß die private Pensionsvorsorge im Zuge der Steuerreform steuerlich begünstigt werden soll. Die kommende Steuerreform wird eine derartige Regelung enthalten.

❑ **Keine Schulden auf Kosten der Jungen:**

Da Schulden von heute die Kosten von morgen sind, sollte in der österreichischen Budgetpolitik das „intergenerational accounting“-Prinzip eingeführt werden.

❑ **Mehr Geld für Wissenschaft, Bildung und Forschung:**

Die Junge ÖVP lehnt die Einführung von Studiengebühren ab und fordert aufgrund der hohen Zahl an importierten Patenten eine Erhöhung der Mittel für Wissenschaft, Bildung und Forschung.

Während die Bundesregierung, die Sozialpartner und das Parlament noch über die Reform des österreichischen Pensionssystems nachdachten, Vorschläge mit Gegenvorschlägen beantwortet wurden und deutsche Sozialexperten im Auftrag der Bundesregierung ihre Ideen in einer Studie veröffentlichten, präsentierte die Junge ÖVP ihren Reformvorschlag. Während meist über Änderungen innerhalb des Systems nachgedacht wurde, tritt die Junge ÖVP für einen Systemwechsel ein. Ein vier Säulen Modell soll das umlagenfinanzierte Pensionssystem Österreichs ersetzen:

- Durch eine *umlagenfinanzierte Basispension* soll jeder Österreicherinnen und jedem Österreicher ein gesicherter Lebensabend ermöglicht und der Bedarfsgerechtigkeit gedient werden.
- Durch eine nach dem *Kapitaldeckungsverfahren verpflichtende Betriebspension* soll das Lebensstandardprinzip erhalten bleiben und Elemente der Leistungsgerechtigkeit verstärkt berücksichtigt werden.
- Durch eine *steuerlich begünstigte private Pensionsvorsorge* sollen die Österreicherinnen und Österreicher ermutigt werden, auch privat für ihre Pension Vorsorge zu treffen.
- Da Beschäftigungsverhältnisse immer kürzer dauern, soll die *Abfertigung* in eine zusätzliche überbetriebliche Pension umgewandelt werden. Diese Idee wurde mittlerweile vom ÖAAB übernommen und als „Abfertigung Neu“-Modell der Öffentlichkeit vorgestellt.

Sekten erledigt:

Die Junge ÖVP erkannte bereits frühzeitig die von Sekten ausgehenden Gefahren, waren und sind es doch oftmals Jugendliche, die auf der Suche nach ihrem Platz innerhalb der Gesellschaft in die Nähe der Sekten kamen bzw. kommen und diese „Verirrung“ oftmals teuer bezahlen müssen.

Folgende Forderungen der Jungen ÖVP konnten bereits umgesetzt werden:

- ❑ **Bundesgesetz über religiöse Bekenntnisgemeinschaften:**
Unzählige Sekten wollten in Österreich als staatlich anerkannte Religion nach dem Anerkennungsgesetz von 1874 zugelassen werden, um von den großen finanziellen Privilegien zu profitieren. Durch das Bundesgesetz über religiöse Bekenntnisgemeinschaften wurde sichergestellt, daß sich diese Gruppierungen vorab bewähren müssen, daß sie ihr Vermögen ausschließlich für mildtätige und/oder religiöse Zwecke verwenden und daß Handlungen und Ziele nicht dem öffentlichen Interesse an Ordnung und Sicherheit widersprechen.
- ❑ **Einrichtung einer staatlichen Sekten-dokumentationsstelle:**
Der Supermarkt der Sekten ist äußerst dynamisch: Sekten entstehen, Sekten vergehen. Um die mangelnde Datenglage über Sekten zu verbessern wurde diese Dokumentationsstelle eingerichtet.
- ❑ **Gleichzeitige Mitgliedschaft bei Scientology und der ÖVP ist unmöglich:**
Aufgrund einer Initiative von Werner Amon beschloß der Bundesparteivorstand der Österreichischen Volkspartei, daß eine gleichzeitige Mitgliedschaft zu Scientology und ÖVP mit dem Statut und den Prinzipien der ÖVP nicht vereinbar ist.

Unterricht & Universität:

„Die Zukunft gehört uns!“, „Bildung und Job - Investieren in die Zukunft“ und „Bessere Bildung - Coole Karriere“ - drei Bundeskonferenzen der Jungen ÖVP beschäftigten sich mit der Verzahnung zwischen Ausbildung und Beruf. Gemeinsam mit Experten diskutierten die Delegierten der Jungen ÖVP die Probleme und erarbeiteten Lösungsvorschläge. Folgende Forderungen wurden von den Delegierten der Jungen ÖVP beschlossen und teilweise bereits umgesetzt:

- ❑ **Mehr Wettbewerb unter Österreichs Schulen:**
Wettbewerb ist gut - bringt er doch die Menschen dazu, Höchstleistungen zu

vollbringen. Dies gilt für die Wirtschaft, und auch für die Schule. Durch die Einführung der Teilrechtsfähigkeit, die Junge ÖVP forderte diese unter dem Stichwort „mehr Autonomie“, ist es nun den Schulen möglich, mehr Profil zu entwickeln und sich von ihren Mitbewerbern abzuheben. Diese Politik gilt es in den nächsten Jahren fortzusetzen.

- ❑ **Mehr Wettbewerb unter Österreichs Universitäten:**
Bis vor kurzem waren in Österreich private Universitäten noch per Verfassung verboten und Universitäten in ihren Handlungsmöglichkeiten beschränkt. Beiden Anachronismen wurde nunmehr bereits begegnet. - Die Junge ÖVP forderte schon seit langem diese Änderungen, um auch unter den Universitäten den Wettbewerb zu intensivieren.
- ❑ **Einführung des Bildungskontos:**
Mittel- bis langfristig fordert die Junge ÖVP die Einführung eines Bildungskontos, um die derzeitige Finanzierungsungerechtigkeit zwischen den Ausbildungen abzubauen.

Bundesheer & Zivildienst:

Die Junge ÖVP bewies bereits mehrmals, daß sie wichtige Themen und notwendige Entscheidungen frühzeitig erkennt: Beispielsweise trat die Junge ÖVP als eine der ersten politischen Organisationen für den Beitritt zur Europäischen Union ein. Auch die geänderten Rahmenbedingungen waren für die Junge ÖVP Anlaß über die zukünftige sicherheitspolitische Rolle Österreichs nachzudenken und sich für einen Beitritt zur NATO auszusprechen. Hinsichtlich der Reform des österreichischen Bundesheeres sprach sich die Junge ÖVP für die Einführung des Hattricks Modells aus:

- Die Wehrpflicht soll einer *allgemeinen Dienstpflicht* weichen, so daß der Zivildienst gleichberechtigt neben dem Präsenzdienst steht.
- Der Aufbau des Bundesheeres soll dahingehend geändert werden, daß eine *professionelle 10.000 Mann starke Truppe* geschaffen wird, die für *peace keeping* und *peace supporting* Operationen zur Verfügung steht.

- Die derzeitige Profi-Miliz soll zu einer 20.000 Mann starken Profi-Miliz ausgebaut werden - regelmäßige Truppenübungen und Fortbildung am militärischen Gerät sollen die Qualität derselben heben.

Internationales:

Die Internationalisierung der Politik setzte sich in den letzten Jahren fort. Daher wird es auch für die Jugend zunehmend wichtiger, daß sie ihre Arbeit international koordiniert. In der Democrat Youth Community (DEMYC) of Europe stellt die Junge ÖVP den Generalsekretär Matthias Peterlik. Bei der Youth of the European People's Party (YEPP) mit Martin Leodolter einen der Vizepräsidenten. Und in der International Young Democrat Union (IYDU) stellt die Junge ÖVP mit Astrid Angerer die Generalsekretärin. Während der letzten Jahre fanden zwei große Exekutivtagungen der DEMYC (1997 in Linz) und der YEPP (1998 in Wien) auf Einladung der Jungen ÖVP statt.

Fun, Action und Aktionismus:

„Fantasy statt Ecstasy“, „Nur Flaschen kaufen Dosen“ und „Sekten erledigt“ waren in den vergangenen Jahren die drei bundesweit organisierten Kampagnen. Aktionstage, Pickerl und Flyer halfen die Positionen der Jungen ÖVP unter die Leute zu bringen.

Doch nicht nur Aktionismus, sondern auch Fun und Action standen auf dem Programm der Jungen ÖVP: Der Wuchtel Cup



entwickelte sich mittlerweile zur Institutionen. Jedes Jahr kämpfen mehr als 40 Mannschaften, ungefähr 400 Spieler, um den begehrten ersten Platz.

Österreichischer Bundesjugendring:

Seit 1995 stellte die Junge ÖVP mit Mag. Gerald Loacker und Meinhard Friedl zweimal den Vorsitzenden des ÖBJR. Unser Arbeitsschwerpunkt zur Zeit ist die Schaffung eines Jugendförderungs- und eines Jugendvertretungsgesetzes, welche die verbandliche Jugendarbeit auf eine neue Basis stellen sollen.

Österreichische Kinderwelt: Die Österreichische Kinderwelt ist die Kinderorganisation der Jungen ÖVP und übernimmt die wichtige Arbeit mit Kindern innerhalb der Jungen ÖVP.

Die Bundesorganisation der Österreichischen Kinderwelt koordiniert die Landesorganisationen und nimmt die Vertretung nach außen, zum Beispiel im Österreichischen Bundesjugendring wahr. Die Arbeit mit Kindern wird in den Orts- Bezirks- und Landesgruppen getätigt.

Seit 1996 war Isabel Marxgut aus Vorarlberg die Bundesobfrau der Kinderwelt. Seit 1998 nimmt diese Aufgabe der geschäftsführende Bundesobmann, der Kärntner Sigfried Wiggisser, war.

Schulpolitik - Die Schülerunion:

Die Schülerunion, die bis 1996 mit einer absoluten Mehrheit in der Bundesschülervertretung ausgestattet war, konnte im Jahr 1997 sogar eine Zweidrittel-Mehrheit erzielen und sie im Jahr 1998 halten.

Auf der Basis dieser satten Mehrheit entwickelt sich die Schülerunion ständig weiter und wächst. Die Schülerunion sieht es als eine ihrer Hauptaufgaben, durch positives, kreatives Arbeiten für Politik zu begeistern. Das gelingt ihr sehr gut: Durch Aktionstage, Seminare und andere Veranstaltungen sowie durch zahlreiche Medien - wie Schulsprecherbrief oder Wand-

zeitung - werden immer mehr Jugendliche für politischen Diskurs und demokratische Partizipation gewonnen. Der inhaltliche Schwerpunkt der Schülerunion ist die Schulpartnerschaft (Zusammenarbeit von Schülern, Lehrern und El-

tern). Durch Forcierung dieser Zusammenarbeit auf der Ebene des Schulstandorts sowie auf der Klassen-, Länder- und Bundesebene wird die Schulpartnerschaft als Demokratisierungschance für das Schulsystem transportiert.

Der Bundesvorstand der Jungen ÖVP

von 1996-1999:

Bundesobmann:

Abg.z.NR Werner Amon

Bundesobmann-Stellvertreter:

GR Bernhard Wurzer

Astrid Angerer

GR Josef Naderer

StR Dipl.Vw. Andrea Kaufmann

GR Mag. Stefan Klaming

Sabine Leprich

Bundesfinanzreferentin:

Mag. Ruth Michalka

Bundessekretär:

Gerald Grünberger

Bundesobfrau der Kinderwelt:

Isabel Marxgut

ab 30.1.1999:

Bundesobmann:

Abg.z.NR Werner Amon

Bundesobmann-Stellvertreter:

GR Bernhard Wurzer

Kerstin Pamminger

Bettina Eder

Bernhard Baier

Herby Tessadri

Evelyne Cernalic

Weitere gewählte Vorstandsmitglieder:

Astrid Angerer

BezR. Georg Haunschmidt

Bundesfinanzreferentin:

Mag. Ruth Michalka

Bundessekretär:

Gerald Grünberger

Bundesobmann der Kinderwelt:

Siegfried Wiggisser



Österreichischer Seniorenbund (ÖSB)

Bundespräsident Dr. Thomas Klestil verlieh Bundesobmann LHStv.a.D. Stefan Knafl das „Große Goldene Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich“



Bundespräsident Dr. Thomas Klestil, Bundesobmann LH-Stv.a.D. Stefan Knafl, Generalsekretär Ing. Wilhelm Mohaupt

Die Erfolgsbilanz des Österreichischen Seniorenbundes 1995-1999

Erstmals wird die Traumgrenze von 260.000 Mitglieder (Teilorganisation und Verein) überschritten. Damit hat der Österreichische Seniorenbund in den letzten 4 Jahren trotz eines natürlichen Abgangs von etwa 100.000 Mitgliedern einen Zuwachs von über 13.000 Personen zu verzeichnen. Dieser Trend hält unvermindert an und bedeutet, daß unsere Seniorenorganisation in Zukunft noch stärker werden wird.

Am 7.11.1995 wurde unter maßgeblicher Mitwirkung des Österreichischen Seniorenbundes die Europäische Senioren Union (ESU) in Madrid gegründet (Präsident LH-Stv.a.D. Stefan Knafl, Generalsekretär Ing. Wilhelm Mohaupt). Damit haben sich erstmals Seniorenorganisationen christdemokratischer und konservativer Parteien zu einer europäischen Vereinigung zusammengeschlossen, die die Vertretung der Senioreninteressen auf europäischer Ebene, insbesondere gegenüber dem Europäischen Parlament, dem Europäischen

Rat und der Europäischen Kommission wahrnimmt. Die ESU hat 21 Mitgliedsorganisationen aus 16 Mitgliedsländern: Österreich, Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Kroatien, Luxemburg, Malta, Norwegen, Schweden, Schweiz, Slowakei, Spanien, und Ungarn.

Der Bundesparteivorstand der ÖVP beschloß am 24.4.1997 einstimmig den *Forderungskatalog* des Österreichischen Seniorenbundes anzunehmen.

- den LO LPräs. Mag. Edmund Freibauer als Mitglied des Österreichischen Seniorenbundes in den Bundesparteivorstand zu kooptieren,
- NR. Georg Wurmitzer, neben seinen verschiedenen Zuständigkeiten auch zum Seniorensprecher der ÖVP im Parlament zu bestellen,
- bei der Erstellung der Kandidatenliste für die nächsten Nationalratswahlen mindestens eine(n) Vertreter(in) des Seniorenbundes auf einen sicheren Listenplatz zu reihen,
- die Vertreter der ÖVP in Regierung und Nationalrat werden die Anliegen des Forderungspaketes des Österreichischen Seniorenbundes an die Bundesregierung unterstützen und für eine rasche Erledigung der *Forderungspunkte* einzutreten.

Die Forderungspunkte lauten:

- dem Nationalrat den Entwurf eines Bundes-Seniorengesetzes zur Beschlußfassung vorzulegen. Mit diesem Gesetz soll die Verankerung des Bundes seniorenbundes mit der Seniorenkurie als gesetzliche Interessensvertretung der Pensionisten Österreichs erreicht werden.
- in den Bundesbudgets für die Jahre 1998 und 1999 jene Beträge vorzusehen, welche notwendig sind, um eine Pensionsanpassung in diesen beiden Jahren in der Höhe der durchschnittlichen Einkommenssteigerung der unselbstständig Erwerbstätigen zu gewährleisten. Nur die Abgeltung der Inflation

onsrate ist nach der Leistung der Pensionisten zum Sparpaket für den Bundesvorstand nicht annehmbar.

- 3) eine Gesamtstudie über die Veränderung der Altersstruktur in Österreich, der Zahl der zu erwartenden Pensionisten, des Finanzbedarfes und der damit verbundenen finanziellen Bedeckung dieses Aufwandes bis zum Jahre 2030 vorzulegen und die damit notwendigen Reformmaßnahmen dem Nationalrat zur Beschlußfassung zuzuleiten, wobei der Bundesvostand des Österreichischen Seniorenbundes davon ausgeht, daß in bestehende Pensionen nicht eingegriffen wird. Dies ist dringend notwendig, um die Diskussion über die Gefährdung des Generationenvertrages zu beenden und sowohl für die Jungen als auch die Alten die Verunsicherung über ihre Altersversorgung zu beseitigen.
- 4) dem Nationalrat den Entwurf einer Novelle zum ASVG (und den übrigen damit zusammenhängenden Gesetzen), mit welcher das Stimm- und Antragsrecht der Pensionisten in allen Organen der Sozialversicherungsträger (Hauptverband) sichergestellt wird, zur Beschlußfassung vorzulegen.
- 5) dafür einzutreten, daß bei der Novellierung des Rundfunkgesetzes zukünftig auch zwei Vertreter der Senioren (Pensionisten) in das Kuratorium des ORF entsendet werden können (Vertreter der Wissenschaft, der Kunst, der Religion, des Sports und der Volksbildung sind derzeit schon im ORF-Kuratorium vertreten).
- 6) im Vorgriff auf eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes in der Frage der Sparbuchanonymität das Bankgeheimnis entsprechend zu verschärfen, damit der Zugang zu Sparbüchern nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen und auf Beschluß des Gerichtes möglich sein darf.

Mit diesem Beschluß setzen die Mitglieder des Bundesparteivorstandes der ÖVP nicht nur ein deutliches Zeichen der Anerkennung der Veränderung der Alterstruktur der Bevölkerung und der damit verbundenen gesellschaftspolitischen Maßnahmen, sondern auch der Arbeit des Öster-

reichischen Seniorenbundes als Teilorganisation der ÖVP erklärte der Bundesobmann des Österreichischen Seniorenbundes, Stefan Knäfl.

Folgende Punkte aus dem Forderungskatalog wurden erfüllt:

Am 03.10.1997 wurde in Wien unter maßgeblicher Beteiligung des Österreichischen Seniorenbundes der *Österreichische Seniorenrat* als überparteiliche Interessensvertretung und Dachverband der Pensionistenorganisationen ÖVP, SPÖ, FPÖ und ÖGB gegründet. Die Gründung dieser Dachorganisation ist ein Meilenstein in der Altenpolitik Österreichs, deren Bedeutung voraussichtlich erst in späterer Zeit voll erkannt wird.

Mit dem unter kräftiger Mithilfe des Österreichischen Seniorenbundes am 01. 07. 1998 in Kraft getretenen *Bundesseniengesetzes* gibt es durch die Seniorenkurie des Bundesseniorenbeirates beim Bundeskanzleramt erstmals eine gesetzliche Interessensvertretung für zwei Millionen Senioren (Pensionisten) Österreichs. Gleichzeitig wird die Arbeit des Österreichischen Seniorenbundes mit ihren tausenden ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch eine gesetzlich verankerte Förderung anerkannt.

Ebenfalls konnten im Berichtszeitraum vom Österreichischen Seniorenbund in Zusammenarbeit mit den Spitzen der übrigen Seniorenorganisationen sehr erfolgreiche Verhandlungen über die Pensionsanpassungen mit der Bundesregierung geführt werden. Alleine für 1999 wurde eine durchschnittliche Pensionserhöhung von 1,7 % (1,5 % plus zusätzlichen Zahlungen von ATS 600 Millionen aus einem Zusatzbudget) erreicht, womit es bei einer prognostizierten Inflationsrate von 1 % zu einer *deutlichen Kaufkraftverbesserung* für unsere ältere Generation kommt.

Weitere Aktivitäten auf Bundesebene.

Der Österreichische Seniorenbund organisierte über *2000 Euro-Veranstaltungen* in ganz Österreich. Im Rahmen dieser großangelegten Informationsaktionen wurden speziell die älteren Bürger in allen Be-

zirken und Regionen Österreichs umfassend beraten. So konnten bereits bei hunderttausenden Senioren die oft unberechtigten Ängste und Unsicherheiten durch sachliche Informationsarbeit beseitigt werden. Der Österreichische Seniorenbund ist stolz darauf, einen Beitrag dafür geleistet zu haben, daß die Einführung des Euro heute auch von den meisten Senioren begrüßt wird.



In Anwesenheit von Vizekanzler Dr. Wolfgang Schüssel ehrt der Kärntner Seniorenchor Bundesobmann LHStv. a.D. Stefan Knafel anlässlich seines 70. Geburtstages

Im Rahmen von neun Informationskonferenzen mit über 4700 teilnehmenden Funktionären führte der Österreichische Seniorenbund eine große Aktion für Vizekanzler Dr. Wolfgang Schüssel durch, wobei festgestellt wurde, daß er der Garant für eine gesicherte Zukunft der Senioren in unserem Land ist.

Weiters wurden auch die vom Österreichischen Seniorenbund für die Nationalratswahl 1999 vorgeschlagene Kandidaten Generalsekretär des Österreichischen Seniorenbundes Ing. Wilhelm Mohaupt und Univ. Prof. Dr. Gerhart Bruckmann, sowie die für die Wahl zum Europäischen Parlament nominierte Kandidatin MdEP BM a.D. Dr. Marilies Flemming vorgestellt.

Aktivitäten der Landesorganisationen:

Es gab im Berichtszeitraum eine große Zahl von Aktivitäten, die sich im wesentlichen in folgende Bereiche gliedern:

Beratung:

Regelmäßig abgehaltene Sprechstage, Hilfe in allen Belangen des Sozialrechts, Serviceleistung gegenüber den Behörden.

Gemeinsamkeit:

Ausflüge der Ortsgruppen, verbilligte Urlaube, Landeswandertage, Muttertags-, Advent- und Weihnachtsfeiern, regelmäßige Zusammenkünfte, Brauchtumspflege, sportliche Aktivitäten, Internet-Schulungen für Senioren.

Geselligkeit:

Gesellschaftliche Veranstaltungen, verbilligte Theateraufführungen, Vorträge und Informationen, gemeinsame Hobbies.

Aktionen:

„Seniorenhilfe“

Diese alljährlich durchgeführte Aktion ermöglichte es dem Österreichischen Seniorenbund in Not geratene Senioren mit Geldzuwendungen zu helfen.

„Seniorenwallfahrten“

Jeweils im Juni pilgerten tausende Senioren im Rahmen einer Wallfahrt nach Mariazell. Im Anschluß an den Gottesdienst fanden jeweils Kundgebungen vor der Basilika statt, bei welchen namhafte Vertreter der Politik das Wort ergriffen.

„Seniorenwochen“

Jeweils im Frühjahr gab es eine Seniorenwoche am Klopeinersee (Kärnten) und im Herbst in Podersdorf (Burgenland), sowie seit 1998 findet alljährlich eine SENIOR-vital Bildungswoche in Goldegg (Salzburg) und seit 1999 finden Bundesschi-, Kegel- und Tennismeisterschaften statt.

Aus den Landesorganisationen:

Mitgliederstand per 1.1.1999

Burgenland	10.189
Kärnten	14.231
Niederösterreich	63.630
Oberösterreich	68.337
Salzburg	20.250
Steiermark	34.869
Tirol	24.500
Vorarlberg	9.249
Wien	16.290

Die Mitglieder werden in weit über 2000 Orts- und Bezirksgruppen von etwa 15.000 ehrenamtlichen Mitarbeitern betreut.

Zeitungen

- Burgenländischer Feierabend
- Kärntner Seniorenzeitung
- Niederösterreichische Seniorenzeitung
- Wir Senioren - Oberösterreichische Pensionistenzeitung
- Senior vital - Salzburger Seniorenzeitung
- Die gute Stunde (Stmk.)
- Wir Tiroler Senioren - der Feierabend
- Senior Expresß (Vbg.)
- Wiener Seniorenblatt
- Information - Dokumentation (Informationblatt der Bundesorganisation)

Die Gesamtauflage beträgt rund 3 Millionen Stück pro Jahr.

Der Bundesvorstand

des Österreichischen Seniorenbundes, dem 261.000 Mitglieder angehören, setzt sich wie folgt zusammen:

Bundesobmann:

LH-Stv.a.D. Stefan Knafl

Ehrenobmann:

VK a.D. Dr. Hermann Withalm

Generalsekretär:

Ing. Wilhelm Mohaupt

Burgenland:

LO Dr. Josef Schmall
Lgf. Dir. Stefan Maisburger

Kärnten:

LO Kom.Rat Dr. Franz Klinger
Lgf. Dietmar Isopp

Niederösterreich:

LO LPräs.Mag. Edmund Freibauer
Lgf. Helmuth Walter

Oberösterreich:

LO LH.a.D.Dr. Josef Ratzenböck
gf.LO BO-Stv. LAbg.a.D. Manfred Krendl
Lgf. BR. Bgm. Franz Wolfinger

Salzburg:

LO LAbg. Dir. Martin Forsthuber
Lgf. Dr. Martin Prucher

Referenten:

Heinz Becker, Univ.-Prof. Dr. Gerhart Bruckmann, HR. Karl Dietrich, MEP BM.a.D. Dr. Marilies Flemming, RR Josef Hoffmann, Prof. DI Walter Paul, GD-Stv.i.R. Leopold Scherer, Fritz Studenik, Dr. Leopold Vavra, NR. Bgm. Georg Wurmitzer.

Generalsekreteriat:

Waltraud Dallinger, Reinhold Zeiss und Mag. Michael Schleifer.

Steiermark:

LO LPräs.a.D. Franz Wegart
Lgf. GR. Gregor Hammerl

Tirol:

LO Markus Schermer
BO-Stv.Str.a.D. Johanna Staggl
Lgf. GR. Helmut Kritzingner

Vorarlberg:

LO LT-VPräs.a.D. Wilhelm Aberer
Lgf. Franz Himmer

Wien

LO Bez.Rat a.D. Karl Wurschy
Lgf. LAbg.a.D. Anton Fürst

Berichte der Landesorganisationen

Burgenland

Natürlich war die Arbeit der burgenländischen Volkspartei 1995 geprägt vom ersten Jahr unserer Mitgliedschaft in der Europäischen Union und als Ziel-1-Gebiet. Schon in der Vorbereitungsphase hatte die ÖVP-Burgenland ein sehr detailliertes Konzept erarbeitet. Die Umsetzung der Ziel-1-Projekte, die nun seit 1995 mit Hilfe von EU, Bund und Land verwirklicht werden, findet überwiegend in den Ressorts der ÖVP-Regierungsmitglieder statt. Die Statistik sollte im übrigen knapp drei Jahre unsere erfolgreiche Arbeit bestätigen: Allein in den ersten 3 Jahren als Ziel-1-Gebiet konnten über 10.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, die Nöchtigungszuwächse im Tourismus um durchschnittlich 14% gesteigert und über 450 Ziel-1-Projekte in Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie, Tourismus, Aus- und Weiterbildung, neuen Technologien, u.a. bereits eingeleitet werden.

Landesparteitag

Unseren Landesparteitag im November 1995 stellten wir daher voller Überzeugung unter das Motto „Lust auf Zukunft“. In Anwesenheit von Bundesparteiohmann Dr. Wolfgang Schüssel, der im übrigen ein fulminantes Referat hielt, wurde ein tolles, voll motiviertes junges Team (in „Ostblock“-Prozentsätzen) in der Parteiführung gewählt: als Landeschef LHStv. Gerhard Jellasitz und Parteiohmannstellvertreter wurden LAbg. Dipl.Ing. Niki Berlakovich, Gerlinde Potetz und LAbg. DDr. Erwin Schranz.

Parteintern wurde mit der „Aktion Patenschaft“ versucht, JVP-Ortsgruppen oder einzelnen JVP-Funktionären jeweils einen „Paten“, eine unterstützende Hand - also einen Mandatar oder Funktionär - auf deren eigenen Wunsch zur Seite zu stellen, um die Kommunikation Jugend-Partei zu intensivieren. Das Angebot wurde fleißig genutzt.

Wahlen

Bei der Nationalratswahl am 17. Dezember erreichte die Volkspartei im Burgenland 32,03 % (österreichweit 28,3 %), womit die ÖVP-Burgenland innerhalb der



Das neugewählte ÖVP-Präsidium mit Bundesparteiohmann Vizekanzler Dr. Wolfgang Schüssel

Volkspartei bei einer NR-Wahl den 3. besten Platz erreichte, noch vor ÖVP-dominierten Ländern.

Das Jahr 1996 war für die ÖVP-Burgenland ein wichtiges Wahljahr: Der Landtag wurde neu gewählt. Die Kandidaten werden in Vorwahlen ermittelt. Als einzige wahlwerbende Partei legt die ÖVP ein Wahlprogramm für die nächste Legislaturperiode vor.

Dieses Programm wurde in elf Arbeitskreisen erarbeitet. Die Schwerpunkte:

1. Vom Ziel-1-Gebiet zum Vorbild in Europa - Dafür arbeiten wir;
2. Wir wollen Klein- und Mittelbetriebe stärken. Weil sie die besten Arbeitsplätze schaffen.;
3. Wir wollen es den Frauen leichter machen. Weil wir ihre Stärke brauchen und
4. Wir wollen der Jugend alle Chancen geben. Weil sie ein Recht auf Zukunft hat.

Unser Programm sollte nach der Wahl voll in das Arbeitsübereinkommen mit der SPÖ einfließen. Nicht zuletzt, weil die Situation als Ziel-1-Gebiet für die Burgenländer noch Neuland war und die Diskussion um (EU-)Förderungen „Große“ contra „Kleine“ von Beginn an die Menschen bewegte, hat sich ÖVP-Chef Landeshauptmann-Stv. Gerhard Jellasitz von Beginn an klar für die Neugründung, Unterstützung und Förderung der Klein- und Mittelbetriebe im Land ausgesprochen. Ein Beschäftigungs-

programm „Arbeitsplätze in Kleinbetrieben“ wurde zu Jahresbeginn der Öffentlichkeit präsentiert.

Das Wahlergebnis im Juni: Mit einem Stimmenvorsprung von rd. 14.000 Stimmen blieb die SPÖ trotz Verlusten Erster (17 Mandate), die ÖVP erhielt 36,02 % der Stimmen (14) und die FPÖ 14,5 % (5). Die SPÖ verlor einen Regierungssitz, der derzeitige Stand: 3 ÖVP, 3 SPÖ, 1 FPÖ.

Bei der Europawahl im Oktober 96 verringerte sich der Abstand SPÖ-ÖVP sogar auf 7.900 Stimmen, weil die ÖVP im Vergleich zur NR-Wahl 95 um weitere 1,2% zulegen konnte.



Landeshauptmann-Stv. Gerhard Jellasitz: „Bundespräsident Dr. Thomas Klestil hat Österreich bisher hervorragend vertreten!“

Die Volkspartei beginnt schon im November 96 mit der Programmarbeit für die Gemeinderatswahlen 1997. Ein Dorfkongress unter dem Motto „Heimat Dorf“ diente der Vorbereitung der Wahl. Flächendeckend wurden in Seminaren alle GR-Kandidaten intensiv in Rhetorik, Öffentlichkeitsarbeit, Arbeit in und für die Gemeinde geschult. Das Ergebnis im Oktober: im Vergleich zur vorangegangenen GR-Wahl verlor die SPÖ 2,16%, die ÖVP 1,8% und die FPÖ gewann 4,2% dazu, wobei allerdings erwähnt werden muß, daß die FPÖ bei der letzten Wahl in den meisten Gemeinden nicht kandidiert hatte und sich diesmal in 50 Gemeinden zum ersten Mal der Wahl stellte. Angesichts dieser Tatsache ist der F-Stimmenzugewinn relativ gering.

EU-Erweiterung

1997 beginnt die Diskussion um die kommende EU-Erweiterung. FPÖ und SPÖ (vor allem LH Stix) polemisieren, schüren Ängste und lehnen unsere Nachbarn als EU-Mitglieder (zunächst) massiv ab. LHStv. Gerhard Jellasitz gründet daher ein „EU-Ostforum“, um die Diskussion zu versachlichen.

Als überparteiliches Forum bietet es immer wieder ein hochkarätiges Diskussionsforum für Experten, Meinungsbildner und Politiker aus dem In- und benachbarten Ausland zum Thema Erweiterung. Es ist uns dadurch gelungen, die massive Erweiterungs-Ablehnung durch die SPÖ aufzuweichen und im Landtag einen gemeinsamen Standpunkt des Burgenlandes zum Thema zu beschließen. Stix revidierte dabei seinen Standpunkt, der lt. ÖVP- und SPÖ-LT-Beschluß lautet: Ja zur Erweiterung, aber mit entsprechenden Übergangsfristen für Arbeitsmarkt und Landwirtschaft und mit Erfüllung der von Brüssel vorgegebenen Bedingungen durch die EU-Anwärter.

Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht und stand immer die Motivation und Förderung des Unternehmertums. So hat die Volkspartei im Rahmen einer Aktion „Mutmacher“ 1997 zahlreiche erfolgreiche Jungunternehmer ins Rampenlicht gestellt. Dies als Beispiel für den Lohn für den Sprung ins kalte Wasser der Selbstständigkeit. Ein Jahr später veranstalteten wir Aktionstage „Selbständig sein - Vom Unterlasser zum Unternehmer“, wo hunderte junge Leute von verschiedensten Experten alle Fragen beantwortet erhielten, die bei der Gründung eines Unternehmens auftauchen. Im ÖVP-Wirtschaftsressort in der Landeregierung leistete die „Existenzgründungsoffensive“ ebenfalls ihren Beitrag, um die Selbständigenquote im Land zu erhöhen.

Das Thema „EU-Erweiterung“ bestimmt auch das Jahr 1998. Die Volkspartei erhebt in einer umfangreichen Befragungskaktion bei allen Unternehmern im Burgenland ihre Wünsche und Sorgen, Hoffnungen und Aussichten bei der EU-Erweiterung.

Nachdem im Feber 1998 der bisherige Landesgeschäftsführer Mag. Karl Schiessl in seinen früheren Medienbereich nach Wien wechselt, übernimmt LAbg. Dipl.Ing. Niki Berlakovich mit März '98 dieses Amt.

Die *Landwirtschaftskammer-Wahl* im März '98 ist ein Erfolg für die ÖVP: Der Bauernbund legt um 1 Mandat und 5,5 % zu und erhält insgesamt 67,7 % der Stimmen.

Bei der *Bundespräsidentenwahl* erhält Dr. Thomas Klestil - trotz einer burgenländischen Kandidatin - ein über dem Österreichdurchschnitt liegendes Ergebnis mit 66,4% (österreichweit 63,5%).

Da zu erwarten ist, daß das Burgenland seinen Ziel-1-Status leider nicht verlieren wird, sondern ab 2000 erneut EU-Fördergebiet sein wird, erarbeitet die Volkspartei schon im Frühjahr 1998 ein Konzept für die neue Förderperiode 2000 - 2006. Klare Priorität haben darin die Klein- und Mittelbetriebe, Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, innovative Landwirtschaft und Aus- und Weiterbildung. Die ÖVP sieht im Hinblick auf die bisherige und künftige Co-Finanzierung durch das Land eine finanziell bedrohliche Situation für das Burgenland. Auch aus diesem Grund ist es unser Streben, den Ziel-1-Status so rasch als möglich abzulegen.

Die Burgenländische Volkspartei gründet das „ÖVP-Zukunftsforum“. In 12 Teilbereichen arbeiten Experten, Jugendliche, Po-

litiker und interessierte Bürger an Problemlösungen und Ideen für's neue Jahrtausend. Neben den Diskussionsrunden und Tagungen finden öffentliche Veranstaltungen in allen Bezirken des Landes statt, wobei eine Bezirksveranstaltung unter jeweils einem anderen Motto, z.B. Verkehr, Familie, Landwirtschaft, Sicherheit usw. steht.

Die aufwendigste und größte Aktion startet die ÖVP jedoch im November 1998. Alle Haushalte des Burgenlandes werden von den Ortsfunktionären aufgesucht und dabei Fragebögen verteilt. Unter dem Motto „Ihre Meinung ist uns wichtig“ bittet die ÖVP die Bevölkerung um deren Ansichten, Wünsche und Anliegen zu den wichtigsten landespolitischen Themen, wie z.B. EU-Erweiterung, Wirtschaft, Familie, Verkehr, Gesundheit, Ziel-1-Förderpolitik, und vielen anderen Fragen.

Der Rücklauf war mit über 22 % sensationell gut. Im Jänner 1999 wurden die Fragebögen ausgewertet. Die Ergebnisse werden sowohl in den Bezirken als auch in der Landtags- und Regierungsarbeit Einfluß auf unsere zukünftige politische Arbeit haben.



Landesgeschäftsführer
LAbg. Dipl.Ing. Niki Berlakovich



ÖVP-Chef LH-Stv. Gerhard Jellasisitz und Landesgeschäftsführer LAbg. Dipl.Ing. Niki Berlakovich binden die Bürger mittels einer Fragebogenaktion in Burgenlands Zukunftsgestaltung ein.

Aus der Parteiorganisation

Beim 25. Ordentlichen Parteitag der Kärntner Volkspartei am 16. Mai 1998 wurde Dr. Christof Zernatto zum 4. Mal als Parteiohmann gewählt.

Personelle Veränderungen gab es in der Landesparteileitung. Hier folgte Robert Mack Dr. Klaus Wutte als Landesgeschäftsführer.

Aber auch in Kärntens größten Städten kam es zu Personalveränderungen.

In der Landeshauptstadt Klagenfurt kam es zu einer Ablöse von Bgm. Leopold Guggenberger als Stadtparteiohmann durch StR Dr. Dieter Jandl am 22. März 1996.

Dkfm. Harald Scheucher löste am 19. November 1996 Bgm. Leopold Guggenberger als Spitzenkandidat für die GR-Wahl ab die er im März 1997 klar für sich entscheiden konnte.

In Villach übernahm nach der Gemeinderatswahl Labg. Helmut Hinterleitner als geschäftsführender Stadtparteiohmann die Agenden.

Politische Arbeit

Die Konsensbereitschaft und das politische Miteinander, die Landeshauptmann Dr. Christof Zernatto in seiner Amtsführung verfolgte, brachten mit sich, daß 91 % der Regierungsbeschlüsse von allen drei Regierungsparteien einstimmig gefaßt wurden und wichtige Initiativen der Kärntner Volkspartei verwirklicht werden konnten. Zum Beispiel:

- 1997 wurden insgesamt 120 Millionen Schilling in die Arbeitnehmerförderung investiert
- Arbeitslosenrate konnte weiter gesenkt werden
- Lehrlingsaktion „Plus 1“ schafft mehr offene Lehrstellen als es Stellensuchende gibt
- Anzahl der Unternehmer stieg stärker als in 35 Jahren zuvor

- Einrichtung eines Gründerzentrums für Betriebsgründer in der Wirtschaftskammer
- Budget wurde durch langfristigen Konsolidierungskurs „europafit“ gemacht
- Umfassendes Agrarmarketing zur Sicherung des „Arbeitsplatzes Bauernhof“
- Kärnten wurde mit Abstand Nr. 1 im Bereich der Alternativenenergieförderung
- Vereinsfreiheit wurde gesichert
- Fachhochschul-Studiengänge wurden in Kooperation mit der Wirtschaft eingerichtet
- Mehr als 6000 neue Kindergartenplätze wurden geschaffen
- 338 Millionen Einsparung durch schlankere Verwaltung

Zukunftsweisende Projekte wie die Bewerbung um die olympischen Winterspiele 2006 und das Kärnten-Leitbild mit „Silicon Alps“ sollen Kärnten über die Jahrtausende hinweg wirtschaftlichen Aufschwung garantieren.

Bildungsarbeit

Die Bildungsarbeit stellt das unverzichtbare Fundament für alle Mandatsträger, Funktionäre und Mitarbeiter dar.

Nach den Gemeinderatswahlen 1997 wurde eine breit angelegte Befragung unter den Mitarbeitern und Funktionären durchgeführt, deren Ergebnis die Grundlage für ein zielorientiertes Bildungsangebot darstellt. Eindeutig abzulesen war dabei das Interesse im Bereich der Kommunikation, im Konkreten Gesprächsführung und Argumentation, an der allgemeinen Gemeindeordnung und an effizienter Arbeit im Kontrollausschuß.

Seit Herbst 1997 wurden bereits drei „Seminardurchgänge“ in allen Bezirken abgeschlossen.

Wahlen in Kärnten

Die Landtagswahl 1999 brachte der Kärntner Volkspartei mit ihrem Spitzenkandidaten Dr. Christof Zernatto nicht den ge-

wünschten Erfolg. Trotz eines intensiven Wahlkampfes, bei dem auch alle 132 Gemeinden vom Landeshauptmann besucht wurden, kam es zum Verlust eines Mandates und eines Regierungssitzes.

Ergebnisse:

	ÖVP	SPÖ	FPÖ
NRW 95:	18,3%	41,5%	33,1%
EU 96:	19,5%	34,5%	37,3%
GRW 97:	22,3%	40,5%	26,1%
LTW 99:	20,7%	32,9%	42,1%

Mitgliederstand

ÖWB	8.160
KBB	7.080
ÖAAB	8.625
ÖFB	5.130
JVP	2.642
ÖSB	12.820
Direktmitglieder	313



Landesparteiobmann Dr. Christof Zernatto



LGF Mag. Johanna Mikl-Leitner, LR Ernest Gabmann, LH-Stv. Liese Prokop, LH Dr. Erwin Pröll, LR Franz Blochberger, LR Mag. Wolfgang Sobotka, KO Labg. Dr. Ernst Strasser (v.l.n.r.)

Landesparteitag

Der 40. Ordentliche Landesparteitag der Volkspartei NÖ fand am 23. November 1996 im neuen Festspielhaus im Kulturbezirk/Regierungsviertel St. Pölten statt: Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll wurde als Landesparteiobmann wiedergewählt. Zu seinen Stellvertretern wurden LH-Stv. Liese Prokop und LR Ernest Gabmann, zum Landesparteifinanzreferenten wurde Abg. z. NR Dkfm. Dr. Günter Stummvoll gewählt.

Wahlen

Gemeinderatswahl 1995

Bei den Gemeinderatswahlen am 19. März 1995 konnte die ÖVP 409 von 571 Bürgermeistersitzen für sich entscheiden. Der heutige Stand weist 412 ÖVP Bürgermeister in 573 NÖ Gemeinden aus.

Nationalratswahl 1995

Vorwahl zur Nationalratswahl:

Es fand keine Vorwahl statt; die Volkspartei NÖ trat mit unveränderter Kandidatenliste der Nationalratswahl 1994, für die offene Vorwahlen durchgeführt wurden, zu den Wahlen am 17. Dezember 1995 an.

Wahlergebnis:

Bei den Nationalratswahlen am 17. Dezember 1995 konnte die ÖVP in NÖ 34,5 Pro-

zent der Stimmen (335.223 St.) und damit zwölf Mandate (9 WK + 3 Rest) gewinnen.

Partei	Österreich (%)	NÖ (%)
ÖVP	28,3	34,5
SPÖ	38,1	37,9
FPÖ	21,9	17,3
Grüne	4,8	3,7
LIF	5,5	5,1

Wahl zum Europäischen Parlament

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 13. Oktober 1996 gelang es der VP-NÖ erstmals seit 10 Jahren, bei bundesweiten Wahlen in NÖ stimmenstärkste Partei zu werden.

Partei	Österreich (%)	NÖ (%)
ÖVP	29,65	35,67
SPÖ	29,15	29,30
FPÖ	27,53	23,08
Grüne	6,81	5,27
LIF	4,26	4,16

Landtagswahl 1998

Vorwahl zur Landtagswahl:

Als Anreiz für die Kandidaten zur Stimmenmaximierung wurde folgender Modus vereinbart:

Alle Erstgereihten der Kreiswahlvorschläge und jene Zweitgereihten, die ein Grundmandat erreichen, erhalten 4 Prozent der im Wahlkreis gewonnenen Parteistimmen als Grundpunkte. Dazu kommen noch die Vorzugsstimmen, wobei jede Vorzugsstimme einen Wahlpunkt ausmacht. Der jeweils Nächstgereichte erhält 2 Prozent der erreichten Parteistimmen als Grundpunkte zuzüglich einen Wahlpunkt pro Vorzugsstimme. Alle übrigen Kandidaten erwerben ihre Wahlpunkte über die für sie abgegebenen Vorzugsstimmen. Als gewählt gilt, wer auf die oben angeführte Weise die meisten Wahlpunkte auf sich vereint.

Wahlergebnis:

Bei den Landtagswahlen am 22. März 1998 konnte die VP-NÖ ihren Stimmenanteil von 44,2 Prozent (LTW 93) auf 44,9 Prozent erhöhen und damit ein Mandat dazugewinnen.

Besonders bei den Jungwählern konnte die Volkspartei mit 28.000 Stimmen ein beachtliches Resultat erzielen (Vergleich SPÖ - 18.000 Jungwähler), und auch von der FPÖ konnten 16.000 Stimmen dazugewonnen werden. Als starker Motor der VP-NÖ kristallisierte sich Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll heraus, dessen Verbleib in der Funktion des Landeshauptmannes für fast ein Fünftel der ÖVP-Wähler ausschlaggebend war.

Partei	Stimmen	%	Abg.	Reg.- Mitgl.
ÖVP	405.900	44,9	27	5
SPÖ	274.980	30,4	18	3
FPÖ	145.514	16,1	9	1
Grüne	40.639	4,5	2	-
LIF	19.279	2,1	-	-

Personelle Veränderung in Regierung und Partei:

Finanzlandesrat Mag. Edmund Freibauer wechselte nach den Wahlen in die Funktion des Landtagspräsidenten. Zu seinem Nachfolger wurde Mag. Wolfgang Sobotka bestellt, der damit zusätzlich den Bereich Umwelt übernahm (die Agenden der Wohnbauförderung wurden jedoch dem Ressort von LH-Stv. Liese Prokop übertragen).

Zum neuen Klubobmann der Volkspartei wurde Dr. Ernst Strasser ernannt. Ihm folgte Mag. Johanna Mikl-Leitner als Landesgeschäftsführerin, die erste Frau in dieser Funktion in der VP-NÖ.

Bundespräsidentenwahl 1998

Bei der Bundespräsidentenwahl am 19. April 1998 stimmten 66,47 Prozent der Niederösterreicher für Bundespräsident Thomas Klestil (Waltraud Knoll 12,41%, Heide Schmidt 9,45%).

Betreuung der Funktionäre und Mitglieder

Die persönliche und direkte Betreuung unserer Funktionäre gilt als Hauptaugenmerk der VP-NÖ. Durch eine schlanke Führungsstruktur, sieben Wahlkreismanager mit hoher Eigenverantwortung, sowie zielgruppenorientierte Bereichsgliederung in der Landesparteileitung soll die intensive Betreuung der Mitglieder und Wähler in überschaubar



Erfolgreiches Team im Wahlfinale:
KO LAbg. Dr. Ernst Strasser, LH Dr. Erwin Pröll

ren Einheiten vor Ort gewährleistet werden. Weiters wurden zahlreiche Initiativen und Aktivitäten des Landeshauptmannes, des VP-Regierungsteams und der regionalen Abgeordneten in allen Landesteilen durchgeführt:

Landeshauptmann- Sprechtage	1. Halbjahr 1995
Viertelstage	Okt.-Dez. 95 Mai-Juni 96 Okt.-Nov. 97 Sept.-Nov. 98 März-Apr. 99
Bezirkstage	
<i>anl. LTW 98</i>	Feb.-März 98
Bürgermeister- Sprechtage (LH, LGF)	Herbst 97 Frühjahr 98
Bezirkskonferenzen	Herbst 97 und 98
Bezirksservicetage	1. Halbjahr 1997
Medientage	Herbst 1998

Alle Funktionäre der Volkspartei NÖ haben die Möglichkeit, regelmäßige an Schulungen teilzunehmen. Ein entsprechendes Programm wird zweimal jährlich angeboten. Vom Herbst 1998 bis zum Sommer 1999 läuft außerdem ein eigenes Trainingsprogramm für die niederösterreichischen Mandatäre (Landtagsabgeordnete, National- und Bundesräte).

Einmal jährlich führt die VP-NÖ eine Mitglieder-Besuchsaktion durch. Der persönliche Kontakt mit den Funktionären und ein Geschenk (z.B. NÖ Rad- und Straßenkarte, Kochbuch) haben das Ziel, einen besonderen Mehrwert für die Mitglieder zu schaffen. Zusätzlich gibt es für interessierte Mitglieder seit 1996 eine Vorteilskarte mit diversen Vergünstigungen.

Veranstaltungen

Als Fixpunkt der eigenständigen Landesaußenpolitik wird seit 1995 das Europaforum Wachau im Stift Göttweig mit hochkarätigen in- und ausländischen Referenten veranstaltet. Das Sommernachtsfest Laxenburg bildet einen weiteren Bestandteil des niederösterreichischen Europa-Engagements.



Europa-Forum-Wachau (1998, Stift Göttweig); v.l.n.r.:
VK Dr. Wolfgang Schüssel, Jose Maria Aznar (span. Premiermin.),
LH Dr. Erwin Pröll, StS Dr. Benita-Maria Ferrero-Waldner,
Abt Clemens Lashofer (Stift Göttweig)

In regelmäßigen Abständen (ca. 4x pro Jahr) werden aktuelle gesellschaftspolitische Themen aufgegriffen und in halbtägigen Informations- und Diskussionsveranstaltungen mit Experten aus den diversen Fachbereichen ausführlich behandelt. Die Ergebnisse dieser Tagungen werden meist in einer eigenen Schriftenreihe, den Kremser Protokollen, publiziert.

Seit 1996 findet jeweils im Mai/Juni auf den Hauptplätzen niederösterreichischer Städte die NÖ Streetparty als Sympathieaktion für Jugendliche von 12-25 Jahren statt. Mit der Schwerpunktlegung auf Sport, dem „Zugpferd“ Streetbasketball zusammen mit Technik und Musik werden 15 Qualifikationsveranstaltungen sowie ein Landesfinale ausgetragen. Die NÖ Streetparty verzeichnet bei jährlichen Steigerungen derzeit 2.500 aktive Teilnehmer und 25.000 Besucher.

Initiativen des VP Regierungsteams

Standort NÖ

- Eröffnung des Regierungsviertels in St. Pölten Nov. 96

- Verwaltungsvereinfachung und Bürokratieabbau für die Wirtschaft und für den Bürger - Deregulierung: „Verfahrens-express“, „Näher zum Bürger. Schneller zur Sache“
- Fitneßprogramm für die Grenzregionen
- Aufbau eines Netzwerkes an regionalen Innovations- und Gründerzentren
- NÖ Wirtschafts- und Strukturverbesserungsfonds
- NÖ Beteiligungsmodell für KMU
- Gründerfinanzierungsmodell
- Aktion „Incentive 2001“ für den Tourismus
- Entwicklung des ländlichen Raumes (Sektorplan- und Ziel 5b-Förderungen, regionale Energieprojekte - Biomasse)
- Aktion „Familienfreundlichster Betrieb“
- Eigenständige Landesaußenpolitik - „Vom Grenzland zum Kernland“
- Donauuniversität Krems
- NÖ Landesakademie

Beschäftigung

- NÖ Beschäftigungsgipfel 1996
- Arbeitsmarktoffensive - zielgruppenorientiert auf Problemfelder:
Pröll-Prokop-Jobinitiative seit Herbst 97, Initiative 50 für ältere Arbeitslose, Flying Nannies für Kindergärtnerinnen, Schulung von Behinderten im Landesdienst, Lehrerbörse für arbeitslose Junglehrer, Start up Personalleasing für Schulabsolventen, Job 2000 für Langzeitarbeitslose, Telefit für Frauen, Lehrlingsoffensive - Umsetzung NAP für Jugendliche, Comeback für ältere Arbeitslose
- NÖ Territorialer Beschäftigungspakt 2000 in Arbeit
- NÖ Arbeitnehmerförderung - Lehrlingsbeihilfe, Erhöhung der Pendlerhilfe

Verkehr & Umwelt

- Ausbaumaßnahmen Nahverkehr, Park & Ride etc.
- NÖ Landesverkehrskonzept 1997
- Nahverkehrsvertrag
- Klimabündnis und NÖ Umweltprogramm
- Nationalpark Donau-Auen und Thayatal

Familie & Soziales

- Freibauer-Modell für Wohnbauförderung
- Ökologisierung in der Wohnbauförderung - Aktion „Heizkesseltausch“
- Novelle NÖ Kindergartengesetz und Kinderbetreuungsgesetz

- Ausbau der Kinderbetreuung durch Tagesmütter, zusätzliche Kinderbetreuungsplätze
- Erhöhung der NÖ Familienhilfe
- Aktion „Mehr Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr“
- Ausbau- und Investitionsprogramm für NÖ Landespendionisten- und Pflegeheime 1992-2002
- NÖ Gesundheitsstudie und Neustrukturierung des NÖ Gesundheitswesens
- Jahr der Freiwilligen

Bilanz des Landtagsklubs der Volkspartei NÖ

Seitens des NÖ Landtagsklubs der ÖVP sind seit dem letzten Bundesparteitag folgende Initiativen und Gesetzesbeschlüsse zu erwähnen:

- Schaffung des NÖ Nationalparkgesetzes als Grundlage für die zwie Nationalparks in NÖ, March-Donauauen und Thayatal
- Neues Kulturförderungsgesetz mit der verstärkten Förderung der Kultur in NÖ
- Neue NÖ Bauordnung mit Deregulierung und Verwaltungsvereinfachungen, z.B. Wegfall der Baukommission
- Neues NÖ Kindergartengesetz mit der kostenfreien Bildungszeit am Vormittag und Erweiterung der Nachmittagsbetreuung
- Gleichbehandlungsgesetz für Landes- und Gemeindebedienstete
- Änderung der Landesverfassung mit Schaffung des unabhängigen Landesrechnungshofes und Einführung der Volksbefragung
- Änderung des Krankenanstaltengesetzes mit Neustrukturierung der Krankenanstalten in NÖ
- In den Berichtszeitraum fällt auch die Übersiedlung der Landesverwaltung von Wien nach St. Pölten
- Bei der Landtagswahl im Jahre 1998 konnte die ÖVP ihre Mandatsstärke um 1 Mandat erhöhen. Die Reihung und Vergabe der Mandate erfolgte nach einem verstärkten Persönlichkeitswahlrecht als ÖVP Wahlmodell. Da die anderen Parteien ein verstärktes Persönlichkeitswahlrecht in der Landtagswahlordnung nicht verankert haben wollen, hat die ÖVP ein eigenes Wahlmodell intern durchgezogen.

Ereignisse und Erfolge der Teilorganisationen in NÖ

NÖ-AAB

Am 1. Juli 1998 wurden ÖAAB Landesobmann NR Dr. Michael Spindelegger und sein Team mit über 90% der Stimmen gewählt.

Das St. Pöltner Programm als Richtschnur für die Arbeit des neuen Teams des NÖ AAB für die nächsten Jahre wurde bei der Landeskongress am 14. November 1998 beschlossen.

Mit einer der zahlreichen Initiativen konnte die Erhöhung der NÖ-Pendlerhilfe ab 1.1.1999 erreicht werden.

NÖ Wirtschaftsbund

Die Maßnahmen des Wirtschaftsbundes konzentrierten sich auf Verbesserung bei Förderaktionen, Vereinfachung der Betriebsanlagengenehmigung, Entbürokratisierung sowie regionale Entwicklungschancen für strukturschwache Gebiete. Als besonders erfolgreiche Aktionen sind die Gulaschkobra (Betriebsübernahmen im Gastgewerbe durch mobile Kommission) und die Lehrlingsaktion-Plus (1997 nehmen rund 900 NÖ Unternehmer einen zusätzlichen Lehrling auf) hervorzuheben.

NÖ Bauernbund

Am 29. Juni 1996 feierte der NÖ Bauernbund sein 90-jähriges Bestehen; auch im Juni 1996 wurde LR Franz Blochberger zum Obmann wiedergewählt. Im Juli 1997 wurden die Leitsätze des NÖ Bauernbund unter dem Titel „Perspektiven für unser Land und seine Bauern“ beschlossen. Die Sicherung des öS 40 Mrd. Agrarbudgets, öS 300 Mio. Hilfe für Schweinebauern bzw. der Bauernkrankenschein seit 1. Juli 1998 zählen u.a. zu den Erfolgen, die für die Landwirte erzielt werden konnten.

NÖ Seniorenbund

Am 5. Juni 1996 löste Mag. Edmund Freibauer, NÖ Landtagspräsident, den langjährigen Landesobmann, NR BR a.D. Ing. Erich Spindelegger, ab. Im März 1998 wurde ein Landesseniorenbeirat unter dem Vorsitz von LH-Stv. Prokop geschaffen. Unter zahlreichen Veranstaltungen, die der NÖ Seniorenbund als Serviceorganisation

mit 553 Orts- und Bezirksgruppen durchgeführt, sind 2.310 Sprechtage zu Sozialversicherungsfragen (zw. April 95 und Jan. 99) oder EURO-Informationsveranstaltungen in allen Bezirken hervorzuheben.

NÖ Frauenbewegung

Bildungsoffensive - Seminarreihe für Funktionärinnen; Veranstaltungen - Viertelkonferenzen, Informationsabende zum NÖ Kindergartengesetz, „Schaut nicht weg“-Aktionstage in Bezirken, Kamingespräche zum Frauenvolksbegehren; Publikationen - vierteljährliche Zeitung „Blickpunkt“

Junge ÖVP - NÖ

Toni Erber, Obmann der JVP-NÖ seit Mai 1995, zog nach den LTW 98 in den NÖ Landtag ein. In 21 Bezirks- und 300 Ortsgruppen werden seit 1995 Themenschwerpunkte für die politische Arbeit gesetzt (Bsp. Arbeitsmarkt der Zukunft, Jugendpartizipation). Aktionen und Events wie die NÖ Streetparty, „Stop Radikalismus“, „Fantasy statt Extasy“ fanden großen Anklang. Die Durchsetzung des Mopedscheines ab 15 Jahren zählt zu den größten politischen Erfolgen der JVP in den letzten Jahren.

Mitglieder

NÖ-BB	140.754
NÖ-AAB	91.690
NÖ-WB	28.651
NÖ-SB	63.630
NÖ-FB	14.248
Junge ÖVP	13.062
Direktmitglieder	507
Gesamt	352.542

Publikationen und eigene Medien

Sowohl Funktionäre als auch Mitglieder werden von der VP-NÖ in regelmäßigen Abständen durch eigene Schriftenreihen, wie etwa Kurz & Bündig oder Rundschreiben, laufend über aktuelle Themen und Ereignisse informiert. Das Internet dient als neuestes Informationsmedium.

Auf der Homepage der Volkspartei NÖ (www.noeevp.or.at) stehen u.a. aktuelle Presseartikel oder Jugendinfos zur Verfügung; außerdem gibt es für alle VP-Gemeindeparteien die Möglichkeit, ihre eigenen Web-Seiten einzurichten. Jede Bezirksgeschäftsstelle ist seit 1996 per Email erreichbar.

Kremser Protokolle

- 1/95 Familie, Kinder und Berufstätigkeit
- 2/95 Ein Jahr in Europa - Bilanz
- 1/96 Frauen zwischen Familie und Beruf
- 2/96 Politik und Gesundheit in NÖ
- 1/97 Deregulierung - Bürgernähe der Verwaltung
- 2/97 Jugend im Wandel der Gefahren
- 1/98 Ein Land denkt vor - Ergebnisse der Zukunftstage NÖ
- 2/98 Bildung - Leitlinien für die Zukunft

NÖ Report

- 3/95 Familienfreundliche Wohnbauförderung
- 5/95 5 vor 2000: Die Arbeit von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll und seinem Team
- 1/96 Gesundheit - 10-Punkteprogramm zur Lösung aktueller gesundheitspolitischer Probleme
- 2/96 Ein Land denkt vor
- 2/97 Das Jahr der Freiwilligen
- 2/98 Entscheidung für NÖ

Buchpublikation

50 Jahre NÖ Volkspartei - Werte & Wandel

Oberösterreich

Die politische Arbeit der ÖVP Oberösterreich seit dem letzten Bundesparteitag war von zwei politischen Ereignissen in Oberösterreich und der Unterstützung der NR-Wahl 1995, der EU-Wahl 1996 und der Bundespräsidentenwahl 1998 bestimmt:

- Am 11. Februar 1995 kam es an der Spitze der ÖVP Oberösterreich zu einem Wechsel, Landeshauptmann Pühringer wurde zum Landesparteiobmann gewählt und am 2. März vom Landtag zum neuen Landeshauptmann von Oberösterreich. Die politische Arbeit konzentrierte sich im Jahr 1995 auf die Einführung des neuen Landeshauptmannes und seines neuen Teams.
- Am 5. Oktober 1997 fanden in Oberösterreich Landtagswahlen statt. Die Jahre 1996 und 1997 waren geprägt von der Vorbereitung und Umsetzung der Landtagswahlkampagne.
- Die NR-Wahl 1995, die Europawahl 1996 sowie die Bundespräsidentenwahl 1998 versuchten wir als ÖVP-Oberösterreich aufgrund der Vorgaben der Bundespartei bestmöglichst abzuwickeln, wobei jeweils versucht wurde, durch eigenständige, verstärkende Elemente einen Beitrag zum Erfolg zu leisten.

Im März 1995 startete die *Einführungskampagne* für den neuen Landeshauptmann. Gemeinsam mit einer neuen Werbeagentur wurde ein Marketingkonzept zur Präsentation des neuen Landeshauptmannes erarbeitet und umgesetzt. Zwei Plakatwellen, Anzeigen, eine Serie von Events und eine Umfrage unter allen ÖVP-Mitgliedern bildeten die Schwerpunkte. Gleichzeitig verstärkte der neue Kandidat seine Präsenz vor Ort mit eigenen Veranstaltungsformaten (Treffpunkt LH).

Die Einführungskampagne war überaus erfolgreich: Der Bekanntheits- und Beliebtheitsgrad von Dr. Pühringer konnte in wenigen Monaten signifikant gesteigert werden, und zwar von 30% im September 1994 auf 65% im Oktober 1995 (Sympathiewerte).

Im Dezember 1995 leistete die ÖVP Oberösterreich einen eigenständigen Beitrag zur *Nationalratswahl*. Großveranstaltungen mit Wolfgang Schüssel, Wählerversamm-



Erfolgreicher Wahlkämpfer: LH Dr. Josef Pühringer

lungen und Verteilaktionen der Nationalratskandidaten in den Städten und Gemeinden sowie die Mobilisierung der ÖVP-Wähler vor Ort waren Elemente der Kampagnen. Die ÖVP Oberösterreich stellte auch eigene Informations- und Werbemittel her.

1995 startete auch ein wichtiges Vorbereitungsprojekt für die Landtagswahl 1997. Im April 1995 wurde die Ramsauer & Stürmer Managementberatung mit der Durchführung eines *Organisationsentwicklungsprojektes* beauftragt. Ziel des Projektes war die Optimierung der Parteiorganisation im Hinblick auf die kommende Landtagswahl. Die externen Berater legten im September 1995 einen Analysebericht vor, in dem Ergebnisse von Mitarbeiter-, Funktionärs- und Mitgliederbefragungen, Führungskräfte- und Schnittstellenpartnerinterviews, einer Dokumenten- und Konkurrenzanalyse sowie einer Trend- und Politikstrategieanalyse ausgewertet und dargelegt wurden.

Aufgrund der Analyse wurden hinsichtlich strategische Orientierung, Kundenorientierung, Leistungs- und Marktportfolio, Qualitätskriterien, Organisationskultur, Aufbau- und Ablauforganisation ein Zielkatalog formuliert. In weiterer Folge wurden Wandlungsprojekte und Maßnahmen definiert und mit einem konkreten Umsetzungsplan versehen. Dieses Organisationsentwicklungsprojekt leistete einen wesentlichen Beitrag zur strategischen und

organisatorischen Vorbereitung der Landtagswahl. Dieses Organisationsentwicklungsprojekt wird als permanenter Entwicklungsprozeß unserer ÖVP-OÖ. in geeigneter Form fortgesetzt, sodaß die Organisation den „Kunden- und Marktanforderungen“ möglichst angepaßt bleibt.

Inhaltlich war das Jahr 1995 bestimmt vom Thema „Arbeit sichern - Wohlstand sichern“. Dieses stand im Mittelpunkt des zweiten Halbjahres und war die erste inhaltliche Positionierung der ÖVP unter Pühringer.

In den Gemeinden wurde zur Halbzeit der Legislaturperiode eine Bilanz vorgelegt. Für die Gemeindeparteizeitungsmacher wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben.

Als regelmäßige inhaltliche Veranstaltungen wurden die *Reichersberger Pfingstgespräche* sowie der *Zukunftskongreß* eingeführt, zwei zentrale Events, bei denen sich die Landes-ÖVP mit wichtigen Zukunftsfragen auseinandersetzt.

Mit dem ersten Zukunftskongreß im Jahr 1995 wurde auch das OÖ. *Zukunftsforum* gestartet. Mit diesem OÖ. Zukunftsforum wurde eine politisch inhaltliche Diskussion über die wichtigsten gesellschaftspolitischen Fragen der Zukunft gestartet. Die Verzahnung zwischen Wissenschaft und Praxisbezug war uns dabei sehr wichtig.

Im Rahmen dieses OÖ. Zukunftsforums wurde eine Vielzahl von politischen Arbeits-sitzungen und Veranstaltungen abgewickelt. Letztendlich wurden die Beiträge zu den relevantesten gesellschaftspolitischen Fragen der Zukunft im „*Trendbuch Zukunft - Oberösterreich auf dem Weg in das 3. Jahrtausend*“ niedergeschrieben. Das Buch wurde der Öffentlichkeit 1997 präsentiert. Dieser politische Diskussionsprozeß mit den „klügsten Köpfen“ des Landes soll auch fortgesetzt werden.

Das Jahr 1996 war vor allem geprägt durch die *Europawahl*, wo die ÖVP in Oberösterreich mit 30,9% stimmenstärkste Partei wurde. Mit Dr. Paul Rübiger verfügte die OÖ. VP über einen eigenen Kandidaten, was zu einer erheblichen Mobilisierung der eigenen Mitglieder führte. Die OÖ. VP führte einen eigenständigen Europawahlkampf, der auf die Person Rübiger zugespielt wurde. Es wurden eigene Werbe- und Informationsmittel produziert und eine moderate Vorzugsstimmenkampagne geführt.

So wie 1995 wurde auch 1996 der Landeshauptmann in den Mittelpunkt der Kommunikation der Landespartei gestellt. Zwei weitere Plakatwellen sowie Anzeigen bestimmten den verblichenen Auftritt. Während 1995 vor allem die Person des neuen Landeshauptmannes und sein politisches Selbstverständnis dargestellt wurden, wurde 1996 Pühringer mit seinen Hauptthemen dargestellt. Arbeit und Wirtschaft, Familie, Sicherheit und Zukunft waren die Schwerpunktthemen. Ein landespolitischer Aufreger war die Diskussion um das *Wasserkraftwerk Lambach*. Die VP sammelte in den Gemeinden 200.000 Unterschriften für den Bau, was eine erhebliche Mobilisierung der VP-Organisation darstellte.

Darüberhinaus liefen 1996 die Vorbereitungsarbeiten für die Landtagswahl auf Hochtouren. Noch vor dem Sommer wurde ein Strategiekonzept ausgearbeitet, das sich vor allem auf eine Analyse demoskopischer Befunde und erfolgreicher Politikkonzepte in anderen Bundesländern sowie im benachbarten Bayern stützte. Die Grundpositionierung der OÖ. VP „High Tech und Blasmusik“, ursprünglich von der CDU übernommen, fand auch in späteren Jahren ihre Entsprechung in den Schlagworten „Laptop und Lederhos’n“.

Aufbauend auf dieses Strategiekonzept wurde ein Konzept für die Wahlkampagne entwickelt. Auf dieser Grundlage wurden die Werbeagenturen gebrieft, die für die Umsetzung der Wahlkampagne ausgesucht wurden. Erstmals vertraute die OÖ. VP nicht auf eine einzelne Agentur, sondern arbeitete mit mehreren Agenturen zusammen, die innerhalb der Kampagne verschiedene Aufgaben erfüllten, und zwar entsprechend ihrer Spezialisierung. Das Agenturbriefing fand im Sommer 1996 statt.

Im Spätherbst 1996 nahm das Parteimanagement an einer Wahlkampfbeobachtung in den USA teil. Im Dezember 1996 präsentierten die Agenturen ihre Konzepte und das Kampagnenkonzept für die Landtagswahl wurde fertiggestellt.

1996 erfolgte auch der Einstieg in das *Internet*. Die Landes-VP war die erste Partei in Oberösterreich, die mit einer eigenen Homepage im Internet vertreten war. 1997 wurde neben dem professionellen Auftritt im Web ein neues Instrument präsentiert: Das *Intranet*, das als Organisationshilfe für die Par-

teiarbeit wertvolle Dienste leistete. Die ÖVP konnte damals ihren Mitgliedern Österreichs günstigsten Internetzugang anbieten. Seither sind fast 2000 Funktionäre aus dem ganzen Bundesland an diesem Intranet beteiligt.

Im Jänner 1997 wurde mit der Umsetzung des Konzeptes begonnen. Die ÖVP startete mit einer *internen Informationskampagne*, bei der in allen Bezirken die Gemeindefunktionäre über das Wahlkampfkonzept informiert wurden. Die Präsentationen mit Laptop und Powerpoint erzielten nicht nur den gewünschten Informationseffekt, diese interne Informationswelle löste bei den Funktionären auch einen entsprechenden Motivationsschub aus und erhöhte die Akzeptanz für das vorgeschlagene Konzept.

Unmittelbar nach der internen Information startete die *Oberösterreichkampagne* unter dem Titel „Heimat bewahren - Zukunft gestalten“. Im Rahmen dieser Kampagne wurden die Leistungen der Landespolitik und die positiven Parameter und Eckdaten Oberösterreichs im Bundesländervergleich dargestellt. Die Oberösterreichkampagne war ein wichtiges Fundament für die erfolgreiche Wahlkampagne der OÖ. VP.

Mitte März startete die *Vorwahlkampagne* für die Landtagswahl unter dem Titel „Offenes Land - offene Partei“. Dies führte zu einer ersten Mobilisierung in der OÖ. VP, alle Mitglieder und darüberhinaus alle Landesbürger konnten bei der Nominierung der Landtagskandidaten mitbestimmen. Von Mitte April bis Ende Juni erstreckte sich die Themenkampagne, bei der die Partei ihre inhaltlichen Schwerpunkte Arbeit und Wirtschaft, Familie und Sicherheit präsentierte. Der Vorwahlkampf wurde mit einer *Leistungskampagne* abgeschlossen, bei der die ÖVP ihre Erfolgsbilanz vorlegte. Der *Intensivwahlkampf* wurde im August mit einer *Zukunftskampagne* eingeleitet, in der die ÖVP ihr Programm präsentierte.

Im September fokussierte die Kampagne auf den Landeshauptmann mit dem Titel „Der oberösterreichische Weg in eine sichere Zukunft - Dr. Josef Pühringer“.

Weitere wichtige Elemente der Kampagne waren eine Gesprächskampagne mit dem Titel „Politik von Mensch zu Mensch“. Landeshauptmann und Regierungsmitglieder, später die Landtagskandidaten und im letz-

ten Teil sämtliche Funktionäre suchten im Rahmen dieser Kampagne den direkten Wählerkontakt. Insgesamt wurden 1.200 Veranstaltungen unter diesem Titel durchgeführt. Während der eigentlichen Mobilisierungskampagne fanden schließlich die klassischen Wahlkampfveranstaltungen statt, wobei auch für die Kundgebungen mit einer Roadshow ein neues Format entwickelt wurde. Eine wesentliche Säule des Wahlkampfes bildete der kommunale Wahlkampf, wo die Landespartei den Gemeindeparteiorganisationen entsprechende Hilfsmittel zur Verfügung stellte (Bürgermeisterplakat mit Landeshauptmann, Wahlkampfleitfaden, eigene Werbelinie etc.).

Schließlich gab es Zielgruppenkampagnen, wobei vor allem die Jugendkampagne unter dem Titel „Dr. Joe and the future“ hervorzuheben ist. Erstmals wurde ein Politiker mit Elementen einer kommerziellen Produkteinführungskampagne präsentiert. Mit diesem Teaserformat wurde eine völlig neue Art der politischen Kommunikation etabliert, das seither auch in anderen Bundesländern Nachahmung gefunden hat.



Landtagswahlkampf '97 mit BPO Dr. Wolfgang Schüssel

Die ÖVP Oberösterreich war bei der Landtagswahl erfolgreich und konnte ihre Spitzenposition klar behaupten. Dies ist umso bemerkenswerter, weil gerade in dieser Zeit heftiger bundespolitischer Gegenwind spürbar war und die Bundes-ÖVP zwischenzeitlich auf den dritten Platz zurückgefallen war.

Im Ergebnis konnte die Landes-VP 42,7% der Stimmen erringen und sicherte sich damit 25 Mandate. Erstmals war es ihr auch gelungen, in allen Wahlkreisen des Landes die Mehrheit zu erobern. Bei den gleichzeitig durchgeführten Gemeinderatswahlen er-

reichte die ÖVP 41,7%, bei den Bürgermeisterdirektwahlen 346 der insgesamt 445 Bürgermeister.

Das Jahr 1998 hatte einen politischen Höhepunkt, nämlich die *Bundespräsidentenschaftswahl*. Der von der ÖVP unterstützte Kandidat Dr. Klestil erreicht in Oberösterreich 65,5%. Die Aufgabe der ÖVP bestand in dieser Kampagne vor allem in der Unterstützung der Personenkomitees für den Kandidaten.

Inhaltlich setzte sich die ÖVP-Oberösterreich im Jahr 1998 weiterhin mit den Schwerpunktthemen der Gesellschaft (Arbeit/Wirtschaft - insbesondere Bekämpfung der Jugend Arbeitslosigkeit, Familie, Zukunft/Bildung, usw.) auseinander. In diesen Themenfeldern hat die ÖVP-Oberösterreich auch die entsprechende Themenführerschaft. Gleichzeitig wurde im Jahr 1998 ein Schwerpunkt auf das Sozialthema gesetzt, zumal im oberösterreichischen Landtag das OÖ. Sozialhilfegesetz beschlossen wurde. Es wurde auch die politische Arbeit im Bereich des „ehrenamtlichen Engagements“ fortgesetzt und verstärkt.

Zu Beginn des Jahres 1999 wurden in den Bezirken Informationsveranstaltungen für die *Europa- und Nationalratswahl* durchgeführt. Neben der Umsetzung der Kampagnen für die Europa- und Nationalratswahl wird das Hauptaugenmerk auf der Fortsetzung der Organisationsentwicklung und in einem Relaunch des Internetauftrittes der OÖ.VP liegen.

1999 soll die letzte Ausbaustufe dieses Konzeptes umgesetzt werden, nämlich die flächendeckende Anbindung aller Gemeinden.

Landespolitisch wird sich die Parteiarbeit inhaltlich vor allem auf das Familienthema konzentrieren. Die OÖ. VP wird zum von der Landesregierung ausgerufenen „Jahr der Familie“ eine Reihe von Schwerpunktaktionen im Land und in den Gemeinden durchführen (Familienservicewoche, Familienratgeber, Gemeindeerlebnistage, etc).

Wahlen

Bundespräsidentenwahl 1998

	(in %)
Dr. Klestil	65,5
Mag. Knoll	15,3
Dr. Schmidt	9,4
Ing. Lugner	7,8
Nowak	2,1

Landtagswahl 1997

	in %	Mandate
ÖVP	42,7	25
SPÖ	27,0	16
FPÖ	20,6	12
GRÜNE	5,8	3
LIF	2,1	-
Neutrale	0,8	-
KPÖ	0,3	-
CWG	0,4	-
FDP	0,2	-
ÖNP	0,1	-

Gemeinderatswahlen 1997

	in %	Mandate
ÖVP	41,7	4956
SPÖ	34,1	2848
FPÖ	18,9	1608
GRÜNE	1,8	35
LIF	0,8	11
KPÖ	0,2	-
Sonst. 1	2,4	181
Sonst. 2	0,2	4

Bürgermeisterwahlen 1997

	Bürgermeister
ÖVP	346
SPÖ	89
FPÖ	8
Bürgerlisten	2

Europawahl 1996

	(in %)
ÖVP	30,9
SPÖ	28,5
FPÖ	28,2
LIF	3,4
GRÜNE	6,5
Die Neutralen	1,5
Forum Handicap	0,7
KPÖ	0,4

Nationalratswahlen 1995

	(in %)	Mandate
ÖVP	29,5	9
SPÖ	38,1	11
FPÖ	21,6	7
KPÖ	0,2	-
GRÜNE	5,1	2
LIF	4,4	1
Sonst.	1,1	-

Mitgliederstatistik

Stand per 13.6.1998:

AAB	36.433
BB	79.856
WB	12.628
FB	8.899
JVP	15.864
SB	69.999
Direkt	909
Personen	191.495
Mitgliedschaften	224.588

Werbung und Öffentlichkeitsarbeit

Die Abteilung Werbung und Öffentlichkeitsarbeit ist für die Umsetzung der Kampagnen und das Themenmanagement der Landes-ÖVP verantwortlich. Dies geschieht vor allem mittels eigener Medien und Publikationen. Dazu erscheint jährlich mindestens viermal das Landesmagazin „*Wir Oberösterreicher*“, eine Publikation, die an alle oberösterreichischen Haushalte geht und die über die Arbeit und Themen der ÖVP Oberösterreich informiert. Angereichert ist dieses Magazin mit Lesestoff und Serviceinformationen, Rückkoppelungsmöglichkeiten gibt es durch Anforderungscoupons von Serviceangeboten und Gewinnspiele. Das Magazin ist durchgängig vierfärbig und im Stil einer Illustrierten gemacht und wird von einer Agentur gestaltet.

Zur Information der Funktionäre und Mitarbeiter gibt es die sogenannte *TOP-INFO*. In dieser Publikation werden die ÖVP Funktionäre über Themen und Aktivitäten der ÖVP informiert. Dabei erhalten sie auch Argumentationshilfen zu bestimmten Themen. Das Top-Info erscheint themenbezogen und aktuell.

Ein großer Bereich der Arbeit der Werbung und Öffentlichkeitsarbeit nimmt das *Internet* der ÖVP ein. Das Internet ist Schaufenster nach außen. Um Internetsurfer auf die Seiten der ÖVP zu locken, werden auf den Internetseiten vor allem Information, Service und aktuelle Themen, wie etwa die Presseaussendungen geboten. In einem eigenen ÖVP-Intranet werden für ÖVP-Funktionäre Hintergrundberichte, Organisationshilfen (z. B. Musterlayout für Gemeindeparteizeitungen, Gemeindeparteizeitungsbeilagenblätter, LOGO, Bildarchiv, Argumente usw.) geboten.

Um die Landesthemen auch in den Gemeindezeitungen zu transportieren, erscheint vier bis fünf Mal im Jahr ein *Gemeindeparteizeitungsbeilagenblatt*. Die ÖVP-Themen werden auch durch *Schaukastenplakate* transportiert, die ca. alle zwei Monate erscheinen. Für politische Mandatare gibt es Argumentationshilfen und Rednerdienste.

Die Landes-ÖVP informiert weiters in *Belangsendungen*, die auf Radio OÖ geschaltet werden. Darin kommen die Spitzenpolitiker der Landes-ÖVP zu aktuellen Themen zu Wort. Die Gestaltung der Sendungen erfolgen in Zusammenarbeit mit einer Agentur.

Eine besondere Rolle nahm die Werbung und Öffentlichkeitsarbeit im Wahlkampf 1997 ein. In diesem Wahlkampf war die Hauptaufgabe nicht nur die Koordination und der Kontakt zwischen den Agenturen, sondern auch die Textierung von *Inseraten*, *Plakaten* und sonstigen Publikationen, wie *Broschüren* und *Folder*.

Presse

Oberösterreichs Medien werden von der Presseabteilung vor allem durch Pressekonferenzen und Presseaussendungen sowie durch persönliche Kontakte mit Journalisten betreut.

Pro Jahr werden rund 150 Presseaussendungen verfaßt sowie ca. 30 - 60 Pressekonferenzen veranstaltet. Darüberhinaus erfolgt auch bei diversen Parteiveranstaltungen eine umfassende Pressebetreuung, um eine entsprechende Berichterstattung sicherzustellen. Weiters wird durch gezielte Presseaktivitäten im gesamten Bundesland danach gestrebt, auch in den Regionalmedien Niederschlag zu finden.

Die Presseaussendungen und Pressekonferenz-Unterlagen sind jeweils auch aktuell auf der Homepage der ÖVP Oberösterreich abberufbar.

Zu den Aufgaben, die von der Presseabteilung weiters wahrgenommen werden, zählt nicht zuletzt auch die Medienbeobachtung und Dokumentation der politischen Berichterstattung in Oberösterreich und darüber hinaus.

Politik /Organisation

Aktionen und Kampagnen

1995: Halbzeitbilanz in den Gemeinden
Mai/Juni 1995:

Gemeindezeitungswettbewerb - Verleihung Gemeindezeitungssoscar

Juni 1995:

Start für das Projekt „Organisationsentwicklung der OÖ-Landespartei“

1995: Arbeit sichern/Wohlstand sichern (schwerpunktmäßig 2. Halbjahr)

Juli 1995:

ÖVP-Mitgliedermailing LH Dr. Josef Pühringer

Fragebogen: „Ihre Meinung interessiert mich“

1995-1997:

Jugendkampagne „Touch The Future“

Juli - Oktober 1995:

Sicherheitskampagne

23. - 26.6.95:

Aktionstage für Vizekanzler Dr. Wolfgang Schüssel in allen Bezirken

Dezember 1995:

Sozialaktion „Oberösterreicher helfen Oberösterreicher“

15.3.96:

Mitgliedermailing - 1 Jahr Landeshauptmann

April 96:

Landeshauptmann Antrittsrede „Meine Ziele für Oberösterreich“

Juni - Nov. 96: Fottowettbewerb

13.2.97: Präsentation Zukunftsbuch

Veranstaltungen

5.7.95:

Oberösterreichfest mit Vizekanzler Dr. Wolfgang Schüssel

2.10.95: Sicherheitsenquete

Dezember 95:

363 Abgeordneteinsätze zur NRW in den Gemeinden

4.4.96: Wirtschaft 2005

20.5.96: Städteplattform

3.6.96: Enquete Arbeitskampagne

17.6.96: Sommernachtsfest

„Black is beautiful“

29.10.96:

Stadtpolitik - Auftaktveranstaltung

13.11.96: Familienkongreß

18.11.96: Education Highway

19.3.97:

„Schlanke Verwaltung statt Sparpaket“

17.4.97:

„Neue Wege der sozialen Sicherheit“ - Podiumsdiskussion

6.5.97:

„Spezialisierung als Chance für Österreich“

12.6.97: Familienkongreß

9.7.97: Föderalismusenquete

31.7.97: Wohnbudenquete „Mietkauf“

31.7.97:

„Initiative Bürger über 50“ - aktiv in die 2. Lebenshälfte

1.8.97: Programmkongreß

5./6.8.97: Kulturworkshop

11.9.97:

„Neue wirtschaftliche Bedingungen Österreichs“

16.9.97:

„Neue Lebensqualität - Visionen und Wege“ Podiumsdiskussion

- 1.199 Veranstaltungen Politik von Mensch zu Mensch
- 157 Veranstaltungen der ÖVP-Spitzenfunktionäre der ÖVP-OÖ.
- 139 Road-Shows mit Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer

Veranstaltungen und Aktionen die regelmäßig jährlich durchgeführt werden

- „Oberösterreichtage“ für neugewählte Bürgermeister und Parteibonänner
- Reichersberger Pfingstgespräche
- Zukunftskongreß
- Aktion Schulbeginn
- Muttertagsaktionen
- Landeshauptmannsprechtage in den Gemeinden
- Mandatareeinsatz - Sprechtag in allen Gemeinden

Bundesveranstaltungen in Oberösterreich

1.5. 96: Maifeier in Steyr

1.5. 97: Maifeier in St. Florian

20. - 22.8.97:

Bundespartei-Vorstandsklausur in
Windischgarsten

Festveranstaltungen

Dez.95:

Jubiläumsveranstaltung „50 Jahre
ÖVP“

2.3.96:

1 Jahr Landeshauptmann Dr. Josef
Pühringer

3.7.96:

75. Geburtstag LH a.D. Dr. Erwin Wenzl

12./13.4.97:

Benefizkonzert mit den Florianer Sän-
gerknaben

31.3.98:

80. Geburtstag Präsident KommRat
Rudolf Trauner

In der XXIV. Gesetzgebungsperiode wichtigsten Gesetze und Resolutionen

04. 06. 1998: Oö. Sozialhilfegesetz

04. 06. 1998: Oö. Bauordnungsnovelle

25. 02. 1998:

Resolution für die Schaffung eines
österreichweiten Gütesiegels für Gen-
technikfreiheit bei Lebensmittel

26. 03. 1998:

Resolution für die Wahrung der Inter-
essen Österreichs bei der EU-Ost-
erweiterung

30. 04. 1998:

Resolution Schulzeitgesetz

04. 06. 1998:

Resolution Telekomunikationsgesetz

02. 07. 1998:

Resolution Behinderteneinstellungs-
gesetz

01. 10. 1998:

Resolution - Karenzgeld für alle

17. 11. 1998:

Resolution - Sanitäterausbildung

11. 12. 1998:

Resolution für ein Verbot des Verkaufs
unter dem Einstandspreis

Service

- 86 Fachtagungen

für Abgeordnete, Bürgermeister, Gemeinde-
parteiobermänner, Servicereferenten, Gemein-
demandatare; Thema: ÖVP-Service für Ge-
meindebürger

790 Sprechstage und Informationsveranstal-
tungen in den Gemeinden

Schwerpunkte der Themenbereiche: Arbeit-
nehmerveranlagung, Wohnbauförderung,
soziale Fragen

Service-Info-Broschüren

(Auflage: 360.000)

- 1 Wohnbauförderung für Eigenheime
- 2 Fertigstellungs- u. Hauskaufdarlehen
- 3 Förderung für alternative Energiean-
lagen
- 4 Wohnbauförderung f. Eigentums- u.
Mietwohnungen, Reihenhäuser und
Wohnheime
- 5 Wohnhaussanierung
- 6 Formel 35 + 3 (Grundkaufbeihilfe u.
Hausratsdarlehen)
- 7 Beihilfen u. Stipendien für Schüler
- 8 Studienbeihilfen für Student(inn)en
- 9 Familienratgeber
- 10 Bundespflegegeld
- 11 Urlaub für kinderreiche Familien
- 12 Wohnbeihilfe
- 13 Tips für Lehrlinge
- 14 Rückzahlungsbegünstigung für Wohn-
baudarlehen (ausgel. mit 31. 12. 1997)
- 14 Impulsprogramm
- 15 Steuertips für Arbeitnehmer

26 Messen in Oberösterreich; Schwerpunkt:
Beratung in allen Förderungsangelegenheiten

EDV-Abteilung

Im Jahre 1996 erfolgte der Einstieg in die
Internettechnologie. Die Landesparteileitung
wurde über eine eigene Standleitung an das
Internet angeschlossen und versorgt seit-
dem auch die dislozierten Teilorganisationen
und Bezirke mit dem Zugang zum Internet.
Diese Versorgung erfolgt bei den Teilor-
ganisationen über Standleitungen und bei
den Bezirken über ISDN Einwahl. Seit 1996
ist die OÖ ÖVP auch im Internet vertreten
und wurde in diversen Medien einige Male
für ihre überaus professionelle WEB Gestal-
tung beispielgebend erwähnt. Der WEB
Server der ÖVP verzeichnet pro Jahr ca.
80.000 Besucher. Im Mai 1997 wurde den
Mitgliedern der ÖVP in Oberösterreich ein
eigenes, spezielles Internetangebot ge-
macht. Mit diesem Internetangebot -
@VPN.AT - können sie um öS 148,- per Mo-
nat uneingeschränkt surfen. Zusätzlich be-
reichert wurde dieses Angebot mit einer ei-
genen CD und einem ÖVP Intranet. Diesem
@-VPN.AT Angebot folgten bis heute ca.
2000 oberösterreichische VP Mitglieder.

Bildung

Zusammenfassung Magdalena Gespräche (März 1995 – Jänner 1999)

09. März 1995	Pension in Not. Das österr. Sozialsystem vor dem Zusammenbruch (Moderation: Dir. Roland Spitzlinger; Referent: Dkfm. Dipl.Ing. Dr. Franz Kohmaier)
20. Juni 1995	Filmabend mit Podiumsd. „Mühlviertler Hasenjagd“ (M: Mag. Andreas Gruber, Filmregisseur; R: Anna Hackl, Zeitzeugin)
14. Nov. 1996	Der ORF auf dem Weg zu einem erfolgr. österr. Multimedia-Unternehmen (M: NR Mag. Helmut Kukacka, ORF-Kurator; R: Gerhard Zeiler, ORF- Gl)
20. März 1997	Alles was Recht ist (M: Mag. Dr. Irene Dyk, Univ.-Prof.; R: Eva Rossmann, FrauenForum)
12. Mai 1997	Bis der Tod sie eint (M: Dir. Roland Spitzlinger; R: Hans Benedict, Buchautor)
26. Juni 1997	Sekten – Die Suche nach den Werten (M: Dr. Johannes Jetschgo, Chefredakteur; R: LR. Dr. W. Aichinger, DDr. Paul Zulehner, Karl Günther Fleck, MMag. A. Girzikovsky)
30. Okt. 1997	Moskauer Küchengespräche (M: Dir. Roland Spitzlinger; R: Susanne Scholl)
15. Juni 1998	Aufbruch in eine neue Bürgergesellschaft (M: LAbg. Dr. Erich Watzl, LPS; R: KO NR. Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol)
04. Nov. 1998	Bundestagswahl '98 – Schlußfolgerungen für eine neue Mitte (M: Dir. Roland Spitzlinger; R: Markus Kauffmann; CDU-Fraktionssprecher)
19. Jän. 1999	Der ORF im Wettbewerb (M: NR Mag. Helmut Kukacka, ORF-Kurator; R: Gerhard Weis; ORF-Gl)

Gesamtbesucherzahl: ca. 1.500 Teilnehmer

Zusammenfassung aller organisierten Veranstaltungen des OÖ. Landesbildungsreferates im Bildungsjahr 1994/95 (September 1994 - Juli 1995):

Bildungsprogramme

Spezialseminare	26		520 Teiln.
<i>Rufseminare/sonstige Schulungen</i>			
bezirksweise Verant.	97	Klausuren/Rhetorik/Allgem.	ca. 1.150 Teiln.
Teilorganisationen	15	Klausuren/Rhetorik/Allgem.	ca. 180 Teiln.
Mitarbeiterschulungen	01		ca. 15 Teiln.
Trainerweiterbildung	01		ca. 15 Teiln.
Diverse (extern)	11	Rhetorik/Allgem.	ca. 140 Teiln.
<i>insgesamt</i>	<i>151</i>	<i>Veranstaltungen</i>	<i>ca. 2.020 Teiln.</i>

im Bildungsjahr 1995/96 (September 1995 - Juli 1996):

Bildungsprogramme

Spezialseminare	20		300 Teiln.
<i>Rufseminare/sonstige Schulungen</i>			
bezirksweise Verant.	125	Klausuren/Rhetorik/Allgem.	ca. 1.500 Teiln.
Seminarreihe	25	"Moderner Wahlkampf"	ca. 400 Teiln.
Teilorganisationen	40	Klausuren/Rhetorik/Allgem.	ca. 480 Teiln.
Mitarbeiterschulungen	04		ca. 50 Teiln.
Trainerweiterbildung	03		ca. 40 Teiln.
Diverse (extern)	14	Rhetorik/Allgem.	ca. 170 Teiln.
<i>insgesamt</i>	<i>231</i>	<i>Veranstaltungen</i>	<i>ca. 2.940 Teiln.</i>

im Bildungsjahr 1996/97 (September 1996 - Juli 1997):

Bildungsprogramme			
Spezialseminare	21		340 Teiln.
Rufseminare/sonstige Schulungen			
bezirksweise Veransth.	205	Klausuren/Rhetorik/Allgem.	ca. 2.500 Teiln.
Teilorganisationen	40	Klausuren/Rhetorik/Allgem.	ca. 480 Teiln.
Mitarbeiterschulungen	06		ca. 90 Teiln.
Trainerweiterbildung	07		ca. 140 Teiln.
Diverse (extern)	08	Rhetorik/Allgem.	ca. 100 Teiln.
insgesamt	287	Veranstaltungen	ca. 3.650 Teiln.

im Bildungsjahr 1997/98 (September 1997 - Juli 1998)

Bildungsprogramme			
Spezialseminare	32		700 Teiln.
Rufseminare/sonstige Schulungen			
bezirksweise Veransth.	87	Klausuren/Rhetorik/Allgem.	ca. 1.100 Teiln.
Seminarreihe	28	"Gemeindeordnung"	ca. 1.240 Teiln.
Teilorganisationen	33	Klausuren/Rhetorik/Allgem.	ca. 400 Teiln.
Mitarbeiterschulungen	03		ca. 50 Teiln.
Trainerweiterbildung	03		ca. 30 Teiln.
Diverse (extern)	28	Rhetorik/Allgem.	ca. 330 Teiln.
insgesamt	214	Veranstaltungen	ca. 3.850 Teiln.

im Bildungsjahr 1998/99 (September 1998 - Jänner 1999):

Bildungsprogramme			
Spezialseminare	8		170 Teiln.
Rufseminare/sonstige Schulungen			
bezirksweise	40	Klausuren/Rhetorik/Allgem.	ca. 500 Teiln.
Seminarreihe	11	Sozialhilfegesetz	ca. 1.300 Teiln.
Teilorganisationen	15	Klausuren/Rhetorik/Allgem.	ca. 180 Teiln.
Trainerweiterbildung	02		ca. 20 Teiln.
Diverse (extern)	25	Rhetorik/Allgem.	ca. 240 Teiln.
insgesamt	101	Veranstaltungen	ca. 2.410 Teiln.



Das Führungsteam der ÖVP-Oberösterreich



Dr. Hans Katschthaler übergibt sein Amt an Univ.Do. Dr. Franz Schausberger.

1996: Wechsel an der Spitze des Landes

Am 22. Februar 1996 wird der ehemalige Klubobmann Dr. Franz Schausberger in einer Sitzung des Landesparteiobmannes zum gf. Landesparteiobmann gewählt, nachdem LH LPO Dr. Hans Katschthaler seine Absicht bekundet hat, spätestens mit dem

Parteitag diese Funktion in neue Hände zu legen. Am 24. April 1996 wird Dr. Franz Schausberger durch einen Beschluß des Salzburger Landtages zum Landeshauptmann von Salzburg bestellt.

„ÖVP schafft Eigentum“ - Umzug ins neue Haus:

Am 22. April 1996 wird nach knapp 1-jähriger Bauzeit das neue ÖVP-Haus feierlich eröffnet und dem scheidenden Landeshauptmann und Landesparteiobmann Dr. Hans Katschthaler gewidmet. Erstmals in der Geschichte der ÖVP bezieht die Partei ihr eigenes Zuhause. Die Schaffung von Eigentum steht nicht nur im Programm, sondern ist somit „gelebte Praxis“. Alle Teilorganisationen und die Industrie Team WerbegmbH. sind in einem Haus untergebracht.



„ÖVP schafft Eigentum“: Ende April bezog die ÖVP-Salzburg ihr neues Haus in der Merianstraße im Stadtteil Schallmoos.

Sommer 1996: Wechsel in der Geschäftsführung und Vorbereitung zur Europawahl.

Als Nachfolgerin von Bgm. Ing. Christian Struber übernimmt Mag. Gerlinde Rogatsch die Geschäftsführung in der ÖVP-Salzburg. Damit übernimmt erstmals österreichweit eine Frau die Geschäftsführung der Partei in einem Bundesland.

Europa

Vorbereitung zur Europa-Wahl

Der von der ÖVP-Salzburg nominierte Kandidat für das Europäische Parlament, Karl Habsburg, wurde in der Sitzung des Bundesparteiobmannes, in der die Liste für die Europa-Wahl am 13. Oktober 1996 beschlossen wurde, an der zweiten Stelle der bundesweiten Kandidatenliste gereiht.

Das Thema - die Vision von einem sicheren Europa

Der Themenbereich „Sicherheit und Frieden“ wurde bewußt als Gegensatz zu „materiellen Themen“ wie Förderungen, Ersparnis im Warenkorb und Währungsunion oder Negativthemen wie der BSE-Skandal in Großbritannien gesetzt. Die Europäische Union als Garant des Friedens und das Bewußtsein, daß umfassende Sicherheit nur durch die Schaffung einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur für Europa gewährleistet ist, dominieren schlagwortartig die Wahleinsätze der ÖVP-Politiker.

Die Organisation - das persönliche Gespräch

Die Zeit für den Wahlkampf „nach außen“ ist im Gegensatz zur Nationalratswahl vom Herbst des Vorjahres sehr kurz gehalten. In nur 5 Wochen wurden in möglichst vielen direkten Gesprächen die Wählerinnen und Wähler von der Wichtigkeit der Europawahl überzeugt. Neben dem Salzburger Spitzenkandidaten Karl Habsburg waren alle Mitglieder der Landesregierung, alle ÖVP-Bundesminister, alle Mitglieder des ÖVP-Landtagsklubs sowie alle Be-

treuungsmandatare im Wahleinsatz, um gemeinsam mit unseren Funktionären vor Ort zu überzeugen, daß die Kandidaten der ÖVP für uns „das Beste aus Europa“ herausholen können. Von großem Nutzen waren dabei auch die organisatorischen und inhaltlichen Vorbereitungen der Teilorganisationen, die jeweils einen auf ihre Mitglieder zugeschnittenen Wahlkampf organisiert haben.

Der Landeskongreß - „Für ein starkes Salzburg in Europa“

Mit dem Motto „Für ein starkes Salzburg in Europa“ wird beim 33. o. Landespartei-tag der ÖVP-Salzburg am 27. September 1996 die Intensivphase des Europawahlkampfes eingeleitet. Der zweite Schwerpunkt des Landeskongresses ist der Wechsel an der Spitze der Partei. Dr. Hans Katschthaler gibt seine Funktion als Landesparteiobmann ab und die Verantwortung für die Salzburger Volkspartei wird in die Hände von Landeshauptmann Dr. Franz Schausberger gelegt.

Ergebnis bei der Europa-Wahl:

Die ÖVP-Salzburg hat bei der Europa-Wahl 29,7 % der Stimmen erreicht.

„Es geht was weiter“

Unter der Devise „Es geht was weiter“ werden die drei zur Verfügung stehenden Jahre bis zur Landtagswahl am 7.3.1999 strategisch eingeteilt.

1996: Das Aufarbeitungsjahr

Einige offene, politisch heikle und umstrittene Probleme, deren Erledigung sich durch verantwortungslose Obstruktion politischer und sonstiger Gruppierungen bereits über Jahre hinzog, konnten im ersten Aufarbeitungsjahr im Eilzugstempo erledigt werden.

Dazu gehören:

- die quälende Auseinandersetzung über die Mülldeponie Großarl wurde einer friedlichen Lösung zugeführt.
- die Entscheidung für die Widmung des Gewerbegebietes Brennhoflehen wurde durchgesetzt; erste Betriebe siedeln sich an und schaffen neue Arbeitsplätze.



LPO LH Dr. Franz Schausberger, die neue LGF, Mag. Gerlinde Rogatsch, Nachfolgerin von Bgm. Ing. Christian Struber.

- Ein politischer Dauerbrenner: der Schutz der Salzach-Auen wurde erreicht.
- Nach jahrelangen Verhandlungen mit den Bundesstellen war es schließlich so weit: auf den Kasernengründen in Wals-Siezenheim konnten die ersten Betriebe mit dem Bau beginnen; es entstehen 25 Betriebe mit knapp 1.000 Arbeitsplätzen.
- Die schon seit längerem schwelenden Animositäten zwischen der Festspielführung und den Wiener Philharmonikern konnten durch Verhandlungen beseitigt werden, es kam zu einem neuen tragfähigen Vertrag.

1997: Das Planungsjahr

1997 wurde das Planungsjahr für neue Vorhaben und Initiativen.

- Konzept zur Neuordnung der Museumslandschaft.
- Vorbereitungen für das Mozartjahr 2006.
- Neuerlicher Anlauf zur Bewerbung Salzburgs für die Olympischen Winterspiele 2006; leider ist die - unter der Leitung von Kammerdir. Dr. Wolfgang Gmachi - ausgearbeitete, hervorragende Bewerbung der unergründlichen Entscheidung eines völlig überforderten österreichischen Olympischen Komitees zum Opfer gefallen.
- In den Ressortbereichen des Landeshauptmannes, jenes von Dr. Arno Gasteiger und von Sepp Eisl wurden intensive Vorbereitungsarbeiten für notwendige Reformen geleistet. Darunter das Wirtschaftsleitbild, das Energieleitbild, Maßnahmen für die Salzburger Grünlandbauern.

- Auf der Ebene der Salzburger Volkspartei begannen im Rahmen des von Landeshauptmann Dr. Franz Schausberger gegründeten Zukunftsforums die vielen Experten mit ihren Arbeiten. Das Zukunftsforum Salzburg hat zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt. Als Referenten konnten dabei Frank Stronach, Rupert Lay, Sepp Forcher, BM Bartenstein, BM Gehr, Jakob von Uexküll u.v.a. gewonnen werden. Im Herbst 1998 konnte das Zukunftsforum ein Zwischenergebnis präsentieren. Die Arbeit wird auch nach der Wahl fortgesetzt.

1998: Das Reformjahr

Im Jahr 1998 - dem Reformjahr wurden die vielen vorbereiteten Konzepte umgesetzt.

- Im großen kulturpolitischen Bereich wurde mit dem Bau der ersten Etappe für das neue MCA am Mozartplatz begonnen. Der Architektenwettbewerb für das Museum am Berg, dem schönsten Platz der Welt, wurde abgeschlossen. Es wird für Salzburg eine ähnliche kulturpolitische Dimension haben, wie der Bau des Festspielhauses.
- Die erste Präsentation von Mozart 2006 zu Beginn des Jahres war ein voller Erfolg.
- Die Umsetzung der gut vorbereiteten „Kulturgüter-Aktion“.
- Die Verwaltungsreform-Konzepte „Landesdienst 2000“ und „Landesanstalten 2000“ traten in die Umsetzungsphase.
- Zahlreiche Konzepte zur Stärkung unserer Familien werden umgesetzt.
- Bei Betriebsansiedlungen und -erweiterungen gelangen Arno Gasteiger und Franz Schausberger viele Erfolge: Die Fa. Binder in Hallein, die Fa. Sony in Thalgaun und Anif und eine Reihe von neuen Betrieben auf den Kasernengründen trugen wesentlich dazu bei, daß nicht nur Investitionen getätigt wurden, sondern auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten.
- Im Jahr 1998 wird das von Arno Gasteiger ausgearbeitete Wirtschaftsleitbild umgesetzt, ebenso das von Sepp Eisl ausgearbeitete Energieleitbild.
- Im Bereich der modernen Technologien gelangen wichtige Fortschritte; der nächste Schritt im Ausbau der Fachhochschulen ist bereits beschlossen.
- Eine sensationelle Aktion von Arno Gasteiger: eine Strompreissenkung für die

Wirtschaft in der Höhe von insgesamt S 100 Mio.; ein gleicher Schritt ist für 1999 in Aussicht genommen. Damit wird Salzburg wettbewerbsfähiger.

- Sepp Eisl gelang es mit der EU eine beachtliche Sonderaktion für die Flachlandbauern, die am stärksten vom EU-Beitritt betroffen sind, auszuverhandeln. Das ist eine wichtige Maßnahme zur Sicherung des Arbeitsplatzes Bauernhof.
- Einen großartigen Erfolg konnten Landeshauptmann Dr. Franz Schausberger und Landeshauptmann-Stv. Dr. Arno Gasteiger bei BM Einfeldt landen: Der Bund schießt ÖS 3 Mrd. für den Salzburger Nahverkehr zu.
- Der Umwelttunnel Liefering wird gebaut; Baubeginn ist Herbst 1999. Das geteilte Dorf Liefering ist wieder vereint.

Die modernste Verfassung Österreichs für unser Bundesland

Am 21.6.1998 hat die Salzburger Bevölkerung mit einer deutlichen Mehrheit „JA“ zur modernsten Verfassung Österreichs für unser Bundesland gesagt. Die „Familie“ wurde erstmals in einer österreichischen Landesverfassung verankert. Nach der Landtagswahl 1999 wird es - erstmals seit 1945 - eine freie Regierungsbildung geben.

Bundespräsidentenwahl

Dr. Thomas Klestil wird bei der Wahl am 19. April 1998 eindrucksvoll bestätigt und erzielt mit 67% der Stimmen in Salzburg das österreichweit beste Ergebnis.

Mit einer Leistungsbilanz startet die Salzburger Volkspartei ins Wahljahr 1999

Das Jahr 1998 wird mit einer Leistungsbilanz der Salzburger Volkspartei beendet. Auf Gemeinde-, Bezirks- und Landesebene wird eine umfassende Leistungsbilanz den Mitgliedern, Wählerinnen und Wählern vorgelegt. Diese basiert sowohl auf einer inhaltlich kommunikativen als auch auf einer werblich getragenen Säule.

Start ins Wahljahr 1999

Am 30. November 1998 werden die Kandidatinnen und Kandidaten der Salzburger Volkspartei für die Landtagswahl am 7. März 1999 präsentiert. Als Wahlziel wird

das Erreichen des 15. Mandates (derzeit 14) festgelegt. Die Phase des werblichen und kommunikativen Wahlkampfes beginnt erst mit 28. Jänner 1999. Mehr als 2/3 aller Gemeinden tragen die Werbelinie der Salzburger Volkspartei mit und treten mit einem einheitlichen Logo auf.

Dreikönigstreffen der Salzburger Volkspartei

Am 6. Jänner 1999 findet das Dreikönigstreffen der Salzburger Volkspartei statt. Inhaltlicher Schwerpunkt war die Erarbeitung eines Wirtschafts- und Beschäftigungsplanes der Salzburger Volkspartei, in dem die wichtigsten beschäftigungspolitischen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen für die nächste Legislaturperiode erstellt wurden.

Die Wahlkampf-Phase

Am 28. Jänner 1999 beginnt die Salzburger Volkspartei mit ihrem Wahlkampf. Später als alle anderen Parteien steigt mit Ende Jänner die „Nummer 1“ in den Ring. Am 17. Februar 1999, dem Politischen Aschermittwoch, wird der Wahlkampf sowohl inhaltlich als auch als Richtungsentscheidung zugespitzt. Am 4. März 1999 wird schließlich noch einmal zum „Endspurt“ aufgerufen.

Das Ergebnis der Landtagswahl 1999 am 7. März:

Die Salzburger Volkspartei kann sowohl prozentuell (+ 0,2%) als auch mandatsmäßig (das 15. Mandat wurde erreicht) zulegen.

Großartige Erfolge bei der Bürgermeister-Direktwahl und bei den Gemeindevertretungswahlen

Bisher wurden 89 von 119 Gemeinden von einem ÖVP-Bürgermeister regiert. Bei der Bürgermeister-Direktwahl am 7. März 1999 konnte die ÖVP ihre Position noch weiter ausbauen und in „roten Hochburgen“ auf Anhieb den Bürgermeister schaffen; u.a. in der Gemeinde Bischofshofen im Pongau. In vielen SPÖ-Gemeinden zwangen unsere Kandidaten den amtierenden Bürgermeister in die Stichwahl, die am 21. März 1999 stattfindet.



„Der Endspurt“: Mehr als 1.000 Leute kamen zum Endspurt, der Schluß-Veranstaltung. Darunter der bayrische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber.



Landesparteiobfrau Waltraud Klasnic mit Vorgänger Alt-LH Dr. Josef Krainer, den Parteiobmannstellvertretern Bgm. Günther Köberl und BM Dr. Martin Bartenstein, Finanzreferent Gen.Dir. Dr. Georg Doppelhofer sowie LGF LAbg. Dr. Reinhold Lopatka

Mit der Kraft der Steiermark

War die Steiermark in den 80er-Jahren auf den Wirtschaftsseiten der Zeitungen meist durch Berichte über die Krise der Verstaatlichten Grundstoffindustrie präsent, so hat sich diese Situation in den vergangenen Jahren deutlich gewandelt: 1997 wurden in der Steiermark 5.000 der insgesamt 8.000 in Österreich neu entstandenen Arbeitsplätze geschaffen, in der Beschäftigungsdynamik setzte sich die „Grüne Mark“ an erste Stelle. Schlagzeilen machte die Steiermark aber auch als Automobilland Nr. 1 in Österreich und entgegen dem bundesweiten Trend durch einen deutlichen Zuwachs an Lehrstellen. Die positive wirtschaftliche Entwicklung ist das Ergebnis des Strukturwandels, der bereits in den 80er-Jahren von Landeshauptmann Dr. Josef Krainer und der damaligen Wirtschaftslandesrätin Waltraud Klasnic eingeleitet wurde. Die Konzentration auf die Automobilindustrie und Hochtechnologie - so wurde in Graz der erste Technologiepark Österreichs eröffnet - zeitigt heute meßbare Erfolge.

„Arbeit schaffen“ - das Hauptanliegen der Steirischen Volkspartei

Als Beispiele der erfolgreichen Entwicklung der Steiermark unter Führung von Landeshauptmann Waltraud Klasnic und der Steirischen Volkspartei sind zu nennen:

1. *Beschäftigtenrekordstand - Arbeit durch Wirtschaft:* Mit 425.000 Arbeitsplätzen im Jahresschnitt 1998 hat die Steiermark ei-

nen Rekordstand an unselbständig Beschäftigten erreicht. „Die Steiermark hat das Image einer Krisenregion wohl endgültig abgeschüttelt und im II. Quartal 1997 mehr Arbeitsplätze geschaffen als jedes andere Bundesland“, kommentiert das Wirtschaftsforschungsinstitut bereits in seinem Bericht vom 18.11.1997.

2. *Leitprojekte und Cluster:* Den einzelnen Regionen ein unverwechselbares Image verleihen und durch starke Leitprojekte Aufmerksamkeit und Kristallisationspunkte schaffen ist das Ziel in Wirtschaft und Tourismus. Das bekannteste Leitprojekt dabei ist der A-1-Ring im obersteirischen Spielberg, der sich mit einem weiteren Leitprojekt, dem Auto-Cluster im Großraum Graz, ideal ergänzt. In der Oststeiermark wurde durch das Thermenland die nachhaltige Grundlage für eine Wirtschaftsgrundlage neben der Landwirtschaft geschaffen, der Holz-Cluster in Österreichs waldreichstem Bundesland ist ebenfalls im Aufbau begriffen.
3. *Jugendbeschäftigungsinitiativen:* Als einziges Bundesland verzeichnete die Steiermark in den letzten Jahren eine Steigerung der Lehrlingszahlen. Das ist eine Folge der Aktion „Schaffe Lehrplätze“. Für Schul- und Studienabsolventen gibt es die Aktion „Startjobs“, die 1.000 Jugendlichen den Einstieg ins Berufsleben ermöglicht. In den Budgets 1998 und 1999 stehen insgesamt 600 Millionen für Jugendbeschäftigungsmaßnahmen zur Verfügung, in die Lehrlingsausbildung wird bis 2000 eine Milliarde investiert.
4. *Umweltmusterland:* Die Abfallentsorgung in der Steiermark ist gelöst. Mit 138kg/Einwohner verzeichnet die Steiermark einen der niedrigsten Werte in Österreich, 98% aller steirischen Haushalte verwerten den Biomüll. 74% aller steirischen Haushalte sind an die Kanalisation angeschlossen, das Mur- und Raabsanierungsprogramm haben eine deutliche Verbesserung der Wassergüte gebracht. 100 Biomasse-Wärmenetze sorgen für umweltfreundliche Beheizung und reduzieren den Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid um 80.000 Tonnen jährlich.

Auch bei Solarkollektoren ist die Steiermark europaweit Spitze: In den vergangenen zehn Jahren wurden 240.000 m² errichtet.

5. *Sportland Nr. 1:* Mit dem Grazer Arnold-Schwarzenegger-Stadion verfügt die Steiermark über eine der modernsten Fußball-Arenen Österreichs. Dort ist auch die Heimstatt des erfolgreichsten österreichischen Klubs: des österreichischen Meisters SK Sturm. Am 25. Juli 1999 wird der dritte Grand-Prix auf der neuen Formel-1-Strecke in Spielberg abermals weit mehr als 150.000 Besucher in die Steiermark locken. Eine weitere internationale Sport-Großveranstaltung ging mit der Nordischen WM 1999 in der Ramsau erfolgreich über die Bühne. Im oststeirischen Thermenland treffen sich schließlich Ende August die weltbesten Ballonfahrer zu ihrer Weltmeisterschaft.

6. *Flächendeckend soziale Dienste und Kinderbetreuung:* Mit dem neuen Sozialhilfegesetz werden in der Steiermark Integrierte Sozial- und Gesundheits-sprengel (ISGS) eingerichtet. Diese gewährleisten eine dezentrale und bürger-nahe Versorgung mit Hauskrankenpflege, Alten- und Heimhilfe sowie Essen auf Rädern in den eigenen vier Wänden und entlasten teure und unpersönliche zentrale Pflegeeinrichtungen. Bis zum Jahr 2000 sollen nach dem Willen von LH Klasnic auch flächendeckende Kinderbetreuungs-dienste für alle, die es wollen und brauchen, eingerichtet sein. Allein seit 1996, dem Amtsantritt von LH Klasnic, wurden 3000 zusätzliche Plätze geschaffen. Ein modernes Kinderbetreuungsgesetz ist im Landtag in Verhandlung.

7. *Gartenschau 2000 und Graz Kulturhauptstadt 2003:* Noch als Wirtschaftslandesrätin hat Waltraud Klasnic die Internationale Gartenschau 2000 in Graz eingefädelt. Zu dieser Schau werden eine Million Besucher erwartet - es wird die größte je in der Steiermark durchgeführte Veranstaltung. Eine Nachnutzung des Geländes als „steirischer Themenpark“ ist geplant. Graz wird Dank zahlreicher VP-Initiativen 2003 europäische Kulturhauptstadt.

8. *Sichere Steiermark:* Sicherheit ist einer der persönlichen Schwerpunkte von Landeshauptmann Waltraud Klasnic,

den sie auch durch zahlreiche Aktivitäten unterstreicht. So initiierte sie landesweite Herz-Lungen-Wiederbelebungs-schulungen und ging auch selbst mit gutem Beispiel voran, durch ihren Einsatz konnte auch eine Verkürzung der Einsatzzeit der Rettungshubschrauber verhindert werden.

Im Rahmen der Aktion „Sicherer Schulweg“ erhält zu Schulbeginn jeder Erstklassler von LH Klasnic ein rückstrahlendes Armband. Und für die vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter und Helfer in den Vereinen und Organisationen hat Landeshauptmann Klasnic den „Tag des Ehrenamtes“ am 19. November ins Leben gerufen, wo jedes Jahr die „Humanitas-Medaillen“ für ehrenamtliche Leistungen vergeben werden.



Einsatz für steirische Zukunftsprojekte: Der „Waltraud-Stollen“ als Grundlage für den Semmering-Basistunnel

Wahlen

Gewinne bei Europaparlaments- und Nationalratswahlen - Niederlage bei den Landtagswahlen

Die Jahre seit 1995 waren für die Steirische Volkspartei sowohl von großen Erfolgen wie etwa der Europaparlamentswahl, als auch von der schweren Niederlage bei der Landtagswahl am 17. Dezember 1995 gekennzeichnet.

Mit 36,3 Prozent fuhr die Steirische Volkspartei einen schweren Verlust ein und blieb nur um 2.400 Stimmen vor der SPÖ. Mit 21 Mandaten im Landtag kam die VP auf einen Mandatsgleichstand mit der SPÖ. Die FPÖ erreichte neun Mandate, je zwei Mandatare von Grünen und Liberalen zogen neu in den Landtag ein.

Dennoch schaffte die Steirische VP um 7 Prozentpunkte mehr als bei den am gleichen Tag abgehaltenen Nationalratswahlen. Mit einem Zugewinn von 2,1 Prozent erreichte die Steirische Volkspartei bei den NRW österreichweit den größten Zuwachs aller Bundesländer.

Landeshauptmann Dr. Josef Krainer zog noch am Wahlabend die Konsequenzen und trat zurück. Gleichzeitig stellte er aber auch die Weichen für die Zukunft: In der Sitzung des Landespartei Vorstandes am 18. Dezember 1995 wurde die Landeshauptmannstellvertreterin Waltraud Klasnic als neue Landesparteiobfrau und erste Frau an der Spitze eines österreichischen Bundeslandes designiert. Am 23. Jänner 1996 wählte der Steiermärkische Landtag dann Waltraud Klasnic zum Landeshauptmann der Steiermark. Mit dem 42jährigen Vorstandsdirektor des Stromversorgers STEWEAG, Dipl. Ing. Herbert Paierl zog auch ein neues Mitglied in die Steiermärkische Landesregierung als Nachfolger Klasnics im Wirtschaftsressort ein. Erich Pörtl und Dr. Gerhard Hirschmann blieben in der Landesregierung, zum Klubobmann wurde wieder LAbg. Hermann Schützenhöfer gewählt.

Als Motto ihrer Regierungserklärung wählte Waltraud Klasnic „Miteinander mehr erreichen“. Die Erfolge der vergangenen Jahre und die Tatsache, daß fast 99% aller Regierungsbeschlüsse in der Steiermark einstimmig über die Bühne gingen, illustrieren den Erfolg dieses Kurses. Die Wahl von Waltraud Klasnic zur Parteiobfrau erfolgte schließlich am Landesparteitag am 7. März 1996. Landeshauptmann Dr. Josef Krainer wurde dabei zum Ehrenobmann der Steirischen Volkspartei gewählt, eine Ehre, die zuvor nur dem großen steirischen Kulturpolitiker Prof. Dr. Hanns Koren zuteil wurde. Zu Stellvertretern von Waltraud Klasnic wurden Bundesminister Dr. Martin Bartenstein und der Bürgermeister von Bad Aussee, Günther Köberl, gewählt.

Mit Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sind nun sowohl die Steiermark als auch die Steirische Volkspartei auf einem guten Weg. 66% der Steirerinnen und Steirer sagten Ende 1998 in einer Umfrage der „Kleinen Zeitung“, im Land gehe etwas weiter. Mehr als die Hälfte der Befragten erklärte auch, dafür sei Waltraud Klasnic als Landeshauptmann hauptverantwortlich. Bemerkenswert ist auch die große Sympathie, die der Landeschefin entgegenschlägt und die in der beherzten Art, wie sie beim Bergwerksdrama von Lassing agierte auch österreichweit Beachtung erfuhr.

In der Landesparteileitung führte Landesgeschäftsführer LAbg. Dr. Reinhold Lopatka eine tiefgreifende Reorganisation durch. Mit

einer schlanken Personalstruktur und einem jungen Team ist die Landespartei für die Wahlgänge in den Jahren 1999 und 2000 nun voll gerüstet. So wird im Rahmen des Programmausschusses die inhaltliche Arbeit der Steirischen Volkspartei laufend abgestimmt und koordiniert, die Jugendplattform bemüht sich in enger Kooperation mit der Jungen ÖVP, der Lehrlingsunion, der Schülerunion und Studentenvertretern um Anliegen der Jugend. Die Kommunalpolitische Vereinigung wurde personell verstärkt, um sich verstärkt um die Stadtgemeinden annehmen zu können. Es wurde eine Städteplattform eingerichtet, die Parteizeitungen der steirischen Städte werden im Rahmen des Städtezeitungsprojektes zentral koordiniert und unterstützt.

Der erfolgreiche Kurs der Steirischen Volkspartei wurde erstmals bei den Europaparlamentswahlen am 13. Oktober 1996 deutlich: Mit 30,4 Prozent war die Steirische VP erstmals seit 1966 bei einer bundesweiten Wahl wieder stärkste Kraft im Land und legte gegenüber der Nationalratswahl 1995 noch fast einen Prozentpunkt zu. Das Ergebnis lag auch um 0,8% über dem Bundeschnitt.

Erfolgreich war die Steiermark aber auch bei der Wiederwahl von Bundespräsident Dr. Thomas Klestil am 19. April 1998: Nachdem die Steirer schon im Vorfeld mit 10.143 Unterstützungserklärungen österreichweit im Spitzenfeld lagen, gelang auch noch das beste Länderergebnis für den amtierenden Bundespräsidenten: 425.966 Steirerinnen und Steirer oder 68,91% votierten für Klestil.

Medien und Publikationen

Die 1988 gegründete Wochenzeitung „Die Steirische Wochenpost“ als wichtigstes Sprachrohr der Steirischen Volkspartei hat sich im Berichtszeitraum außerordentlich positiv entwickelt: So wird „Die Steirische Wochenpost“ seit 1995 wöchentlich von durchschnittlich mehr als 200.000 Steirerinnen und Steirern gelesen, wie die Media Analyse ergibt. Seit der Erstbeteiligung an der Media Analyse im Jahr 1990 konnte sich „Die Steirische Wochenpost“ von damals 86.000 auf nun 240.000 Leser in der Steiermark verbessern. Es ist damit gelungen, „Die Steirische Wochenpost“ mit einem klaren und unverwechselbaren politischen Profil als ein ergänzendes, unüberhörbares und meinungsbildendes Angebot am steirischen Medienmarkt zu etablieren.

Im September 1996 kam es zudem über Initiative von Landeshauptmann Waltraud Klasnic zu einem Medienverbund, an dem sich alle Teilorganisationen der Steirischen Volkspartei mit ihren Publikationen und der „Steirischen Wochenpost“ als Leitmedium beteiligen. „Aufbruch“ (ÖAAB), „Frau aktiv“ (Frauenbewegung) sowie „Orizont“ (JVP) erscheinen als Sonderbeilage, mit der Wochenzeitung des Bauernbundes, „Neues Land“, der Seniorenbundzeitung „Gute Stunde“ sowie der „Lobby“ des Wirtschafts-bundes gibt es Spezialkooperationen.

Seit 3. März 1997 erscheint auch täglich von Montag bis Freitag die „Tagesinfo“ für Opinion leaders der Steirischen Volkspartei, die schon am frühen Nachmittag über die Geschehnisse des Tages berichtet und per Fax und e-Mail verschickt sowie im Internet publiziert wird.

Die Domain <http://www.stvp.or.at> ist seit 1996 die virtuelle Heimat der Steirischen Volkspartei. Neben Informationen über die Landespartei und alle Teilorganisationen sowie der „Tagesinfo“ findet sich hier auch ein elektronischer Führer durch die Landespartei sowie das Medienservice für Zeitungsmacher mit aktuellen Texten und Bildern zum Download.

Als Publikation unseres Bildungshauses „Josef-Krainer-Haus“ erscheint mehrmals jährlich das „politicum“ zu jeweils aktuellen Themen.

Programmarbeit

Auf Initiative von Landeshauptmann Waltraud Klasnic wurde 1997 auch die Reihe „Perspektive Steiermark“ ins Leben gerufen, im Rahmen derer die Steirische Volkspartei ihre kurz- und mittelfristigen Programme zu den wesentlichen Zukunftsthemen präsentiert. Bisher erschienen sind das Frauenprogramm „FrauenZukunft“, das Wirtschafts- und Infrastrukturprogramm „Schienen in die Zukunft“, das Bildungs- und Wissenschaftsprogramm „Zukunftschance Qualifikation“, das Regional- und Agrarprogramm „Ländlicher Raum - Zukunftsraum“ sowie das Umwelt- und Naturschutzprogramm „ÖkoZukunft in weiß-grün“. In Ausarbeitung sind „Zukunft im Alter - Alter mit Zukunft“, das Programm für die ältere Generation sowie ein Gesundheits- und Sozialprogramm.



Waltraud Klasnic und ihr Regierungsteam:
Erich Pörtl, Dr. Gerhard Hirschmann und Dipl. Ing. Herbert Paierl

Im Herbst 1998 präsentierte die Steirische Volkspartei im Rahmen von vier großen Regionalkonferenzen auch ihre Programme für die jeweilige Region.

Als Denkwerkstatt fungiert das „Modell Steiermark“, das seit 1996 unter dem Motto „aktion - vision“ firmiert. Die Arbeit zahlreicher Arbeitskreise soll in einem umfassenden Zukunftsprogramm im Jahr 2000 kulminieren. Mit den Vorschlägen zur Demokratie- und Föderalismusreform hat das „Modell Steiermark“ in jüngster Zeit mehrfach österreichweit auf sich aufmerksam gemacht.

Politische Bildung, Diskussionen und inhaltliche Arbeit stehen auch im Josef Krainer-Haus im Mittelpunkt, wo allein im Jahr 1998 mehr als 47.000 Besucher bei 487 Veranstaltungen zu verzeichnen waren.

Mitgliederstand

Der Mitgliederstand der Steirischen Volkspartei ist stabil - Zuwächse waren in den letzten Jahren im Bereich des Senioren-bundes und der Frauenbewegung zu verzeichnen.

Steirischer Bauernbund	52.210
Steirischer Seniorenbund	34.659
Steirischer AAB	31.443
Steirische Frauenbeweg.	17.691
Steirischer Wirtschaftsbd.	13.052
Junge ÖVP Steiermark	7.462
Direktmitglieder	467
 Steirische Volkspartei	 56.984
	(132.511)

Da es zahlreiche Doppelmitgliedschaften gibt, liegt die Steirische Volkspartei tatsächlich bei 132.511 Parteimitgliedern, die es in 83.410 Haushalten leben.



Nach der Landtagswahl im März 1994 ist die Tiroler Volkspartei ihren Weg der sachorientierten Politik konsequent weitergegangen. In zentralen Fragen wie den Grundverkehrsgesetzen, der Wohnbauförderung und dem speziellen Tiroler Familienpaket oder der Errichtung der Tiroler Zukunftsstiftung konnte die Tiroler Volkspartei nicht nur die Themenführerschaft in zentralen Themenfeldern der Tiroler Sachpolitik übernehmen, sondern auch Akzente setzen, die weit über die Legislaturperiode 1994-99 hinausreichen.

Besonderer Schwerpunkt Wirtschaftspolitik

Ein besonderer Schwerpunkt der Tiroler Volkspartei lag im Bereich der Wirtschaftspolitik. Auf Initiative der Volkspartei wurde die Tiroler Zukunftsstiftung gegründet und mit einem Kapital von 500 Millionen Schilling ausgestattet. Die Tiroler Unternehmensbeteiligungsgesellschaft (TUB) soll für zukunftssträchtige Unternehmen Risikokapital zur Verfügung stellen.

Die Datenverarbeitungsges.m.b.H sorgt dafür, dass die Unternehmen in Tirol eine optimale Telekom-Infrastruktur besitzen und damit im harten internationalen Wettbewerb einen Wettbewerbsvorteil haben.

Förderungsdschungel wurde durchforstet

Des weiteren wurde der Förderungsdschungel in Tirol durchforstet. Das Ergebnis: es gibt nur noch vier Förderungsrichtlinien. Damit ist das Förderungssystem durchschaubarer und unbürokratischer geworden. Durch einen Effizienzschub in der Verwal-

tung konnte es erreicht werden, dass in Tirol die durchschnittliche Verfahrensdauer um mehr als ein Monat gesenkt werden konnte. Mit all diesen Aktivitäten konnte erreicht werden, dass Tirol seine Spitzenstellung in Österreich in den vergangenen Jahren halten und zum Teil sogar ausbauen konnte.

Akzente in der Transitpolitik

Ein weiterer Schwerpunkt der Tiroler Volkspartei im Berichtszeitraum war die Europa-politik. Es hat sich in den Jahren nach dem EU-Beitritt gezeigt, dass sich die Tiroler Wirtschaft gut auf den EU-Beitritt vorbereitet hat. Das Exportvolumen konnte deutlich gesteigert werden. Ein großes tirol-spezifisches Problem in der EU ist das Transitproblem. Mit konsequenten Maßnahmen (Nachtmaut) konnte erreicht werden, dass die Verkehrsbelastung in den Nachtstunden deutlich gesenkt werden konnte. Am Tag konnte aber eine Verkehrszunahme nicht verhindert werden. Dementsprechend skeptisch sieht die Tiroler Volkspartei die derzeitigen Entwicklungen in Brüssel und vor allem die Position des sozialistischen Verkehrsministers Einem gegenüber der EU. Die Position, die von der Tiroler Volkspartei verteidigt wird ist klar: Es muss in den nächsten Jahren zu einem gesamtösterreichischen Road-Pricing - nach Möglichkeit im Einklang mit Deutschland kommen. Eine isolierte Sondermaut im Unterinntal wird entschieden abgelehnt. Gleichzeitig muss die Bahn mit ihren Strukturen aus dem letzten Jahrhundert auf neuesten Stand der Technik gebracht werden - und zwar sowohl im Infrastruktur-, wie auch im Logistikbereich. Mit dem Bau der Unterinntalbahn, den Landeshauptmann Wendelin Weingartner und die Tiroler Volkspartei durchgesetzt haben, ist dazu ein erster wichtiger Schritt getan worden.

Nationalratswahl 1995 und Europawahl 1996

Bei der Nationalratswahl 1995 konnte das Ergebnis vom Vorjahr nicht gehalten werden, trotzdem lag Tirol immerhin noch rund 3 % über dem Bundesergebnis.

Auch das Ergebnis der Europawahl war nicht befriedigend, aber immerhin konnte gegenüber der Nationalratswahl eine leichte Trendumkehr erreicht werden.

Gemeinderatswahlen März 1998

Bei den Gemeinderatswahlen im März 1998 konnte die Tiroler Volkspartei ihr hervorragendes Ergebnis von 1992 halten und insgesamt sogar um 0,6 Prozentpunkte steigern. Die Volkspartei stellt nunmehr nicht weniger als 2.602 Gemeindemandatarinnen und Mandatäre, alle anderen Parteien plus die parteiunabhängigen Listen kommen zusammen lediglich auf 1006 GemeinderätInnen. Zur Veranschaulichung: Die Volkspartei erzielte allein im Bezirk Innsbruck Land mehr Stimmen als die SPÖ in ganz Tirol, im Bezirk Kufstein etwa so viele Stimmen wie die Freiheitlichen im ganzen Land.

Die Volkspartei stellt 243 der 279 Bürgermeister in Tirol. Einziger Wermutstropfen der Gemeinderatswahlen ist die Tatsache, dass in den drei Bezirksstädten Reutte (SPÖ), Landeck (SPÖ) und Kitzbühel (FPÖ) nicht mehr die Tiroler Volkspartei den Bürgermeister stellt. In der freiheitlichen Hochburg Kufstein konnte die Volkspartei den Bürgermeistersitz deutlich absichern, in wichtigen anderen Städten (wie Hall oder Schwaz) klare Erfolge erzielen. Vor allem in den Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern konnte die Tiroler Volkspartei insgesamt deutlich zulegen.

Wir Tiroler Klub 3000

Um den Schwung aus den Gemeinderatswahlen zu nutzen und die Betreuung der Tausenden Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, der Bürgermeister und Mitarbeiter zu stärken und auszubauen wurde der Wir Tiroler Klub 3000 gegründet. Er dient als organisatorischer Rahmen für die Information in beide Richtungen.

Die Klubmitglieder werden mit Informationen aus erster Hand versorgt (Mailings, Zeitungen, Argumentarien,...) und bei wichtigen Themen um ihre Meinung befragt. Der Klub, sichtbares Zeichen ist der Tiroler Adler am Revers, entwickelte sich zu einer dynamischen und lebendigen Institution, die ein wichtiges Fundament für politische Initiativen setzt.

Bundespräsidentenwahl

Die Bundespräsidentenwahl führte zu einem klaren Ergebnis für Dr. Thomas Klestil, allerdings auch zum besten Lugner-Ergebnis aller Bundesländer. Dieses Ergebnis ist ein



LH Wendelin Weingartner: Politik für Kinder

weiterer Beweis dafür, dass bei bundesweiten Wahlgängen das Protestpotential in Tirol sehr hoch ist.

Vorzugsstimmen

Nachdem die Tiroler Volkspartei bei der Landtagswahl 1994 ein Vorwahl-Modell eingeführt hatte, um die Kandidaten der Partei unter möglichst breiter Beteiligung der Bevölkerung zu ermitteln, ging die VP Tirol diesmal noch einen Schritt weiter. Es wurde ein Vorzugsstimmen-Modell eingeführt, dass die Entscheidung über die Abgeordneten der Tiroler Volkspartei ganz in die Hand der WählerInnen legte.

Die Reihung der Kandidatinnen und Kandidaten auf den Stimmzetteln hatte keinerlei Einfluss auf die Entscheidung, wer letztlich für die Tiroler Volkspartei in den Landtag einziehen sollte. Einzig und allein die Anzahl der Vorzugsstimmen entschied darüber, wer ein Mandat erhält. Alle KandidatInnen akzeptierten diese Entscheidung. Dieses Vorzugsstimmen-Modell führte zu einer zusätzlichen Mobilisierung, nicht nur der Wählerinnen und Wähler, sondern auch der Kandidatinnen und Kandidaten. Jeder der 81 Frauen und Männer auf den Bezirkslisten hatte eine echte Chance und einige konnten sie nutzen, ein Mandat erreichen, oder sich deutlich verbessern.

Landtagswahl 1999

Die Tiroler Volkspartei konnte bei der Landtagswahl das Wahlergebnis von 1994 halten und verlor lediglich 0,07 Prozentpunkte. Damit konnten 18 Mandate erzielt werden und die absolute Mehrheit im Landtag ist damit knapp um einige Dutzend Stimmen versäumt worden.

Parteiorganisation

Seit dem letzten Bundesparteitag hat in Vorarlberg ein Landesparteitag stattgefunden.

Beim 36. ordentlichen Landesparteitag am 25. Oktober 1997, der in Dornbirn in einem Betriebsgebäude der Firma Rhomberg-Bau stattgefunden hat, und erstmals für alle Bürgerinnen und Bürger offen zugänglich war, wurde LH Dr. Herbert Sausgruber mit 317 von 320 abgegebenen Stimmen neuerlich zum Landesparteibobmann gewählt. Als Stellvertreter gewählt wurden: AAB-Landesbobmann Klubobmann Manfred Dörler, VBB-Landesbobmann Landesrat Ing. Erich Schwärzler, WB-Obmann Landesrat Manfred Rein und ÖFB-Obfrau Landesrätin Dr. Eva Maria Waibel.

Die bisherigen Bobmannstellvertreter Kuno Riedmann und die langjährige Landesobfrau Elfriede Salzgeber stellten ihre Ämter zur Verfügung.

Insgesamt wurden 14 Anträge eingebracht, die zum Großteil nach kurzer Diskussion die Zustimmung erhielten.

Auslandskontakte

Neben regelmäßigen Auslandskontakten des Landeshauptmannes, der Landesregierung, des Landtagsklubs der Vorarlberger Volkspartei fanden wiederum die jährlichen Begegnungen im Rahmen der internationalen Bodenseetagung christlicher Politiker statt. Bei diesen Bodenseetagungen werden neben der Diskussion der entsprechenden Sachthemen vor allem auch internationale Kontakte und neue bzw. bestehende Freundschaften mit unseren Nachbarn gepflegt und weiter ausgebaut.

Folgende Veranstaltungen fanden statt:

17./18. November 1995 in Ravensburg, zum Thema Zukunftschancen für Wirtschaft und Arbeitsplätze. Neben dem Vorsitzenden der veranstaltenden Organisation (CDU Württemberg Hohenzollern) MdB Dietmar Schlee

waren die Referenten Prof. Dr. Norbert Walter (Chef-Volkswirt der Deutschen Bank), Markus Färber (Mitglied des Europäischen Parlaments), Ulrich Müller (Mitglied des Landtages), Josef Fink (Präsident der Vorarlberger Arbeiterkammer), Prof. Theodor Leuenberger (Hochschule St. Gallen), Oskar Pauli (Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der Dornier-GmbH u. Mitglied des Aufsichtsrats der DASA), Dr. Hubert Büchl (Leiter des Amtes für Volkswirtschaft im Fürstentum Liechtenstein), DI Elias Nigg (Vorsitzender der Fachunion für Wirtschaftsfragen der VU Liechtenstein) u. Dr. Hansueli Raggenbass (Nationalrat in der Schweiz). Das Hauptreferat hielt Ministerpräsident Erwin Teufel von Baden Württemberg.

Am 5. Oktober 1996 in Lustenau zum Thema „Europa braucht die Bodenseeregion“

Auch als Motivationsveranstaltung für die bevorstehende Europawahl gedacht, haben wir zu dieser Veranstaltung eine Reihe von hochrangigen Referenten eingeladen. Neben unserem Landesparteibobmann Dr. Herbert Sausgruber und unserem Landeshauptmann Dr. Martin Purtscher, zum Thema mehr als eine Wirtschafts- und Währungsunion, waren als weitere Referenten dabei: Dr. Mario Frick (Regierungschef von Liechtenstein) - zum Thema „Der Kleinstaat und die europäische Integration“, Dr. Kurt Furgler (Altbundesrat u. Altbundespräsident der Schweiz) - zum Thema „Europa und die Bodenseeregion - Überlegungen aus Schweizer Sicht“, Vizekanzler Dr. Wolfgang Schüssel - zum Thema „Österreichs Regionen in Europa“ und Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel - zum Thema „Bodenseeregion - gemeinsame Brücke in die europäische Zukunft.“

Am 27. September 1997 in Bodman/Ludwigshafen „Zukunftsoffensive für den Bodenseeraum“

Hans Peter Repnik (Mitglied des Bundestages), vom veranstaltenden Verband CDU Südbaden, hat dieses Treffen geleitet. Zum Thema „Fremdenverkehr- Dienstleistung mit Zukunft rund um den Bodensee“, waren jeweils nach einem kurzen Impulsreferat am Podium vertreten: Ulrich Erhart (Geschäftsführer des Tourismusverbandes Bodensee-

Oberschwaben) - zum Thema „Tourismusförderung“, Anette Geiger (Geschäftsführerin des Tourismusverbandes Allgäu/Bayrisch Schwaben) - zum Thema „Wirtschaftsfaktor Tourismus“, Prof. Dr. Claude Kaspar (Professor für Fremdenverkehr und Volkswirtschaftslehre St.Gallen) - zum Thema „Grenzüberschreitende, qualifizierte Ausbildungsplätze in der Tourismusbranche“, Berthold Konrad (Direktor der Liechtensteinischen Fremdenverkehrszentrale) - zum Thema „Tourismus und Natur - schließen sich Produktionsstätten und Tourismus aus“ und LAbg. Walter Lingg (Mitglied des Vorarlberger Landtages und Präsident des Tourismusverbandes Vorarlberg) zum Thema - „Destinationsmanagement - Antwort auf den globalen Tourismus“. Das Hauptreferat zum Thema - „Reformen für die Arbeitsplätze der Zukunft“ hielt der damalige Vorsitzende der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag und inzwischen zum Vorsitzenden der deutschen CDU gewählte Dr. Wolfgang Schäuble.

Am 23./24. Oktober 1998 in Rorschach (Kanton St. Gallen) - zum Thema „Bildung kennt keine Grenzen - Berufsbildung im Bodenseeraum“

Dr. Lucrezia Meier-Schatz, die Präsidentin der CVP des Kantons St. Gallen, hat diese Sitzung geleitet. Weitere Referenten Landammann Rita Roos-Niedermann (Präsidentin der St. Galler Regierung) - zum Thema „Berufsbildung - Ausgangslage und Analyse“, Dipl.Vw. Wolf-Dietrich Siebert (Leiter des Geschäftsbereichs Berufsbildung in Industrie und Handelskammer Freiburg) - zum Thema „Visionen einer modernen Berufsbildung - Anforderungen an die Wirtschaft“, Dr. Norbert Marxer (Regierungsrat des Fürstentums Liechtenstein) - zum Thema „Die Perspektive des Staates“, Dr. Eva-Maria Waibel (Landesrätin für Schule und Bildung des Landes Vorarlberg) - zum Thema „Voneinander lernen - bildungspolitische Schwerpunkte für die Zukunft“, Bundesrat Dr. Arnold Koller (Vorsteher des schweizerischen Justiz- und Polizeidepartements) - zum Thema „Schweizerische Bildungspolitik an der Jahrtausendwende“. Zum Abschluß wurde eine Resolution aller christlich-demokratischen Parteien im Bodenseeraum zum Tagungsthema beschlossen und den anwesenden Mandataren zur Umsetzung in ihren regionalen Parlamenten mitgegeben.

Personelle Änderungen in Regierungs- und Landtagsklub

Am 2. April 1997 wurde unser Landesparteiobmann Landestatthalter Dr. Herbert Sausgruber als Nachfolger von Dr. Martin Purtscher zum neuen Landeshauptmann gewählt. Zum neuen Statthalter wurde Landesrat Dr. Hans-Peter Bischof gewählt. Neues Mitglied der Landesregierung wurde Klubobmann Mag. Siegi Stermer und als sein Nachfolger wurde AAB-Landesobmann Manfred Dörler gewählt.

Politische Aktionen

Im Berichtszeitraum haben die ÖVP-Mitglieder der Vorarlberger Landesregierung die schon bewährten Gemeindebesuche fortgesetzt und alle Gemeinden Vorarlbergs mehrmals besucht. Betriebsbesuche, Gespräche mit den örtlichen Vereinen und Mandatsträgern, Veranstaltungen und Diskussionen sowie Sprechstunden in Ämtern oder auch Gasthäusern waren die Inhalte dieser offensiven erfolgreichen Direktkontakte mit den Menschen des Landes.

Im Herbst 1997 haben wir eine Unterschriftenaktion gestartet zum Thema: „Unterstützung von Vereinen bzw. neues Vereinsgesetz“. Über 33.000 Personen haben diese Aktion unterstützt. Die Unterschriften wurden in Wien den zuständigen Personen übergeben.

Im Herbst 1998 wurde von uns die Unterschriftenaktion der Haus- und Grundeigentümerversammlung unterstützt. Über 50.000 Personen haben diese Initiative gegen eine Erhöhung der Grundsteuer mit ihrer Unterschrift mitgetragen.

Eine der Schwerpunkte unserer Arbeit des vergangenen Jahres war die Veranstaltungsreihe „Vorarlberg denkt vor“, in der sich namhafte Referenten mit Zukunftsfragen auseinandersetzten und vor allem den Meinungsträgern in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft an der Schwelle zum 21. Jahrhundert Impulse und Orientierungspunkte geben sollen. Im Rahmen der Vorträge, Diskussionen und Workshops, bei denen Experten wie Matthias Horx, Christian Lutz oder Franz-Josef Radermacher referierten, konnten wir über 1200 Teilnehmer begrüßen.

Vorwahlen

Als Vorbereitung für die Kandidatenaufstellung für die Landtags- und Nationalratswahl 1999 sind derzeit in Vorarlberg zum zweiten Mal offene Vorwahlen im Gange. In der Zeit von 24. Februar bis 5. März werden alle Mitglieder und zusätzlich alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich anmelden, aufgerufen die Kandidatenreihung für diese Listenerstellung durchzuführen.

Wahlen

Bei der Nationalratswahl im Jahre 1995 mußte die ÖVP-Vorarlberg einen weiteren Rückgang des Stimmenanteils hinnehmen. Die ÖVP erreichte 34,1 % (nach 37,7 % nach 1994). Die SPÖ erreichte 22,9 % (20,8 %), die FPÖ 27,4 % (23,5 %), die Grünen 7,3 % (8,9 %), das Liberale Forum 7,1 % (6,5 %).

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament ging es dann wieder etwas aufwärts und die ÖVP erreichte 36,2 % der Stimmen, die FPÖ 33,1 %, die SPÖ 13,9 %, das Liberale Forum 4,9 %, die Grünen 8,9 % der Stimmen.

Bildungsarbeit

In unserem Bildungsprogramm war uns die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen wie Kommunikations- und Konfliktfähigkeit wichtig. Neben der Betreuung unserer Funktionäre und Politiker (z.B. Workshops für die Klubobleute in den Gemeindefraktionen, Strategieklausuren zur Bürgermeisterdirektwahl, Intensivseminare zum Thema Öffentlichkeitsarbeit) sind die Bereiche Jugend und Frauen wichtige Zielgruppen. Insbesondere der Lehrgang „Starke Frauen“ mit 15 Teilnehmerinnen war ein großer Erfolg. Mit 6 Seminarmodulen vom Rhetoriktraining über effiziente Gesprächsführung bis hin zum erfolgreichen Konfliktmanagement wurde das Grundrüstzeug der politischen Arbeit vermittelt. Mit unserer Seminarlinie „Young Politicians“ ist es uns ein Anliegen, gerade die Jungen mit einem attraktiven und günstigen Bildungsangebot anzusprechen.

Bereich politische Arbeit

Die ÖVP Vorarlberg sieht es als wichtigste Aufgabe in ihrer laufenden Regierungsarbeit, den Bürgerinnen und Bürgern Orientierung zu geben, das Notwendige verständlich zu machen und danach zu handeln. Im Vordergrund steht eine Politik der Reformen, der Veränderung, der Innovation, aber auch der Pflege von Wurzeln und Traditionen auf der Basis eines christlichen Menschenbildes. Das Leitmotiv heißt: Vorarlberg weiterhin wirtschaftlich erfolgreich und menschlich stark zu erhalten. Mit dem neuen Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber (seit 2.4.1997) wurden auf dieser Grundlage neue inhaltliche Schwerpunkte gelegt und ein Programm für die nächsten Jahre erarbeitet.

Das Land Vorarlberg verfügt über einen im Kern gesunden 12-Milliarden-Haushalt. Eine Investitionsquote von 30 % konnte in den vergangenen Jahren gehalten werden. Auch 1999 ist wieder nahezu jeder 3. Schilling direkt oder indirekt investitionswirksam. Auch für dieses Jahr konnte bereits zum 15. Mal das Prinzip „keine Netto-Neuverschuldung“ eingehalten werden. Diese vorausschauende Finanzpolitik des Landes gibt zusätzlichen Spielraum und ermöglicht eine breite Palette von gezielten Maßnahmen und Initiativen in den verschiedensten Bereichen.

Erklärtes Ziel der Landesregierung ist, die hohen Vorarlberger Standards in der Sozial-, Umwelt-, Wirtschafts- und Bildungspolitik weitgehend zu halten und den finanziellen Spielraum als eigentlichen Kern der föderalistischen Gestaltungskraft zu bewahren.

Neu gegründet wurde ein Vorarlberger Zukunftsfonds, finanziert über eine Teilprivatisierung der Vorarlberger Hypothekensbank. Ziel ist es, zusätzliche Impulse vor allem in den Bereichen Ausbildung und Forschung zu geben.

Mit der Amtsübernahme von Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 1997 ein neues Wirtschaftskonzept unter dem Titel „Vorarlberg 2000“ erarbeitet. Die schrittweise Umsetzung läuft zügig voran. Angesprochen sind folgende strategische Zukunftsfelder: Technologietransfer, Telekommunikation, Standortmarketing, Förderung für Forschung und Entwicklung, Bereitstellung von

Chancenkapital, Projek Netzwerk für Auslandsvorarlberger, Jungunternehmerförderung und Lehrlingsausbildung.

Ein besonderer Schwerpunkt bildet der Bereich Berufsausbildung. Vorarlberg hat derzeit die höchste Lehrlingsquote in Österreich, bei Lehrlingsolympiaden belegen Vorarlberger Lehrlinge immer die Spitzenränge. Gemeinsame Anstrengungen von Land, Sozialpartnern und Gemeinden haben es ermöglicht, den Vorarlberger Lehrstellensuchenden auch geeignete Lehrplätze zu vermitteln. Für benachteiligte Jugendliche wurden in Kooperation mit dem Bund sowie dem Arbeitsmarktservice eine Überbrückungshilfe geschaffen. Neue Maßstäbe hat Vorarlberg im Bereich der dualen Ausbildung nicht zuletzt auch mit einer mustergültigen Ausstattung der Berufsschulen gesetzt. Die Erweiterung und Modernisierung der Berufsschulen ist im Gange.

Der Tourismus als ein bedeutendes Wirtschaftsfeld in Vorarlberg trägt sehr zum Ausgleich der regional bedingten Nachteile bei und hilft annähernd vergleichbare Lebensverhältnisse in sämtlichen Regionen unseres Landes zu schaffen. Um dem internationalen Wettbewerb stand zu halten hat das Vorarlberg das Werbebudget in den letzten Jahren massiv erhöht. Neu entwickelt wurde auch das so genannte tourismuspolitische Impulsprogramm mit den vier Säulen Innovation, Kooperation, Technologieoffensive und Aus- und Weiterbildung. Im Detail geht es darum, den Auf- und Ausbau elektronischer Informations-, Reservierungs- und Buchungssysteme mit internationaler Vernetzung voranzutreiben.

In der Wohnbaupolitik verfolgen wir konsequent unser Ziel, jeder Vorarlberger Familie die Chance für eine in Qualität und Größe entsprechende Wohnung zu zumutbaren Kosten – wenn möglich im Eigentum, wenn nötig in Miete zu geben. Im Bereich Wohnbau ist es nach erfolgreicher Bewältigung der Wohnungsknappheit vergangener Jahre gelungen, die Bauleistung auf dem hohen Niveau von ca. 2.000 neuen Wohnungen und rund 3.000 Sanierungen zu halten. Zum preisgünstigen Wohnbau sind einige Pilotprojekte angelaufen.

Im Bereich der Energiepolitik war es uns vergönnt, durch den Erwerb der Illwerke-Aktien die kluge Konzeption der Gründer vorzeitig zu vollenden. Der Zweck der An-

strengung war die Sicherung der Wassernutzung vor Fremdbestimmung und die Erhaltung der Wertschöpfung für die Menschen in Vorarlberg. Der europäische Strommarkt hat sich durch Überangebot und Liberalisierung stark verändert. Das bedeutet für unsere Unternehmen zusätzlichen Kostendruck, Rationalisierung und Nutzen von Synergien.

In Ausarbeitung befindet sich derzeit ein neues Vorarlberger Energiekonzept, das vor allem wesentliche Impulse im Bereich der erneuerbaren Energien bringen soll. Eine besondere Rolle spielen dabei in unserem Lande die Wasserkraft, die Biomasse und die Solarenergie. Unsere Ziele sind: Die Förderung der Nutzung heimischer erneuerbarer Energie, mit der Absicht, den Biomasseanteil am Gesamtenergieverbrauch von derzeit 3 % auf 6 % im Jahr 2010 zu verdoppeln, Fortsetzung der Förderung energiesparender Maßnahmen, vorsichtiger Ausbau der Wasserkraft sowie die Förderung des Personennahverkehrs.

Die langfristige Sicherung unseres Lebensraums muss in erster Linie auf Gemeindeebene eingeleitet werden. Unsere wichtigsten Ziele sind die Sicherung guter Lebensverhältnisse im ganzen Land, die Erhaltung der Nahversorgung und eine stärkere Hilfe für Kleingemeinden. Neben der bestehenden guten Förderung von Infrastrukturmaßnahmen in den Gemeinden wurde im vergangenen Jahr ein neuer Strukturfonds für finanzschwache Gemeinde geschaffen. Im Rahmen der Vorarlberger Klimakampagne wurde ein Schwerpunkt Nahversorgung gesetzt.

Wir bekennen uns klar zur Stärkung des ländlichen Raums, zur Stärkung der heimischen Landwirtschaft. Vorarlberg hat aus diesem Verständnis heraus schon sehr früh die bäuerlichen Betriebe unterstützt und sich bemüht, den Rückgang des degressiven Ausgleichs für landwirtschaftliche Produkte auszugleichen. Zur Existenzsicherung möglichst vieler bäuerlicher Betriebe haben wir in der Agrarpolitik Landesschwerpunkte gesetzt (z.B. neue Partnerschaften innerhalb der Landwirtschaft sowie mit Handel, Gewerbe und Tourismus).

Nachhaltiges Handeln und eine Stärkung der Eigenverantwortung und Eigeninitiative ist auch im Sozial- und Gesundheitsbereich unser Leitmotiv. Ziel ist es, den hohen Stan-

dard des Vorarlberger Sozial- und Gesundheitssystems zu erhalten. Wir legen großen Wert darauf, die kleinen Netzwerke und Gemeinschaften im Nahraum zu stärken. Derzeit fließt jeder 3. Schilling des Landesbudgets in Ausgaben für die Bereiche Krankenanstalten, Sozialhilfe, Behindertenhilfe und Pflegesicherung. Vorarlberg verfügt heute über eine einzigartige Gesundheitsfürsorge und ein soziales Netz, das im In- und Ausland als vorbildlich anerkannt wurde. Mit der Novellierung der Sozialgesetze, insbesondere der Schaffung eines Sozialfonds, sind Akzente für die Zukunft gesetzt worden. Neu erarbeitet wurde von der Landesregierung ein Bedarfs- und Entwicklungsplan, der die Standards für ambulante, teilstationäre und stationäre Einrichtungen im Rahmen des ganzheitlichen Vorarlberger Pflege-netzes definiert.

In der Familienpolitik sind wir bemüht, einen neuen familienpolitischen Ansatz unter dem Titel „Vorrang für Kinder“ offensiv umzusetzen. Kernpunkt der Familienpolitik in den letzten Jahren war die Einführung des Familienzuschusses des Landes, eine Initiative, die zwischenzeitlich von allen Bundesländern nachgeahmt wurde. In unserem neuen familienpolitischen Ansatz soll primär das Wohl der Kinder und nicht das Interesse der Erwachsenen in den Vordergrund gerückt werden. Unter Vorrang des Kindeswohls als Verpflichtung der Eltern ist die Chancengleichheit von Frauen und Männern zu unterstützen. Konkrete Maßnahmen: Verbesserung des Informations- und Bildungsangebotes, die Entwicklung der Mütterberatungseinrichtungen zu Elternberatungsstellen, verstärkte Förderung von Einrichtungen und Initiativen im Bereich der Elternbildung, Flexibilisierung der Kindergartenöffnungszeiten.

Im Bereich Erziehungs- und Bildungswesen umfasst unser Maßnahmenpaket die Schulung und Information von Kindergärtnerinnen, Eltern und Lehrer zu Familienthemen, soziales Lernen als Bestandteil des Schulunterrichtes, sowie eine verbesserte Aus- und Weiterbildung für Kindergärtnerinnen. Im Rahmen der Aktivitäten zur Gemeindeentwicklung wurden Initiativen gesetzt, die auf das „Familienklima“ sowie die „Familienkultur“ in den Gemeinden positiv einwirkt.

Schließlich wurde auch das gegenwärtige Verhältnis Familie und Arbeit im Rahmen unserer Möglichkeiten auf Landes- und Gemeindeebene neu überdacht. Die Stichworte dazu sind familienfreundliche Arbeitszeiten (Pilotprojekt), Flexibilisierung und Teilzeitarbeitsplätze im Landesdienst.

Kräftig vorangetrieben wurde seit dem Landeshauptmannwechsel auch die Weiterentwicklung der Vorarlberger Fachhochschule. Neben den drei bereits eingerichteten Fachhochschulstudiengängen Fertigungsautomatisierung, Betriebliches Prozess- und Projektmanagement sowie Intermedia wird der Ausbau der Fachhochschule konsequent fortgesetzt. Noch in diesem Jahr sollen der Bereich angewandte Forschung und Entwicklung in der Fachhochschule forciert werden.

Eine breite Unterstützung in der Vorarlberger Bevölkerung erhielt die Vorarlberger Landesregierung bei ihrer neugestarteten Initiative „Ehrenamt - unverzichtbar, unbezahlbar“ sowie in ihrer kritischen Haltung gegenüber dem Bund in den Fragen Einheitswerterhöhung und Verbürokratisierung des Vereinsrechtes. Bei beiden Themenstellungen sind sehr erfolgreiche Unterschriftenaktionen gelaufen.

Es werden hier bewusst nicht ausschließlich Klubinitiativen, sondern vor allem auch schwerpunktmäßig Maßnahmen der Vorarlberger Landespolitik aufgezählt, da durch die Mehrheitsverhältnisse in Vorarlberg viel Arbeit des Klubs direkt Eingang in die Politik der Landesregierung findet.

Stand der Mitgliedschaften:

Mit Stand Ende Jahr 1998 weisen die Teilorganisationen in Vorarlberg folgende Mitgliederzahlen aus:

Arbeiter- und Ang.-Bund	4.397
Bauernbund	3.331
Wirtschaftsbund	1.189
Frauenbewegung	8.852
Junge ÖVP	570
Seniorenbund	9.244
ÖVP-Direktmitglieder	1.847

Summe - Mitgliedschaften 28.383

Bilanz 1995-1999

Nationalratswahl 1995

Neben den traditionellen Wahlkampfveranstaltungen setzte die Landespartei - passend zur kalten Jahreszeit - besonders Punsch- und Maronistände als Magneten bei Straßenaktionen ein. Erstmals kam auch Telefonmarketing in einem Wahlkampf der Wiener Volkspartei zum Einsatz. Nach den drei wesentlichen TV-Diskussionsrunden wurden über Nacht jeweils ca. 25.000 Flugzettel produziert und wienweit verteilt.

Das Ergebnis in Zahlen:

Stimmen

SPÖ	383.991	(44,0%)
ÖVP	170.659	(19,6%)
FPÖ	175.217	(20,1%)
GRÜNE	52.764	(6,0%)
LIF	75.349	(8,6%)

Der Mandatsstand konnte um ein Mandat (Landesliste) erhöht werden.

Landesparteitag 1996

Statutengemäß fand am 14. September 1996 der 28. ordentliche Landesparteitag statt. Landesparteiobmann Dr. Bernhard Görg wurde mit 90,0% in seinem Amt bestätigt. Zu Stellvertretern wurden gewählt:

GS Abg.z.NR Maria Rauch-Kallat	(81,9%)
LAbg. Prof. Walter Strobl	(90,0%)
BV Adolf Tiller	(91,7%)
LAbg. Dr. Wolfgang Ulm	(84,2%)

Der Leitantrag „Neue Chancen für alle Bürgerinnen und Bürger Wiens - 14 Prinzipien für eine nachhaltig erfolgreiche Stadtpolitik“ verstand sich als bewußtes Kontrastprogramm zur Realpolitik der jahrzehntelang allein regierenden SPÖ Wien und umfaßte die wesentlichen Reformvorstellungen der ÖVP für Wien. Ebenso hatten die Teilorganisationen und Bezirksparteien die Möglichkeit, ihre Ideen für Wien einzubringen.



Bieranstich beim 2. „Open House“ in der Falkestraße:
LPO VBgm. DD. Bernhard Görg und LGF Dr. Wolfgang Gerstl

Gemeinderatswahl 1996

Ab dem Frühjahr liefen die Vorbereitung der Gemeinderats-, Bezirksvertretungs- und Europawahlen am 13. Oktober 1996. Neben der Organisation von internen Team-Konferenzen, Großveranstaltungen (u.a. das Milleniumsfest am 21. und 22. September), Empfängen und „Ministertagen“ (mit Betriebsbesuchen) wurde ein Bernhard Görg-Konvoi auf die Beine gestellt, der die Auftritte des Spitzenkandidaten begleitete. Als neues Werbemittel stand ein „Spielebus“ für Kinderaktivitäten zur Verfügung. Außerdem wurde mit einem „Verschwendungs-ABC“ ein Katalog skurriler und namhafter Geldvernichtungs-Aktionen erstellt und an etwa 70.000 Bürgerinnen und Bürger versandt bzw. verteilt.

Zwei Seminarwellen („Argumentation für Bezirksräte“ und „Fragen und Antworten zu Europa“) sollten die Bezirkratskandidaten optimal auf ihren Wahleinsatz vorbereiten. Darüber hinaus verschickte die Landespartei regelmäßig „Argumente“-Karten an einen Kreis von ca. 1.000 Mitarbeitern.

Das Ergebnis in Zahlen:

Stimmen

SPÖ	288.868	(39,2%)
ÖVP	112.616	(15,3%)
FPÖ	206.122	(27,9%)
GRÜNE	58.620	(7,9%)
LIF	58.666	(8,0%)

Bei den gleichzeitig stattfindenden Bezirksvertretungswahlen konnte die ÖVP ihre führende Stellung in allen sieben Vorsteherbezirken behaupten, im 13. Bezirk konnte sie das Ergebnis von 1991 sogar übertreffen.

Bei der Europawahl trug Wien maßgeblich zum großen Erfolg der ÖVP mit Ursula Stenzel bei. Das Ergebnis in Zahlen:

	Stimmen	
SPÖ	252.609	(34,0%)
ÖVP	162.958	(21,9%)
FPÖ	180.264	(24,2%)
GRÜNE	75.331	(10,1%)
LIF	49.113	(6,6%)

Regierungsverhandlungen

Intensive Verhandlungen führten zum Abschluß eines Arbeitsübereinkommens und Bildung einer Koalition zwischen ÖVP und SPÖ. Landesparteiobmann Dr. Bernhard Görg wurde am 29. November 1996 zum Vizebürgermeister und amtsführenden Stadtrat für Planung und Zukunft, Dr. Peter Marboe zum amtsführenden Stadtrat für Kultur gewählt. Präsident Walter Nettig wurde zum Sonderbeauftragten für Außenbeziehungen bestellt. Mit Maria Hampel-Fuchs stellt die ÖVP auch die 1. Landtagspräsidentin.

In den Regierungsverhandlungen wurden wichtige Punkte, die noch kurz vorher in Wien unvorstellbar gewesen wären, durchgesetzt:

- schrittweise Reduzierung der Anteile der AVZ an der Bank Austria
- Schaffung eines Risikokapitalfonds zur Realisierung von Unternehmensideen
- Verdoppelung des Anteils der Eigentumswohnungen an der Wohnbauförderung
- Unterstützung junger Familien durch Gewährung von Eigenmittlersatzdarlehen
- Einsatz intelligenter Verkehrstechnologien für kundenfreundliche Information und Leitsysteme
- 3. Ausbauphase der U-Bahn

Regierungserfolge der ÖVP Wien

Unternehmen Wien - Beteiligen wir uns alle

Mit dieser im Herbst 1998 gestarteten Initiative präsentiert die ÖVP Wien ihren Anspruch, Wien gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten und lebenswerter zu machen. „Unternehmen Wien“ soll dabei Verantwortung und Gestaltungswillen signalisieren, die die Wiener Volkspartei als Wegbereiter für eine spannende Zukunft einsetzen wird.

Zusätzlich zur bestehenden Wirtschaftskompetenz, mit der Wien kostenbewußt und effizient ins 21. Jahrhundert geführt wird, soll für die Wienerinnen und Wiener ein höherer persönlicher Nutzen erreicht und ein Mehr an Lebensqualität gesichert werden. Das bedeutet, verkrustete bürokratische Strukturen aufzubrechen, Wien kundenorientiert zu verwalten und gestalten, die Stadt im konstruktiven Dialog mit ihrer Bevölkerung zu führen. Dabei sind maximale Transparenz, Kostenwahrheit und -bewußtsein wesentliche Elemente des zukünftigen Wien-Managements.

Bereits nach wenigen Monaten wehte dank der Regierungsbeteiligung der ÖVP in Wien ein anderer Wind in der Stadtpolitik. Im folgenden einige Beispiele:

Ausbau der U1

Nach einem intensiven Bürgerbeteiligungsprozeß steht seit Mai 1998 eine verbesserte Trasse (Variante „Brachmühle“) für die Verlängerung der U1 nach Norden zur Verfügung. Noch nie gab es für die Bürgerinnen und Bürger so frühzeitig die Gelegenheit zur Information und Mitsprache (Ausstellungen, Aussendungen an die betroffenen Haushalte, moderierte Diskussion). Die Strecke wird vom Zentrum Kagran über den Kagraner Platz, die Wagramer Straße und die Großfeldsiedlung bis zur S-Bahn-Station Leopoldau führen; wichtige Stadtrandsiedlungen werden nun vom hochrangigen öffentlichen Verkehr erschlossen.

Neue donauquerende U-Bahn in die Donaustadt

Bereits Anfang der 90er Jahre zeichnete sich durch das kontinuierliche Stadtwachstum und die damit verbundenen Verkehrsprobleme in der östlichen Donaustadt ab, daß eine donauquerende U-Bahn in den Bereich Stadlau-Aspern notwendig ist. Jahrelang negierte die SPÖ die Vorschläge der Wiener ÖVP. Im Februar stellte Vizebürgermeister Dr. Görg im Februar 1998 die Planungen zur Errichtung einer U-Bahn als Verlängerung der U2 über Schottenring, Taborstraße, Praterstern, Stadion und Donaustadtbücke bis zur Erzherzog Karl-Straße vor. Die U2/5 setzt wichtige Impulse zur Stadtentwicklung durch die Erschließung des Prater-Messe-Stadion-Bereichs als Freizeitgebiet mit Zukunft sowie der Anbindung der Donaustadt an das Stadtzentrum. So entstehen 12,6 km neue U-Bahn; für die Detailplanung der Linie ist selbstverständlich auch hier im nächsten Jahr ein intensiver Bürgerbeteiligungsprozeß vorgesehen.

Bürgerbeteiligungsverfahren für das Straßenprojekt B 3

Der vieldiskutierte Ausbau der B 3 als leistungsfähige Verbindung der beiden wachsenden Bezirke Floridsdorf und Donaustadt stieß auf vehementen Widerstand der von Absiedlung betroffenen Anrainer. Bernhard Görg startete deshalb im Juni 1998 ein Bürgerbeteiligungsverfahren nach dem von ihm entwickelten „Wiener Modell“. Von der geplanten Trasse sowie von allfälligen Alternativrouten Betroffene konnten bis Ende Dezember 1998 in mehreren Beteiligungsrunden in Zusammenarbeit mit den Experten mitentscheiden.

Dreijahresverträge für Wiener Kulturinstitutionen

Die Entschuldung der Klein- und Mittelbühnen ist Stadtrat Dr. Marboe ein besonderes Anliegen. Deshalb beschloß der Kulturausschuß auf seine Initiative Dreijahresvereinbarungen für eine Reihe von Wiener Privattheatern und vereinsmäßig organisierte Bühnen. Damit wird eine Subventionszusage auf drei Jahre möglich. Diese Dreijahresverträge gewährleisten ein längerfristig kalkulierbares, kontinuierliches und effizientes Arbeiten und sichern damit den sparsamen Umgang mit Steuergeld sowie das finanzielle Überleben vieler Kulturvereine.

1999 wird das Instrument der Dreijahresverträge unter anderem auf die Kunsthalle Wien, die Wiener Symphoniker, die Wiener Festwochen, die Viennale und eine Reihe größerer Theater ausgeweitet.

Wien-Kultur im Museumsquartier

Der Umbau des Museumsquartiers, an dem die Stadt Wien mit rund 400 Mio. ÖS beteiligt ist, schreitet zügig voran. Ebenso die Planungen zu dessen Nutzung, zum Beispiel das „Kidsquartier“. Basierend auf der erfolgreichen Tätigkeit des im Herbst 1998 eröffneten Kindermuseums wird ein Kindertheater (im ehemaligen Residenzokino) und ein Workshop-Zentrum etabliert. Außerdem wird ein Tanzquartier in der Gesamtgröße von 900 Quadratmetern entstehen, in dem mehrere Tanzstudios untergebracht werden können. Dieses wird 2000 seine Arbeit beginnen können.

Reform der Wiener Stadtwerke

Im Juni 1998 beauftragte der zuständige Gemeinderatsausschuß den Magistrat mit der Ausgliederung der Wiener Stadtwerke und deren Überführung in eine Aktiengesellschaft. Die neue AG mit ihren Tochterbetrieben Wiengas, Wienstrom, Wiener Linien und Bestattung nahm am 1.1.1999 ihre Tätigkeit auf. Das Tor zu einer möglichen Privatisierung ist damit aufgestoßen! Mit dieser Lösung, gegen die sich Teile der SPÖ bis zuletzt gewehrt hatten, können die Betriebe nun auch besser Kooperationen mit anderen Unternehmen eingehen.

Aufwertung der Bezirke

Mit der Ausweitung der Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten erhalten die 23 Bezirke seit 1998 ein deutlich höheres Budget (insgesamt rund 2 Mrd. ÖS). Bei der Aufteilung wird nun endlich auch die Zahl der Arbeitsstätten im Bezirk berücksichtigt, womit im Bewußtsein der Bezirke ein anderes Verhältnis zu ihren Betrieben entstehen kann. Das ebenfalls 1998 erstmals eingeführte Bezirkskulturbudget in der Höhe von 12 Mio. ÖS hat zu einer noch intensiveren Tätigkeit der Bezirkskulturvereine und zu einigen neuen Initiativen auf Bezirksebene geführt. Die Unterstützung der kulturellen Kleinstruktur ist auch 1999 ein grundlegender Bestandteil der Kulturpolitik von Stadtrat Dr. Marboe.

Enormes Sparpotential bei der Wiener Verwaltung

Ende 1998 wurden die Ergebnisse einer von der ÖVP Wien initiierten umfassenden Organisationsanalyse des Magistrats durch externe Consulter vorgestellt. Einerseits attestiert sie dem Magistrat „ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung auf hohem Niveau“, andererseits ortet sie beträchtliche Einsparungsmöglichkeiten in der Größenordnung von über 530 Mio. ÖS im Jahr. Das Einsparungspotential für den gesamten Magistrat schätzt Vizebürgermeister Dr. Görg auf bis zu 1,5 Milliarden! Innerhalb weniger Jahre sollen die von den Unternehmensberatern vorgeschlagenen Reformen aus dem Magistrat einen kundenorientierten Dienstleistungskonzern mit effizientem Management machen.

Öffnung der „Falkestraße“: Neue Veranstaltungsformen

So wie die ÖVP-Mitglieder der Wiener Stadtregierung seit ihrem Amtsantritt ihre Ressorts in den Dienst der Bürger gestellt haben, wird dieser Prozeß durch die Aktivitäten der Landespartei unterstützt. Auftakt dazu bot das 1. Open House am 5. September 1997. Das „offene Haus“ steht gleichsam als Symbol für die Ausrichtung an den Bedürfnissen der Wienerinnen und Wiener. Die Bürger unserer Stadt sollen einerseits die Möglichkeit haben, ihre Anliegen und Sorgen vorzutragen, andererseits am politischen Prozeß aktiv teilzunehmen. Nur wer mit den Menschen im ständigen Dialog steht, kann seine politische Arbeit an deren Bedürfnissen ausrichten.

Adventaktion 1995

Parallel zur Nationalratswahl 1995 organisierte die Wiener Volkspartei im Dezember 1995 einen „humanitären Adventkalender“. Dabei wurde jeden Tag in einem anderen Bezirk ein Sozialprojekt bzw. soziales Anliegen unterstützt. (z.B. Finanzierung der Ausbildung eines Blindenhundes oder Einsatz von Klinik-Clowns).

„Es ist Zeit für andere“

Wer eine lebenswerte Gesellschaft haben möchte, muß sich Zeit für andere nehmen. So wichtig materielle Geschenke und Spen-

den sind, die persönliche Zuwendung und das direkte Engagement können sie nicht ersetzen. Deshalb war es Ziel der Adventaktion 1997, anderen - die es dringend benötigen, (Kinder, Kranke, Einsame) das kostbare Gut „Zeit“ zu schenken. Jeder „Zeitspender“, der seine Spende (in der Regel für eine karitative Organisation wie das Wiener Hilfswerk oder Caritas Socialis) bekanntgab, erhielt als Dank eine „Zeitaktie“.

„Stille Helden des Alltags“

Seit Jänner 1998 werden monatlich Männer und Frauen, die durch überdurchschnittliches persönliches Engagement für die Allgemeinheit, für Nachbarn oder andere „Nächste“ aufgefallen sind, von der ÖVP Wien ausgezeichnet. Sie will damit Leistungen honorieren, die sich nicht mit den Maßstäben des Marktes messen lassen, für die Humanität in der Großstadt aber immer wichtiger sind. Unter den von den Bezirken nominierten „Bezirkshelden“ werden jeweils drei Wiener „Helden“ von einer Prominentenjury, bestehend aus Barbara Stöckl, Ernst Wolfram Marboe und Karl Mader, ausgewählt.

Integrationsmaßnahmen

Um das gegenseitige Verständnis füreinander zu erhöhen und ein Klima des Vertrauens zu schaffen, sucht die ÖVP Wien auch den Dialog mit den Migranten in Wien. Neben der Politik „im großen“ ist es aber auch wichtig, den Menschen bei ihren „kleinen“ alltäglichen Problemen zu helfen, etwa im Umgang mit österreichischen Behörden. So bietet die ÖVP zum Beispiel als Service für Türken seit November 1998 jeden Montag von 16.00 bis 17.30 Uhr eine Beratung in ihrer Muttersprache an. Oft ist es einfach nur notwendig, Mißverständnisse aufgrund von Sprachschwierigkeiten aufzuklären. Betreut wird diese Beratung von einem ehemaligen Mitarbeiter der Mutterlandspartei, der mit dem Team des ÖVP-Bürgerservice eng zusammenarbeitet.

Falke-Café

Viele Funktionäre wünschen sich mehr Kontaktmöglichkeiten, insbesondere außerhalb der „offiziellen“ Termine mit der Parteispitze. Anfang 1998 richtete die ÖVP Wien daher als fixe Veranstaltungsreihe einmal im Quartal das „Falke-Café“ ein, an dem der Landesparteiobmann, der Landesgeschäft-

tsführer und Spitzenmandatare in gemütlichem Rahmen den rund 600 Funktionären für Gespräche, Informationen und Anliegen zur Verfügung stehen.

Kontakt zu Neo-Wienern

Pro Jahr ziehen über 20.000 Inländer aus den Bundesländern nach Wien. Fast zwei Drittel von ihnen sind im besonders „mobilen“ Alter von 20 bis 35, das heißt in einem politisch sehr flexiblen Alterssegment. Die Neuhinzugezogenen haben in der Regel noch einen kleinen Bekanntenkreis, wenig Kontaktmöglichkeiten und Probleme mit Behördenwegen und anderen Dienstleistungen. Genau dieses Defizit will die ÖVP Wien ausgleichen.

Seit Jänner 1998 erhalten alle Neo-Wiener des vorherigen Monats von Vizebürgermeister Dr. Görg ein Schreiben, in dem sie als neue Wiener willkommen geheißen werden. Beigelegt sind dem Brief ein Informationsblatt über die wichtigsten Behörden- und Serviceadressen (selbstverständlich inklusive den ÖVP-Servicestellen) sowie eine Rückantwortkarte mit der Möglichkeit, zu gesellschaftlichen oder politischen Veranstaltungen eingeladen zu werden bzw. Informationsmaterial zu erhalten. Zusätzlich erhielten alle „Neo-Wiener“ des Jahres 1998 Weihnachtsglückwünsche des Landesparteiobmanns, dem eine Übersicht über die Erfolge und Planungen der ÖVP für Wien beigelegt war.

Hunderte Angeschriebene haben binnen weniger Monate ihre Antwortkarte an uns zurückgeschickt, um ab sofort aktiv am Veranstaltungsleben der ÖVP Wien teilzunehmen.

Politische Arbeit mit Experten und Bürgern

Politische Grundlagenarbeit erfolgt in der Wiener ÖVP in Zusammenarbeit mit Experten und Bürgern. Einen wesentlichen Stellenwert haben dabei die Fachtagungen, zu denen Fachleute des entsprechenden Gebietes sowie engagierte Wienerinnen und Wiener eingeladen werden. Gemeinsam werden für die Probleme der Stadt Lösungen erarbeitet, die dann in konkrete politische Maßnahmen umgesetzt werden. Folgende Fachtagungen wurden in den letzten Jahren durchgeführt:



Erfolgreiche Kulturpolitik in Wien:
StR Dr. Peter Marboe und Dr. Wolfgang Gerstl

- „Kriminalität in der Großstadt“ (April 1996)
- „Kinderbetreuung in Wien“ (September 1996)
- „Verschuldensunabhängige Patientenentschädigung“ (April 1997)
- „Migration“ (Mai 1997)
- „Umweltschutz schafft Arbeitsplätze“ (Juni 1997)
- „Jugend ohne Arbeit“ (November 1997)
- „Nationalpark Donau-Auen“ (Oktober 1997)
- „Effiziente Stadtwerke im 21. Jahrhundert“ (Mai 1998)
- „Sport hat Zukunft“ (September 1998)
- „Welchen Stellenwert hat die Familie noch in unserer Gesellschaft?“ (November 1998)

Im Herbst 1998 startete der ÖVP-Gesundheitssprecher Abg.z.NR Dr. Rasinger mit dem „Vienna Fit Forum“ einen Veranstaltungszyklus zur Vorsorgemedizin.

Vernissagen in der Falkestraße

Die ÖVP Wien hat es sich zum Ziel gesetzt, Künstlern ein Forum zur Präsentation ihrer Arbeiten zu schaffen. Erstmals seit rund 10 Jahren veranstaltete die Landespartei am 3. Dezember 1997 eine Vernissage in ihren Räumlichkeiten. Die Sujets von Helge Thor beschäftigen sich mit dem Thema Gewalt, insbesondere gegen Kinder. Weitere Vernissagen fanden am 18. März 1998 mit der Malerin Brigitte Sautner-Feeg, einer Schülerin der Professoren Elsner und Lehmden, zum Themenkreis Frau in der Gesellschaft und am 27. Mai 1998 mit Rainer Macku statt.

Der Reigen der Kulturveranstaltungen im Rahmen des „Vienna Art Forum“ wurde im Herbst 1998 mit einer Vernissage der Künstlerin Lucia Mosshammer zum Thema „Hindernisse?!“ fortgesetzt. Dazu las der be-

kannte Autor Peter Beyerl aus seinem aktuellen Werk „Lexikon der Nervensägen“. Am 1. Dezember 1998 präsentierten Doris Hopf, Justine Edith Lebersorger, Helga M. Schreiner und Maria Wolschek ihre „Impressionen“. Die Eindrücke der Bilder wurden durch eine Lesung des gebürtigen Schweizers Christoph Braendle aus seinem Werk „Wiener Sonaten - Liebe, Freud und schöner Tod“ abgerundet.

Görg-Besuchstage in den Bezirken

Vizebürgermeister Dr. Görg stattete in den letzten Monaten allen 23 Bezirken in seiner Funktion als Landesparteiobmann einen Besuch ab. Dabei sind öffentliche Termine (Essen mit Multiplikatoren, Geschäftsstrassen-Besuche usw.) ebenso wie interne Termine zur Aussprache mit Parteifunktionären vorgesehen.

Telefonsprechstunden

Der Einladung von Landesgeschäftsführer Mag. Gerstl folgend halten auch National- und Gemeinderäte regelmäßig Telefonsprechstunden im Bürgerservice (jeweils 17.00-18.00 Uhr) ab. Dabei haben Bürger die Chance, den für ihre Fachfrage zuständigen Mandatar direkt zu sprechen. Landesgeschäftsführer Mag. Gerstl hält eine monatliche Sprechstunde zu allgemeinen Fragen.

Feste der ÖVP Wien prägen das Stadtbild

Mit dem Wiederaufleben des Wiener Stadtfestes, dem bereits zur Institution gewordenen „Open House“ und zahlreichen neuen Events hat die ÖVP Wien deutliche Impulse in unserer Stadt gesetzt.

Wiener Stadtfest

Über 250.000 Besucher strömten am 18. April 1998 in die Wiener City, um beim 15. Wiener Stadtfest unter dem Titel „touch the future - Stufe 1“ mit dabei zu sein. Unter der künstlerischen Leitung von Alf Krauliz präsentierte sich eine stimmige Mischung aus qualitativem Kulturprogramm, hochwertigen Diskussionen und spannenden Zukunftsvisionen. Sowohl die Pop und Dance Arena am Hof, die Straße der Kommunikation am Kohlmarkt, das Kinderland auf der

Freyung oder die Musikbühne am Graben wie die Pyramide am Michaelerplatz erfreuten sich großen Zuspruchs.

Viele Menschen haben in persönlichen Gesprächen, aber auch bei Anrufen in der Landespartei die neue Initiative der ÖVP Wien ausdrücklich begrüßt und den frischen Wind, der vom Stadtfest ausgeht, wohlwollend registriert. Gerade um mobile jüngere Wähler ansprechen zu können, sind atmosphärische Beiträge wie das Fest „touch the future“ ein wichtiger Imagefaktor.

Open House in der Falkestraße

Nahezu tausend Wienerinnen und Wiener kamen am 5. September 1997 in die Falkestraße 3, um beim ersten „Open House“ der Wiener ÖVP mit dabei zu sein. Auf allen fünf Etagen des Hauses hatten die Besucher die Möglichkeit, sich von den vielfältigen Aktivitäten und Serviceangeboten der Wiener ÖVP, ihrer Teilorganisationen und nahestehender Verbände zu überzeugen. Das „Open House“ steht als Symbol für die noch stärkere Öffnung der ÖVP Wien zum Bürger. Nur wer mit den Menschen im ständigen Dialog steht, kann seine politische Arbeit an deren Bedürfnissen ausrichten.

Open-House II

Wie bereits ein Jahr zuvor stellten sich am 4. September 1998 im und um das Haus Falkestraße 3 die Partei, ihre Teilorganisationen sowie befreundete Organisationen den rund 1.500 Besuchern vor.

Das Medium Fernsehen und das Thema „Europa“ standen dabei im Mittelpunkt der Veranstaltung. So wurde im Rahmen des „Falke TV“ ein „gläsernes Studio“ errichtet, in dem Moderatorin Alexandra Hilverth Gäste empfing. Dazu gab es Beiträge über Aktivitäten der ÖVP Wien, „best practice“-Beispiele großer Städte in der EU, aber auch kulinarische Spezialitäten aus Europa.

Beach Volleyball

Bereits zur Tradition wurde das jährliche Beach-Volleyball-Match zwischen ÖVP und SPÖ im Rahmen der „Summerstage“ am Wiener Donaukanal. Wichtige Stützen des Teams der ÖVP Wien, das 1998 als klarer Sieger hervorging, sind unter anderen Generalsekretärin Abg.z.NR Rauch-Kallat,

Sport-Stadtfest

Auf dem Karlsplatz warteten am 3. Oktober 1998 zahlreiche Sport- und Spielmöglichkeiten sowie ein Street-Soccer-Turnier auf die Besucher. Höhepunkt bildete ein Prominentenspiel ÖVP:SPÖ, aus dem die ÖVP mit 3:0 im Elferschießen als klarer Sieger hervorging. Zum Mitmachen luden ein Kletterturm, Streetball, Inline Skating und eine Half Pipe ein. Für die kleineren Festbesucher gab viele lustige Spiele und nette Preise.

1. Wiener Stadtspiel

Das Wiener Stadtspiel schließt an die Tradition der herkömmlichen Rätselrallye an und versteht sich als Pendant zum Wiener Stadtfest, da - im Gegensatz zum Stadtfest - die ganze Stadt als Spieleort einbezogen wurde. Auf sechs Schauplätzen wartete am 21. November 1998 nicht nur ein Fragebogen, sondern zahlreiche Attraktionen. Großspiele wie ein Riesenwuzzler, Bungee Running, eine Kletterwand, eine Riesenrutsche oder der Riding Bull konnten gratis benutzt werden. Auf jedem der sechs Standorte gab es auch ein künstlerisches Programm mit Prominenten wie Matt Schuh, Jade Davis, Magic Christian und Steinböck&Rudle. Trotz des ungewöhnlich kalten Wetters wurde das Angebot mit Interesse angenommen.

„Wie gehts in Wien“

- die Bürgerbeteiligungsinitiative der ÖVP Wien

Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen Politik und Bürgern ist für die Wiener ÖVP keine hohle Phrase - das hat sie mit den Zukunftsforen und den Bürgerkonferenzen bereits in sieben Wiener Bezirken bewiesen. Diese Initiative gibt die Gewähr dafür, daß der Wille der Bürger in den Prozeß der politischen Willensbildung und der Entscheidungsfindung einfließen kann und damit einer Entfremdung zwischen Bürgern und Politik entgegenwirkt.

Bürgerkonferenzen

Bei den Bürgerkonferenzen - sie wurden bereits in einer Reihe von Bezirken abgehalten - haben die Bürger die Möglichkeit, ihre Vorstellungen für den Bezirk anhand eines konkreten Projekts zu erarbeiten und umzusetzen. In einem ersten Schritt werden in Intensivinterviews die konkreten Anliegen der Menschen des jeweiligen Bezirkes, aber auch ihre Stimmung und ihre Gefühlslage erkundet. Die Ergebnisse dieser Erhebungen werden in offen gehaltenen Bezirkskonferenzen diskutiert und sind Grundlage der Arbeit auf Stadt- und Bezirksebene.

Zukunftsforen

Die in den Bürgerkonferenzen konkret erarbeiteten Projekte werden beim jeweiligen Zukunftsforum einer breiten Öffentlichkeit als Beispiel für die Partnerschaft zwischen Politik und Bürger präsentiert. Beim ersten Zukunftsforum am 16. Oktober im historisch bedeutsamen Semper Depot, dem einstigen Kulissendepot der k.u. k. Staatstheater, stand der Begriff der humanen Leistungsgesellschaft im Mittelpunkt, wobei sich „human“ auch auf die Leistungsmöglichkeit und Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft bezieht.

Das zweite Zukunftsforum am 3. März 1998 im IMAX -Filmtheater stand im Zeichen der Diskussion um den Weg in die Bürgergesellschaft. Der deutsche Politologe Prof. Dr. Gerd Hepp skizzierte in seinem Referat, daß nach dem Motto „Vorsorge ist besser als Nachsorge“ die Planungskosten für öffentliche Vorhaben durch die Mitentscheidung der Bürger deutlich gesenkt werden können.

Das dritte Zukunftsforum auf dem Dach des Einkaufszentrums Meiselmarkt am 2. Juli 1998 hatte den Themenkreis „Die Geborgenheit in einer globalen Welt - Widerspruch: Ja oder Nein?“ zum Generalthema. Prof. Dr. Ursula Schneider vom Institut für internationales Management in Graz sowie eine namhafte Runde von Experten aus den Bereichen Nahversorgung, Telekommunikation und Kultur diskutierten über die Sehnsucht nach der kleinen Einheit in einer immer komplexer und zugleich kleiner werdenden Welt.

Das vierte Zukunftsforum der Wiener ÖVP im Palmenhaus Burggarten am 19. Jänner 1998 beschäftigte sich unter dem Titel „next generations“ mit den Grundfragen für nächste Generationen. Zu Wort kamen (teilweise über Videoeinspielung) Trendforscher von Naisbitt bis Horx. Vizebürgermeister Dr. Görg unterstrich in seiner Rede die zentrale Rolle der Bildung für die Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft.

Mitgliederstand

Ordentliche Mitglieder mit Stand vom 1.1.1999:

Direktmitglieder	652
ÖAAB	19.540
ÖBB	1.095
ÖWB	5.902
ÖFB	1.181
JVP	1.512
ÖSB	10.622

ÖVP Wien 38.376
(nach Abzug von Doppelmitgliedschaften)



Plakatsujet zum 15. Wiener Stadtfest

Berichte der Zweck- organisationen der ÖVP

Politische Akademie

„Veränderung ist Zukunft“. Unter diesem Motto hat sich die Politische Akademie in den letzten beiden Jahren unter dem neuen Direktor als Institut verstanden, das den Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Veranstaltungsbereich diskutiert und den gesellschaftlichen Entwicklungen entsprechend neu gestaltet. Immer mehr Seminare finden daher in den Bundesländern statt, immer öfter kommt die Politische Akademie mit ihren Veranstaltungen in alle Regionen Österreichs. Ein kleiner Ausschnitt davon findet sich in den jeweiligen Veranstaltungskalendern der Akademie. Dabei haben wir uns nicht damit zufrieden gegeben, die jeweiligen Veranstaltungen einfach fortzuführen, sondern wollten uns auch hier bewußt den geänderten Erwartungshaltungen anpassen. Eine erstmals durchgeführte Umfrage in einem repräsentativem Ausmaß war uns hier eine wertvolle Hilfestellung. Abgesehen von der einhelligen Meinung der über 3000 Befragten, daß Bildung etwas kosten darf, zeigt sich eine große Akzeptanz bei unseren neuen „Produkten“. Vor allem die Fraueninitiative ist uns ein wichtiges Anliegen und hat dem angestrebten Ziel - einer Stärkung der Selbstermunterung der Frauen und damit einer Erleichterung ihres politischen Engagements - gedient.

Neben den zahlreichen Seminaren für die Mitarbeiter und Funktionäre der Partei - auch alle möglichst vor Ort -, in denen wir moderne Parteiarbeit mit Internet und anderen Hilfsmitteln zu vermitteln versuchten, gab es zahlreiche Wünsche für die Unterstützung konkreter Projekte durch die Politische Akademie.

Dafür hat sich die Politische Akademie auf Projektmanagement umgestellt, sodaß hier professionell und mit modernsten Methoden Unterstützung gegeben werden kann. Das Ziel ist dabei, vor allem engagierten Menschen zu helfen, ihre Projektideen zu verwirklichen. Damit soll und muß die Akademie über die Partei hinaus zu einem Ansprechpartner politisch Interessierter in Österreich werden.

Auch bei den Veranstaltungen ist ein Grundsatz die offene Diskussion der Weiterentwicklung unserer Ideen. Nicht die

gegenseitige Bestätigung, sondern die kritische Auseinandersetzung mit anderen politischen Ansätzen und Vorstellungen steht dabei im Vordergrund. Dies zeigt sich auch bei unseren neuen Veranstaltungen.

Neue Veranstaltungsformen

Kantiger Tisch

In dieser Diskussionsreihe werden aktuelle Themen mit sehr klaren Positionen diskutiert, kurze Statements beleben die Diskussion, Außenenseiterpositionen werden dargelegt.

Bei all diesen Diskussionen soll ein neuer Diskussionsstil entwickelt werden. Wir gehen dabei von dem kommunikationstechnischen Ansatz des Diskurses von Prof. Dr. Rupert Lay S.J. aus, der diesen von Debatte und Diskussion unterscheidet. Unter Debatte versteht er eine Vorgehensweise, bei der der andere fertiggemacht wird und das Ziel dabei ist, das Publikum zu überzeugen. Die Strategie bei einer Diskussion ist, recht zu behalten und sich durchzusetzen und das Ziel, den anderen zu überzeugen. Bei einem Diskurs ist die Vorgehensweise, etwas miteinander zu klären, mit der Absicht, zu einem Erkenntnisfortschritt und einer Problemlösung zu kommen. Der Diskurs entspricht somit unserem Modell der offenen, sachlichen Auseinandersetzung, das persönliche Angriffe entschieden ablehnt.

Veranstaltungen fanden zu den Themen „Privat oder Staat? Pensionssicherung der Zukunft“, „Beschäftigungschancen - Was kann nationale Politik beitragen?“ und „Hat das österreichische Gesundheitssystem Zukunft? Treiben unsere Spitäler in die Krise?“ statt.

Politischer Salon

Die neue Veranstaltungsreihe gibt persönlich geladenen Gästen die Möglichkeit, mit ausgewählten Referenten/innen zu diskutieren. Ein Moderator führt durch den Abend, der dann endet, wenn die Besucher keine Fragen mehr stellen. Kaffeehausatmosphäre ermöglicht es, zu kommen und zu gehen,

wie jeder möchte. Man kann sich an emotionalen Diskussionen beteiligen oder sich zurücklehnen und anregenden Gesprächen folgen. Unserem Markenzeichen „modern politics“ folgend sind es politische Themen, die zur Sprache kommen.

Bisher fanden statt „Auswirkungen der deutschen und slowakischen Wahlen auf Österreich und Europa“ und „Blutrot: Das Erbe von Hammer und Sichel“ (Aus dem Schwarzbuch des Kommunismus).

Kultursalon

Mit dem Kultursalon setzt die Politische Akademie einen neuen Themenschwerpunkt und einen neuen Veranstaltungstyp, der Verbindungen herstellen soll: Verbindungen von Mensch zu Mensch, von Mensch zu Kultur, Ästhetik, Soziologie und Emotion. Die Besucher des Kultursalons lassen sich von „Geschichtenerzählern an der Hand nehmen“ und in einen lebendigen Dialog mit dem Thema und der jeweils begleitenden Kunstaussstellung eintauchen. Bisher fand ein „Kultursalon“ zum Thema „Kunst und Soziologie, Ästhetik statt.

Mit feiner Klinge ...

Eine Diskussionsreihe, gemeinsam konzipiert mit dem Dr.-Karl-Renner-Institut

Die Streitgespräche „Mit feiner Klinge ...“ wollen den Beweis erbringen, daß politische Diskussion in Form eines moderierten Streitgespräches auf hohem inhaltlichem Niveau spannend und überzeugend sein kann und dazu beiträgt, Standpunkte zu klären und Unterschiede herauszuarbeiten. Jeweils ein/e Politiker/in und ein/e Experte/in diskutieren - moderiert von einem/r Journalisten/in - mit dem Ziel gegeneinander, die jeweils unterschiedlichen Positionen klar zu machen und damit eine Entscheidungsgrundlage für die politische Meinungsbildung zu bieten.

Bisher fand ein Streitgespräch zum Thema „Rechtsreform und Justizpolitik“ statt. Weitere zu den Themen „Entwicklungsperspektiven des Staates und der Bürgergesellschaft“, „Frauenpolitik“ und „Bildungspolitik“ werden folgen.

Schwerpunkte

Mit der Frauenbildungsoffensive ins neue Jahrtausend

Die Bildungsarbeit für Frauen wird seit einigen Jahren eigenständig an der Politischen Akademie organisiert und betreut. In den Jahren 1996 und 1997 wurde in Zusammenarbeit mit den Teilorganisationen und den Bundesländern eine breit angelegte Frauenbildungsoffensive initiiert. Mehr als 2.000 Frauen haben das Bildungsangebot der Politischen Akademie in Anspruch genommen. 1998 haben wir uns gedacht: Wer Bewährtes behalten will, muß ständig verbessern und haben die Frauenbildungsoffensive adaptiert und neu aufgelegt.

Die Inhalte der Seminarreihe sind auf diese Zielsetzungen abgestimmt:

- Selbstermunterungsseminar - Ich engagiere mich
- Selbstorganisation & zielorientiertes Arbeiten und Planen
- Rhetorik I und II
- Präsentation - Redesicherheit - Personal Design
- Moderationstraining - effizientes Sitzungsmanagement
- Powertalk oder „Da bin ich anderer Ansicht“
- Konfliktmanagement - sicherer Umgang mit Konflikten

Die politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen geht schrittweise in die richtige Richtung. Das Ziel ist gerade im politischen Bereich noch lange nicht erreicht. Besonders im Prozeß der politischen Willensbildung müssen Frauen oftmals mehr als Männer Durchsetzungsstrategien und Standhaftigkeit mit Nachgeben und Kompromissen glaubhaft verbinden. Die Frauenbildungsoffensive 2000 soll Hilfe bei ersten Schritten in die Politik und beim Engagement in der Öffentlichkeit geben. Darüber hinaus sollen sich Frauen noch mehr als bisher gegenseitig vernetzen lernen und unterstützen, Berührungängste ab- und Selbstbewußtsein aufbauen.

Reihe: Ökosoziale Marktwirtschaft

Soziale Marktwirtschaft als erfolgreiche Allianz ordoliberaler und christlich-sozialer Denktraditionen bedarf in der Globali-

sierung eines neuen Handlungsrahmens. Der verengten Perspektive einer auf Shareholder-value fokussierten Weltanschauung ist ein ethischer Grundkonsens über eine Ordnungspolitik gegenüberzustellen, mit der das europäische Modell der sozialen Marktwirtschaft zum Leitbild der globalen Entwicklung werden kann. Dazu ist ein glaubwürdiger geistiger Standort in Fragen einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu erarbeiten - ein Ziel dieser Veranstaltungsreihe, die mit mehreren Partnern durchgeführt wurde und wird.

Veranstaltungen:

- Ökologische Steuerreform: Modelle - Chancen - Probleme (gemeinsam mit dem Management Club)
- Jenseits von Angebot und Nachfrage: Der gesellschaftliche Auftrag der Sozialen Marktwirtschaft
- Umweltökonomie: Funktioniert die Öko-soziale Marktwirtschaft?
- Saubere Kleidung bitte! Chancen und Risiken von Sozial- und Umweltmindeststandards im Welthandel (gemeinsam mit Österreichische Entwicklungszusammenarbeit, Amnesty International und Agentur Südwind)
- Mensch - Markt - Gesellschaft - Umwelt (Gemeinsam mit dem Dr. Karl Kummer-Institut)

Die Reihe wird fortgesetzt.

Akademie zur Zeitenwende

Eine Kooperation von Politischer Akademie und dem Institut für Wirtschaft und Politik

Gerade Zeitenwenden inspirieren viele zu Prognosen und Thesen über zukünftige Entwicklungen. Gerade in solchen Zeiten scheint es umso wichtiger, in ruhiger, seriöser und unspektakulärer Weise darüber nachzudenken.

Die „Akademie zur Zeitenwende“ hatte es sich zur Aufgabe gestellt, Aspekte großer Veränderungen deutlich zu machen, sie aber gleich mit praktischen Beispielen anzureichern, die mögliche, bereits beschrittene Wege aufzeigen.

Veranstaltungen:

- Chips, Jobs and Creativity
- Zeitvisionen: Countdown zum Take-Off
- Bürgergesellschaft: Zwischen Agora und Internet
- Stephen Hawking: Kosmos in Raum und Zeit

Schwerpunkt Demokratie

Kann Politik heute überhaupt noch unter mehreren Optionen die richtige Wahl treffen - sowohl im Sinne eines breiten gesellschaftlichen Konsenses als auch im Sinne einer rationalen Konfliktlösung?

Wir haben Menschen, die sich für die Gesellschaft engagieren, zu einer konstruktiven Diskussion über die Weiterentwicklung unserer Demokratie eingeladen.

Veranstaltungen

- Zeitzeichen. Ausstellung zeitgenössischer Kunst
- Manifest der Intoleranz. Proklamation
- Multikulturelle Gesellschaft und Demokratie. Internationales Symposium
- Das österreichische Staatsoberhaupt. Aufwertung oder Abwertung. Buchpräsentation
- Wie funktioniert die Republik? Buchpräsentation
- Wer soll uns vertreten? - Professionsnormen für Politiker. Internationales Symposium (siehe auch unter Publikationen)
- Der Prozeß der politischen Delegation in westlichen Demokratien. Internationales Symposium
- Wieviel Intellektualität (v)erträgt die Politik? Diskussionsveranstaltung

Medien-Corner: eine Reihe von Diskussionsveranstaltungen - speziell, aber nicht ausschließlich für Journalisten - des Friedrich-Funder-Instituts in Kooperation mit der Politischen Akademie:

- Fremd sein in Österreich.
- Wir haben eine gute Verfassung - sind wir auch in einer guten Verfassung (Richard v. Weizsäcker).
- Das Volk und seine Vertreter - eine gestörte Beziehung?
- Macht der Verfassungsgerichtshof Politik?

Wachauer Journalistentage: eine Veranstaltung des Friedrich-Funder-Institutes mit Unterstützung der Politischen Akademie zum Thema „Politik und Massenmedien. Wer steuert wen?“

Reihe: Zukunft Gesundheit

Gesundheit und Lebensqualität bewegen uns alle. In dieser Schwerpunktreihe ging und geht es um Gesundheit, Leben und Lebensqualität ebenso wie um Krankheit und Tod. Es sind alles Themen, die einer offenen Diskussion bedürfen.

Auch die Anforderungen an eine zeitgemäße Gesundheitspolitik haben sich in den letzten Jahren markant geändert. Sei es nun in bezug auf die gestiegene Lebenserwartung oder die Einführung von neuen Präparaten oder Methoden.

Vieles im Gesundheitssystem ist dem Wandel der Zeit unterworfen - was sich aber nicht geändert hat und sich in nächster Zukunft wohl auch kaum ändern dürfte, ist der hohe Stellenwert der Gesundheit für jeden einzelnen Bürger und jede einzelne Bürgerin.

Die Nachfrage ist groß. Dies war uns Grund genug, um uns Gedanken über die vielfältigen Chancen zu machen, die sich daraus für unsere Gesellschaft ergeben. Ob nun im Bereich der Prävention, den Patientenrechten oder dem Gesundheitsmarkt der Zukunft - überall sind kreative und rasche Lösungen gesucht. Diesem Suchen von Lösungsansätzen wollen wir in unserer Reihe Raum bieten.

Doch nicht nur das. Uns geht es auch darum, jeden Bürger und jede Bürgerin zum „gesunden“ Handeln zu motivieren und sie in ihrer Selbstverantwortlichkeit zu fördern. „Gesundheit“ ist aber mehr, als einfach frei von „Krankheit“; Sie schließt unbedingt auch die Seele und den Geist, genauso wie den Lifestyle mit seinen Trends mit ein.

Diesen Aspekten soll das Frühjahr 1999 gehören.

Veranstaltungen (Reihe wird fortgesetzt):

- Schach dem Herztod. Erforderliche Reformmaßnahmen in der notfallmedizinischen Versorgung.
- Hat das österreichische Gesundheitssystem. Treiben unsere Spitäler in die Krise? (In der Reihe: Der Kantige Tisch)
- Krank im Kopf. Wut im Bauch. Gewalt in der Familie und andere Formen gestörten Sozialverhaltens.
- (Un-)gesund - na und? Nachdenken über liebgewonnene Lebensgewohnheiten.
- (In Kooperation mit dem Dr. Karl Kummer Institut)
- Ich bin anders. Leben mit einer Behinderung.
- Wachstumsmarkt Gesundheit. Chancen für die österreichische Wirtschaft.
- (In Kooperation mit der Wirtschaftskammer Österreich)
- Patient sein in Österreich. Hilf dir selbst, dann hilft Dir Gott?
- Mit anschließendem Kabarett: „Wienerwaldklinik“ (Regine Hofer)
(In Kooperation mit der Wiener Volkspartei)

Reihe: Zukunft Bildung

Bildung ist eine wichtige Investition in die Zukunft. In der Veranstaltungsreihe diskutierte Bundesministerin Elisabeth Gehrer mit in- und ausländischen Experten die dringend notwendigen Veränderungen in der Bildungspolitik für das nächste Jahrtausend. Die drei Veranstaltungen befaßten sich mit folgenden Themen: Neue Medien - alte Weiterbildung, Veränderte Lebenswelt - veränderte Schule, Qualifikationsbedarf und Schülerschwund. (Siehe auch unter Publikationen)

Reihe: Zukunft Forschung

In dieser Veranstaltungsreihe geht es zunächst um die Universitäten selbst. Nämlich um die Frage, wie man die Universitäten „fit für die Zukunft“ machen kann. Darüber hinaus geht es auch um Ansätze einer neuen Wissenskultur, die die Kontaktzonen zwischen Wissenschaft und Kunst, die Berührungszonen zwischen Geistes- und Naturwissenschaften sichtbar macht im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes, was auch dazu beitragen soll, die Ängste vor revolutionären Forschungsbereichen (Biotechnologie, Genforschung, etc.) abzubauen.

Veranstaltungen:

- Persönlichkeiten aus dem universitären Bereich, wie der Präsident der Akademie der Wissenschaften, der Vorsitzende der Österreichischen Rektorenkonferenz und Spitzenbeamte des Ministeriums für Wissenschaft und Verkehr diskutierten
- Wozu brauchen wir Universitäten: Die kuriale Universität - ein Auslaufmodell?; Die Fiktion vom Ideal: Lehre und Forschung als gemeinsame Aufgabe
- Chancen einer modernen Technologiepolitik

Modernes Parteimanagement/ Zentrum für politisches Management

Im „Zentrum für Politisches Management“ der Politischen Akademie der ÖVP werden Projekte der politischen Weiterbildung von MitarbeiterInnen der ÖVP (mit/ohne Mandat, hauptberuflich/ehrenamtlich) realisiert. Es ist sozusagen das Service- und Dienstleistungsunternehmen für Mandatare, Mitarbeiter/-innen, Funktionäre/-innen. Dazu

gehören auch alle Projekte, die sich mit neuen Trends (international) und modernen Formen der zielgruppenspezifischen Kommunikation von politischen Themen befassen.

Das Zentrum für politisches Management beschäftigt sich mit allen für diese Zielgruppen wichtigen Themen (z.B. Politische Bildung) und der persönlichen politischen Weiterbildung (z.B. Internet, Jugendarbeit usw.) der/des einzelnen. Den im „Zentrum für politisches Management“ angesiedelten Projekte ist gemeinsam, daß sie auf im internationalen Vergleich neuesten inhaltlichen Erkenntnissen und Trends über politische Arbeit bzw. politisches Management aufbauen (z.B. Politische Jugendarbeit, Professionsnormen), daß sie weiters im engen Kontext zu aktuellen politischen Entwicklungen stehen (z.B. Regionalisierung von Bundesthemen für die Nationalratswahlen), und zuletzt, daß sie von anderen Stellen nicht bzw. nicht den für uns wichtigen Zielgruppen bedarfsgerecht angeboten werden (können).

Bundesweite Angebote waren z.B. (eine Auswahl):

- Ausbildungswoche für neue Mitarbeiter/-innen der ÖVP (Inhalte: Who is who in der ÖVP, unser Selbstverständnis, Rolle/Aufgabe als Mitarbeiter/-in, aktuelle politische Schwerpunkte, kommunikative Grundlagen, Parteiprogramm und historische Wurzeln)
- Politische Grundsatzseminare
- Politische Argumentations- und Präsentationstrainings
- Politische Werbung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Wahlanalyse und Meinungsforschung
- Time Management
- Umgang mit neuen Medien
- Kommunalpolitische Seminare zu verschiedenen Themenfeldern
- Spezialangebote (z.B. Veranstaltungen im Rahmen des Bezirksgeschäftsführerdialogs)

Speziell für Mandatäre:

- Rhetorik-Einzeltrainings (auch für Medienauftritte)
- Themenklausuren für ÖVP-Landtagsklubs
- Persönliches politisches Marketing (Personal Design, Selbstpräsentation, Gedächtnis- und Konzentrationstraining usw.)
- Office Management
- Political English

Vereinsakademie

Das erste österreichische Kompetenzzentrum für Vereine

Als Zentrum für die in der und für die Gesellschaft engagierten Menschen wurde von der Politischen Akademie eine Vereinsakademie geschaffen. Mehr als 2,5 Millionen Österreicherinnen und Österreicher sind ehrenamtlich in rund 100.000 registrierten Vereinen tätig. Vereine repräsentieren einen bedeutenden Teil der österreichischen Gesellschaft.

Die Vereinsakademie ist ein Zentrum für alle, die in österreichischen Vereinen tätig, die Leistungsträger, Ideenträger und Verantwortungsträger sind. Die wichtigsten Aufgabenfelder der Vereinsakademie liegen in der Beratung und Ausbildung der Vereinsmitglieder. Sie hilft mit Serviceleistungen dort, wo Hilfe gewünscht ist. Die Vereinsakademie veranstaltet Seminare, Tagungen und Workshops und bietet umfangreiche Beratungsleistungen.

Veranstaltungen:

- Fachtagung: Neue Trends im Vereinswesen
- Fachtagung: Jugend in Vereinen
- Fachtagung: Haftung, Steuern, Rechnungswesen, Sponsoring, Versicherung, AKM: Eine Einführung für Vereinsfunktionäre und -mitarbeiter

Weiterbildungsangebote in Kooperation der Vereinsakademie mit dem Österreichischen Hilfswerk:

- Statuten, Behörden, Haftungsfragen: Der rechtliche Rahmen der Vereinsarbeit
- Sponsoring für Non-Profit-Organisationen: Wie erreiche ich potentielle Sponsoren?
- Selbstbewußtes Auftreten & Argumentieren
- Schreiben & Gestalten - Pressearbeit und Werbung leicht gemacht

Eine Serviceleistung der Vereinsakademie:

- Ludwig Kapfer/Hans Putzer (Hrsg.)
- Verein(t)
- Das Handbuch für die Vereinsarbeit
- Aus dem Inhalt:
 - Erfolgreiche Vereinsarbeit - Marketing - Kommunikationsarbeit - Die Hauptversammlung - Aktionen - Krisenmanagement - Vereinsrecht - Steuerrecht für Vereine.

Traineraus- und Weiterbildung der Politischen Akademie

Die Politische Akademie organisiert Jahr für Jahr eine große Anzahl von Veranstaltungen zu allen aktuellen politischen Themen. In diesen Veranstaltungen werden Grundlagenwissen, praktische politische Erfahrung und Fähigkeiten vermittelt, die Voraussetzung für erfolgreiche Politik in Gemeinden, im Betrieb, auf Landes- oder Bundesebene sind. Die Bundesländer wickeln in Summe eine noch wesentlich größere Zahl von Seminaren ab. Die Durchführung dieser Veranstaltungen (Seminarleitung, Trainings, Referate) kann nicht von den hauptberuflichen Angestellten allein bewältigt werden. Es ist deshalb notwendig, aber auch wünschenswert, externe Trainerinnen und Trainer einzusetzen, also auch auf die Hilfe von Kolleginnen und Kollegen zu vertrauen, die bereit sind, sich für politische Bildungsarbeit in ihrer Freizeit zu engagieren.

Ausbildung zum Moderator und Projektmanager

Die Ausbildung zum Moderator und Projektmanager ist eine Reaktion auf die verstärkte Nachfrage von politisch Verantwortlichen. Beratung, Begleitung, Unterstützung in der Zielerreichung - sei es in Wahlkämpfen, Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit, sei es im Durchsetzen politischer Ziele - das wird verlangt. Dem entsprechen die inhaltlichen Schwerpunkte dieser Ausbildung.

Der erste Ausbildungszyklus begann im Jänner 1997 an der Politischen Akademie. In vier Modulen wurden Methoden und Instrumente vermittelt, aber auch das richtige Kommunizieren und Verhalten in verschiedenen Situationen trainiert. Zur Feststellung des individuellen Ist-Zustandes wurde eine zweitägige Supervision/Videoanalyse empfohlen.

Im Juni 1997 haben 12 Personen die Ausbildung erfolgreich abgeschlossen und im Rahmen der Trainerkonferenz ein Diplom erhalten.

Aufgrund der starken Nachfrage und um den Interessenten aus den westlichen Bundesländern die weite Anreise nach Wien zu ersparen, hat es in Salzburg einen zweiten Ausbildungszyklus gegeben. Auch diese Ausbildung bestand aus 4 Modulen, an denen jeweils 12 Personen teilgenommen haben. Im November 1997 erhielten die Absolventen ihr Diplom.

Ausbildung zum Politischen Coach

Die Herausforderungen für unsere Politikerinnen und Politiker werden umfassender und schwieriger. Die vielfältigen Formen der Begegnung mit Menschen, die komplexe gesellschaftliche Entwicklung und die Geschwindigkeit, in der Entscheidungen zu treffen sind, verlangen eine gründliche Vorbereitung und Beratung der politisch Verantwortlichen.

Eine Stütze dazu kann der Coach sein. Wir sehen ihre/seine Aufgabe darin, durch ehrliches, konstruktives Feedback eine Basis zu schaffen, die es den Politikern/innen ermöglicht, aus vorhandenen Ressourcen das Optimum zu schöpfen und die Voraussetzungen für permanente Weiterentwicklung zu schaffen.

Die Ausbildung ist ein wichtiger Schritt, unsere Politikerinnen und Politiker zu stärken, ständig zu verbessern, damit wir mit voller Konzentration unsere Aufgabe in den Regierungen, Parlamenten und der Partei wahrnehmen können.

Die Ausbildung zum Politischen Coach bestand aus 7 Pflichtmodulen, jeweils 2tägig, und hat von Februar bis Juni 1997 stattgefunden. 15 Personen haben die Ausbildung erfolgreich absolviert. Die Schwerpunkte der Module waren:

- Selbstmanagement
- Persönlichkeit und Führungsverhalten
- Beratung und Begleitung von Einzelpersonen
- Strategien für mediengerechtes Auftreten
- Konflikt-Management
- Gruppenpsychologie - Teammanagement
- Beratung und Begleitung von Teams
- Typ- und Stilberatung
- Kreativitätstechniken
- Marketingstrategien für Politische Coaches
- Coaching im Wahlkampf

Weiterbildungsveranstaltungen für Politische Coaches:

- Supervision für Politische Coaches
- Atem-, Stimm- und Sprechtechnik

Großen Anklang fand die *Trainerinnen- und Trainerkonferenz* im Juni, an der insgesamt 72 Multiplikatoren teilgenommen haben. Ein Schwerpunkt war die Präsentation der „er-

sten" Politischen Coaches und Moderatoren und Projektmanager der Politischen Akademie.

Weitere Weiterbildungsangebote:

- Informationsabend über Sozialversicherungspflicht von Werkverträgen,
- Atem-, Stimm- und Sprechtechnik
- Kreative Methoden der Seminargestaltung - Spiele, politische Simulationen
- Planung einer Öffentlichkeitskampagne
- Seminar zum Thema Planung
- Supervision für Politische Coaches
- Methodentraining
- Kommunikations- und Verhaltenstraining I - III
- Gruppendynamische Prozesse
- Problemlösung, Entscheidungstechnik

„Umwelt - Friede - Entwicklung - Dimensionen 2000

Entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Reihe „Umwelt - Friede - Entwicklung - Dimensionen 2000“ wurde 1995 von Dr. Andreas Liebmann initiiert. Durch etwa sechs Veranstaltungen pro Jahr möchte die Reihe ein Forum für entwicklungspolitische Diskussionen an der Politischen Akademie bieten. Insbesondere soll Politikern, Funktionären und Mitarbeitern der ÖVP Gelegenheit geboten werden, sich mit den wesentlichsten aktuellen Fragestellungen dieses Themenbereichs vertraut zu machen. Dazu werden jeweils renommierte Fachexperten geladen. Unter anderem referierten die Professoren Joseph KiZerbo, Ulrich Menzel, Rainer Münz, Franz Nuscheler, Udo Simonis, Rüdiger Soltwedel und Rainer Tetzlaff. Politiker wie BM Dr. Martin Bartenstein, Vzklr a.D. Dipl. Ing. Josef Riegler, Frau Staatssekretärin Dr. Ferrero-Waldner, Abg. z. NR Werner Amon etc. zählten zu den Referenten der Reihe.

Langfristig soll durch die Reihe Verständnis und Engagement für die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in der ÖVP und ihrem Umfeld gefördert werden. Die Reihe wird daher zum Großteil aus Mitteln der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit finanziert. 1997 publizierten Dr. Andreas Liebmann und Abg. z. NR Werner Amon den Sammelband „Umwelt - Friede - Entwicklung - Dimensionen 2000“. Eine Auf-

satzsammlung mit Beiträgen der Referenten der Seminare, gleichzeitig eine programmatische Schrift, die auch die entwicklungspolitische Grundsatzposition der ÖVP enthält.

Höhepunkt der Reihe im Jahr 1998 war die Veranstaltung „Zwischen globaler Verantwortung und lokalen Interessen - Tag der Entwicklungspolitik“ am 5. Juni, bei dem Joseph KiZerbo, Historiker und Politiker aus Burkina Faso sowie Träger des Alternativen Nobelpreises, den Festvortrag hielt.

Seit Herbst 1997 leitet Mag. Christian Brüser die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Europa

Die Europapolitik bildet nun schon seit mehr als einem Jahrzehnt einen wesentlichen Schwerpunkt der Bildungstätigkeit der Politischen Akademie. Im Berichtszeitraum standen die jährliche Bilanz über die EU-Mitgliedschaft, die zukünftige Entwicklung des Integrationsprozesses - die Wirtschafts- und Währungsunion mit Konvergenzkriterien und die Einführung des Euro, die Regierungskonferenz mit der Weiterentwicklung der Institutionen und der zukünftigen Rolle des Europäischen Parlamentes, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, der Vertrag von Maastricht, die Erweiterung der Europäischen Union und die Agenda 2000 - im Mittelpunkt unserer Aktivitäten (Fachtagungen, Informationsgespräche und Publikationen). In Planspielen hatten Schüler und Studentenverteter die Möglichkeit, die Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union mitzuerleben. Die Reihe wird mit dem Thema „Die EU am Weg zur Erweiterung“ fortgesetzt.

Zwei Ereignissen galt unsere besondere Aufmerksamkeit: der ersten österreichischen Direktwahl zum Europäischen Parlament im Juni 1996 sowie der ersten österreichischen Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 1998. Im Vorfeld der Wahl haben wir unsere Informationstätigkeit intensiviert, zum einen durch Europagespräche, zum anderen durch ein entsprechendes Publikationsangebot (siehe unter Publikationen).

In Fachtagungen beschäftigten wir uns mit der Bedeutung der ersten Präsidentschaft für Österreich, den politischen Rahmenbedingungen und den thematischen Schwer-

punkten. Nunmehr haben wir begonnen, die österreichische Ratspräsidentschaft aufzuarbeiten und eine erste Bilanz zu ziehen.

Internationale Bildungsarbeit

Ein Schwerpunkt der internationalen Bildungsarbeit im Berichtszeitraum war die Unterstützung der mittel- und osteuropäischen Staaten in ihren Vorbereitungen auf den EU-Beitritt.

Die Politische Akademie veranstaltete dazu eine Reihe von Seminaren, Diskussionsrunden und Workshops mit dem Ziel, Verantwortliche für die „Europapolitik“ aus den demokratischen Parteien dieser Länder mit Politikern und Referenten aus der Europäischen Union zusammenzubringen. Themen waren der aktuelle Stand der europäischen Integration, die politische und wirtschaftliche Ausgangssituation der betroffenen Länder, Ablauf und Strategie im Verhandlungsprozeß sowie die notwendigen Kommunikationsprozesse (Profilierung nach innen gegenüber der Regierung, nach außen im Umgang mit der Bevölkerung).

Der zweite Schwerpunkt bestand in der Intensivierung der Auslandskontakte, vor allem mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Hanns-Seidel-Stiftung, mit dem Ziel des Austausches der Bildungs- und Ausbildungsprogrammen und dem Aufbau von Kooperationen, aber auch der gegenseitigen Entsendung von Referenten und Mitarbeitern. Ein Treffen der Europäischen Union Christlicher Demokraten bot die Gelegenheit eines Erfahrungsaustausches mit den anderen Stiftungen in Europa.

Die Besuchstätigkeit von von ausländischen Delegationen in der Politischen Akademie - neben Repräsentanten verschiedener Parteien auch Vertreter von Botschaften - widerspiegelt auch deren Interesse an der Tätigkeit der Politischen Akademie.

Kultur in der Politischen Akademie

Die Politische Akademie hat im Bereich Kultur gezeigt, daß am Umgang mit Künstlern und ihrem Schaffen die für eine menschenwürdige Gesellschaft so notwendigen Fähigkeiten wie Toleranz, Achtung und Respekt vor dem anderen und seinem Schaffen erlernt und geübt werden können.

Wir haben die Menschen eingeladen, sich mit uns im Ambiente des Kulturdenkmals „Springer-Schlößl“ zur Kultur verführen zu lassen und diese zu erleben. Die Palette war breit: von der Vernissage verschiedenster Kunstströmungen, über musikalisch begleitete Lesungen und Buchpräsentationen, einen Liederabend, Kabarettabende bis hin zu Modern Dance.

Publikationen

Österreichisches Jahrbuch für Politik

Die zahlreichen positiven Besprechungen und die Vielzahl von Zitierungen in der politikwissenschaftlichen und zeitgeschichtlichen Fachliteratur untermauern auch in diesem Berichtszeitraum die Stellung des Jahrbuches als unentbehrliche Informationsquelle für Praktiker und Wissenschaftler, die weiterführende Analysen in den verschiedensten Politikbereichen durchführen wollen. Die Reihe wurde mit den Jahrgangsbänden 1994 - 1997 fortgesetzt. Im Vorfeld der Bundespräsidentenwahl hat Manfred Welan den Sonderband 2 (Das österreichische Staatsoberhaupt) völlig überarbeitet und unter einem neuen Titel publiziert wurde: Das österreichische Staatsoberhaupt. Aufwertung oder Abwertung?

Neue Reihe „Aktuelle Fragen der Politik“

Herausgegeben von Günther Burkert-Dotolo und Bernhard Moser; Band 1 „Professionsnormen für Politiker“; Band 2 „Zukunft Bildung“

Europa

B. Moser, Europa konkret: Europäische Außen- und Sicherheitspolitik

D. Papparella/W. Marschitz, Europa konkret: EURO. Währung für eine sichere Zukunft

Staat - Gesellschaft

K. Staudinger/P. Danich, Wie funktioniert die Republik?

Entwicklungszusammenarbeit

W. Amon/A. Liebmann, Umwelt - Friede - Entwicklung. Dimensionen 2000

Argumentationsgrundlagen

W. Marschitz/A. Kratschmar/D. Jäger/D. Papparella, Fragen & Antworten zum Euro
W. Marschitz/A. Kratschmar/D. Jäger, Fragen & Antworten zur EU-Erweiterung
Fragen & Antworten zur EU-Erweiterung mit Burgenland Spezial

Der Wirtschaftsbetrieb der Politischen Akademie

Der Wirtschaftsbetrieb der Politischen Akademie GesmbH wird nunmehr seit 1990 als eine auf Gewinn ausgerichtete Gesellschaft mbH, und somit als eigener Rechtsträger geführt. Inhaltlich beschäftigt sich die Betriebsgesellschaft mit der Führung des Hotelrestaurant Springer Schloß bzw. bis März 1997 auch mit der Produktion und dem Handel von Büchern.

Besonders seit 1997 wirbt der Wirtschaftsbetrieb auch um Gäste von Außen. Ziel ist es, die zum Teil bereits vorhandene Infrastruktur so zu nutzen, um als Gruppenhotel, Seminarhotel oder als Hotel für Geschäftsreisende attraktiver zu werden. Die dadurch erschlossenen neuen Gästegruppen tragen bereits wesentlich zum Ergebnis des Unternehmens bei. Besonders durch die Schaffung einer eigenen Internetseite und die damit verbunden weltweite Direktbuchungsmöglichkeit konnten diese Gruppen gezielt angesprochen werden.
(www.hotels.or.at/wien/springer-schloessl)

Besonders zu erwähnen sind die Bestrebungen des Wirtschaftsbetriebes, sich als Cateringunternehmen zu etablieren: die Entwicklung zeigt, daß wir auf dem richtigen Weg sind - zahlreiche Veranstaltungen wurden bereits erfolgreich gastronomisch betreut.

Im ersten Quartal 1999 werden die noch vorhandenen 11 Standardzimmer zu Komfortzimmern umgebaut, um auch in Zukunft die Dreisternekategorie behalten zu können. Die beschriebenen Maßnahmen sollen letztendlich dazu führen, den Wirtschaftsbetrieb zu sanieren und als Profitcenter zu etablieren.

Vorstand

Dem Vorstand gehörten zum 31. Dezember 1998 folgende Mitglieder an:

Präsident Hon.-Prof. Dr. Heinrich Neisser; Vizepräsident GS Mag. Othmar Karas; Vizepräsident Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner; Vizepräsident Univ.-Prof. Dr. Fritz Plasser; Univ.-Prof. Dr. Gerhart Bruckmann; Direktor Univ.-Doz. Dr. Günther Burkert-Dottolo; Bundessekretär Gerald Grünberger; Klubobmann Abg.z.NR Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol; Direktor Mag. Franz Ledermüller; GS Dr. Reinhold Mitterlehner; GS Ing. Wilhelm Mohaupt; GS Gertraud Pörtl; GS Abg.z.NR Maria Rauch-Kallat; GS Mag. Walter Tancsits.

Teilnehmerstatistik

Gesamtübersicht: siehe Aufstellung unten.

Teilnehmerstatistik nach den Merkmalen „Geschlecht“, „Alter“, „Schulbildung“, „Bundesland“, „Teilorganisationen“

	1994	1995	1996
Datenbasis: N =	1.471	1.164	2.471

Die Analyse stützt sich auf Fragebögen, die im Rahmen von Seminaren der Politischen Akademie ausgefüllt wurden. Das Ergebnis ist trotz der offensichtlichen Lücken in der Erfassung (siehe 1994, 1995) eine durchaus aussagekräftige Vergleichsbasis. Die Struktur der befragten Seminarteilnehmer ist als repräsentativ für alle Seminarteilnehmer anzusehen. Wegen der zunehmenden Widerstände der Seminarteilnehmer, die Fragebögen auszufüllen, wurde die Ausgabe der Fragebögen 1997 eingestellt. Den Fragebogen haben wir durch eine anonyme, postalische Teilnehmerbefragung am Ende eines Jahres ersetzt. Die Ergebnisse der Umfrage 1998 geben uns bei unseren Bemühungen recht, mehr Veranstaltungen in den Bundesländern anzubieten. Hohe Zufriedenheit mit

Gesamtübersicht:

	1994	1995	1996	1997	1998
Anzahl der Seminare/Veranstaltungen (1)	611	481	541	492	386
Zahl der Teilnehmer (1), (2)	17.607	8.069	9.563	8.764	7.969

(1) Inklusive Veranstaltungen des Friedrich-Funder-Institutes und des Karl von Vogelsang-Institutes

(2) Inklusive der „Welle“ von Europa-Gesprächen im Vorfeld der Volksabstimmung

der Art der Einladungen und der Qualität unseres Angebotes signalisierten die Befragten. Bei der Nachbetreuung ist ein Nachholbedarf festzustellen. Wir werden uns bemühen, auch in diesem Bereich an unser sonstiges Qualitätsniveau anzuschließen.

Strukturvergleich 1994 - 1996 (Prozent): „Geschlecht“

	1994	1995	1996
Männlich	68	63	45
Weiblich	21	24	39
Keine Angaben	11	13	16

Strukturvergleich 1994 - 1996 (Prozent): „Alter“

	1994	1995	1996
14 bis 24 Jahre	8	13	19
25 bis 29 Jahre	10	16	12
30 bis 39 Jahre	26	27	24
40 bis 49 Jahre	31	25	28
50 bis 59 Jahre	16	14	13
60 Jahre und älter	5	4	3
Keine Angaben	4	1	1

Strukturvergleich (Prozent): „Schulbildung“

	1994	1995	1996
Volksschule	9	2	4
Haupt-, Berufsschule	37	24	25
Höhere Schule ohne Matura	15	15	17
Matura	26	34	35
Universität	9	25	18
Keine Angaben	3	0	1

Strukturvergleich (Prozent): „Teilorganisation“

	1994	1995	1996
ÖAAB	66	49	31
Bauernbund	16	9	18
Wirtschaftsbund	5	12	8
Frauenbewegung	7	7	23
Junge ÖVP	10	16	12
Seniorenbund	4	2	2
Keine Angaben	7	5	6

Strukturvergleich (Prozent): „Bundesland“

	1994	1995	1996
Burgenland	4	6	8
Kärnten	3	7	5
Niederösterreich	12	34	31
Oberösterreich	47	15	7
Salzburg	2	2	5
Steiermark	12	4	9
Tirol	2	2	3
Vorarlberg	1	3	4
Wien	12	12	25

Österreich Zukunftsreich

Eine wichtige Aufgabe der Politischen Akademie bestand in der Betreuung der Denkwerkstatt - von Vizekanzler Wolfgang Schüssel eingerichtet - „Österreich Zukunftsreich“. Hier der Abschlußbericht ihres Leiters, Univ.Prof. Dr. Stefan Karner, bei der Abschlußpräsentation am 10. Februar 1999 in Wien:

Die Trendlinien der Zukunft liegen heute vor uns und sie sind meist schockierend: Globalisierung, „Vermüllung“, soziale Verelendung, Waffenpotentiale, Konflikte um Lebensraum, Ressourcen und Religionen, die Vernetzung von Information, Menschen und Intimsphären. Europa, Österreich ist mittendrin. Kann sich nicht abschoten. Wie stellen wir uns darauf ein?

„Österreich Zukunftsreich“ hat zwei Jahre daran gearbeitet. 450 Praktiker, Forscher, Unternehmer, mehr als die Hälfte aus den Bundesländern, die Hälfte Frauen, 200 Besprechungen, 10.000 Arbeitsstunden, zehntausende Internet-Abfragen, rd. 120.000 gefahrene Kilometer, dreimal die Erde umrundet.

Das Ergebnis liegt heute vor. Die Umsetzung einzelner Denkpfeiler ist für die Zukunft Österreichs notwendig, hängt aber oft ab vom Mut zum Risiko, zur Verantwortung für das Land und seine Menschen. Viele Denkpfeiler sind radikale Ansätze, manche klingen utopisch.

Doch: Nur eine Gesellschaft, die nachdenkt, wird auch gewinnen.

Die „schnelle“ Gesellschaft des neuen Jahrhunderts

- Wollen wir sie?
- Wie stellen wir uns darauf ein?
- Was können wir ändern?

„Schnell“ wird sie sein, die österreichische Gesellschaft im neuen Jahrhundert. Eine Gesellschaft des Augenblicks, eine Häppchen- und Schnäppchen-Gesellschaft; mit Vorteilen, etwa im Bereich der Kommunikation, der Erreichbarkeit, der Wirtschaft und Arbeit. Aber auch mit großen Nachteilen, etwa im Verlust angestammter Werte, der zwischenmenschlichen Solidarität, der Familie, der Bildung oder im Gesundheitsbereich. Hier ist gegenzusteuern.

Kennzeichen werden sein: Der schnelle Genuß, oft auf Kosten der Präzision. Der oberflächliche Sager, der Gag, die schnellen Wechsel (vom Arbeitsplatz bis zum Partner), der schnelle Erfolg, auch auf Kosten anderer, das Fehlen von Geduld und Zeit, der Abbau konventioneller Sicherheiten, das Single-Leben. Die schnelle Auflösung von Bindungen. Die Verpackung zählt mehr als der Inhalt.

In der „schnellen“ Politik: Die Bindung an Parteien wird schneller, kurzlebiger, von eigenem Vorteil geprägt; orientiert an Personen, kaum noch an Programmen.

Die „schnelle“ Arbeitswelt bringt die schnellen Jobs. Die Lebensstellung und die Normalarbeitszeit haben ausgedient. Der Unterschied von Arbeitgeber und Arbeitnehmer verschwimmt.

Die „schnelle“ Bildung wird in erster Linie eine Ausbildung sein. Für eine breite, umfassendere Bildung, für Bildungsinhalte, die nicht in einem Zwei-Stunden-Kurs vermittelbar sind, wird die schnelle Zeit fehlen. Dennoch wird auch der umfassend Gebildete gebraucht.

Die „schnelle“ Familie: Rechenstift auch in der Partnerbeziehung. Neue Typen von Familien. Neue Positionen innerhalb der Familie: die ehemalige Tante, der ehemalige Gegenschwieger. Kinder können damit nur fertigwerden, wenn sie keine starken emotionalen Bindungen mehr eingehen.

Österreichs Zukunft im 21. Jahrhundert

- Im Zentrum Europas: „Österreich - Mittlerreich“
- Landesverteidigung in europäischen Strukturen: „Österreich Friedensreich“
- Kunst und Kreativität: „Österreich - Kulturreich“

Die Zukunft Österreichs bauen wir auf fünf Grundsäulen:

- Bildung - Wissen - Kreativität
- Europa
- Wirtschaft/Arbeit
- Solidarität
- Familie

Österreich im Zentrum des zusammenwachsenden Europa ist Chance und Aufgabe zugleich. Die Chance heißt: verstärktes Engagement in Ost- und Mitteleuropa mit Kultur, Wirtschaft und Wissensaustausch. Dabei werden sich höchste Umwegrentabilitäten ergeben. Als Kleinstaat brauchen wir dazu u.a.:

- Kultur, Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft im Paket
- Schwerpunktaktivitäten.
- Die Ausbildung junger osteuropäischer Fachleute bei uns

Österreich muß und kann ein Kernland der europäischen Integration, Wien die Hauptstadt eines vereinigten Europa werden.

Die Grundstruktur des europäischen Sicherheitssystems für das neue Jahrhundert ist entworfen. Bedrohungsszenarien aus dem „Kalten Krieg“ gibt es nicht mehr. Neue können und werden aber entstehen. Der notwendige gesellschaftliche Konsens zur Akzeptanz der Kosten einer äußeren Sicherheit ist zu erbringen. Das österreichische Bundesheer muß daher mit den europäischen Sicherheitsstrukturen kompatibel sein. Ein Prozeß, der - auch dem europäischen Diskussionsprozeß folgend - mit der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht in Österreich einhergeht und an dessen Ende eine österreichische Berufsarmee steht.

Die Förderung von Kreativität, Kunst, Forschung und Wissenschaft muß direkt an der Basis des Entstehens von Kunst und Wissenschaft, beim kreativen Menschen erfolgen: Unser Vorschlag: Eine deutliche steuerliche Entlastung (etwa Viertelsteuersatz) für alle Künstler, Wissenschaftler, Journalisten, Forscher.

Außerdem müssen die Eigenkapitalbildung für junge innovative Unternehmer erleichtert, Privatinvestoren für neue Produkte steuerbegünstigt, die Körperschaftssteuer für junge, forschungsintensive und expandierende Unternehmer deutlich gesenkt und der Forschungsfreibetrag deutlich angehoben werden.

- Moderne Wissensgesellschaft: „Österreich - Bildungsreich“
- Zukunftsarbeitsplätze: „Österreich - Unternehmerreich“
- Neue Solidargesellschaft: „Österreich - Teilungsreich“

Das neue, biotechnologische Jahrhundert wird charakterisiert sein durch kleine Teams hochqualifizierter Arbeitskräfte, Techniker, Gentechnologen, Ingenieure, Juristen, Geisteswissenschaftler und Computerleute. Forschung, Bildung, Ausbildung und ganz allgemein: Wissen, brauchen sofort und dauerhaft einen besonderen Stellenwert und breite Akzeptanz. Staat und Private sind gefordert. Nur so kann Österreich als Staat und Gesellschaft überleben. Konkurrenz im Angebot, höchste gesellschaftliche Anerkennung für Leistungen in Wissenschaft und Forschung.

Daran hängen die Arbeitsplätze der Zukunft. Dazu eine gezielte Begabten- und Elitenförderung besonders aus den sozial schwächeren Schichten.

Arbeitsplätze werden in der Zukunft vor allem kreative Unternehmer schaffen. Sie brauchen dazu die entsprechenden Bedingungen. Ein Teil der Zukunft der Arbeit wird aber auch in der Sozialarbeit liegen. Private Solidarnetze müßten eine Art „Mitteldecke“ zwischen Staat und Familie sein. Eine neue Solidarität muß den Sozialstaat entlasten. Der „Bürgergesellschaft“ wird dabei eine besondere Rolle zukommen. Die Solidargesellschaft muß für die „kleinen Leute“ da sein. Wir brauchen eine neue „Kultur des Teilens“. Der Mensch ist mehr als „ein Kostenfaktor auf zwei Beinen“!

Die soziale Absicherung, besonders auch im Alter, braucht die plurale Vorsorge, diese wiederum die Vielfalt der Angebote. Neben den drei-Säulen: Staat, Betrieb und Privatvorsorge, vor allem freiwillige Gesellschaften und Vereine sowie private Netzwerke. Hier sind wir noch unterentwickelt.

- Frauen - Beruf - Familie: „Österreich - Familienreich“
- Gesundheit - Freizeit: „Österreich - Erholungsreich“
- Kommunikation - Neue Medien: „Österreich - Informationsreich“
- Landwirtschaft: „Österreich - Wasserreich“

Gesellschaftliche Anerkennung von Kindererziehung und Haushaltsmanagement durch eine sozial- und pensionsrechtliche Absicherung im Bedarfsfall, unabhängig von Erwerbsarbeit. Mit einem „Betreuungsscheck“ für Eltern kleiner Kinder könnte Kinderbetreuung entweder extern eingekauft oder selbst erbracht werden.

Die „schnelle“ Gesellschaft wird zunehmend eine Freizeitgesellschaft. Der Kranke gerät leicht an den Rand dieser Gesellschaft. Große Gesundheitseinrichtungen führen zusätzlich zur Vereinsamung. Dem ist gegenzuwirken. Daher:

So viel dezentral wie möglich - so viel zentral wie notwendig! Das heißt etwa:

Kleine Pflegeheime in den Dörfern und Gemeinden. Der Mensch soll nicht zum Spezialisten, sondern der Spezialist zum Menschen kommen. Rehabilitation nahe am Wohnsitz, Altenbetreuung zuhause.

Die Informationswelle beginnt uns zu überrollen. Die Vormacht der Information, die jederzeitige Verfügbarkeit von Daten, die Kontrolle privater Sphären, der „gläserne Mensch“ werden in kurzer Zeit Realität. Die „schnelle“ Gesellschaft erwartet dies auch. Ein Gesetz zur Garantie der Sicherheit und Authentizität elektronischer Kommunikation ist erforderlich. Dazu eine Clearingstelle für alle Initiativen und Projekte zur Informationsgesellschaft.

Österreich wurde in diesem Jahrhundert ein beliebtes Tourismusland. Es profitierte von seiner intakten Natur, Kultur und seinen Menschen. Dies gilt es im neuen Jahrhundert verstärkt zu positionieren. Wasser symbolisiert nicht nur Sauberkeit der Natur, mit Trinkwasser verfügt Österreich über ein gewaltiges Zukunftspotential. Etwa eine Milliarde Menschen könnte mit österreichischem Trinkwasser versorgt werden. Daher: Gewässerschutz für die Alpen, bessere Kennzeichnung der Trinkwasserzonen, Wasser-trennung im privaten Haushalt, im Dienstleistungsbereich und in der Industrie. Für die Landwirtschaft könnte die behutsame Vermarktung von Österreichs Alpen-Trinkwasser eine wichtige zusätzliche Einkommensquelle werden.

- Föderalismus stärken: „Österreich - Länderreich“
- Vertrauen in die Politik: „Österreich - Veränderungsreich“
- Haus der Zeitgeschichte: „Österreich - Geschichtsreich“

Der österreichische Föderalismus ist auch in Zukunft zu stärken. Er braucht jedoch eine zeitgemäße, den Rahmenbedingungen angepaßte Form. Damit hat er eine Überlebenschance und eine neue, verstärkte Position gegenüber dem Gesamtstaat und auch gegenüber der EU.

Daneben: Das europäische Recht muß unser „eigenes“ Recht werden, auch im Unterbewußten.

Die österreichische Angst vor dem Sprung in die Zukunft ist legendär.

Die Politik muß Vertrauen zu Veränderungen schaffen. Nur sie schaffen Zukunft. Der Kleinmut und der billige Populismus dürfen keine Chance auf Mehrheiten erhalten.

Am Ende dieses Jahrhunderts soll die Geschichte Österreichs, besonders der 2. Republik, mit den weiter zurückreichenden wichtigen Wurzeln ihrer Entwicklung in einem zentralen „Haus“ in Wien dargestellt werden. Ein Zentrum zwischen Forschung und Publikum, als Ort der öffentlichen Diskussion, als Initiative zur Quellensicherung sowie als Drehscheibe eines „virtuellen Zeitgeschichte-Netzwerks“.

Österreich ist zukunftsreich

Einige unserer Denkpfeiler. Durchgängig sind jedoch bei jedem einzelnen:

die Anerkennung und Honorierung von Leistung und Solidarität, von kleinen funktionierenden Einheiten, von flachen Hierarchien und gemeinsamen Werten:

- Heimat,
- Familie,
- Sicherheit,
- Kultur und Bildung,
- Arbeit und Kreativität

Österreich hat dabei eine große Chance – Österreich ist zukunftsreich.

Das Stakkato der Themen und Ideen wurde zu Papier gebracht. Die Denkpfeiler haben einen soliden Unterbau, erarbeitet von 450 engagierten und jungen Köpfen. Gehen wir gemeinsam schon morgen an die Arbeit.

Friedrich-Funder-Institut

für Publizistik, Medienforschung und Journalistenausbildung

Demokratie ist in der Gesellschaft nur möglich, wenn die Vielfalt der Meinungen, der Pluralismus in der Gesellschaft zum Ausdruck kommen kann. Der demokratische Verfassungsauftrag der Medien lautet, durch Information und Kommentar öffentliche Meinung zu bilden, aus der sich politische Willensbildung ergeben kann. Dazu braucht der/die in den Medien tätige Journalist/-in nicht nur eine handwerkliche Ausbildung, sondern auch politisches Wertbewußtsein und die Bereitschaft, einen persönlichen Betrag zur Meinungsvielfalt zu leisten.

„In voller Achtung vor der redlichen Überzeugung Andersgesinnter der eigenen Gesinnung Ausdruck zu verleihen“, war das weiterwirkende Beispiel, das der durch leidvolle Erfahrung geläuterte Friedrich Funder dem Journalismus der Zweiten Republik gab.

Journalistenausbildung ist heute als Problemfeld erkannt: Journalistische Begabung und gute Allgemeinbildung vorausgesetzt, bedarf es der Aneignung von Fachwissen, der Anwendung neuer Technologien und nicht zuletzt eben der Fähigkeit, an dem für eine funktionierende Demokratie unentbehrlichen Meinungsbildungsprozeß mitzuwirken. Neben den Redaktionen und den Bildungsveranstaltungen der Medien, der Sozialpartner und der Hochschulen stellt eine zielgruppenorientierte Ausbildung, wie sie das Friedrich-Funder-Institut anbietet, eine wichtige Aufgabe dar.

Das Friedrich-Funder-Institut ist seit 1981 erfolgreich in den Bereichen (Jung)journalistenausbildung, Publizistik- und Medienforschung tätig. Im Detail wird angeboten:

„Gehschulen des Journalismus“

Redakteure/-innen von Schüler- und Jugendzeitungen, Lokalmitarbeiter/-innen von Tages- und Wochenzeitungen und örtliche Pressereferenten/-innen für Gemeinde- und Betriebszeitungen lernen in unseren Grundkursen und Aufbauseminaren die „Essentials“ für den Gang auf dem journalistischen Parkett kennen. Die besten

dieser „Grundseminare“ erhalten in der Folge Gelegenheit, sich in zwei aufbauenden Seminaren und einem Volontariat bei einer Tageszeitung dem Beruf „Journalist/-in“ zu nähern. Tatsächlich haben etliche unserer Absolventen/-innen auf diesem Weg zum Journalismus gefunden.

Ausbildungsstipendien für Jungjournalisten

An Absolventen/-innen unserer „Gehschulen des Journalismus“, aber auch an fachlich versierte Quereinsteiger/-innen, vergeben wir Stipendien für Volontariate in Print- und elektronischen Medien. Ziel ist es angehenden Journalisten/-innen eine praxisnahe Ausbildung zu ermöglichen. Angesichts der Zusammensetzung der Redaktionen der Printmedien wie auch der elektronischen Medien Österreichs ist die gezielte Nachwuchsförderung ein Anliegen von höchster politischer Priorität und Brisanz.

Testtage für ORF-Praktika

Gemeinsam mit der Abteilung für Berufsausbildung und Fortbildung des Österreichischen Rundfunk bieten wir Nachwuchsjournalisten/-innen die Möglichkeit, an einem Auswahlverfahren für Praktika im Rahmen des ORF-Personalentwicklungskonzeptes teilzunehmen. An den „Testtagen“ werden die Arbeiten der Kandidaten/-innen objektiv von den Leitern der großen Hauptabteilungen in einem anonymen Auswahlverfahren beurteilt. Dem Friedrich-Funder-Institut ist es gelungen, Testtage für Teilnehmer/-innen aus dem Nachwuchsbereich des ORF zu institutionalisieren.

Praxisseminar Rundfunkjournalismus

(in Zusammenarbeit mit dem ORF)

In einem intensiven Training werden die Grundlagen der journalistischen Arbeit im Medium Radio vermittelt. Voraussetzung: Jeder Interessent muß für das Seminar einen von ihm selbst gestalteten Beitrag zu einem selbst gewählten Thema vorbereiten.

Traumberuf Journalist?

Das Seminar besteht aus Erfahrungsberichten von und Diskussionen mit journalistischen Profis aus den wichtigsten Medien bzw. Ressorts. Zielgruppe: Absolventen des „Gehschulen des Journalismus (Grund- und Aufbauseminar), Jungredakteure/-innen; junge Menschen, die bereits in Medien mitarbeiten, und hauptberuflich Journalist/-in werden möchten.

Informationsveranstaltungen für Journalisten

Hier geht es um exklusive Wissensvermittlung in wissenschaftlichen Fortbildungs-tagungen für journalistische Profis. Einen Schwerpunkt stellen Studienreisen in andere Länder dar, um im zusammenwachsen-den Europa grundlegendes Wissen „über Land und Leute“ zu vermitteln, um damit fundierte Berichterstattung und Analyse zu ermöglichen, sowie beim Aufbau von Informationsnetworks mitzuhelfen.

Planspiel Journalismus

Bei diesem Planspiel geht es um die Simulation realer Redaktionsarbeit, also um die praktische Anwendung der in der Theorie erlernten Fähigkeiten (Interview, Recherche, Schreiben von Meldungen, Berichten, Reportagen...). Dazu gehören auch die Prüfung der eigenen Belastbarkeit (Arbeit unter simuliertem Druck), der Kommunikationsfreudigkeit und der Teamfähigkeit.

Wachauer Journalistentage

Das Treffen bietet als Dialogveranstaltung jungen Journalisten und Journalistinnen aus Österreich und seinen Nachbarstaaten (Schwerpunkt: Mittel-Ost-Europa) die Möglichkeit, einander kennenzulernen und mit prominenten Vertretern aus der Medien-szene über Zukunftsthemen (Selbstverständnis, Arbeitsbedingungen, technologische Standards, Finanzierung.....) zu diskutieren, und Grundlagen für eine Zusammenarbeit zu schaffen.

Journalistendelegationen aus dem Ausland

In Kooperation mit der Politischen Akademie lädt das Friedrich-Funder-Institut alljährlich eine Delegation deutscher Journalisten zu einer Studienreise nach Wien

ein. Diese Reise enthält außer Informationen über das politische System Österreichs auf Bundesebene jeweils auch einen Bundesländerschwerpunkt und die Möglichkeit eines Kurzaufenthaltes in einem unserer Nachbarländer.

Aktuelle Clubs

bieten Journalisten einen Rahmen zur Aussprache mit Politikern und Fachleuten. Dies ist gerade für Jungjournalisten wichtig, da es für sie oft schwierig ist, an Hintergrundinformationen heranzukommen bzw. Informationsnetworks aufzubauen. Zu den Veranstaltungen werden die innenpolitischen Redaktionen der wichtigen Medien des Landes gesondert eingeladen.

Publizistik und Medienforschung

Die Rolle der Massenmedien für die Politik bzw. die Wirkung der Medienberichterstattung und die Einführung neuer Medien, die Zukunft des ORF, das neue Rundfunkrecht, die Erhebung der Bildungsbedürfnisse von journalistisch Tätigen sind Felder für Forschungsprojekte des Instituts.

Herausgabe von Arbeitsbehelfen und Publikationen

Dazu zählen vor allem Arbeitsbücher zum Medienrecht sowie zur Gestaltung von Schüler- und Jugendzeitungen sowie von Gemeindezeitungen.

Publikationsverzeichnis

Aktuelle Publikationen

- „ORF Monitoring. Bericht über eine qualitative und quantitative Analyse des ORF-Programmes“, 1996, ÖS 90,-
- „IV. Wachauer Journalistentage 1997 - Medien und Wirtschaft. Information als Ware?“, Tagungsbericht, ÖS 100,-.
- „Eine Idee wird Papier. Schülerzeitung selbstgemacht“, 1996, 152 Seiten, ÖS 98,-
- „99 Sprachtips für Journalisten“ Harry Königstedt, 1997, 112 Seiten, ÖS 129,-
- „V. Wachauer Journalistentage 1998 - Massenmedien und Politik. Wer steuert wen?“, Tagungsbericht, ÖS 100,-.

Publikationen - Planung

- „Medienrecht für die Praxis (mit den Sonderbestimmungen für Schüler- und Jugendzeitungen)“
- „EU-Almanach für Journalisten“

Restexemplare gibt es von folgenden Publikationen

- „Informationsverhalten zum Thema Budget 1982 (Repräsentativstudie)“
ÖS 100,-
- „Sprache und Politik. Neue Entwicklungslinien der politischen Terminologie in der Bundesrepublik Deutschland“ ÖS 20,-
- „Einfluß der Massenmedien auf die politische Kultur in den USA“ ÖS 20,-
- „Über die Herausforderung der liberalen Demokratie durch die Medien“ ÖS 20,-
- „Die tagesaktuelle Printmedienberichterstattung zum Themenkomplex EG/EWR im ersten Halbjahr 1992“, ÖS 50,-
- „Medienrecht für die Praxis (mit den Sonderbestimmungen für Schüler- und Jugendzeitungen)“ ÖS 25,-
- „III. Wachauer Journalistentage 1996 - Wer bestimmt die Medienzukunft? Eigendynamik versus Gestaltbarkeit“, Tagungsbericht, ÖS 90,-

Teilnehmer-Gesamtübersicht:

	Seminare Veranstaltungen	Teilnehmer
1991	24	369
1992	17	252
1993	22	338
1994	25	490
1995	30	532
1996	40	634
1997	51	1.077
1998	28	701

Friedrich-Funder-Institut für Publizistik, Medienforschung und Journalistenausbildung

Tivoligasse 73, 1120 Wien

Tel.: (01) 814 20 - 39 DW, Fax: - 17 DW
Tel/Fax: (01) 813 42 92
E-Mail: danich@modernpolitics.or.at

Präsidium:

Präsident: CR Prof. Gerald Freihofner
Vizepräsidenten: GS Mag. Othmar Karas,
CR Michael Kress

Ehrenpräsident:

Prof. Dr. Hugo Obergottsberger

Weitere Mitglieder: CR i.R. Peter Klar,
Mag. Dr. Günther Ofner

Finanzreferent:

Dir. Univ.Do. Dr. Günther Burkert-Dottolo
Geschäftsführer: Mag. Peter Danich

Vorstand:

Mitglieder:

Univ.Prof. Dr. Thomas A. Bauer
Dr. Ulrike Baumgartner-Gabitzer
Dr. Wolfgang Biedermann
Dr. Rudolf Bretschneider
CR Karl Brinek
Gerold Christian
Mag. Michaela Ecklbauer
Mag. Dr. Theodor Faulhaber
CR Dkfm. Milan Fröhbauer
Dr. Alfred Grinschgl
CR Mag. Marie Theres Hemberger
Dir. Gottfried Kneifel
Dipl.Ing. Günther Konecny
Sektionschef Dr. Peter Mahringer
Alexandra Makovickova
Mgr. Zofia Miklovicova
Dr. Bernhard Moser
Sektionschef i.R. Dr. Herbert Neumayer
Mag. Theresa Philippi
Ruth Pröckl
Mag. Christian Pultar
Dr. Werner Putz
CR Claus Reitan
Mag. Gerlinde Rogatsch
Wolfgang M. Rosam
Dr. Walter Schwarz
CR Gerhard Vogl
Intendant GS Gerhard Weis
Mag. Dr. Helmut Wohnout
Dr. Paul Schulmeister (karenziert)

Rechnungsprüfer:

Volksanwältin Ingrid Korosec
Dr. Christine Motschka

Karl von Vogelsang-Institut

zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie

Das Wissen um historische Zusammenhänge bildet eine wesentliche Voraussetzung zur Bewältigung der politischen Herausforderungen der Gegenwart. Politische Handlungsabläufe können nur in einem historischen Kontext richtig verstanden und interpretiert werden. Politisches Gestaltungspotential bedarf des Wissens um die Ursprünge und Wurzeln der eigenen Identität. Gerade die europäischen Entwicklungen seit 1989 haben drastisch vor Augen geführt, wie sehr die Staaten in der Mitte Europas historischen Bedingtheiten verhaftet sind und von der Vergangenheit eingeholt werden können.

Den wechselseitigen Kontakt zwischen Politik und Zeitgeschichte herzustellen beziehungsweise zu vertiefen, ist Hauptaufgabe des Karl von Vogelsang - Instituts. Diesem Zweck dienen Veranstaltungen (Seminare, Symposien, Kamingespräche) genauso wie Forschungsprojekte, der Ausbau der am Institut befindlichen Bibliothek und des Archivs und die wissenschaftliche Vierteljahresschrift „Christliche Demokratie“ sowie die weiteren Publikationen des Instituts.

Personell war der Berichtszeitraum von mehreren Veränderungen gekennzeichnet. Im Mai 1996 wechselte Gerald Grünberger als Bundessekretär in die Junge ÖVP. Ihm folgte Erwin Ulreich. Im Dezember 1996 folgte in der Bibliothek Barbara Lipp Mag. Britta Fajfar.

Folgende größeren Veranstaltungen wurden vom Karl von Vogelsang-Institut im Laufe der Jahre 1996/1997/1998 durchgeführt:

- Wiege Europa III. Medien & Demokratie
- „Österreich nach 1945 - Zeitzeugengespräche“
- Unter dem Titel „Österreich nach 1945 - Zeitzeugengespräche“ veranstaltet des Karl von Vogelsang-Institut einen Zyklus von Gesprächen, die mit prominenten Zeitzeugen der Nachkriegszeit Dr. Helmut Wohnout und Univ.-Ass. Dr. Michael Gehler (Universität Innsbruck) führen. Diese Veranstaltungsreihe wird von uns dokumentiert und im Rahmen des Jahrbuchs „Demokratie und Geschichte“ veröffentlicht.

licht. Folgende Persönlichkeiten, die maßgeblich an der Gründung der Österreichischen Volkspartei und der Zweiten Republik beteiligt waren, wurden im Berichtszeitraum eingeladen:

Botschafter i.R. Dr. Ludwig Steiner, Johannes v. Eidlitz, Univ. Prof. Dr. Herbert Braunsteiner, Präsident Dr. Hans Igler, Prof. Karl Pisa, Prof. Dkfm. Rudolf Strasser, Bundesminister a.D. Prof. Dr. Lujo Tonic-Sorinj, BM a.D. Franz Soronics

- Buchpräsentation Univ. Prof. Dr. Ernst Bruckmüller „Nation Österreich“
- Seminar „Die historische Dimension der politischen Integration Europas“
- Denkmalenthüllung in Eisenstadt anlässlich „40 Jahre Ungarn-Aufstand“
- „Europa als Wertegemeinschaft“ - Internationale Tagung zur Rolle Österreichs in Bezug auf die Weiterentwicklung der Europäischen Union und der Staaten Mittel- und Osteuropas
- Plakatausstellung „Plakatkunst 1945-1955“ in den Räumlichkeiten des österreichischen Staatsarchivs
- Buchpräsentation „Sofort vernichten. Die vertraulichen Briefe Kurt und Vera von Schuschnigg.“ (Hrsg. von Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder) anlässlich des 100. Geburtstages von Kurt Schuschnigg
- Festveranstaltung mit Prof. Dr. Heinrich Oberreuter anlässlich des 75. Geburtstages von Staatssekretär a.D. Dr. Ludwig Steiner
- Festveranstaltung anlässlich des 85. Geburtstages von BPO a.D. Hermann Withalm
- Politischer Katholizismus - Fluch oder Segen?
- „Bürgertum und 'civil society'“ - Podiumsdiskussion
- „1848: Spuren eines Schicksalsjahres“ - Die Sammlung Hans Kudlich
- Gedenkfeier anlässlich der Benennung des Karl Lugmayer-Platzes
- Symposium „Christdemokraten in Europa im 20. Jahrhundert“

Karl von Vogelsang-Staatspreis und Förderungspreis

Der mit ÖS 100.000,- dotierte Karl von Vogelsang-Staatspreis wurde im Berichtszeitraum an Univ.-Prof. Dr. Ernst Hanisch

(1996) und an Univ.-Prof. Dr. Moritz Csáky (1998), der mit ÖS 25.000,- dotierte Förderungspreis an Univ.-Ass. Dr. Michaela Kronthaler (1996) und an Mag. Dr. Klaus Hödl (1998) verliehen.

„Demokratie und Geschichte“ - Jahrbuch des Karl von Vogelsang-Instituts

Politische Handlungsabläufe können vielfach aus einem historischen Kontext heraus besser verstanden und interpretiert werden, wobei dieses Wissen um historische Zusammenhänge zu einer wesentlichen Voraussetzung für die Bewältigung der politischen Herausforderung der Gegenwart wird.

Diesem Grundgedanken hat sich das seit 1997 herausgegebene Jahrbuch des Karl von Vogelsang-Instituts „Demokratie und Geschichte“ verpflichtet. Sein Schwerpunkt liegt analog der wissenschaftlichen Ausrichtung des Instituts auf historischen und zeithistorischen Beiträgen. Ein wichtiges Anliegen ist dabei das Gewährleisten von Interdisziplinarität: im Sinne des wissenschaftlichen Kontakts mit anderen Gesellschaftswissenschaften, aber auch im Sinne des Dialogs zwischen Zeitgeschichtsforschung und Politik.

Darüber hinaus betreibt das Karl von Vogelsang-Institut eine Anzahl von Forschungsprojekten, die im Berichtszeitraum abgeschlossen wurden bzw. sich in Bearbeitung befinden:

- „Europäische Christdemokraten: Parteienkooperation und Europäische Integration“
- „Kommentierte Quellenedition zur Krise und dem Ende der Großen Koalition“
- „Quellenedition zur österreichischen Parteiengeschichte der Zweiten Republik“

Aufarbeitung des Archivs und der Bibliothek

In einem groß angelegten wissenschaftlichen Forschungsprojekt erfaßt und katalogisiert das Karl von Vogelsang-Institut zentrale Archivbestände zur Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich. Dazu gehören u. a. die Aufarbeitung des dem Karl von

Vogelsang-Institut 1993 übergebenen Archivs der ÖVP-Bundespartei genauso wie der Erwerb und die Sicherstellung zahlreicher Nachlässe prominenter Politiker der Zweiten Republik. Ergänzend dazu erfolgt eine computerunterstützte Neukatalogisierung der über 16.000 Bände umfassenden Bibliothek, um sie benutzerfreundlicher zu gestalten.

Zu den laufenden Geschäften des Karl von Vogelsang-Instituts gehört auch die Bearbeitung zahlreicher wissenschaftlicher Anfragen im Zusammenhang mit der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich und der österreichischen Parteienlandschaft, die an das Institut gerichtet werden.

Vorstand

Generalsekretär Mag. Othmar Karas
(Vorstandsvorsitzender)
Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder
(1. Stv. Vorstandsvorsitzender)
Univ.-Doz. Dir. Dr. Günther Burkert-Dottolo
(2. Stv. Vorstandsvorsitzender)
Dr. Helmut Wohnout (Geschäftsführer)
Erwin Ulreich (Stv. Geschäftsführer)

Univ.-Prof. Dr. Ernst Bruckmüller
Präsident Friedrich Dinkhauser
Johannes v. Eidlitz
Generalsekretär Dkfm. Lorenz Fritz
Vizebürgermeister DDr. Bernhard Görg
Bundessekretär Gerald Grünberger
Univ.-Prof. Dr. Horst Haselsteiner
Präsident Prof. Herbert Krejci
Mag. Franz Ledermüller
Univ.-Prof. Dr. Maximilian Liebmann
Präsident Ing. Leopold Maderthaner
Mag. Walter Marschitz
Generaldirektor Hofrat Dr. Lorenz Mikoletzky
Präsident Hon.Prof. Dr. Heinrich Neisser
Vizepräsident Fritz Neugebauer
Klubobmann Hannes Prochaska
Univ.-Prof. Dr. Helmut Rumpler
Univ.-Prof. Dr. Roman Sandgruber
Landeshauptmann Dr. Franz
Schausberger
BPO VK BM Dr. Wolfgang Schüssel
Generaldirektor Wilfried Seipel
Botschafter i.R. Dr. Ludwig Steiner
Univ.-Prof. Dr. Erika Weinzierl

Kommunalpolitische Vereinigung (KPV)

Vorstand

Periode 1994 - Mai 1997

Präsident:

Dipl.Vw. Siegfried Gasser
(Bürgermeister der Landeshauptstadt Bregenz, Präs. des Vorarlberger Landtages)

Vizepräsidenten:

Mag. Franz Romeder
(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Präsident des Niederösterreichischen Landtages)

DDr. Bernhard Görg
(Vizebürgermeister der Stadt Wien und Stadtrat, Landesparteibmann der Wiener ÖVP)

DDr. Herwig van Staa
(Bürgermeister der Landeshauptstadt Innsbruck, Vorsitzender der Städteplattform)

Hermann Kröll
(Bürgermeister der Stadt Schladming, Mitglied des Nationalrates)

Weitere Mitglieder des Vorstandes:

Maria Rauch Kallat
(Generalsekretärin, Mitglied des Nationalrates)

Mag. Othmar Karas, MBA
(Generalsekretär)

Ing. Alois Schwarz
(Bürgermeister von Eisenstadt)

Univ. Doz. Dr. Günther Burkert
(Direktor der Politischen Akademie)

Geschäftsführer:

Mag. Reinhard Peter
(Stellvertretender Direktor Pol. Akademie)

Mag. Franz Romeder

(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Präsident des Niederösterreichischen Landtages)

DDr. Bernhard Görg

(Vizebürgermeister der Stadt Wien und Stadtrat, Landesparteibmann der Wiener ÖVP)

Hermann Kröll

(Bürgermeister der Stadt Schladming

Mitglied des Nationalrates)

Dipl.Vw. Hubert Rauch

(Bürgermeister von Steinach)

Weitere Mitglieder des Vorstandes:

Maria Rauch Kallat

(Generalsekretärin, Mitglied des Nationalrates)

Mag. Othmar Karas, MBA

(Generalsekretär)

Ing. Alois Schwarz

(Bürgermeister von Eisenstadt)

Univ. Doz. Dr. Günther Burkert

(Direktor der Politischen Akademie)

Geschäftsführer:

Mag. Reinhard Peter

(Stellvertretender Direktor Pol. Akademie)

Kontakt:

Mag. Reinhard Peter (Geschäftsführung),

Silvia Jandrasits,

Gabriele Blaschke (Assistenz)

Tivoligasse 73, 1120 Wien;

Tel.: 01/81420-55; Fax: 01/81420-28;

e-mail: kpv@modernpolitics.or.at;

www.modernpolitics.or.at

Periode seit Mai 1997

Präsident:

DDr. Herwig van Staa
(Bürgermeister der Landeshauptstadt Innsbruck, Präsident der Kammer der Gemeinden im Europarat, Präsident der Europäischen Kommunalpolitischen Vereinigung)

Vizepräsidenten:

Dipl.Vw. Siegfried Gasser
(Bürgermeister von Bregenz, Präsident des Vorarlberger Landtages)

Aus dem Leitbild der Kommunalpolitischen Vereinigung:

Die KPV versteht sich als das Forum der Kommunalpolitik/Kommunalpolitiker innerhalb der Österreichischen Volkspartei. Sie versucht kommunalpolitische Strategien und Handlungsfelder in den Städten und Gemeinden zu formulieren, aufzubeheben, weiterzugeben oder gemeinsam mit Partnern zu verwirklichen. Ziele sind unter anderem:

- Herstellung und Abstimmung der politischen Willensbildung der ÖVP-Kommunalpolitik insbesondere durch Koordination der Interessen zwischen den ÖVP-Frakturen des Gemeinde- und Städtebundes;
- Thematisierung neuer Trends der Kommunalpolitik in Österreich, im EU-Ausland und den EU-Beitrittsländern durch Bildungsmaßnahmen;
- Themenschwerpunkt „Neue Medien“ für die Kommunalpolitik durch Gründungen der Arbeitsgemeinschaft „Kommunal-TV“;

Weitere aktuelle Themenfelder sind:

- Neue Medien in Stadtpartei und Kommunalverwaltung
- Bürgerbeteiligungsmodelle in Theorie und Praxis
- Bürgernahe Verwaltung
- Sozial- und Kulturpolitik in den Gemeinden
- Bürgergesellschaft und ihre Umsetzung

Die KPV arbeitet insbesondere auf dem Wege der Weiterbildung und stimmt ihre Aktivitäten eng mit der Politischen Akademie ab. Insbesondere im Veranstaltungswesen besteht eine Kooperation.

Veranstaltungsformen:

- Fachtagungen
- Workshops
- Informationstage
- Auslandsstudienreisen

Veranstaltungen und Aktivitäten

1996

Sitzungen und Klausuren effizient leiten, 15. bis 17. März 1996, Wien
 Finanzpolitik in der Gemeinde, 29. bis 31. März 1996, Wien
 Besteuerung politischer Mandatare, 13. Juni 1996, Wien; 20. Juni 1996, Linz; 6. Juni 1996, Innsbruck
 Schlanke, bürgernahe und effiziente Verwaltung für kleinere und mittlere Gemeinden, 11. Juni 1996, Kufstein; 24. Oktober 1996, Wien
 Politik & Eventmarketing, 27. Juni 1996, Wien; 25. Oktober 1996, Pörschach

EU-Förderungen für Gemeinden und Regionen, 17. September 1996, Iglis; 30. Mai 1996, Wien
 Zeitungsmachen von A-Z, 18. bis 19. Oktober 1996, Wien
 Kundenfreundliche Verwaltung, 7. November 1996, Wien
 Kulturmanagement für Gemeinden, 14. November 1996, Wien
 Wachsen durch kraftvolle Opposition, 6. bis 7. Dezember 1996, Wien

1997

Neue Trends in der Kommunalpolitik
 22. Jänner 1997

„Die kommunalen Zukunftsaufgaben als Herausforderung der Gemeinden“
 Univ. Prof. Dr. Klaus Zapotoczky, Professor an der J.Kepler-Universität Linz
 „Kommunalpolitik in den Augen der bayerischen Bevölkerung“
 Dorothea Elschner, Referentin für Meinungsforschung der Hanns-Seidel-Stiftung, München
 „Die Kultur des Wandels“
 Matthias Horx, TRENDbüro Hamburg, Autor, Publizist, Trendforscher,
 Modelle - Projekte - Initiativen ausgewählter Gemeinden
 „Kranken- und Bürgerhilfe“ Bernau/Chiemsee; Deutschland
 Bgm. Lenz Steindlmüller
 „Unser Leben gestalten wir selbst“, Langenrohr; Niederösterreich
 GR Anneliese Federmann
 Projekt „Offenes Rathaus“ Waidhofen a.d. Ybbs, Niederösterreich
 Bgm. Mag. Wolfgang Sobotka
 „Neue Impulse durch Regionalentwicklung“ Auerbach, Steiermark
 Bgm. Ing. Josef Ober
 „Modelle der Bürgerpartizipation“ Laas/Vinschgau, Südtirol
 Bgm. Dr. Wolfgang Platter
 „Der Kampf zwischen Zentralstaat u. Kommune“ Bonyhad, Ungarn
 Bgm. Istvan Oroszki
 „Bürgerbeiräte ersetzen Gemeindeausschuß“ Krumbach, Vorarlberg
 Bgm. Arnold Hirschbühl

Zurück zu den Menschen: Deregulierung und Eigenverantwortung - Vom überforderten Staat zum selbständigeren Gemeindebürger

„Arbeit statt Sozialhilfe- das Augsburger Modell“

Margarete Rohrschild-Schmid, Vizebürgermeisterin in Augsburg (BRD)
Wien: Schöpfwerk Bassena: „Eigenverantwortlich älter werden in Großwohnanlagen“

Christoph Stoik & Renate Grossauer
Wien Sozialsponsoring für Gemeinden
Mag.DDr. Elmar Kickinger,
„Sozialleistungen in privater Hand?“

Mag. Werner Bachstein, Wirtschaftsuniversität Wien

„Gemeinschaftsdienst und community service für alle!“

Maurice Pedergrana-Fehr, Unternehmensberater und Buchautor, Winterthur,
„Der Generationenvertrag ist so nicht mehr einzulösen“

Dr. Gottfried Feurstein, stellvertretender Klubobmann des ÖVP-Parlamentsklub und Sozialsprecher

„Das Projekt Wohnen für Helfen“
Mag. Rosemarie Kurz, Leiterin des GEFAS Graz

„Neue Projekte der Arbeitsbeschaffung“
Andreas Thienel, Caritas Wien

„Ein privater Kindergarten auf Erfolgskurs“
Dr. Christoph Hackspiel, Höchst;

Tauschbörse

Mag. Margit Bläuel, Verein Waldviertler Wechselseitige Wunscherfüllung

*Bürgermeisterfernsehen - Ihr Auftritt, bitte!
(Pilotprojekt mit Politischer Akademie)*

Rathaus Waidhofen an der Ybbs
Bürgermeisterfernsehen Chancen, Risiken, Kosten

Mag. Herbert Vytiska
Ein Gemeinde-Video-Clip - Democlip aus Waidhofen; Produktion

Monitoring der TV-Aufzeichnung „Gemeinderat“, Beobachten der TV- Aufzeichnung der Gemeinderatssitzung

Monitoring der Vorbereitungen des Bürgermeisters, der Technik und der Teilnehmer des „Bürgerstammtisches“

Beginn der Livesendung

Bürgermeistersprechstunde“,

1. Einspielung der Fragestunde

2. Gemeinde-Videoclip

3. Der Bürgermeister im Stammtischgespräch (auch Anrufe)

Die Referenten:

Mag. Wolfgang Sobotka; Bürgermeister der Statutargemeinde Waidhofen an der Ybbs;
Landesbildungsreferent der Landesparteiorganisation Niederösterreich; Initiator zahlreicher ausgezeichneten Kommunalprojekte wie z.B.: „Offenes Rathaus“;

Mag. Herbert Vytiska; langjähriger Pressesprecher von Dr. Alois Mock sowie der Bundespartei; jetzt selbständiger Berater für Öffentlichkeitsarbeit, Marketing, politisches Lobbying; Geschäftsführer der Arge „Play Media“, Wien; Berater und Vorstandsmitglied diverser Medienkonsortien;
Peter Pecinka; Inhaber der Filmagentur „Video-Cut-Sound“, Wien; Produzent zahlreicher kommunaler Video-Clips; PR- und Medienberater;

*Europa in die Kommunen bringen
Partnerschaften mit Städten und Gemeinden in der EU, 15. April 1997, Graz*

Die Organisation von Partnerschaften Fallbeispiele

Mag. Martin Wex

Die Städtepartnerschaften der Gemeinde Bad Aussee

Günther Köberl, Bürgermeister Bad Aussee
Eine deutsche Gemeinde auf der Suche nach einem Partner

Hermann Deppisch, 2. Bürgermeister der Gemeinde Theilheim (BRD)

Verwaltungsmanagement in den EU-Staaten

Studienreise nach Brüssel

25. bis 28. Mai 1997

Ausschuß der Regionen - Vorstellung und Besichtigung

Christian Gsodam, Einheit „Studien“
Österreichische Gemeindebund in Brüssel - Präsentation

Dr. Angelika Poth-Mögele, Leiterin
Büro des Landes Steiermark - Vorstellung und Besichtigung

Mag. Erich Korzinek, Leiter
Österreichische Interessen im Europäischen Parlament

Ursula Stenzel, Mitglied des Europäischen Parlaments; Leiterin der ÖVP-Delegation
Kommunalpolitische Fragen aus drei Blickwinkeln

Univ.Prof.. Dr. Reinhard Rack, Mitglied des Europäischen Parlaments (Österreich)

Jürgen Schröder, Mitglied des Europäischen Parlaments (Deutschland)

Mathieu Grosch, Mitglied des Europäischen Parlaments (Belgien)

Das Europäische Parlament - Vorstellung und Besichtigung

Die Wirtschafts- und Währungsunion

Mag. Susanne Schrott, Außenhandelsstelle der Wirtschaftskammer

Die Regionalpolitik der EU - Erfahrungen und Weiterentwicklung
 Dr. Johannes Sollgruber, DG 16
 EU-Büro des Österreichischen Raiffeisenverbandes
 Dr. Corrado Pirzio-Biroli, Kabinettschef
 Botschafter Dr. Manfred Scheich, Leiter der ständigen Vertretung Österreichs

Ebbe in der Kassa

Möglichkeiten von Fundraising & Sponsoring für Ortsgruppen und Gemeinden
 3. März 1997, Wien/10. März 1997, Graz/
 13. März 1997, Linz/ 21. März 1997, Lustenau

Sponsoring & Fundraising: Kommunikative Grundlagen und Verhaltensregeln
 Dkfm. Franz M. Bogner, Geschäftsführer des Kuratorium für Verkehrssicherheit
 Sponsoring & Fundraising heute
 Impulsstatements aus der Expertenpraxis
 Mag. DDr. Elmar Kicking, Kommunikationsberater
 Günther O. Lebis, Werbefachmann

Kulturmanagement für Gemeinden
 28. Februar 1997 Innsbruck

- Beispielhafte Initiativen
- Kultur und Kunst sind zwei Paar Schuhe..
- Kooperationsmodelle für Gemeinden
- Kulturarbeit unter Einbeziehung der Bürger
- Organisation und Management von Kultur
- Fördern lokaler Talente und Initiativen

Kommerzielle Aspekte der Kulturarbeit

- Förderungen
- Sponsoring
- Product Placement
- Kulturmarketing
- Public Relations

Mag. Martin Schwarz
 Generalsekretär des Management Club Wien; Gründer u. Sprecher der Initiative „Wirtschaft und Kunst“; Verantwortlicher des österr. Kultur-preises „Maecenas“; Leiter des Lehrganges „Tourismus und Kulturmanagement“ an der FH Krems; Veranstalter von „Cirque du Soleil“ - Österreich.

Werner Wolf

Geb. 1946; Jus-Studium, 16 Jahre Redakteur einer Tageszeitung; Kulturrezensent. Seit 1986 Lehrbeauftragter für Medienpädagogik an den Universitäten Graz, Salzburg, Klagenfurt; Psychotherapeut; seit

1990 Leiter des Museums der Wahrnehmung in Graz; Sprecher der Interessensvertretung der Freien Kulturinitiative IG Kultur Stmk. u. Obmann der IG Kultur Österreich.

Helmut Kopp

Bürgermeister in Telfs

Kulturaktivitäten im ländlichen Raum: Volksschauspiele, Konzertreihe Interregional, Kreis für Kultur und Bildung.

1998

Fachtagung „Bürgerbeteiligung“: Modelle der Bürgerbeteiligung am Prüfstand - Kommunalpolitik mit und für den Bürger
 24. März 1998

„Die Demokratie braucht endlich den Bürger: Das Wuppertaler Planungsmodell“
 Prof. Dr. Peter C. Dienel, Forschungsstelle Bürgerbeteiligung Wuppertal, Bundesrepublik Deutschland

Erfahrungen der Bürgerbeteiligung in Innsbruck

DDr. Herwig van Staa, Bürgermeister der Landeshauptstadt Innsbruck

„Bürgerpartizipation und Bürgerinitiativen in Österreich - Versuch einer Bestandsaufnahme“

HR Dr. Günther Kienast, Amt der NÖ Landesregierung

„Plebiszitäre Elemente in den deutschen Kommunalverfassungen. Beispiele, die von sich reden machten“

Prof. Dr. Harald Fliegau, Leitender Oberlandesanwalt a.D., Karlsruhe, BRD

Mittagsempfang durch Bundespräsident Dr. Thomas Klestil

Panel 1:

Bürgerbeteiligung in Ungarn

Istvan Oroszki, Bürgermeister der Gemeinde Bonyhad (Ungarn)

„100 Aktivisten in unseren ISO-Kernzellen; Bürger erstellen Leitbild und Programme“

Franz Ressler, Bürgermeister der Gemeinde Purgstall (NÖ)

Panel 2:

„Die Appenzeller Landsgemeinde - Die Urform der Versammlungsdemokratie vor der Auflösung?“

Dr. Ivo Bischofsberger, Präsident des Kantonsgerichtes Appenzell Innerrhoden,

„Demokratie und Bürgerservice per Internet: Gleisdorf - ein virtuelles (Versuchs-)Dorf“

Wolfgang Wagner, Gemeinderat und Projektleiter der Gemeinde Gleisdorf

Brüssel-Studienreise: Anforderungen an Kommunalpolitik im neuen Europa
25. bis 29. März 1998

Gespräche mit Spitzenvertretern in Kommission, Rat und Parlament
Besuch des Ausschusses der Regionen
Kommunalpolitischer Erfahrungsaustausch mit Partnern aus anderen EU-Staaten
Die Wirtschafts- und Währungsunion im Zusammenhang mit der Kommunalverwaltung
Die neue Regionalpolitik der EU aus Sicht der Kommission

Kommunalpolitische Studienreise:
Ungarn, Kroatien, Slowenien und Italien
2. Juni bis 6. Juni 1998

Dienstag, 2. Juni 1998
Pannonhalma - Budapest
Empfang durch Bürgermeister Dr. Gabor Demszky, Zusammentreffen mit Dr. Nagy, Bürgermeister von Szekesfehervar (Stuhlweißenburg)

Mittwoch, 3. Juni 1998
Fahrt entlang des Balatons über Kestely, Lenti, Lendava nach Murska Sobota (Slowenien); Werksbesichtigung des führenden Erzeugers von Citybussen für den ÖPNV; Kommunale Projekte der Stadt (Bürgermeister); Weiterfahrt durch die Steirische Toskana über Jeruzalem nach Radenci; Stadtverwaltung (Bürgermeister) und Führung durch die Kurstadt

Donnerstag, 4. Juni 1998
Fahrt von Radenci nach Marburg; kurze Stadtrundfahrt und Empfang durch Bürgermeister; Weiterfahrt nach Laibach; Empfang durch Vizebürgermeister; Stadtverwaltung und Stadtführung; Besuch in der Österreichischen Botschaft bzw. der Handelsvertretung; Abendessen mit dem ehemaligen Außenminister Lojze Peterle

Freitag, 5. Juni 1998
Laibach-Postojna-Abbazia (Opatja) in Kroatien. Besuch der Fakultät für Hotelmanagement (Zentrum für Auslandsstudien); entlang der Istrischen Küste nach Pula; Hafenführung; Stadtverwaltung; Weiterfahrt nach Portoroz und Piran; Empfang beim Bürgermeister

Samstag, 6. Juni 1998
Von Piran nach Triest; Hafen, Empfang Bürgermeister; Schloß Miramare.

„Offene Bürgerkanäle - Bürger machen Fernsehen für Bürger“
Fachtagung der ARGE „KOMMUNAL-TV“
15. Oktober 1998

Offene Kanäle in einer offenen Gesellschaft, wo jeder Beiträge produzieren und senden darf - und zwar zum Nulltarif - kommen in Deutschland, Schweden und in den Niederlanden immer mehr in Mode. In Österreich ist dies noch weitgehend unbekannt. Präsentationen: Adenauer Bürgerkanal e.V. (Deutschland); Bürger-TV-Laa/Thaya; Beispielspiele aus Schweden und NL; Besuch eines Wiener Bürgerkanals

Kommunalpolitische Dissertantenbanquette mit Prof. Dr. Oscar W. Gabriel, Institut für Politikwissenschaften der Universität Stuttgart, BRD
20. Oktober 1998

Der deutsche Politikwissenschaftler Univ. Prof. Dr. Oscar W. Gabriel, Direktor des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Stuttgart, hält noch vor dem Hauptgang einen Einführungsvortrag zum Thema „Stand der Kommunalwissenschaften in Deutschland“ und steht auch für Gespräche über das Dessert hinaus zur Verfügung. Diplomanden, Dissertanten, Studenten an österreichischen Hochschulen mit Bezug zu kommunalen Projekten kommen an diesem Abend im Rahmen eines Banquettes mit Prof. Gabriel zusammen.

Political visit to Poland
(Kommunal- und wirtschaftspolitische Studienreise)
21. bis 30. Oktober 1998

Mittwoch, 21. Oktober 1998
Zakopane: Besuch der Holzfachschule
Empfang im Rathaus durch Bürgermeister Adam Bachleda-Curus

Donnerstag, 22. Oktober 1998
Besuch des Salzberg-Werkes Wieliczka
Stadtführung in Krakau
Empfang im Rathaus gegeben von Bürgermeister József Lassota
Im Rahmen des Abendessens findet ein Gespräch mit Bürgermeister Dr. Stanislaw Wabnick aus Ostrzeszowie statt.
Ort: Restauracja „U Szkota“, ul. Mikołajska 4, PL - 31-021 Krakow

Freitag, 23. Oktober 1998
Empfang bei der Verlagsgruppe ZNAK

Henryk Wozniakowski, Vorstandsvorsitzender des Verlages
Empfang bei Kardinal Franciszek Macharski
Führung durch Auschwitz und Birkenau
Weiterfahrt nach Tschenstochau

Samstag, 24. Oktober 1998
Führung Basilika in Czestochowa mit Pater Andreas

Besuch des kirchlichen Privatradios Jasna Gora Weiterfahrt nach Warschau
Parlamentsführung durch Bgm. Waldemar Wiazowski, Zusammentreffen mit Prof. Wladyslaw Bartoszewski, Führung durch Warschauer Altstadt und Ghetto
Empfang in der Österreichischen Botschaft mit Botschafter Dr. Wolfgang Steininger und Handelsdelegiertem Dr. Kurt Müllauer

Sonntag, 25. Oktober 1998
Besuch der Heiligen Messe in der Universitätskirche St. Anna
Stadtführung
Besuch von Schloß Wilanow
Besuch des Jüdischen Musicals „Und es geschah ein Wunder“

Montag, 26. Oktober 1998
Frühstück mit Dr. Piotr Nowina-Konopka, Büro des Komitees für Europäische Integration, Empfang im Warschauer Rathaus gegeben von Bürgermeister Marcin Swiecicki
Besuch der Raiffeisen Centrobank
Die polnische Sicherheitspolitik und Aspekte des NATO-Beitrittes
Aleksandra Konieczka, Polnisches Verteidigungsministerium,
Die Bestrebungen Polens in die Europäische Integration
Direktor Rafal Hynawy, Ministerialrat Michal Kolodzieczyk
Komitee für Europäische Integration, Abteilung für internationale Beziehungen
Empfang in der Konrad-Adenauer-Stiftung Warschau
Im Rahmen des Abendessens im Restaurant Gessler (Warschauer Altstadt) findet die „Bürgermeisterbörse“ statt, Gäste: Bgm. Krzysztof Markowski aus Milanowek, Bgm. Grzegorz Benedykcinski aus Grodzisk Mazowiecki

Dienstag, 27. Oktober 1998
Besuch des Klosters in Lad
Stadtführung Gnesen
Weiterfahrt nach Posen
Empfang im Rathaus von Posen durch Bürgermeister Wojciech Sz Kaczmarek

Erfahrungsaustausch mit Polnischen Bürgermeistern:
Bgm. Roman Handschuh aus Szamotuly
Bgm. Jacek Szymczak aus Swarzedz
Bgm. Jerzy Bartkowiak aus Koscian
Bgm. Henryk Sarnowski aus Sycow
Bmg. Jerzy Wozniakowski aus Gostyn
Bgm. Waldemar Kandulski aus Grodzisk Wielkopolski

Mittwoch, 28. Oktober 1998
„Die Situation der polnischen Landwirtschaft“
Dr. Ing. Zofia Szalczyk, Direktor des Beratungszentrum in Sielenko
Empfang im Rathaus von Breslau durch Bürgermeister Bogdan Zdrojewski
Zusammentreffen mit den Bürgermeistern der Umgebung von Breslau:
Bgm. Mag. Ing. Aleksander M. Skorupa aus Brzeg Dolny
Bgm. Mag. Roman Asygnier aus Strzegom
Bgm. Ryszard Nowak aus Ziebice
Bgm. Waldemar Wiazowski von Olawa
Bgm. Andrzej Sobczak aus Ozimek
Frau Bgm. Malgorzata Kwiatkowska aus Klodzko
Bgm. Jerzy Zielinski aus Luban
Bgm. Boguslaw Wegiel aus Jawor

Donnerstag, 29. Oktober 1998
Stadtführung Breslau
Besichtigung des Volvo-Bus-Lkw-Werkes in Breslau
Die Situation der Kirche in Polen
Erzbischof Dr. Alfons Nossol, Oppeln
Empfang im Rathaus von Oppeln durch Bürgermeister Leszek Pogan

Freitag, 30. Oktober
Empfang in Ratibor durch Bürgermeister Andrzej Markowiak

1999

Internationaler Kommunalkongreß: Tschechische, polnische und österreichische Städte tauschen innovative Modelle in der Verwaltung aus, 15. und 16. März 1999, Wien

Schüleraustausch zwischen Polen und anderen Ländern: Das Beispiel mit Deutschland:
Mag. Roman ADASKO, Direktor der Grundschule Brzeg Dolny (Niederschlesien)

Verwaltung und „Bürgerservice“ in Polen vor und nach der Wende: Beispiel Brzeg Dolny

Mag. Ing. Aleksander Marek Skorupa, LAbg.
und Bürgermeister
Dr. Andrzej Polozowski, Vorsitzender der
Gemeinderates, Ing. Zdzislaw Jakuboski,
Schul-, Kultur-, Sportamtsleiter

Rumburk - aufstrebende Stadt in der Euregio
Neisse (Niederlausitz)
Ökologische Erneuerung und privatisiertes
Gesundheitswesen
Jan Sembdner, Bürgermeister der Stadt
Rumburk (Tschechien)

Velky Senov - Perle der Böhmisches Schweiz
Ein Industriestädtchen schaut nach Deutsch-
land und Österreich
Ing. Sarka Kopackova, Bürgermeisterin von
Velky Senov (Tschechien)

Niederwaldkirchen - Österreichs kunden-
freundlichste Gemeinde
Wie man Dienstleistungen perfektioniert
(Siegergemeinde des EUCUSA-Kommunal
Award 1998)
Franz Haugeneder, Bürgermeister der Ge-
meinde Niederwaldkirchen (ÖÖ)

CIVES- der Bürger als Mittelpunkt
5 Salzburger Gemeinden gemeinsam auf
Innovationskurs, (Preisträger des „Internation-
alen Speyerer-Preis“)
Johann Spatzenegger, Bürgermeister der
Marktgemeinde Seekirchen (Salzburg)

HELP - Bürger werden Partner der Verwal-
tung, Behördenwege übers Internet
Präsentation des @amtshelfers online
Peter Seemann, Leiter der Oneline-Dienste
im Bundesrechenzentrum

Serviceleistungen für Gemeinden
Internet-Zugang, Rechtsinformationssystem
des Bundes, Firmenbuch, Grundbuch, Di-
gitale Katastralmappe, Kreditschutzverband,
uv.m.
Dr. Brigitte Eichler, Bundesrechenzentrum

Eine Stadt plant ihre Zukunft: Bürgerbe-
teiligung bei der Stadtplanung
Vizebürgermeister DDr. Bernhard Görg
Amtsführender Stadtrat für Planung und
Zukunft der Stadt Wien

*Political visit to Czech Republik
(Kommunal- und wirtschaftspolitische Stu-
dienreise), 14. bis 21. April 1999*

Wien - Trebon - Hluboka - Budweis - Krumau
- Oberplan - Husinec - Prachatice - Vimperk -
Strakovice - Pisek - Orlik - Pibrans - Karlstein
- Marienbad - Pilsen - Karlsbad - Dux - Chlumec
- Krasny Dvur - Kadan - Teplice - Aussig - Melnik
- Jungbunzlau - Leitmeritz - Reichenberg -
Gablonz - Schloss Sychrov - Jicin - Kuks-
Pardubitz - Königgrätz - Kacina - Chusice -
Kolin - Kuttenberg - Prag - Kaliste - Teltsch -
Jaromerice - Brünn - Austerlitz - Kremsier -
Zlin - Mikulcice - Valtice - Lednice - Mikulov -
Wien.

Publikationen und Medien

- Ludwig Kapfer/Martin Atzwanger: Der
Weg zum Wähler
- Jutta Skokan: Kulturmanagement für Ge-
meinden
- Frederik Lehner/Reinhard Peter: Stadt-
marketing & Citymanagement
- Karin Oppitz/Reinhard Peter: Kommun-
ales Parteil marketing
- Launsky: Finanzpolitik in der Gemeinde
- Atzwanger: Sozialpolitik in der Gemeinde
- Abele/Stelzer/Stöllnberger: Politik &
Eventmarketing;
- Huber: Besteuerung von Politikern
- Wolfgang Schüssel/Herwig van Staa:
Orientierungspunkte einer modernen
Stadtpolitik

Videokassette:
Bürgermeisterfernsehen. Ihr Auftritt, bittel!

Chronik

Chronik

der Politischen Arbeit der ÖVP von April 1995 bis März 1999

April 1995

17. Die Wahlvorschlagskommission der ÖVP nominiert Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel für das Amt des Bundesparteib Mannes.
21. Die ÖVP feiert im Wiener Schottenstift den 50. Jahrestag ihres Bestehens.
22. Der 30. Bundesparteitag der ÖVP findet in der Hofburg statt. Wolfgang Schüssel wird mit 95,5% der Delegiertenstimmen zum 12. Bundesparteib Mann der ÖVP gewählt, seine Stellvertreter sind Abg. Rudolf Schwarzböck (96,6%), LH Waltraud Klasnic (96,1%) und LR Elisabeth Zanon (93,3%). Maria Rauch-Kallat und Othmar Karas werden vom Bundesparteivorstand als Generalsekretäre bestellt. Wolfgang Schüssel fordert in seinem Grundsatzreferat von jedem einzelnen in der Partei Disziplin und Engagement. Mit überwältigender Mehrheit wird das neue Grundsatzprogramm beschlossen, welches das Salzburger Programm von 1972 ablöst.
28. Verkehrssprecher Helmut Kukacka überzeugt die SPÖ von der Notwendigkeit der Neugliederung des Nahverkehrsfinanzierungsgesetzes zur Realisierung wichtiger Verkehrsprojekte und der Neugliederung der Verkehrskompetenzen.
29. Wolfgang Schüssel betont bei der Eröffnung der Grazer Frühjahresmesse International '95 die Wichtigkeit der Reform der öffentlichen Verwaltung, um dadurch ein positives Standortklima zu schaffen.
30. Im Zuge der neuen Bestellung des neuen Bundesparteib Mannes Schüssel wird die Regierung umgebildet. Erhard Busek scheidet als Vizekanzler und Unterrichtsminister aus der Bundesregierung aus. Alois Mock verläßt die Regierung, und Wolfgang Schüssel übernimmt das Amt des Außen-

ministers und Vizekanzlers. Johannes Ditz übersiedelt aus dem Staatssekretariat im Finanzministerium ins Wirtschaftsministerium, Elisabeth Gehrler wird neue Unterrichtsministerin, Martin Bartenstein wird neuer Umweltminister und Benita Ferrero-Waldner wird Staatssekretärin im Außenministerium.

Mai 1995

8. In Rust/Niederösterreich finden Gedenkfeiern zum 30. Todestag von Leopold Figl statt und gleichzeitig wird der 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges gefeiert.
9. Der ÖVP-Parlamentsclub nominiert einstimmig die frühere Generalsekretärin Ingrid Korosec für die Volksanwaltschaft. Sie folgt Herbert Kohlmaier nach.
9. Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat fordert Bundeskanzler Vranitzky bei seiner Reise nach Prag auf, die österreichischen Bedenken bezüglich der Sicherheit der tschechischen Kernkraftwerke zu äußern.
9. In Linz wird mit EP-Abg. Milan Linzer der Europatag gefeiert. Er betont die Rolle der EU als eine Gemeinschaft der Solidarität, die Nationalismen zurückdrängt und für Menschenrechte steht.
10. Klubobmann Abg. Andreas Kohl fordert im Zuge der Affäre um die Zeitschrift "Tatblatt" die Grünen auf, sich von der linken Gewaltszene zu distanzieren.
10. Verkehrssprecher Helmut Kukacka urgiert eine genaue Prüfung, ob die Liquidierung der DDSG nicht mehr kostet als der Verkauf als intaktes Unternehmen. Der Eigentümervertreter, Finanzminister Staribacher, soll prüfen und nachweisen, daß bei der Liquidierung nicht die Steuerzahler zum Handkuß kommen.

10. Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat kritisiert Bundeskanzler Franz Vranitzky als Verantwortlichen dafür, daß die Privatisierung der DDSG, die zwischen 1972 und 1993 zehn Milliarden Schilling verloren hat, zu lange hinausgezögert worden ist.
11. ÖAAB-Bundesobmann Abg. Josef Höchtl erteilt den Plänen von Finanzminister Staribacher zur Besteuerung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes eine klare Absage.
11. Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat sieht in Finanzminister Staribacher einen "Belastungsminister", der anstatt an strukturelle Sparmaßnahmen zu denken, neue Abgaben erfindet.
12. Die Generalsekretäre der ÖVP erklären, daß sie für ein neues Bild der ÖVP in der Öffentlichkeit, für Einigkeit in der Partei, und verstärkt für Frauen in der Politik sorgen werden.
12. Aus Anlaß des 40-Jahr-Bestandsjubiläums des Bundesheeres stellt Verteidigungsminister Werner Fasslabend in der Wiener Stiftskaserne eine dreiteilige Videoedition über Sicherheit und Frieden vor. Der Minister betont dabei die Wichtigkeit den Krieg zu überwinden und den Menschen Frieden zu bringen.
12. Der niederösterreichische Abg. Josef Schrefel beklagt das dramatische Absinken der Preise für Rinder und Schweine. Dies bedeutet einen großen Nachteil für die österreichischen Bauern.
14. Anlässlich der ÖVP-Enquete "40 Jahre Staatsvertrag" spricht sich Vizekanzler Schüssel für den Aufbau einer europäischen Solidargemeinschaft aus.
14. Als Reaktion auf das Verlangen von FPÖ-Obmann Jörg Haiders nach einer Kulturrevolution orte Klubobmann Abg. Andreas Khol die F-Bewegung außerhalb des Verfassungsbogens.
15. Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat fordert Bundeskanzler Franz Vranitzky auf, die Bestrebungen von Finanzminister Staribacher nach einer Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts zu unterbinden.
15. Generalsekretär Othmar Karas sieht aufgrund der Gewinne der CDU auf Landesebene, und zusätzlich bestärkt durch den Sieg des konservativen Staatspräsidenten Chirac, in Frankreich einen Aufwärtstrend der europäischen Konservativen.
15. Verkehrssprecher Helmut Kukacka erteilt den Plänen von Verkehrsminister Klima und der ÖBB eine Absage, die Finanzierung der Nebenbahnen auf die Länder abzuwälzen, zudem dafür keine rechtliche Grundlage existiert.
16. Auf einer Reise durch die USA präsentiert der zweite Nationalratspräsident Heinrich Neisser Österreich als EU-Mitglied.
17. Familienministerin Sonja Moser präsentiert die Bilanz des Familienservice mit mehr als 250.000 persönlichen Gesprächen und über eine Million versandten Broschüren. Sie möchte ihr Ministerium zu einer Dienstleistungsstelle für die Bevölkerung machen.
17. Umweltminister Martin Bartenstein engagiert sich für das Pilotprojekt Sommerbenzin, um die Spitzenwerte der Ozonbelastung zu verringern.
19. Klubobmann Abg. Andreas Khol präsentiert in einer Pressekonferenz seine Vorstellungen zur Änderung der Geschäftsordnung des Nationalrates, um die parlamentarischen Abläufe rationaler zu gestalten.
19. Sicherheitssprecher Abg. Paul Kiss kritisiert die SPÖ-Pläne zum Abbau von Exekutivpersonal.
19. Abg. Werner Amon, Obmann der Jungen Österreichischen Volkspartei, kündigt in Linz eine bundesweite Aktion gegen Radikalismus an. Die JVP fordert einen Weisenrat auf parlamentarischer Ebene und die Einführung des Pflichtfaches "Politische Bildung" in den Schulen.
20. Wirtschaftsminister Johannes Ditz stellt beim jährlichen Dreiertreffen der

Wirtschaftsminister Österreichs, der Schweiz und Deutschlands fest, daß mit dem Beitritt zur EU, Österreich als Wirtschaftsstandort an Attraktivität gewonnen hat.

22. Umweltminister Martin Bartenstein fixiert den Pilotversuch "Sommerbenzin 1995".

23. Umweltminister Martin Bartenstein legt dem Ministerrat den nationalen Umweltplan vor.

24. Sport-Staatssekretär Gerhard Schäffer plant eine Offensive gegen Drogenmißbrauch und Vereinsamung. Durch "Schulsport-Leistungszentren" soll sowohl schulischer, als auch außerschulischer Sport gefördert werden.

29. Der Bundesobmann des Österreichischen Seniorenbundes Stefan Knafl verlangt mehr Berücksichtigung der Senioren in ORF-Programmen.

31. Vizekanzler Wolfgang Schüssel überreicht NATO-Generalsekretär Willi Claes das Einführungsdokument zur Beteiligung Österreichs an der NATO-Partnerschaft für den Frieden. Im Vordergrund dieser Partnerschaft stehen humanitäre Leistungen, Zivilschutz und Katastropheneinsätze.

31. Bundesparteiobmann Wolfgang Schüssel würdigt die Verdienste der scheidenden Präsidentin der Österreichischen Nationalbank Maria Schaumayer.

7. Bundesparteiobmann, Vizekanzler und Außenminister Wolfgang Schüssel feiert seinen 50. Geburtstag. In einer Rede stellt der Bundesparteiobmann fest, daß die Österreichische Volkspartei die Europa-Partei der ersten Stunde gewesen ist.

7. Abg. Hans Hafner fordert bei einer Pressekonferenz anläßlich des 40-jährigen Bestehens des Steirischen Familienbundes eine Steuerreform die den Familien durch Anhebung des Alleinverdienerabsetzbetrags, sowie durch den Ausbau der Mehrkinderstaffel zu Gute kommen soll.

9. Wirtschaftssprecherin Abg. Maria Fekter startet eine gesetzliche Initiative, die die Folgekosten von Gesetzen transparenter machen soll. Unterstützt wird diese Initiative durch Abg. Cordula Frieser, die sich unter anderem auch für die Eindämmung der Gesetzesflut einsetzt.

12. Verteidigungsminister Werner Fasslabend erklärt, daß der EU-Beitritt verbunden mit dem Beobachterstatus an der WEU und der Teilnahme an der NATO-Partnerschaft für den Frieden ein "mehr an Sicherheit" gebracht hat.

12. Verkehrssprecher Helmut Kukacka kritisiert Verkehrsminister Viktor Klima, der säumig bei der Erlassung von Verordnungen zur Regelung des Tiertransportgesetz-Straße ist.

13. Der Obmann des parlamentarischen Unterrichtsausschuß Abg. Josef Höchtl teilt mit, daß die Ermöglichung der Freigabe des Samstages an allen Schulen, eine neue bundesländerweite Festlegung der Semesterferien in drei Blöcken, in Ausnahmefällen Herbstferien und die schulautonome Vergabe von 5 schulfreien Tagen beschlossen wurden.

13. Auf Initiative von Umweltminister Martin Bartenstein und seines britischen Amtskollegen John Gummer, treffen sich 8 Umweltminister in London, um Maßnahmen für den ökologischen Wiederaufbau in Osteuropa zu besprechen.

19. Generalsekretär Othmar Karas erklärt bei der Sitzung der Bauernbunddirektorenkonferenz, daß die ÖVP für

Juni 1995

1. In einer parlamentarischen Anfrage an Finanzminister Andreas Staribacher fordern Bundesratspräsident Jürgen Weiss und Bundesrätin Ilse Giesinger die Vereinfachung des Steuerrechts.

5. Staatssekretärin im Außenministerium Benita Ferrero-Waldner erklärt, daß sie sich für die Stärkung des UNO-Sitzes in Wien einsetzen wird.

6. Der von der ÖVP initiierte Entschliessungsantrag für die Privatisierung der Kfz-Zulassung wird im Nationalrat beschlossen.

die Bewahrung der flächendeckenden bäuerlichen Land- und Forstwirtschaft in Österreich steht.

19. Um einen Lückenschluß des höherrangigen Straßennetzes zu ermöglichen und um auch die ausländischen Autofahrer zur Finanzierung heranzuziehen, tritt Verkehrssprecher Abg. Helmut Kukacka für die Einführung einer Autobahn-Vignette ein.
20. Vizkanzler und Bundesparteiobermann Wolfgang Schüssel befürwortet die modernen Fahndungsmethoden um eine "Waffengleichheit zwischen Exekutive und Tätern" zu erreichen. Allerdings müssen diese Mittel unter schärfster rechtlicher Beobachtung gestellt werden.
22. Die ÖVP stellt ihre Plattform "Freunde der Sicherheit" mit Präsident Robert Lichal und mit Vizepräsidentin Marilies Flemming vor.
22. Umweltsprecher Abg. Karlheinz Kopf begrüßt die Nozon-Initiative des Umweltministers Bartenstein, ein Tempolimit für kat-lose Autos in den Sommermonaten Juli und August einzurichten.
22. Die ehemalige Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec verabschiedet sich vom Nationalrat, um ihre Funktion als Volksanwältin anzutreten.
26. Im Vorfeld des EU-Gipfels in Cannes rechnet Außenminister Wolfgang Schüssel, daß die Mittel der österreichischen Entwicklungshilfe von 1 Milliarde (72,67 Mill. €) auf etwa 2,5 Mrd. Schilling (181,68 Mill. €) steigen werden.
27. Wirtschaftsminister Johannes Ditz tritt für eine bundesweite liberale Regelung der Ladenöffnungszeiten ein, um sich unter anderem den modernen Wettbewerbsbedingungen anzupassen.
27. Tourismussprecher Abg. Günther Puttinger kritisiert die starre Haltung der Gewerkschaft bezüglich der Ladenschließzeiten, wodurch der heimische Handel an Konkurrenzfähigkeit verliert. Eine Flexibilisierung der Arbeitszeit sichert außerdem Arbeitsplätze.

29. Ingrid Korosec wird von Bundespräsidenten Thomas Klestil zur Volksanwältin angelobt.

Juli 1995

2. Klubobmann Abg. Andreas Khol kritisiert den SPÖ-Entwurf für ein neues Wiener Wahlrecht, weil es verfassungswidrig ist, indem dem verfassungsmäßig vorgesehenen Verhältniswahlrecht widersprochen wird.
3. Umweltminister Martin Bartenstein schlägt eine Verschrottungsprämie in Höhe von 5.000-10.000 Schilling (von 363,36-726,73 €) für katlose PKW vor. Damit sollen Österreichs Fahrzeugbesitzer ab 1996 angehalten werden, die alten, umweltschädlicheren Autos "einzuparken".
4. Landwirtschaftsminister Wilhelm Molterer unterstreicht die Notwendigkeit einer intensiveren Vernetzung zwischen Wirtschaft und Landwirtschaft im Hinblick auf Kooperation und Vermarktung.
6. Klubobmann Abg. Andreas Khol präsentiert mit dem Direktor der Politischen Akademie, Bernhard-Markus Löhri, das "Österreichische Jahrbuch für Politik 1994".
6. Der frühere Außenminister Alois Mock erhält den europäischen St.-Ulrichs-Preis 1995.
7. Die niederösterreichische Abg. und ÖVP Frauenchefin Rosemarie Bauer spricht sich für einen Wehrdienst der Frauen auf freiwilliger Basis aus.
9. Der ÖVP Bundesparteivorstand genehmigt die Vorschläge zur Ökologisierung des Steuersystems ab 1. 1. 1996. Vorgesehen sind eine Entlastung der Arbeitskosten, eine Klimaschutzoffensive, sowie eine Fernwärmeförderung.
11. Im Rahmen der Aktuellen Stunde hob Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrer den besonderen Stellenwert der Lehrlingsausbildung hervor, da auf diese Weise hochqualifizierte Arbeitskräfte für die Wirtschaft ausgebildet werden.

Sozialsprecher Abg. Gottfried Feurstein plädiert für eine ständige Weiterentwicklung des dualen Ausbildungssystems, um seine Attraktivität zu erhalten.

12. Unterrichtsministerin Elisabeth Gehr unterzeichnet die Lehrplanverordnung für Berufsschulen, in denen Englisch für jeden Lehrling in Österreich als Pflichtfach gilt. Gehr setzt damit einen Schlußstrich unter den jahrelangen Streit rund um den Sprachunterricht für Lehrlinge.

12. Verkehrssprecher Abg. Helmut Kukacka stellt fest, daß die ÖVP bei der Zuteilung einer zweiten GSM-Netzlizenz grundsätzlich die privatwirtschaftliche Gleichbehandlung aller Wettbewerber verlangt.

14. Landwirtschaftsminister Wilhelm Molterer und der oberösterreichische Landeshauptmann Josef Pühringer eröffnen ein Netz von 300 km oberösterreichischen Forstwegen.

16. Der Zweite Nationalratspräsident Heinrich Neisser fordert eine Reform der Gesetzgebung. Die Gesetzesflut soll durch eine Erweiterung der Kompetenzen des Verordnungsgebers eingedämmt werden. Außerdem sollen die Gesetzestexte verständlicher gestaltet werden.

19. Staatssekretärin Benita Ferrero-Waldner betont im Management Club die Wichtigkeit der verstärkten Einbindung Österreichs in die internationale Politik. Konkretisiert werden diese Bemühungen durch folgende Aktivitäten, wie die Absicherung und Stärkung des Amtssitzes der UNO in Wien, die effizientere Koordination der Entwicklungshilfe etc.

20. Der ehemalige Vizekanzler und Außenminister Alois Mock wird mit dem Bayrischen Verdienstorden in Anerkennung seiner engagierten Europapolitik, für die Achtung der Menschenrechte, im Zusammenhang mit den Konflikten im ehemaligen Jugoslawien, ausgezeichnet.

24. Bei einer Pressekonferenz in Innsbruck erklärt Vizekanzler Wolfgang Schüssel,

daß das Budget nur von der Ausgabenseite her dauerhaft zu sanieren ist, daß also keine neuen Steuern in Frage kommen.

24. Sportstaatssekretär Gerhard Schäffer betont in einer Pressekonferenz in Faak am See die Wichtigkeit, den Frauen-Spitzensport gegenüber dem Männer-Spitzensport nicht zu diskriminieren. Weiters muß den Frauen der Zugang zur HSNS geöffnet werden. Schäffer denkt auch an die Möglichkeit, Mannschaftssportarten zu unterstützen.

26. Die Landesgeschäftsführer halten ihre Konferenz erstmals in Salzburg ab. Folgende Schwerpunkte wurden festgelegt: Eine moderne Familienpolitik, Europa und Sicherheit.

27. Der Salzburger Landesparteivorstand in Seebrunn unter dem Landesparteiobmann Hans Katschthaler unterstützt die geplanten Maßnahmen zur Budgetsanierung der ÖVP-Bundesregierungsmitglieder. Generalsekretär Othmar Karas hebt den Führungsanspruch der ÖVP in der Regierung hervor.

28. Vizekanzler Wolfgang Schüssel stellt fest, daß die ÖVP als erste Partei Österreichs im Internet vertreten ist.

August 1995

3. Der EU-Sicherheitsbeauftragte der ÖVP, Hubert Pirker, fordert ein klares Bekenntnis zum Bundesheer und zur österreichischen Landesverteidigung von SPÖ und Grünen.

7. Vizekanzler und Außenminister Wolfgang Schüssel eröffnet das 38. Internationale Diplomatenseminar in Salzburg. Schüssel betont in der Eröffnungsrede die Notwendigkeit einer Reform des UN-Sicherheitsrates.

9. Die neuen ÖVP-Regierungsmitglieder sind 100 Tage nach der Regierungsumbildung im Amt. Vizekanzler und Außenminister Wolfgang Schüssel, Wirtschaftsminister Johannes Ditz, Unterrichtsministerin Elisabeth Gehr, Umweltminister Martin Bartenstein

10. Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrher strebt eine schnelle unbürokratische Anrechnung von bis zu einjährigen Auslandsaufenthalten von österreichischen Schülern an.
14. Die JVP unter ihrem Bundesobmann, Abg. Werner Amon, will die momentan bestehende Einkommensentwicklung ändern. Einerseits gilt es, die Situation, in der den Dienstgebern durch ältere Arbeitnehmer hohe Kosten erwachsen, zu durchbrechen. Auf der anderen Seite stehen junge Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen, die am Beginn ihrer Lebensphase hohe Aufwendungen zu bestreiten haben.
16. Abg. Ridi Steibl erteilt den Plänen von Bundesministerin Helga Konrad, die Frauenagenden vom Bundeskanzleramt in ein neu zu schaffendes Ministerium zu transferieren, eine deutliche Absage. Zum einen würden sich die budgetären Belastungen als enorm erweisen, zum anderen wäre es naiv an gesellschaftliche Veränderungen zu glauben.
- 17.-18.:
Anlässlich der Sommerberatungen unternimmt der Bundesparteivorstand eine Wanderung in Kärnten.
22. Der Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich, Abg. Günter Stummvoll, kritisiert das Gießkannenprinzip bei den Sozialleistungen. Es ist an der Zeit, von diesem Prinzip abzurücken und Sozialleistungen der Einkommenssituation angepaßt zu verteilen.
24. ÖAAB-Obmann Abg. Josef Höchtler erteilt den Familienbeihilfe-Besteuerungsplänen eine klare Absage.
31. Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrher verspricht den Schulen, daß es kein zweites Sparpaket geben wird.
4. Die Budgetverhandlungen 1996 beginnen. Die ÖVP fordert Sparvorschläge und nicht Steuervorschläge. Das Budget muß durch strukturelle Veränderungen, wie durch Selbstbehalte und mehr Privatisierung saniert werden. Die Verhandlungen gestalten sich in den kommenden Wochen überaus schwierig, spitzen sich zu, scheitern und führen schließlich zu Neuwahlen.
5. Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrher hat ihr Sparziel in ihrem Ressort erreicht. Die vorgegebene Reduktion der 430.000 Dienstposten um ein Prozent wurde verwirklicht.
7. Wirtschaftsminister Johannes Ditz tritt weiter gegen eine Erhöhung der Kapitalertragssteuer ein. Außerdem ist eine Senkung des Investitionsfreibetrages das falsche Signal an die Wirtschaft, weil dadurch der Anreiz für Modernisierungen gebremst wird.
8. Die Arbeitskonferenz der Bezirksparteiobleute und Geschäftsführer aus ganz Österreich wird in Linz abgehalten.
14. Umweltminister Martin Bartenstein bleibt 20 Millionen Schilling (1,45 Mill. €) unter den Sparvorgaben seines Ressorts.
17. Im Rahmen eines Symposiums für Europäische Sicherheitspolitik spricht sich Verteidigungsminister Werner Fasslabend für die volle Integration Österreichs in die Westeuropäische Union (WEU) oder NATO aus. Ebenso unterstreicht die Staatssekretärin Benita Ferrero-Waldner die Notwendigkeit, Österreich in zukünftige europäische Sicherheitsstrukturen einzubinden.
18. Vizekanzler Bundesparteiobermann Wolfgang Schüssel betont nach ständigen Querelen mit der SPÖ, daß das Budget dauerhaft nur über die Ausgabenseite zu sanieren ist. Es muß ein Sparbudget erstellt werden. Das braucht Mut, um die Kosten für Bürokratie, Frühpensionen und für den Bereich der Gesundheit einzubremsen.

18. Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat und Generalsekretär Othmar Karas bewerten die Ergebnisse der Tiroler Volkspartei bei den Bürgermeisterwahlen als Beweis für die bürger-nahe Kommunalpolitik seitens der ÖVP. Die ÖVP stellt 256 von 279 Tiroler Bürgermeistern.

20. Aufgrund der Entwicklungen am Tourismussektor fordert Wirtschaftssprecherin Abg. Maria Fekter im Plenum des Nationalrates Innovation, Infrastrukturmaßnahmen und eine gezieltere Werbung, um den österreichischen Tourismus zu stärken.

20. In der heutigen Sitzung des Nationalrates werden Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat und Michael Graff zu Mandataren der ÖVP-Fraktion angelobt.

21. Abg. Cordula Frieser wird als Entbürokratisierungs-Sprecherin der ÖVP eingesetzt. Frieser drängt nach Verbesserungen im Bereich der Legislative und Bürokratie wie z.B. Gesetzesvereinfachung, Verringerung der Gesetzesquantität, Berechnung der Folgekosten und Bürokratieabbau.

22. Anlässlich der Gründung der Städteplattform der Österreichischen Volkspartei kündigt Vizekanzler Schüssel in Innsbruck einen städtepolitischen Arbeitsschwerpunkt der Volkspartei an.

28. Bundesparteibeamten Vizekanzler Wolfgang Schüssel erklärt in einer Pressekonferenz, daß die SPÖ-Budgetsanierungsvorschläge zu wenig nachhaltiges Sparpotential enthalten.

29. Abg. Josef Höchtel wird beim ÖAAB-Bundestag mit 86% der Delegiertenstimmen als ÖAAB-Obmann wiedergewählt.

Übergangs- und Umstellungsphase eingerichtet worden.

4. Abg. und Ehrenparteiobmann der ÖVP, Alois Mock, stellt fest, daß es zur Erfüllung der Konvergenzkriterien substantieller und struktureller Reformen bedarf. Weiters weist Mock darauf hin, daß die ÖVP bei der Regierungsumbildung das Staatssekretariat im Verkehrsministerium eingespart hat. Ebenso soll die SPÖ ihren Sparwillen kundtun, indem durch den Abgang von Brigitte Ederer in die Bundesgeschäftsstelle das frei gewordene Staatssekretariat im Bundeskanzleramt nicht mehr nachbesetzt wird.

4. Landwirtschaftsminister Wilhelm Molterer plant durch eine Novelle des Pflanzenschutzmittelgesetzes eine Pflanzenschutzmittelreduktion um 20 Prozent. Es soll durch den vermehrten Einsatz von biologischen Substanzen und Nützlingen ein Umdenkungsprozeß eingeleitet werden.

12. Vizekanzler Wolfgang Schüssel sieht die Konsequenzen der gescheiterten Regierungsverhandlungen rund um das Budget in Neuwahlen. Schüssel unterbreitet den Vorschlag, das Finanzressort Ditz zu übergeben, was von der SPÖ nicht akzeptiert wird. Ditz kritisiert bei der SPÖ, daß Funktionsinteresse vor dem Staatsinteresse steht.

12. ÖVP und SPÖ kommen überein, möglichst rasch Neuwahlen in die Wege zu leiten. Gemäß Art. 5 des Arbeitsübereinkommens zwischen ÖVP und SPÖ ist eine Frist in einer wichtigen Frage ohne Ergebnis verstrichen. In diesem Fall hat jede Koalitionspartei das Recht, vorzeitige Neuwahlen zu beantragen.

13. Der Nationalrat beschließt ohne Gegenstimme seine Selbstauflösung und vorzeitige Nationalratswahlen, die am 17. Dezember stattfinden sollen.

13. Bei einer Pressekonferenz verlautbart Vizekanzler Wolfgang Schüssel, daß es Ziel ist, Nummer eins zu werden, und somit die Verantwortung als Bundeskanzler zu übernehmen. Als Wahlkampfleiter wird Generalsekretär Othmar Karas nominiert, der sich um die

Oktober 1995

3. Landwirtschaftsminister Wilhelm Molterer erteilt den Plänen der SPÖ eine Absage, die den degressiven Preisausgleich für die Bauern kürzen wollen. Diese Maßnahme ist im Zuge des EU-Beitritts für die vierjährige

inhaltliche und organisatorische Gestaltung kümmert.

16. Wahlkampfleiter und Generalsekretär Othmar Karas möchte mit den anderen wahlwerbenden Parteien ein "Fairness-Abkommen" abschließen. Die Wahlauseinandersetzung soll geprägt sein von Mut zur Wahrheit, zur Redlichkeit, zur Fairneß und zur Offenheit gegenüber dem Wähler.
18. Wirtschaftskammer-Generalsekretär Abg. Günter Stummvoll stellt fest, daß eine Budgetsanierung nicht nur wegen der Maastrichtkriterien notwendig ist, sondern es wird dadurch der budgetäre Handlungsspielraum für die Zukunft gesichert. Zweitens trägt man der politisch-moralischen Verantwortlichkeit gegenüber der Jugend Rechnung, die dann für jene großzügigen Sozialleistungen zahlen mußten, welche heute verteilt werden.
19. Mit den Stimmen von ÖVP und Freiheitlichen beschließt der Steiermärkische Landtag seine frühzeitige Auflösung. Die Landtagswahl findet gemeinsam mit der Nationalratswahl am 17.12., 9 Monate vor dem regulären Termin, statt.
20. Bundesparteiobmann Vizekanzler Wolfgang Schüssel und Wirtschaftsminister Johannes Ditz präsentieren die Eckpunkte des Schüssel-Ditz-Kurses: Budgetsanierung 2/3 ausgaben-seitig, 1/3 einnahmenseitig. In einem schlanken Staat sollen die Beamten im Laufe der Legislaturperiode um 10.000 reduziert, das Dienstrecht reformiert, die Gehaltsrunden für den öffentlichen Dienst moderat, und die Verwaltungsverfahren verkürzt werden. Weiters tritt der Schüssel-Ditz-Kurs für eine Verringerung der Ministerien, Privatisierungen, flexible Arbeitszeiten, und Bürokratieabbau ein.
21. Kärntens Landeshauptmann Christoph Zernatto wird mit 96,6% der Delegiertenstimmen als ÖVP-Landesparteiobmann wiedergewählt.
23. Im Rahmen der ÖVP-Klubklausur in Telfs warnt der EU-Kommissar Franz Fischler, daß mit dem Ansehen Österreichs als Wirtschaftsstandort nicht

gespielt werden darf. Österreich soll sich zudem seiner Sicherheitspolitik zuwenden.

24. Abschluß der Klausur des ÖVP-Parlamentsklubs in Telfs: In mehreren Arbeitsgruppen wird die Umsetzung des Schüssel-Ditz-Kurses beraten und die von den Generalsekretären konzipierte Wahlbewegung diskutiert.

November 1995

2. Wirtschaftssprecherin Abg. Maria Fekter stellt fest, daß die Verschuldungspolitik der SPÖ Arbeitsplätze vernichtet. Die schwache Wirtschaftskompetenz der SPÖ ist durch das Ende verschiedener Unternehmen wie dem KONSUM bestätigt worden
3. Umweltsprecher Abg. Karlheinz Kopf erklärt im steirischen Schloß Seggau, daß die ÖVP für das Konzept der ökosozialen Marktwirtschaft steht, die den Leistungswillen des Einzelnen mit dem sozialen Ausgleich in der Gesellschaft, und einem schonenden Umgang mit der Umwelt verbindet.
4. Generalsekretär Othmar Karas kritisiert die Haltung der SPÖ gegenüber den Bauern, die nach wie vor Auszahlungen der zugesagten Agrarförderungen behindert. Die SPÖ bricht das Europaabkommen mit den Bauern und gefährdet dadurch 100.000 bäuerliche Existenzen.
4. Die ÖVP, so Verkehrssprecher Abg. Helmut Kukacka, wird in der nächsten Legislaturperiode urgieren, daß das Mindestalter für Mopedlenker von 16 auf 15 Jahre gesenkt wird.
6. Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat und Generalsekretär und Wahlkampfleiter Othmar Karas stellen die ÖVP-Werbelinie vor. Der Hauptslogan des Plakates lautet: "Wer Gutes bewahren will, muß manches verändern."
6. Wirtschaftsminister Johannes Ditz erklärt, daß Strukturdefizite den Wirtschaftsstandort Österreich gefährden. Ein zeitgerechtes Gegensteuern gegen übermäßige Bürokratie, zuviel an Re-

- gulation, geringe Forschungs- und Entwicklungsausgaben, wenig Flexibilität bei Arbeitszeiten und Löhnen, sowie Defizite im Bildungsbereich, ist gefordert.
7. Der von der ÖVP eingebrachte Vorschlag zur Reform der österreichischen Post wird von den Experten des Verkehrsministerium unterstützt. Lediglich der Ressortleiter, Minister Viktor Klima, ist dagegen.
 9. Familienministerin Sonja Moser weist die Pläne des Bundeskanzlers Franz Vranitzky entschieden zurück, den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) dem Finanzministerium zuzuordnen. Familiensprecher Abg. Hans Hafner sieht darin den Wunsch der SPÖ nach einem direkten Zugriff auf den FLAF. Die Folge wäre ein ständiger Abbau des Familienbudgets.
 10. Die Bürgermeister-Konferenz findet in Salzburg statt. Die ÖVP stellt in den meisten Gemeinden den Bürgermeister; laut Generalsekretär Othmar Karas gilt dies als ein deutlicher Vertrauensbeweis der Bevölkerung gegenüber einer bürgernahen ÖVP-Politik.
 14. Wirtschaftsminister Johannes Ditz drückt seine Freude aus, daß im Wirtschaftsausschuß Einigung erzielt wurde, die Geschäfte am 8. Dezember offenzuhalten. Dadurch wird ein weiterer Kaufkraftabfluß ins Ausland verhindert.
 16. Bei der Nationalratssondersitzung stuft Abg. Maria Fekter die Arbeit der SPÖ und besonders die des Finanzministers Staribacher folgendermaßen ein: sachpolitisch inkompetenter Zickzackkurs und die Verbreitung von Unwahrheiten in der Öffentlichkeit.
 19. Bei einer Diskussionsveranstaltung auf der Wiener Gloriette stellt Vizekanzler Schüssel die gesundheitspolitischen Reformvorstellungen der ÖVP vor.
 22. Bundesparteibeamten Wolfgang Schüssel stellt im Rahmen einer Pressekonferenz fest, daß das Sozialsystem zukünftig nur durch eine echte Reform finanzierbar bleiben wird.
 22. Verteidigungsminister Werner Fasslabend teilt mit, daß sich Österreich voraussichtlich mit einer Transporteinheit an der internationalen Friedenstruppe für Bosnien beteiligt.
 23. Der Wirtschaftsminister Johannes Ditz hat eine unabhängige Deregulierungskommission mit hochrangigen Rechtswissenschaftlern eingerichtet, um Deregulierungsmaßnahmen zu beschleunigen, und so die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs als Wirtschaftsstandort zu stärken.
 23. Vizepräsident und ÖVP-Fraktionsobmann des Bundesrates Herbert Schambeck stellt die Notwendigkeit der Reform der österreichischen Bundesstaatlichkeit und damit eine Verbesserung der Stellung des Bundesrates als Länderkammer des Parlaments fest.
 23. Staatssekretärin Benita Ferrero-Waldner gibt bekannt, daß das Außenministerium nach wie vor zu dem geplanten Neubau des Kulturinstitutes in New York steht. Das Geld ist vom Außenamt budgetiert, wird aber vom Finanzminister Staribacher nicht freigegeben.
 23. Gründungsveranstaltung der ÖVP-Plattform "Freunde des 21. Jahrhunderts", die eine Plattform für Vor-, Nach-, und Mitdenker, vor allem aber für junge Menschen sein soll.
 27. Wirtschaftsminister Johannes Ditz glaubt, daß die wirtschaftliche Lage von Bundeskanzler Franz Vranitzky falsch eingeschätzt wird. Das Leistungsbilanzdefizit wird nicht beachtet, die Entwicklung der Staatsschulden wird unterschätzt. Dadurch werden die Chancen der Jugend zukünftig leichtfertig aufs Spiel gesetzt.
 27. Klubobmann Abg. Andreas Kohl möchte ungeachtet künftiger Koalitionen im Nationalrat wie bei den vergangenen Plenarsitzungen auch weiterhin freie Abstimmungen zustande kommen lassen. In künftigen Koalitionsübereinkommen sollen nach seinen Vorstellungen nur die Budget-Eckpunkte sowie die dazu notwendigen großen Reformen festgeschrieben

werden. Abstimmungen über andere Punkte sollen im Nationalrat frei sein.

28. Wirtschaftsminister Johannes Ditz gibt 25 Bauprojekte mit Gesamtkosten von knapp 1,3 Milliarden Schilling (94,47 Mill. €) frei. Schwerpunkte werden im Bereich Schulen und Universitäten sowie bei Amtsgebäuden und Bauten der Landesverteidigung gesetzt.

28. Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat stellt fest, daß die ÖVP nach wie vor die einzige Partei ist, die sich konsequent für die Familie und deren Ansprüche einsetzt. Beispiel dafür ist das zweite Karenzjahr, das die Volkspartei durchgesetzt hat. Ebenso ist die ÖVP in den Bereichen Kinderbetreuung und flexiblere Arbeitszeitmodelle federführend. Diese sollen ermöglichen, daß Familie und Beruf noch besser vereinbar werden.

30. Die ÖVP lädt 3.000 Gäste in die Wiener Hofburg. Vizekanzler Schüssel unterstreicht erneut den politischen Verantwortungsanspruch der ÖVP. Ehrengast der Veranstaltung ist der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl. Vizekanzler und Bundesparteiobermann Wolfgang Schüssel betont anlässlich einer Festveranstaltung in der Wiener Hofburg, wer frischen Reformwind will, soll die Volkspartei wählen.

Dezember 1995

1. Bei den Bundespersonalvertretungswahlen behält die Gruppe ÖAAB-FCG nicht nur die absolute Stimmenmehrheit, sondern sie gewinnt 10 Mandate hinzu, während die Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter (FSG) zwei Mandate verliert, jedoch die Fraktion Unabhängiger und Freiheitlicher (AUF) ein Mandat gewinnt.
4. Wirtschaftsminister Johannes Ditz startet eine neue Initiative für längere Öffnungszeiten im heimischen Handel. Die Öffnungszeiten sollen von Montag bis Freitag bis auf 21.00 Uhr ausgedehnt werden können.
4. Österreich muß in den kommenden zwei Jahren entschlossen sparen, um Anfang 1999 in den Kreis der ersten

Teilnehmer an der Währungsunion aufgenommen zu werden, bringt Außenminister Wolfgang Schüssel bei einem Treffen mit seinen EU-Kollegen in Brüssel zum Ausdruck.

9. Wirtschaftsminister Johannes Ditz wertet die Entscheidung, die Geschäfte am Marienfeiertag offenzuhalten, als vollen Erfolg. Es ist gelungen, die Kaufkraft im Inland zu halten.
9. Vizekanzler Wolfgang Schüssel fordert eine SPÖ-Garantie, keine Maßnahmen zu setzen, die zu einer Erhöhung der Lohnnebenkosten führen.
9. ÖAAB-Bundesobmann Abg. Josef Höchtel rechnet vor, daß die Konsumpleite dem Staat einen Steuerausfall von 4,5-5 Milliarden Schilling (von 327,02-363,36 Mill. €) beschert.
11. Vizekanzler Schüssel stellt im Rahmen der Veranstaltung "Plädoyer für den Mittelstand - Unternehmerinnen in die Politik" jene Kandidatinnen für den Nationalrat, die als Unternehmerinnen tätig sind, vor.
12. Die ÖVP lädt zu einem Wirtschaftskongress in das Palais Ferstl. Vizekanzler Schüssel fasst die Eckpunkte des ÖVP-Wirtschaftsprogrammes zusammen und unterstreicht die grosse Reformverantwortung und Umsetzungskompetenz der ÖVP in der Regierung. Gast der Veranstaltung ist der deutsche Finanzminister Theo Waigel.
13. Vizekanzler Wolfgang Schüssel schlägt einen Sozialpakt zwischen Gewerkschaft, Wirtschaft und Staat vor: Die Gewerkschaft soll flexiblere Arbeitszeiten, niedrigere Einstiegsgehälter für Langzeitarbeitslose, und moderate Lohnabschlüsse ermöglichen. Die Wirtschaft soll das hohe Beschäftigungsniveau garantieren, sowie mehr Teilzeit- und Lehrstellen schaffen. Weiters sollte der Staat dafür garantieren, daß es zu keiner weiteren Erhöhung der Lohnnebenkosten kommt.
14. Die Wahlkampfschlussveranstaltung der Volkspartei steht unter dem Motto "Veränderung und Verantwortung". Vizekanzler Schüssel zieht ein überaus

positives Resümee des Wahlkampfes und formuliert erneut den Führungsanspruch der ÖVP.

17. Am heutigen Sonntag finden die Nationalratswahlen statt. Die ÖVP lädt zu einem Open House in die Lichtenfelsgasse. Die Wahlen enden mit deutlichem Stimmen- und Mandatszuwachs der SPÖ. Die ÖVP gewinnt leicht, der seit Jahren bestehende Aufwärtstrend der Freiheitlichen unter Jörg Haider wird gestoppt, die Grünen verlieren deutlich und werden vom LIF, das ebenfalls Verluste zu verzeichnen hat, überholt. Vizekanzler Wolfgang Schüssel gibt bekannt: Wir haben Wähler gewonnen, unser Wahlziel aber dennoch nicht erreicht.

17. Bei den Landtagswahlen in der Steiermark verliert die ÖVP unter Josef Krainer deutlich an Stimmen und Mandaten. Landeshauptmann Krainer erklärt angesichts der Niederlage der ÖVP seinen Rücktritt. Der Landesparteivorstand nominiert am 18.12. Krainers Stellvertreterin, die Landesrätin Waltraud Klasnic, für das Amt des Landeshauptmannes.

19. Die Regierung demissioniert.

20. Bundespräsident Thomas Klestil beauftragt den bisherigen Bundeskanzler Franz Vranitzky mit der Regierungsbildung.

22. Bundesparteiboss Wolfgang Schüssel erklärt nach dem Gespräch mit Bundeskanzler Franz Vranitzky, daß die ÖVP der Einladung zu Koalitionsverhandlungen Folge leistet.

Jänner 1996

2. Generalsekretär Othmar Karas bewertet den Rücktritt des Finanzministers Staribacher als einen richtigen Schritt für die österreichische Volkswirtschaft, weil dieser nicht in der Lage war, die Budgetsanierung zu bewerkstelligen.

7. Bundeskanzler Franz Vranitzky bekräftigt in einem Brief an Vizekanzler Wolfgang Schüssel die Einladung zu Koalitionsverhandlungen. Gleichzeitig übermittelt er einen Katalog von Reformvorschlägen.

7.-9.:

Beim Dreikönigstreffen der ÖVP in Goldegg skizziert Vizekanzler Wolfgang Schüssel die inhaltlichen Schwerpunkte der ÖVP für die anstehenden Regierungsverhandlungen. Diese sind: Bekenntnis zur Budgetsanierung, aktive EU-Politik, Beschäftigungs- und Standortoffensive, Modernisierung der Verwaltung und die Stärkung des Parlamentarismus.

8. Der ÖVP-Bundesparteivorstand beschließt beim traditionellen Dreikönigstreffen, Koalitionsverhandlungen mit der SPÖ aufzunehmen. Ein achtköpfiges Team für die Verhandlungen wird nominiert.

9. Im Rahmen einer Pressekonferenz nennt Familienministerin Sonja Moser die Ziele für ihr Ressort. Die Ziele beinhalten die Solidarität unter den Generationen und Geschlechtern, der Schutz von Ehe und Familie, sowie die Unterstützung armutsgefährdeter Menschen, welche durch strukturelle, ideelle und finanzielle Maßnahmen erreicht werden sollen.

10. Der ÖVP-Parlamentsklub wählt Andreas Khol mit 93% der Stimmen neuerlich zum Klubobmann. Außerdem wird bei der Sitzung einstimmig beschlossen, daß Heinrich Neisser wieder für das Amt des Zweiten Nationalratspräsidenten kandidieren wird.

11. Verkehrssprecher Helmut Kukacka avisiert starke Vorbehalte der ÖVP gegen den Punktführerschein. Mehr Selbstverantwortung des Autofahrers anstatt des Aufbaus einer neuen bürokratischen Organisation zu seiner Disziplinierung ist gefragt.

12. ÖVP und SPÖ nehmen formell die Koalitionsverhandlungen auf.

12. Angesichts der angespannten Situation am heimischen Arbeitsmarkt und um der steigenden Konkurrenz aus Osteuropa und Fernost zur Erhaltung des Wirtschaftsstandortes Österreichs gerecht zu werden, sollen keine generellen Lohnerhöhungen, die über die Inflationsrate hinausgehen gewährt werden, verlangt Wirtschaftskammerpräsident Abg. Leopold Maderthaner.

12. ÖVP und SPÖ nehmen die Koalitionsverhandlungen auf. In einer ersten Verhandlungsrunde wird eine weitgehende Einigung über die Sanierung des Budgets (2/3 über Ausgaben, 1/3 über Einnahmen) erzielt.
15. Konstituierung des neugewählten Parlamentes und Wahl der drei Parlamentspräsidenten: Heinz Fischer (SPÖ), Heinrich Neisser (ÖVP) und Wilhelm Braunerder (FPÖ).
18. Eine weitere Runde in den Koalitionsverhandlungen findet statt.
23. Waltraud Klasnic wird mit den Stimmen der ÖVP, FPÖ und des LIF (33 von 54 Stimmen) zum ersten weiblichen Landeshauptmann gewählt.
25. Verteidigungsminister Werner Fasslabend stellt fest, daß das Ende des Kalten Krieges auch eine Wende in Europa bedeutet, die eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik möglich, und notwendig macht. Es soll dabei auf die bestehenden Sicherheitsstrukturen wie die Europäische Union, NATO und OSZE aufgebaut werden.
25. Die ÖVP stimmt den Plänen der SPÖ bei den Koalitionsverhandlungen nicht zu, die Familienbeihilfen einkommensabhängig zu staffeln.
28. In einer dritten Verhandlungsrunde werden Details der Budgetarbeitsgruppe erörtert.
29. Generalsekretär der Wirtschaftskammer, Abg. Günter Stummvoll bekräftigt, daß an der Budgetsanierung kein Weg vorbei führt. Ebenso hält Stummvoll ein verstärktes Engagement in den Bereichen Bildung, Forschung, Entwicklung und Technologie für sehr wichtig.
29. Außenminister Wolfgang Schüssel betont in Brüssel das vitale Interesse Österreichs an einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Dabei äußert Schüssel seine Zuversicht, daß Österreich zu den ersten Teilnehmern der Europäischen Währungsunion gehören wird.
31. Wehrsprecher Abg. Karl Maitz setzt sich für die Öffnung des Bundesheers für Frauen ein. SPÖ-Politiker stehen diesem Ansinnen negativ gegenüber.

Februar 1996

7. Generalsekretär Othmar Karas bewertet das erstellte Budgetkonsolidierungsprogramm als Sicherung für die Zukunft. Es garantiert einen harten und stabilen Schilling, eine niedrige Inflation und ein günstiges Zinsniveau, was wiederum zur Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Österreichs beiträgt.
7. Wissenschaftssprecher Abg. Dieter Lukesch fordert eine Gesetzesinitiative für eine dringend nötige Internationalisierung der heimischen Universitäten. Den österreichischen Universitäten soll es künftig möglich sein, auch im Ausland ihre Lehrgänge anbieten zu können.
14. Verteidigungsminister Werner Fasslabend verabschiedet das Kontingent des österreichischen Bundesheeres AUSLOG-IFOR in der Hackher-Kaserne bei Gratkorn für Bosnien-Herzegowina.
14. Zu den Diskussionen rund um die Anonymität der Sparbücher stellt Wirtschaftsminister Johannes Ditz fest, daß es absolut keinen Anlaß gibt, an der Anonymität der österreichischen Sparbücher zu rütteln.
16. Beratungen über den Sozial- und Gesundheitsbereich stehen im Mittelpunkt einer weiteren Verhandlungsrunde zwischen ÖVP und SPÖ.
19. Wirtschaftsminister Johannes Ditz fordert eine verstärkte beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik und die Schaffung von rund 80.000 Arbeitsplätzen. Maßnahmen sollen auf folgenden Gebieten gesetzt werden: Infrastruktur und Investitionen, Belebung der Exporte, Entbürokratisierung, Technologie und in der Beschäftigungspolitik Qualifizierungsmaßnahmen sowie Jahresarbeitszeitmodelle.

21. In der insgesamt sechsten Verhandlungsrunde zwischen ÖVP und SPÖ wird eine Einigung über die Themen Finanzblock und Sozialpaket erzielt.
22. Der Landeshauptmann von Salzburg Hans Katschthaler kündigt seinen Rücktritt nach einer Amtszeit von 7 Jahren an. Als Nachfolger wird der Klubobmann der Landesfraktion Franz Schausberger designiert.
23. Der Generalsekretär der Wirtschaftskammer und Abg. Günter Stummvoll kritisiert die Haltung von ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch, der Pläne flexibler Arbeitszeitmodelle ablehnt, und die starre Regelung der Arbeitszeiten aufrecht erhalten will. Die Forderung Verzetnitschs nach einer 35 Stunden Woche ist bei vollem Lohnausgleich aus wirtschaftlicher Sicht nicht vertretbar.
24. Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat plädiert für eine Arbeitszeitflexibilisierung, bei der Arbeitnehmer und Unternehmen profitieren. Die starre Arbeitszeitregelung steht im krassen Gegensatz zu den heutigen Bedürfnissen der Menschen und Unternehmen.
26. Österreich tritt dem NATO-Programm "Partnerschaft für den Frieden" bei. Außenminister Wolfgang Schüssel vereinbart anlässlich der Unterzeichnung mit NATO-Generalsekretär Javier Solana ein entsprechendes individuelles Arbeitsprogramm. Schüssel spricht sich dafür aus, daß Österreich an allen Institutionen teilnehmen soll, die Sicherheit und Frieden am besten gewährleisten. Eine Vollmitgliedschaft vor allem bei der WEU ist erstrebenswert.
26. ÖAAB-Bundesobmann Abg. Josef Höchtl stellt einen Maßnahmenkatalog gegen Sozialmißbrauch und Pfuscheri vor. So sollen auch Sanktionen für die Ablehnung einer zumutbaren Arbeit verschärft werden.
28. Sicherheitssprecher Abg. Paul Kiss weist auf die vorbildlichen Leistungen des österreichischen Bundesheeres hin. Neben den militärischen und internationalen Aufgaben erbringt das

Heer auch sehr gute Friedensleistungen im Inland im Rahmen des Grenzeinsatzes im Burgenland. Darüber hinaus leistet das Bundesheer außerordentliches im Katastropheneinsatz.

28. Die Themen Bildung, Frauen, Gesundheit und Privatisierung sind Gegenstand einer weiteren Verhandlungsrunde zwischen ÖVP und SPÖ.

März 1996

3. Finanzminister Viktor Klima und Wirtschaftsminister Johannes Ditz haben sich auf die Einführung einer Vignette für Autobahnen und Schnellstraßen ab 1.1.1997 geeinigt.
7. ÖVP und SPÖ einigen sich auf eine Neuauflage der großen Koalition. Die neue Regierung wird auf 14 Minister und 2 Staatssekretariate verkleinert. Das Ressort öffentliche Wirtschaft und Verkehr wird dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (Rudolf Scholten), das Familien- und Jugendressort (Sonja Moser scheidet aus) dem Umweltministerium (Martin Bartenstein) eingegliedert. Das Staatssekretariat im Bundeskanzleramt für Sport (Gerhard Schäffer) wird nicht mehr nachbesetzt (Kompetenzen wandern zu Staatssekretär Karl Schlögl, zusätzlich zu Agenden des Öffentlichen Dienstes und EU).
7. Der ÖAAB-Bundesvorstand stimmt dem Budgetkonsolidierungsprogramm von ÖVP und SPÖ einstimmig zu. Dadurch wird das soziale Netz und der Wohlstand in Österreich langfristig gesichert.
7. Die ÖVP hat ihre Ziele bei den Koalitionsverhandlungen erreicht. Erstmals gibt es einen koalitionsfreien Raum, der zwar auf gewisse Sachgebiete konzentriert, aber erweiterungsfähig ist. Jede Partei kann initiativ werden, ohne daß die Koalition gesprengt wird. Dadurch wird ein lebendigerer, Parlamentarismus ermöglicht.
8. ÖVP und SPÖ haben sich geeinigt, daß künftig das Bundesheer den Frauen offensteht. Frauenchefin Abg. Rosemarie Bauer freut sich über diese Ei-

nigung, da seit Jahren dieser Wunsch bei den Frauen besteht.

8. Im Anschluß an den Bundesparteivorstand erklärt Vizekanzler Wolfgang Schüssel, daß dieser das Verhandlungsergebnis der Koalitionspartner einstimmig angenommen hat. Jetzt warten eine Fülle von Aufgaben: Konjunkturstabilisierung (Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze und des Wirtschaftsstandortes), Budgetsänierung (sparsames Budget), konsequente EU-Politik (Österreich soll in Europa geschlossen auftreten), Sicherheit (im Bereich der GASP soll Österreich gleichberechtigt dabei sein), Sparen bei der Regierung (Verkleinerung der Regierung).
8. Bauernbundpräsident Abg. Georg Schwarzenberger bekennt sich zum Abschluß der Regierungsverhandlungen und zu dem Ziel, das Budgetdefizit um 100 Mrd. Schilling (7,27 Mrd. €) zu senken. Das erfordert auch Opfer von den Bauern.
9. LH Waltraud Klasnic löst Josef Krainer auch als Obfrau der ÖVP-Landesorganisation Steiermark ab. Sie wird mit 99% der Delegiertenstimmen gewählt. Zu ihren Stellvertreter werden Bundesminister Martin Bartenstein (94%) und der Bad Ausseer Bürgermeister Günter Körber (96%) gewählt.
11. ÖVP und SPÖ unterzeichnen das Koalitionsabkommen.
12. Die neue Bundesregierung wird von Bundespräsident Klestil angelobt.
13. Der französische Ministerpräsident Alain Juppé verleiht im Namen von Präsident Chirac EDU-Vorsitzendem Außenminister a.D. Alois Mock und dem als EDU-Exekutivsekretär ausscheidenden Klubobmann Andreas Khol hohe französische Orden.
18. Der Sicherheitsbegriff der ÖVP ist ein umfassender, stellen Generalsekretär Othmar Karas und Marlies Flemming, Vizepräsidentin der "Freunde der Sicherheit", fest. Neben der hauptberuflichen und staatlichen Arbeit im Sicherheits- und Sozialbereich ist auch ehrenamtliches und privates Engage-

ment eine wesentliche Stütze der allgemeinen Sicherheit. Ohne Eigenvorsorge und privates Engagement ist das Sozialsystem in dieser Weise nicht finanzierbar.

18. ÖAAB-Bundesobmann Abg. Josef Höchtel hält es für nicht zielführend, die Familienbeihilfe zu kürzen und sie dafür länger auszuzahlen. Dies wertet Höchtel als unsozial und leistungsfeindlich. Ebenso erklärt Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat ihre Vorbehalte gegenüber diesen Plänen. Familienminister Martin Bartenstein kritisiert, daß dadurch Langzeitstudenten belohnt würden. Die Auszahlung der Familienbeihilfe gekoppelt an die Mindeststudiendauer plus ein Semester pro Studienabschnitt soll durchaus als Leistungsanreiz verstanden werden, so Bartenstein.
19. Der Zweite Nationalratspräsident Heinrich Neisser (ÖVP) feiert seinen 60. Geburtstag.
21. Wirtschaftskammer-Generalsekretär Abg. Günter Stummvoll lehnt die von ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch verlangte 35-Stunden-Woche mit Lohnausgleich ab. Laut Stummvoll würden solche Maßnahmen die Unternehmen und den Sparkurs gefährden. Allein für den Öffentlichen Dienst kämen Mehrkosten von 40 Mrd. Schilling (2,91 Mrd. €) hinzu.
23. ÖAAB-Bundesobmann Abg. Josef Höchtel erklärt, daß ein Plus der Exportquote von einem Prozent etwa 16.000 neue Arbeitsplätze schafft. Deshalb soll im Bereich der Exportwirtschaft offensiv vorgegangen werden, um die österreichischen Exporte zu steigern.
26. Die Bundesregierung und der Nationalrat kommen überein, daß der umstrittene Paragraph 2 des Habsburgergesetzes nicht mehr angewendet wird. Felix und Carl Ludwig Habsburg-Lothringen können nicht mehr des Landes verwiesen werden.

4. Neben dem vorgezogenen Straßenbauprogramm werden weitere Milliarden in den Hochbau gesteckt. Laut Wirtschaftsminister Johannes Ditz will der Bund in den Jahren 1996 bis 1999 aus Verkäufen der Bundesimmobiliengesellschaft rund 3,7 Mrd. Schilling (268,89 Mill. €) erzielen, die Bauindustrie und Baugewerbe zugute kommen sollen.
8. Abg. Ingrid Tichy-Schreder erklärt, daß die Exporte im ersten Jahr der EU-Mitgliedschaft um 10 Prozent auf 564 Milliarden Schilling (40,99 Mrd. €) gestiegen sind. Dadurch wird das Außenhandelsdefizit um 13 Milliarden Schilling (944,745 Mill. €) verringert.
9. Die ÖVP fordert seit Jahren mehr Geld, mehr Recht und mehr Schutz für die steigende Zahl der Verbrechenopfer. Die ÖVP unterstützt daher die Initiative von Justizminister Michalek zur Schaffung eines Fonds für Verbrechenopfer, um den Opfern von Verbrechen jenen Schutz und jene Rechtssicherheit zukommen zu lassen, die für Straftäter oder Verdächtige die Norm sind.
12. Zur verbesserten Sicherung der Berglandwirtschaft in Österreich und Europa sind neue Initiativen in der EU zu setzen. Landwirtschaftsminister Wilhelm Molterer wird ein Bergbauernmemorandum in der EU vorlegen, um Unzulänglichkeiten des Förderungssystems zu korrigieren.
14. Wirtschaftssprecherin Abg. Ingrid Tichy-Schreder erklärt, daß durch das Stabilisierungspaket und das Budgetgesetz 1996/7 der Wirtschaftsstandort Österreich steuerpolitisch weiterhin attraktiv bleibt.
17. Wirtschaftsminister Johannes Ditz weist darauf hin, daß die Liberalisierung und die Schaffung bzw. Erhaltung einer wettbewerbsfähigen Telekommunikationsinfrastruktur zu den wesentlichen Punkten für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich gehören. Zur Liberalisierung dieses Sektors gehört in tarifmäßiger und ord-

nungspolitischer Hinsicht auch die Privatisierung.

18. Wirtschaftsminister Johannes Ditz will im Rahmen der geplanten Neuordnung der österreichischen Elektrizitätswirtschaft das bestehende Außenhandelsmonopol der Österreichischen Elektrizitätswirtschaft-AG (Verbund) aufbrechen. Ditz plädiert für die Lockerung des Außenhandels mit Strom. Ein neues Energieorganisationsgesetz soll die österreichische Stromwirtschaft für den schärfer werdenden Wettbewerb im EU-Energiemarkt rüsten.
24. Der Landtag wählt Franz Schausberger als neuen Landeshauptmann. Er folgt Hans Katschthaler (ÖVP).
29. Wirtschaftsminister Johannes Ditz spricht sich für eine große Steuerreform im Jahr 1999 aus. Ideal wäre laut Ditz eine allgemeine Senkung des Steuertarifs vor allem im Bereich zwischen 300.000 und 600.000 Schilling (zwischen 21801,85 und 43603,70 €) Jahreseinkommen, verbunden mit einer Vereinfachung des Steuertarifs und einer Entbürokratisierung der betrieblichen Prüfverfahren.

Mai 1996

Die ÖVP lädt zu einer 1.Mai-Feier in das oberösterreichische Steyr. Die Feier steht unter dem Motto "Arbeit schaffen, Wirtschaft stärken, Zukunft sichern".

3. Die Politische Akademie der ÖVP erhält einen neuen Präsidenten. Der Zweite Nationalratspräsident Heinrich Neisser (ÖVP) folgt in dieser Funktion Ex-Staatssekretär Ludwig Steiner. Mit Neisser wurden die 3 Vizepräsidenten im Anschluß an die Sitzung des ÖVP-Bundesparteivorstandes einstimmig gewählt: Generalsekretär Othmar Karas, der Politologe Fritz Plasser und der Grazer Professor Stefan Karner.
6. Generalsekretärin Rauch-Kallat kritisiert scharf die neuen Belastungspläne von SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Brigitte Ederer, die die Erbschafts- und Schenkungssteuer erhöhen will.

8. Klubobmann Khol wertet die neuerliche Kritik des Klubobmannes Kostelka an die Landwirtschaftsförderungen und insbesondere am ÖPUL-Umweltprogramm als verspäteten Reflex auf die Abstimmungsniederlage im Herbst 1995, bei der sich die Mehrheit des Hohen Hauses gegen die Stimmen der SPÖ für die weitere Ökologisierung der österreichischen Landwirtschaft ausgesprochen hat. Ebenso verurteilt Bauernbundpräsident Georg Schwarzenberger die Attacken Kostelkas auf die Bauern und mahnt die SPÖ, sich an die Vereinbarungen zu halten.
10. Generalsekretärin Rauch-Kallat erteilt den Plänen des Sozialministers Hums über die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge eine klare Absage. Mit intelligenten Einsparungsmaßnahmen soll das Ziel der Konsolidierung der Krankenkassen erreicht werden.
13. Unterrichtsministerin Elisabeth Gehringer will mehr finanzielle Bewegungsfreiheit für die Schulen erreichen. Künftig sollen Lehranstalten neben der normalen Geldzuweisung eine eigene Gebarung mit Einnahmen und Ausgaben haben. Schulen sollen außerdem ab 1996/97 Räume vermieten und das damit verdiente Geld selbst verwenden dürfen.
14. Der Obmann des Unterrichtsausschusses des Nationalrates Abg. Josef Höchtl berichtet, daß im Zuge der Behandlung des Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes eine Objektivierung des Bestellungsverfahrens bei Leitungsfunktionen im Schuldienst beschlossen worden ist.
23. Wirtschaftsbund-Präsident Leopold Maderthaner, Abg. Cordula Frieser und Wirtschaftsbund-Generalsekretär Reinhold Mitterlehner übergeben 120.000 Unterschriften der Bürgerinitiative "Stopp der Gesetzesflut" an Nationalratspräsident Heinz Fischer (SPÖ). Angesichts einer Kostenbelastung durch den Verwaltungsaufwand für die Betriebe von jährlich etwa 36 Mrd. Schilling (2,62 Mrd. €) ist der Bürokratieabbau auch unter dem Aspekt der Wettbewerbsfähigkeit dringend notwendig.
23. Die Freunde der Sicherheit laden unter dem Titel "Was ist uns Österreichern das christliche Abendland noch wert?" zu einer Diskussionsveranstaltung mit Marilies Flemming und Bernhard Görg.
27. Der ÖVP-Frauenbus tourt bis Ende Oktober durch ganz Österreich. Er dient als mobile Informationsstelle für Österreichs Frauen. Es sollen Frauen für kommunalpolitische Aufgaben gewonnen werden, und es soll außerdem auch über alle Anliegen des täglichen Lebens informiert werden.
28. Vizekanzler Wolfgang Schüssel und die US-amerikanische Trendforscherin Patricia Aberdene diskutieren bei einer Veranstaltung der Freunde des 21. Jahrhunderts die Chancen Österreichs, die Veränderungen der Zukunft (Globalisierung, Technologie- und Kommunikationsentwicklung, Individualisierung der Gesellschaft etc.) zu nutzen.
30. Bei der Eröffnung der Fachtagung "EU-Förderungen für Gemeinden und Regionen" in der Politischen Akademie der ÖVP erklärt Generalsekretär Othmar Karas, daß die ÖVP für eine Stärkung der Gemeinden in Europa und eine Erweiterung der Kompetenzen des Ausschusses der Regionen beim Rechtsetzungsverfahren und bei der Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips eintritt.
30. Abg. Edeltraud Gatterer spricht sich für eine generelle Aufhebung des Nachtarbeitverbotes für Frauen aus.

Juni 1996

2. Die Landtagswahlen im Burgenland bringen der SPÖ deutliche Verluste (-3,6% / -1 Mandat). Die ÖVP verliert leicht (-2,2% / +/- 0 Mandat). Die FPÖ verzeichnet deutliche Gewinne und zieht erstmals in die Landesregierung ein (+4,8% / +1 Mandat). Bundesparteiobmann Wolfgang Schüssel gratuliert dem ÖVP Spitzenkandidaten Gerhard Jellasitz zu diesem guten Ergebnis.

3. Bundesparteioobmann Wolfgang Schüssel präsentiert die ÖVP-Kandidaten für die EU-Wahl am 13. Oktober: Ursula Stenzel (Journalistin), Karl Habsburg (Land- und Forstwirt), Reinhard Rack (Universitätsprofessor), Agnes Schierhuber (Bäuerin), Paul Rübig (Schmied und Unternehmer), Hubert Pirker (Erziehungswissenschaftler), Marelies Flemming (Juristin); weiters treten an: Dietmar Bachmann, Gottfried Feurstein und Michael Spindelegger.

11. Die Volkspartei stellt im Rahmen eines Europa-Picknicks ihre Kandidaten für die Wahlen zum Europäischen Parlament vor. Ursula Stenzel führt die Liste der ÖVP-Kandidaten an.

11. Im Rahmen einer Pressekonferenz mit Vizekanzler Wolfgang Schüssel gibt Wirtschaftsminister Johannes Ditz seinen Rücktritt bekannt. Bis 1. Juli bleibt Ditz noch im Amt.

12. Zum zweiten Jahrestag der EU-Volksabstimmung präsentiert die ÖVP in Maria Enzersdorf ihr Europamanifest. Es wird erneut unterstrichen, daß der Weg Österreichs in die EU untrennbar mit dem österreichischen Europakurs der ÖVP verbunden ist.

16. Vizekanzler Bundesparteioobmann Wolfgang Schüssel stellt bei einer Pressekonferenz den Nachfolger des zurückgetretenen Wirtschaftsministers Johannes Ditz vor. Der bisherige stellvertretende Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich, Johann Farnleitner, wird Ditz folgen.

18. Bundesparteioobmann Wolfgang Schüssel fordert, daß der Bezug arbeitsloser Einkommen wegfallen muß, falls dafür nicht bestimmte Leistungen erbracht werden.

18. ÖAAB-Bundesobmann Josef Höchtl verzichtet auf sein Einkommen als wissenschaftlicher Beamter an der Wirtschaftsuniversität Wien. Höchtl wird in den Medien wegen seines Arbeitsloseneinkommens massiv angegriffen.

19. Bundesparteioobmann Wolfgang Schüssel erklärt, daß der wirtschafts-

politische Kurs der ÖVP unter dem neuen Wirtschaftsminister Farnleitner fortgesetzt wird. Farnleitner wird sich für mehr Flexibilisierung bei der Ladenöffnung, die Entbürokratisierung für Klein- und Mittelbetriebe und für die Exportförderung einsetzen.

20. Klubobmann Andreas Khol kritisiert, daß die Bundesstaatsreform, die seit Jahren inhaltlich ausverhandelt und den Ländern versprochen ist, nicht länger aufgeschoben werden darf. SPÖ-Klubobmann Kostelka zielt mit neuen Vorschlägen auf eine völlige Neuverhandlung der Bundesstaatsreform ab.

26. ÖVP und SPÖ einigen sich auf ein Finanzierungspaket für die Krankenkassen. Vorgesehen sind u.a. ab 1.10. die Einführung einer Krankenscheingebühr von 50 Schilling (3,63 €) (mit Ausnahme für sozial Schwache und Langzeitkranke), die Erhöhung der Rezeptgebühr von 35 auf 42 Schilling (von 2,54 auf 3,05 €) sowie eine Beitragserhöhung in der Krankenversicherung für Pensionisten um 0,25% auf 3,75%.

Juli 1996

2. Familienminister Martin Bartenstein setzt ein wirksames Mittel gegen Gewalt in der Familie durch. Im Ministerrat wird ein neues Gesetz (mit Wegweiserecht und Rückkehrverbot gegen den Gewalttäter) für den besonderen Schutz von Kindern beschlossen.

3. Der Vorsitzende der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Rudolf Schwarzböck weist darauf hin, daß Österreich europaweit die höchsten Tierschutzstandards hat. Das Einhalten der strengen österreichischen Bestimmungen wird aber nicht honoriert, denn die heimischen Rinderbauern müssen für ihre Tiere trotz vorbildlicher Nutztierhaltung die extrem niedrigen Preise fürs Fleisch hinnehmen. Schwarzböck fordert die Europäische Union daher auf, strengere Regelungen für umwelt- und tiergerechtere Produktionsmaßstäbe zu setzen.

4. Wirtschaftsminister Johann Farnleitner teilt mit, daß das Gründungssparen mit 1. Juli 1996 in Kraft getreten ist. Das Gründungssparen soll Anreiz für Unternehmensgründungen sein.
8. Bei einer Pressekonferenz sprechen sich die ÖVP-Spitzenkandidaten für die EU-Wahl im Oktober, Ursula Stenzel, und Bundesparteibobmann Wolfgang Schüssel für einen sanften Übergang der osteuropäischen Staaten in die EU aus. Einerseits ist es unverantwortlich diese Länder auf eine lange Warteliste zu setzen, andererseits dürfe ein EU-Beitritt nicht zu schnell erfolgen. Durch einen schnellen Beitritt ergeben sich z.B. erhebliche Probleme in der Landwirtschaft bzw. für das Landwirtschaftsbudget. All diese Dinge müssen in den Beitrittsverhandlungen zuerst abgeklärt werden, so Schüssel.
9. Das neue Bezügegesetz für Politiker wird im Nationalrat beschlossen.
10. Als eine interessante Option für Österreichs Sicherheitspolitik bezeichnet Außenminister Wolfgang Schüssel die Westeuropäische Union (WEU). Ein künftiges europäisches Sicherheitsmodell kann de facto nur auf die bestehenden Strukturen aufbauen, auf WEU, das Nordatlantikbündnis NATO und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).
17. ÖAAB-Bundesobmann Josef Höchtl kündigt seinen Rücktritt als Chef des Arbeiter- und Angestelltenbundes an.
18. Unterrichtsministerin Elisabeth Gehr soll bis zum außerordentlichen Bundesstag als geschäftsführende Obfrau dem Arbeiter- und Angestelltenbund vorstehen.
21. Familiensprecherin Abg. Sonja Moser erklärt, daß jene Leistungen, die in der Familie erbracht werden und gleichzeitig der Gesellschaft zugute kommen, durch mehr Steuergerechtigkeit und mehr Entlastung der Familien besser unterstützt werden sollen.
26. Der Fraktionsführer der ÖVP im Gesundheitsausschuß, Abg. Günther Leiner, tritt für die rasche Einführung

einer Gesundheits-Chipkarte ein, auf der nicht nur Krankenversicherungs-, sondern auch Gesundheitsdaten gespeichert werden sollen. Diese Erneuerung bringt nach Meinung Leiners Kosteneinsparungen, mehr Transparenz, Verwaltungsvereinfachung, und eine bessere Betreuung von Patienten durch Ärzte, Versicherungsanstalten und Apotheken.

29. In Reaktion auf den chinesischen Atomtest unterstreicht Staatssekretärin Benita Ferrero-Waldner die dringende Notwendigkeit, einen umfassenden Atomteststoppvertrag zustande zu bringen. Ferrero-Waldner erklärt weiters, daß Österreich Atomversuche ablehnt.
30. Um den Anschluß an die europäische Entwicklung der Kommunikationsinfrastruktur nicht zu verpassen und um nicht die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden, fordert Generalsekretär Othmar Karas Verkehrsminister Scholten auf, die 3. GSM-Lizenz so rasch wie möglich zu vergeben.
31. Unterrichtsministerin Elisabeth Gehr setzt sich für die Aufwertung der Hauptschule ein. Mit dem "Schwerpunkt Hauptschule" soll eine bessere Akzeptanz und besseres Image erreicht werden. Gedacht ist dabei an Spezialisierungen, etwa durch Fremdsprachen.

August 1996

2. Zur Debatte über NATO und Neutralität betont Außenminister Wolfgang Schüssel, daß Sicherheit nur mehr im Verbund gewährleistet werden kann. Weiters erklärt Schüssel, daß Österreich der Solidargemeinschaft, die im Kräftedreieck EU/WEU/NATO entsteht, in jeder Hinsicht vollberechtigt angehören sollte.
2. Die interimistische ÖAAB-Chefin Unterrichtsministerin Elisabeth Gehr kündigt eine Initiative zur steuerlichen Entlastung der Familien an.
13. Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat präsentiert die ÖVP-Initiative "Franz

von Assisi". Diese Initiative setzt sich für eine europaweite Verbesserung der Tierschutzstandards und gegen Massentierhaltung ein. Die EU-Spitzenkandidatin Ursula Stenzel fordert ein europaweites Verbot für die Boxenhaltung von Kälbern, für die Batteriehaltung von Hühnern sowie strenge Regelungen für den Tiertransport.

September 1996

14. EP-Abg. Agnes Schierhuber setzt sich für eine einheitliche europaweite Tierschutzregelung ein. Aufgrund der internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen kann die Wahrung der Tierrechte nicht mehr bloß Angelegenheit eines einzelnen Staates sein.

21.-23.:

Die im Oktober stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament sind ein Thema der Wanderung des Bundesparteivorstandes in Bad Aussee. Vizekanzler Wolfgang Schüssel und EP-Spitzenkandidatin Ursula Stenzel geben eine Vorschau auf die inhaltlichen Schwerpunkte der ÖVP-Europapolitik im Herbst.

22. Der Bundesvorstand und die EU-Kandidaten tagen in Bad Aussee. Die ÖVP soll bei den Europaparlamentswahlen Europapartei Nr.1 werden.

22. Verkehrssprecher Abg. Helmut Kukacka fordert eine Verschärfung der Überwachung des Straßenverkehrs. Dem Punktführerschein steht die ÖVP skeptisch gegenüber, weil dadurch neuer bürokratischer und finanzieller Aufwand entsteht.

23. ÖAAB-Generalsekretär Walter Tancsits kritisiert die Pläne der SPÖ zur Abschaffung der Mitversicherung von Kindern und Ehefrauen. Dadurch werden die Krankenkassen nicht saniert, sondern Familien werden weiter geschwächt.

30. Vizekanzler Wolfgang Schüssel präsentiert gemeinsam mit Ursula Stenzel und Abg. Morak eine CD mit Märchen aus EU-Ländern. Mehr als 100 Kinder freuen sich bei Präsentation im Theatermuseum über die prominenten Märchenerzähler.

1. Der ÖVP-Delegationsleiter im Europäischen Parlament, Reinhard Rack, fordert die österreichischen Schulen auf, sich mehr mit Europa auseinanderzusetzen und die Chancen und Möglichkeiten zu nützen, die die EU im Rahmen von verschiedenen Ausbildungsprogrammen wie das Sokrates- oder das Leonardo-Programm anbietet.

4. Der bayerische Innenminister Beckstein ist Gast einer Diskussionsveranstaltung der Freunde der Sicherheit. Thema ist die Stärkung der Inneren Sicherheit durch eine bessere Koordination auf europäischer Ebene.

6. Vizekanzler Wolfgang Schüssel erinnert bei der Auftaktveranstaltung der ÖVP zur EP-Wahl an das leidenschaftliche und historisch getragene Bekenntnis der Volkspartei zu einem gemeinsamen Europa. Schüssel plädiert für einen selbstbewussten österreichischen Weg in Europa, der Österreich zum starken Partner im europäischen Einigungsprozess macht.

8. Sicherheitssprecher Abg. Paul Kiss wertet als erste Pflicht der Gesellschaft den Schutz der Kinder vor Schändung und Pornographie. Kiss fordert in diesem Zusammenhang strenge Strafen und eine Aufklärungsoffensive in Medien und Schulen.

10. Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat fordert, daß gentechnisch manipulierte Lebensmittel unbedingt gekennzeichnet werden sollen. Die österreichische Regierung mit Landwirtschaftsminister Molterer an der Spitze macht sich für eine umfassende und präzise Information der Verbraucher stark.

12. Staatssekretärin Benita Ferrero-Waldner erklärt, daß die österreichische EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 1998 eine große Herausforderung für die Republik sein wird.

14. Bernhard Görg wird mit 90% der Delegiertenstimmen als Landesobmann der Wiener ÖVP wiedergewählt. Zu seinen Stellvertretern werden gewählt:

Walter Strobl mit 90%, Wolfgang Ulm mit 84%, Adolf Tiller mit 91,7% und Maria Rauch-Kallat mit 81,9% der Delegiertenstimmen.

14. Abg. Paul Kiss fordert eine umfassende Steuerreform noch in dieser Legislaturperiode, die einen gerechten Ausgleich für die Familien bringt. Ein steuerliches Existenzminimum für alle im Haushalt zu versorgenden Familienmitglieder ist ein absolutes Minimum für einen gerechten Ausgleich.
14. EP-Spitzenkandidatin Ursula Stenzel und der Vorsitzende der ÖVP-Städteplattform und Bürgermeister von Innsbruck, Herwig van Staa, betonen bei einer Veranstaltung der ÖVP-Städteplattform in Wien das Bekenntnis der ÖVP zu einem subsidiären Europa. In den Städten und Regionen Europas liegt, so Stenzel, die Stärke einer Politik, die ihren Sitz im Leben der Menschen hat. Das europäische Projekt braucht, so Van Staa, die Einbindung und starke Stimme der Städte und Regionen in der Entwicklung der politischen Schwerpunkte der Union.
16. ÖAAB-Landesobmann Abg. Paul Kiss präsentiert neue Maßnahmen im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit: Das österreichische Steuerrecht soll die Lohnnebenkosten entlasten. Der Faktor Arbeit soll verbilligt werden, wodurch neue Beschäftigungsverhältnisse angeregt werden können.
17. Vizekanzler Wolfgang Schüssel präsentiert das "Soziale Manifest" der ÖVP, das die Entwicklung einer sozialen Union in Europa fordert. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im deutschen Bundestag, Wolfgang Schäuble, sieht im Bekenntnis zur Solidarität einen zentralen Wert christ-demokratischer Europapolitik.
18. Umweltminister Martin Bartenstein zeigt am Beispiel des Sauren Regens, der zu 90% aus dem Ausland kommt, daß Umweltfragen in zunehmendem Ausmaße nur international zu lösen sind. Ebenso kann man im Bereich des Klimaschutzes nur global eine Verbesserung erzielen. Die EU ist im Vergleich zu den USA in vielen Fragen ein Vorreiter bei Umweltfragen, so Bartenstein.
19. Die ab 1999 geplante Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ist aus Sicht von Vizekanzler Außenminister Wolfgang Schüssel absolut sinnvoll und notwendig. Dieses Projekt ist zu begrüßen. Es kann sich daraus eine Leitwährung der Welt neben dem US-Dollar entwickeln.
20. Wirtschaftssprecherin Abg. Ingrid Tichy-Schreder erklärt, daß sich die ÖVP seit jeher für Vollbeschäftigung eingesetzt hat. Die Politik ordnet die Rahmenbedingungen, die Unternehmen schaffen die Arbeitsplätze. Die Senkung der Lohnnebenkosten, ein radikaler Abbau von Bürokratie und eine Verwaltungsreform sichern den Wirtschaftsstandort Österreich und seine Arbeitsplätze.
23. Justizsprecherin Abg. Maria Fekter fordert eine Wirtschaftsverträglichkeitsprüfung von Gesetzen. Die Folgekosten der Gesetze, welche den Unternehmen bei der Umsetzung erwachsen, sollen berücksichtigt werden.
24. Der Seniorenobmann von Oberösterreich, Josef Ratzenböck, unterstreicht, daß die EP-Kandidatin und stellvertretende Obfrau des Seniorenbundes, Marlies Flemming, als Vorkämpferin der älteren Generation in Europa arbeiten wird.
26. Außenminister Wolfgang Schüssel erklärt bei einer Diskussion mit den Außenministern Polens, Ungarns und Sloweniens, daß eine EU-Osterweiterung die europäische Wettbewerbsfähigkeit durch einen größeren Binnenmarkt, eine bessere Nutzung der Ressourcen, niedrige Arbeitskosten und mehr Investitionsmöglichkeiten stärkt.
29. Der ÖVP-Delegationsleiter im Europäischen Parlament, Reinhard Rack, setzt sich im Rahmen einer regionalpolitischen Tagung in Brüssel für die Stärkung der Rolle der Regionen in Europa durch erweiterte Mitgestaltungsmöglichkeiten der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften ein.
30. Der Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich, Abg. Günter Stummvoll, begrüßt die Pläne des

Wirtschaftsministers Johann Farnleitner zur Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Betriebsanlagen im Rahmen einer Novelle zur Gewerbeordnung.

Oktober 1996

2. Bei einer Veranstaltung des ÖAAB in Wien fordert der Sicherheitsexperte der ÖVP und EP-Kandidat Hubert Pirker in seinem Referat die aktive Mitgestaltung Österreichs beim europäischen Sicherheitssystem. Österreich kann immer schwerer alleine für seine Sicherheit sorgen und auf die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen antworten. Österreich muß in der Partnerschaft mit Europa ein neues Friedens- und Verteidigungssystem mitgestalten.
3. Der Vorarlberger Landeshauptmann Martin Purtscher fordert von Bundeskanzler Franz Vranitzky die Umsetzung der Bundesstaatsreform.
8. Der frühere Außenminister Alois Mock und der Sicherheitsbeauftragte der ÖVP in Europafragen, Hubert Pirker, fordern die rasche Ratifizierung der EUROPOL-Konvention durch alle EU-Länder.
10. Bundesparteiobmann Vizekanzler Wolfgang Schüssel urgiert eine Regierungsklausur, um mit dem Regierungspartner grundsätzliche Weichen für die anstehenden wichtigen Entscheidungen bis zum Jahresende vorzubereiten.
11. Beim Wahlkampffinale der ÖVP unterstreicht Vizekanzler Schüssel die Rolle der ÖVP als Europapartei und Reform-Motor.
13. Die ÖVP wird bei den ersten Wahlen der Abgeordneten zum Europäischen Parlament stimmen- und mandatsstärkste Partei (29,65% / 7 Mandate), knapp gefolgt von SPÖ (29,15% / 6 Mandate) und FPÖ (27,53% / 6 Mandate). Die Grünen erreichen 6,81% / 1 Mandat und das Liberale Forum 4,26% / 1 Mandat.
13. Bei den Wiener Gemeinderatswahlen rutscht die SPÖ erstmals unter die 40%-Marke (39,15% / 43 Mandate), die FPÖ legt stark zu (27,94% / 29 Mandate), die ÖVP verliert neuerlich (15,1% / 15 Mandate, das LIF (7,95% / 6 Mandate) zieht erstmals in den Gemeinderat ein und erreicht mehr Stimmen, aber ein Mandat weniger als die Grünen (7,94% / 7 Mandate).
13. Bei den Gemeinderatswahlen in St. Pölten verteidigt die SPÖ trotz Stimmenverlusten die absolute Mehrheit (56,43% / 25 Mandate), die ÖVP verliert leicht (21,21% / 9 Mandate), die FPÖ gewinnt leicht (12,15% / 5 Mandate), die Grünen halten ihre Position (5,15% / 2 Mandate) und das LIF schafft den Einzug ins Stadtparlament 3,64% / 1 Mandat).
13. Aufgrund der Nachwahlen zur Nationalratswahl verliert die ÖVP ihr 53. Mandat an die FPÖ, die jetzt 42 Nationalratssitze hält.
17. Abg. Ingrid Tichy-Schreder begrüßt die Pläne des Wirtschaftsministers Johann Farnleitner forschungsintensive Klein- und Mittelbetriebe mit Hilfe der Außenhandelsdelegierten in Österreich anzusiedeln sowie die angekündigte Neustrukturierung der staatlichen Austrian Business Agency (ABA). Das Ziel der ABA ist unter anderem, die Ansiedlung neuer industrieverarbeitender Gewerbe- sowie Dienstleistungsunternehmen und die Erweiterung und Sicherung bestehender Unternehmen zu fördern.
- 21./22.:
Die Klubklausur der ÖVP findet in Telfs statt und steht unter dem Motto: "Wir arbeiten für Österreichs Zukunft". Zu den zahlreichen in einzelnen Arbeitskreisen ausgearbeiteten Punkten gehört ein Reihe von Gesetzesinitiativen, die mit 1.1.1997 in Kraft treten sollen. Es sind dies u.a. die erweiterten Fahndungsmethoden, die Zivildienstreform, das Integrationspaket sowie ein Kabel- und Regionalradiogesetz. Weiters strebt die ÖVP eine Reform der Gewerbeordnung mit dem Ziel an, daß Gesellen ohne aufwendiges Bewilligungsverfahren einen Kleinstbetrieb

mit bis zu drei Mitarbeitern eröffnen können.

November 1996

24. Familienminister Martin Bartenstein kündigt einen 2.000,- Schilling (145,35 €) Mutter-Kind-Paß-Bonus zusätzlich zum Angebot der kostenlosen Vorsorgeuntersuchungen für schwangere Mütter mit Kleinkindern an, damit die hohen Untersuchungsstandards erhalten bleiben.
25. Anlässlich des Nationalfeiertages fordert Verteidigungsminister Werner Fasslabend in einem Tagesbefehl, daß Österreich am Aufbau eines europäischen Sicherheitssystems aktiv mitarbeiten muß. Im heutigen Europa ist aktive Mitarbeit, Integration und Solidarität gefragt.
30. Im Ministerrat ist das von Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrler ausgearbeitete Schulpaket beschlossen worden. Einige Bestimmungen lauten: Fortführung der Integration in der Sekundarstufe I, Lockerung des Werbeverbotes, Ausweitung der Schülermitbestimmung, Deregulierung, Reform der Polytechnischen Schule etc.
30. Der Ministerrat beschließt das Gesetz zur Neuregelung der Ladenöffnungszeiten, das mit 1.1.1997 in Kraft tritt. Der Entwurf sieht im Handel eine längere generelle Rahmen-Öffnungszeit von 66 Wochenstunden vor. Weiters wird beschlossen, daß nun auch neben der großzügigen Regelung der Öffnungszeiten in Fremdenverkehrsgebieten per Verordnung liberalere Öffnungszeiten in Gebieten von besonderem volkswirtschaftlichen Interesse (Tourismus) erlassen werden können.
31. Sozialsprecher Abg. Gottfried Feurstein erklärt, daß für die ÖVP eine Anrechnung des ersten Krankentages auf den Urlaub und Abschaffungen oder Verlegungen von Feiertagen auf das Wochenende nicht in Frage kommt. Viel wichtiger ist es Überlegungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen anzustellen, kritisiert Feurstein.
1. Günter Burkert tritt das Amt des Direktors der Politischen Akademie der ÖVP an.
7. ÖVP-Frauenchefin Abg. Rosemarie Bauer erteilt den Plänen des Minister Hums, Alleinverdiener bei der Krankenversicherung künftig stärker zur Kasse zu bitten, eine klare Absage. Es ist familienfeindlich, Alleinverdienerfamilien mehr Belastungen aufzuladen als Familien, in denen beide Partner einer außerhäuslichen Erwerbstätigkeit nachgehen.
6. Jugendminister Martin Bartenstein stellt eine neue Broschüre vor, die über Sekten und pseudoreligiöse Gruppierungen informiert. Die Broschüre soll über mögliche Gefahren für Familien und die Gesellschaft aufklären.
12. Die Regierung einigt sich bei einer Klausur am Tulbinger Kogel u.a. auf die Liberalisierung der Gewerbeordnung, Erleichterungen bei Betriebsgründungen, eine neue Zivildienstregelung und eine zusätzliche Technologiemilliarde. Wichtige Themen wie Arbeitszeitflexibilisierung, Nacharbeit und Lehrlingsfonds bleiben ohne Einigung.
13. Der steirische EP-Abg. Reinhard Rack wird zum Vizepräsidenten der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament gewählt. Dadurch werden der Einfluß der ÖVP und ihre Mitgestaltungsmöglichkeiten im EU-Parlament gestärkt.
14. Beim Miliztag in Salzburg erklärt Bundesparteiobermann Außenminister Wolfgang Schüssel mit Verteidigungsminister Werner Fasslabend, daß er sich für die Erneuerung der Ausrüstung des Bundesheeres einsetzen wird. Weiters betont Schüssel, daß neben der Säule der Neutralität die Säule der Solidarität hochgezogen werden soll.
15. Der Sicherheitssprecher der Wiener ÖVP, Gemeinderat Matthias Tschirf folgt mit 80,2% der Delegiertenstimmen als Landesobmann des ÖAAB dem Abg. Walter Schwimmer nach.

17. Bei den Kärntner Landwirtschaftskammerwahlen erhöht der Kärntner Bauernbund den Stimmenanteil um 1,1% auf 46,7%. 88,5 Prozent der Bauern und Bäuerinnen sprechen sich für die Pflichtmitgliedschaft aus.

19. Familienminister Martin Bartenstein hat sich mit Frauenministerin Helga Konrad über die weitere Vorgangsweise für die Vergabe der Mittel - 1,2 Milliarden Schilling (87,21 Mill. €) für zwei Jahre zum Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen geeinigt. Dadurch soll eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht werden. Das Geld wird für den Bau von Gebäuden sowie für die Verbesserung und Ausweitung der Öffnungszeiten bzw. für die Installierung von Tagesmüttern verwendet.

19. Außenminister Wolfgang Schüssel bezeichnet die Unterzeichnung des Sicherheitsabkommens mit der Westeuropäischen Union (WEU) als "weiteren Schritt in der Fortentwicklung des Verhältnisses Österreichs zu den europäischen Sicherheitsinstitutionen" und als "neue Qualität in der Zusammenarbeit". Österreich unterstreicht damit die Bereitschaft zur solidari-schen Mitwirkung am Aufbau einer europäischen Sicherheitsarchitektur.

20. Im Anschluß an den Ministerrat nach der Regierungsklausur vom 12. November erklärt Bundesparteiobmann Wolfgang Schüssel, daß bereits wesentliche Punkte des Arbeitsprogramms umgesetzt worden sind wie Arbeitnehmerschutz-, Zivildienst-, Waffen- und Mediengesetz. Das Mediengesetz erleichtert das Betreiben von Radio- und Kabel-TV-Stationen.

22. Verteidigungsminister Werner Fasslabend wird vom ÖAAB-Bundesvorstand einstimmig als neuer Bundesobmann vorgeschlagen.

27. Die Delegationsleiterin der Volkspartei in EP, Ursula Stenzel, teilt mit, daß es zu einer Einigung im Vermittlungsausschuß des EU-Parlaments über eine europaweite Gen-Kennzeichnung gekommen ist.

Dezember 1996

1. Im Zuge der Präsentation des SPÖ-Positionspapiers über Außen- und Sicherheitspolitik hofft der außenpolitischer Sprecher der ÖVP, Abg. Michael Spindelegger, auf eine offene Diskussion über die sicherheitspolitische Zukunft Österreichs.

3. EP-Abg. Agnes Schierhuber fordert im Landwirtschaftsausschuß des Europäischen Parlamentes eine europaweite Kennzeichnung für biologisch erzeugtes Fleisch, um das durch die BSE-Krise erschütterte Vertrauen der Verbraucher wiederzugewinnen.

5. Am Rande des Bundesparteivorstandes erklärt Landeshauptfrau Waltraud Klasnic, daß mit den neuen Ladenöffnungszeiten sich nun die Möglichkeit für Familienbetriebe bietet, auch am Sonntag offenzuhalten, wenn es die Landeshauptleute genehmigen.

5. Abg. Karl Freund erklärt, daß die im Innenausschuß des Parlaments beschlossene Fassung des neuen Waffengesetzes zu begrüßen ist. Freund begrüßt die Meldepflicht, die verpflichtende Verlässlichkeitsprüfung (mit weitreichenden Ausnahmen), die Einführung der Abkühlphase sowie die zahlenmäßige Beschränkung von Waffen für Einzelpersonen. Die ÖVP hat sich beim Waffengesetz im Innenausschuß koalitionsintern durchgesetzt.

5. Wirtschaftskammerpräsident Leopold Maderthaner präsentiert im Rahmen einer Pressekonferenz die Reform der Wirtschaftskammer. Ab 1.1.1997 wird das Biennalsystem für neue Mitarbeiter ersatzlos abgeschafft. An die Stelle des Pensions-Zuschuß-Systems soll eine noch genauer zu definierende Pensionskasse eingerichtet werden. Zudem werden die erreichbaren Gehaltsobergrenzen um bis zu 25 Prozent reduziert.

9. Der in Paris präsentierte OECD-Bildungsreport 1996 stellt der österreichischen Schulqualität ein sehr gutes Zeugnis aus. Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrler freut sich, daß Österreich den internationalen Vergleich im

Bildungsbereich nicht zu scheuen braucht. Dies ist ein Auftrag, das Schulsystem auch künftig intensiv und konsequent weiterzuentwickeln und Innovationen zu fördern.

9. Am Vortag des Tages der Menschenrechte kritisiert der Menschenrechtsexperte Abg. Josef Höchtel, daß noch immer in 95 Staaten die Todesstrafe vorgesehen ist. Das ist ein eklatanter Bruch des Grundrechtes auf Leben. Höchtel fordert die Weltgemeinschaft auf, die betroffenen Länder auf Abschaffung der Todesstrafe zu drängen.
13. Der designierte ÖAAB-Bundesobmann Werner Fasslabend kritisiert die geplante Übernahme der CA durch die Bank Austria. Das ist keine Privatisierung sondern bestenfalls eine Kommunalisierung und damit Umverstaatlichung. Der ÖAAB setzt sich demgegenüber für eine Verbesserung der Bankenstruktur ein, welche die Rahmenbedingungen für die österreichische Wirtschaft verbessert. Diese braucht im internationalen Vergleich leistungskräftigere Banken und keine regionalen Monopolisierungen.
18. Die ÖVP bringt im Parlament einen Antrag zur Novellierung des Ermächtigungsgesetzes zum Verkauf der Bundesanteile der Creditanstalt aus dem Jahr 1991 ein. Durch die Novelle soll sichergestellt werden, daß es sich bei diesen Privatisierungen des Bundes um echte Privatisierungen handelt. Der Gesetzesantrag lautet: Eine Veräußerung dürfe weder an eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, insbesondere nicht an Gebietskörperschaften, noch an von Gebietskörperschaften betriebene Unternehmen oder an Unternehmen, an denen Gebietskörperschaften unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, erfolgen.
20. Im Beisein von Wirtschaftsminister Farnleitner und Landeshauptmann Wendelin Weingartner erfolgt der Spatenstich für das größte Umfahrungsprojekt in Tirol. Mit dem etwa 7 Kilometer langen Tunnel der Südumfahrung von Landeck soll die Verkehrsbelastung für die Bevölkerung verringert werden.

30. Abg. Ridi Steibl spricht sich gegen ein automatisches gemeinsames Sorgerecht beider Elternteile im Falle einer Scheidung aus.

Jänner 1997

1. Das Familienlastenausgleichsgesetz wird novelliert. Ein Mutter-Kind-Paß-Bonus von 2000 Schilling (145,35 €) soll zusätzlich zu den kostenlosen Vorsorgeuntersuchungen einen Anreiz für die Mutter-Kind-Paß-Untersuchungen schaffen.
1. Die Österreichischen Bundesforste werden in der Form einer AG ausgegliedert. Die Österreichische Bundesforst-AG wird treuhänderisch mit der Bewirtschaftung und Verwaltung betraut.
2. Generalsekretär Othmar Karas zieht eine sehr positive Bilanz über die österreichische EU-Mitgliedschaft. Die wirtschaftlichen Eckdaten zeigen eine dynamische und gleichzeitig überaus stabile wirtschaftliche Entwicklung. Bei gleichbleibend niedriger Inflation sind die Investitionen aus dem In- und Ausland in Österreichs Wirtschaft stark angestiegen.
- 6.-8.:
Das mediale Interesse beim Dreikönigstreffen der ÖVP in Goldegg konzentriert sich auf die Causa CA-Privatisierung. Die ÖVP präsentiert konkrete Vorschläge für eine echte und nachhaltige Privatisierung der CA. Sie stützt sich dabei auf eine breite Mehrheit der Bevölkerung, die eine Umstaatlichung der CA in die Hände der Bank Austria ohne eine wirkliche Privatisierung ablehnen.
8. Die ÖVP stellt bei ihrem Dreikönigstreffen ein Modell zur Neuordnung der Familienbesteuerung vor. Für armutsgefährdete Familien sieht die ÖVP eine Negativsteuer von 2000,- Schilling (145,35 €) vor. Die ÖVP strebt ein steuerliches Existenzminimum für jedes Familienmitglied an - und zwar durch fixe Absetzbeträge sowie die Anhebung des Alleinverdiener- und Alleinerzieherabsetzbetrages. Im einzelnen will die ÖVP die Absetzbeträge für

Steuerpflichtige um jeweils 400,- Schilling/Monat (29,07 €) anheben. Damit gäbe es künftig für das erste Kind 750,- Schilling (54,50 €) (dzt. 350,- Schilling [25,44 €]) für das zweite Kind 925,- Schilling (67,22 €) (dzt. 525,- Schilling [38,15 €]) und für das dritte 1.100,- Schilling (79,94 €) (700,- Schilling [50,87 €]).

10. Der Staatsvertrag zur Schaffung des Nationalparks Kalkalpen wird von Umweltminister Martin Bartenstein und vom oberösterreichischen Landeshauptmann Josef Pühringer unterzeichnet.

11. Verteidigungsminister Werner Fasslabend wird von den Delegierten des 21. Außerordentlichen ÖAAB-Bundestages mit 98,2% der Stimmen zum neuen ÖAAB-Bundesobmann gewählt. Er folgt Josef Höchtel, der im Juli 1995 zurückgetreten ist.

12. ÖVP und SPÖ einigen sich doch noch in der Frage der CA-Privatisierung. Die Bank Austria übernimmt die Bundesanteile der CA um 17,161 Mrd. Schilling (1,25 Mrd. €), die CA bleibt dessen ungeachtet für die Dauer von fünf Jahren selbständig. Innerhalb dieser fünf Jahre zieht sich die Stadt Wien schrittweise aus der Bank Austria zurück und reduziert ihren Einfluß unter die Sperrminorität von 25%, die oberhalb dieser Schwelle liegenden Stimmrechte gehen mit sofortiger Wirkung an die Treuhänder über. Ein weiterer Abbau auf einen Anteil unter 20 Prozent ist im sechsten Jahr vorgesehen. Die Stadt Wien haftet weiterhin für die Schulden des Instituts, doch bezahlt die Bank Austria hierfür künftig eine Prämie. Die Republik Österreich wird ihren neunzehnprozentigen Anteil an diesem Institut noch im laufenden Jahr über die Börse veräußern.

14. Bundesparteiobmann Wolfgang Schüssel betont in der Sondersitzung des Nationalrates, daß er keine Parteipolitik in der Wirtschaft möchte.

14. Die ÖVP stärkt ihre Mitgestaltungsmöglichkeiten im Europäischen Parlament: EU-Abg. Ursula Stenzel wird Vorsitzende des gemischten parlamentarischen Ausschusses EU-Polen.

EP-Abg. Paul Rübig übernimmt den Vizevorsitz des parlamentarischen Ausschusses EU-Parlament Slowakei. Damit setzt die ÖVP als größte österreichische Delegation im EU-Parlament einen klaren Schwerpunkt in der Osteuropapolitik, sagt Stenzel.

18. Bundeskanzler Franz Vranitzky legt sein Amt sowie den SPÖ-Vorsitz nieder. Sein Nachfolger wird der bisherige Finanzminister Viktor Klima. Neuer Finanzminister wird der bisherige Wiener Finanzstadtrat Rudolf Edlinger. Wolfgang Ruttenstorfer wird neuer Staatssekretär im Finanzministerium. Staatssekretär Karl Schlögl löst Caspar Einem als Innenminister ab, Einem wird Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Verkehr, Rudolf Scholten scheidet aus der Regierung aus. Der Bereich Kunst wird aus dem Ministerium ausgegliedert, hierfür ist künftig der Staatssekretär im Bundeskanzleramt Peter Wittmann zuständig. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird mit dem Gesundheitsministerium zusammengelegt. Es wird künftig von Eleonore Hostasch geleitet, Franz Hums scheidet aus. Zur neuen Frauenministerin wird Barbara Pramer ernannt.

19. Der Tiroler Landeshauptmann Wendelin Weingartner erwartet sich vom Wechsel an der SPÖ-Spitze eine Politik der größeren Beweglichkeit, wie z.B. bei jenen Fragen der Flexibilisierung der Arbeitszeit.

20. Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat und Generalsekretär Othmar Karas begrüßen den Rücktritt von Bundeskanzler Franz Vranitzky und hoffen, daß die Phase der Unsicherheit und Blockade vorbei ist. Von Viktor Klima erhofft sich die ÖVP konsequente Reformbereitschaft und einen neuen Stil im Umgang der Koalitionspartner miteinander. Das stark angeschlagene Vertrauen der ÖVP gegenüber der SPÖ muß wieder aufgebaut werden.

21. Die ÖVP feiert zehn Jahre Regierungsbeteiligung.

22. Generalsekretär Othmar Karas fordert den designierten Bundeskanzler Vik-

tor Klima auf, die sozialistische Blockade gegen den Föderalismus und ein gelebtes Subsidiaritätsprinzip zu beenden und die Bundesstaatsreform raschest umzusetzen.

- 24.1. Die Sektenbroschüre des Familienministeriums "Sekten - Wissen schützt" erfreut sich eines großen Interesses, teilt Familienminister Martin Bartenstein mit. Es sind bereits 50.000 Exemplare geordert worden und man veranlaßt eine Neuauflage.

- 26.1. Bei den Landwirtschaftskammerwahlen in Oberösterreich muß der oberösterreichische Bauernbund geringe Stimmenverluste hinnehmen. 89,9% der Bauern und Bäuerinnen sprechen sich für die Beibehaltung der Pflichtmitgliedschaft aus. Angesichts der großen Umwälzungen und Neustrukturierungen in der Landwirtschaft ist das Ergebnis jedoch mehr als akzeptabel, erklärt Bauernbundpräsident Georg Schwarzenberger.

- 29. Bauernbundpräsident Abg. Georg Schwarzenberger fordert mehr finanzielle Unterstützung für den ländlichen Raum von der neuen Bundesregierung. Nachdem die Hälfte der Bevölkerung im ländlichen Raum lebt, muß auch ein dementsprechender Geldfluß in diesen Raum stattfinden.

Februar 1997

- 3. Michael Fischer wird mit der Leitung der Organisationsabteilung in der ÖVP-Bundespartei betraut.
- 4. Wirtschaftskammerpräsident Leopold Maderthaner spricht sich für die Beibehaltung der Handelsdelegierten im EU-Raum aus. Anfragen österreichischer Firmen sind seit dem EU-Beitritt um über 30% gestiegen.
- 4. Abg. Josef Höchtel appelliert an die Sozialpartner, dringend ein Paket zur Steigerung der Lehrplätze zu entwickeln, um den Mangel an Ausbildungsplätzen zu beheben und um die Lehrplatzsuchenden nicht irgendwohin abzuschieben, sondern in die betriebliche und schulische Ausbildung zu integrieren.

- 7. Wirtschaftskammer-Generalsekretär Abg. Günter Stummvoll verlangt angesichts der Rekordarbeitslosigkeit von fast 302.000 Menschen ein Maßnahmenpaket aus vorgezogenen Investitionsvorhaben, der Beschleunigung von Betriebsgenehmigungen, der Technologiemilliarde, einer erleichterten Eigenkapitalstärkung für die Firmen sowie wirksame Qualifikationsprogramme, zu denen auch mehr Mittel vom Arbeitsmarktservice (AMS) des Sozialministeriums kommen sollten.

- 10. Die Staatssekretärin im Außenministerium, Benita Ferrero-Waldner, spricht sich erneut für ein völliges Verbot von Anti-Personen-Minen aus.

- 14. ÖAAB-Generalsekretär Walter Tancsits fordert noch in dieser Legislaturperiode eine Steuerreform. Österreich braucht eine Steuerentlastung, die in erster Linie auf die Beseitigung der Ungerechtigkeiten bei der Besteuerung von Familienerhaltern gerichtet werden muß.

- 17. Die Lichtenfelser Dialoge beschäftigen sich mit den Anforderungen an ein zukunftsorientiertes Bildungssystem. Unterrichtsministerin Gehrler spricht sich für eine bessere Durchlässigkeit im Bildungssystem, eine stärkere Begabtenförderung und ein Überdenken der Bildungsfinanzierung aus.

- 18. ÖAAB-Bundesobmann Werner Fasslabend begrüßt die Sozialpartnereinigung über die Flexibilisierung der Arbeitszeiten.

- 18. Abg. Ridi Steibl begrüßt die Einigung über die Flexibilisierung der Arbeitszeit. Dadurch sollen aber nicht nur Arbeitsplätze gesichert sondern auch neue geschaffen werden.

- 19. Vizkanzler und Bundesparteiobmann Wolfgang Schüssel erzielt mit Bundeskanzler Viktor Klima Einigung über eine rasche Medienliberalisierung. Die Beschlußfassung des neuen Kabel- und Satellitenrundfunkgesetzes soll spätestens Anfang 1998 erfolgen.

- 19. Vizkanzler Wolfgang Schüssel nimmt bei einer Veranstaltung der Freunde des 21. Jahrhunderts zum Thema

"Jenseits der Globalisierungsfalle" zur Herausforderungen der Globalisierung und den Chancen für den Standort Österreich Stellung.

23. Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat begrüßt die Pläne des ÖAAB-Bundesobmannes Werner Fasslabend zum Thema Jugendbeschäftigung. Die Idee, jungen Menschen einen "Start-job" in der Wirtschaft oder im öffentlichen Dienst anzubieten, ist zu unterstützen.

24. Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat erklärt, daß die ÖVP der Motor für die Regierungsarbeit ist. Das Budgetkonsolidierungsprogramm für 1996 und 1997, die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten und der Arbeitszeiten tragen klar und deutlich eine ÖVP-Handschrift.

24. Klubobmann Andreas Khol kritisiert den Plan des SPÖ-Klubobmannes Kostelka, der die Bundesstaatsreform neu verhandeln will, obwohl diese Reform sowohl vom Bundeskanzler als auch vom Vorsitzenden des Landeshauptleute-Konferenz unterzeichnet worden ist.

26. Die ÖVP Oberösterreich erstellt die Kandidatenliste für die Vorwahl zur Landtagswahl im kommenden Oktober. Es gibt insgesamt 191 Kandidaten, ein Drittel davon sind Frauen.

März 1997

4. Abg. Alois Mock erklärt, daß dank der Politik von Vizekanzler Wolfgang Schüssel Österreich die Konvergenzkriterien erfüllt. Weiters bekennt Mock sich klar zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU).

5. Die ÖVP-Landesgeschäftsführer treffen sich zu einer zweitägigen Klausur in St. Christoph am Arlberg.

5. Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat erklärt, daß die ÖVP geschlossen hinter dem freien Sonntag steht und sich somit gegen die Wünsche der SPÖ stellt. Der Sonntag hat einen nicht zu unterschätzenden gesellschaftspoliti-

schen und sozialen Stellenwert, stellt Rauch-Kallat fest.

5. Der ÖAAB-Bundesvorstand startet die Initiative "ÖAAB - Starke Frauen für Österreich".

7. Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat fordert in einem Pressefrühstück zum Internationalen Frauentag endlich Maßnahmen gegen Einkommensunterschiede zwischen Mann und Frau zu setzen. Sie möchte die Diskussion rund um das Thema "geschlechtsunabhängige Arbeitsbewertung" ankurbeln.

8. ÖAAB-Frauenkonferenz unter dem Motto "Starke Frauen für Österreich" im Wiener Metropol mit ÖAAB-Obmann Dr. Werner Fasslabend, seiner Stellvertreterin Elisabeth Gehr, ÖVP-Delegationsleiterin im EP Ursula Stenzel, Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat, Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic sowie US-Botschafterin Swanee Hunt. Im Mittelpunkt stehen Forderungen nach einer besseren Vereinbarkeit von Arbeitswelt und Familie, nach Chancengleichheit in der Berufswelt, nach sozialer Grundsicherung, nach einer Bildungsoffensive für Frauen und nach mehr Frauen in und für die Politik.

9. Bezüglich der Schulpolitik wird die ÖVP-Linie durch eine IFES-Meinungsumfrage bestätigt. Der SPÖ-Plan einer Gesamtschule wird lediglich von 8% der 2000 Befragten unterstützt, währenddessen 61% der Befragten hinter der ÖVP-Position einer Trennung von Hauptschule und Gymnasium eintritt, stehen.

9. Die ÖVP konnte bei den Gemeinderatswahlen in Kärnten das Ergebnis von 1991 im großen und ganzen halten.

10. Fachtagung: "Frauenlohn unter der Lupe", Politische Akademie mit Abgeordneten zum Nationalrat Rosemarie Bauer und EP-Abgeordneten Hubert Pirker und Volksanwältin Ingrid Korošec. Bei dieser Fachtagung werden Ursachen der unterschiedlichen Bewertung der Arbeit zwischen Männern und Frauen analysiert und Maß-

nahmen diskutiert wie dem Ungleichgewicht der Frauen- und Männerlöhne entgegengewirkt werden kann.

10. ÖVP-Kultursprecher Abg. Franz Morak diskutiert bei einer Veranstaltung der Freunde des 21. Jahrhunderts gemeinsam mit Experten über neue Formen der Kulturfinanzierung und das Verhältnis Kunst und Staat.
11. Bei der ÖVP-Veranstaltung in Innsbruck "Frauenvolksbegehren - (K)eine Chance" erklärte Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat das Frauenvolksbegehren nicht mittragen zu können. Einige Punkte des Frauenvolksbegehrens wie die gesetzlich garantierte Teilzeitarbeit bis zum Schuleintritt des Kindes könne sie als verantwortungsvolle Politikerin nicht unterschreiben, erklärte Rauch-Kallat.
13. ÖVP und SPÖ einigen sich auf die Novellierung der Ausländergesetze nach dem Grundsatz "Integration vor Zuwanderung".
16. Bei der Landwirtschaftskammerwahl verteidigt der Tiroler Bauernbund seine eindrucksvolle Position mit annähernd 90 Prozent in der Bauernkammer und mit fast 95 Prozent in der Landarbeiterkammer. Der Bauernbund stellt somit 18 der 20 Mandate. In der Landarbeiterkammer entfallen alle 14 Mandate auf die ÖVP-Fraktion.
17. In Wien tagt der Bundesparteivorstand der ÖVP. Themen sind u.a. das Integrationspaket, die Einigung über die Bezügepyramide und die Vorbereitung der Novellierung der Gewerbeordnung.
17. ÖVP-Kultursprecher Franz Morak und die Freunde d. 21. Jahrhunderts laden zur zweiten Veranstaltung im Rahmen der Vortragsreihe "Kunst-Subvention-Markt".
17. Diskussionsveranstaltung der ÖVP-Frauenoffensive zum Thema "Vorsorge statt Fürsorge", Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat, Frauenchefin Abgeordnete Rosemarie Bauer, Abgeordnete Gertrude Brinek, präsentierten den Inhalt der ÖVP-Frauenoffensive: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gesicherte Altersversorgung und Bildungs Offensive.
18. Bundesparteibmann Wolfgang Schüssel begrüßt die Reform der Gewerbeordnung, die Entbürokratisierung und Liberalisierung vorsieht. Schüssel lobt Wirtschaftsminister Johann Farnleitner, der wichtige Reformen wie die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten, das Anlagenrecht, das Lehrlingspaket und nun die Gewerbeordnung durchgebracht hat.
20. Generalsekretär Othmar Karas betont, daß das neue, im Parlament beschlossene Kabel- und Satellitenrundfunkgesetz und Regionalradiogesetz ein großer Erfolg der ÖVP ist. Die Mediengesetze tragen deutlich die Handschrift der ÖVP.
20. Generalsekretär Othmar Karas begrüßt die vom Ministerrat verabschiedete Novelle der Gewerbeordnung, die den Zugang zum Gewerbe vereinfacht und so neue Betriebsgründungen ermöglicht. Die neue Gewerbeordnung sichert auch die hohe Qualität des österreichischen Gewerbes und damit auch die Qualität der Berufsausbildung.
23. Harald Scheucher (ÖVP) gewinnt in Klagenfurt die Bürgermeister-Stichwahl gegen Siegfbert Metelko (SPÖ) souverän.
26. Beim EU-Außenministertreffen fordert Außenminister Wolfgang Schüssel, daß der Tierschutz im EU-Vertrag verankert werden soll. Nur wenn innerhalb Europas die gleichen Rahmenbedingungen für den Schutz der Tiere festgelegt und auch eingehalten werden, macht das Ganze einen Sinn, betont Schüssel.
28. Frauenchefin Abg. Rosemarie Bauer begrüßt die Einigung von Verteidigungsminister Fasslabend mit Frauenministerin Prammer, Frauen ins Bundesheer aufzunehmen. Damit wurde endlich einer langjährigen Forderung der ÖVP entsprochen.

April 1997

1. Die von der ÖVP schon lange geforderte Flexibilisierung bei den Befristungen von Mietwohnungen, sowie die Libera-

- lisierung bei der Vermietung von Eigentumswohnungen tritt im Rahmen der Mietrechtsreform in Kraft. Die Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt sind positiv.
2. Der Landtag in Bregenz wählt mit 27 von 35 Stimmen Herbert Sausgruber (ÖVP) zum neuen Landeshauptmann. Sausgruber steht seit 1986 auch an der Spitze der ÖVP-Vorarlberg.
 4. Rund 900 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, darunter die Führungsspitze der ÖVP, kommen anlässlich der ÖVP-Mitarbeiterkonferenz aus allen Landesteilen in Salzburg zusammen, um Ideen für das nächste Jahrtausend zu erarbeiten und zu diskutieren. Bei der ÖVP-Mitarbeiterkonferenz in Salzburg präsentiert Vizkanzler Wolfgang Schüssel eine politische Grundsatzzpositionierung der Volkspartei. 1.000 Tage vor dem 1. 1. 2000 nennt Schüssel die Schaffung von Arbeit, ein glaubwürdiges europäisches Sicherheitssystem eine Politik für die Familien als zentrale Anliegen der Volkspartei.
 4. Bildungssprecher Abg. Josef Höchtl plädiert für die Einführung eines Schulbuch-Leihsystems. Dies hat einerseits einen Erziehungseffekt und wird von der Bevölkerung akzeptiert, andererseits wird ein wesentlicher Einsparungseffekt erzielt.
 4. Veranstaltung der ÖVP-Frauenoffensive "Was Frauen bewegt" im Wirtschaftspark in Götzis, Vorarlberg mit Landeshauptmann Herbert Sausgruber, Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat, Bundesministerin Elisabeth Gehrer, Abgeordnete Rosemarie Bauer und LR Eva Maria Waibl. Tenor der Veranstaltung: "Starke Frauen haben Bedenken gegen das Frauenvolksbegehren."
 7. Vizkanzler Wolfgang Schüssel skizziert im Rahmen einer Veranstaltung der Freunde des 21. Jahrhunderts zum Thema "999 Tage bis ins Jahr 2000" die Herausforderungen für Österreich in einem Europa des Wettbewerbs, der Innovation und der sozialen Verantwortung.
 9. ÖAAB-Bundesobmann Werner Fasslabend urgiert die Schaffung neuer

Lehrberufe, um die Situation auf dem Lehrlingsmarkt zu entspannen

14. ÖVP-Kultursprecher Abg. Franz Morak und die Freunde des 21. Jahrhunderts laden zu einer Diskussion zum Thema "Kunst-Subvention-Markt" in die Wiener Galerie Hilger. Aufgrund des grossen Interesses wird die Veranstaltung am 21. Und 28. April sowie am 26. Mai fortgesetzt.
14. Im Rahmen einer Veranstaltung der Lichtenfelser Dialoge präsentiert Staatssekretärin Ferrero-Waldner die Planungen und Vorbereitung für die im zweiten Halbjahr 1998 stattfindende österreichische EU-Präsidentschaft.
15. Verkehrssprecher Abg. Helmut Kukacka weist auf die offenen Probleme der österreichischen Telekom-Gesetzgebung hin und drängt nach einer raschen Lösung. Denn mit 1.1.1998 wird die EU-Richtlinie über die Liberalisierung der Telefonfestnetze in Kraft treten.
16. Sicherheitssprecher Abg. Paul Kiss erklärt, daß Österreich weiterhin von einer Liberalisierung im Suchtmittelbereich absehen wird. Der Grundsatz Therapie statt Strafe ist zu begrüßen. Gegen Dealer soll in Zukunft noch härter vorgegangen werden.
17. Der Nationalrat beschließt das Entsendegesetz, mit dem die Teilnahme Österreichs an internationalen Einsätzen zur Friedenssicherung bzw. an humanitären Maßnahmen und Katastrophenhilfen erleichtert wird. Es bildet die Grundlage für die Teilnahme Österreichs an UNO-Einsätzen und auch für die Mitwirkung an friedenssichernden Maßnahmen der OSZE und für Aktionen und Übungen im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden.
18. Im Rahmen des Symposiums des Familienministeriums über den Wert unbezahlter Arbeit meint Familienminister Martin Bartenstein, daß gewisse Einrichtungen des Sozialstaates nicht mehr zu finanzieren sind, wenn sie nicht von ehrenamtlichen Mitarbeitern mitgetragen wird. Bartenstein fordert eine bessere, soziale und gesellschaftliche Anerkennung des Ehrenamtes.

21. Aufgrund der grossen Interesses wird heute die Veranstaltungsreihe "Kunst-Subvention-Markt" mit einer Diskussion mit ÖVP-Kultursprecher Morak und dem Linzer Professor Rainer Metzger fortgesetzt.
23. Verteidigungsminister Werner Fasslabend verabschiedet den ersten Teil des österreichischen Kontingents für die internationale Albanien-Schutztruppe.
24. Wirtschaftsminister Johann Farnleitner fordert mehr wirtschaftsnahe Forschung ein. Förderungen für Betriebsansiedlungen ausländischer Unternehmen sollen in Hinkunft nur mehr an Unternehmen mit eigener Forschung vergeben werden.
26. Die ÖVP-Frauen halten in Kärnten ihren 12. Ordentlichen Landestag ab. Abg. Edeltraud Gatterer wird mit 96,6% der Stimmen erneut zur Frauenvorsitzenden der Kärntner Frauenbewegung gewählt.
28. Vizekanzler Schüssel und MEP Stenzel diskutieren mit Schülern des Wiener Schottengymnasiums zum Thema "Österreichs Zukunft in Europa".
28. Franz Morak setzt die Reihe "Kunst-Subvention-Markt" mit einer Diskussion mit Sotheby's Chefin Husslein fort.
29. Die Koalitionspartner ÖVP und SPÖ haben die Einführung der Berufsreifeprüfung beschlossen. Damit wird es Absolventen einer Lehre, einer zumindest dreijährigen Fachschule oder einer Krankenpflegeschule ermöglicht, nach Ablegung dieser Prüfung an einer Universität zu studieren.
30. Angesichts der prekären Lage des Lehrstellenangebotes für Jugendliche für den kommenden Herbst, verlangt Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrler ein offensives Jugendbeschäftigungsprogramm.
30. Im Streit um die Größe der EU-Kommission fordert Außenminister Wolfgang Schüssel, daß dort jedes Land vertreten sein muß, weil ansonsten die Glaubwürdigkeit der Kommission untergraben wird.

Mai 1997

1. Beim 1. Mai-Fest der ÖVP betont Verteidigungsminister Fasslabend die zentrale Bedeutung einer aktiven Beschäftigungspolitik für Österreich und Europa.
2. Der ÖAAB-Bundesobmann Werner Fasslabend und Gesundheitssprecher Abg. Erwin Rasinger stellen fest, daß der Gesundheitsbereich neben Telekommunikation und Technologie der Wachstumbereich schlechthin ist. Innerhalb von fünf Jahren können hier zusätzlich 33.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.
2. Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer fordert von der SPÖ, sich endlich vom Road Pricing zu verabschieden, weil dies zu einer erheblichen Verteuerung des Straßenverkehrs führt und zudem sozial ungerecht ist.
5. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Kunst-Subvention-Markt" lädt Franz Morak zu einer Diskussion zur Frage der Nutzung der Neuen Medien für Kunst und Kultur.
6. Die steirische Landeshauptfrau Waltraud Klasnic fordert im Bundesrat einen neuen Verteilungsschlüssel im Finanzausgleich. Nicht nur die Bevölkerungszahl soll Ausgangspunkt für die Aufteilung der Finanzmittel sein, es sollen auch grundsätzliche, bedarfsorientierte Faktoren in den Finanzausgleich einbezogen werden, um die unterschiedlichen Entwicklungen der Länderhaushalte auszugleichen. Die Solidarität zwischen den wirtschaftlich stärkeren und den wirtschaftlich schwächeren Bundesländern soll dadurch mehr betont werden.
10. Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat richtet einen Dank an die Mütter Österreichs und rechnet vor, daß diese durch Aufräumen, Einkaufen, Essen kochen, Geschirr und Wäsche waschen, Kleidung bügeln, Kinder versorgen, Großeltern pflegen etc. insgesamt eine Arbeit im Gegenwert von 980 Milliarden Schilling (71,22 Mrd. €) leisten.

12. Außenminister Wolfgang Schüssel überreicht UNO-Generalsekretär Kofi Annan einen Resolutionsentwurf für ein Verbot von Anti-Personenminen. Österreich setzt sich für einen weltweites Verbot ein.

12. Die Klausurtagung der ÖVP-Regierungsmitglieder steht unter dem Motto "Arbeitsplätze - Arbeitsmarkt". Gast ist der deutsche Nationalökonom Carl Christian von Weizsäcker.

14. Generalsekretär Othmar Karas tritt für die Senkung des Alters von 19 auf 18 Jahre zur Erreichung der Volljährigkeit ein.

15. Nach monatelangen Verhandlungen beschließt der Nationalrat das Bezügebegrenzungs-gesetz (Gehaltspyramide für Politiker). Klubobmann Andreas Khol lobt die Transparenz dieses Bezügesystems.

15. Ein Höchstmaß an wirksamer Sicherheit mit einer entsprechenden Beistandspflicht, nennt Bundesparteiobmann Vizkanzler Wolfgang Schüssel als vorrangige sicherheitspolitische Priorität. Die Einigung zwischen der NATO und Rußland in Sachen Ost-erweiterung ist die Geburtsurkunde für die Neue NATO. Österreich muß diese unendliche Chance sehen und nicht versäumen, betont Schüssel in der Rede zur Lage der Nation.

15. In seiner Rede zur Lage der Nation kündigt Vizkanzler Wolfgang Schüssel die Einrichtung einer Denkwerkstatt Österreich-Zukunftsreich ein. Praktiker und Experten werden eingeladen, über Parteigrenzen hinweg über die zentralen Zukunftsherausforderungen nach-zudenken und aus ihrer Expertise und Erfahrung Lösungsvorschläge und in-novative Modelle für die erfolgreiche Bewältigung dieser Herausforderun-gen zu erarbeiten.

20. Sozialsprecher Gottfried Feurstein kritisiert den Plan des Bundeskanzlers Klima geringfügig Beschäftigte in die Sozialversicherungspflicht generell ein-zubeziehen, weil sich das als arbeits-platzvernichtend auswirken würde.

26. Bei einer Pressekonferenz betont Ge-neralsekretär Othmar Karas, daß Öster-

reich auch bei einem NATO-Beitritt atomwaffenfrei bleiben wird.

26. Bereits zum neunten Mal lädt Franz Morak im Rahmen der Veranstaltungs-reihe "Kunst-Subvention-Markt" zu einem Diskussionsabend ein.

27. ÖVP und SPÖ einigen sich auf die volle Privatisierung der Bank Austria inner-halb von 6 Jahren.

31. Bildungssprecher Abg. Josef Höchtl tritt für eine Werteerziehung sei es im Rahmen eines Religionsunterrichts oder sei es im Rahmen eines Ethik-unterrichts ein. Höchtl betont, daß rei-nes Sachwissen für die Zukunft nicht ge-nügen wird. Eine Werteerziehung ist für die Gesellschaft unverzichtbar.

Juni 1997

2. Bei den Reformverhandlungen der EU-Außenminister stellt Außenminister Wolfgang Schüssel klar, daß Öster-reich künftige Militäraktionen, bei de-nen es sich nicht beteiligt, auch nicht mitfinanziert.

5. ÖAAB-Bundesobmann Werner Fassl-abend fordert ein Jugendbeschäfti-gungsprogramm für 5 Jahre. Die So-zialpartner sollen ein Jugendbeschäfti-gungspaket abschließen.

10. Bei der Abschlußpressekonferenz zur Regierungskonferenz in Rust sagt Au-ßenminister und Vizkanzler Wolfgang Schüssel, daß der Sparkurs für weite-re zwei Jahre fortgesetzt wird.

11. Die steirische Abg. Ridi Steibl begrüßt die Reform der Lehrlingsausbildung. Die Jugendbeschäftigung ist das wich-tigste Anliegen überhaupt, betont Steibl. Denn wenn junge Menschen keine Arbeit finden, sind menschliche Tragödien und Systemfrust eine mög-liche Konsequenz.

12. Familienminister Martin Bartenstein fordert eine Familiensteuerreform 1999. Bartenstein tritt für die steuerli-che Entlastung der Familien ein. Mit der Erhöhung der bestehenden Kin-derabsetzbeträge um 400 Schilling monatlich (29,07 €) und der Erhöhung

des Alleinverdiener- und Alleinerzieherabsetzbetrages von 5.000 auf 8.840 Schilling (von 363,36 auf 642,43 €) wird dieses Ziel erreicht. Dies soll auch als Signal für den hohen Stellenwert der Familie in unserer Gesellschaft verstanden werden.

12. Der Nationalrat beschließt die neue Gewerbeordnung. Bürokratische Hemmnisse werden abgebaut. Wirtschaftssprecherin Abg. Ingrid Tichy-Schreder begrüßt die neue Gewerbeordnung und erhofft sich davon, daß Jungunternehmer zur Selbständigkeit angeregt werden.
13. Der ÖVP-Parlamentsklub hat den Entwurf für die Einführung moderner Ermittlungsmethoden mit überwältigender Mehrheit befürwortet.
16. Vizekanzler Schüssel lädt zu einem Geburtstagsfest für die Hausdame und Kulturlady der ÖVP, Inge Faseth, in das Theater-Museum.
20. Außenminister und Vizekanzler Wolfgang Schüssel zieht eine positive Bilanz des EU-Gipfels in Amsterdam. Der beschlossene Stabilitätspakt bedeutet grünes Licht für den Euro. Im Vertrag sind die soziale Verantwortung und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit jetzt gleichberechtigt. Der Euro macht die europäische Einigung unumkehrbar. Schüssel sagt weiters, daß die EU-Osterweiterung in jedem Fall kommt.
23. Vizekanzler Wolfgang Schüssel erläutert bei einer Veranstaltung der Freunde des 21. Jahrhunderts zum Thema "Österreichs Wettbewerbsfähigkeit und der Euro" die Leitlinien und Ziele einer Stabilitäts- und Wachstumspolitik im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.
24. Wohnbausprecher Abg. Walter Schwimmer kritisiert die Pläne des Finanzministers Edlinger zur Kürzung der Bausparförderung. Schwimmer tritt für keine weitere Verschlechterung des Bausparens ein, weil dies unsozial ist.
25. Im Rahmen einer Sitzung des Bundesparteivorstandes formuliert Vizekanz-

ler Schüssel die Eckpunkte einer Reform des Pensionssystems, die das hohe soziale Niveau der Pensionen in Österreich langfristig sichern soll.

30. Mehr als 1.000 Gäste genießen das Sommerfest der ÖVP an der Politischen Akademie, das ganz im Zeichen Europas steht.

Juli 1997

1. Die Reform der Gewerbeordnung tritt in Kraft. Ein weiterer Schritt in Richtung Deregulierung wird gesetzt, um bessere Voraussetzungen bei der Genehmigung und Gründung von Unternehmen und Betriebsanlagen zu schaffen.
1. Das neue Waffengesetz tritt in Kraft. Sicherheitssprecher Abg. Paul Kiss lobt dieses Gesetz als strenges und modernes Instrument für die Kontrolle von Waffen.
1. Eine ÖVP-Klubenquete zum Thema "Gewalt in den Medien" wird abgehalten.
4. Im Zusammenhang mit der Sicherung der Pensionen auch für die Jugend betont Generalsekretär Othmar Karas die Wichtigkeit, private Eigenvorsorge zu unterstützen. Für die zukünftige Aufrechterhaltung unseres Sozialsystems wird Eigeninitiative immer wichtiger sein.
9. Abg. Jakob Auer freut sich, daß der langjährigen ÖVP-Forderung unter bestimmten Voraussetzungen 15-jährigen das Lenken eines Mofas zu erlauben, im Nationalrat Rechnung getragen worden ist.
14. Die ÖVP hat mit einem Beschluß des Bundesparteivorstandes ihre Position für den NATO-Beitritt Österreichs im Gegensatz zur SPÖ klar dargelegt. Die ÖVP spricht sich weiters für eine rasche Fertigstellung des Optionenberichtes der Bundesregierung aus. Außenminister Schüssel sagt, daß es wichtig ist, daß die gesamte Bundesregierung hinter dem Bericht steht.

24. In der Sitzung des Bundesrates wird der niederösterreichische Politiker Alfred Schöls auf das Bundesratsmandat angelobt, das nach dem Abgang von Herbert Schambeck freigeworden ist. Herbert Schambeck tritt in den Ruhestand.

25. Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat stellt fest, daß die ÖVP eine wesentliche Besserstellung der Frauen durch die höhere Bewertung der Kindererziehungszeiten für ihre Pensionszeiten erreicht hat. Die Bemessungsgrundlage wird von derzeit 6500 (472,35 €) auf 8100 Schilling (588,65 €) (fiktives Einkommen während der Erziehungszeit) angehoben und ist in Zukunft an die Valorisierung der Ausgleichszulage gekoppelt. Zudem gibt es die volle Sozialversicherung für Familienmitglieder, die Angehörige pflegen.

28. Der Ministerrat beschließt die Entwürfe für das Doppelbudget 1998/99.

August 1997

1. Das UniStG (Universitäts-Studiengesetz) tritt in Kraft. Die von Ex-Wissenschaftsminister Busek eingeleitete Universitätsreform orientiert sich an den Prinzipien der Autonomie und De-regulierung.

1. Der oberösterreichische Landeshauptmann Josef Pühringer stellt das Programm der Oberösterreichischen Volkspartei vor, das Oberösterreich ins 21. Jahrhundert führen soll.

5. Bildungssprecher Abg. Josef Höchtel fordert, die Erstausbildung zu verkürzen und die lebensbegleitende Ausbildung zu intensivieren.

6. ÖVP-Minderheitensprecherin Abg. Ridi Steibl fordert die Vereinfachung von Adoptionen.

20.-22.:

Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen ist das Hauptthema bei der Bundesparteivorstandswanderung der ÖVP in Windischgarsten. Voraussetzung dafür ist, so Vizekanzler Schüssel, ein zukunftsorientiertes Bild-

ungs- und Ausbildungssystem anzubieten und das duale Ausbildungssystem nachhaltig zu stärken.

22. Verkehrssprecher Abg. Helmut Kukacka fordert mehr Planquadrat und höheren Überwachungsdruck auf Österreichs Straßen. Vor allem muß bei den tatsächlichen Unfallursachen angesetzt und verstärkt verursacherbezogene Unfallbekämpfung betrieben werden.

27. Bundesparteiobermann Wolfgang Schüssel stellt klar, daß an der Pensionsreform kein Weg vorbei führt. Die Pensionsreform sollte auf einer möglichst breiten Basis beschlossen werden. Es müssen immer mehr Mittel für die Pensionsaufwendungen von anderen Bereichen abgezweigt werden. Diese Mittel fehlen bei Investitionen für die Zukunft z.B. in Bildung, Forschung, Technologie, Infrastruktur etc.

September 1997

1. Als dringend geboten begrüßt Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat die angekündigte Neuregelung von Justizminister Michalek bezüglich der Sterilisation geistig behinderter Menschen.

2. Regierung und Sozialpartner einigen sich auf den 1.1.1998 als Datum des Inkrafttretens der Pensionsreform.

4. Bei der Landestagung der "Jungen Wirtschaft Oberösterreich" erklärt Bundesparteiobermann Wolfgang Schüssel, daß die politischen Institutionen verändert werden müssen, damit man der Individualisierung der modernen Gesellschaft gerecht wird. Wichtig dafür sind die neuen Wege der Kommunikation bzw. die moderne elektronische Technologie.

9. Vizekanzler Wolfgang Schüssel erreicht im Ministerrat, daß infolge der Verabschiedung des Umsatzsteuergesetzes 1994 100 Mio. Schilling (7,27 Mill. €) für einen Gesundheitsvorsorgefonds zur Verfügung gestellt werden. Diese 100 Mio. Schilling (7,27 Mill. €) kommen aus der Einfuhrumsatzsteuer von Importzigaretten. Damit ist die

For-derung der ÖVP nach mehr Infor-mation und Aufklärung über Gesundheitsfragen erfüllt worden.

13. Bei der Eröffnung der September-akademie in der Julius Raab-Stiftung verlangt Bundesminister Martin Barten-stein, die Globalisierung auch als Chan-ce zu sehen. Europa ist eine der mög-lichen Antworten auf die Globalisierung und man sollte Möglichkeiten für eine Globalisierung der Menschenrechte nüt-zen, so Bartenstein.
13. Ein zweitägiges Symposium zum The-ma "Lobby für Kinder" wird im Palais Harrach veranstaltet. Themen der Ver-anstaltung sind Kinder und Begabung, Kinder und Kultur, Kinder und Medi-en, sowie Kinder und Demokratie.
14. Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat betont beim Symposium "Lob-by für Kinder - Leben und Erleben der Zukunftsgeneration", daß Kinder in der Gesellschaft noch immer zu wenig Ge-hör finden und in politischen Entschei-dungen noch nicht die Rolle spielen, die ihnen zusteht.
14. ÖVP-Kultursprecher Abg. Morak und die Freunde des 21. Jahrhunderts la-den zu einem Fest für Jörg Mauthe.
19. Exekutivsprecher Abg. Günther Plat-ter warnt vor der geplanten personel-len Einsparung bei der Gendarmerie. Eine Personalreduktion geht zu Lasten der Sicherheit der Bevölkerung.
23. Generalsekretär Othmar Karas erklärt beim Rat der Europäischen Volkspartei, daß eine Osterweiterung der Europäi-schen Union ein wichtiger Schritt für Frieden, Sicherheit und Stabilität ist.
29. Für ein zweites Standbein für die Pen-sionen spricht sich ÖAAB-Landesob-mann Abg. Paul Kiss aus. Die für die Abfertigungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter notwendigen Beträge der Unternehmen sollen in Pensionskassen einbezahlt werden.

Oktober 1997

2. Vor der Abreise zur Unterzeichnung des EU-Vertrages nach Amsterdam er-

klärt Außenminister und Bundespartei-obmann Wolfgang Schüssel, daß durch den Vertrag Beschäftigung und Umweltschutz zu zentralen Anliegen der Gemeinschaft werden. Ein weite-erer Erfolg für Österreich ist die Aufwer-tung des "Ausschusses der Regio-nen". Das Ziel der verbesserten Mit-wirkungsmöglichkeiten der EU-Regio-nen und insbesondere der österreichi-schen Bundesländer konnte realisiert werden.

3. Bei der Vollversammlung des neu-gegründeten Seniorenrates bekräftigt Bundesparteiobmann Wolfgang Schüs-sel im Zuge der Pensionsreform, daß be-stehende Pensionen nicht angetastet werden. Weiters erklärt Schüssel, daß auch in den kommenden Jahren Pen-sionen selbstverständlich ansteigen werden.
5. Die Kommunalwahlen im Burgenland bringen keine großen Veränderungen.
5. Bei den Landtagswahlen in Oberöster-reich verliert die ÖVP geringfügig (42,7% / 25 Mandate), die SPÖ deut-lich (27% / 16 Mandate). Die FPÖ er-reicht 20,6% / 12 Mandate, die Grü-nen (5,8% / 3 Mandate) schaffen im Gegensatz zum Liberalen Forum (1,8% / 0 Mandate) den Einzug in den Landtag.
7. Wirtschaftsminister Johann Farnleitner gibt bekannt, daß im Rahmen der Exportoffensive der Bundesregierung zwei Asien-Fonds zur Gründungs-finanzierung von Joint-ventures instal-liert werden. Die Fernost-Töpfe sollen den österreichischen "Minimultis" den Schritt in den asiatischen Raum erleich-tern und Exportsteigerungen auslösen.
8. Nach einem Besuch im Salzburger Hilfs-werk sagt Generalsekretär Othmar Karas, daß die ehrenamtliche und be-ruflische Pflege von Menschen eine stär-kere gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung verdient.
9. Klubobmann Andreas Khol teilt mit, daß das Budget 1998 und das damit ver-bundene Budget 1999 einen Schluß-punkt der sozialistischen Schuldenpolitik bedeutet. Der Stabilitätskurs ist endgül-tig gesichert.

10. Die Regierung beschließt die Pensionsreform. Die Durchrechnungszeiträume werden in allen Pensionssystemen, sondern ab 2003 bis zum Jahr 2020 schrittweise auf 18 Jahre angehoben. Damit gelingt eine langfristige Sicherung des Pensionssystems.

15. Abschluß der ÖVP-Klubklausur, die unter dem Motto "Unseren Kindern die Zukunft sichern - Ein Programm für Österreich" steht. Die Beratungen stehen im Zeichen von Zukunftsfragen, die in sieben Arbeitskreisen erörtert werden, und der von Klubobmann Andreas Kohl propagierten neuen Bürgersolidarität (Stärkung der Eigenverantwortung, der Solidarität und Toleranz; politische Vorhaben sollten einem "Werte- und einem Bürgertest" unterzogen werden).

16. Unterrichtsministerin Elisabeth Gehringer möchte zum Rechnen, Lesen und Schreiben vierte Kulturtechnik, den Umgang mit neuen Medien, in den Schulen etablieren. Das Unterrichtsministerium wird 200 Mill. Schilling (14,53 Mill. €) in den Ausbau der neuen Medien investieren; davon 150 Mill. Schilling (10,90 Mill. €) in die Computerausstattung.

17. In Fortsetzung der 1992 eingeleiteten Heeresreform will Verteidigungsminister Werner Fasslabend die Organisation des Bundesheeres straffen und die Armee durch die Auflösung des Korpskommandos III kompakter gestalten. 2.000 Planstellen sollen in den kommenden Jahren eingespart werden. Rund 100 Mill. Schilling (7,27 Mill. €) hofft man allein bei den Betriebskosten jährlich einzusparen.

20. Bundesparteiobmann Wolfgang Schüssel und Familienminister Martin Bartenstein begrüßen das Urteil des Verfassungsgerichtshofes (VfGH) zur derzeitigen Familienbesteuerung. Die ÖVP sieht ihre langjährige Forderung nach mehr Steuergerechtigkeit für Familien mit dem Erkenntnis des VfGH bestätigt. Kinder sind nicht nur eine Privatangelegenheit, sondern auch durch den Staat zu fördern.

22. Der Bundesparteivorstand bestätigt das Verhandlungsergebnis zur Pensionsreform.

24. Bundesparteiobmann Vizekanzler Wolfgang Schüssel schließt Steuererhöhungen zur Finanzierung der Reform der Familienbesteuerung kategorisch aus. Durch das steigende Wirtschaftswachstum sind Mehreinnahmen des Staates zu erwarten. Auf diesem Weg ist die Familienreform zu finanzieren.

27. Vizekanzler Wolfgang Schüssel unterstreicht bei einer Veranstaltung der Freunde des 21. Jahrhunderts zum Thema "Neue Technologien - Investitionen und Arbeit für die Zukunft" die Bedeutung einer aktiven und innovativen Forschungs- und Technologiepolitik für die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich

November 1997

4. Bundesparteiobmann Vizekanzler Wolfgang Schüssel teilt mit, daß die Exportoffensive der Bundesregierung hervorragend läuft. Im Bereich der Exportwirtschaft wird ein Zuwachs von 11-12 Prozent erwartet.

4. Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat begrüßt den im Ministerrat verabschiedeten Beschluß, das Bundesheer auch für Frauen - auf freiwilliger Basis - zu öffnen. Damit wird einer langjährigen Forderung der ÖVP entsprochen und die Chancengleichheit für Frauen am Arbeitsmarkt wird erneut erweitert.

4. Justizsprecherin Abg. Maria Fekter fordert anläßlich des Richtertages, die Opferrechte verstärkt auszubauen. Konkreten Handlungsbedarf gibt es z.B. beim Informationsrecht des Opfers, bei der Vernehmung des Opfers in Abwesenheit des Verdächtigen, bei Therapiemöglichkeiten für Verbrechensoffer oder bei einer anwaltlichen Vertretung des Verbrechensoffers.

6. In weitgehender Übereinstimmung begrüßen die Spitzen des Österreichischen Seniorenrates die zustande gekommene Einigung über die Pensionsreform. Dadurch wird ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung der Zukunft der Pensionssysteme geleistet. Die Vertreter der Senioren begrüßen die Zusage, in bestehende Rechte nicht einzugreifen.

10. Landwirtschaftsminister Wilhelm Molterer besteht darauf, daß die ÖBB-Beamten in die Harmonisierung der Pensionssysteme einbezogen werden. Wie bei allen anderen Beamten muß es auch bei den ÖBB einen Durchrechnungszeitraum mit der vereinbarten Deckelung der Verluste geben.

12. Die Ministerien für Umwelt und Landwirtschaft richten einen Ökoenergiefonds für Biomasse- und Biogasanlagen ein. Dabei werden Mittel in der Höhe von 150 Mill. Schilling (10,90 Mill. €) zur Förderung von Biomasse/Biogas gemeinsam aufgebracht.

17. Bei einem Betriebsbesuch in der Firma Dietzel-Univolt unterstreicht Vizekanzler Schüssel die Bedeutung von Flexibilisierung, Innovation und neuen Gründerinitiativen für eine nachhaltige Stärkung der kleineren und mittleren Unternehmen in Österreich. Bundesparteiobermann Wolfgang Schüssel zieht eine erfolgreiche Halbjahresbilanz. Aufgrund der "Richtungswahl" von 1995 konnte das Budgetdefizit auf 2,5% des BIP (Neuverschuldung) gesenkt werden, und Österreich ist dadurch nicht nur eurofit sondern auch wettbewerbsfähiger und wirtschaftlich stabiler geworden.

17. Für die Delegationsleiterin im Europäischen Parlament, Ursula Stenzel, ist die Frage der atomaren Sicherheit besonders wichtig und sie fordert von den Beitrittskandidaten vor der Aufnahme in die EU einen Ausstieg aus der Atomkraft.

17. Eine Präsentation der Arbeitskreise der Lobby für Kinder findet statt.

18. Bei der Sitzung der ÖVP-Landesgeschäftsführer unterstreicht Familienminister Bartenstein erneut die Forderungen der ÖVP nach einer Familiensteuerreform.

18. Vizekanzler Schüssel und Landeshauptmann Pröll laden zu einer "Schubertiade" in das Schloss Atzenbrugg.

19. Klubobmann Andreas Khol überreicht Innenminister Schlögl den ÖVP-Vorschlag zur Novellierung des Staatsbürgerschaftsrechts. In Zukunft sollen

Grundkenntnisse der deutschen Sprache und der österreichischen Kultur, der wichtigsten Bürgerrechte und Bürgerpflichten Voraussetzung für die Verleihung der Staatsbürgerschaft sein.

19. Der Präsident der Bundeswirtschaftskammer, Abg. Leopold Maderthaner erklärt, daß die Wirtschafts- und Währungsunion eine wichtige Grundlage für ein starkes Europa ist. Die WWU bringt mehr Stabilität, Berechenbarkeit, fairen Wettbewerb und Transparenz.

20. Bei der Bundesratssitzung werden für die ÖVP aufgrund des Ausgangs der oberösterreichischen Landtagswahlen drei neue Bundesräte angelobt. Die bisherigen Bundesräte Anton Hüttmayr und Gerhard Tusek wechseln in den Landtag. Aufgrund der Wahlarithmetik gewinnt die ÖVP ein Bundesratsmandat dazu.

21. Klubobmann Andreas Khol spricht sich gegen die Verbürokratisierung des Vereinsrechtes aus. Er kritisiert wie die ÖVP-Landeshauptleute die SPÖ-Pläne für ein neues Vereinsrecht.

24. Veranstaltung "Die gläserne Decke" im Journalismus mit Ingrid Scheithauer, Frankfurter Rundschau, Hotel De France. Top-Journalistinnen diskutieren das Phänomen der gläsernen Decke im Journalismusbereich.

27. Der Bundesparteivorstand unterstützt die Wiederkandidatur von Bundespräsident Thomas Klestil.

Dezember 1997

2. Das von der FPÖ initiierte Euro-Volksbegehren bezeichnet Generalsekretär Othmar Karas als Flop für die FPÖ und für Jörg Haider.

4. Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat fordert eine sachliche Diskussion über die Freisetzung genmanipulierten Saatgutes.

5. Der außenpolitische Sprecher der ÖVP, Abg. Michael Spindelegger, fordert, daß der Optionenbericht klare Empfehlungen der Bundesregierung ent-

halten soll. Ein Herumlaviieren in sicherheitspolitischen Fragen, wie es die SPÖ betreibt, ist unverantwortlich.

8. Bildungssprecher Josef Höchtel teilt mit, daß die Teilrechtsfähigkeit für die Bundesschulen im Nationalrat beschlossen wird. Die Bundesschulen sind nun in der Lage bereits im ersten Jahr 100 Mill. Schilling (10,90 Mill. €) an Mehreinnahmen zu lukrieren.
9. Abg. Walter Murauer sieht in der Ratifizierung der Europol-Konvention eine Voraussetzung zur wirksamen Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Das länderübergreifende Sammeln, Verarbeiten und Analysieren von relevanten Daten ist entscheidend bei einer effektiven Bekämpfung der internationalen Kriminalität.
10. Verkehrssprecher Abg. Helmut Kukacka bezeichnet den erzielten Kompromiß über die ÖBB-Pensionen als faire Lösung, die die Eisenbahner in die Harmonisierung der Pensionen miteinbezieht.
11. Abg. Ridi Steibl bezeichnet den Beschluß des Nationalrates über die Aufhebung des Nachtarbeitsverbotes für Frauen als einen Meilenstein in Richtung Gleichbehandlung.
12. Die 0,5 Promillegrenze wird beschlossen. Die ÖVP setzt durch, daß der Regreßanspruch von Versicherungen im Bereich von 0,5 und 0,8 Promille erst ab der 3. Übertretung innerhalb eines Jahres im Falle eines Unfalles gilt.
15. Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrer will einen offiziellen Bildungspaß für die österreichischen Lehrer einführen. Darin sollen Zusatzqualifikationen und Weiterbildungsaktivitäten aufgelistet sein.
16. Karl Pischl, langjähriger National- und Bundesrat, hat sein Bundesratsmandat zurückgelegt. Ihm folgt Wolfram Vindl in den Bundesrat.

Kraft getreten. Das Telekommunikationsgesetz ist die rechtliche Grundlage für die Liberalisierung (zugleich werden Rahmenbedingungen für den Marktzugang von neuen Telekommunikationsanbietern festgelegt). Der ÖVP konnte ihre Position durchsetzen, daß das Telekommunikationsgesetz nicht zu einem PTA Schutzgesetz wurde, sondern daß dieses Gesetz allen möglichen Bewerbern eine Chance bietet, am Telekommunikationsmarkt teilzunehmen.

5. Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat fordert, daß die SPÖ endlich ihre ideologischen Scheuklappen ablegt, damit das Verfassungsgerichtshofurteil, die Familien steuerlich zu entlasten, rasch umgesetzt werden kann.
9. Generalsekretär Othmar Karas erteilt den Plänen der SPÖ eine klare Absage, die Familiensteuerreform aus den Mitteln des Familienlastenausgleichsfonds zu finanzieren.
10. Generalsekretär Othmar Karas fordert eine umfassende Strommarktlösung; einerseits geht es um die möglichst rasche Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinie und andererseits um eine "Österreichische Lösung".
13. EP-Abg. Agnes Schierhuber macht sich im Europäischen Parlament für die Berggebiete und benachteiligten Gebiete stark. Der große Stellenwert des ländlichen Raumes muß auch in der Agenda 2000 klar verankert werden. Sie sagt weiters, daß die Osterweiterung nicht zu Lasten der heimischen Bauern gehen darf, und weist darauf hin, daß 150.000 österreichische Betriebe in einem benachteiligten Gebiet liegen und 70 Prozent der österreichischen landwirtschaftlichen Nutzfläche in die Kategorie benachteiligte Gebiete in der EU fallen.
15. Der Bundesobmann des Österreichischen Seniorenbundes, Stefan Knafl, gibt bei der 90. Bundesvorstandssitzung bekannt, daß der Österreichische Seniorenbund die Kandidatur Thomas Klestils unterstützt.

Jänner 1998

1. Die vollständige Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes ist in

16. In einer Pressekonferenz nach dem Bundesparteivorstand kritisiert ÖVP-

Chef Wolfgang Schüssel die Vorstellungen der SPÖ zur Heeresreform und die Abschaffung der Mehrkinderstaffel.

22. Mediensprecher Wilhelm Molterer teilt mit, daß sich die ÖVP beim koalitionsrären Mediengipfel für die ORF-Reform und für ein privates terrestrisches Fernsehen einsetzen wird.

28. Delegationsleiterin im Europäischen Parlament, Ursula Stenzel, teilt mit, daß das Europäische Parlament eine Mittelaufstockung des SOKRATES-Bildungsprogrammes um 70 Millionen ECU durchgesetzt hat. In dieser Frage setzt sich das Europäische Parlament gegen Kommission und Rat durch, die den Rotstift bei den Bildungsprogrammen ansetzen wollen.

29. Zweitägige Veranstaltung "Die Gläserne Decke" in der Politik, Gipfeltreffen der Bürgermeisterinnen und Vizebürgermeisterinnen, Politische Akademie

29. Vizekanzler Schüssel lädt zu einem multimedialen Zukunftsabend der Denkwerkstatt Österreich-Zukunftreich in das Technische Museum.

30. Verkehrssprecher Abg. Helmut Kukacka fordert die Beseitigung des de-facto-Monopols für Nachschulungen und verkehrspsychologischen Untersuchungen des Kuratoriums für Verkehrssicherheit. Durch neue Verordnungen vom Verkehrsministerium muß mehr Angebotsvielfalt und Auswahlmöglichkeit geschaffen werden.

Februar 1998

3. Neben der Steuerentlastung für die Familien fordert ÖAAB-Bundesobmann Werner Fasslabend ein umfassendes Familienpaket, um die Benachteiligungen der Familien auszugleichen.

10. Wirtschaftsminister Johann Farnleitner bereitet das Lehrlingspaket II vor. Die Kernpunkte des Pakets sind neue Lehrberufe, schlanker Berufsbilder, Prämien für Ausbildungsbetriebe, Stufenlehre, Startjobs und Betriebs-Ausbildungsgemeinschaften.

13. Im Vorfeld des Familienkongresses der ÖVP in Wiener Neustadt zeigt sich Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat erfreut über die soeben beschlossene Reform der Familienbesteuerung. Mit einem Volumen von 12,6 Milliarden Schilling (915,66 Mill. €) für die Familienförderung und weiteren 1,2 Milliarden (87,21 Mill. €) für die Kinderbetreuung ist ein wesentlicher Schritt zur materiellen Absicherung der Familien gesetzt worden.

18. Umweltsprecher Abg. Karlheinz Kopf warnt davor, durch die teilweise kaum differenzierte ablehnende Haltung gegenüber Gentechnik und Biotechnologie wird der Technologiestandort Österreich gefährdet.

20. Generalsekretär Othmar Karas erklärt, daß für die ÖVP eine Änderung beim erst kürzlich verschärften Waffengesetz nicht in Frage kommt. Karas verurteilt die Pläne von Innenminister Schlögl, eine Waffensteuer einzuleben.

24. Außenminister und Vizekanzler Wolfgang Schüssel stellt fest, daß die volle Teilnahme Österreichs an der Wirtschafts- und Währungsunion gesichert ist.

25. ÖAAB-Bundesobmann Werner Fasslabend erklärt, daß Österreich europaweit die höchste Beschäftigungsrate hat. Um diesen Weg fortsetzen zu können, muß ein Beschäftigungsprogramm erarbeitet werden, das für die Zukunft weitere Verbesserungen vorsieht.

März 1998

3. Der Präsident der Bundeswirtschaftskammer, Abg. Leopold Maderthaler, stellt fest, daß Umweltschutzinvestitionen der Wirtschaft jährlich 18 Milliarden Schilling (1,31 Mrd.) kosten. Die Umweltqualität ist zu einem wesentlichen Standortfaktor für die österreichische Wirtschaft geworden.

3. Bildungssprecher Josef Höchtel präsentiert eine Umfrage, in der 95 Prozent der Österreicher die Wiederverwendung von Schulbüchern begrüßen.

3. Klubobmann Abg. Andreas Kohl präsentiert sein Buch. "Mein politisches Credo - Aufbruch zur Bürgersolidarität". Nur eine Bürgersolidarität kann die Vision sein, die das 21. Jahrhundert prägen soll. Die Gesellschaft wird letztlich in allen Bereichen von leistungsbereiten Bürgern leben.
6. Generalsekretär Othmar Karas fordert die Internationalisierung des Bildungssystems, um Österreichs Position als europäisches Bildungsmusterland nachhaltig zu stärken und sichtbare Mängel zu beseitigen.
6. Frauenchefin Abg. Rosemarie Bauer fordert mit ihren ÖVP-Kolleginnen, daß sich nicht nur die Gesetze sondern auch die Wirklichkeit bezüglich der Gleichstellung der Frau in der Gesellschaft verändern sollen.
6. Verkehrssprecher Abg. Helmut Kukacka fordert die Umstellung der Telefonrechnung vom Impuls- zum Sekundenmodell und eine Vergleichsstudie über die Telefontarife aller EU-Staaten.
9. Justizsprecherin Abg. Maria Fekter fordert, daß tätige Gewalt im Wiederholungsfall als Scheidungsgrund explizit ins Ehegesetz aufgenommen werden soll, um Frauen und Kinder bestmöglich vor Gewalt zu schützen.
9. Bauernbundpräsident Abg. Georg Schwarzenberger gratuliert dem burgenländischen und Wiener Bauernbund zu den eindrucksvollen Ergebnissen bei den Landwirtschaftskammerwahlen.
11. Die Frauenvorsitzende des ÖAAB-Steiermark, Abg. Ridi Steibl, verlangt ein Pensionssplitting bei Scheidungen.
12. Die ÖVP-Landesgeschäftsführer tagen in Wien.
15. Bei den Gemeinderatswahlen in Tirol erreicht die ÖVP bereits beim ersten Wahlgang in 277 Gemeinden 220 (79,42 %) Bürgermeisterposten. Die ÖVP legte zu den bereits sehr guten 63 % Stimmen noch 1,52 % hinzu und erreicht 43 Mandate mehr als bei der letzten Wahl.
17. In einem Referat vor der Gesellschaft für Außenpolitik bekräftigt Außenminister und Vizekanzler Wolfgang Schüssel, daß es zur NATO keine Alternative gibt, um die Sicherheit Europas zu gewährleisten. Österreich soll Mitglied werden, um bei Entscheidungen, die die wichtigsten Weichenstellungen für die Sicherheit Europas bedeuten, mitwirken zu können.
17. Familienminister Martin Bartenstein teilt mit, daß die Familiensteuerreform für jede Familie pro Kind mindestens 6.000 Schilling (436,04 €) mehr bringen wird. Nächste große Aufgabe einer erfolgreichen Familienpolitik ist daran zu arbeiten, daß Familie und Beruf besser vereinbar sind.
18. Seniorenbund-Obmann Stefan Knafl lehnt die Forderung des Kuratoriums für Verkehrssicherheit ab, daß sich Autofahrer ab dem 65. Lebensjahr einem verpflichtenden Tauglichkeitsscheck unterziehen müssen.
19. Verteidigungsminister Werner Fasslabend will die mitteleuropäische Zusammenarbeit bei der Friedenssicherung verstärken. Eine dementsprechende Erklärung wird mit den Vertretern aus Slowakei, Ungarn, Rumänien und Slowenien unterzeichnet. Eine "Zentraleuropäische Kooperation für Operationen zur Friedenssicherung (CENCOOP)" soll gebildet werden, die unter dem Mandat der UNO und im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP) im Zusammenwirken der mitteleuropäischen Staaten bei internationalen Einsätzen zur Friedenssicherung und für humanitärer Hilfe eingesetzt werden kann.
20. Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat teilt mit, daß eine "One-Stop Administration" für Unternehmensgründer bis zum Frühjahr 1999 durchgesetzt wurde. Rauch-Kallat kritisiert die monatelange Blockierung dieser Flexibilisierungsmaßnahmen durch ÖGB und AK.
23. Gesundheitssprecher Abg. Erwin Rasinger verlangt eine rasche Umsetzung des Verfassungsgerichtshof-Entscheids betreffend die Liberalisierung des Apothekenwesens.

27. Beim Kongress "Marktwirtschaft 2000" des Wirtschaftsbundes unterstreicht Vizekanzler Schüssel, daß das größte Arbeitsmarktpotential in gesunden kleineren und mittleren Unternehmen liegt. Diese sind, so Schüssel, der Beschäftigungsmotor.

28. Mit einer österreichweiten Schwerpunktaktion "no drugs" sagt Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrler dem Drogenmißbrauch an den Schulen den Kampf an. Ziel ist es, den Lebensraum Schule drogenfrei zu halten. Denn der Drogenkonsum nimmt europaweit zu und das Einstiegsalter sinkt und liegt bei 13 bis 14 Jahren.

29. Bei den Stichwahlen in Tirol kann die ÖVP von 24 noch offenen Bürgermeisterseßeln weitere 21 erobern. Die ÖVP stellt nun 241 (87 Prozent) von 277 Bürgermeistern.

30. Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat erklärt, daß die ÖVP besser keinen Optionenbericht will als einen schlechten. In einem gemeinsamen Bericht der Regierung müßte ein klarer Auftrag, für Verhandlungen über einen NATO-Beitritt enthalten sein. Die SPÖ macht dies aber durch ihren Zickzackkurs in sicherheitspolitischen Fragen nicht möglich.

31. Generalsekretär Othmar Karas bezeichnet den Start der Privatradios am 1. April 1998 als eine Befreiung. Der jahrelangen ÖVP-Forderung auf Liberalisierung ist damit entsprochen worden.

31. Sicherheitssprecher Abg. Paul Kiss begrüßt das Inkrafttreten des Schengen-Abkommens. Ab dem 1. April nimmt Österreich in vollem Umfang am Schengener System teil. Das bedeutet Reisefreiheit, ein Ende der Wartezeiten sowie weniger Staus an den Grenzen.

April 1998

2. Außenminister Vizekanzler Wolfgang Schüssel präsentiert den Bericht "Österreichs Sicherheit", auf den sich die Koalition nicht einigen konnte. Die SPÖ ist nicht reif, einen umfassenden

Dialog über die Sicherheit Österreichs zu führen, so Schüssel.

2. Bei der Präsentation des Leitfadens "Werbung und Sponsoring an Schulen" erklärt Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrler, daß Sponsoring das unternehmerische Denken an den Schulen fördert und neue finanzielle Spielräume und Gestaltungsmöglichkeiten bietet.

2. Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat erklärt, daß die ÖVP den Vorschlag der Liberalen und Grünen, Cannabis am Markt freizugeben, vehement ablehnt.

3. Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrler stellt klar, daß die SPÖ-Pläne zur Einführung von Berufslehrgängen das Ende der Erfolgsstory der dualen Lehrlingsausbildung bedeuten würden. Gehrler will die Berufsschulen nicht in Vollzeitschulen umwandeln.

8. Generalsekretär Othmar Karas präsentiert das ÖVP-Konzept für die Steuerreform 2000. Senkung der Steuerbelastung für den Mittelstand, Kaufkraftsteigerung für Familien sowie Impulse für den Beschäftigungs- und Wirtschaftsstandort Österreich.

15. Bei einer Veranstaltung der Freunde des 21. Jahrhunderts unterstreicht Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrler ihr klares Bekenntnis zu einer wert(e)-vollen Schule, die gerade in Zeiten gesellschaftlicher Veränderungsprozesse gute und wichtige Orientierungen vermitteln muss.

18. Mehr als 250.000 Besucher genießen das 15. Wiener Stadtfest.

19. Bundespräsident Thomas Klestil gewinnt im ersten Wahlgang der Bundespräsidentenwahlen die absolute Mehrheit. Bundesobmann Wolfgang Schüssel stellt dazu fest, daß unser Kandidat, der über den Parteien steht, gewonnen hat.

22. Der oberösterreichische Abg. Bgm. Jakob Auer kritisiert das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes, in dem festgehalten wird, daß Vereine ihre Zeltfeste nicht mehr in Eigenregie und

daher ohne Wirt und Gewinnversteuerung veranstalten dürfen. Das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes ruiniert die Feuerwehren, die mit den erzielten Einnahmen ihre Ausrüstung finanzieren.

bei Grundkenntnissen der deutschen Sprache verliehen wird.

23. In Wien tagt der Bundesparteivorstand der ÖVP.

27. Familiensprecherin Abg. Sonja Moser fordert die Errichtung einer zentralen Meldestelle über Verletzungen, bei denen Verdacht auf körperliche und/oder sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen besteht.

28. Klubobmann Abg. Andreas Khol stellt fest, daß die ÖVP eine parlamentarische Initiative zur Bereinigung der rechtlichen Unklarheiten bei Festen der freiwilligen Feuerwehren und anderer gemeinnütziger Vereine ergreifen wird.

29. Bauernbundpräsident Abg. Georg Schwarzenberger erklärt, daß die Bauern von einer einheitlichen europäischen Währung profitieren können, weil dadurch endlich faire Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden. Kostenvergleiche über die Grenzen hinweg sind möglich, was vor allem für den Bereich der Betriebsmittel von großer Bedeutung ist.

8. Verteidigungsminister Werner Fasslabend hält eine Positionierung Österreichs zur Frage eines NATO-Beitritts bis April 1999 für dringend erforderlich.

11. Abg. Paul Kiss teilt mit, daß in Österreich die Verpflichtung zur doppelten Preisauszeichnung anlässlich der Einführung des Euro auf gesetzlicher Basis (Euro-Währungsangabengesetz/Ewag) erfolgt.

11. Der Bauernbund stellt fest, daß für die österreichische Landwirtschaft die Bestimmungen des Reformpakets "Agenda 2000" in der vorgesehenen Form nicht tragbar sind. Die Preisabsenkungen sind zu hoch, die Verluste durch die Preissenkungen müssen vollständig und dauerhaft ausgeglichen werden.

11. Außenminister Vizekanzler Wolfgang Schüssel erklärt zum Thema EU-Osterweiterung, daß diese eine historische Chance ist, Europa mehr Dynamik, Wohlstand und Stabilität zu verleihen.

12. Der EP-Abg. Hubert Pirker zeigt sich hoch erfreut über die große Zustimmung für ein Maßnahmenpaket (425 pro, 51 contra), das sich strikt gegen jede Liberalisierung der Produktion, des Handels und des Konsums von Drogen ausspricht.

13. Familienminister Martin Bartenstein teilt mit, daß die Familiensteuerreform im Nationalrat beschlossen wird. Die Steuerreform hat ein Volumen von 12,6 Mrd. Schilling (915,66 Mill.) mehr.

14. Generalsekretär Othmar Karas fordert von der Steuerreform 2000, daß sie Jungunternehmer besser fördern muß. Effiziente Maßnahmen müssen den Jungunternehmern dort unter die Arme greifen, wo es in der ersten Phase der Unternehmensgründung am notwendigsten ist: bei Investitionen, bei der Liquiditätssicherung und beim Aufbau von Eigenkapital.

14. Familiensprecherin Abg. Sonja Moser erklärt, daß Familien nicht nur finanzielle Hilfe brauchen, sondern sie sollen

Mai 1998

Beim 1. Mai-Fest der ÖVP in Illmitz unterstreicht Vizekanzler Schüssel die Bedeutung der Familiensteuerreform für eine nachhaltige finanzielle Entlastung der Familien in Österreich.

2. Generalsekretär Othmar Karas teilt mit, daß die Euro-Teilnahme Österreichs ein Verdienst der ÖVP ist. Denn ohne Kurskorrektur im Jahr 1995 und der damit verbundenen Absage an die Schuldenpolitik der SPÖ wäre Österreich dazu nicht in der Lage gewesen.

6. Klubobmann Abg. Andreas Khol betont bei der Präsentation für den Entwurf der Staatsbürgerschaftsrechtsnovelle, daß die österreichische Staatsbürgerschaft ein kostbares Gut ist, das in Zukunft nur noch nach vollständiger, vollendeter Integration und

auch durch strukturelle und ideelle Maßnahmen in der Gesellschaft unterstützt werden.

15. ÖAAB-Bundesobmann Werner Fassl-
abend will das derzeitige Abfertigungs-
system durch ein Zusatzpensions-Mo-
dell ersetzen. Die für die Abfertigung
gebildeten Rücklagen sollen von den
Unternehmern künftig in überbetriebli-
che Pensionskassen eingebracht wer-
den. Dies ist eine Chance, den Lebens-
standard in der Pension zu sichern.
15. Die Freunde des 21. Jahrhunderts la-
den zur Veranstaltung "Das 21. Jahr-
hundert - das Jahrhundert Europas"
in den grossen Redoutensaal der Wie-
ner Hofburg. In seinem Referat betont
Vizekanzler Wolfgang Schüssel die
Friedensidee und das Solidaritäts-
bekenntnis als Leitwerte Europas.
16. Bundesparteiobmann Wolfgang
Schüssel bekennt sich zum Bau des
Semmering-Basistunnels.
19. Der Bundesobmann des Österreichi-
schen Seniorenbundes, Stefan Knafl,
lehnt die Pläne zur Reduktion der
Hausapotheken bei niedergelassenen
Ärzten ab. Nur der Weiterbestand der
Hausapotheken sichert die medizini-
sche Nahversorgung vor allem auch
im ländlichen Raum.
25. Landeshauptmann Franz Schausberg-
er startet eine Kampagne für eine
Volksabstimmung zur Abschaffung
des Proporzsystems.
27. Außenminister Wolfgang Schüssel
weist darauf hin, daß im Konflikt in
Bosnien der Begriff der Neutralität
nicht paßt. Im Zusammenhang mit
verschiedenen internationalen Krisen
stellt sich die Frage der Solidarität und
nicht der Neutralität.

Juni 1998

2. "Vater Morgana"- "Kinder brauchen
Väter", eine Veranstaltung mit Famili-
enminister Martin Bartenstein. Die ÖVP
nahm den kommenden Vatertag zum
Anlaß, sich mit einer besonderen Art
von Männern, den Vätern, auseinan-
derzusetzen. Generalsekretärin Maria

Rauch-Kallat erklärte, daß es dringend
nötig sei, Väter stärker als bisher in die
Kindererziehung einzubeziehen und in
der Gesellschaft ein neues Bewußtsein
zu schaffen, sodaß Karenz auch für
Väter als Bereicherung empfunden
wird.

3. Die ÖVP will die Flexibilität bei der
Wahl der Karenz erhöhen. Junge El-
tern müssen oft schon eineinhalb Jah-
re vorher festlegen, wer wann wie lan-
ge in Karenz geht. Wenn es betrieb-
lich möglich ist, soll eine Vorausmel-
dung sechs Monate vor Antritt der
Karenz genügen.
4. Der ÖVP Bundesparteiivorstand be-
schließt ein Konzept für eine "Steuer-
reform 2000 plus".
7. Abg. Walter Murauer fordert von der
Industrie angesichts der guten Auf-
tragslage, ihre Verantwortung für die
Jugendbeschäftigung zu übernehmen
und mehr Lehrlinge einzustellen. Da-
durch können die geburtenstarken
Jahrgänge, die heuer und nächstes
Jahr auf den Arbeitsmarkt drängen,
aufgefangen werden.
9. Bezugnehmend auf die 55. ASVG-No-
velle spricht Bundesparteiobmann Vi-
zekanzler Wolfgang Schüssel von be-
achtlichen Weichenstellungen, die un-
ter anderem eine wesentliche Entla-
stung für Jungunternehmer bringen.
9. Die Freunde des 21. Jahrhunderts dis-
kutieren mit Staatssekretärin Ferrero-
Waldner die Chancen, die sich für
Österreich aus der Erweiterung der Eu-
ropäischen Union ergeben.
10. Unterrichtsministerin Elisabeth Gehr-
er begrüßt das Angebot der Vorlehre für
lernschwache Jugendliche im Berufs-
ausbildungsgesetz.
10. Die Gleichwertigkeit von Wissenschaft
und Kunst wird in Verhandlungen zw-
ischen ÖVP und SPÖ hergestellt. Die
ÖVP setzt ihren Standpunkt durch,
daß Wissenschaft und Kunst gleich-
wertig sind und daher auch in gemein-
samen Gesetzen im Universitätsrecht
zu regeln sind, erklärt Wissenschafts-
sprecher Dieter Lukesch. Die ÖVP-Li-
nie, den Universitäten mehr Freiheit

und Autonomie zu geben, ist gerade im Bereich der künstlerischen Ausbildung besonders angebracht.

12. Die Katholische Kirche und die ÖVP als Partner einer Politik der Sinnstiftung und Wertevermittlung, so sieht Vizekanzler Schüssel bei einer Veranstaltung im Rahmen des Dialoges der Katholischen Kirche mit den Parteien das Verhältnis der Volkspartei zur Kirche. Die ÖVP bekennt sich zur Sonntagsruhe. Die Kollektivvertragspartner können eine Erlaubnis zur Sonntagsarbeit nur in Ausnahmefällen vereinbaren. Eine generelle Aufhebung des Verbots der Sonntagsarbeit ist nicht vorgesehen.
15. Der Vorsitzende des Unterrichtsausschusses Abg. Josef Höchtl spricht sich für eine klare Leistungsbeurteilung aus. Die überwiegende Mehrheit der Schüler, Eltern und Lehrer ist gegen die Abschaffung der Noten in der Schule.
16. Wirtschaftskammer-Generalsekretär Abg. Günter Stummvoll erklärt, daß die ÖVP für eine echte Steuerreform steht, eine Umschichtung allein ist zu wenig.
16. Abg. Helmut Kukacka verlangt, daß der ORF Spiegelbild aller in Österreich vertretenen Gruppen sein soll. Daher tritt die ÖVP für das duale Mediensystem - kommerzoriente Sender auf der einen, öffentlich-rechtlicher Rundfunk auf der anderen Seite - ein.
17. Sicherheitssprecher Abg. Paul Kiss erklärt, daß die ÖVP garantiert, daß keine Waffensteuer und keine zahlenmäßige Beschränkung von Langwaffen eingeführt wird. Es darf zu keiner Anlaßgesetzgebung im Bereich des Waffengesetzes kommen.
17. Familiensprecherin Abg. Sonja Moser warnt vor steigendem Drogenkonsum und beklagt das immer jüngere Alter der Drogenkonsumenten. Eine drogenfreie Gesellschaft ist und bleibt das Ziel der ÖVP.
18. Der Nationalrat ratifiziert den Vertrag von Amsterdam.
22. Wirtschafts-Landesrat Ernest Gabmann erklärt, daß Niederösterreich

künftig die Startinvestitionen für Betriebsneugründungen mit einer neuen Förderaktion unterstützen wird. Zielgruppe der Förderaktion sind kleine Unternehmen, die in Wachstumsbranchen tätig werden und auf erfolgversprechende Produkte oder Technologien setzen.

22. Bei der Eröffnung der größten Windkraftanlage Österreichs in Zurndorf fordert Umweltminister Martin Bartenstein von der E-Wirtschaft mehr Engagement bei Ökostrom-Erzeugung.
25. Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Abg. Karlheinz Kopf, teilt mit, daß das Elektrizitätswirtschafts- und organisationsgesetz (ELWOG) verabschiedet wird. Dadurch wird die EU-Richtlinie erfüllt und die österreichischen Quasi-Monopol-Verhältnisse werden schrittweise an den freien Markt herangeführt.
26. Verteidigungsminister Werner Fasslabend fordert von Bundeskanzler Viktor Klima eine eindeutige sicherheitspolitische Haltung.
26. Klubobmann Andreas Kohl bezeichnet in einer Pressekonferenz die Ausgliederung der Bundestheater durch die Bundestheaterreform als ein Jahrhundertgesetz. Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die kleingehaltene Holding, die den Bundestheater-Verband ersetzt, und die Theaterservice GesmbH werden künftig die Bundestheater führen. Sie erhalten volle Gestaltungsfreiheit, 2.000 Millionen Schilling (145,35 Mill. €) garantierte Finanzmittel und einen öffentlichen Kulturauftrag, der im Gesetz festgeschrieben ist.

Juli 1998

1. Beginn der österr. EU-Präsidentschaft
1. Gesundheitssprecher Abg. Erwin Rasinger lehnt den Wunsch Heide Schmidts nach Legalisierung der Euthanasie als gefährlichen Irrweg deziert ab.
1. Beim Fest aus Anlaß des Beginns der österreichischen EU-Präsidentschaft

- präsentiert Vizekanzler Schüssel das ambitionierte inhaltliche Arbeitsprogramm der österreichischen Präsidentschaft.
3. Erklärtes Anliegen der Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrler ist die Qualifikation der Jugend für den Arbeitsmarkt. Die Herausforderung liegt im Wandel der Kompetenzen und Qualifikationen, das neue Anforderungen an Schule und Universitäten, die Definition neuer Berufe sowie eine Anpassung der Lehrpläne erfordert.
 7. Klubobmann Abg. Andreas Kohl schlägt die Einführung eines Ethikunterrichts für Konfessionslose vor.
 10. Im Kaiserpavillon des Tiergarten Schönbrunn stellt Außenminister Wolfgang Schüssel das "Rotweißrote Weltkugelbuch" vor. Dieses Buch soll Außenpolitik Kindern verständlich und spannend näherbringen.
 17. Umweltminister Martin Bartenstein stellt fest, daß erneuerbare Energieträger in der EU 850.000 neue Jobs bringen könnte. Deshalb soll von der EU ein starkes Signal für die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energieträger gesetzt werden.
 23. Außenminister Wolfgang Schüssel tritt für einen möglichst raschen Abschluß der Verhandlungen zum Medienpaket ein. Ein wichtiger Punkt ist die Entlastung der Printmedien durch eine Senkung der Anzeigenankündigungsabgabe von 10 % auf 5%.
 29. Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat wird an die Spitze der Österreichischen Frauenbewegung (ÖFB) wechseln. Beim Bundestag der Frauenbewegung (November 1998) wird Abg. Rosemarie Bauer nicht mehr kandidieren.
 4. Der Bauernbund kritisiert das vorschnelle Vorgehen der Konsumentenschutzministerin Prammer bei angeblichen Hormonrückständen im österreichischen Rindfleisch. Der österreichischen Landwirtschaft ist durch die unbewiesenen Vorwürfe ein enormer Schaden zugefügt worden. Der Bauernbund prüft Schadenersatzansprüche gegen die Republik Österreich und fordert Ministerin Prammer auf, bei ihrer Arbeit künftig mehr Sorgfalt an den Tag zu legen.
 7. Wirtschaftskammpräsident Leopold Maderthaner ruft zu einer Spendenaktion für die von der Katastrophe von Lassing betroffenen Familien auf.
 12. Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat verlangt mehr Förderungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Österreichs Betrieben.
 22. Nach den Steuerreformplänen des ÖAAB-Bundesobmannes Werner Fasslabend sollen alle Steuersätze um jeweils 2 Prozentpunkte gesenkt werden. Eine Änderung bei dem nach wie vor wesentlich günstigeren Steuersatz für das 13. und 14. Monatsgehalt kommt nicht in Frage.
 24. Bundesparteiobermann Wolfgang Schüssel will der ÖVP mehr Profil geben. Die ÖVP soll unter seiner Führung Orientierung in einer sich schnell verändernden Welt und Werte statt Belieblichkeit bieten.
 26. Spitzenvertreter der Landwirtschaft und der Wirtschaft erreichen mit der Bundesregierung ein mehrteiliges Sofortprogramm von 60 Mill. Schilling (4,36 Mill. €) für Marketingmaßnahmen zur Wiederbelebung des Rindfleischmarktes in Folge des Versagens von Frauenministerin Prammer.
 26. Vizekanzler Wolfgang Schüssel fordert eine Steuerreform vor der Wahl. Die Experten der Steuerreformkommission sollen bis Jahresende ihre technischen Vorschläge machen, damit dann die politischen Verhandlungen begonnen werden können.
 31. Generalsekretär Othmar Karas fordert von Bundeskanzler Viktor Klima die

August 1998

4. Justizsprecherin Abg. Maria Fekter übt Kritik an Vorhaben des Justizministeriums zu den Bereichen Scheidungs- und Eherechtsreform, Kindrechtsreform, und dem außergerichtlichen Tatgleich.
31. Generalsekretär Othmar Karas fordert von Bundeskanzler Viktor Klima die

frauenfeindliche Haltung des ÖGB zu beenden und den ÖVP-Vorschlag von Familienminister Martin Bartenstein, allen Müttern und Vätern Karenzgeld zukommen zu lassen, zu unterstützen.

September 1998

1. Bei der Sitzung der Bundesparteivorstandes unterstreicht Familienminister Bartenstein die Forderung nach Einführung eines Karenzgeldes für alle Mütter und Väter.

10. Die ÖVP-Landesgeschäftsführer tagen in Wien.

12. Die Junge ÖVP unter ihrem Obmann Abg. Werner Amon fordert für jeden Staatsbürger ab der Geburt ein Bildungskonto einzurichten, und zwar mit einem Betrag, der eine Ausbildung bis zum Universitätsabschluß finanzieren kann.

16. Im Rahmen der Studientagung des ÖVP-Parlamentsklubs gibt es einen einstimmigen Beschluß für die volle Unterstützung des Bartenstein-Vorschlages, für alle Mütter und Väter das Karenzgeld einzuführen.

17. Exekutivsprecher Abg. Günther Platzer kritisiert die SPÖ für den mangelhaften Vollzug des Waffengesetzes. Ein ÖVP-Entwurf zur zweiten Durchführungsverordnung zum Waffengesetz, der noch restriktivere Maßnahmen vorsieht, wurde dem Innenministerium bereits im Februar 1998 übermittelt. Erst im September 1998 wurde die Verordnung erlassen.

19. Familiensprecherin Abg. Sonja Moser stellt zum Weltkindertag fest, daß Kinderschutz allumfassend, in allen Bereichen der Gesellschaft Geltung haben muß. Alle Anstrengungen müssen unternommen werden, den Kindern Schutz, Fürsorge und Geborgenheit zu geben. Nur dann können sie diese Werte wieder an nachkommende Generationen weitergeben.

23. Anlässlich der EU-Tagung zur Fragen der Integration behinderter Menschen fordert Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat rechtliche, organisatori-

sche und bauliche Hürden der Diskriminierung Behinderter abzubauen. Zeitgemäße Behindertenpolitik ist keine reine Sozialpolitik, sondern vor allem Gleichbehandlungspolitik. Daher gilt es, neben den entsprechenden Transferleistungen, Diskriminierungen in rechtlichen, organisatorischen und baulichen Belangen abzubauen und neue zu vermeiden.

28. Generalsekretär Othmar Karas kritisiert die Einheitssteuer (Flat Tax) der FPÖ, weil sie nicht sozial gerecht ist.

28. Der außenpolitische Sprecher der ÖVP, Abg. Michael Spindelegger kritisiert die Weigerung des Bundeskanzleramtes, eine Transitgenehmigung für ein im Oktober geplantes französisches Militärmanöver in der Slowakei zu erteilen.

Oktober 1998

2. Bildungssprecher Abg. Josef Höchtel fordert bei der Eröffnungsrede in der Sir-Carl-Popper-Schule, daß den Jugendlichen mehr Möglichkeiten eröffnet werden müssen, Spitzenleistungen für die Gesellschaft zu erbringen. Der Begabtenförderung wird in Österreich immer noch zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

5. Im Rahmen der Lichtenfelser Dialoge findet eine Diskussionsveranstaltung zum Thema "Strafrechtspraxis bei Sexualdelikten an Kindern" statt.

9. Klubobmann Abg. Andreas Khol erklärt, daß das Thema der Klubklausur vom 12. bis 14. Oktober 1998 die Bürgergesellschaft ist. Ein Bürgermanifest wird erarbeitet, das alle Fragen der Bürgergesellschaft behandelt und die Vision der ÖVP darstellt, wie die Gesellschaft im nächsten Jahrtausend gestaltet werden soll.

9. Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat kritisiert den Entwurf von Sozialministerin für ein Berufsbild für Sanitäter, der, zur Folge hätte, daß die Ehrenamtlichkeit, z.B. im Rettungswesen in Österreich keine Zukunft mehr hätte. Unvorstellbar sind dabei die für Ehrenamtliche zeitlich unerfüllbaren

- Ausbildungsanforderungen, die sich die SPÖ vorstellt.
13. Bei der ÖVP-Klubklausur in Telfs stellt Vizekanzler Wolfgang Schüssel fest, daß die Steuerreform vor den Wahlen zu beschließen ist. Ihr Ziel soll sein, die kleineren und mittleren Einkommen zu entlasten. Dabei soll aber nicht von der rechten in die linke Tasche umverteilt werden. Primär muß die Steuerreform durch eine Tarifsenkung markiert sein. Weiters tritt die ÖVP für die Abschaffung der Erbschaftssteuer ein, die bei Betriebsübernahmen oft existenzgefährdend ist. Außerdem soll die steuerliche Absetzbarkeit der Lehrlingsentschädigungen auf zwei Lehrjahre ausgedehnt werden. Zudem präsentiert Schüssel das Modell "Abfertigung neu = das ÖVP-Pensionskassenmodell"
 14. Landeshauptmann Josef Pühringer erteilt dem Sanitätergesetz der Sozialministerin eine klare Absage, weil die Gesellschaft vom Ehrenamt lebt und diese durch Hostasch gefährdet wird.
 16. Verkehrssprecher Abg. Helmut Kukacka lehnt den Vorschlag von Verkehrsminister Einem ab, die Überwachung des fließenden Verkehrs nicht mehr von der Exekutive vornehmen zu lassen. Aufgrund der Fülle von unvorhersehbaren Zwischenfällen muß auch künftig die Überwachung des fließenden Verkehrs als ein wesentlicher Aufgabenbereich der Exekutive betrachtet werden.
 20. Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat kritisiert die SPÖ-Diskussionen rund um die Vorverlegung der Nationalratswahlen vom Herbst 1999. Rauch-Kallat stellt dazu fest, daß die ÖVP an den Herbstwahlen nach wie vor festhält.
 20. Bei einer Veranstaltung der Denkwerkstatt Österreich-Zukunftsreich fordert Vizekanzler Schüssel eine offensivere Forschungs- und Technologiepolitik für Österreich. Erste Ergebnisse des Arbeitskreises Innovation und Forschung unterstreichen die Dringlichkeit einer zukunftsorientierten Innovationspolitik. Vizekanzler Schüssel fordert die mittelfristige Anhebung der Forschungs- und Technologieausgaben auf 2,5% des BIP.
 22. Die ÖVP-Landesgeschäftsführer tagen in Wien.
 23. Familienminister Martin Bartenstein fordert, daß älteren Menschen politische Mitsprache genauso möglich sein muß wie jüngeren. Senioren erbringen wichtige Leistungen. Großeltern leisten in 60 Prozent der Familien Unterstützung bei der Kinderbetreuung, 10 Prozent sogar täglich. Zudem gewähren sie der Kinder- und Enkelgeneration oft finanzielle Hilfe. Ein familienpolitisches Ziel ist es, ältere Menschen bei der Gestaltung eines aktiven dritten Lebensabschnittes zu unterstützen und zu motivieren.
 23. Der Bundesobmann der Jungen ÖVP, Abg. Werner Amon, begrüßt das ÖVP-Modell einer "Abfertigung Neu". Die Abfertigungen sollen in eine überbetriebliche Pensionsvorsorge umgewandelt werden, da die Arbeitsverhältnisse kürzer geworden sind, so daß schon jetzt geringere Abfertigungsansprüche entstehen.
 27. Für die ÖVP stellt Sicherheitssprecher Abg. Paul Kiss fest, daß eine Liberalisierung der Drogenpolitik klar abgelehnt wird. Der ÖVP geht es um den Schutz der Jugendlichen.
 30. Anläßlich des SPÖ-Parteitages weist Generalsekretär Othmar Karas darauf hin, daß die SPÖ sich der ÖVP-Ideen bedient, und spricht von einem Etikettenschwindel der SPÖ.
 30. ÖAAB-Landesobmann Abg. Paul Kiss erteilt den Plänen von Staatssekretär Ruttenstorfer, das unabhängige Berufsbeamtentum in Frage zu stellen, eine klare Absage. Eine Abschaffung der Pragmatisierung provoziert geradezu parteipolitische Einflußmaßnahmen. Vertragsbediensteten soll auch der Weg in Spitzenpositionen des öffentlichen Dienstes ermöglicht werden, aber auch hier muß der Status von unabhängigen Berufsbeamten erhalten bleiben.

November 1998

2. EU-Ratspräsident Außenminister Wolfgang Schüssel bekräftigt vor der beginnenden Ministerkonferenz der EU mit der Entwicklungsgemeinschaft Südl-

- ches Afrika (SADC) seine Forderung nach einer weltweiten Beseitigung der Anti-Personenminen. Schüssel wertet das Inkrafttreten der Ottawa-Konvention über ein Totalverbot von Antipersonenminen am 1. März 1999 als großen Erfolg.
3. Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrler will ab dem Schuljahr 1999/2000 die Schülerbeihilfe um über 100 Mill. Schilling (10,90 Mill. €) erhöhen. Etwa 4000 Schüler mehr werden künftig eine Schülerbeihilfe erhalten.
 5. Nach dem Ministerrat meint Vizekanzler Wolfgang Schüssel zum Thema Steuerreform: Für den Steuerzahler muß am Ende dieser Reform mehr Netto herauskommen.
 5. EP-Abg. Hubert Pirker teilt mit, daß ein gemeinsamer Standpunkt zur Neuregelung der Lehrlingsausbildung in Europa erreicht worden ist. Diese von Pirker mitinitiierte Idee ermöglicht es Lehrlingen, bestimmte Berufsausbildungsabschnitte in ganz Europa zu absolvieren. Mit dem Europaß kann der Lehrling seine europäische Berufsausbildung jederzeit nachweisen und hat dadurch bessere Chancen am Arbeitsmarkt.
 6. Bundesparteibobmann Wolfgang Schüssel erklärt, daß Europa ohne eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik unvollständig bleibt. Diese Komponenten müssen auch Teil des europäischen Integrationsprozesses werden.
 12. Wirtschaftsminister Johann Farnleitner strebt eine steuerneutrale Regelung für Firmenübertragungen an.
 12. Ursula Stenzel und das Mitglied im Zentralrat der Juden Deutschland, Michel Friedman, diskutieren im Rahmen einer Veranstaltung der Freunde des 21. Jahrhunderts die Chancen einer neuen Politik der Werteorientierung und Sinnstiftung für Europa.
 13. ÖAAB-Bundesobmann Abg. Werner Fasslabend fordert den im Zuge des NAP umgesetzten Lehrlingsfreibetrag in der Höhe von 20.000,- (1453,46 €) für Lehrlinge im 1. Lehrjahr auszuweiten, um damit einen wichtigen Impuls für die Jugendbeschäftigung zu setzen. Konkret verlangt der ÖAAB-Bundesobmann eine Ausweitung des Lehrlingsfreibetrages auf das 2., 3. und 4. Lehrjahr.
 13. Für Wirtschaftskammer-Generalsekretär Abg. Günter Stummvoll ist das Schwarzarbeitsgesetz ein Reinfall. Der vorliegende Gesetzesentwurf bedeutet einen neuerlichen Bürokratieschub, der die wirklichen Probleme verkennt. Kritisiert wird die Quasi-Legalisierung privater Pfuschertätigkeit über den Ausnahmetatbestand der Nachbarschaftshilfe.
 14. Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat wird (mit 92,8 % der Stimmen) Bundesvorsitzende der Frauenbewegung. Rauch-Kallat löst Rosemarie Bauer, die mehr als 10 Jahre die Geschäfte der Frauenbewegung leitete ab.
 17. Wissenschaftssprecher Abg. Dieter Lukesch richtet einen Appell an Sozialministerin Hostasch, die Reform der Verdienstfreigrenzen für Stipendien und Familienbeihilfe bei den Studierenden nicht zu blockieren.
 18. Der Bundesparteivorstand bestätigt die von Vizekanzler Schüssel festgelegten Eckpunkte der Steuerreform.
 20. Anlässlich der Mitarbeiterkonferenz des ÖAAB in Eisenstadt stellt Generalsekretär Othmar Karas fest, daß die ÖVP die treibende Zukunftskraft ist und nicht ein Inszenierungs- und Werbeverein wie die SPÖ. Bei der ÖVP ist mehr drin, bei der SPÖ mehr drauf.
 24. Beim Bildungskongress der ÖVP in Wien unterstreichen Vizekanzler Wolfgang Schüssel und Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrler die zentrale Bedeutung einer zukunftsorientierten Bildungspolitik für die Sicherung des Standortes Österreich und die Arbeitsmarktchancen der Jugend. Elisabeth Gehrler unterstreicht ihr Bekenntnis zu einer humanen Leistungsschule in einem vielfältigen und differenzierten Schulsystem und erteilt den Plänen der linken Ampel, eine Einheitsschule einzuführen, eine klare Absage.

25. Familienminister Martin Bartenstein begrüßt die vom ORF angekündigte Kennzeichnung aller TV-Programme mit jugendgefährdenden Inhalten.

27. Bundesparteiobmann Wolfgang Schüssel macht seine Position zur Steuerreform 2000 deutlich. Sie soll eine Entlastung von 25-26 Mrd. Schilling (1,82-1,89 Mrd. €) bringen. Die Steuerreform soll eine Nettoentlastung der Steuerzahler und keine bloße Umverteilung von der einen in die andere Tasche sein.

Dezember 1998

4. Generalsekretär Othmar Karas begrüßt den SPÖ-Rückzieher bei den Ökosteuern. Steuersenkung muß das Ziel sein, alles andere ist lediglich eine sozialdemokratische Umverteilung von der linken in die rechte Hosentasche.

4. Exekutivsprecher Abg. Günther Platner warnt vor den Plänen des Innenminister Schögl, neuerlich Planstellen der Exekutive einzusparen.

5. Abg. Ridi Steibl erklärt, daß die Integration von Behinderten in den Arbeitsmarkt eine der wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft ist.

9. Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat erklärt, daß ein Kinderbetreuungsgeld die Wahlfreiheit der Eltern erhöht.

9. Sozialsprecher Abg. Gottfried Feurstein sagt, daß die ÖVP für die Bekämpfung des organisierten Pfusches eintritt. Der Pfuscher soll mit wirksamen Mitteln kontrolliert werden. Ebenso müssen die Meldevorschriften gegenüber der Gebietskrankenkasse bei der Beschäftigung von unselbständig Erwerbstätigen eingehalten werden.

10. Generalsekretärin Abg. Maria Rauch-Kallat teilt mit, daß ab Jänner 1999 Wilhelm Sandrisser neuer Kommunikationschef in der ÖVP-Bundespartei wird. Sandrisser wird die Leitung der Abteilung für Presse-, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation übernehmen.

11. Bundesparteiobmann Außenminister Wolfgang Schüssel spricht sich gegen eine Verlangsamung des Erweiter-

ungsprozesses aus und erklärt, daß die Osterweiterung der EU ein historisches Projekt ist und daß es auch im österreichischen Interesse liegt, daß Wohlstand und Stabilität ausgeweitet werden.

11. Sportsprecher Abg. Karl-Heinz Kopf teilt mit, daß es der ÖVP gelungen ist, eine Nichterhöhung der Tarife in Bundessportheimen durchzusetzen.

15. Familienminister Martin Bartenstein fordert im Rahmen einer Pressekonferenz mit Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat und mit Gesundheitsprecher Abg. Erwin Rasinger, daß die künstliche Befruchtung auf Krankenschein erhältlich sein soll.

16. Verkehrssprecher Abg. Helmut Kukacka kommentiert den Beschluß über die Novelle des Rundfunkgesetzes und des Regionalradiogesetzes als wichtigen Schritt zu mehr Liberalisierung im österreichischen Medienwesen.

16. Altbundespräsident Kurt Waldheim kann mehr als 750 Ehrengäste bei einem Fest anlässlich seines 80. Geburtstages im Palais Schwarzenberg begrüßen.

21. Verkehrssprecher Abg. Helmut Kukacka erklärt, daß für die ÖVP eine Höchstaltersgrenze für Führerscheinbesitzer nicht in Frage kommt, weil dies für Senioren im höchsten Maße diskriminierend ist.

Jänner 1999

4. Generalsekretär Othmar Karas kritisiert Wissenschaftsminister Caspar Einem, weil dieser die Wissenschafts- und Forschungspolitik vernachlässigt. Für die Universitäten fordert Karas eine Stärkung ihrer Autonomie zur Sicherung ihrer Unabhängigkeit und zur Stärkung der Qualität in Ausbildung und Forschung.

8. Vizekanzler a.D. Abg. Alois Mock teilt mit, daß er für den Nationalrat nicht mehr kandidieren wird.

14. Familienminister Martin Bartenstein lehnt die Pläne des SPÖ-Finanzmini-

ster Edlingers ab, die Steuerreform aus dem Familienlastenausgleichsfonds zu finanzieren.

15. Wissenschaftssprecher Abg. Dieter Lukesch kritisiert, daß die Zulassung privater Universitäten mindestens ein Jahr zu spät kommt. Die ÖVP fordert eine rasche Zulassung ausländischer und privater Universitäten aufgrund des immer stärker werdenden internationalen Wettbewerbes. Den Studenten werden dadurch mehr Wahlmöglichkeiten, Typenvielfalt und Chancengerechtigkeit eröffnet.

17. Gesundheitssprecher Abg. Günther Leiner fordert im Rahmen der Diskussion um die Abtreibungssperre Mifegyne eine grundsätzliche Auseinandersetzung über Wert und Würde des menschlichen Lebens.

18. Der ÖVP-Bundesparteivorstand beschließt den Schüssel-Plan "Wirtschaft schafft Arbeit". Punkte daraus sind: Arbeit besser vermitteln - nicht Arbeitslosigkeit verwalten, die Steuerreform, Forschung und Entwicklung, Abfertigungs- und Pensionsmodell Neu, Altersteilzeit, Erweiterung der EU.

18. Familiensprecherin Abg. Sonja Moser präsentiert den überparteilichen Verein "Zukunft Kind". Dieser soll denjenigen Hilfestellung bieten, die mit Erziehungs- und Betreuungsarbeit beschäftigt sind.

21. ÖVP-Kultursprecher Franz Morak lädt zu einer 2-tägigen Konferenz, die unter dem Motto "Die organisierte Kreativität" im Siemensforum stattfindet.

25. Die Freunde des 21. Jahrhunderts laden zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema "Flow und Kreativität".

28. Die ÖVP-Landesgeschäftsführer tagen in Wien.

Februar 1999

1. Familienminister Bartenstein und Klubobmann Khol unterstreichen in einer Pressekonferenz den Einsatz der Volkspartei für eine familienfreundliche Politik.

10. Vizekanzler Schüssel und Prof. Stefan Karner präsentieren den Abschlussbericht der Denkwerkstatt Österreich-Zukunftsreich. Mehr als 450 Praktiker, Forscher und Denker haben während der vergangenen zwei Jahre die zentralen Zukunftsherausforderungen, denen Österreich auf seinem Weg in das 21. Jahrhundert begegnet und begegnen wird, skizziert und diskutiert. Die Ergebnisse dieses Arbeitsprozesses werden unter dem Titel "Österreich - Zukunftsreich: Denkpfiler ins 21. Jahrhundert" in Buchform publiziert.

15. Vizekanzler Schüssel unterstreicht die Forderung der ÖVP nach Einführung eines Karenzgeldes für alle Mütter und Väter.

18. Vizekanzler Schüssel verlangt im Rahmen der Präsentation der Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung zum Thema "Markenchancen der österreichischen Industrie in 10 Jahren" eine mutigere Nutzung des Forschungs- und Innovationspotentials in Österreich.

24. Wirtschaftsminister Farnleitner appelliert an die Mineralölindustrie, die Benzinpreise endlich auf ein marktgerechtes Niveau zu senken.

März 1999

3. Veranstaltung "Die Gläserne Decke" in juristischen Berufen, im Hotel De France. Top-Juristen und Juristinnen diskutieren über das Phänomen der gläsernen Decke in juristischen Berufen.

4. Im Rahmen einer Pressekonferenz zur EVP-Abschlusstagung in Wien unterstreicht Vizekanzler Schüssel das Ziel der Europäischen Christdemokraten, die rote Mehrheit im Europäischen Parlament zu brechen. Ursula Stenzel verlangt den Rücktritt der belasteten EU-Kommissare Cresson und Marin.

4. Im Rahmen der EVP-Tagung in Wien präsentiert MdEP Pirker einen 7-Punkte-Massnahmenkatalog zur Stärkung der Inneren Sicherheit in Europa.

8. Generalsekretärin Rauch-Kallat verlangt in einem Pressegespräch die Stärkung von Frauennetzwerken. Insbesondere im Bereich der Musik gibt es einen grossen Aufholbedarf.
10. Nach der Sitzung der Bundespartei-vorstandes betont Vizekanzler Schüssel, dass die ÖVP bis an das Ende der Legislaturperiode arbeiten will. Wir müssen nicht früher wählen, sondern rascher und schneller entscheiden, unterstreicht Schüssel.
15. In einer Pressekonferenz mit BM Bartenstein und Abg. Rasinger verlangt Generalsekretärin Rauch-Kallat, dass die Krankenkassen die Kosten für künstliche Befruchtung übernehmen sollen.
16. MdEP Ursula Stenzel kommentiert den Rücktritt der EU-Kommission als Befreiungsschlag. Nun müssen rasch die entsprechenden Reformen umgesetzt werden und insbesondere die vom Weisenrats-Bericht belasteten Kommissare die Konsequenzen ziehen.
16. Die ÖVP lädt zu einem Wirtschaftskongress in das Technische Museum, der unter dem Motto "Wirtschaft schafft Arbeit" steht. Mehr als 1.000 Gäste nehmen an den Panels mit den Bundesministern Schüssel, Farnleitner, Bartenstein, Molterer, Gehrer und Fasslabend sowie an der Unternehmensmesse teil.
23. ÖVP und SPÖ einigen sich auf die Steuerreform. Die ÖVP setzt durch, dass insbesondere kleinere und mittlere Einkommen entlastet werden. Vizekanzler Schüssel nennt die steuerliche Entlastung der Familien, die Stärkung der privaten Altersvorsorge, die Massnahmen zur Förderung von Forschung und Innovation, weitere Unterstützungsmassnahmen für die Lehrlingsausbildung, zusätzliche Förderungen von Unternehmen und die steuerliche Entlastung der Bauern als weitere inhaltliche Schwerpunkte der Steuerreform, die die ÖVP durchsetzen konnte.
24. Die ÖVP setzt durch, dass Wirtschaftsminister Farnleitner in besonderen Situationen die Kompetenzen zu einer staatlichen Regelung des Benzinpreises überantwortet werden. Damit wird sichergestellt, dass der überhöhte Benzinpreis gesenkt werden kann.
24. Vizekanzler Schüssel begrüsst die Nominierung von Romano Prodi zum designierten Vorsitzenden der EU-Kommission.

(Letzte Eintragung: 26. März 1999)